

George I

Georg I.

Originalgemälde von G. Kneller,
im Besitze des Marquis of Cholmondeley in Houghton Hall.

Englische Geschichte
im
achtzehnten Jahrhundert

Dritter Band

11-C-158

11-C-158

Englische Geschichte

im

achtzehnten Jahrhundert

Von

Wolfgang Michael

Dritter Band

Das Zeitalter Walpoles

Zweiter Teil

Berlin-Grunewald

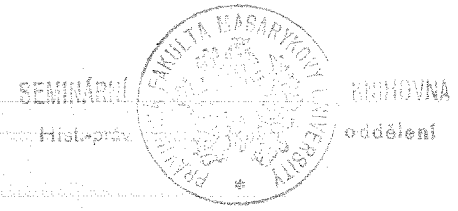
Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte G. m. b. H.
1934

Das Zeitalter Walpoles

Von

Wolfgang Michael

Zweiter Teil



Berlin-Grunewald

Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte G. m. b. H.
1934

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1934 by
Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte G. m. b. H.
Berlin-Grünwald

inv. ces. 6.345

Kouplod. *Minerva*
v. *Breit* 20 Kč 2.062.60 I/10

ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA
PRÁVNICKÉ FAKULTY UJEP
STARÝ FOND
Č. inv.: 0548

Buchdruckerei Max Schmiersow G. m. b. H., Kirchhain N.-L.

Vorwort.

Wiederum sind seit dem Erscheinen des letzten Bandes etliche Jahre verflossen, doch hat die Arbeit an dem vorliegenden niemals völlig geruht. Seine Vollendung ist durch andere wissenschaftliche Unternehmungen wie durch Berufspflichten so lange hinausgezögert worden. Auch sind die schon für den zweiten Band unternommenen Sammlungen noch durch reichliche Benutzung weiterer Archivalien ergänzt. Von einer Aufzählung derselben darf ich jedoch dieses Mal absehen; denn es hieße das im Vorwort des letzten Bandes Gesagte wiederholen. Ich darf auch davon absehen, die mir durch freundliche Hilfen zuteil gewordene Förderung meiner Arbeit einzeln aufzuführen. Ich hätte nur den Dank zu wiederholen, den ich den Hütern der benutzten Sammlungen schulde. Als Spendern von Reiseunterstützungen habe ich dieses Mal auch noch der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft sowie der Freiburger wissenschaftlichen Gesellschaft zu danken. Mein verehrter Freund, der inzwischen verstorbene Sir Adolphus Ward, hat sich im voraus um die Verbreitung meines Buches in Großbritannien und Amerika freundlich bemüht. Meinem Freunde Dr. Thomas Jones, dem langjährigen deputy secretary to the British Cabinet, verdanke ich wertvolle Mitteilungen über die Gestalt des modernen britischen Kabinetts. Der Eigentümer von Houghton Hall, Marquis of Cholmondeley, in dessen Schlosse ich ehemals den handschriftlichen Nachlaß seines Ahnherrn Robert Walpole entdeckt habe, hat mir dieses Mal auch freundlichst gestattet, das in seinem Besitze befindliche Bildnis Georgs I. als Titelbild diesem Bande voranzustellen. Es ist nie vorher reproduziert worden. Die eben erwähnten Houghton Papers sind der Darstellung dieses Bandes besonders zustatten gekommen, ein paar wichtige Stücke daraus sind im Anhang mitgeteilt.

Die Fülle des Stoffes hat es notwendig erscheinen lassen, dem „Zeitalter Walpoles“ noch einen weiteren Band zu widmen. So ist denn in dem vorliegenden die Erzählung der Hauptereig-

nisse nur bis zum Tode Georgs I. geführt, das weitere aber dem vierten Bande vorbehalten worden. Dafür sind in den beiden letzten, dem Regierungssystem Walpoles gewidmeten Kapiteln, die wichtigsten Verfassungsfragen schon für die ganze Zeit seiner Amtsdauer behandelt, und man mag in dieser mehr beschreibenden Form eine Art von Gegenprobe erblicken, indem hier früher oder später Erzähltes von einer andern Seite gezeigt wird.

Mit dem vierten Bande soll die allen wichtigeren Zweigen der Gesamtentwicklung gewidmete Behandlung des Zeitalters Walpoles zum Abschluß kommen. Der Druck desselben wird demnächst beginnen.

Freiburg i. B., im Mai 1934.

Wolfgang Michael.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	V
Einleitung	XI

Zweites Buch.

Walpole als Premierminister.

Die Anfänge seines Wirkens und der Charakter seines Systems.

Erstes Kapitel. Walpoles Herkunft und seine frühere Laufbahn 3—12

Die Chief Ministers des alten England 3. Die Vorfahren Robert Walpoles 4. Die Geschwister 7. Walpoles whigistische Haltung 8. Seine frühere Laufbahn 9. Seine Entlassung 1717 11.

Zweites Kapitel. Die Staatsschuld und ihre Konsolidierung 13—43

Die Staatsfinanzen 13. Englands Reichtum 14. Das Schuldenwesen 15. Der Staatsbankrott von 1672 16. Auswärtige Politik und Finanzen 18. Gründung der Bank von England 20. Ostindische und Südsee-Kompagnie 22. Defoe 24. England und Spanien 26. Steigen der Staatsschuld 28. Hutchesons Plan der Vermögensabgabe 31. Robert Walpole 32. Der *sinking fund* 35.

Drittes Kapitel. Mississippi und Südsee 44—119

John Law 44. Die Katastrophe in Frankreich 48. Wirkungen in England 51. Regierung und Südsee 56. Hie Bank! Hie Südsee! 59. Die Streitschriften 63. Annahme des Südseeplanes 69. Maßlosigkeit der Spekulation 74. Die *Bubbles* 76. Das Urteil des Herzogs von Orleans 81. Das Verhängnis der Südsee 83. Die Direktoren 85. Die Katastrophe 88. Rückkehr des Königs 94. Verfolgung der Direktoren 95. Oxford oder Walpole als Helfer in der Not? 104. Walpoles Sanierungsplan 106. Neuer Aufschwung des Handels 114. Die Denkschrift Laws 115.

Viertes Kapitel. Das Ende des nordischen Krieges 120—197

Die nordische Frage im Jahre 1720 120. Ostseeexpedition 1720 121. Intriguen in London und Wien 128. Die Mission Cadogans 131. Saint Saphorin 134. Eng-

	Seite
land und die Garantie der Pragmatischen Sanktion 139. Der Religionskonflikt in Deutschland 151. Die Kriegsgefahr 157. England und der deutsche Religionskonflikt 159. Die Investituren 162. Stanhopes großer Aktionsplan 170. Verhandlungen am Wiener Hofe 177. Neuer Aktionsplan 181. Karl VI. und sein Hof 184. Der Friede von Nystad 192. Walpole und die Ostsee 196.	
Fünftes Kapitel. Der Kongreß von Cambrai . . .	198—286
Der Kongreßgedanke 198. Lukas Schaub in Spanien 202. Die Atempause 207. Tod Stanhopes 207. Sunderland und Walpole 210. Sieg des Walpole'schen Systems 214. Townshend als Leiter der auswärtigen Geschäfte 216. Englisch-französische Verstimmung 222. Die Verträge vom 13. Juni 1721 228. Die Prinzessinnen 230. Verzicht auf den Kongreß? 232. Die Bevollmächtigten 237. Die Kriegsgefahr 243. Die Chronik von Cambrai 248. Thronwechsel in Spanien 253. Die formelle Eröffnung des Kongresses 254. Die Pragmatische Sanktion 257. Das England von Cambrai und das von London 266. Newcastle 269. Rücksendung der Infantin 281. Das Ende des Kongresses 283.	
Sechstes Kapitel. Die Neuwahlen von 1722 . . .	287—295
Kritik des letzten Parlaments 288. Die Wahlagitation 289. Der Sieg der Whigs 294.	
Siebentes Kapitel. Atterbury's Plot	296—325
Frankreich und die Jakobiten 296. Walpole und Atterbury 299. Der Prätendent und die Mächte 300. Der Plan der Verschwörung 304. Verhaftung Atterburys 308. Suspendierung der Habeas Corpus-Akte 310. Atterbury vor den Lords 316. Die jakobitische Gefahr 321. Die letzten Stuarts 324.	
Achtes Kapitel. Hofleben und Politik in Hannover, 1723	326—370
Die Königsreisen nach Hannover 326. Der „unsichtbare“ König 328. Walpole als Staatssekretär 332. Pyrmont und Herrenhausen 334. Alarmnachrichten aus Rußland 335. Walpole und die Finanzen 338. Intriguen in Hannover 340. Tod Marlboroughs 345. Carteret und Cadogan 346. Die Mission von Horace Walpole 349. England und Preußen 354. Der Ohnmachtsanfall 360. Die preußische Armee 362. Der Charlottenburger Vertrag 363.	
Neuntes Kapitel. Die Kompagnie von Ostende . .	371—399
Die österreichischen Niederlande 371. Die drei Phasen des Ostende-Handels 374. Die Jakobiten als Interloper 376. Die Haltung der englischen Regierung 380. Gründung der Kompagnie von Ostende 386. Die Rechtsfrage 391. Die Kompagnie und der Kongreß 397.	

	Seite
Zehntes Kapitel. Die Allianzen von Wien und Hannover	400—442
Elisabeth Farnese 400. Ripperda 401. Ripperda in Wien 405. Die Wiener Verträge 408. Die geheimen Artikel 410. Der Geheimvertrag vom 5. November 1725 415. Stanhope beim spanischen Königspaar 419. England und die Wiener Verträge 422. Die große Gegenaktion 426. Rußlands neue Ostseepäne 427. Die Allianz von Hannover 432. Die Wiener Alliierten und der Jakobitismus 438. Vor der Parlamentseröffnung 441.	
Elftes Kapitel. Englands Machtentfaltung zur See, die Belagerung Gibraltars und die Friedenspräliminarien	443—500
Walpole und Townshend 443. Die Thronrede 446. Die Verträge vor dem Parlament 448. Die Schwenkung Preußens 452. Wusterhausen und Berlin 454. Die deutschen Staaten 456. Die westindische Expedition 462. Die Ostseeexpedition 465. Das Ende der baltischen Expeditionen 475. Die Mittelmeerexpedition 476. Die Belagerung Gibraltars 477. Kardinal Fleury 484. Die ersten Verhandlungen 486. Das Verschwörer-Trio in London 489. Die österreichische Denkschrift 495. Ausweisung Palms aus London 496 und Saint Saphorins aus Wien 498. Unterzeichnung der Präliminarien 500.	
Zwölftes Kapitel. Der Thronwechsel	501—535
Georg I. 501. Seine Unkenntnis des Englischen 503. Sein wachsendes Verständnis für den Geist der Verfassung 505 und für die Politik Englands 506. Sophie-Dorothea 508. Des Königs letzte Reise 510. Tod Georgs I. 511. Walpole und Georg II. 513. Der Prätendent und die Jakobiten 515. Fleury und Horace Walpole 516. Das Testament Georgs I. 518. Der Vertrag mit Wolfenbüttel 523. Die Krönung 528. Georg II. 529. Karoline 532.	
Dreizehntes Kapitel. Der König und der Premierminister	536—545
Die staatsmännische Größe Robert Walpoles 536. Der <i>Prime Minister</i> 537. Die Ernennung durch den König 540. Die beherrschende Stellung der Krone 541. Walpoles Denkschrift von 1744 543.	
Vierzehntes Kapitel. Das Kabinett	546—592
Das britische Kabinett in seiner heutigen Gestalt 546. Das Fehlen einer festen Rechtsgrundlage 547. Der Wandel vom Organ des Monarchen zum Vollstrecker des Parlamentswillens 551. Das <i>Privy Council</i> 552. Die Entstehung des Kabinetts 553. Das Kabinett unter Wilhelm III. 554. unter Königin Anna 555. Das Committee of Council 556. Das Kabinett unter Georg I. 559. Der	

König im Kabinett 560. Der Prinz von Wales als Stellvertreter des Königs im Kabinett 564. Kabinettsitzungen unter Georg I in Hampton Court 1717 568. Seltenheit der Kabinettsitzungen unter dem Vorsitz des Königs 569. Warum der Brauch aufhört 571. Die Unkenntnis des Englischen 571. Der Bericht Hoffmanns 572. Der Gebrauch des Französischen 572. Rückzugs des Königs aus dem Kabinett 572. Ursprung der Legende 574. Der Prinz als Verteidiger der historischen Stellung des Königtums 577. Georg II. im Kabinett 577. Das Fehlen offizieller Protokolle 580. Die inoffiziellen *Minutes* 580. Kabinett und Regentschaft 582. Schilderungen aus den Sitzungen des Kabinetts 585. Seine Zusammensetzung und seine Frequenz 587. Der *Prime Minister*, das Kabinett und das Parlament 592.

* * *

Anhang.

Nr. 1. Vergleich des Mississippi mit der Südsee	593—594
Nr. 2. Persönliches Eingreifen Georgs I. in die Politik	594
Nr. 3. Die spanisch-österreichischen Geheimen Artikel von 1725	595
Nr. 4. Townshends erster Entwurf einer Thronrede	595—596
Nr. 5. Robert Walpoles Gedanken über das Verhältnis des Königs zum Prime Minister .	596—598

Der vorige Band hat einen Abschnitt englischer Geschichte behandelt, der uns Robert Walpole gezeigt hat als den erbarmungslosen Kritiker aller Taten der Regierung. Er hat ihr Handeln bis in die kleinsten Falten hinein durchleuchtet, er hat ihre Schwächen und Blößen rücksichtslos aufgedeckt. Er ist der Typus des englischen Oppositionsmannes gewesen.

Nun ruft ihn das Schicksal. Er soll nicht mehr Kritik üben, sondern positive Arbeit und praktische Politik vollbringen. Er geht mit Eifer ans Werk. Der lang zurückgehaltene, ungestillte Drang nach der Tat erhält freie Bahn, der Kritiker wird zum Staatsmanne.

Große Persönlichkeiten bestimmen oft das Schicksal von Nationen. Biographie und Historie reichen einander die Hand. Mit dem Einzug Walpoles in die Regierung beginnt auch eine Epoche englischer Geschichte. Wie er immer weitergreifend allmählich die gesamte Politik des Landes meistert, davon wird nun zu reden sein.

Man verliert ihn ein paar Jahrzehnte lang nicht aus den Augen. Man sieht ihn ringen mit den anderen Gewalten im Staate, mit dem Königtum wie mit dem Parlament. Und hier möge gleich gesagt sein, daß im beginnenden 18. Jahrhundert auch die Monarchie noch als ein selbständiger Faktor dasteht. Walpole hat im Umgang mit den beiden Königen, denen er dient, ewig mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Der eine versteht die Landessprache nicht, der andere ist eigenwillig, stolz und schroff und meint nur dem eigenen Urteil zu folgen und Beschlüsse zu fassen, die seinem eigenen Kopfe entsprungen sind. Er ist auch geneigt, an der Ergebnislichkeit, an dem guten Willen der anderen zu zweifeln, und wenn der Minister erklärt, er könne eine Sache vor dem Parlament nicht vertreten, so bekommt er vielleicht die Antwort zu hören: Sie könnten wohl, aber Sie wollen nicht. Und doch hat Walpole mit seinen Königen zu reden und zu verkehren verstanden. Mit dem einen spricht er lateinisch, den andern führt er sacht, ohne

daß er es merkt, seine eigene Straße. Walpoles letzte Absichten, sagt ein fremder Diplomat, kennt niemand, auch nicht der König. Und dennoch sagt er dem Könige die Wahrheit. Er schmeichelt nicht, und es ist wie ein Vermächtnis des Entlassenen, wenn er dem Monarchen die Mahnung zuruft, er solle sich hüten vor den Schmeichlern, die ihm die Wahrheit verbergen.

Zweites Buch.

Walpole als Premierminister.

Die Anfänge seines Wirkens
und
Der Charakter seines Systems.

Erstes Kapitel.

Walpoles Herkunft und seine frühere Laufbahn.

Mächtige Minister hat es in England unter schwachen wie unter starken Königen oft gegeben. Man hat ihre Erscheinung zurückverfolgt bis hinauf in angelsächsische Zeiten und hat die Aufzählung schon mit dem Erzbischof Dunstan im 10. Jahrhundert beginnen lassen. Doch bilden sie nicht eine geschlossene Reihe, es folgt nicht der eine auf den andern. Große Lücken sind vorhanden, und die Charaktere sind völlig verschiedene. Bald, vielleicht am häufigsten, ist es ein hoher Geistlicher, bald ist es ein Jurist oder ein Finanzmann. Sie treten auf als isolierte Phänomene. Nichts Gemeinsames ist unter ihnen zu beobachten, als daß sie erhoben werden durch die Gunst des Monarchen, der sie halten oder stürzen kann, wie es ihm gefällt.

Die Stellung des modernen *Prime Minister* läßt sich beschreiben, die Entwicklung des Amtes läßt sich nachzeichnen vom 18. Jahrhundert bis auf unsere Tage. Die mächtigen Ratgeber früherer Könige aber weisen keine gemeinsamen Züge auf. Jeder einzelne von ihnen besitzt so viel von der Macht, wie der Monarch ihm überläßt, und nur so lange er sie ihm überläßt. Kein Präzedenzfall wirkt. Individuell verschieden, jeder in seiner Eigenart, so stehen sie vor uns. Wir fragen nicht, wieviel von der Machtvollkommenheit Wolseys auf Thomas Cromwell übergegangen sei, oder wie weit die Stellung Buckingham's unter Jakob und Karl I. sich wiederfinde in dem Bilde des vom Volkshasse verfolgten und vom Parlament dem Schaffot überlieferten Strafford. Jede dieser Gestalten, stolz oder geschmeidig, drohend oder milde, will für sich gewürdigt werden. Die *Chief Ministers* des alten England haben keine Geschichte.

So stehen sie da im Schatten des Thrones, der Monarch über ihnen, das Volk als regierte Masse unter ihnen, manchmal sie bewundernd, häufiger mit Unwillen auf sie blickend und trotz der wiederholt aufgestellten Forderung, mitwirken zu dürfen

bei ihrer Ernennung, und trotz des Rechtes der Ministeranklage, nicht oft in der Lage, den Verhassten von seinem Platze zu verdrängen.

Soviel sollte gesagt werden, um den Unterschied der Zeiten fühlbar zu machen, der nun hervortritt, seitdem Robert Walpole den neuen Typus schafft, der seitdem nicht mehr verschwindet, einen Typus, der seine Geschichte, seine Entwicklung besitzt und dessen eindrucksvolle erste Verkörperung wir behandeln wollen.

* * *

Ein paar Stunden westlich von King's Lynn, in der Grafschaft Norfolk, ist der Flecken Walpole gelegen. Von da mag die Familie des großen Staatsmannes ihren Ausgang genommen haben ¹⁾. Der Ahnherr soll mit Wilhelm dem Eroberer herübergekommen sein. Ja, gelegentlich meinte man das Alter der Walpoles noch weiter, bis in die Zeiten Eduards des Bekenners, zurückverfolgen zu können. Mag dies unsicher erscheinen, als örtliche Tradition und nicht durch Urkunden zu belegen, so hat man es doch gewißlich mit einem uralten Geschlecht von Landedelleuten zu tun. Der zuerst urkundlich erwähnte Reginald de Walpole lebte im Anfang des 12. Jahrhunderts, zur Zeit Heinrichs I. Sein Sohn Richard war vermählt mit Emma, der Tochter des Walter de Hovelton oder Houton, dessen Vater William de Hovelton sich Lord von Houghton nannte. Seit jener Heirat waren die Walpoles selbst nach Houghton, einem mäßig großen Herrnsitze, nordöstlich von King's Lynn, übersiedelt. Dort haben sie mehr als sechshundert Jahre lang gesessen, haben das alte Wohnhaus oft umgebaut, bis der berühmteste Sohn der Familie, der große Sir Robert, es in der Epoche, da ihm reiche Mittel zugeflossen waren, niederreißen ließ und die ersten Künstler der Zeit beauftragte, ihm an derselben Stelle ein neues schloßartiges Gebäude zu errichten. Hier hat der Minister

¹⁾ Für das folgende vgl. die auf Urkunden beruhende Darstellung J. H. Broome, *Houghton and the Walpoles*, 1865; *The Guide to Houghton Hall*, 1901; *Notes on the early Pedigree of Walpole of Houghton* (*The Norfolk Antiquarian, Miscellany*. Ed. W. Rye, I, 1877); ferner die Artikel über einzelne Mitglieder der Familie im *Dict. Nat.-Biogr.* Eine Stammtafel bei Coxe, R. Walpole, 1.

noch seine letzten Tage verbracht, und bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts ist Houghton Hall von Walpoles bewohnt gewesen. Dann ist es übergegangen in den Besitz der Nachkommenschaft einer Tochter Robert Walpoles, der Familie des Marquis von Cholmondeley.

Es läßt sich denken, daß eine durch so lange Jahrhunderte fest auf der Scholle sitzende Familie auch in der Grafschaft etwas bedeutete. Ein Ritter Henry de Walpole, der vielleicht im Kriege der Barone unter Simon von Montfort gegen Heinrich III. gefochten hatte, ward mit anderen von Eduard I. aufgeboten, um ihn mit Waffen und Pferden auf seinen Kriegszügen zu begleiten, zuerst gegen den französischen König und sodann gegen die Schotten.

In fünf auf einander folgenden Generationen erscheint immer wieder ein Henry Walpole als Haupt der Familie, geachtet in der Grafschaft und mehrfach als einer der beiden *knights of the shire* in die vom Könige berufenen Parlamente entsandt. Ein jüngerer Sohn des Hauses, Ralph Walpole, wurde im 13. Jahrhundert Bischof von Norwich, später von Ely. Er stritt, vom Papste Bonifaz VIII. unterstützt, gegen Eduard I. für die Rechte des Klerus, und in Cambridge kennt man ihn als den Wohltäter von Peterhouse College ¹⁾. Auch von den religiösen Gegensätzen des 16. und 17. Jahrhunderts hat die Familiengeschichte der Walpoles zu berichten. Vier Mitglieder des Hauses sind im 16. Jahrhundert zum Katholizismus übergetreten und sind Jesuiten geworden. Einer von ihnen, Henry Walpole, hat in York den Märtyrertod erlitten. Ein anderer, Edward, der älteste Sohn eines John Walpole von Houghton, nicht minder fest in seinem Glauben, hat, wie jener, in beständiger Lebensgefahr schwebend und von Ort zu Ort fliehend, sein Amt als römischer Priester und Missionar ausgeübt, bis er begnadigt wurde und das Recht erhielt, in den Besitz des Familienvermögens einzutreten. Nun aber hat er charaktervoll auf alles verzichtet, die Güter kamen an einen jüngeren Bruder, und durch diesen fernerhin an seinen Ururenkel Sir Robert.

In der Zeit des Bürgerkrieges werden wir uns die Walpoles bei der Partei des Parlaments zu denken haben; denn wir

¹⁾ Vgl. Th. A. Walker, *Peterhouse* (University of Cambridge. College Histories) 1906, 74.

erblicken sie später auf der Seite der Whigs, und in jenen Tagen war ganz Norfolk im Besitz des Parlaments gewesen. Doch als das Interregnum sich dem Ende zuneigt, und England der Wiederherstellung des Königtums zusteuert, da haben auch die Walpoles zur Erreichung dieses Zieles das Ihrige getan. Sir Edward, der Großvater des Ministers, gehörte als Vertreter von King's Lynn dem Konventionsparlamente an und stimmte für die Restauration. Ja, derselbe war es, der zusammen mit seinem Vater und mit Sir Horatio, dem späteren Viscount Townshend, den Hafen von King's Lynn befestigte und Streitkräfte bereit hielt zur Verteidigung. Zum Lohn für diese loyale Haltung wurde er bei der Krönung des Königs zum Ritter des Bath-Ordens erhoben, und sechs Jahre lang, bis zu seinem Tode im Jahre 1667, hat er in dem langen Parlament Karls II. gesessen.

Auch Robert Walpole, sein ältester Sohn und Erbe seiner Güter, war hochangesehen in der Grafschaft und im Lande. Seit dem ersten Jahre von William und Mary saß er im Unterhause als Vertreter des Fleckens Castle Rising. Er ist im Jahre 1700 gestorben. Aus seiner Ehe mit Mary Burwell waren 19 Kinder entsprossen. Der dritte Sohn, der durch den frühen Tod der beiden älteren zum Erben des Familienvermögens geworden war, ist Robert Walpole, der Minister.

Der Wohlstand der Familie muß um die Zeit, als der Vater starb, ein recht bescheidener gewesen sein. In einem wohl wenig später geschriebenen Briefe¹⁾ an ihren lieben Bob klagt die Mutter über die Mühen, die es ihr bereite, gewisse, doch recht bescheidene Summen für die Bedürfnisse der Familie aufzubringen. Robert, nunmehr das Haupt der Familie, hat sich sein Lebelang als guter Sohn und Bruder bewährt. Die Mutter ist 1711 gestorben. Von den 18 Geschwistern lebten zwei Brüder und drei Schwestern. Horatio oder Horace, etwa zwei Jahre jünger als Robert, wurde der treue Helfer seines Bruders im auswärtigen Dienste. Er ist lange Jahre Gesandter in Holland und in Frankreich gewesen, und der Premier wußte, daß er sich auf ihn verlassen könne. „Europa und das Spiel überlasse ich meinem Bruder“, pflegte er zu sagen. Auch im Unterhause unterstützte Horace beredt

¹⁾ Houghton Manuscripts.

und temperamentvoll die Politik seines Bruders, mochte sich dieser in der Opposition oder in der Regierung befinden. Manchmal ergriffen beide Brüder, zuerst Robert und nach ihm Horace¹⁾ in einer und derselben Debatte das Wort. „Die beiden Walpoles haben vorgestern wie zwei Rasende gegen die Adresse gewettert,“ schreibt Lukas Schaub 1718²⁾. „Die beiden Walpoles zähle ich für einen nur“, spottet ein gereimtes Pamphlet aus dem Jahre 1719³⁾

Galfridus, der jüngste der überlebenden Brüder, ward ein Seemann und verlor in einem Gefechte mit den Franzosen den rechten Arm. Auch er hat Ämter und Ehren erhalten und dem Unterhause angehört, ist aber niemals zu hoher politischer Bedeutung gelangt. Von den drei überlebenden Schwestern aber ward die mittlere, Dorothy, die Gattin des Gutsnachbars von Houghton, Lord Townshend in Rainham. Eine hochpolitische Verbindung. Wir wissen, wie bedeutungsvoll das Zusammenwirken von Townshend und Walpole in äußerer und innerer Politik schon in den ersten Jahren Georgs I. geworden ist, noch mehr als Walpole, dem Schwager folgend, den König verlassen und sich der Opposition angeschlossen hatte. Und vollends stehen nun, als sie wieder zur Macht gekommen sind, Townshend und Walpole wie zwei hohe Säulen da, auf denen der Bau der Regierung ruht. Ein Doppelregiment, in dem übrigens der Lord zunächst als der Vornehmere von beiden erscheint, der dem Schwager gegenüber sogar eine gewisse Herablassung zeigt. Das währt so lange, bis Walpole findet, daß jener mit seiner äußeren Politik seine Kreise störe. Dann gibt es Reibungen, heftige Szenen, bis endlich, nach einem Jahrzehnt, der Schwächere, das ist Townshend, weichen und dem Schwager Sir Robert, dessen Macht tiefere Wurzeln geschlagen hat, das Feld überlassen muß.

Doch wir wollen nicht der künftigen Erzählung vorgreifen. Unsere nächste Aufgabe ist es vielmehr, die Laufbahn Robert Walpoles nun einmal rückblickend von ihren Anfängen an zu überschauen und die Umstände kennen zu lernen, die ihn, als

¹⁾ Parl. Hist. 6, 1268 ff.

²⁾ Schaub an St. Saphorin, 27. Dec. 1718. Han. Arch.

³⁾ Vgl. Bd. 2, 607.

er einmal in den Kreis der Regierung eingetreten war, in die hohe Machtstellung führten, in der er von 1721 an über zwei Jahrzehnte verblieben ist.

* * *

Wir haben bisher die frühen Schicksale Walpoles, die vor der Thronbesteigung Georgs I. liegen, geflissentlich beiseite gelassen. Nun möge ihre Betrachtung dazu dienen, typische Züge in seinem politischen Tun und Leiden, ganz ähnlich, wie sie später auftreten und uns bekannt sind, schon aus seinen jungen Jahren nachweisen zu können. Nichts Überraschendes ist dabei, denn seine Begabung und sein Charakter haben sich ebensowenig geändert wie die Methoden des politischen Kampfes innerhalb der Jahrzehnte, die hier zu überblicken sind.

Schon im Jahre 1700, nicht lange nachdem der Vater gestorben war, ist Robert Walpole ins Unterhaus gewählt worden, zuerst für den Flecken Castle Rising, den schon sein Vater vertreten hatte. Zwei Jahre später kam er in das erste Parlament der Königin Anna für das benachbarte King's Lynn, dessen Vertreter er fortan vierzig Jahre lang, durch seine ganze politische Laufbahn hindurch, geblieben ist. Daß er dabei durch seine hohe Begabung schon in jungen Jahren allen auffiel, ist bezeugt, und die Anekdote von der ungeschickten Jungferrede, die belacht wird, während ein Kenner sofort erklärt, der junge Walpole werde bald genug ein glänzender Redner sein¹⁾, diese kleine Geschichte, wie sie ja ähnlich in der Biographie so manches bekannten Politikers wiederkehrt, scheint in diesem Falle erst spät überliefert, und nur zum höheren Ruhme des gefeierten Staatsmannes erzählt worden zu sein.

Vom ersten bis zum letzten Tage seiner langen politischen Laufbahn hat Robert Walpole seinen strengen Whig-Standpunkt niemals verleugnet. So wollte es die vom Vater überkommene Tradition, und so hat der Sohn es fortgeführt. Ja, er macht daraus ein politisches Prinzip, das über den Rahmen eines Programms weit hinauswächst und schlechthin fordert, daß die eigene Partei entweder selbst die Regierung bilden oder geschlossen in der

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 14.

Opposition verharren solle. Walpole ist damit der eigentliche Begründer und der entschlossene Vertreter des Zweiparteiensystems in England geworden.

Schon unter Königin Anna hat Walpole einige Jahre lang der Regierung angehört, doch ohne das Haupt derselben zu sein. Durch seine engen Beziehungen zu den Parteigrößen der Whigs, zu Cowper und Somers, zu Halifax und Townshend, gelang es ihm, dem Ministerium unter dem Großschatzmeister Godolphin einen vollständig whiggistischen Charakter aufzudrücken, und Marlborough, der siegreiche Feldherr, setzte 1708 die Erhebung Walpoles zum Kriegssekretär durch. Er ward damit gleichsam der in der Heimat wirkende Sachwalter des im Felde stehenden Generals, und Walpoles Anteil an den Erfolgen der flandrischen Feldzüge ist darum auch nicht gering zu achten.

Dann aber kam der Umschwung von 1720, und Robert Harley, der neue Machthaber, bildete ein Kabinett auf torystischer Grundlage. Er versucht, auch einige Häupter der Gegenpartei für seine Regierung zu gewinnen, und es gelingt ihm. Eine Anzahl Whigs sind wirklich zu ihm übergetreten. Nicht so Walpole. Harley gibt sich alle Mühe, ihn im Amte zu halten. Er macht lockende Anerbietungen, er erklärt, Walpole sei ihm so viel wert wie die halbe Partei. Aber Walpole bleibt fest, auch als Harley es nun mit Drohungen versucht und behauptet, er habe kompromittierende Schriftstücke in Händen und könne ihn zugrunde richten. Furchtlos und charaktervoll hält Walpole zu seiner Partei, und als ihr stärkster Geist eröffnet er alsbald den Kampf gegen die neuen Machthaber.

Wir brauchen diesen Kampf nicht hier zu schildern, denn er liegt so weit zurück hinter der Epoche, mit der wir es in diesem Bande zu tun haben. Nur einer einzigen Episode — sie ist bisher kaum beachtet worden — möge noch mit einem Worte gedacht werden. Wir kennen eine vertrauliche Mitteilung vom 1. November 1711, gerichtet an den kürzlich zum Grafen Oxford erhobenen Harley¹⁾. Der Schreiber warnt ihn, auf seiner Hut zu sein. Die Whigs tragen Böses im Schilde. Sie haben kürzlich bei Lord Orford eine Versammlung abgehalten in stattlicher Zahl, fast lauter Lords, aber Robert Walpole der Commoner,

¹⁾ Portland Mss. 5, 106.

mitten unter ihnen. Es heißt, sie werden am ersten Tage (nämlich am Tage der Parlamentseröffnung) einen Streich versuchen. „Seien Sie auf Ihrer Hut und seien Sie gewiß, daß unsere Freunde im Unterhause zu Ihnen stehen werden“.

Der Streich im Oberhause ist wirklich gefallen. Es handelt sich um jenen Antrag Nottinghams ¹⁾, der Adresse der Lords die Klausel hinzuzufügen, kein Friede würde sicher und ehrenvoll sein, der Spanien und Westindien einem Zweige des Hauses Bourbon überließe. Es war der Versuch, die Friedenspolitik der Regierung durch einen Oberhausbeschuß noch in letzter Stunde zu Falle zu bringen. Die Tory-Regierung antwortete mit dem berühmten Pairsschub vom Dezember 1711, durch den der Widerstand der Lords gebrochen wurde. Aber es möge beachtet werden, daß in jener Parteiversammlung der Whiglords auch Walpole anwesend war. Und es mag wohl die Macht seiner Rede gewesen sein, welche den Anstoß gegeben hatte zu jenem Antrage Nottinghams im Oberhause, der fast zum Sturze der Tories geführt hätte.

Und nun zögerte auch die Regierung nicht länger, die früher ausgesprochene Drohung wahr zu machen. Von der torystischen Mehrheit des Unterhauses ward der Beschluß gefaßt, Robert Walpole wegen Vertrauensbruch und Bestechlichkeit als Gefangenen in den Tower von London zu senden. Ein sehr durchsichtiger und, wie es scheint, sachlich ganz unbegründeter Racheakt. So ward dem nun in der Mitte der Dreißiger stehenden Manne, der schon zu den ersten Größen seiner Partei gehörte, noch die Märtyrerkrone des politisch Verfolgten aufs Haupt gedrückt, die seinem Ruhme keinen Abbruch tat. Er trug sie mit Würde und nicht ohne Stolz. Und er nahm, als er die Freiheit wieder erlangt hatte, den Kampf gegen die Tories von neuem auf. So ging es fort bis zum Tode der Königin Anna und wenn wir in einem Gesandtenbriefe über die im März 1714 gegen Richard Steele geführte Untersuchung lesen ²⁾, die Schriften Steeles seien im Unterhause mit einer Beredsamkeit verteidigt worden, die des Zeitalters des Augustus würdig war, so wissen wir genau, an wen wir bei diesem Worte zu denken haben. Denn von anderer

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 261 ff.

²⁾ Bonet, 19/30. März 1714. G. St. A.

Seite hören wir ¹⁾ von der *memorable speech*, die Robert Walpole an diesem Tage gehalten habe.

Was in der Laufbahn Walpoles folgt, was in den ersten 8 Jahren der Regierung Georgs I. geschah, ist uns bekannt. Walpole gehört ein paar Jahre lang dem Kabinette an und er nimmt seinen Rücktritt, als seine nächsten politischen Freunde entlassen werden. Vergebens sucht der König ihn zu halten, und die halb komische Szene, als Walpole das Siegel des Schatzkanzlers auf den Tisch des Königs niederlegt und dieser es wohl zehnmal in Walpoles Hut zurückträgt, wie er ihn freundlich und dringend zum Bleiben zu bewegen sucht und immer wieder — man spricht lateinisch — seine Bitte in die Worte *rogo te, rogo te* kleidet — hat nicht diese Szene die stärkste innere Verwandtschaft mit den verzweifelten aber ebenso vergeblichen Bemühungen, mit denen sechs Jahre zuvor Oxford den großen Whig-Politiker im Amte zu halten versucht hatte? Und wie senr glich auch die scharfe Opposition, die Walpole nun, seit 1717, der Regierung Georgs I. machte, dem erbitterten Kampf, den er ehemals gegen die Tory-Minister der Königin Anna geführt hatte. Die Tories hatten keine bessere Antwort zu finden gewußt als Ausschließung aus dem Unterhause und Gefangensetzung im Tower. Die Minister Georgs waren klüger und glücklicher. Sie machten dem gefährlichen Gegner Konzessionen und überließen ihm einen Teil ihrer Macht. So war Walpole im Mai 1720 in die Regierung zurückgekehrt, zwar an Einfluß noch überragt durch mehrere seiner Kollegen, besonders durch den viel unbedeutenderen, doch in der Gunst des Monarchen niemals erschütterten Sunderland, aber auch noch verdunkelt durch den Ruhm Stanhopes, des führenden Geistes in der auswärtigen Politik, des Schöpfers der Quadrupel-Allianz. Aber ob als Haupt der Regierung oder noch an bescheidenerem Platze, die öffentliche Meinung wußte, daß er, wenn nicht heute, so doch morgen der alles entscheidende Mann sein werde. Der preußische Resident schrieb schon damals in seinem Bericht ²⁾, Walpole werde zwar wohl nur zweiter Kommissar des Schatzamtes werden, aber wenn auch Sunderland den Ehrenposten des ersten behalte, so werde doch jener „alle

¹⁾ Parl. Hist. 6, 1268 ff. Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 43.

²⁾ Wallenrodt, 3/14. Mai 1720. G. St. A.

affaires haben“, denn Sunderland sei müde und gestehe selbst, daß er für sein Amt nicht mehr taue. In Wahrheit war Walpoles Stellung zunächst sogar noch bescheidener, als sie hier vorgezeichnet wird. Er wurde Zahlmeister der Truppen. Aber das Schicksal fügte es, daß schon in den nächsten Monaten England, die Geschäftswelt und das Publikum, von einer schweren Katastrophe getroffen wurden und daß sofort alles nach Walpole rief, als dem Manne, der allein helfen könne. Er hat die Kraft dazu in sich gefühlt und ist dem Rufe gefolgt. Als der große Kenner der Finanzen ist Walpole der Mann des Schicksals für England geworden. Was er hier gewirkt, davon wird nun zu reden sein.

* * *

Zweites Kapitel.

Die Staatsschuld und ihre Konsolidierung.

Am Anfang der großen Laufbahn Walpoles steht die Südsee-Katastrophe und seine rettende Tat. Hier erscheint es geboten, mit einer allgemeinen Betrachtung der Staatsfinanzen zu beginnen. Sie beherrschen wohl in keiner Epoche englischer Geschichte das große Gefüge des historischen Geschehens in höherem Maße als in dieser. Und in keiner anderen hat auch die Rücksicht auf die Finanzen in der Politik des Landes, in der inneren wie der äußeren, eine größere Rolle gespielt. So möge denn, was im folgenden von den englischen Finanzen des 18. Jahrhunderts vorgetragen wird, wie eine Einzelszene aufgenommen werden in dem großen Drama der Gesamtgeschichte Englands, allerdings wie eine Szene, die in dem Aufbau des Dramas unentbehrlich ist, und ohne die das Spiel der Kräfte unverständlich bleiben würde.

Man könnte das Thema „englische Finanzpolitik im 18. Jahrhundert“ etwa so auffassen, als handle es sich um die Frage: wie ist es möglich gewesen, daß der Inselstaat den großen Anforderungen gerecht wurde, die eine lange Reihe von Kriegen an die Finanzen stellte? Innerhalb des Zeitraums von 1688 bis 1815 sind 75 Kriegsjahre und nur 53 Friedensjahre zu zählen. Die Kriege werden fast immer gegen den ersten Militärstaat der Zeit, gegen Frankreich, geführt, gegen Frankreich schon unter Ludwig XIV. und immer noch gegen dasselbe Frankreich unter Napoleon. In dieser ganzen Periode war England jedoch nur schwach bevölkert. Es hat niemals auch nur die Hälfte der französischen Volkszahl erreicht. England wird 1688 auf 5½ Millionen Menschen geschätzt, 1750 auf 6½, 1815 auf etwa 11 Millionen. Die französische Bevölkerung aber soll 1789 25 Millionen stark gewesen sein, während man für England und Wales 1790 die Zahl von 8 675 000 vernimmt, und es macht auch noch keinen allzu großen Unterschied, wenn man für Schottland noch ein paar Millionen hinzurechnet, und für Irland auch.

Das Bild, das man also erhält, ist und bleibt dasjenige eines nicht durch Menschenmassen starken Volkes, das der größeren Festlandsmacht entgegentritt und zu verschiedenen Malen, freilich gestützt auf Bündnisse mit anderen, das Übergewicht jener Festlandsmacht zerbricht. Es läßt die seinem Befehl folgenden Armeen marschieren in Frankreich, in Flandern und in Deutschland, in Spanien und Italien, in Amerika und in Indien. Es gründet die erste Seemacht und das größte Kolonialreich, das die Welt gesehen und dieses gerade dadurch, daß es die Franzosen vom amerikanischen Festlande herunterwirft und ihre Position in Ostindien zerschlägt. Wir haben gesehen, die Volkszahl macht es nicht. Und sagen wir ruhig: die insulare Lage macht es auch nicht allein, so wichtig es ist, daß das englische Volk auf einer natürlichen Festung sitzt. Staatsmännischer Geist und kühl rechnende, kaufmännisch rechnende Politik tun viel, aber auch sie erklären nicht alles. Das eigentliche Geheimnis liegt während der ganzen Periode in dem fortwährend wachsenden Reichtum Englands. Mit seinem Gelde rüstet es Armeen aus, bezahlt es meistens die Truppen seiner Verbündeten, mietet ihre Kontingente oder zahlt ihnen Subsidien und vor allem: es baut seine Schiffe. Mit einem Worte: es finanziert den Krieg, nicht nur seinen eigenen, sondern auch denjenigen seiner Bundesgenossen.

Man hat sich also das englische Volk in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts als ein reiches Volk zu denken, reich und steuerkräftig. Darüber herrscht auch schon unter den Zeitgenossen nur eine Stimme. Jeder nach England kommende Fremde — so liest man es in den Reisebeschreibungen bei Voltaire, bei Haller, bei Saussure, bei den Italienern — ein jeder hat den Eindruck, er sei in einem reichen Lande. Und für diese Schilderungen der Ausländer wie der Einheimischen bezeichnet auch das Jahr 1720 keine einschneidende Epoche. Das Bild bleibt dasselbe auch nachdem der von der Südsee her angefachte Sturm über Land und Volk dahingebraust ist. Über die Quellen dieses Reichtums, über Industrie und Handel, über die fortgesetzte Zusammenballung großer Grundbesitze wird später zu reden sein.

An dieser Stelle, und da wir auf das Jahr 1720 zu sprechen kommen, ist eine andere Erscheinung ins Auge zu fassen, die mit dem Reichtum der Nation eng zusammenhängt, ich meine

die große Staatsschuld. Sie ist keineswegs althergebracht, sie war vielmehr erst seit 1688, im Zeitalter der Kriege gegen Ludwig XIV. und als eine Folge dieser Kriege, entstanden.

Von einem geordneten Schuldenwesen des Staates kann in England vor dem 17. Jahrhundert nicht die Rede sein. Unter den Tudors hatte der Ertrag des ungeheuren Besitzes der Krone, zusammen mit den feudalen Einkünften, mit Zolleinnahmen und den Abgaben der Geistlichkeit, die Grundlage der öffentlichen Finanzen gebildet. Alle diese Quellen machten insgesamt die ordentlichen Einnahmen aus. Krone und Reich waren in ihrer Wirtschaft nicht getrennt, wurden nach der Art eines Gutshofs verwaltet, wie sie denn auch gelegentlich geradezu als *the manor of England* bezeichnet werden, dessen Herr der Souverän ist. In gewöhnlichen Zeiten, so ist die Meinung, soll er mit diesen Mitteln haushalten und auskommen, wie ein braver Gutsherr; „*the king should live of his own*“, sagt ein zeitgenössisches Wort¹⁾.

Für außerordentliche Zwecke aber ließ sich der Souverän auch außerordentliche Mittel vom Parlamente bewilligen. Es sind die sogenannten Subsidien, die Fünfzehnten und Zehnten, deren Bedeutung und Umfang beständig zunahm, besonders gegen das Ende der Regierung Elisabeths, in den Zeiten des spanischen Krieges²⁾. Aber damit kommt sie auch aus. Im Jahre 1575 ward es ihr hoch angerechnet, daß sie eine schwere Schuld, noch aus der Zeit ihres Vaters stammend, „das nagende Übel“, bis auf den letzten Penny abgezahlt hatte³⁾.

Unter den Stuarts ändert sich das Bild. Das Bedürfnis und die Gelegenheit, Schulden zu machen, beherrschen die Finanzgeschichte der Zeit. Die Könige, d. h. die älteren wie die jüngeren Stuartherrscher, stehen mißtrauischen und wenig entgegenkommenden Parlamenten gegenüber. Sie brauchen Geld und sie nehmen es, wo sie es finden. Und nun trat während des Bürgerkrieges, man sagt um 1645, eine Klasse von Leuten auf, die als die allgemeinen Geldleiher erscheinen. Die Goldschmiede sind es, in deren Händen das sich mehrende überschüssige Kapital der Kaufmannswelt zusammenfließt, und die dieses Geld arbeiten

¹⁾ Vgl. W. R. Scott, *The English Crown Finances 1558—1603*, 1909.

²⁾ (Old) *Parliamentary and Constitutional History of England* 4, 483.

³⁾ Ebd. 4, 211.

lassen, es ausleihen und hohe Zinsen dafür beziehen. Die Goldschmiede sind die Bankiers des 17. Jahrhunderts¹⁾. Sie treten auch mit der Regierung in Verbindung. Cromwell läßt sich von ihnen mit barem Gelde versehen für die Zwecke seiner Politik, und verweist sie auf künftige Staatseinnahmen. Karl II. borgt immer größere Summen von ihnen; sie nehmen, „ohne sich zu schämen“, 10 Prozent Zinsen von ihm und machen mit den ihnen dafür im voraus überlassenen Einkünften des Staates 20 und 30 Prozent. Sie gewinnen eine zentrale Stellung im Geschäftsleben Englands. Das flüssige Geld strömt ihnen von allen Seiten zu, das gesammelte Kapital der großen Grundbesitzer nicht minder als das der Handeltreibenden, die Gelder der Witwen und Waisen nicht anders als die der Geschäftswelt. Mit dem Jahre 1667, während des zweiten holländischen Krieges, ist ein gewisser Höhepunkt dieser Entwicklung erreicht. Aber nun zeigt sich auch, wie schwach das Fundament des Gebäudes ist. Das Vertrauen des Publikums zu den Goldschmieden beruhte doch nur auf ihrer Beziehung zum Staate. Stand diese nicht mehr fest, oder kam der Staat selbst ins Wanken, oder zog er seine Hand von den Privatbanken zurück, so fiel alles zusammen. Der Schleier, der über dem Geheimnis des öffentlichen Kredits lag, ward plötzlich zerrissen, als die holländische Flotte 1667 die Themse hinauffuhr und die bei Chatham liegenden englischen Kriegsschiffe verbrannte. Das Entsetzen des Volkes, die Angst vor dem allgemeinen Zusammenbruch führte zu einem Sturm auf die Banken, dem ersten *run*, von dem die englische Finanzgeschichte zu berichten weiß. Viel Schlimmeres geschah im Jahre 1672. Der neue Krieg mit Holland stellte Anforderungen, denen der Staatsschatz, bei Erfüllung der vorhandenen Verpflichtungen nicht gewachsen war. Die schwebenden Schulden beliefen sich auf mehr als 1¼ Millionen Pfundsterling. Da ward dem Könige von seinen Ministern — es war das berühmte Cabal-Ministerium — der bedenkliche Rat erteilt, alle Zahlungen des Staatskasse vorläufig einstellen zu lassen. Durch Proklamation wurde erklärt, daß ein Jahr lang keine Kapitalien ausgezahlt werden könnten, die Verzinsung aber, freilich auch nur 6, statt der bisherigen 8 Prozent, solle ohne Unterbrechung erfolgen.

¹⁾ Vgl. Anderson, On Commerce 2, 402; 483; 519.

Auch diese Zusagen wurden in der Folge nicht eingehalten, und die Wirkung des sogenannten *shutting of the Exchequer* war furchtbar. Die Gutnaben und Bestände der Goldschmiede wurden beschlagnahmt, und da die Geschädigten nun unfähig waren, ihre eigenen Gläubiger zu befriedigen, so sollen zehntausend Familien in das Unglück hineingerissen worden sein. Die Sperrung der Schatzkammer im Jahre 1672 stellt wohl den ersten eigentlichen Staatsbankrott in England dar. Er zeigt auch schon die häßlichen Nebenerscheinungen solcher Katastrophen, insbesondere die Praxis, daß eine Anzahl Eingeweihter, und darunter Mitglieder der Regierung selbst, ihre Gelder bei Zeiten herauszuziehen und in Sicherheit zu bringen vermochten¹⁾.

Durch den Gewaltstreich von 1672, so schreibt ein Zeitgenosse²⁾, „gingen dem Könige die Herzen seiner Untertanen verloren, und viele Witwen und Waisen waren ruiniert. Aber auch der gute Ruf des *Exchequer* war dahin, dessen Kredit vordem so groß gewesen, daß der Monarch über das halbe Volksvermögen hätte gebieten können.“ Die Stuarts haben gleichwohl auch fortan schlecht und recht mit den alten Mitteln auszukommen versucht, aber eine weise Verwaltung hätte sich nach neuen Methoden für die staatliche Finanzwirtschaft umgesehen

* * *

Unterdessen war in der Geschäftswelt längst die Forderung nach einem zentralen Kreditinstitut laut geworden. Handel und Wandel hatten sich seit der Restauration mächtig gehoben, um so mehr als England von den Kriegswirren, mit denen die Politik Ludwigs XIV. den Kontinent heimgesucht hatte, noch wenig berührt worden war. Etliche Vorschläge tauchten auf zur Gründung einer Staatsbank, nach dem Muster der im Ausland bestehenden Banken von Venedig und Genua, von Hamburg und Amsterdam. Besonders das holländische Beispiel schien nachahmenswert, und man erklärte geradezu, der eigentliche Grund der kommerziellen Überlegenheit der Holländer über die Eng-

¹⁾ Dafür kommt es auch nicht darauf an, ob Ashley (später Graf Shaftesbury), der dieses tat und es seinen Freunden riet, auch gerade derjenige gewesen ist, der dem Könige die Schließung des *Exchequer* empfohlen hatte (so Burnet) oder nicht. Er war doch Mitglied des Kabinetts.

²⁾ Evelyn, Diary (ed. Bray, 1895) 363.

länder liege in der Bank von Amsterdam. Doch fehlte es auch nicht an Gegnern der Staatsbank. Daß die Goldschmiede von einer solchen nichts hören wollten, ist leicht verständlich, denn mit der Gründung der Staatsbank wäre es zu Ende gewesen mit den hohen Wucherzinsen bei ihren Darlehnseschäften. Aber selbst politische Gründe wurden geltend gemacht. In Republiken, sagte man, mag die Bank nützlich sein; für eine Monarchie aber taugt sie nicht, sie birgt Gefahren in sich, denn sie könnte durch die leichte Geldbeschaffung den Monarchen geradezu verleiten, nach der Herstellung des Absolutismus zu streben. Ein Gedanke, der den Engländern des 17. Jahrhunderts wohl nahe liegen mußte und der, wie sich das neue Institut nachmals entwickelte, nur deshalb nicht zutraf, weil die Kontrolle über die Finanzgebarung des Staates immer mehr aus den Händen des Souveräns hinüberglitt in die Hände des Parlaments.

Zuletzt waren es aber nicht die Wünsche der Kaufmannschaft, die zur Gründung des längst geforderten Instituts führten, sondern die Notwendigkeiten der politischen Lage. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint die glorreiche Revolution von 1688 epochemachend. Durch Wilhelm III. wurde der englische Staat wieder hereingezogen in die europäische Politik, der er lange Zeit nur als ein mäßig interessierter Zuschauer gegenübergestanden hatte. Die Auseinandersetzung mit Holland war den englischen Staatsmännern wichtiger gewesen als alles, was Ludwig XIV. tat. Karl II. hatte als Frankreichs Verbündeter die Holländer bekämpft, und selbst die Tripelallianz von 1668, so freudig begrüßt vom englischen Volke, war nur wie eine vorübergehende Anwendung der englischen Politik, den Machtgelüsten Frankreichs entgegenzutreten, und rasch war ihr der Vertrag von Dover gefolgt.

Erst mit Wilhelm III. kam der neue Gedanke in die auswärtige Politik des Inselstaates herein. England ward sich bewußt, wo in der Welt sich der eigentliche Feind aller englischen Größe befand, es stand ab von dem Streite mit den Niederlanden, in dem nicht mehr viel zu gewinnen war, und wendete seine Front gegen Frankreich. Man hat sich oft gewundert, daß es nicht früher geschah. Der rückschauenden historischen Betrachtung der Engländer stellt sich wohl die Zeit der Republik und der späteren Stuarts als eine Epoche dar, in der die Regierung

Englands ihre wahren Aufgaben nicht erkannte. Auch Cromwell, sagt man ¹⁾, habe sich, betört durch die diplomatische Kunst Mazarins, in ein Bündnis mit Frankreich hineinschmeicheln lassen, durch das freilich das heruntergekommene Spanien noch weiter geschwächt, das Haus Bourbon aber zur ersten Macht Europas erhöht wurde. Auch die Restauration der Stuarts habe hierin keine Änderung gebracht. Durch ihren langen Aufenthalt im Auslande war die Dynastie dem englischen Denken entfremdet, und ob nun Karl II. die Jahrgelder Ludwigs XIV. annahm, um seinen fröhlichen Hof unterhalten zu können, oder ob Jakob II. als strenger Katholik dem Beseitiger des Edikts von Nantes seine stille Bewunderung zollte, die Wirkung ihres Tuns war dieselbe: beschauliche Zurückhaltung Englands gegenüber der steigenden Größe von Frankreich. So seien kostbare Gelegenheiten versäumt worden, Frankreich zu demütigen und den nachfolgenden Generationen ungeheure Anstrengungen zu ersparen, die von ihnen aufgewendet wurden, um das inzwischen zerstörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen.

Solcher Betrachtungsweise gegenüber muß zunächst gesagt werden, daß jedes Zeitalter nur nach seinen eigenen Maßstäben beurteilt werden sollte. Aber sodann fehlte es der früheren Periode auch an der finanziellen Grundlage zur Lösung der gedachten Aufgabe. Auch Wilhelm III. hat lange nach den Mitteln suchen müssen, um den Kampf gegen das bourbonische Frankreich, d. h. gegen die erste Macht der Welt, durchzuführen. Die englischen Staatseinnahmen genügten nicht einmal für die Zwecke des Friedens. Sie betragen 1688 kaum £ 1 700 000 im Jahr, und davon wurden £ 1 100 000 für die Bedürfnisse der Armee und Flotte beansprucht. Nun werden die verschiedensten Mittel versucht, alte und neue, um die Einkünfte zu erhöhen. Die alte Praxis der Verpfändung später fälliger Steuern ist nicht mehr durchführbar; denn das gegen den ausländischen König mißtrauische Parlament macht seine Bewilligungen nur für kurze Fristen. Der Brauch, das Privatkapital in Gestalt von Kriegsanleihen heranzuziehen, mit einem Appell an das patriotische Empfinden, war der Zeit noch fremd. Man versucht allerlei, Minister und Alderman gehen in der City herum, um Geld zu

¹⁾ Z. B. Sinclair, Public Revenue 1, 402 ff.

borgen, wo immer es zu haben ist. Man legt eine Steuer auf die Aktien der ostindischen und der Hudsons Bay Kompanie. Man versucht es mit einer Tontine, mit einer Lotterie. Alles war ungenügend, um die notwendigen Mittel zur Kriegsführung aufzubringen. Und erst, als dies alles erschöpft war, trat die Regierung dem Gedanken einer Staatsbank näher.

So sind es zwei Quellen, aus denen der Entschluß zur Errichtung eines solchen Instituts — es war die Bank von England — entsprang: das Bedürfnis des emporblühenden Handels nach einem großen, allgemeinen Kreditinstitut und die Not der Regierung, welche sich in einen europäischen Krieg gestürzt und alle anderen Mittel, um ihn zu bezahlen, erschöpft hatte. Also ein neues Mittel, um den steigenden Reichtum der Nation, an den der Staat auf andere Weise und insbesondere auf dem Wege der Besteuerung nicht heran konnte, der großen Politik nutzbar zu machen. Der Krieg schafft eine neue Form der Vermögensanlage, und er wird neben allen seinen politischen Zielen zu einem Unternehmen der Kapitalisten.

Zuletzt war es doch das Geldbedürfnis der Regierung, was den Anstoß gab zur Gründung der Bank¹⁾. Eine Anzahl von Personen erklärt sich bereit, der Regierung die Summe von £ 1 200 000 vorzustrecken gegen eine Verzinsung von 8 %, was jener Zeit nicht zu hoch erschien. Diese Gruppe von Regierungsgläubigern wurde zu einer Korporation zusammengeschlossen unter dem Titel „*The Governor and Company of the Bank of England*“. Sie erhielten das Recht, Handel zu treiben in Wechseln, Gelder auszuleihen, insbesondere auch das Recht, Gelder aufzunehmen, doch nur bis zur Höhe der dem Staate geliehenen Summe. Diese von den Privaten eingezahlten Gelder brauchte aber die Bank nicht höher als mit 4½ % zu verzinsen. Es ergab sich also für die Teilhaber eine Verzinsung ihres Kapitals zu 8 % und soweit sie ihrerseits Gelder aufnahmen, noch eine solche von 3½ %²⁾.

¹⁾ Vgl. Philippovich v. Philippsburg, Die Bank von England im Dienste der Finanzverwaltung des Staates, 1885; A. Andreades, History of the Bank of England, 1909.

²⁾ Vgl. den Bericht des über Finanzfragen sehr gut unterrichteten preußischen Residenten Fr. Bon(n)et vom 20./30. April 1694, bei Ranke, Engl. Gesch. 9, 133.

Für die Privaten aber, die ihre Gelder bisher den Goldschmieden zu geben pflegten, bestand der Anreiz einmal in der größeren Sicherheit der Anlage, sodann auch in dem Umstande, daß die Goldschmiede die Verzinsung erst nach Ablauf eines Jahres beginnen ließen, die Bank aber sofort. Es war übrigens, da bei der ersten Zeichnung nur Anteilscheine von £ 10 000 ausgegeben wurden, nur ein kleiner Kreis von Leuten, meistens Parlamentarier, die sich an der Zeichnung beteiligen konnten. Seither war aber das Kapital der Bank noch zweimal vermehrt, der Regierung neue Summen geliehen worden, und da bei den späteren Zeichnungen die vorhandenen staatlichen Schuldverschreibungen in Zahlung genommen wurden, so waren nun zum erstenmal in England schwebende Schulden in eine konsolidierte Staatsschuld verwandelt worden.

Die Vorteile der Gründung der Bank für die nationale Wirtschaft traten bald in die Erscheinung. Der Zinsfuß sank, das überschüssige Kapital erwies sich so viel leichter zugänglich für alle geschäftlichen Unternehmungen. Die Goldschmiede von Lombard Street mit ihren für Darlehen geforderten 10 % hatten das Nachsehen. Einer der Gründer der Bank, Michael Godfrey, sprach schon nach einem Jahr seine Verwunderung darüber aus, daß nach sechs schweren Kriegsjahren nicht, wie sonst, ein Steigen, sondern sogar ein Sinken des Zinsfußes zu beobachten sei, und erklärt: „Dies muß allein auf Rechnung der Bank geschrieben werden“.

Was ihr so großes Vertrauen verschaffte, war ihre Verbindung mit dem Staate, dessen Schuldverschreibungen sie bar einlöste. Speziell seit 1708 auch die sogenannten *Exchequer Bills*. Überhaupt besaß nun der Staat an ihr ein für allemal eine Stütze für die Ausführung von Darlehensgeschäften. „Die Zeiten“, sagt Macaulay, „waren vorüber, wo man, wenn die Staatskassen leer waren, die Steuern langsam eingingen, den *Chancellor of the Exchequer* mit dem Hute in der Hand, vom Lord Mayor und den Aldermen begleitet, in den Straßen der City hatte umhergehen sehen, um hier £ 100 von einem Strumpfwarenhändler und dort 200 von einem Eisenhändler zu borgen.“ Immerhin soll man sich die Bedeutung der Bank für das Staatsschuldenwesen auch noch nicht allzu groß, etwa im heutigen Sinne vorstellen. Es ist für jene Zeit noch nicht zutreffend,

wenn Ranke die Stellung der Regierung zur Bank mit den Worten wiedergibt: „Diese wurde ihr großer Geschäftsführer für Auf-lagen und Anleihen“. Denn wie wir sehen werden, war in den nächsten Jahrzehnten die Bank nur eins von mehreren Instituten, die dem Staate bei seiner Schuldenverwaltung helfend zur Seite standen. Die mit der Errichtung der Bank gewählte Methode ist nämlich noch zweimal wiederholt worden.

Zunächst geschah es 1698, vier Jahre nach der Gründung der Bank. Der Krieg hatte ohne Unterbrechung fortgewährt, und als der Friede geschlossen war, benötigte die Regierung abermals eine starke finanzielle Hilfe. Man verhandelte mit der alten ostindischen Kompagnie. Sie bot der Regierung eine Summe von 700 000 £. Nicht mehr, denn sie hatte keine Neigung, ihr großes Handelsgeschäft allzu stark mit dem Schuldenwesen des Staates zu vermengen. Da aber trat eine andere Gruppe von Kaufleuten auf den Plan, bereit, die viel größere Summe von 2 000 000 £ zu geben, wofür ihnen das ausschließliche Recht des Handels mit allen Ländern zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und der Magelhaensstraße durch Gesetz — es geschah zum Schaden der älteren Ostindischen Kompagnie — erteilt wurde. Das Parlament gab der Sache die notwendige Gesetzesform, die Kaufleute der City strömten herbei, in zwei Tagen war die Summe voll gezeichnet, und die Meldungen aus der Provinz konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Alein das Geldbedürfnis der Regierung steigerte sich abermals. Auf den Rijswijker Frieden war allzu rasch der spanische Erbfolgekrieg gefolgt. Er brachte neue gewaltige Ausgaben mit sich. Flotte, Armee, Subsidien verschlangen ungeheure Summen. Die laufenden Einnahmen und die bewilligten Steuern blieben weit zurück hinter dem, was der Staat benötigte, und bei der dritten Transaktion, im Jahre 1711, handelte es sich schon um einen Betrag von 9 471 325 £. Dieser Betrag war in der Form laufender Schuldverschreibungen, der sogenannten „*debentures*“, vom Flottenamte, vom Feldzeugamte (*office of ordnance*) und anderen Regierungsstellen ausgegeben worden, ohne durch Zolleinkünfte oder andere Einnahmequellen gedeckt zu sein. Das Publikum nahm sie nicht gern, und vollends seit dem Ministerwechsel von 1710 waren sie schwer unterzubringen; man konnte sie nur mit einem hohen Verluste zirkulieren lassen.

So wird nun beschlossen, diese schwebenden Schulden zu konsolidieren, indem man sie in eine Rentenschuld verwandelt, die mit 6 % verzinst werden soll. Die Gläubiger dieser Schuld werden entsprechend den früheren Vorgängen inkorporiert, auch einige Zölle zur Zahlung der Zinsen neu eingeführt. Und nun durfte auch die andere Seite der Sache nicht fehlen. Damit das Publikum wieder wie früher herbeiströme, um als Mitglieder der neuen Gesellschaft Anteile dieser Schuldverschreibung zu erhalten, mußte auch wieder ein besonderes Lockmittel vorhanden sein. Dieses Mal war es der Handel nach der Südsee. Darunter verstand man das spanische Amerika, speziell Südamerika. Seit den Zeiten Elisabeths, seit den Beutefahrten von Drake und Raleigh, hatte man in England eine sehr hohe Vorstellung von den Gewinnen, welche in diesen Gebieten zu haben waren. Die Spanier hatten alle Fremden von dem direkten Handel mit ihren Kolonien ausgeschlossen. So weit unter den spanischen Habsburgern ein solcher direkter Handel auf seiten der Engländer und Holländer stattgefunden hatte, war es ein unerlaubter Schmuggelhandel gewesen. Erlaubt war diesen Fremden nur der Handelsverkehr mit dem Mutterlande Spanien, wohin die überseeischen Produkte erst gebracht und wo sie verzollt werden mußten. Jetzt erzählte man ¹⁾ in England schon viel von den Gewinnen, welche Frankreich davongetragen habe, seitdem der neue König Philipp V., der Enkel Ludwigs XIV., den Franzosen den Handel mit den spanischen Kolonien freigegeben hatte. Seine gesamten Staatseinnahmen würden Frankreich nicht in den Stand gesetzt haben, den Krieg so lange durchzuhalten, ohne diese Gewinne. Nun aber, nach den großen Siegen der Alliierten, schien es sicher, daß dieser Handel fortan an England fallen müsse. Ja, es wurde behauptet, und die Regierung unterstützte geflissentlich die Erwartung, daß England beim Friedensschlusse vier spanische Häfen an den Küsten von Peru und Chile erhalten werde als Stützpunkte des englischen Handels in diesen Bereichen. Dieser Handel also sollte das Monopol der 1711 gegründeten Südseegesellschaft sein.

Als Urheber des Planes, der ihn auch zur Annahme im Parlamente brachte, ward gewöhnlich der Minister Graf Oxford

¹⁾ Portland Mss. 5, 1.

betrachtet. Nun sind aber vor einigen Jahren eine Anzahl Briefe bekannt geworden, welche Daniel Defoe, der geschäftskundige Verfasser des Robinson, an den Minister gerichtet hat. Man erhält daraus den Eindruck, als ob Defoe selbst der geistige Urheber des Planes gewesen sei. Ich finde z. B. die folgende klassische Formulierung¹⁾: „Zwei große Endzwecke müssen nach meinem Dafürhalten durch diesen Vorschlag erreicht werden: 1. was die Regierung betrifft, daß eine Schuld von 9 000 000 £ sofort gedeckt und die Regierung von einer so großen Forderung befreit werde. 2. daß die Gläubiger dieser Schuld außer ihren 6 % noch irgendeine Vergünstigung erhalten, welche erheblich genug ist, um ihre Aktien zum Steigen zu bringen und ihnen einen Gewinn für ihre Zeichnungen in Aussicht zu stellen.“

Aber auch der Südseegedanke ist schon da und wird aufs wärmste empfohlen. „Ich bitte“, schreibt Defoe²⁾, „mich so ausdrücken zu dürfen: alle Vorschläge zur Führung eines Handels nach der Südsee müssen in einer Form gemacht werden, daß das Hauptgewicht des Planes darauf gelegt wird, eine Niederlassung oder eine Kolonie oder mehrere auf dem Festlande von Amerika zu begründen, nämlich inmitten des Goldes, Silbers und der andern Produkte, aus denen die Spanier so viele Reichtümer gezogen haben und welche zu entwickeln die Engländer so viel fähiger sind als sie.“

So sind die Hauptgedanken des Planes offenbar dem Kopfe Defoes entsprungen³⁾, d. h. eines der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Englands.

Die Urteile über den Gründungsplan der Südseegesellschaft lauteten schon damals sehr verschieden. „Es ist Oxfords Meisterstück“, sagten die Einen, und der Wirtschaftshistoriker Anderson hat das Urteil wiederholt⁴⁾. „Es ist ein chimärisches Projekt“, sagten die Anderen, und unter diesen waren die Whigs⁵⁾; denn der

¹⁾ Portland Mss. 5, 52.

²⁾ Portland Mss. 5, 67.

³⁾ Vgl. meine Abhandlung über den Südseeschwindel (Vierteljahrsschr. f. Soc. u. Wirtschaftsgesch., 1908); und Leadam, History, 1702—60 (1909) 185, wo (ohne Heranziehung der hier zitierten Briefe) die Urheberschaft Defoes nicht entschieden genug ausgesprochen wird.

⁴⁾ Origin of Commerce 3, 45.

⁵⁾ Portland Mss. V, 98.

Plan war ja von der Regierung, d. h. im Lager der Tories, eronnen. Dieselben Whigs waren es freilich, welche 9 Jahre später als Regierungspartei die viel bedenklichere Vorlage durchbrachten, durch welche die Macht der Südsee-Gesellschaft so kolossal gesteigert wurde. Doch davon werden wir noch zu reden haben.

Was die Gründung von 1711 betrifft, so wird der Historiker sich ebenso sehr des begeisterten Lobes wie des übertriebenen Tadels zu enthalten haben. Statt dessen wäre darauf hinzuweisen, daß es sich um das konsequente Fortwandeln auf dem Wege handelt, welcher 1694 mit der Errichtung der Bank von England beschritten war. Es stehen jetzt die drei Gesellschaften, nämlich die Bank, die Ostindische Kompanie (die alte und die neue waren inzwischen zu einer einzigen verschmolzen worden) und die Südsee-Kompanie mit sehr verwandtem Charakter nebeneinander, jede mit einem Teil der Staatsschuld ausgestattet, während zugleich durch ihre bloße Existenz das Verschwinden der Staatsschuld, welche man sich noch nicht entwöhnt hatte, als ein Grundübel zu betrachten, immer unwahrscheinlicher, weil weniger dringend wurde.

Bei der Südsee-Kompanie bestanden also die, wie Philipovich sagt, als Lockmittel und, wie man damals sagte, als *douceur* verliehenen wirtschaftlichen Privilegien in dem Monopol des Südsee-Handels und ferner auch noch in der Verpflichtung der Gesellschaft, sich mit 1 % ihres Kapitals an der Hochseefischerei zu beteiligen. Dabei kann man gewiß tadeln, daß der Freibrief der Gesellschaft in bezug auf den Südseehandel übermäßig hohe Erwartungen zu wecken geeignet war, und daß hierin ein unsolidies Moment der Gründung lag. Aber immerhin wurde ja niemand dadurch betrogen; denn inzwischen, d. h. bis die großen Gewinne aus dem Südseehandel hereinfließen, erhielt die Gesellschaft ja ihre 6 % Zinsen von der Regierung, und an der Börse notierte man auch die Südseeaktien zunächst, nämlich im November 1711, als Bank und Ostindische Kompagnie weit über 100 standen, nur zu dem niedrigen Kurse von 77½.

Die auf den Südseehandel gerichteten Pläne der Gesellschaft wurden übrigens auch im Auslande sehr ernst genommen. Der englische Gesandte in Amsterdam¹⁾ wurde, nachdem das Projekt

¹⁾ Vgl. seine Berichte in Portland Mss. 5.

in Holland bekannt war, alsbald von einflußreichen Personen oder Leuten in ihrem Auftrage besucht, welche Näheres erfahren wollten. Er bemerkte ihre Eifersucht. Eine Niederlassung Englands im spanischen Westindien, sagten sie, laufe auf eine Teilung der spanischen Besitzungen hinaus. Einige Wochen später haben die Holländer sich gefaßt. Es heißt, sie haben die Sache nur anfangs nicht verstanden. Jetzt sind sie voller Bewunderung und schicken selbst Geld nach London, um Südseeaktien zu kaufen. Dann eröffnet der Pensionär dem englischen Gesandten, Holland werde ebenfalls eine Kompagnie für den Handel nach Amerika errichten, auf welche England, so wenig wie die Holländer auf das englische Unternehmen, eifersüchtig sein dürfe. Dieses Gefühl war gleichwohl bei den Holländern vorherrschend, so daß der englische Gesandte Drummond, um sie zufriedener zu machen, in Aussicht stellte, daß, falls die englische Gesellschaft die ihr zugesagten Sklaventransporte nach Amerika nicht allein bewältigen könnte — daß alsdann die Holländer zur Teilnahme an dem Geschäft herangezogen werden sollten¹⁾. Auch in Frankreich war man eifersüchtig. Die französischen Kaufleute sind „*terribly allarmed*“. Der Minister Torcy will der Versicherung des englischen Gesandten Prior, daß die Sache für Frankreich nicht schädlich sei, schlechterdings keinen Glauben schenken. Die vier Plätze wird England niemals bekommen. Und man solle in England nur nicht glauben, daß Frankreich von dem spanischen Königthume Philipps von Anjou irgend welche Vortheile gehabt habe²⁾.

* * *

Über die Geschichte der folgenden Jahre ist nicht viel zu sagen. Der Utrechter Friedensschluß erfüllte 1713 die Erwartungen hinsichtlich der Südsee nur unvollkommen. Die erhoffte Abtretung von vier Häfen im spanischen Amerika ward den Engländern nicht zuteil. Das wertvollste Zugeständnis, das sie erhielten, lag wohl in der Einräumung des „Assiento“, d. h. des ausschließlichen Rechtes, die spanisch-amerikanischen Kolonien mit ihrem Bedarf an Negersklaven zu versorgen; bisher hatte eine französische Gesellschaft dieses Recht besessen. Die Aus-

¹⁾ Portland Mss. V, 148.

²⁾ Vgl. Portland Mss. 5, 38—39.

beutung des Assiento ward der Südsee-Kompagnie durch die Regierung übertragen, nicht ohne daß vorher eine Auseinandersetzung mit der Royal African Company und ihren älteren Rechten stattzufinden hatte. Ebenso ward der Südsee-Kompagnie die Entsendung eines jährlichen Schiffes nach Westindien überlassen, welche England sich gleichfalls ausbedungen hatte. Aber selbst diese bescheidenen Vergünstigungen konnten nicht ganz ausgenutzt werden. Die politischen Beziehungen zwischen England und Spanien waren in den ersten Jahren der Regierung Georgs I. recht unfreundlicher Natur, was für den Handel nicht ohne ungünstige Folgen blieb¹⁾. Bald gab es Streitigkeiten zwischen der Südsee-Kompagnie und der spanischen Regierung. Die englischen Diplomaten in Madrid erreichten am spanischen Hofe nicht viel. Erst 1717 wurde das jährliche Schiff zum ersten Male nach Westindien entsandt. Es war von einem Kriegsschiff und einem Proviantschiff begleitet, was die Südsee-Kompagnie für notwendig erklärte, während die Spanier über die unerlaubte Ausdehnung des Handelsgeschäfts Klage führten. 1718 trat infolge des Abschlusses der Quadrupelallianz ein neuerlicher Bruch mit Spanien ein. Die Folge davon war, daß die Effekten britischer Kaufleute in Spanien und seinen Kolonien beschlagnahmt und die Geschäfte der Südsee-Kompagnie unterbrochen wurden. Im nächsten Jahre ward zwar der Friedenszustand wiederhergestellt. Aber von ungeheuren Gewinnen, welche aus dem überseeischen Geschäfte der Kompagnie geflossen wären, kann sicherlich bis zum Jahre 1720 noch nicht die Rede sein. Es waren also nicht die großen überseeischen Erfolge, welche es der Regierung nahelegten, das große Finanzgeschäft des Jahres 1720 mit der Südsee-Kompagnie abzuschließen.

An und für sich scheinen übrigens schon von der Zeit der Gründung her intime Beziehungen zwischen der Kompagnie und der Regierung, insbesondere dem Könige, bestanden zu haben, die im Laufe der Jahre nur noch enger geknüpft wurden. Aus den Akten ersehen wir, daß Georg I. im Januar 1718 Südsee-Aktien im Betrage von £ 10 000 gekauft hat, und ferner daß der Gouverneur den Direktoren nahelegte, bei der nächsten Wahl den König selbst zum Gouverneur zu wählen. Und wie ihm vor

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 679 ff.

zwei Jahren die lästige Verpflichtung erlassen worden war, vor dem Antritt der Reise nach Hannover die Erlaubnis des Parlaments einzuholen, so schien es auch dieses Mal durch den Anstand geboten, von dem zum Gouverneur gewählten Monarchen nicht den sonst vorgeschriebenen Eid zu fordern. Erst als ein solcher Gesetzesbeschluß vorlag, trat am 14. Februar 1718 die Generalversammlung zusammen, in welcher Georg I. durch 1583 anwesende Mitglieder einstimmig zum Gouverneur der Gesellschaft gewählt ward¹⁾. Der Monarch weiß die Ehre zu würdigen. Er schenkt der Kompagnie sein von Kneller gemaltes Bildnis, er bleibt auch über das kritische Jahr 1720 hinaus und bis an sein Lebensende ihr Gouverneur. Und auch sein Nachfolger hat den ihm sogleich nach seiner Thronbesteigung angebotenen Titel eines Gouverneurs der Südsee-Kompagnie nicht verschmäht²⁾.

* * *

Unterdessen hatten auch die von der Regierung mit den drei großen Gesellschaften getroffenen Abmachungen den Schrecken nicht bannen können, den Volk und Regierung von England über das Vorhandensein der Staatsschuld empfanden.

Seit dem Ende des spanischen Erbfolgekrieges war kein Thema von den Finanzpolitikern Englands lebhafter erörtert und heftiger umstritten worden als die Staatsschuld. England hatte jetzt auch, wie vor ihm Italien, Frankreich, die Niederlande, eine schwere Schuldenlast zu tragen, ein großer Teil seiner Untertanen, und viele Ausländer dazu, waren Gläubiger des Staats geworden und forderten pünktliche Zahlung ihrer Zinsen. Jedermann wußte, daß die Staatsschuld die unmittelbare Folge der großen Kriege war, in die sich England seit der Thronbesteigung Wilhelms III. gestürzt hatte. Mit jedem Kriegsjahr war die Last größer geworden, und immer mehr war die Aussicht geschwunden, sie durch den Ertrag der Steuern und Zölle bald aus der Welt zu schaffen. Steuern und Zölle wurden freilich in erheblicher Menge neu geschaffen und die hergebrachten erhöht, wie denn z. B. die wichtigste aller direkten Steuern, die Landtaxe, sofort nach dem Ausbruch des Krieges im Jahre

¹⁾ (Limier), *Memoires du Règne de George I.* 3 (1729), 56—59.

²⁾ *Ebd.* 5 (1731), 408.

1702 von 2 auf 4 Schilling für ein Pfund Sterling erhöht wurde, d. h. von 10 auf 20% von dem Einkommen aus allem Grundbesitz. Aber die Ausgaben stiegen noch schneller, und mit ihnen die Staatsschuld. Hatte diese noch 1696 nicht mehr als 5 Millionen Pfund Sterling betragen, so war sie bis zum Ende des spanischen Erbfolgekrieges auf das Zehnfache angewachsen. Den größten Anteil an dieser unheimlichen Zunahme hatten natürlich die eigentlichen Kriegskosten, die Ausgaben für Armee und Marine. Aber wenn ein 1714 dem Unterhause vorgelegter Bericht sie insgesamt auf nicht weniger als 68½ Millionen bezifferte¹⁾, so war darin freilich auch noch vieles andere enthalten. Es waren die großen Summen darin enthalten, die zur Bezahlung der auswärtigen Hilfskräfte aufgewendet worden waren, sei es für den Sold der unter englischem Oberbefehl kämpfenden fremden Truppen, sei es zur Erfüllung der Subsidienverträge, die so zahlreich, besonders mit deutschen Fürsten, abgeschlossen worden waren. Zwar war es für Deutschland beschämend, daß 142 000 Mann deutscher Truppen in den letzten Jahren des Krieges ganz oder teilweise in fremdem Solde kämpften, und daß also die militärische Kraft Deutschlands, wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend für fremde Interessen ausgenutzt wurde, und es war traurig, daß „die Front vor Straßburg, die wirkliche Front Deutschlands entblößt war zugunsten der Kriegsschauplätze in Italien und Flandern“²⁾, und daß trotz aller seiner Niederlagen Ludwig XIV. die deutschen Gewinne seiner Eroberungskriege zu behaupten vermochte. Aber vom englischen Standpunkt aus betrachtet, sah die Sache freilich anders aus. England hatte seine Hauptziele erreicht und einen mächtigen Aufschwung erlebt. Mochten auch die Tory Minister der Königin Anna versuchen, mit den hohen Zahlen der Staatsschuld den Beweis zu erbringen, wie verderblich die lange Dauer des Krieges gewesen, wie heilsam die endlich erreichten Friedensschlüsse für die Nation seien, mochten sie versuchen, ihre Gegner, die Whigs, als die Schuldigen zu brandmarken, die Blut und Gut des englischen Volkes gewissenlos vergeudet und es dem Untergange nahe gebracht hätten. Das Volk wußte es besser, mit

¹⁾ *Parl. Hist.* 6, 1346.

²⁾ Vgl. Max Braubach, *Die Bedeutung der Subsidien für die Politik im spanischen Erbfolgekriege*, 1923, S. 171.

dem Hause Hannover kamen wieder die Whigs ans Ruder, aus den Angeklagten wurden Kläger, und die Tories wurden verfolgt wegen des übereilten Friedensschlusses.

Wie dem auch sei, die Staatsschuld war geblieben und war auch den Whigs nicht weniger unheimlich als den Tories. Ihre Beseitigung galt als das wichtigste Ziel aller staatlichen Finanzpolitik. Denn sonst werde sie die Nation zugrunde richten; sie ist, sagte man, das Monstrum, das gefährliche Ungeheuer, das erschlagen werden muß, wenn die Nation am Leben bleiben soll. Es war ein Problem, von dem frühere Generationen nichts geahnt hatten.

Seit dem Friedensschlusse drängten sich die Vorschläge und Projekte zur Abzahlung der Staatsschuld. Wünsche und Meinungen stießen aufeinander. Im Laufe dieses höchst eigentümlichen Federkrieges¹⁾ geschah es auch einmal, daß ein findiger Kopf auf die merkwürdige Lösung verfiel, die Hand zu legen auf die Vermögen der Bürger Englands und so viel davon zu nehmen, wie erforderlich, um die gesamte Staatsschuld auf einmal aus der Welt zu schaffen. Der Urheber des Planes, Archibald Hutcheson, dem wir noch einmal begegnen werden, galt als eine Autorität in Finanzfragen²⁾. „Den berühmtesten modernen Schriftsteller über die Staatsfonds“ nennt ihn Richard Steele. Dem Unterhause hat er als Mitglied für Hastings von 1713—27 angehört, und wir kennen zahlreiche seiner dort gehaltenen Reden, meist Finanzfragen betreffend. Auch in der Geschäftswelt muß er eine große Stellung eingenommen haben. Er war einer der acht Eigentümer der Kolonie Süd-Carolina, deren Rechte 1727 von der Krone übernommen wurden.

Aus seinen eigenen Schriften — denn die Parlamentsgeschichte läßt uns hier im Stich — erfahren wir über das Projekt der Vermögensabgabe etwa das folgende³⁾:

Als der spanische Erbfolgekrieg zu Ende gegangen, der Friede unterzeichnet war, da hatte im Sommer 1714 — noch

¹⁾ „A very notable Paper-War“ bei Hutcheson, Considerations, p. 17, vgl. ³⁾.

²⁾ Man vermißt seinen Namen im Dict. Nat. Biogr.

³⁾ A Collection of Treatises relating to the National Debts and Funds. By Arch. Hutcheson. 1721. Vgl. dazu meinen Aufsatz: Die einmalige Vermögensabgabe in histor. Beleuchtung (Tägl. Rundschau, 19. Juni 1918).

zu Lebzeiten der Königin Anna — eine denkwürdige Ausschussung des Unterhauses stattgefunden. Hutcheson sprach in bewegten Worten von der traurigen Finanzlage¹⁾. „Wir sind ein bankrotttes Volk, unfähig, selbst in Friedenszeiten zu bestehen, ohne uns in neue Schulden zu stürzen. Haben wir schon den letzten Krieg nicht länger führen können, wieviel mehr wäre das bei dem Ausbruch eines neuen der Fall.“ Mit solchen Reden findet Hutcheson keinen Widerspruch. Und so fährt er fort, daß man zur Ausheilung einer Gangrän, die 25 Jahre lang den Staatskörper zerfressen habe, auch vor einem starken Mittel nicht zurückschrecken dürfe. Im Privatleben habe man den Grundsatz, daß man nicht mehr als sein jährliches Einkommen verbrauchen sollte, und den ferneren Grundsatz, daß es gut sei, eine lästige Schuld nicht lange fortzuschleppen, sondern sie durch Verminderung des Kapitals zu beseitigen. Nicht anders sei es im Staate. Und nun kommt er auf Grund der kühnen Voraussetzung, die Staatsschuld sei nichts anderes als die summierte Schuld aller Staatsbürger, zu dem Vorschlage, daß sie auch schlechthin aus dem Vermögen aller zu tilgen sei. Er empfiehlt allen Ernstes eine Dezimierung der Vermögen. Mit anderen Worten: jeder soll ein Zehntel seines Vermögens an den Staat abgeben. Und da der Hauptbestandteil des Volksvermögens immer noch der Grund und Boden, dieser aber größtenteils fideikommissarisch festgelegt sei, so möge diese Bindung durch Parlamentsbeschluß insoweit aufgehoben werden, daß jeder Eigentümer in der Lage sei, ein Zehntel seines Bodens verkaufen zu dürfen, um seinen Anteil an der Staatsschuld damit zu erlegen.

Hutchesons Vorschlag kam überraschend und ward nicht angenommen. Ohne auf das Irrtümliche seiner Voraussetzungen eingehen zu wollen, sei hier nur bemerkt, daß es einer der in der Finanzgeschichte nur selten auftretenden Fälle ist, wo man daran gedacht hat, der Finanznot des Staates durch eine Vermögensabgabe beizukommen²⁾, oder, wie man es scherzhaft nennt, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Auch Hutcheson selbst klebte nicht eigensinnig an seinem Vorschlage,

¹⁾ Hutcheson a. a. O. 28.

²⁾ Vgl. darüber Karl Diehl, Die einmalige Vermögensabgabe (Schriften des Vereins f. Sozialpol. 156, 1918), S. 42 ff.

dessen Gewaltsamkeit er offen zugab. Er ging bald gelassen zu etwas anderem über und wurde ein paar Jahre später ein eifriger Anwalt des Walpole'schen *Sinking Fund*-Planes. Und seinen früheren Vorschlag teilte er nun erst auch der Öffentlichkeit mit, doch nur, um mit drohender Geste zu sagen, daß dies das äußerste Mittel wäre, wenn man sich nicht zu dem Walpole'schen Plane bequemen würde. Dieser Plan, wie wir gleich hören werden, wurde Gesetz, und von der Hutcheson'schen Vermögensabgabe war nicht mehr die Rede.

So war denn das Problem, was mit der Staatsschuld zu beginnen sei, wie ein Vermächtnis aus der Zeit der Königin Anna in die Regierungsepoche des ersten hannövrischen Königs übernommen worden. Die ans Ruder gekommenen Whigs zeigten sich sofort entschlossen, die Lösung zu versuchen. Schon die Ansprache, mit welcher im Namen des noch im Auslande weilenden Herrschers die Regentschaft das Parlament begrüßte, enthielt einen Hinweis auf den öffentlichen Kredit, den zu fördern die Aufgabe der Commons sei. Und als nach Anhörung dieser Rede das Unterhaus sich anschickte, eine Adresse an den neuen Souverän nach Hannover zu senden, da meinte zwar der Tory Bromley, man solle den Nachdruck legen auf den schweren Verlust, den die Nation durch den Tod der Königin erlitten habe. Aber sofort erhob sich Robert Walpole und erklärte, man müsse dem Könige etwas Greifbares bieten, die Commons sollten die Versicherung abgeben, sie würden alle auf parlamentarischer Bewilligung beruhenden Staatsschulden „gut machen“. Genau so liest man es wirklich in der nach Hannover gesandten Adresse ¹⁾. Schon diese Wendung machte im Publikum einen so starken Eindruck, daß der Kurs der Staatspapiere sofort um 7% in die Höhe ging ²⁾.

So sieht man, wie seit dem Beginn des hannövrischen Regiments Robert Walpole mit seinen Ideen sich Gehör zu verschaffen weiß. Finanzen und Staatsschuld werden zum zentralen Problem; eben auf diesem Gebiete kam seine Originalität am sichtbarsten zur Entfaltung. Auch der König durfte dem Parlamente mit keiner Thronrede kommen, ohne die brennende Frage zu berühren. So sprach er denn bei der Eröffnung seines

¹⁾ Parl. Hist. 7, 4—6.

²⁾ Bericht Hoffmanns vom 17. Aug. 1714. W. St. A.

ersten, neu gewählten Parlaments am 21. März a. St. 1715 sogleich von der Höhe der Staatsschuld und von ihrem bedrohlichen weiteren Anwachsen sogar seit dem Ende des Krieges. Von der Abzahlung sagte die Thronrede nichts. Sie wies nur darauf hin, daß für den Kredit der Nation nichts förderlicher sei als die strikte Beobachtung aller parlamentarischen Verpflichtungen. Und wenn darauf die Commons in ihrer Adresse erwiderten, sie seien entschlossen, diesen Verpflichtungen stets nachzukommen, so hieß das mit anderen Worten: wenn wir auch einstweilen nicht imstande sind, das Kapital der Staatsschuld zurückzahlen, so soll doch der Zinsendienst prompt funktionieren.

* * *

In den zwei folgenden Jahren war die Regierung von so viel schweren Sorgen erfüllt, der jakobitische Aufstand und die Landung des Stuartprinzen in Schottland, die parlamentarischen Kämpfe und die Bedrohung durch eine Invasion des Schwedenkönigs Karls XII., machten ihr zu viel zu schaffen, als daß sie Schritte hätte unternehmen können zur finanziellen Erleichterung der Nation.

Immerhin, schon saß Robert Walpole im Kabinett, er war erster Schatzlord und Kanzler der Schatzkammer, was damals freilich noch nicht gleichbedeutend war mit der Stellung des Premiers. Man wird ihn einfach seinem Ressort nach als Finanzminister zu bezeichnen haben. Aber auch als solcher galt er für unentbehrlich, und er ward eben deshalb auf seinem Posten gehalten ¹⁾, als im Dezember 1716 um ihn herum die Minister entlassen wurden. Eben jetzt beschäftigte Walpole sich eifrig mit dem Problem einer Reduktion oder gar Tilgung der Staatsschuld. Und um dieselbe Zeit, als infolge der Rebellion die Landtaxe wieder einmal wie in Kriegszeiten auf $\frac{1}{5}$ des Einkommens vom Grundbesitz erhöht worden ist, plant Walpole eine große Konvertierung, um die durch Zinsherabsetzung ersparten Summen, die er auf 4 Millionen Pfundsterling berechnet, zur allmählichen Abzahlung der Staatsschuld zu verwenden, was er in 20 Jahren vollbracht zu haben hofft ²⁾.

¹⁾ Bericht Bonets vom 14./25. Dez. 1716. G. St. A.

²⁾ Bericht Bonets vom 30. Nov./11. Dez. 1716. G. St. A.

Drei Monate später läßt er den König in seiner Thronrede von der untragbaren Last der Nationalschuld reden, läßt ihn die Commons auffordern, über Methoden nachzusinnen, um diese Last allmählich zu erleichtern. Und auch in der Dankadresse des Unterhauses, das nun seinerseits der vom Monarchen gegebenen Anregung mit Eifer folgen zu wollen erklärt, auch in dieser Adresse erkennen wir Walpoles Werk. Die Commons haben sich einverstanden erklärt; es ist beschlossene Sache, daß auf dem Wege der Gesetzgebung zu einer Herabminderung und, wenn möglich, sogar zur völligen Beseitigung der Staatsschuld geschritten werden soll¹⁾.

Aber die Regierung ward bald gewahr, daß sie nur mit äußerster Vorsicht verfahren durfte. Schon auf die ersten Andeutungen von ihrer Seite entstand eine große Unruhe in den Kreisen der Staatsgläubiger. Ihrer waren 40 000, und sie forderten, daß zarte Rücksicht genommen werde auf ihre Interessen, da sie es gewesen, die alles darangegeben hätten, um der Regierung in Zeiten der Gefahr ihre Hilfe zu leisten. Die beiden besten Kenner der Staatsfinanzen, (außer Walpole selbst) William Paterson, der Gründer der Bank von England, und Archibald Hutcheson, veröffentlichten Flugschriften. Der erstere wandte sich so heftig gegen die Pläne der Regierung, daß der preußische Resident sich wunderte, wie nur das Parlament dazu schweigen konnte, statt Patersons Schrift, wie es sich gehörte, durch Henkershand verbrennen zu lassen. Hutcheson dagegen stellte sich auf die Seite der Regierung. Er unterstützte ihren Plan durch seine Argumentation und besonders durch seine noch heute sehr lehrreichen Berechnungen und nützlichen Tabellen über das gesamte Schuldenwesen des englischen Staates²⁾. Die öffentliche Meinung war rege geworden. Sie achtete mißtrauisch auf die weiteren Schritte der Regierung. Um jeden Schein eines Rechtsbruchs zu vermeiden, forderte Walpole ein Gutachten

¹⁾ Die folgende Darstellung beruht größtenteils auf den Berichten des sehr genau informierten preußischen Residenten Fr. Bonet (Geh. Staats-Archiv). Auch Hoffmanns Berichte (W. St. A.) enthalten manche wertvolle Notiz.

²⁾ Computations relating to the Publick Debts, taken from the Abstract deliver'd into Parliament the 14 th of March 1716. With some Considerations in Relation to the same. (Coll. of Treatises.. 1720.)

von den drei höchsten Richtern des Königreichs. Sie sollten ihm den eigentlichen Sinn der Gesetzgebung über die dem Staate geliehenen Gelder offenbaren, oder, deutlicher gesprochen, sie sollten ihm sagen, wie weit er bei der Verfolgung des fiskalischen Interesses gehen dürfe, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Aber dann schien ihm ihre Auslegung doch allzu rigoros und mit seinen Plänen unvereinbar. Er machte abfällige Bemerkungen im Unterhause, die nun wieder das Publikum gewaltig aufregten. Die Börsenleute wollten um jeden Preis den Zinsfuß hoch halten. Eine am 5. März a. St. 1717 beschlossene Anleihe von 600 000 £ zu 4% für laufende Bedürfnisse hatte so schlechten Erfolg, daß nach einer Woche erst 80 000 £ gezeichnet waren. Im Parlament wurden Bedenken laut, ob man mit so niedrigem Zinsfuß — und man wußte schon, daß die geplante Reduktion der Staatsschulden durch Zinsherabsetzung erreicht werden sollte — ob man mit so niedrigem Zinsfuß nicht den Interessen der Kapitalisten zu nahe träte. Aber sofort erhob sich Walpole und erklärte, die ungenügende Zeichnung der Anleihe sei nur das Werk einer Gruppe von Börsenmännern, die sich vereinigt hätten, um den Staatskredit zu untergraben und dadurch der Regierung die Idee einer Verminderung der Staatsschuld auszutreiben¹⁾. So standen kapitalistisches und fiskalisches Interesse einander feindlich gegenüber.

Am 19. März a. St. 1717 (in England schrieb man 1716) war der große Moment gekommen. Walpole trat vor das Unterhaus mit seinem Plan einer Reduktion der Staatsschuld. Die Hauptgedanken seines Vortrages waren etwa die folgenden: Die gesamte Nationalschuld läßt sich in zwei große Gruppen von Schuldverschreibungen des Staates scheiden, die ablösbare Schuld (der englische Ausdruck lautet *redeemable debt*, der französische *les fonds rachetables*) und die nicht ablösbare Schuld (*irredeemable debt*, *les fonds non rachetables*). Die erstere Gruppe umfaßt alle diejenigen staatlichen Schuldverschreibungen, welche jederzeit, zwar nur auf Grund eines Parlamentsbeschlusses und nur mit einer entsprechenden Kündigungsfrist, vom Staate zurückgekauft werden können. Bei der

¹⁾ Parl. Hist. 7, 426.

zweiten Gruppe, also bei den unablösbaren, den jedem staatlichen Eingriff an sich unzugänglichen Staatsschulden handelt es sich in der Hauptsache um Annuitäten, d. h. Rentenpapiere, die unter dem Namen der *short* oder *long annuities* dem Inhaber, der sein Kapital à *fonds perdu* hingegeben hatte, einen Rentenbezug für 32 oder 99 Jahre sicherten, natürlich bei hoher Verzinsung, z. B. 15% noch bei den langen Annuitäten. Die Gesamtsumme der ablösbaren Schulden bezifferte Walpole auf 27½ Mill. Pfundsterling, die unablösbaren auf 20 Millionen. Die ablösbaren bisher zu 6% verzinst, sollten nun in 5 prozentige Papiere konvertiert werden, und zwar in der folgenden Weise: Die Regierung legt eine 5 prozentige Anleihe auf, die entweder bei ihren eigenen Kassen oder bei den genannten drei großen Banken gezeichnet werden kann. Mit den Erträgen dieser Anleihe wird die Regierung hintreten vor ihre Gläubiger, soweit sie Inhaber der *redeemable debt* sind, sich also gegen die Rückzahlung ihres Kapitals nicht wehren können, und wird sie vor die Wahl stellen, entweder ihr Kapital zurückzuempfangen oder die neue fünfprozentige Anleihe dafür einzutauschen. Wie aber soll man die Inhaber der unablösbaren Papiere, der kurzen und langen Annuitäten, behandeln? Zwingen kann man sie zu nichts; aber ein Angebot kann man ihnen machen. Sie sollen selber erklären, ob sie ihre Annuitäten behalten und die ihnen zustehende Rente bis zum festgesetzten Zeitpunkt des Erlöschens unverändert fortbeziehen wollen oder aber ob auch sie bereit sind, die ihnen noch zustehenden Rentenbeträge in ablösbare, verzinsliche Staatspapiere umzutauschen. Sie sollen nicht schlecht dabei fahren. In diesem Falle wird nämlich der Kapitalwert der Rente geschätzt und ausgezahlt in der Höhe von 17 oder 18 Jahresrenten, gezahlt allerdings nur in der Form der neuen, nun aber ablösbaren Papiere, die mit 5 oder 4 Prozent zu verzinsen sind. Unausgesprochen liegt darin auch der Gedanke, daß der so Abgefundene nun ja auch die Möglichkeit hat, das neue Papier zu verkaufen und das so hoch bemessene Kapital anderweitig nutzbringend anzulegen. Endlich sollen alle durch die Zinsreduktion gemachten Ersparnisse ausschließlich zur Verminderung und allmählichen Abtragung der gesamten Staatsschulden verwendet werden. Im ersten Jahre, so rechnet Walpole, werden diese eingesparten Summen sich auf etwa 300 000 £ belaufen. In der Folge werden

sie wachsen im Verhältnis der weiter frei werdenden Kapitalien ¹⁾. Mit anderen Worten: ein eigener Fonds, ein Tilgungsfonds, man nannte ihn auch charakteristisch den *sinking fund*, sollte geschaffen werden zur allmählichen Abtragung der Staatsschuld.

Der Minister schloß seine Darlegungen mit der Aufforderung an das Haus der Gemeinen, sie möchten seinen Plan in der üblichen Form eines *Committee of the whole House* prüfen und sodann ihre Beschlüsse fassen. Alles verlief seinen Wünschen entsprechend. Die Prüfung der Walpole'schen Vorschläge muß kurz und befriedigend gewesen sein. Denn schon nach vier Tagen ward der Kommissionsbericht vor dem Plenum des Unterhauses abgestattet, dabei vierzehn Resolutionen vorgelegt und angenommen, die, abgesehen von kleinen Modifikationen, genau die Gedanken des Walpole'schen Planes wiederholten, und die nun wieder die Richtlinien abgeben sollten für einen dem Parlamente vorzulegenden Gesetzentwurf. Die Hoffnungen, die man an das Werk knüpfte, hatten sich unterdessen noch gesteigert. Der so vortrefflich unterrichtete Diplomat, der uns die Entstehungsgeschichte dieser großen finanzpolitischen Aktion getreulich überliefert hat, weiß auch zu berichten, man hoffe jetzt, sogar doppelt so viel, als Walpole gemeint, nämlich 600 000 £, im Jahr zu ersparen, und man erwarte, daß diese alljährlich an dem Betrage der Staatsschuld gekürzten 600 000 £ zusammen mit den dadurch beständig in steigender Höhe eingesparten Zinsen in einem Zeitraum von 25 Jahren die artige Summe von 30 Mill. £ ergeben würden, und die gesamte Staatsschuld belaufe sich ja nur auf 47½ Millionen ²⁾.

So schritt man fröhlich zur Ausführung. Aber der Vollendung des Werkes schien anfangs kein guter Stern zu leuchten. Noch ehe das Gesetz unter Dach gebracht war, sah sich Robert Walpole, durch Kränkungen seitens persönlicher Gegner im Kabinett, besonders durch die Entlassung seines Schwagers Lord Townshend, veranlaßt, selbst seinen Abschied zu nehmen. Georg I. gab sich

¹⁾ *Cette épargne ira à environ 300000 £ la première année et grossira toutes les suivantes à proportion des capitaux qui s'acquitteront annuellement.* Bonet 22. März/2. April 1717. (G. St. A.).

²⁾ Bonet, 26. März/7. April 1717. G. St. A.

vergebliche Mühe, ihn zu halten. Und die merkwürdige Szene¹⁾, im Kabinett Georgs I., als König und Minister in lateinischer Rede auf einander eindringen und endlich auseinandergehen, fassungslos und die Augen voller Tränen, eine jener Szenen, „deren Tragik im gegenseitigen Ruin der Nervensysteme“ seinen Ausdruck zu finden pflegt, — sie riß Walpole aus dem Amte just in dem Augenblicke, als er am unentbehrlichsten war, da er eine der wichtigsten gesetzgeberischen Aktionen zur Vollendung bringen sollte. Zum Glück war das Werk so weit gediehen, daß es auch ohne seinen Schöpfer das Licht der Welt erblickte. Er hat es auch noch selbst vor das Unterhaus gebracht und halb schelmisch hinzugefügt, er lege die Bill vor als ein einfacher Landedelmann, „doch hoffe ich, sie wird ihren Weg nicht schwerer zurücklegen um deswillen, weil sie nun zwei Väter bekommt“. Der zweite Vater, Walpoles Nachfolger in der Führung der Finanzen, war kein anderer als James Stanhope, ein Politiker, dessen historische Bedeutung freilich auf ganz anderem Gebiete liegt. Stanhope ist der zum Staatsmann gewordene General, einer der großen auswärtigen Minister Englands. Als Schöpfer der Quadrupel-Allianz, war er der Begründer jener zwei Jahrzehnte dauernden Friedensära geworden, die das kriegerische Jahrhundert englischer Geschichte episodenhafte unterbricht. Es ist eben jenes System auswärtiger Politik, welches alsdann dem zu beherrschender Stellung emporsteigenden Robert Walpole die Voraussetzungen darbot zu seiner berühmten Friedensarbeit, von der seine Sorge für die Staatsfinanzen wieder nur ein Teil ist. Jetzt war also das Bild seltsam übermalt. Der berühmte Finanzmann hat dem großen Kenner europäischer Politik das Feld geräumt. Er hat sich mit sarkastischer Miene zurückgezogen, als wollte er sagen: Nun seht einmal zu, wie weit ihr ohne mich kommt. Ein paar Wochen später sprach jemand im Unterhause gehässig von Ministern, welche fahnenflüchtig geworden seien, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Walpole wies den Vorwurf lachend zurück mit der Erklärung, er habe oft gehört, daß Leute getadelt wurden, die ein Amt annahmen, dem sie nicht gewachsen waren, aber noch nie, daß einer ge-

¹⁾ Hoffmann, 15. Juni 1717 (W. St. A.); Coxe, Rob. Walpole, 2, 169; vgl. Bd. 1, 775; vgl. S. 11.

scholten wurde, weil er eines der einträglichsten Ämter im Königreiche niedergelegt habe. Statt jeder anderen Verteidigung aber beantragte er die zweite Lesung der Bill, die den *sinking fund* ins Leben rufen sollte.

So nahm die Sache ihren normalen Verlauf. Zunächst brachten die beiden Gesellschaften der Südsee und der Bank von England, wie es auch in dem Walpole'schen Plane vorgesehen war, ihr Ansuchen, neue fünfprozentige Anleihen auflegen zu dürfen, vor das Unterhaus¹⁾. Hier wurden die Vorschläge gründlich durchgesprochen, nicht ohne daß ein kleiner Zusammenstoß zwischen Staahope und Walpole erfolgte, freilich mehr persönlicher als sachlicher Art, aber eben darum mit so scharfer Zuspitzung, daß beinahe ein Duell darauf gefolgt wäre. Stanhope gab auch treuherzig zu, daß er für die Finanzen keine Begabung besitze und nur seines Königs Befehl bei Übernahme des Amtes gehorcht habe. Und so war es in der Tat. Seine Ernennung war eine Verlegenheitsauskunft, und da sie gerade erfolgte, als eine so wichtige Entscheidung bevorstand, so sind dadurch unter den Zeitgenossen jener Tage allerlei Mißverständnisse entstanden, die sich in der Geschichtsschreibung fortgepflanzt und z. B. einen charakteristischen Ausdruck in der Formel gefunden haben²⁾; „Der Plan ist Walpole von Stanhope gestohlen worden.“

Um mit der Sache zu Ende zu kommen, so wurden noch einmal eine Anzahl Resolutionen gefaßt und auf Grund dieser nicht weniger als drei Bills vor das Parlament gebracht und zu jener Gruppe von Gesetzen erhoben, die zusammen als die Schaffung des *sinking fund* aufzufassen sind. Die entscheidenden Anordnungen finden sich halb versteckt in einem der drei Gesetze und besagen, daß alle Überschüsse, die sich aus der Gesamtheit dieser Gesetzesvorschriften ergeben würden, zur Abzahlung des Kapitals und der Zinsen aller vor dem 25. Dezember 1716 entstandenen Schulden der Nation verwendet werden sollten. So war das berühmte, im Inland und Ausland gleich bewunderte Werk des *sinking fund* aufgerichtet. Die englische Nation atmete auf; denn sie hoffte zuversichtlich, daß die drückende Last

¹⁾ Parl. Hist. 7, 454 ff.

²⁾ Portland Mss. 5, 667.

der Staatsschuld in absehbarer Zeit von ihren Schultern genommen sein werde.

* * *

Über die weitere Finanzgeschichte bis zu dem verhängnisvollen Jahre 1720 fassen wir uns kurz. Die moralische Wirkung der Beschlüsse über den *sinking fund* war ungeheuer. Die Inhaber der ablösbaren, bisher zu 6% verzinnten Staatsschulden gaben ihr Papier willig her und empfangen dafür die neue 5%ige Anleihe. Statt der bereitgestellten Summe von 4½ Millionen Pfundsterling brauchte das Schatzamt insgesamt nicht mehr als 470 £ in bar auszuzahlen¹⁾. Auch an dem allgemeinen Steigen der Kurse war der gute Eindruck zu spüren, den die Tat der Regierung gemacht hatte. Die Aktien der Südsee, der Bank, der Ostindischen Kompagnie schnellten in die Höhe, die letzteren erreichten einen Kurs von 202²⁾. Mit Stolz konnte der König in seiner am 15. Juli 1717, beim Schlusse der Session, gehaltenen Thronrede darauf hinweisen, daß die Bemühungen der Commons, die Nationalschuld zu verringern, auch zu einer merklichen Steigerung des öffentlichen Kredits geführt hätten³⁾. Man wunderte sich auch, daß selbst der inmitten der gesetzgeberischen Aktion eingetretene Regiewechsel, der Übergang von Walpole zu Stanhope, nicht geschadet hatte. Gerade darin zeigte es sich, daß alle Parteien und Hof und Volk das gleiche Interesse an der Sache nahmen⁴⁾.

Fast noch mehr wurde die Errichtung des *sinking fund* im Auslande bewundert. Die Teilnahme, welche die fremden Regierungen den Vorgängen in England entgegenbrachten, war verschieden, je nachdem wie sie selbst sich davon berührt glaubten. Für den Preußenkönig Friedrich Wilhelm ist England das erreichte Vorbild. Er will von allem genau unterrichtet sein, er möchte hinter das Geheimnis der englischen Finanzkunst kommen, um für seinen eigenen Staat etwas davon zu profitieren. Sein Londoner Resident Friedrich Bonet, der gewiegte Kenner des englischen Lebens, schickt ihm vortreffliche Berichte, klar

¹⁾ Hoffmann, 19. Okt. 1717. W. St. A.

²⁾ Bonet, 16./27. Juli 1717. G. St. A.

³⁾ Parl. Hist. 7, 502.

⁴⁾ Bonet, 16./27. Juli 1717. G. St. A.

und mit vielen technischen Einzelheiten. Doch sein König ist noch nicht damit zufrieden, er will mehr, er will alles wissen, was in Bezug auf das dortige Kreditwesen vorgeht, „weil in keinem Lande von der Welt dergleichen Kreditsachen mit größerer Vorsichtigkeit als all dort pflegen überleget und resolvieret zu werden“, und weil infolge dessen die englische Nation auch stets für Kriege das nötige Geld gehabt habe¹⁾. Bonet entspricht dem Wunsche seines Herrn, und so sind seine Briefe wohl die wertvollste Quelle geworden, die wir über die Entstehung des *sinking fund* besitzen.

Anders die Österreicher. Für sie ist England der zahlungsfähige Bundesgenosse, dem man alles Gute wünscht. Und wenn auch der Krieg vorüber ist, so gibt es doch immer noch rückständige Subsidien zu fordern. Gerade jetzt verhandelte man über Zahlungen, zu denen sich England während der spanischen Feldzüge verpflichtet hatte. Statt einer neunmal höheren Summe, auf die Karl VI. rechnete, wollte man ihm freilich nicht mehr als 100 000 £ zubilligen. Es gewährt keinen angenehmen Anblick, wenn man die österreichischen Unterhändler, Graf Volkra und den Residenten Hoffmann, mit den englischen Ministern um 10 oder 20 000 £, die jener Summe noch zugelegt werden könnten, feilschen sieht, und wenn schließlich insgesamt 130 000 £ bewilligt und genommen werden, und auch das nicht, ohne daß der Kaiser dafür die Verpflichtung übernehmen soll, dem Prätendenten kein Asyl im Reiche oder in den Erblanden zu verstatten. Auch so war die Behandlung der Angelegenheit noch mit Schwierigkeiten im Parlamente verknüpft. Die 130 000 sollten einer Summe von 250 000 £ entnommen werden, die das Unterhaus am 12. April a. St. 1717 dem Könige bewilligt hatte, zur Abwehr der von Schweden drohenden Gefahren (die Gyllenborgsche Verschwörung war kürzlich aufgedeckt worden). Nun aber weigerten sich die Österreicher, über die ihnen gebotene Summe eine „Generalquittung“ auszustellen, in dem Sinne, als wären alle ihre Forderungen damit erfüllt, während Stanhope erklärte, wenn es nur als Abschlagszahlung gelten sollte, so könne ihm das „heute oder morgen den Kopf kosten“. Und trotzdem in der Thronrede eine vorsichtige Ausdrucksweise gewählt wurde, damit „ein

¹⁾ Friedrich Wilhelm an Bonet, 12. Apr. 1717. G. St. A.

Tor offen bleiben möge, um sothane Summe Ew. Kais. Majestät dennoch zahlen zu können“, ließ sich der seit seiner Entlassung zur Disposition haltende Walpole die Gelegenheit nicht entgehen, die auswärtige Politik der Regierung vor dem Parlamente zu verdächtigen. Wohlunterrichtet, wie er war, nannte er die Zahlung der 130 000 £ an Österreich „das unverantwortlichste Unternehmen, so jemals von einigem Ministerio begangen worden“¹⁾.

Den Österreichern mochte der gute Stand der englischen Finanzen erfreulich sein. Den Franzosen war er eine Quelle der Beunruhigung. England und Frankreich, die beiden auf einander so eifersüchtigen Nationen, sie gönnen sich gegenseitig nicht viel Gutes, am wenigsten im Hinblick auf die Wirtschaft. Das Archiv des Auswärtigen Amtes von Frankreich bewahrt eine Reihe von Denkschriften aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die den englischen Handel, englische Finanzen, englischen Kredit zum Gegenstande haben. Diese Denkschriften, offenbar im Ministerium entstanden und zur besseren Erleuchtung der Beamten dienend, haben als leitendes Motiv das peinliche Gefühl der überlegenen Methoden und daher der größeren Erfolge der Engländer. Man sucht Klarheit darüber, wie man es ihnen gleichtun, oder etwa wie man dieser gefährlichen Finanzkunst beikommen, wie man sie nachahmen könne. Da spielt auch einmal²⁾ in diesen Erwägungen der *sinking fund* eine wichtige Rolle. Er wird sehr ernst genommen, gewiß ernster, als es durch die inzwischen gemachten Erfahrungen berechtigt erscheint. Der Verfasser beschreibt das Wirken des Tilgungsfonds und fügt besorgt hinzu: „So steht es damit. Und wenn wir nicht auf der Hut sind, so werden sie sich unvermerkt von der Last befreien und werden die (schuldigen) Kapitalien auf denjenigen Betrag herabdrücken, der ihnen gut erscheint. Dann aber werden wir an ihnen unversöhnliche Feinde haben, die mit offener Gewalt unseren ganzen Handel in allen Teil der Welt ruinieren werden.“

¹⁾ Weisung an Volkra, 27. Apr. 1717; Volkra, 14. Mai 1717; Hoffmanns Berichte vom 3. 24. Dez. 1717, 8. März 1718. W. St. A., Parl. Hist., 7, 443—46; 502.

²⁾ A Londres ce 14./25. Mai 1731. Expédient pour ruiner le Crédit et le Commerce des Anglais. Aff. étr.

Von bedeutenden Erfolgen des *sinking fund* ist freilich aus den ersten Jahren nach seiner Errichtung noch nicht viel zu melden. Der moralische Erfolg ist alles. Das Geld strömt in die Kassen der Regierung. Und als das Unterhaus im Dezember 1718 beschlossen hat, eine für Staatszwecke benötigte Summe von 500 000 £ statt neuer Besteuerung durch eine Lotterie aufzubringen¹⁾, deren Gewinne mit 4% verzinst werden sollen, da ist das Geld bald im Überfluß vorhanden, und nicht nur englisches. „Seit dem Beschluß der letzten Lotterie“, heißt es in einem Briefe aus London vom 10. Januar 1719²⁾, „kommt täglich soviel Geld vom Auslande herein“, daß man die kürzlich beklagte Zurückziehung einer gewissen Summe leicht verschmerzt. So boten die Staatsfinanzen trotz allem ein nicht unfreundliches Bild. Gewiß, die große Staatsschuld ist da, und sie wird in den zahlreichen Berechnungen, die wir kennen, bald ein wenig höher, bald niedriger als fünfzig Millionen Pfundsterling geschätzt. Der sehr exakte Bonet beziffert sie um die Mitte des Jahres 1719 auf 50 444 265 £. Aber derselbe Kenner teilt uns auch eine genaue Aufstellung des Etats der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1719 mit, wobei sich ein Überschuß der Einnahmen mit etwa 20 000 £ ergibt³⁾.

Fügen wir noch ein Wort hinzu über die eben erwähnte Staatslotterie von 1719. Sie ruft uns den im 18. Jahrhundert so weit verbreiteten Hang zu Spiel und Spekulation in Erinnerung. Wir denken an Whites Kaffeehaus, die berühmte Londoner Spielhölle, auf die Hogarth seinen Blitz herniederfahren läßt, auf jenem Stich zum vierten Bilde der Laufbahn des Liederlichen, mit dem er sein eigenes Gemälde, immer weiter moralisierend, noch übertrumpft. Und auf dem sechsten Bilde der Serie zeigt er uns die verworfene Gesellschaft selbst, wie er sie im Innern des Hauses gefunden. Spielwut ist es denn auch, woran man zu denken hat, will man die Geistesverfassung jener Generation verstehen, die von den Schrecken des Mississippi, der Südsee und der Bubbles heimgesucht worden ist.

* * *

¹⁾ Hoffmann, 27. Dez. 1718. W. St. A.

²⁾ Robethon an St. Saphorin, 10. Jan. 1719. H. A.

³⁾ Bonet, 25. Nov./5. Dez. 1718. G. St. A.

Drittes Kapitel.

Mississippi und Südsee.

Die Südsee-Katastrophe von 1720 kann nicht für sich allein betrachtet werden. Sie ist ein Seitenstück, fast nur das Nachspiel der berühmten Finanzoperation des Schotten John Law in Frankreich. Der blendende Erfolg, von dem Laws Unternehmen anfangs begleitet war, hat auch den Engländern die Sinne verwirrt und hat sie zur Nachahmung fortgerissen. Sie haben das Beispiel befolgt, haben dieselben Fehler begangen und haben, ebenso wie es drüben geschehen, Unglück und Entsetzen über ihr Volk gebracht. Nur war es hier nicht, wie in Frankreich, ein wohldurchdachtes und von einem Einzigen konsequent durchgeführtes System. Man schwankt zwischen mehreren Vorschlägen, man entscheidet sich für einen derselben, vermag aber nicht, so wie in Frankreich, die große Masse mitzureißen. An Spiel- und Gewinnsucht fehlt es zwar hier so wenig wie dort. Aber sie richtet sich nicht auf ein einziges Objekt, sie sucht und findet andere, die sich in reichlicher Zahl bieten, groteske Nebenerscheinungen des auf der Hauptbühne spielenden Schauspiels, in der Wirkung nicht minder verwirrend und verwüstend für das Geschäftsleben. Und während in Frankreich, als der Sturm vorübergebraust ist, wenigstens der Staat sofort einen Gewinn, eine starke Erleichterung seiner Lasten buchen kann, wird der Verlust Englands zunächst durch keinen sichtbaren Vorteil aufgewogen, und die große Staatsschuld bleibt das unheimliche Monstrum, dem man nicht hat beikommen können.

Wie wir gesehen haben, hatte man sich in England schon längst, ehe der zündende Funke von Frankreich herübersprang, mit Plänen und Vorschlägen abgegeben, um das Problem zu bewältigen, hatte aber keine andere Lösung gefunden als die Errichtung des *sinking fund*, der doch im günstigsten Falle erst nach vielen Jahren den gewünschten Erfolg versprach. Welch' mächtigen Eindruck mußte es da auf die Gemüter der

Staatsmänner und Finanzkünstler machen, als von Frankreich die merkwürdige Kunde herüberdrang, man sei dort im Begriffe, die große Staatsschuld auf einmal ganz abzuwälzen, und zwar durch eine Kette von Finanzoperationen, deren Urheber ein einziger Mann war, der Schotte John Law¹⁾.

Ein Abenteurer und ein Spieler, der sich in britischen Landen durch eine böse Duellgeschichte unmöglich gemacht hatte, der viel in Europa gereist war, der als Sohn eines Edinburger Goldschmiedes ein starkes Interesse für Geld- und Bankfragen bewies und eifrig, wohin er kam, mit der Lage der öffentlichen Finanzen bekannt zu werden trachtete, er war es, der damals ein paar Jahre lang der Mann des Schicksals für Frankreich wurde. Was die Gemüter bestach, war der Zug der Einheit, der durch seine Schriften, seine Reden, sein ganzes Tun hindurchging. Law glaubt an das, was er sagt und was er empfiehlt, und er hat diesen Glauben niemals, auch nicht nach dem Sturz seines Systems verloren.

Sein System aber beruhte auf der Vorstellung, die wichtigste Vorbedingung für einen ersprießlichen Handel, d. h. Warenaustausch, sei ein genügender Vorrat an Zirkulationsmitteln. „Den Mangel an Geld, d. h. an Edelmetall, zu heben, darauf kommt es an“. So etwa beginnt Laws schon in jungen Jahren verfaßte Schrift „*Money and Trade Considered*“. Die Zirkulationsmittel brauchen aber nicht notwendig gemünztes Geld zu sein. An die Stelle des Edelmetalls soll der Kredit treten. Er mag beruhen auf irgendwelchen dahinter stehenden Werten, wie etwa Grundbesitz, oder auch große wirtschaftliche, gewinnbringende Unternehmungen. Ein im Jahre 1705 dem schottischen Parlamente vorgelegter Plan zur Gründung einer Staatsbank, welche Papiergeld ausgeben sollte, dessen Sicherheit der Grundbesitz bilden würde, dieser Plan scheint von John Law ausgegangen zu sein.

In Frankreich hatte er schon der Regierung Ludwigs XIV. ein großes Bankprojekt vorgelegt, dessen Verwirklichung viel-

¹⁾ Aus der neueren Literatur über John Law seien besonders hervorgehoben die aufschlußreichen Arbeiten von F. K. Mann, die im folgenden noch zitiert werden. Eine vortreffliche Übersicht über den Verlauf gibt H. Sieveking in seinen Grundzügen der Neueren Wirtschaftsgesch., 5. Aufl. 1928. Dazu vgl. seine wertvolle Untersuchung über die Verflechtung der Schweiz in die Lawsche Krise. 1914.

leicht nur durch den Tod des Königs verhindert worden ist ¹⁾. Nun aber gelang es Law, den Herzog von Orleans, den Regenten während der Minderjährigkeit Ludwigs XV., für seine Ideen zu gewinnen, und er erhielt freie Hand. Er würde, wo immer die Gelegenheit sich bot, die Verwirklichung seines Systems versucht haben. In dem absoluten Frankreich aber, und getragen von der Gunst des Regenten, hatte er vollends leichtes Spiel. Hier in Frankreich, erklärt er einmal übermütig, kann man in 24 Stunden so viel beraten, beschließen und ausführen, wie die Engländer es kaum in 24 Jahren fertig bringen.

Mit einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung begann der Schotte die Durchführung seiner Pläne. Die 1716 gegründete Bank, die den Zahlungsverkehr erleichterte, gab sich über zwei Jahre lang als ein privates Institut und ward erst im Dezember 1718 in eine *Banque royale* verwandelt. Inzwischen hatte Law 1717 die *Compagnie d'Occident* gegründet, eine Gesellschaft nach dem Muster der überall in Westeuropa und in Frankreich so zahlreich unter Colbert errichteten Kompagnien, die von den Regierungen privilegiert und mit dem ausschließlichen Rechte begabt wurden, diesen oder jenen Zweig des überseeischen Handels zu betreiben. Die von Law ins Leben gerufene Kompagnie des Westens, auch Louisiana-Kompagnie genannt, war dazu bestimmt, die weiten Gebiete an den Ufern des Mississippi zu erschließen, die durch Siedelung, durch Förderung von Mineral-schätzen, durch Weckung von Handelsbeziehungen künftige reiche Gewinne zu verheißen schienen. Freilich wußte auch Law sehr wohl, das auf diese Gewinne erst nach Jahren zu rechnen war. Doch hat er sich redlich darum bemüht. Zahlreiche Ansiedler, darunter auch Deutsche, wurden angelockt, nach Edelmetallen wurde gesucht, und der Handel mit den spanischen Kolonien sollte belebt werden. Der Erfolg aber war nicht groß. Daniel Pulteney, ein in besonderer Mission nach Paris entsandter Kommissar der englischen Regierung, traf im November 1719 mit einem Franzosen zusammen, der in Laws Auftrage am Mississippi gewesen und soeben zurückgekommen war. „Die Beschreibung, die er mir von den dortigen französischen Nieder-

¹⁾ Vgl. F. K. Mann, Die Vorgeschichte des Finanzsystems von John Law. (Schmollers Jahrbuch; 57, 1913).

lassungen gibt,“ so berichtet Pulteney ¹⁾, „könnte mich nicht ermutigen, mein Geld in dieses Unternehmen hineinzustecken“.

Nun aber wurde das Geschäft immer mehr erweitert. Andere große Gesellschaften wurden mit der *Compagnie d'Occident* vereinigt, die Münzpacht und die Generalpacht der Steuern kamen hinzu. Und da man bei Erwerbung der Noten und der Aktien auch die Staatsschuldscheine, die *Billets d'Etat*, in Zahlung geben durfte, und zwar zu 100 %, während ihr derzeitiger Kurs nicht mehr als 30 % betrug, so ward auch die ungeheure Schuldenlast des Staates in das Getriebe hereingezogen, und die Kompagnie übernahm somit die ganze Rentenschuld von Frankreich.

Diese nie dagewesene Anhäufung von Kapitalmassen erweckte im Publikum die Erwartung fabelhafter Gewinne, und der Kurs der Aktien stieg. Er stieg auf das Zehnfache; neue Emissionen zu höheren Kursen ließen immer größere Summen in die Kassen der Regierung fließen, bis endlich der Kurswert der Aktien auf das Vierzigfache des Nominalwertes gestiegen war. Die ersten Käufer hatten also ihr Einlagekapital um das Vierzigfache erhöht, und wer gar rechtzeitig mit *billets d'Etat* gezahlt hatte, als dieselben einen Kurs von 30 % gehabt, aber zu 100 % in Zahlung genommen wurden, der durfte sich in dem Glauben wiegen, er halte mit den in seinem Besitze befindlichen Aktien den einhundertdreißigfachen Betrag der angelegten Kaufsumme in der Hand.

Um das Bild des Law'schen „Systems“, wenn auch nur in großen Zügen, zu vervollständigen, so muß noch hinzugefügt werden, daß er im Februar 1720 Bank und Kompagnie miteinander verband, daß er der Kurssteigerung der Aktien mit seinen Emissionen bis auf 1800 % folgte, daß er Noten und Aktien an die Stelle des Geldes setzen, alles Metallgeld in die Hände des Staates bringen und in den Händen des Volkes nur noch papierene Werte belassen wollte. Der Besitz von mehr als 500 Livres in Metall wurde geradezu unter Strafe gestellt, und das geprägte Geld sollte nur noch als Scheidemünze umlaufen. Also Papiergeld in ungeheuren Mengen, in Millionen und Milliarden umlaufend, so sollte es befruchtend und segensvoll wirken auf das gesamte Wirtschaftsleben einer großen Nation.

¹⁾ Pulteney, 24. Nov. 1719, a. St. France 355. R. O.

Wie dieser Traum zerrann, braucht hier im einzelnen nicht geschildert zu werden. Verhängnisvoll wirkte der berühmte *Arrêt* vom 21. Mai 1720 mit der Herabsetzung und Fixierung des Kurses der Noten auf die Hälfte, der Aktien auf $\frac{5}{9}$ ihres derzeitigen Wertes. Law meinte damit — und wir kennen heute seine Absicht genau — durch eine solche Tarifierung die notwendige Übereinstimmung zwischen den nun geltenden Zahlungsmitteln (Geld, Aktien und Noten) hergestellt, er meinte den Kredit gefördert und auch das Interesse der Noteninhaber genügend berücksichtigt zu haben. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß, wie gelegentlich gesagt wurde, der *Arrêt* durch eine Intrige der Gegner Laws herbeigeführt wurde. Es war sein eigener Gedanke, und er hatte ihn schon vor zwei Monaten dem Regenten mundgerecht gemacht. „Der *Arrêt* vom 21. Mai 1720“, hat Law später gesagt, „war auf Prinzipien gegründet, und er würde das System befestigt haben, wäre man nur dabei geblieben“. Gleichwohl war der erste Eindruck der unvermuteten Wertherabsetzung in Frankreich wie im Auslande ein furchtbarer, gerade, als ob ein Bankerott erklärt worden wäre. Gegenüber dem nun einsetzenden Kurssturz wußte das *Conseil* des Regenten keinen andern Ausweg, als die Widerrufung des *Arrêt*, und dieses Mal war Law selbst nicht mehr Herr der Situation. Sein Ansehen war dahin, und der Regent hörte nicht mehr auf ihn. In der Widerrufung des *Arrêt* hat Law den schwersten Fehler erblickt.

Die Katastrophe war nicht mehr aufzuhalten, das verlorene Vertrauen kehrte nicht zurück. Wie sich die Massen zuvor in der *Rue Quincampoix* gedrängt hatten, um ihr Vermögen in den fortwährend steigenden papierenen Werten anzulegen, so folgte nun, da die Kurse immer tiefer fielen, der *run* auf die Bank, wo man retten wollte, was noch zu retten war. Das „System“ war nicht mehr zu halten, das bare Geld trat wieder an die Stelle der Noten und der Aktien. Die Staatsgläubiger bekamen wieder fest verzinsliche Renten in die Hand, allerdings zu weit niedrigeren Sätzen. Denn am Ende hatte doch der Staat bei dem Geschäft gewonnen. Die große Schuld war etwa um die Hälfte vermindert.

Auch mit der Herrlichkeit John Laws ging es zu Ende. Der britische Gesandte am Pariser Hofe, der Schotte Lord Stair,

früher ein Bewunderer seines Landsmannes, tat jetzt sein Möglichstes, um ihm die Gunst des Regenten zu rauben. Er erhält in den Tagen, da der *Arrêt* vom 21. Mai zurückgenommen wird, eine Audienz beim Herzoge von Orleans. Stair warnt, er möge nicht seinen Wagen diesem Phaeton anvertrauen. Er wird ihn zerschmettern und die Erde in Brand stecken. Der Herzog stimmt zu: „Gewiß, Sie haben mir längst gesagt, Law geht zu schnell vor. Seine Eitelkeit und sein Ehrgeiz überstürzen alles. Sie haben Recht gehabt.“ Der Regent verspricht bereits, er werde Law nicht mehr als Minister verwenden, nur noch in untergeordneter Stellung, in der er ihn zügeln zu können meint. „Aber das nenne ich, Mr. Law nicht kennen“, schreibt Stair. „Er ist eine Gattung für sich, ganz anders wie alle übrigen Menschen.“ Acht Wochen später schreibt Stairs Nachfolger, Law schwebe am Rande des Abgrundes, er wird von allen Seiten angefeindet, und auch vom Regenten weiß er die schon mehr als unfreundlich klingende Äußerung wiederzugeben: „Ich habe ihm alles in die Hand gegeben und ich habe ihn gehalten, aber bei Gott, wenn er das Königreich nicht blühen macht, wie er versprochen, so werde ich ihn mitsamt seinem System zum Teufel jagen“. Abermals vier Wochen später heißt es in diesen Gesandtschaftsberichten, der Regent sei nahe daran gewesen, Law in die Bastille zu schicken. Aber dieser heftet sich an ihn und läßt ihn nicht aus den Augen. Ja, im September heißt es noch einmal ¹⁾: „Law hat seinen Kredit wiedergewonnen und man scheint entschlossen, sein System weiter zu verfolgen“. Aber im Dezember kommt der Sturz, die Verhaftung, die Verbannung. Und diese letztere glimpflichere Lösung meint der englische Diplomat nur damit erklären zu können, daß der Gefallene wohl im Besitze wichtiger Geheimnisse sei, durch deren Enthüllung auch der Regent kompromittiert werden könnte. Auch das Schlußurteil dieses Berichterstatters verdient wiedergegeben zu werden. Es lautet: „dieser Mann hat so ungeheure Dinge unternommen, daß man ihn von einer Art Fanatismus oder Aberwitz besessen glaubt. Hat er sich doch vermessen zu sagen, er werde noch Herr werden über alles Geld in Europa.“

* * *

¹⁾ Sutton an Stanhope, 6. Sept. 1720. R. O.

Doch es genügt nicht, das eben geschilderte, in Frankreich spielende Drama auch einmal durch die englische Brille betrachtet zu haben. Für uns liegt das besondere Interesse der Sache in der Wirkung, die es auf der andern Seite des Kanals geübt hat. Mississippi und Südsee! Ereignisse, die die Völker bis in ihre Tiefen erschüttern, starke Ähnlichkeit, und doch nicht einfache Nachahmung. Man empfindet deutlich die Verschiedenheit der politischen und sozialen Verhältnisse der beiden großen westlichen Nationen, die einander im Grunde so wenig verstehen. „Es ist höchst merkwürdig“, so hat John Law später erklärt¹⁾, „zu sehen, wie wenig wir von dem wissen, was bei unseren nächsten Nachbarn vorgeht. Die Franzosen wissen nicht, was in England, die Engländer nicht, was in Frankreich passiert, und wenn es sich auch um die ernstesten Fragen handelt, wichtig und bedeutungsvoll für Fürst und Volk“. So muß man denn ebenso die Temperamente der Nationen wie die politische Lage im Auge behalten, um alles richtig zu verstehen.

England und Frankreich, die alten Gegner, welche mit der Unterbrechung von nur fünf Jahren sich von 1689 bis 1713 in offenem Kriege befunden hatten, waren 1719, als John Law auf der Höhe der Macht stand, in enger politischer Freundschaft. Ja noch mehr, sie hatten mit Kaiser Karl VI. jenen Bund geschlossen, dem sie in der (allerdings vergeblichen) Erwartung des Beitritts der Holländer voreilig den Namen der Quadrupel-Allianz verliehen hatten. Sie führten soeben den gemeinsamen Kampf gegen Spanien unter Philipp V. und Alberoni. Die französische Landmacht und die englische Flotte wirkten vereint für dasselbe politische Ziel, die Demütigung Spaniens und die Absetzung Alberonis.

Das hinderte nun aber nicht, daß die unfreundliche Gesinnung zwischen den beiden großen westlichen Nationen nach wie vor fortbestand. Das politische Zusammengehen von England und Frankreich war lediglich die Sache Georgs I. und seiner Minister auf der einen Seite, und des Herzogs v. Orleans, des französischen Regenten, und seines Ministers Kardinal Dubois auf der andern. Die Völker hatten mit der Politik der Kabinette nichts gemein. Zwischen ihnen herrschte nach wie vor Eifersucht

¹⁾ Vindication of the Mississippi. Houghton Mss. Vgl. Anhang.

und Mißtrauen. Als nun 1719 die französischen Finanzen in den Händen John Laws einen so unerhörten Aufschwung nahmen, als es der französischen Regierung zu gelingen schien, die ganze Staatsschuld aus der Zeit Ludwigs XIV. abzutragen, da wurde diese Entwicklung von englischer Seite mit Staunen und Unbehagen beobachtet. Law selbst war einerseits, seitdem er einmal von der englischen Regierung mit seinen Projekten abgewiesen worden war, ein leidenschaftlicher Hasser Englands geworden. Mit seinen wachsenden Erfolgen kommt nun auch am französischen Hofe eine englandfeindliche Strömung empor. Der Regent schwankt in seiner auswärtigen Politik zwischen Dubois und Law hin und her, d. h. zwischen Bundestreue und Feindschaft gegen England. In dem System Laws lag aber auch noch ein besonderer, ganz praktischer Anlaß zur Gegnerschaft gegen England. Die vielgenannte Mississippi-Gesellschaft hatte die Entwicklung der französischen Kolonie Louisiana zum Ziel. Ein gewaltiger Aufschwung dieses französischen Besitzes wäre sozusagen die einzige vernünftige Grundlage der kolossalen Kurstreibereien in Frankreich gewesen. 1719 schickte der Mineraloge Delochon Bleierz nach Frankreich, das er am Meramec, einem kleinen westlichen Nebenflusse des Mississippi gefunden hatte und das 12% eines sehr reinen Silbers enthalten sollte, d. h. 3% mehr als die Minen Neu-Mexikos lieferten. Eben daran knüpfte die Spekulation an, und stieg auf ihre stolzeste Höhe, als die Mississippi-Aktien mit ihrem Nennwert von 500 Livres den wahnsinnigen Kurs von 20 000 erreichten.

Aber wir haben über den Mississippi-Plan noch ein Wort mehr zu sagen. Law hat die Sache in großem Stile angefaßt. Der Krieg gegen Spanien 1718 und 1719 hatte Eroberungen spanischen Gebietes in Amerika gebracht, aber auch die Eifersucht der benachbarten englischen Kolonisten an der Ostküste wachgerufen. Die Engländer haben den Franzosen in Louisiana, besonders durch die Aufstachelung verschiedener Indianerstämme zu schaden versucht. Die Franzosen ihrerseits, welche auch Canada besaßen, und also die englischen Niederlassungen mit einer Postenkette von der Mündung des Lorenzstromes über die großen Seen hinweg bis zur Mündung des Mississippi umschlossen, drohten in jenen Jahren schon, die Engländer ins Meer zu werfen. Die Frage, ob das Festland von Nord-Amerika England

oder Frankreich zufallen solle, jene Frage, welche zuletzt durch den siebenjährigen Krieg entschieden wurde, ist in der Zeit von Laws Regiment zum ersten Male brennend geworden.

Daß er England zu ruinieren trachte, hat Law jedem gesagt, der es hören wollte. Am Pariser Hofe hatten seine englandfeindlichen Absichten ein persönliches Zerwürfnis zwischen Law und dem englischen Gesandten Grafen Stair zur Folge. Es sei dadurch entstanden, schreibt Stair im September 1719¹⁾, daß er (Stair) nicht, wie alle Welt, Mississippi gekauft habe, wodurch er zu dieser Zeit 30 bis 40 000 £ gewonnen haben würde, doch habe er es seiner Stellung nicht angemessen erachtet. Um dieselbe Zeit klagt der englische Minister Craggs über Laws Haltung gegenüber England. „Unsere Beziehungen zu Frankreich“, schreibt Craggs²⁾, „sind zu gut, als daß wir ihnen ihr Glück nicht gönnen sollten. Immerhin beginnen unsere Leute in der City unruhig zu werden, da er sich anschickt, unsere Fonds zu entwerten, indem er sie zu billig verkauft.“

Nun setzen von englischer Seite auch die Bemühungen ein, dem Einflusse Laws auf die Politik entgegenzuarbeiten und den Regenten in seiner Bündnistreue zu befestigen. Stanhopes Reise nach Paris im Januar 1720 hatte recht eigentlich diesen Zweck³⁾. Er ist froh über sein Gelingen und will sich auch gern mit dem politischen Erfolge begnügen. Denn jeglicher Versuch, in die Geheimnisse der Lawschen Finanzkunst einzudringen, scheint ihm hoffnungslos. Treuherzig bekennt er dem Österreicher Pendtenriedter⁴⁾ „daß er in dem hiesigen Finanzsystem nichts begreife“. Aber unheimlich genug ist es ihm sicherlich erschienen. Denn er meint zugeben zu müssen, „daß, wenn das Systema rechten Bestand faßte, die Macht dieser Nation allen anderen überlegen und fürchterlich sein würde.“

Kein Wunder, daß man in England nicht nur mit atemloser Spannung das Schauspiel in Frankreich verfolgte, sondern auch bald entschlossen war, das Vorbild nachzuahmen. Man wollte denselben Zweck mit denselben Mitteln erreichen, wollte die englische Staatsschuld durch ein ähnliches Finanzsystem aus

¹⁾ (Hardwicke) State Papers 2, 589.

²⁾ Craggs an Stair, 24. Sept. 1719. R. O.

³⁾ Vgl. Bd. 2, 245 ff.

⁴⁾ Bericht Pendtenriedters, Paris, 12. Jan. 1720. Wiener Staats-Arch.

der Welt schaffen, wie es den Franzosen durch das ihre soeben zu gelingen schien.

Von Monat zu Monat läßt sich dieser Einfluß der französischen Ereignisse auf die englischen deutlich verfolgen und aktenmäßig feststellen. Zunächst wurden von privater Seite Pläne ausgearbeitet zur Beseitigung der Staatsschuld. Sir Humphrey Mackworth, ein Politiker und Finanzmann aus dem Lager der Tories, machte Eindruck mit ein paar Abhandlungen, in denen er einen Plan aufstellte, wie die Staatsschuld allmählich abgezahlt werden könnte durch eine neue parlamentarisch eingeführte Geldsorte von realem Wert und realer Sicherheit, die zeitweilig zirkulieren und bis zu ihrer Ablösung für alle Zahlungen dienen sollte. In Frankreich mache man freilich etwas ähnliches und zwar ohne Abzahlung. „Aber wenn Frankreich töricht und ungerecht handelt, sollte dann nicht Großbritannien weise und ehrlich verfahren?“ Und dann kommt der dem Zeitalter eigentümliche Irrtum, als ob die freie englische Verfassung eine ganz andere Garantie bilde für eine gute und solide Finanzpolitik, als der französische Absolutismus. „Und wenn auch der nach eigener Willkür regierende Fürst, sobald es ihm gut dünkt, den Papier-Kredit von Frankreich ungehindert zerstören kann, werden die Commons von Britannien deshalb nicht doch jene Werte hochhalten, in denen ihr eigenes Vermögen besteht?“¹⁾

Viel bedeutsamer als solche Privatarbeiten war es aber, daß nun im Schoße der Regierung ähnliche Projekte erwogen wurden. Im Juli 1719 wurden zwei englische Kommissare, Martin Bladen und Daniel Pulteney, nach Paris entsandt, um mit den Beauftragten Frankreichs über die Grenzen der englischen und französischen Besitzungen in Amerika zu verhandeln und ins Reine zu kommen. Es galt die in den Utrechter Verträgen nicht völlig geklärten Fragen zu lösen und damit allen Streitigkeiten zwischen den englischen und französischen Kolonisten in der neuen Welt vorzubeugen. Die Verhandlung wäre unter allen Umständen schwierig gewesen, da beide Teile bestrebt sein mußten, die vorhandenen Unklarheiten zum eigenen Vorteil auszulegen; und die Engländer noch dadurch im Nachteil, daß

¹⁾ Observations on the Scheme of Mr. Law in France, and of Sir Humphrey Mackworth in Great Britain; concerning the Establishing Paper Money, and Forcing Credit. London s. a. (Brit. Mus.) 8223 d. 7.

die Franzosen über das bessere Kartenmaterial verfügten. Aber die Verhandlungen sind überhaupt niemals ernstlich in Angriff genommen worden, da die französische Regierung viel zu stark durch ihre Mississippi-Sache in Anspruch genommen war, um das nötige Interesse für eine amerikanische Grenzregulierung aufzubringen. Und da nun den beiden englischen Kommissaren schon in ihrer Instruktion ¹⁾ der Auftrag erteilt war, eingehend über die Errichtung und die Verfassung der Mississippi-Kompagnie zu berichten, und da ja auch anderes nicht zu berichten war, so geschah es, daß dieses Thema nun zum Hauptinhalt ihrer Depeschen wurde, und daß die heute im Record Office in London aufbewahrte Bladen-Pulteney'sche Berichterstattung eine der wertvollsten Quellen darstellt zur Geschichte der Law'schen Finanzoperationen ²⁾.

So blieb denn, seit der Ankunft Bladens in Paris im September 1719 die englische Regierung dauernd auf dem Laufenden über die Ereignisse in Frankreich.

Unterdessen hatte Lord Stair, der englische Botschafter, angesichts der steigenden Macht und der bedrohlichen Haltung von Frankreich die englische Regierung wiederholt gedrängt, sofort Schritte zu tun, um sich von dem Drucke der Staatsschuld zu befreien ³⁾. Und wie ein Angstschrei klang es auch, was kurz darauf Bladen an Stanhope schrieb ⁴⁾: „Ew. Lordschaft weiß, wie prekär unsere Freundschaft mit diesem Königreiche ist, und wie nötig es deshalb sein wird, rasch auf Methoden zu sinnen, um die Staatsschuld abzubauen. Denn wenn das nicht erfolgt, kann Seine Majestät nicht mehr lange der Schiedsrichter in Europa bleiben.“ Und dann kommt wieder Stair mit denselben Gedanken, aber noch dringender, noch ausführlicher als zuvor. Er schreibt ⁵⁾:

„Ich kann meinen Brief nicht schließen, ohne ein Wort über unsere öffentlichen Schulden zu sagen, welche von der größten

¹⁾ Vom 3. Juli 1719. R. O.

²⁾ Nachdem ich zuerst auf diese Berichte aufmerksam gemacht hatte, sind sie von einem Schüler Sievekings einer Darstellung von Law's Handels- und Kolonialpolitik zugrunde gelegt worden. (Zürich u. Leipzig 1913.)

³⁾ (Hardwicke) State Papers 2, 587; 594.

⁴⁾ 16. Okt. 1719. R. O.

⁵⁾ Stair an Stanhope, 20. Okt. 1719. Private. R. O.

Bedeutung sind und welche jetzt vor allem andern die Aufmerksamkeit Eurer Lordschaft verdienen. Sie sehen, My Lord, daß durch den Erfolg von Mr. Law's Plan die öffentlichen Schulden Frankreichs mit einem Schlage bezahlt sind, und daß der französische König Herr eines ungeheuren Einkommens und eines unbegrenzten Credits bleibt. Es ist ganz klar, daß Mr. Law beabsichtigt, den Handel Frankreichs auf den Trümmern des unsrigen und des holländischen Handels zu erheben. Er macht keinen Hehl aus seiner Absicht und teilt sie jedem mit, der ihm in die Quere kommt. Wenn wir noch länger unter der unförmigen Schuldenlast seufzen, die uns niederdrückt, so wird er sicher sein Ziel erreichen, und wir werden nicht in der Lage sein, uns bei dieser oder irgend einer kommenden Gelegenheit aufzuraffen. Darum hoffe ich, daß Eure Lordschaft darauf bedacht sein wird, den Geist unserer Nation zu wecken und auf Mittel zu sinnen, um sofort wenigstens einen großen Teil unserer öffentlichen Schuld abzuschütteln. Unsere Lage ist derart, daß langsam arbeitende Heilmittel nicht mehr helfen können. Mit uns ist es aus, wenn wir nicht ein Mittel finden, um die Last der Krankheit auf einmal los zu werden. Ich fürchte das kann nur durch den Kredit einer Nationalbank erreicht werden, aber durch diese auch sicher“.

Gerade war auch einer der ersten Finanzkundigen von England, Archibald Hutcheson, in Paris erschienen, um das „System“ an Ort und Stelle zu studieren. Law ließ sich herbei, ihm alles gründlich zu erklären und ihm die glänzende Lage Frankreichs ebenso überzeugend darzulegen, wie den elenden Zustand von England ¹⁾. Hutcheson war es auch, den Stair besonders geeignet fand ²⁾, und den er seiner Regierung gelegentlichst empfahl, als den Mann, der die große notwendige Transaktion in England zu vollführen imstande sei. So war denn gegen Ende des Jahres 1719 die britische Regierung wohl informiert und genügend angefeuert, um nun das von allen Seiten empfohlene Werk auch ihrerseits in die Hand zu nehmen. Es geschah mit fortwährenden Seitenblicken auf Frankreich. „Wir verfolgen die Schwankungen der französischen Werte mit größtem

¹⁾ Pulteney, 24. Nov. O. S. 1719. R. O.

²⁾ Stair an Stanhope, 20. Okt. 1719. Private. R. O.

Interesse“, schreibt der Minister Craggs ¹⁾, Und als er die Einbringung der Südsee-Bill mitteilt, fährt er gleichsam in einem Atem fort ²⁾: „Wir sind begierig zu wissen, wie es mit diesen Sachen jetzt bei Ihnen in Frankreich steht“. Und so nahmen die Dinge in England wie in Frankreich ihren Lauf. Waren die hüben und drüben eingeschlagenen Wege auch verschieden, so war doch die Verblendung der Völker dieselbe zu beiden Seiten des Kanals.

* * *

In seiner Thronrede am 23. November a. St. 1719 hatte man den König zu den Commons die Worte sagen lassen: „Und ich muß ferner den Wunsch aussprechen: richten Sie Ihre Aufmerksamkeit auf alle Mittel und Wege, die geeignet erscheinen, die Schulden der Nation zu verringern“. Die Anregung wurde befolgt. Wir dürfen glauben, daß von nun an, sagen wir zwei Monate lang, ernste Beratungen zur Lösung des Problems gepflogen worden sind. Der Weg schien vorgezeichnet, denn man dachte kaum an eine andere Methode als die nun schon dreimal gewählte. Es konnte sich also nur darum handeln, welchem der drei großen Institute, Bank, Ostindische Kompagnie, Südsee-Gesellschaft, das große Geschäft übertragen werden solle. Von diesen Dreien wird nun die Ostindische Kompagnie am wenigsten genannt. Ihr Interesse war mehr auf die Ausnutzung ihres Monopols gerichtet. Sie hat gerade in diesen Jahren ihre Macht und ihre Handelsbeziehungen in Indien energisch entwickelt. So war es den beiden anderen vorbehalten, ihren Geist und ihre Kräfte anzustrengen, um das Große zu vollbringen.

Tatsächlich ist aber schon von vornherein alles zwischen der Regierung und der Südsee-Kompagnie abgekartet worden, nämlich zwischen dem Schatzkanzler Aislabie und dem Subgouverneur John Fellows — Gouverneur war ja der König selbst. Am 21. Januar a. St. 1720 versammelte Fellows die Direktoren um sich und legte ihnen ein Schriftstück vor, das er von dem Schatzkanzler empfangen zu haben erklärte, um es den Direktoren mitzuteilen. Es handele sich, so erläuterte er, um die Erhöhung des Kapitals der Kompagnie, indem sie nämlich einen Teil der

¹⁾ Craggs an Pulteney, 10. Dez. 1719. R. O.

²⁾ Craggs an Stair, 16. März 1720. R. O.

ablösbaren und unablösbaren Schulden des Staates übernehmen würde. Die Bedingungen der Übernahme sind schon in 13 Artikeln formuliert. Die Höhe der *redeemable* und der *unredeemable debts* wird auf je circa 15 Millionen, beide zusammen also auf 30 Millionen Pfund Sterling beziffert.

So steht es in dem amtlichen Protokoll der Sitzung ¹⁾. Hat man bisher um dieses, schon vor der großen Aktion bestehende Einvernehmen zwischen Regierung und Südsee zu erweisen, nur einen brieflichen Hinweis auf das, was *the town says* anführen können ²⁾, so besitzen wir nun also gleichsam den urkundlichen Beweis für dieses „Gerede der Stadt“. Wir erkennen eine feste Abmachung, fast ein Komplott zu nennen, zwischen Regierung und Südsee. Und wenn jene bösen Zungen in der Stadt noch hinzuzufügen wissen, Aislabie selbst habe, noch ehe die Angelegenheit vor das Parlament kam, aber in Erwartung des sicheren Kursgewinns, 27 000 £ Südsee-Aktien gekauft, so hätten wir darin schon jene unsympathische Vermengung von staatlichem Interesse und privatem Vorteil zu erblicken, um deren Willen sich später die Wut der Massen ebenso gegen den Schatzkanzler, wie gegen die Direktoren gewendet hat.

Im Unterhause aber gab es eine Überraschung. Aislabie eröffnete die Debatte ³⁾ und, auf die Thronrede Bezug nehmend, sprach er ausführlich und beredt über den Vorschlag der Südsee-Kompagnie. Der Staatssekretär Craggs stimmte ihm eifrig zu und erklärte, den Beifall der Mitglieder vorwegnehmend, so komme es denn nur noch darauf an, die Sache in aller Form geschäftlich zu erledigen. Nun aber entstand ein langes Schweigen, und da niemand sich zum Worte zu melden schien, so schickte Craggs sich an, im Sinne des zuvor Gesagten einen Antrag zu stellen. Jetzt erhob sich Thomas Brodrick, der Bruder des Lord Kanzlers. Er betonte auch seinerseits die Wichtigkeit der Sache und wiederholte einen Ausspruch Hutchesons, der gesagt habe, solange die Staatsschuld nicht beseitigt sei, dürften die Engländer sich überhaupt nicht als eine Nation bezeichnen. Aber eben darum sollte man darauf bedacht sein, nur den allgünstigsten

¹⁾ Court of Directors, 21. Jan. 1719 (20). Brit. Mus. Add. 25 579.

²⁾ Th. Brodrick an Lord Chancellor Middleton. Jan. 24, bei Coxe, Rob. Walpole 2, 181.

³⁾ Court of Directors, 22. Jan. Brit. Mus. Add. 25 579.

Abschluß zu machen, der zu haben wäre, und zuvor zu vernehmen, ob nicht auch andere Kompagnien oder Gesellschaften einen Vorschlag zu machen hätten.

Nach diesen Worten, schreibt Brodrick¹⁾, waren „unsere großen Männer wie vom Donner gerührt“. Eine zweistündige Debatte folgte, in der die Minister immer wieder, aber ohne viel Glück, das Wort ergriffen. „Solche Dinge müssen mit Schwung durchgeführt werden“, rief Aislabie der Versammlung zu. „Dieser Schwung hat uns ruiniert“, erwiderte ihm Joseph Jekyll, nachmals einer der heftigsten Kritiker der Südsee, „unsere Aufgabe ist es, uns gründlich, mit Bedacht und mit ruhiger Überlegung, nicht mit Schwung unser Urteil zu bilden“. Auch Robert Walpole griff wiederholt zum Worte, offenbar wohl vorbereitet, denn man sah ihn dastehen, mit Notizen in der Hand und, wie immer, imstande, seine Ausführungen zahlenmäßig zu belegen. An dem vorliegenden Plan fand er manches zu loben und manches zu tadeln. Aber vor jeglicher Entscheidung sollte man zunächst andere Vorschläge prüfen, die etwa noch gemacht würden.

Den Ministern war das Konzept verdorben. An eine glatte Annahme des Südsee-Plans war nicht mehr zu denken. Die geschilderte Szene spielte am 22. Januar a. St. 1720, d. h. zur Zeit, als Walpole noch zur Opposition hielt. Und er war es vor allem, der die Niederlage der Regierungsmänner herbeiführte. Mit überwältigender Mehrheit wurde die Entscheidung um einige Tage hinausgeschoben. Man wollte warten, ob andere Vorschläge kämen, wollte insbesondere auch der Bank von England die Gelegenheit nicht rauben, auch ihrerseits einen Plan zur Beseitigung der Staatsschuld vor das Parlament zu bringen.

Diese Entscheidung des 22. war an sich nichts weiter als die natürliche Abwehr des Parlaments gegen die versuchte Überrumpelung durch Regierung und Südsee. Die Freiheit des Entschlusses war gerettet. Aber die Wirkung war verhängnisvoll. Hätten die Minister ihre Absicht erreicht, so wäre der erste Südsee-Plan, gut oder schlecht, wie er war, vielleicht ohne allzuviel Geräusch zur Ausführung gekommen. Er hätte vielleicht seinen Zweck auch insofern erfüllt, als er die Last der Staatsschuld einfach der Regierung abgenommen und sie unter maß-

¹⁾ Brodrick an Middleton 24. Jan. 1720, bei Coxe, Rob. Walpole 2, 181.

vollen Bedingungen auf die Schultern der Kompagnie gelegt hätte. Und an diese selbst, die Kompagnie, wäre vielleicht die Versuchung, die Gelder des Volkes in ihre Kassen zu locken und der Spielwut Vorschub zu leisten, nicht in so übermächtiger Weise herangetreten, wie es nachmals der Fall war, als sie sich durch ihr eigenes ungeheures, in seiner Tragweite ihr selbst kaum faßbares Angebot in eine maßlose Spekulation hineingetrieben sah.

Denn nun erst folgte der unheimliche Wettlauf der beiden Gesellschaften, der Bank und der Südsee. Keine von beiden will der andern weichen. Es geht Zug um Zug. Am 22. Januar hätte das Unterhaus die weitere Behandlung der Sache auf den 27. verschoben. An den dazwischen liegenden Tagen¹⁾, am 23., am 25., am 26. Januar finden Sitzungen der Südsee-Direktoren statt, um den Plan und seine Einzelheiten zu formulieren. In einer Morgensitzung am 27. beschließen sie, um die Verantwortung nicht allein tragen zu müssen, auch noch die Billigung der Generalversammlung einzuholen. Die eilig berufene Generalversammlung erklärt sich einverstanden und ermächtigt die Direktoren, alle weiteren Schritte zu tun und insbesondere auch um die Erwirkung einer Parlamentsakte zur sicheren Durchführung des Planes bemüht zu sein. Und noch einmal versammeln sich die Direktoren, und jetzt erst, unmittelbar vor der Parlamentssitzung werden die entscheidenden Ziffern in den Entwurf eingefügt.

Sodann begeben sich diejenigen der Direktoren, die auch Mitglieder des Unterhauses sind, ins Parlament. Den als *Committee* tagenden Commons wird der formulierte Vorschlag der Südsee-Kompagnie unterbreitet. Aber siehe da: schon liegt auf dem Tisch des Hauses ein anderer Vorschlag, derjenige der Bank von England. Bei oberflächlicher Prüfung scheint er für den Staat sogar günstiger zu sein, als der von der Südsee. „Aber die Südsee-Kompagnie und ihre Freunde, entschlossen, sich das Geschäft nicht rauben zu lassen“²⁾, setzen ein abermaliges Hinauszögern der Entscheidung durch, und von neuem beginnen im Schoße der beiden Gesellschaften die emsigen Beratungen darüber, wie

¹⁾ Für das folgende besonders die Sitzungsprotokolle der Direktoren, darunter nicht weniger als drei vom 27. Jan. 1720 und ein Protokoll: General Court, 27. Jan. 1720. Brit. Mus. Add. 25 579.

²⁾ Portland Mss. 5, 591.

weit man in den Angeboten an die Regierung gehen könne, und wie weit man wohl gehen müsse, um den Rivalen aus dem Felde zu schlagen. Die Südsee-Direktoren lassen sich von ihrer Generalversammlung die Vollmacht geben, ihren ersten Vorschlag durch Erläuterungen, Verbesserungen und Zusätze umzugestalten. Sie haben in der Tat mit ihren *explanations*, *amendments* und *additions* ihren Plan so stark erweitert und alles, was die Bank zu bieten wagte, so weit übertroffen, daß sie als Sieger aus dem Kampfe hervorgingen. Aber wahrlich, schwer genug haben sie an ihrem Siege zu tragen gehabt.

* * *

Die Verschiedenheiten zwischen den Vorschlägen der beiden großen Gesellschaften sind gar nicht so bedeutend, wie man nach dem Gesagten glauben möchte. Sie sind mehr quantitativer als qualitativer Natur. In beiden Fällen handelt es sich darum, daß die ganzen Staatsschulden, sei es durch Kauf, durch Subskription oder durch Auszahlung an die eine oder die andere der beiden großen Gesellschaften übergehen, dieser aber das Recht erteilt werden sollte, ihr Kapital um denselben Betrag zu erhöhen.

Das Angebot der Südsee-Kompagnie enthielt etwa folgendes: Sie erklärt sich bereit, die gesamten Staatsschulden, unablösbare wie ablösbare, oder wie man damals sagt *annuities* und *redeemable debts*, von den Gläubigern zu übernehmen. Der Wert beider Gruppen wird insgesamt auf etwas mehr als je 15 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Bei den Annuitäten wird diese Zahl gewonnen, indem die am längsten, nämlich 99 oder 96 Jahre laufenden, mit dem Zwanzigfachen, die kürzeren, 32 Jahre laufenden, und die nicht gezeichneten Beträge einer Lotterie von 1710 mit dem Vierzehnfachen der jährlichen Zahlungen kapitalisiert werden¹⁾. Mit anderen Worten, den Inhabern dieser Werte, falls sie sich zum Umtausch bereit finden, wird das so errechnete Kapital in der Form von Südsee-Aktien zur Verfügung gestellt. Aber wohlverstanden, man muß es ihnen, den sogenannten Annuitanten, überlassen, ob sie sich den Umtausch gefallen lassen wollen, oder ob sie es vorziehen, die ihnen auf lange

¹⁾ Die verschiedenen Berechnungen bei der Kapitalisierung der „irredeemables“ führen dazu, daß man auch die Gesamtsumme der Staatsschuld verschieden angegeben findet.

Jahre zustehenden, — gesetzlich geschützten jährlichen Zahlungen auch weiter zu empfangen. Und ferner: es ist nichts darüber gesagt, zu welchem Kurse ihnen die einzutauschenden Südsee-Aktien überlassen werden sollen, es heißt einfach: „zu einem Preise, wie er zwischen der Kompagnie und den Eigentümern der Annuitäten vereinbart werden soll“. Den Annuitanten konnte also, falls der Kurs der Südsee-Aktien erheblich stieg (und damit rechnete man) der ihnen empfohlene Umtausch teuer genug zu stehen kommen. Um es gleich zu sagen: in diesem Punkte bewies die Bank ein größeres Entgegenkommen, denn sie erbot sich in ihrem zweiten Vorschlage, denjenigen Inhabern von Annuitäten, die sich baldigst, nämlich vor dem 25. Juni 1720 zum Umtausch bereit erklären würden, einen festen Preis von 1700 £ für je 100 £ jährlicher Zahlung bei dem Umtausch zugrunde zu legen.

Mit den Besitzern der ablösbaren Schulden, der *redeemables*, brauchte man nicht so viele Umstände zu machen. Denn niemand kann den Staat hindern, diese ablösbaren Schulden ohne weiteres auszahlen zu lassen. Und den Inhabern mochte es überlassen bleiben, ob sie ihr Geld bar zurückerhalten oder Südsee-Aktien dafür annehmen wollten. Die der Kompagnie als dem allein übrig bleibenden Gläubiger des Staates zu zahlenden Zinsen aber sollten vom Jahre 1727 an auf 4 % herabgesetzt werden. Nicht genug mit diesen durch Zinsreduktion dem Staate in Aussicht stehenden Gewinnen, so erklärte sich die Kompagnie noch zu weiteren ungeheuren Leistungen bereit. Sie würde dem Staate für die Übernahme der ablösbaren Schulden eine Summe von 4 Millionen, und, falls es ihr gelingt, auch die sämtlichen Annuitäten zu übernehmen, weitere Beiträge in der Höhe von 3½ Millionen zahlen, insgesamt also, wenn die Transaktion völlig durchgeführt würde, eine Summe von 7½ Millionen Pfund Sterling. Alles staunte über die Höhe dieser Erbietungen. „Sie gehen“, schreibt ein gut unterrichteter Zeitgenosse¹⁾, „noch um 1½ Millionen über das von der Bank Gebotene hinaus“. Und die Meinung war, daß mit diesen ihm in Aussicht gestellten großen Gewinnen der Staat in der Lage sein werde, allmählich, einmal heißt es in 26, ein anderes Mal gar in 21 Jahren, seiner Schuld

¹⁾ Edw. Harley, 2. Febr. 1719/20. Portland Mss. 5, 591.

vollkommen ledig zu werden. Denn das war doch der eigentliche Sinn der ganzen, nach französischem Muster erfundenen und Frankreich bewußt nachahmenden Transaktion.

Man fragt endlich: worin aber bestand nun eigentlich gegenüber so kolossalen Leistungen der Nutzen, den die Kompagnie sich von dem Geschäft versprach? Die Antwort ist in dem Mitgeteilten schon enthalten. Es wird, wie wir vernommen haben, der Kompagnie freigestellt, Einzahlungen ihrer Mitglieder zu veranlassen, neue Gelder aufzunehmen, neue Aktien auszugeben, kurz ihr Kapital in entsprechender Weise zu erhöhen, allerdings dem Nominalbetrage nach, nur in der Höhe der übernommenen Verpflichtungen. Jedoch bleibt es ihr unbenommen, ihre auf 100 £ lautenden Aktien, alte und neue, zu jedem Preise, den sie dafür erhalten wird, auf den Markt zu bringen. Immerhin mußten schon ungeheure Summen durch solche Kursdifferenzen hereinkommen, wenn die erwähnten großen Opfer wieder eingebracht und dazu noch ein lohnender Geschäftsgewinn für die Kompagnie dabei abfallen sollte.

Für die Entscheidung des Parlaments mußte auch noch die Erwägung in Betracht kommen, daß durch so gewaltige Vermögensmassen, die hier an einer einzigen Stelle zusammengeballt waren, die gesamte Volkswirtschaft, segensreiche Anregungen empfangen, insbesondere, daß der Industrie und dem Handel große Kapitalien zugeführt werden würden. Und wieder spürt man auf Schritt und Tritt die bewußte und gewollte Nachahmung des französischen Vorbildes.

* * *

Das Unterhaus entschied sich am 2. Februar a. St. grundsätzlich für den Vorschlag der Südsee. Der Eifer Aislabies und das lockende Millionenangebot der Kompagnie hatten den Sieg über die Bank herbeigeführt. Aber noch gab diese das Spiel nicht verloren, denn noch vergingen etwa fünf Wochen bis zur vollen gesetzgeberischen Erledigung. In dieser Zwischenzeit folgte alles mit gespannter Erwartung der Entwicklung der einen Angelegenheit, neben der alles andere, was sonst die Gemüter bewegte, geringfügig erschien. Die Erregung pflanzte sich fort aus dem Parlamentshause auf die Straße. Sie ist noch heute zu erkennen an den lebhaften Deklamationen der Streitschriften.

Sie werden eifrig gekauft und gelesen, manche erscheinen während der kurzen Wochen in mehreren Auflagen, sie sind sprechende Zeugen der aufgeregten Stimmung in den Monaten Januar, Februar und März 1720. Es sind oft eilig hingeworfene Ergüsse. „Die Entscheidung ist nahe bevorstehend“, schreibt einer der Autoren ¹⁾, „ich werde nicht, wie manche es tun, mich lange bei einer Vorrede aufhalten, denn ich habe keine Zeit zu verlieren.“ Manche geben das Datum des Erscheinens und fügen noch den Tageskurs der Südsee-Aktien hinzu ²⁾.

Hie Bank! Hie Südsee! Es klingt wie die Schlachtrufe zweier Parteien, die einander mit den Waffen in der Hand befehlen, und doch ging es nur um die Ziffern von Kapital und Zinsen, um ablösbare Schulden des Staates und um Annuitäten. Wenn die Einen ³⁾ die große Vermögensanhäufung lieber in den Händen der Bank, die Anderen ³⁾ in den Räumen der Südsee sehen wollen, so suchen doch alle die Richtigkeit ihres Standpunktes zu erhärten, indem sie auf die Verschiedenheit des Geschäftskreises der beiden Institute verweisen. „Wenn wir schon“, schreibt ein Verteidiger der Bank ⁴⁾, „eine so gewaltige

¹⁾ Steele, *The Crisis of Property*. 2^d ed. 1720, p. 3.

²⁾ Z. B. *An Examination and Explanation of the South Sea Company's Scheme*. 3^d ed. 1720, p. 38. Feb. 17. 1719/20. *South Sea Stock*, 183/84.

³⁾ Unserer Betrachtung liegen besonders die folgenden Schriften zugrunde: *A Letter to a Member of Parliament occasion'd by the South-Sea Company's Scheme for Reducing the Publick Debts*. 2^d ed. Lond. 1720. — *The Crisis of Property*.... By Sir Rich. Steele. 2^d ed. 1720. — *A Nation a Family: Being the Sequel of the Crisis of Property*. By Sir R. Steele. 1720. — *The Crisis of Honesty. Being an Answer to the Crisis of Property*. In a Letter to Sir R... S..., 1720. — *Scandal no Argument; An Oxford Annuitant's Letter to Sir Rich. Steele, in Answer to the Crisis of Honesty*. 1720. — *A Comparison between the Proposals of the Bank and the South-Sea Company*. 2^d ed. 1720. — *The Disadvantage of Obliging the South-Sea Company to fix what Capital Stock they will give for the Annuities*. 2^d ed. 1720. — *A Letter of Thanks from the Author of the Comparison... to the Author of the Argument*. London s. a. — *An Examination and Explanation of the South-Sea Company's Scheme*.... 3^d ed. 1720. — *A farther Examination and Explanation of the South-Sea Company's Scheme*. 1720. — *Remarks upon Several Pamphlets writ in Opposition to the South-Sea Scheme*. 2^d ed. 1720. — *Considerations occasioned by the Bill for Enabling the South-Sea Company to increase their Capital Stock etc. with Observations of Mr. Law*. 1720.

⁴⁾ *A Letter to a Member*, p. 24.

Summe in eine einzige Gesellschaft hineinstecken müssen, so würde ich immerhin das kleinere Übel wählen. Ich muß gestehen, ich würde dem Plan der Bank von England den Vorzug geben, und sollte er selbst nur die Hälfte der Summe einbringen, die die Südsee-Kompagnie bietet. Und mein Grund ist, weil die Organisation und die geschäftlichen Beschränkungen der ersten weniger Gefahren in sich bergen, als die einer Gesellschaft, die für den Handel mit dem Auslande gegründet ist.“ Aber gerade diese Vielseitigkeit des Geschäfts der Südsee wird von der Gegenpartei als ein Vorzug bezeichnet ¹⁾. „Sie ist nicht auf Bankbetrieb beschränkt, sie darf Handel treiben im Auslande und daheim mit einem jährlichen Umsatz von Millionen. ... Da kann sie ganz andere Dividenden geben und mit der Höhe der Dividenden wird auch der Kurs ihrer Aktien in die Höhe gehen.“

Aber bei manchen Autoren richten sich die Bedenken sogar weniger gegen die Besonderheiten des einen oder des andern Projekts, als gegen die geplante Aktion überhaupt. An den Annuitäten, meint Richard Steele, darf man nicht rühren. Wenn das nicht mehr unumstößlicher Grundsatz ist, dann „fahre wohl, Reichtum und Ehre Großbritanniens“ ²⁾. Die gesetzgebende Gewalt hat gegenüber den Inhabern der Annuitäten keine andere Pflicht zu erfüllen, als sie zu schützen, und die pünktliche und ehrliche Zahlung des Einkommens aus dem Gelde zu gewährleisten, welches Großbritannien von ihnen dafür erhalten hat“ ³⁾. Und in einer Fortsetzung seiner ersten Schrift ruft derselbe Autor feierlich aus ⁴⁾: „Glaubt mir, kein noch so großer Gewinn kann den Verlust von Treu und Glauben aufwiegen.“ Steele hatte seine Schrift „Die Krisis des Eigentums“ genannt und gegen Hutcheson, den Verteidiger des Südsee-Projekts, polemisiert. Sofort erschien eine Erwiderung unter dem Titel „Die Krisis der Ehrlichkeit“. Den Gegensatz zwischen Hutcheson und Steele umschreibt der ungenannte Autor mit den Worten: „Jener ist dafür, daß man seine Schulden bezahle, Sie aber sind dagegen“ ⁵⁾.

¹⁾ An Examination, p. 27.

²⁾ Crisis of Property, p. 6.

³⁾ Ebd. 29—30.

⁴⁾ A Nation a Family, p. 32.

⁵⁾ The Crisis of Honesty, p. 1.

Und schon jetzt, ehe noch das Gesetz verabschiedet worden begann die Spekulation in Südsee-Aktien, und Exchange-Alley, als die Stätte derselben, wurde berühmt. Auch dagegen erhoben die Pamphletisten warnend ihre Stimmen. Industrie und Handel sind die einzigen Quellen für den sicheren Gewinn einer Nation, heißt es einmal. „Jetzt aber kommt es mir vor, als sei Exchange Alley der verzauberte Fleck Erde, wo unsichtbare Kräfte die Gemüter der Menschen verwirren, wie ein Vergrößerungsglas das Auge betrügt“ ¹⁾. „Die Kurssteigerung der Südseeaktien“, meint ein anderer, „wird den Ausländern die Gelegenheit geben, ihr Geld aus England herauszuziehen, zum Nutzen anderer Länder und zum Schaden der Nation“ ²⁾. Und der Autor einer vom 22. März 1719—20 datierten Schrift klagt nicht nur darüber, daß durch das Börsenspiel das ehrliche Geschäft ruiniert werde. Er fürchtet ein noch viel größeres Unheil, wenn er schreibt ³⁾: „Viele treue Briten sind in Sorge, daß früher oder später ihr Vaterland in Gefahr geraten werde, daß der Staat von Grund aus erschüttert, und selbst die Verfassung nicht mehr sicher sei.“ So vernahm man, noch ehe das Spiel begann, schon die mahnenden Rufe derer, die das kommende Unglück ankündigten. Denn man soll nicht glauben, daß ein ganzes Volk, die Klugen wie die Törichten, plötzlich von Wahwitz ergriffen worden sei.

* * *

Doch nicht aus den Streitschriften allein erfährt man die Argumente für und wider. Man findet sie ganz ebenso ausgesprochen in den Briefen der Zeitgenossen, in den Depeschen der Diplomaten, man liest sie ab aus den Kursschwankungen an der Börse, und sie bilden das Thema der Debatten im Parlament, solange bis alles entschieden ist, nämlich so lange, bis das Gesetz, „um die Südsee-Kompagnie zur Vermehrung ihres Kapitals zu ermächtigen“, alle Stadien durchlaufen hat und glücklich unter Dach und Fach gebracht ist.

Kaum hat am 2. Februar a. St. 1720, das Unterhaus sich nur grundsätzlich für den Vorschlag der Südsee entschieden

¹⁾ Scandal no Argument, p. 23.

²⁾ An Examination, p. 31—32.

³⁾ Considerations, p. 31—32.

und die Einbringung einer Bill beschlossen, als schon der Staatssekretär Craggs dem Botschafter Lord Stair triumphierend die große Neuigkeit meldet. Stair war es ja gewesen, der schon vor Monaten so eifrig auf die Findung eines großen Finanzplanes nach französischem Muster gedrungen hatte. Nun war das Ziel erreicht. „Ew. Excellenz“, schreibt Craggs seinem Freunde ¹⁾, „wird hochofrenut sein, zu hören, daß nach einem Wettstreit zwischen den beiden Gesellschaften der Südsee und der Bank, das von der ersten dem Volke gemachte und im Parlament angenommene Angebot so bedeutend ist, daß es eine ungeheure Erleichterung für die Nationalschuld darstellt. Das Angebot beläuft sich auf mehr als 7½ Millionen.“ Die Freude in Regierungskreisen wurde noch dadurch erhöht, daß gerade in denselben Tagen die Nachricht von dem Beitritt Spaniens zur Quadrupel-Allianz eintraf ²⁾. „Dieser Erfolg in der auswärtigen Politik“, schreibt Chammorel, der französische Geschäftsträger, an Kardinal Dubois ³⁾, „hat noch ferner dazu beigetragen, die Aktien der Südsee-Kompagnie mit einer Geschwindigkeit in die Höhe schnellen zu lassen, daß die Engländer schon eine Kopie des Mississippi darin erblicken. Am Montag standen die Aktien auf 130, heute morgen auf 150, heute abend sollen sie schon zu 158 verkauft worden sein, und man ist überzeugt, daß sie noch viel höher steigen werden. Das hat zugleich den Vorteil“, fügt der Franzose schmunzelnd hinzu, „auch ein klein wenig die Eifersucht zu dämpfen, welche man hier über die glänzende Lage der Dinge in Frankreich empfindet.“

Und nun entfaltete sich im Herzen der City, in der Nachbarschaft der Börse ein Treiben, wie man dergleichen in London wohl nie zuvor erlebt hatte. Die Innenräume der Häuser sind zu eng geworden. Die Masse der Käufer und Verkäufer drängt hinaus auf die Straße. Threadneedle Street und vor allem Exchange Alley sind die Stätten, wo die aufgeregte Menge ihre Geschäfte macht, wo man Tische aufgestellt hat, um alle Abschlüsse notieren zu können.

„Das Gedränge und die Raserei in Erkaufung der Aktien ist so groß, daß solche von ihrem innerlichen Wert von hundert

¹⁾ Craggs an Stair, 4. Febr. 1720. R. O.

²⁾ Hoffmann, 16. Febr. (a. St.) 1720. W. St. A.

³⁾ Chammorel an Dubois, 15. Febr. (a. St.) 1720. Aff. étr.

bis auf dreihundert und darüber gestiegen sind“, heißt es in dem Bericht des österreichischen Residenten ¹⁾. „Man hat in der Nähe der Börse wegen der vielen Wagen gestern nicht passieren können“, so schreibt der preußische ²⁾. Es waren besonders die oberen Schichten der Gesellschaft, die man erblickte. „Die Mylords Cordons Bleus und auch die vornehmsten Weiber laufen als rasend hin.“ Jetzt erinnerte man sich auch, daß es Graf Oxford gewesen, der als Großschatzmeister im Jahre 1711 die so hoffnungsvolle Gründung der Kompagnie vollzogen hatte. So ist denn“, schreibt ihm sein Bruder Edward Harley ³⁾, „dein schmutziger Graben mit dem Kapital von über vierzig Millionen ausgefüllt.“ „Sie werden selbst am besten beurteilen können“, sagt ein Freund ⁴⁾, „welche Folgen das für den Staat haben muß. . . . Eine Gruppe mit einem Kapital von 43 Millionen und ebenso großem Kredit muß imstande sein, alle ihre Leute ins Unterhaus zu bringen und diese kleine Welt zu regieren. . . . Wozu braucht man dann noch Parlamente? Oder wenn eine Versammlung auch den Namen noch führt, wessen Geschöpf wird sie sein?“

Schon waren auch die ersten Opfer dieser wilden Spekulation gefallen ⁵⁾. Es waren die Leute, welche auf den Sieg der Bank gerechnet, Bankaktien in Menge gekauft oder sich zur Abnahme derselben zu hohen Preisen und zu gegebener Zeit verpflichtet hatten. Denn auch das Termingeschäft spielt schon eine Rolle, wenn es auch wohl noch nicht den Schutz des Gesetzes genoß. Wir hören von einem Falle, wo Kursdifferenzen aus verschiedenen Terminen eingeklagt werden sollen. Der Richter aber weist die Kläger ab mit dem Bemerkten, das Leute, die solche Geschäfte machten, unchristlich handelten und verdienten, wie Diebe bestraft zu werden ⁶⁾. In einem andern, sehr krassen Falle hat ein großer

¹⁾ Hoffmann, 5. April (a. St.) 1720. W. St. A.

²⁾ Wallenrodt, 22. März/2. April 1720. G. St. A.

³⁾ Portland Mss. 5, 591.

⁴⁾ Ebd. 592.

⁵⁾ Das folgende nach den Berichten der französischen, preußischen und österreichischen Diplomaten vom Febr. bis zum April 1720.

⁶⁾ A Londres, 22. Febr./4. März 1720. Aff. étr. — Die herrschende Praxis wird beschrieben in einem Briefe Wallenrodts vom 12./23. April 1720, wo es heißt: (die Aktien der Südsee-Kompagnie fallen zuweilen an einem Tage um 50 %, und steigen auch ebenso rasch) „welches viele Leute ruinieret,

Grundbesitzer 5000 £ Aktien gekauft und hofft, offenbar im Hinblick auf Frankreich, daß sie bis auf 4000 steigen werden. Er hat sich dem Verkäufer gegenüber verpflichtet, ihm in einem Jahr die Summe von 22 000 £ zu bezahlen und hat ihm unterdessen Landgüter von dem doppelten Wert verpfändet ¹⁾.

Nun schien die Südsee siegen zu sollen, die Bankaktien sanken im Kurse, und man hörte von zahlreichen Bankrotten in der City. Auf der anderen Seite erfuhr man von Leuten, die durch das Steigen und durch günstigen Verkauf der Südsee-Papiere reich geworden sind, und von solchen, die ihre Güter, ihre Juwelen, ihr Silber verpfändet haben, um nur Südsee kaufen zu können. Auch das Ausland spielt mit. Die geldkräftigen Holländer lassen eifrig in London kaufen, und es wird von Harwich aus ein förmlicher Kurierdienst eingerichtet, um die Spekulanten jenseits der Nordsee über die Londoner Kurse auf dem Laufenden zu halten. Ja, selbst der in Frankreich auf der Höhe seiner Erfolge stehende John Law ²⁾ verschmäht es nicht, auch aus dem englischen Geschäft Gewinn zu ziehen. Er läßt Südsee-Aktien kaufen im Betrage von 3 oder 400 000 £.

Und dieses Bild bot sich den Blicken der Welt, noch ehe es endgültig entschieden war, welche der beiden Gesellschaften die große Transaktion übernehmen würde. Die Hauptschwierigkeit lag nach wie vor in der Behandlung der Annuitäten. Die Commons hatten Berichte eingefordert über den Umfang der Annuitäten, und so hofften die Besitzer, man werde sie nicht einfach dem guten Willen der Direktoren überlassen ³⁾. Erst am 23. März a. St. fiel die Entscheidung. Im Unterhause wurde der Antrag gestellt, man solle den Anteil an Aktien fixieren, den die freiwillig zeichnenden „Annuitanten“ empfangen würden. Eine sechsstündige Debatte erhob sich, in der die beiden Walpoles ⁴⁾,

sowohl diejenigen, so, wie man es hier nennet, *primes* genommen, den *stock* auf einen gewissen Fuß zu liefern, als auch diejenigen, so in einer gewissen *summa* selbigen zu nehmen sich engagiret.“ G. St. A. Auch reine Differenzgeschäfte kommen vor. A Londres, 8./9. Febr. 1720. Aff. étr.

¹⁾ A Londres, 4./5. Apr. 1720. Aff. étr.

²⁾ A Londres, 21. März/1. April 1720. Aff. étr.

³⁾ Nach einem mit den Depeschen der französischen Diplomaten eingegangenen Bericht: A Londres, 4./15. April 1720. Aff. étr.

⁴⁾ Die von Coxe 1, 130 mitgeteilte u. in der Parl. Hist. 7, 64 wiederholte Rede kann Walpole in dieser Form aber weder am 1. Februar, noch

Steele und andere energisch für das Interesse der Annuitanten eintraten. Aber der Schatzkanzler Aislaby und seine Freunde erklärten, daß der ganze Erfolg des Unternehmens dadurch gefährdet würde. Es sei ja das eigene Interesse der Gesellschaft, die Annuitanten zu gewinnen. So sollte man ihr Zeit lassen, sollte Vertrauen haben, daß sie ihr Bestes tun würde. Der Antrag wurde abgelehnt, es blieb bei dem Vorschlag der Südsee-Kompagnie, und nur darin, daß man die für die Annuitäten - Besitzer etwas günstigere Form des ersten Südsee-Projektes statt der im zweiten enthaltenen gewählt hatte, war ein Entgegenkommen zu erblicken.

Auch das Oberhaus mußte Stellung nehmen. Aber hier brachte die Verhandlung niemandem eine Überraschung. Nach erfolgter zweiter Lesung der Bill drehte die Debatte sich um die Frage der Verweisung der Bill an ein *Committee of the whole House*. Eine Reihe von Lords, North and Grey, Wharton, Cowper, sprachen dagegen und wiederholten die oft gehörten Bedenken gegen den Südseeplan, den Cowper mit dem hölzernen Pferde vor Troja verglich, das mit Pomp und Jubel in die Feste gezogen worden und doch Verrat und Zerstörung in sich barg. Der Minister Sunderland aber übernahm die Verteidigung, indem er hinwies auf den großen, der Vorlage zugrunde liegenden Gedanken der Befreiung Englands von der drückenden Staatsschuld. Nach drei Tagen, am 7. April a. St. 1720, hatten auch die Lords die Vorlage angenommen. Und man meinte dem fertigen Werk eine höhere Weihe gegeben zu haben, als der Monarch, was nur ausnahmsweise geschah, persönlich im Oberhause erschien, um durch seinen *Royal Assent* den Beschlüssen der beiden Häuser den Gesetzescharakter zu verleihen ¹⁾.

* * *

So war denn, ähnlich wie es in Frankreich geschehen, das Netz ausgeworfen worden, in dem ein ganzes Volk sich verfang.

am 23. März gehalten haben. Denn er spricht hier schon von der in Frankreich erfolgten Katastrophe, die in Wahrheit erst etliche Monate später eintrat. Die Rede scheint von Coxe mit Zugrundelegung zeitgenössischer Aufzeichnungen (vgl. Anderson, Commerce 3, 93) durch Heranziehung späterer Notizen erweitert zu sein.

¹⁾ Destouches, 22. Apr. n. St. 1720. Aff. étr.

Und wie in den Tagen, da der Stern John Laws am höchsten stieg, die englische Regierung dem Treiben in Frankreich mit so gespannter Aufmerksamkeit und mit neidischem Staunen gefolgt war, so regten sich jetzt dieselben Gefühle in den Herzen der französischen Machthaber. Ein Vertrauter John Laws, der Herr von Plénoeuf, weilte schon seit dem 23. Februar a. St. 1720 in London ¹⁾. Er war in Begleitung jenes Grafen Senneterre gekommen, der den Versuch machen sollte, das vom Herzoge von Orleans den Spaniern voreilig gegebene Versprechen in der Gibraltar-Frage wahr zu machen, und der dabei kläglich gescheitert war ²⁾. Plénoeuf sandte Berichte über die Finanzfragen, und auch Senneterre mußte gelegentlich über diese das Wort ergreifen. Eines Tages, im April 1720, beklagt sich Craggs bei diesem darüber, daß man Englands Bemühungen um die Neuordnung seiner Finanzen in Frankreich zu diskreditieren versuche. Man spottete darüber und schloß öffentlich Wetten ab über das Steigen und Fallen der englischen Aktien. Da konnte ihm Senneterre freilich lachend erwidern, das sei in Frankreich ein beliebtes Spiel, das seit dem Aufkommen der Mississippi-Gesellschaft viel geübt werde. „Ich habe leider selbst“, sagte Senneterre, „viel dabei verloren, da ich nicht den nötigen Verstand besaß, um die Chancen richtig zu berechnen.“ Übrigens erkenne er, Senneterre, in solchen Erzählungen wieder das Werk Lord Stairs, des leidenschaftlichen Gegners des Herrn Law ³⁾.

Nun wünschte aber auch Dubois, der leitende Minister, eine eigene ausführliche Berichterstattung über die englischen Finanzsachen zu erhalten. „O, die kenne ich sehr genau“, schreibt ihm sein getreuer Destouches, der eine der beiden Londoner Gesandtschaftssekretäre ⁴⁾, „vielleicht kenne ich sie sogar besser als M. de Plénoeuf, der große Korrespondent des Herrn Law“. Destouches ist eine ähnliche Erscheinung wie die Dichter und Schriftsteller, die sich um dieselbe Zeit in der englischen Diplomatie betätigten. Man denke an Matthew Prior und Bolingbroke, an Addison und Chesterfield. Destouches war Poet. Dennoch zeugen seine Depeschen von politischem Verständnis, sie sind

¹⁾ Hoffmann, 6. März 1720. W. St. A.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 275 ff.

³⁾ Senneterre an Dubois, London, 29. April 1720. Aff. étr.

⁴⁾ Destouches an Dubois, 9. Mai 1720. Aff. étr.

Muster sachlicher Berichterstattung und bilden z. B. eine der wertvollsten Quellen für die Geschichte der großen finanziellen Aktion der Südsee-Kompagnie. Eigene politische Gedanken wird man freilich bei Destouches kaum finden, seine Stellung war auch eine zu abhängige, er denkt und schreibt nur in den Ideen von Dubois. Und als sein Gönner vom Schauplatz abtritt, verschwindet auch Destouches aus der Politik, um für den Rest seines Lebens, etwa dreißig Jahre lang, nur noch als dramatischer Dichter in seinem Vaterlande zu wirken ¹⁾.

Dem Befehl Dubois' folgend, sandte Destouches nun einen Bericht von ungeheurer Länge nach Paris, dem wir alles Wissenswerte über ablösbare und unablösbare Schulden des Staates und über das Projekt der Südsee entnehmen könnten, wenn wir nicht genug andere Quellen für unsere Kenntnis besäßen ²⁾. Aber davon abgesehen, enthält dieser ausführliche Bericht auch eine lehrreiche Beschreibung der Gesamtlage, sozusagen ein Augenblicksbild vom 2./13. Mai d. h. drei Wochen nachdem die Südsee Bill Gesetz geworden war. Wir erfahren, daß die Aktien zur Zeit einen Kurs von 330 haben, daß aber die Kompagnie, der Preissteigerung vorausseilend, schon am letzten Donnerstag, d. h. am 28. April/9. Mai, eine neue Emission von 1 Million Pfund Sterling zum Kurse von 400 aufgelegt hat und daß dieser Betrag im Handumdrehen voll gezeichnet ist. Wir erfahren, daß die Kompagnie, wenn die Käufer ihr Geld normal verzinst haben wollten, einen Jahresgewinn von 4 ½ Millionen Pfund Sterling erzielen müßte, d. h. weit mehr als der Gesamtertrag des englischen Handels. Wir erfahren nicht nur, daß die Kauflust unverändert ist, sondern daß auch die Annuitanten sich schon dazu drängen, ihre „unablösbaren“ Stücke gegen Südsee-Aktien einzutauschen und die künftige Abrechnung vertrauensvoll der Kompagnie überlassen. „Die Direktoren haben lange über diesen Punkt beraten“. Sie sollen sich auch bereits dahin geeinigt haben, die Kapitalisierung in der Form zu bewirken, daß man 10 Jahreserträge und einen Kurs von 340 zugrunde legte, so daß z. B. eine jährliche Rente von 100 £ mit dem Betrage von 3400 £ kapitalisiert werden würde. Freilich

¹⁾ Vgl. A. Burner i. d. Revue d'histoire diplomatique, April-Juni, Juli-Sept. 1929.

²⁾ Destouches an Dubois, 13. Mai 1720. Aff. étr.

war diese Entscheidung nicht endgültig, und sie ist noch mehrfach geändert worden. Über weitere Pläne und Hoffnungen der Regierung und der Kompagnie weiß Destouches zu berichten, daß eine Vereinigung der Südsee mit der Ostindischen und der Afrikanischen Kompagnie geplant sei, daß sie auch nicht nur den Assiento Handel, d. h. das Recht auf die Negereinfuhr in die spanischen Kolonien, sondern auch die Neufundlandfischerei betreiben, ja sogar die ganze Ausfuhr der Industrieprodukte in ihre Hände bringen werde. Damit werde aber ihre Macht im Lande ins Ungeheure gesteigert. Und der Schreiber malt ein Zukunftsbild, wie die Kompagnie einen beherrschenden Einfluß auf die Parlamentswahlen erhalten, wie auch die Regierung, wenn sie nur die Herrschaft über die Kompagnie behauptet, davon profitieren wird und wie vielleicht *un gouvernement plus républicain*, wir würden sagen: eine noch demokratischere Regierungsform errichtet werden wird, falls es „dem Hofe“ nicht gelingt, die Kompagnie in dauernder Abhängigkeit zu erhalten.

Wir haben oft genug von den engen Beziehungen zwischen Mississippi und Südsee gesprochen, aber wir wissen auch, daß man sich diese Beziehungen nicht vorzustellen hat nach der Art zweier großer Banken, die durch Kreditverhältnisse eng miteinander verschlungen sind und wo der Fall der einen auch den Fall oder eine ernste Krisis der andern nach sich ziehen muß. Hier handelte es sich nur um die Macht des Beispiels. Der Mississippi war das Vorbild der Südsee, die Einwirkung nur moralischer Art. Aber gerade deshalb muß es Erstaunen erregen, daß die schwere Erschütterung, welche das öfterwähnte Edikt vom 21. Mai 1720 dem französischen Unternehmen bereitete, den Engländern nicht zu denken gab. Ja, man war so fern von einem Gefühl der Beunruhigung, daß die Nachrichten aus Frankreich eher etwas wie Befriedigung, oder sagen wir Schadenfreude auslösten, und nur diejenigen Engländer klagten, die selbst am Mississippi verloren hatten. Man sendet Kuriere nach Paris, läßt schleunigst die französischen Werte, wenn auch mit Verlust, verkaufen und hofft den Schaden an dem Südsee-Geschäft rasch wieder einzubringen. Man spricht von den in Frankreich gemachten Fehlern, die großen Finanzkundigen erklären mit überlegener Weisheit, man habe dort die Kurse zu hoch steigen lassen, das System Laws sei nicht übel, aber doch besserungsbedürftig. Und

unterdessen schritt die Spekulation im eigenen Lande mit verdoppelter Kraft vorwärts. Gerade erreichte die Südsee den Kurs von 500, und zwei Wochen später gab es eine neue Emission zu 700. Die Gelder strömten herbei, auch von Frankreich, auch vom übrigen Auslande. Man erhält den Eindruck, als ob die internationale Spekulation, unbelehrbar wie sie war, sich nunmehr, nach dem Fiasko in Frankreich, nach England hinüber gewendet habe. „Was ich hier sehe“, schreibt Destouches, „ist zweierlei: auf der einen Seite ist es der totale Ruin unseres Kredits, auf der andern das Steigen des Kredits von England“¹⁾.

Nun meinte man auch die gegen die Südsee gerichteten Börsenmanöver Laws nicht mehr fürchten zu müssen. Die Direktoren wollten erfahren haben, Law habe durch allerlei Vermittler einen Betrag von 1½ Millionen Pfundsterling in Südsee-Aktien kaufen lassen, um sie zu gegebener Zeit auf den Markt werfen und die Kurse senken zu können²⁾, und habe dabei schon fabelhafte Gewinne gemacht³⁾. Die Direktoren hatten eine Anzahl jener Zwischenmänner ausfindig gemacht und hatten zurückgekauft, soviel sie konnten. Auch die durch Laws persönlichen Einfluß zeitweilig getrübbten Beziehungen der beiden Länder gewannen wieder ein freundlicheres Aussehen. Wir werden über die internationale Politik dieses Jahres an anderer Stelle noch zu reden haben. Aber auch schon hier, da wir es nur mit den großen Finanzoperationen zu tun haben, dürfen wir darauf hinweisen, daß allmählich, nämlich seitdem der Kampf der beiden Systeme seine Schärfe verloren hatte, auch eine Beruhigung in der Politik eintrat. Lord Stair, der persönliche Gegner Laws, ward durch Sutton ersetzt. Dubois gewann seinen früheren Einfluß auf den Regenten zurück, und die Macht John Laws sank immer tiefer. Einen Augenblick hatte man glauben können, daß Frankreich, nachdem es ihm nicht gelungen war, durch Börsenmanöver den Ruin Englands herbeizuführen, es nun mit den alten Mitteln der Politik versuchen wolle. Man hörte von einem kommenden Bündnisse mit Spanien, man hörte von einer Be-

¹⁾ Destouches an Dubois, 1. Juni 1720. Aff. étr.

²⁾ Ebd.

³⁾ *A report is spread, that Mr. Law has gained for the Kings account 600 Millions by our South-Sea Stock.* Pulteney an Craggs, 6. Juli n. St. 1720. R. O.

günstigung des Prätendenten und der Jakobiten. Aber diese Sorgen schwanden. Die Berichte Suttons klangen schon beruhigender¹⁾. Noch im Juni hatte die englische Regierung Destouches zu einer Reise nach Paris bewegen wollen, damit er dort sein möglichstes versuche, um nur Dubois, Englands Freund, in seiner Stellung zu halten. Denn der Stern Dubois' schien verdunkelt durch das am französischen Himmel kometen-gleich aufleuchtende Gestirn John Laws. Jetzt durfte Destouches, statt nach Paris zu fahren, sich ruhig Lord Stanhope anschließen, der soeben seinen König auf der gewohnten Sommerreise nach Hannover begleitete²⁾.

* * *

Im Juni 1720 verließ Georg I. sein britisches Königreich und meinte wohl, alles in hellstem Glanze zurückgelassen zu haben. In seiner Thronrede beim Schlusse der Session hatte er mit stolzer Befriedigung hingewiesen auf „die solide Grundlage, die jetzt zur Abzahlung der nationalen Schulden gelegt sei und zur Ablösung eines großen Teils derselben, und zwar ohne die geringste Verletzung des öffentlichen Vertrauens“. Dann begab er sich am 15. Juni a. St. in Greenwich an Bord und erreichte nach stürmischer Überfahrt sein deutsches Stammland³⁾. Er ließ das Volk von England zurück in höchster Spannung und Erregung und mit halb verwirrten Sinnen. Gewiß werden dieses Mal, so hatte der preußische Resident kürzlich geschrieben, nicht viele Engländer mit nach Hannover gehen, da sie „zu stark an das Stock-Jobben in der Südsee-Kompagnie attachiert sind“. Die Kurse näherten sich der Zahl 1000. Die Spekulation beherrschte das öffentliche Interesse ganz allein. Man sprach nicht mehr vom Handel, nicht von auswärtiger Politik. Die Gegensätze der Parteien schienen verschwunden. „Der Dämon des Börsenspiels ist der Genius dieses Ortes“, schreibt Edward Harley⁴⁾, „die Herzen, die Zungen, die Gedanken sind voll davon. Nichts ge-

¹⁾ *I cannot imagine whence they (the jealousies) could proceed.* Sutton an Craggs, 13. Juli 1720. R. O.

²⁾ Destouches an Dubois, 27. Juni 1720. Aff. étr.

³⁾ Berichte Wallenrodts, London 31. Mai/11. Juni, Hannover 6. Juli 1720. G. St. A.

⁴⁾ Portland Mss. 5, 599.

mahnt so stark an das Irrenhaus wie dieser Geist, der alle Parteien ergriffen hat, Whigs und Tories, Jakobiten und Papisten und alle Sekten dazu.“

Dies war es auch, was die Ausländer am meisten in Erstaunen setzte. „Tories und Jakobiten“ schreibt Chammorel¹⁾, „genau so wie die Whigs, überzeugt, daß jede Störung einen Vermögensverlust bedeutet, deklamieren mit derselben Feierlichkeit über die Ruhe des Staates — für den König und seine Minister, das Beste, was sie sich wünschen können“. „Gewinnsucht“, sagt er ein andermal²⁾, „macht aus allen, die sonst die Nation gespalten haben, eine einzige Partei“. Die Ausländer gefallen sich denn auch gern in der Rolle der spöttischen Beobachter. „Ich fürchte“, hatte Wallenrodts schon im April geschrieben, „daß die Stricke allhie werden teuer werden und viele Engländer wegen der Südsee sich noch erhenken; einige sind schon darüber toll geworden“.

Wie nun die Spekulation alles Maß verlor, wie auf zeitweiliges Sinken rasch wieder ein Steigen der Kurse folgte, bis im August das 1000 erreicht war, so hörte damit auch jede vernünftige Begründung der Sache auf. Hatte man anfangs das Steigen der Aktien mit den glänzenden Geschäftsaussichten der Kompagnie motivieren können, so nimmt die Sache doch bald den Charakter eines ungeheuren Gewinnspiels an. Man drängt sich zum Kauf der Aktien weil dieselben fortgesetzt steigen und sie steigen, weil sich immer neue Käufer finden. Aber diese denken schon weniger an die fetten Dividenden, welche kommen sollen, als daran, daß sie ihre Aktien bei weiterem Steigen schon wieder vorteilhaft losschlagen könnten. Der Franzose Chammorel schreibt am 1. August, daß es kaum mehr Leute gäbe „*qui veulent courir le risque jusqu'au bout, et qui n'aient en tête de vendre dans un certain temps*“, mit anderen Worten, man kauft nur, um wieder zu verkaufen, auf die Kursdifferenz allein ist es abgesehen. der Besitz der Aktie ist dem Besitzer unheimlich, aber er hofft, sie schon einem anderen angehängt zu haben, ehe der unvermeidliche Preissturz erfolgt; die Spekulation hat schon jedes vernünftige Maß überschritten. Was die Massen erfüllt, ist die gemeinste Gewinnsucht, *auri sacra fames*, wie der

¹⁾ 19. Aug. 1720. Aff. étr.

²⁾ 11. Juli 1720. Aff. étr.

antike Dichter sagt, die Spannung des Wertgefühls dem Gelde gegenüber, wie der moderne Philosoph es nennt, also jene der menschlichen Natur tief innewohnende Eigenschaft, welche zu Zeiten so sinnverwirrend und verheerend auftreten kann, daß sie alle anderen Instinkte zurückdrängt.

Der Taumel, der die Gesellschaft ergriffen hatte, ist oft geschildert worden. Am berühmtesten ist die überall abgedruckte „Südsee-Ballade“, die in anmutigen Versen die Lage malt um die Zeit, da der Kurs das Tausend erreicht hatte. Sie schließt etwa mit den Worten:

Fünfhundert Millionen in Scheinen und Noten,
Jetzt unser Vermögen begründen.
Du siehst keine Güter, nicht Grund und nicht Boden,
Auch Bargeld ist nirgends zu finden.
Zwar ist unser Handel verloren gegangen,
Und dennoch schwer reich wir uns schätzen,
Mag auch unsere Habe nichts anderes sein
Als ein Haufen papierener Fetzen.

* * *

Und doch, um eine deutlichere Vorstellung von dem Treiben in England im Jahre 1720 zu gewinnen, genügt es nicht, nur von dem großen Südsee-Geschäft zu reden. Eine andere, noch merkwürdigere und England eigentümliche Erscheinung steht daneben: Die sogenannten *Bubbles* oder Seifenblasen.

Sie kommen nicht so völlig unerwartet, wie man es oft dargestellt findet. Es handelte sich um Projekte für geschäftliche Unternehmungen, wie sie der lebenden Generation schon geläufig waren.

Im Jahre 1697 hatte Daniel Defoe seinen *Essay upon Projects* geschrieben, der ein weites Programm, ein ganzes System von Reformen, auf fast alle Verhältnisse bezüglich, in Vorschlag bringt. Er spricht über Bank- und Versicherungswesen, über Landstraßen, über Schiffahrt und Handel, humanitäre Zwecke und Frauenemanzipation. Der Essai könnte in seiner Allgemeinheit mit gewissen Erzeugnissen der französischen Aufklärungsliteratur verglichen werden, etwa mit den Schriften St. Pierres, die einen ebenso weiten Kreis von Stoffen umfassen.

Der Unterschied würde darin bestehen, daß der Franzose sein Reformprogramm durch den Staat verwirklicht sehen will, der Engländer durch die Aktiengesellschaft. Die Vorschläge Defoes sind praktisch und ernsthaft und den Bedürfnissen der lebenden Generation angemessen. Alles Unsolide und Phantastische muß ausgeschlossen sein. Und so will Defoe denn auch streng unterschieden sehen zwischen ehrlichen und unehrlichen Projekten. Er warnt¹⁾ vor den schönen Entdeckungen, vorneuen Erfindungen und Maschinen, er warnt vor den Leuten, die auf die Leichtgläubigkeit harmloser Menschen spekulieren und ihnen für ein „neues Nichts“ das Geld entlocken wollen.

Die von Defoe gemachte Unterscheidung muß auch auf die *Bubbles*, d. h. auf die zahllosen Gründungen, Anwendung finden, die neben der Südsee im Jahre 1720 wie Pilze aus dem Boden schossen²⁾. Ihr Ursprung freilich ist sehr einfach zu erklären aus dem Umstande, daß nicht jeder das teure Südsee-Papier erwerben konnte, und daß doch alle an dem leichten und raschen Gewinn teilnehmen wollten. Aber man soll gerecht urteilen und es nicht so darstellen, als sei alles, was hier geplant wurde, eitel Betrug gewesen, berechnet auf die Torheit der Menschen, denen das Geld aus der Tasche gelockt werden sollte. Hört man, welche Zwecke verfolgt wurden, unter welchen Namen

¹⁾ *Essay upon Projects*, p. 11 ff. Eine Warnung, die sich auch auf die zahlreich in Europa auftretenden Abenteurer beziehen konnte. Vgl. Srbik, Abenteurer am Hofe Kaiser Leopolds I. (Arch. f. Kulturgesch. VIII, 1).

²⁾ Die volkständigste Aufzählung wohl bei Anderson, *Commerce* 3, 103 ff. — Der Name *Bubbles* scheint in dem technischen Sinne von luftigen Projekten, zu deren Verwirklichung Gesellschaften gegründet werden, erst um diese Zeit entstanden zu sein. Defoe, *Essay upon Projects* 1697 unterscheidet p. 11 zwischen *honest* und *dishonest Projects*, hat aber für die letzteren noch nicht die Bezeichnung *Bubbles*. Der Artikel in Murray, *Dictionary* gibt als frühestes Beispiel in diesem Sinne ein Zitat von 1721. Ich finde diese Anwendung des Wortes jedoch schon in der im Februar 1720 erschienenen Schrift *An Examination and Explanation* ... (vgl. oben S. 63³⁾, p. 22. Die französischen Berichte von 1720 aus London (Aff. étr.) verstehen den Namen noch nicht so recht und geben ihn zunächst ungenau wieder. Ein Bericht A Londres 25. April/6. Mai 1720 spricht von neugegründeten, unsoliden Kompagnien, „qu'on nomme Bobs autrement Trompeurs“. Deutlicher ist die Ausdrucksweise in dem Berichte von Chammorel vom 2. Sept. 1720: „Plusieurs Compagnies qu'on nomme ici „Bubbles“ qui se sont formées ...“

die Gründungen auftreten, so findet man darunter viele gute Gedanken, die zwar nicht dieses Mal, aber doch im Laufe der folgenden Zeiten, wenn auch manchmal erst hundert Jahre später, verwirklicht wurden. Wenn man daran dachte, hier oder dort einen Fluß schiffbar zu machen, Landesmeliorationen vorzunehmen, die Straßen Londons zu pflastern, diese oder jene Stadt mit gutem Trinkwasser zu versorgen, so hat man darin schlechthin zukunftsreiche Ideen zu erblicken. Auch das ganze Versicherungswesen wird angepackt und soll bis hinunter zur Versicherung gegen Diebstahl und Einbruch durchgeführt werden. Die Einführung von Schiffbaumaterialien aus den amerikanischen Kolonien war eine längst erwogene Sache und bildete schon im nächsten Jahre das Hauptmotiv der berühmten Thronrede, in der das Programm der Walpole'schen Wirtschaftspolitik enthalten war.

Auf der andern Seite wirkt es allerdings scherzhaft genug, wenn man vernimmt, daß Gesellschaften gegründet werden, um Salzwasser in Süßwasser zu verwandeln, um das *Perpetuum mobile* zu erfinden, eine Gesellschaft, um große Esel aus Spanien einzuführen. Und den Gipfelpunkt erreichte die Ankündigung eines nützlichen Unternehmens, dessen Zweck erst später bekannt gemacht wird, für das aber die Zeichnungen sofort erfolgen sollen. Es heißt, der kluge Urheber des Planes habe am ersten Vormittage 2000 Guineen subskribiert erhalten und sei am Nachmittage verschwunden. Der alte Satz: *difficile est, satiram non scribere* hier war er am Platze. Und wenn Swift einen der Weisen von Laputa eine Methode ersinnen läßt, um in Zukunft den Bau der Häuser von oben statt von unten beginnen zu lassen, so klingt das kaum närrischer als so mancher Gedanke der Projektmacher von 1720, die er verspotten will.

Abstruse Ideen neben gesunden Reformvorschlägen. Was aber der Sache im Jahre 1720 ihre Bedeutung verlieh, das war der Umstand, daß alle die genannten Gesellschaften mit ihren klugen oder törichten Vorschlägen beim Publikum nicht nur Anklang fanden, sondern auch Geld erhielten. Die Nominalpreise der Aktien waren manchmal nicht höher als 2½ oder gar nur 1½ Schillinge. Hier konnte sich jeder beteiligen. Wenn es in den Versen unter Hogarths allegorischer Behandlung der Südsee heißt:

„Die Großen vom blauen Hosenbandorden,
Die blauen Schürzen in der Stadt,
Sie alle sind zu Spielern geworden,
Der Teufel sie alle bethöret hat“,

so ist doch daran festzuhalten, daß den kleinen Leuten, denen mit der blauen Schürze, allerdings nur die Masse der billigeren Aktien, also die Stücke der eigentlichen *Bubbles*, zugänglich waren. Aber auch sie mochten, wenn ihr Papier um das Zehn- oder Zwanzigfache im Kurse stieg, sich reich dünken, wenigstens so lange, bis ihre kleinen Seifenblasen, zusammen mit der großen Blase der Südsee, zerplatzt waren.

* * *

Kehren wir zurück zur Geschichte der Südsee. Anfangs August 1720 standen die Aktien auf 1000, womit etwa der Höhepunkt erreicht war. Die Kompagnie folgte mit ihren Emissionen gewissenhaft und freudig den steigenden Kursen. Im August ward denn auch eine Subskription aufgelegt zum Preise von 1000. Der König weilte in Hannover, und es ist interessant zu vernehmen, daß man schon fand, der deutsche Kurstaat des britischen Monarchen müsse doch auch seine Südsee-Kompagnie besitzen. Destouches, der, wie wir gehört haben, mit Georg I. in Hannover weilte, schreibt darüber am 2. August ¹⁾: Man denkt hier an die Errichtung einer Gesellschaft nach dem Muster der Südsee-Kompagnie in England, und man verspricht sich einen großen Erfolg davon“.

Unterdessen schwammen die Engländer noch in Reichtum und Glück. „Lady Barbara besitzt schon ihre 90 000 £ und denkt daran, sich in Wales anzukaufen. Diejenigen, die jetzt verkaufen müssen, haben es gut.“ „Ich will nach Derby, um zu gratulieren. Da haben zwei mir bekannte Familien über 200 000 £ gewonnen ²⁾“. „Die Stadt ist verödet, und die Welt drängt sich zusammen in Change Alley ³⁾“. „Sims Vater soll in der Südsee und in der Afrikanischen Kompagnie 200 000 £ besitzen ⁴⁾“. „Sie (gemeint

¹⁾ Aff. étr.

²⁾ Portland Mss. 5, 601.

³⁾ Bath Mss. 483.

⁴⁾ Portland Mss. 7, 278. (July 6.)

ist der Graf Oxford) haben den besten Anspruch auf die Gewinne dieser Kompagnie¹⁾.“ — Es sind zerstreute Notizen in den Korrespondenzen der Zeit, doch zeigen sie uns die Stimmung und die Lage im Laufe des Sommers 1720. Ein solcher Erfolg, wie er bisher erzielt war, schien auch die Erwartung zu rechtfertigen, daß der ganze Südseeplan durchgeführt und auch zuletzt durch das wahrhaft königliche Geschenk der 7½ Millionen an die Regierung gekrönt werde. Ja, vielleicht wäre auch die Südsee-Kompagnie noch zu ähnlichen Zwangsmaßnahmen geschritten, wie sie in Frankreich versucht worden waren, um alles bare Geld in ihre Kassen zu ziehen und nur noch Südseewerte und Scheidemünze in den Händen des Publikums zu lassen.

Aber noch ehe die letzten Trümpfe ausgespielt waren, begann der Rückgang der Kurse. Die Aktien waren, wenn die Nachrichten glaubwürdig sind, in der Zeit der letzten Emission noch bis zum Preise von 1050 gehandelt worden. Am 20. August a. St. meldet Chammorel, der Kurs sei bis auf 835 gefallen. Aber man nimmt die Sache noch nicht allzu tragisch. Man hat ja bereits mehrfach in den letzten Monaten ein Schwanken der Kurse erlebt²⁾, die Direktoren, die mächtigen Herren, werden schon Rat wissen, vielleicht haben sie diese Wendung sogar selbst herbeigeführt, vielleicht handelt es sich nur um ein Börsenmanöver, um durch ein neues Steigen der Kurse einen neuen Kreis von Käufern anzulocken.

Daß der Sturz des künstlich so hoch getriebenen Unternehmens unausbleiblich war, haben die meisten nicht erkannt. Man sucht nach Gründen, man formuliert sie sogar unter fünf Gesichtspunkten³⁾ und hält dabei zähe an der Vorstellung fest, daß die Direktoren es in der Hand haben, sobald sie nur wollen, den Kurs wieder auf die frühere Höhe zu heben. Denn der Hauptpunkt, die Sinnlosigkeit der Spekulation und der dadurch bedingte schwindelhafte Charakter des Unternehmens wird in jenen fünf Artikeln nicht genannt. Die Franzosen, als die Beobachter aus der Ferne und belehrt durch ihre eigenen Erfahrungen

¹⁾ Ebd. (July 12.)

²⁾ In den 24 Stunden vom 2. zum 3. Juni war der Kurs von 890 auf 640 gefallen. Parl. Hist. 7, 653.

³⁾ Chammorel an Dubois, 2. Sept. 1720. Aff. étr.

haben das Spiel besser durchschaut. „Sie machen jetzt in England denselben Fehler, den wir hier gemacht haben,“ sagte der Herzog von Orleans schon im Mai 1720, kurz nach dem Erlaß seines eigenen verhängnisvollen Edikts vom 21., zu Lord Stair, „Sie lassen Ihre Aktien zu hoch steigen.“ „Und“, so fährt er fort, „auch Sie geben sich dadurch den Ausländern in die Hände. Ich weiß, daß die Ausländer 15 Millionen Pfund in Ihren Fonds stecken haben, und wenn sie sich eines Tages entschließen sollten, ihr Geld herauszuziehen, werden Sie sicher in die größte Verlegenheit kommen.“ Stairs Antwort war schwach und unhöflich dazu. „Ich sagte, Monseigneur, auch ich bin der Meinung, daß unsere Fonds zu hoch gegangen sind. Immerhin liegen die Dinge in England anders als hier. Der Ausländer hält sein Geld in England für sicher, und er hat Recht... Die Fremden werden nicht versucht sein, ihr Geld zurückzuziehen, um es anderswo unterzubringen, wo ihr Wohl und Wehe oft abhängt von der Laune eines Fürsten oder eines Ministers.“ Der Regent, wie immer, höflich und korrekt im Verkehr mit Diplomaten, nimmt die kleine Taktlosigkeit gelassen hin und sagt nur: „Auf alle Fälle ist es nicht gut, so vollständig von den Ausländern abhängig zu sein¹⁾.“

In Wahrheit hatten die dem Zeitalter eigentümlichen Finanzspekulationen mit der Staatsverfassung nicht das geringste zu tun. Absolute oder parlamentarisch geordnete Monarchie spielen dabei keine Rolle. Was die Vorgänge in England am stärksten von den französischen unterscheidet, die *Bubbles*, sie sind allein durch das stärker entwickelte Wirtschaftsleben in England zu erklären. Und diese kleinen, in die Hunderte gehenden Sonderunternehmungen waren es in der Tat, die der Mühle des Südsee-Geschäfts das meiste Wasser entzogen. Der Kampf gegen die *Bubbles* ist ein eigenes Thema in der Geschichte des Jahres 1720. Die Interessenten der Südsee taten ihr Möglichstes, um die unangenehme Konkurrenz zu unterdrücken. Denn täglich entstanden neue Gesellschaften, die ihre Subskriptionen auflegten und ihre Geschäfte machten. Schon im März meldet ein Bericht aus London, daß sich täglich eine Menge dieser „Kanailen“ in Exchange Alley versammelten²⁾, 12 Millionen Pfund sollen schon

¹⁾ Stair an Craggs, 1. Juni 1720. Private. R. O.

²⁾ A Londres, 25. Febr./7. März 1720. Aff. étr.

in ihre Bücher eingetragen sein. Auf Drängen der Südsee ordnet das Unterhaus eine Untersuchung an¹⁾. Aber die Rechtsfrage war dunkel. Die alte Regel, daß nur der Souverän eine Korporation schaffen und sie mit Monopol oder anderen Privilegien ausstatten könne, war seit der Zeit Wilhelms III. nicht mehr eingehalten worden²⁾. Immer wieder hatten sich neue Gesellschaften gebildet und ungehindert ihre Geschäfte betrieben. Im Jahre 1720 standen oft Mitglieder des hohen Adels an der Spitze solcher Unternehmungen. Selbst der Prinz von Wales war nicht davon abzubringen gewesen, in einer zur Kupfergewinnung gebildeten Gesellschaft den Titel eines Gouverneurs anzunehmen. Umsonst hatte man ihn gewarnt vor dem Einschreiten des Parlaments und vor dem vielleicht noch peinlicheren Fluche der Lächerlichkeit, wenn seine Kupfergesellschaft als *the Prince of Wales's Bubble* verspottet würde³⁾.

So suchte man vergebens dem Treiben Einhalt zu tun. Eine vom Könige vor der Abreise nach Hannover erlassene Proklamation, in der die Verfolgung der gesetzwidrigen Gründungen angekündigt wurde, blieb ebenso wirkungslos wie die Erklärung der Regentschaft vom 12. Juli, durch welche die ihr vorgelegten Petitionen um Inkorporierung neuer Gesellschaften in Bausch und Bogen abgelehnt wurden⁴⁾.

Der in den letzten Tagen des August einsetzende Kurssturz findet eine weitere Erklärung in dem Umstande, daß nun das vom Herzoge von Orleans Vorausgesehene eintrat: in steigendem Maße begannen die Ausländer ihren Gewinn zu realisieren. Sie mußten in barem Gelde bezahlt werden, und das Edelmetall floß ab. Es ward verschifft in bedrohlicher Menge nach Holland, nach Frankreich, nach Portugal.

Fast noch mehr ward das Vertrauen des Publikums dadurch erschüttert, daß es der Kompagnie niemals gelang, den Annuitätenbesitzern die volle Sicherheit dafür zu geben, daß sie bei dem vorgeschlagenen Umtausch, bei der Verwandlung ihrer Renten in ablösbare Werte keinen Schaden erleiden würden. Der für die Kapitalisierung zugrunde gelegte Modus ist, entsprechend

¹⁾ A Londres, 21. März/1. April 1720. Aff. étr.

²⁾ Vgl. Scott, Joint Stock Companies to 1720. 3, 324.

³⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 188.

⁴⁾ Parl. Hist. 7, 654 ff.

der Bewegung der Kurse, mehrfach geändert worden; aber ob man ihnen für je 100 £ Jahresertrag ein (natürlich in Aktien auszahlendes) Kapital von 3400 oder von 3600 £, d. h. von 34 oder 36 Jahresrenten, bot, die Annuitanten waren nicht zufrieden. Viele blieben fern, viele zogen ihre der Kompagnie schon überreichten Stücke wieder zurück, und wie man von Anfang an vorausgesehen, so lag die Hauptschwierigkeit bei der Durchführung des ganzen Südsee-Planes in der Auseinandersetzung mit den „Annuitanten“, d. h. den Besitzern der „unablösbaren“ staatlichen Schuldscheine.

Und doch lag auch hierin nicht eigentlich das Verhängnis. Es schwebte, wie eine dunkle Wolke am Himmel, von Anfang an über dem Glücke der Südsee-Kompagnie. Denn was auch geschah, einmal mußte doch die Stunde schlagen, da es sich herausstellte, auf wie lockerem Grunde das hohe Gebäude ihres Finanzplanes errichtet war. Aktionäre erwarten Dividenden, und sie wünschen, daß die Höhe derselben dem für die Aktien gezahlten Preise angemessen sei. Ist das nicht der Fall, so sinkt der Preis automatisch auf das dem ausgeschütteten Gewinn entsprechende Niveau. Der kluge Beobachter in Frankreich, Kardinal Dubois, hatte den springenden Punkt längst erkannt. Der rapide Aufstieg der Südsee-Kompagnie, so schrieb er im Juli¹⁾ an Chammorel, müßte unter anderen Umständen Staunen erregen. „Wir hier, nach dem, was wir erlebt haben, wir wundern uns nicht. Aber bitte informieren Sie mich auch ferner über alles, was dort vorgeht. Und bitte forschen Sie doch einmal: worin bestehen denn eigentlich die Hülfquellen, aus denen man schöpfen will, um auf die Dauer Dividenden zu zahlen, hoch genug, um den Kredit der Aktien zu behaupten?“

Am 30. August a. St. wurde in einer Sitzung der Direktoren der Beschluß gefaßt, es solle auf Weihnachten eine Dividende von 30%, und der weitere Beschluß, fernerhin zwölf Jahre lang eine jährliche Dividende von 50% ausgeschüttet werden. Unter den gegebenen Umständen erschienen diese Ziffern nicht hoch. Niemand konnte erwarten, daß dieser Beschluß bei den Aktionären große Begeisterung erwecken würde. Die meisten hatten teuer gekauft, und wer gar sein Papier erst bei der letzten Subskription,

¹⁾ Dubois an Chammorel, 22. Juli 1720. Aff. étr.

d. h. zum Preise von 1000% erworben hatte, für den bedeuteten diese Dividenden nur 3 oder 5%, d. h. eine recht magere Verzinsung seines angelegten Kapitals. Die Direktoren haben sich denn auch gescheut, die Verantwortung für diesen Beschluß allein zu tragen, und beriefen auf den 8. September eine Generalversammlung der Aktionäre. Eine solche brauchte nach den Statuten nur jedes halbe Jahr zusammenzutreten, und die letzte war am 21. April gewesen. Seither hatten die Direktoren allein gewaltet, hätten alle großen Entschlüsse allein gefaßt. Nach allem, was geschehen war, konnte es jetzt wohl zu stürmischen Szenen auf der Generalversammlung kommen. Das sollte vermieden werden. So haben die Direktoren Sorge getragen, die *Merchant-Taylors-Hall*, in der die Versammlung tagen sollte, schon am frühen Morgen mit ihren Freunden zu füllen, so daß die große Menge der Aktionäre und besonders der „Annuitanten“ keinen Platz mehr im Saale fand. So verlief die Sitzung, äußerlich betrachtet, den Wünschen der Direktoren entsprechend. Nachdem der Subgouverneur Fellows seinen Bericht über die Arbeiten der Kompagnie seit dem 21. April erstattet hatte, hielt der ältere Craggs, der Vater des Staatssekretärs, eine begeisterte Lobrede auf die kluge und geschickte Amtsführung der Direktoren und schloß mit dem Antrage, diesen den Dank der Versammlung zu votieren. Weitere Redner schlossen sich an, und als ein paar andere das Wort ergreifen wollten, um die Sache der Annuitanten zu vertreten und das Verhalten der Direktoren zu kritisieren, wurden sie von der Mehrheit niedergeschrien. Die Danksagung an die Direktoren wurde einstimmig beschlossen. Und ein Antrag, der es den letzten Subskribenten freistellen wollte, entweder ihre Zeichnungen zurückzuziehen oder die von den Direktoren ihnen gebotenen Bedingungen anzunehmen, z. B. den Zeichnern die noch ausstehenden Zahlungen zu erlassen, dieser Antrag, bestimmt, das Schlimmste zu verhüten, wurde mit ungeheurer Mehrheit abgelehnt.

Von diesem Tage an war die Katastrophe unvermeidlich. Die große Masse der Aktionäre außerhalb des Saales war enttäuscht, das weitere Fallen der Kurse nicht mehr aufzuhalten. Sie sanken noch am selben Tage auf 640, am folgenden auf 550.

Nach dem Verlauf der Sitzung vom 8. September ist es wohl zu verstehen, warum sich die Wut der Massen alsbald vor

allem gegen die Direktoren gekehrt hat. Die Eigenmächtigkeit, mit der sie das Südseeschiff allein durch die wogenden Fluten zu führen unternahmen, ist ihnen als Verbrechen angerechnet worden. Sie waren allerdings die Herren der Situation. Selbst vom Parlamente ließen sie sich, nachdem es ihren Finanzplan einmal angenommen hatte, nicht mehr dreinreden. Waren sie damals voller Ergebenheit gewesen, so fand man, daß sie jetzt wie Könige auftraten. Aber wenn auch die Generalversammlung ihnen Weihrauch gestreut hatte, das Publikum ließ sich nicht täuschen. Man sagte, sie hätten die Nation zum Narren gehabt, sie mit eitlen Hoffnungen geködert, nur um ihre eigenen ungeheuren Vermögen in Sicherheit zu bringen. Denn man hörte schon, daß die Direktoren ihren Besitz an Aktien rechtzeitig zu Gelde gemacht und den Kurssturz dadurch beschleunigt hatten¹⁾.

Höchster Ehrgeiz, herrisches Walten und krasse Gewinnsucht, und das alles gefördert durch das Vertrauen der Menge, hatten diesen 30 Männern, den Direktoren, im Laufe weniger Monate eine Macht in die Hände gespielt, vor der alles gewichen war und von der selbst die staatlichen Gewalten beiseite geschoben zu sein schienen. Sollen wir wieder einen Vergleich mit Frankreich anstellen, so wäre die Gruppe der Südsee-Direktoren als das richtige Seitenstück zu der Figur John Laws zu betrachten. Hier der eine, dort ein Kollegium, in der Zeit ihrer Größe haben beide gleichermaßen das Wirtschaftsleben der Nationen souverän beherrscht.

* * *

Der große Südsee-Plan war gescheitert. Aber man wollte noch nicht daran glauben. Während London wiederhallte von den Klagen und Verwünschungen der geschädigten oder ruinierten Aktieninhaber, sahen sich die Direktoren nach Hilfskräften um. Es lag nahe, an die beiden großen Schwesterinstitute, die Bank und die Ostindische Kompagnie, heranzutreten; denn beide waren ja durch ihre früheren Transaktionen selbst eng mit der staatlichen Schuldenverwaltung verbunden. Zuerst wurde der Versuch gemacht, eine Vereinigung mit der Ostindischen Kompagnie herbeizuführen. Er mißlang. Sie wollte sich, heißt es,

¹⁾ Chammorel, 19. Sept. (n. St.) 1720. Aff. étr.

nicht mit der so viel stärkeren und kapitalkräftigeren Südsee-Gesellschaft verbinden, weil sonst die Gewinne ihres eigenen Geschäfts durch jene verschlungen werden würden¹⁾. Der Entschluß, mit der Bank in Verhandlungen einzutreten, fiel aber den Direktoren nicht leicht; denn seit dem Wettbewerb im Januar war die Stimmung zwischen den beiden Instituten nicht gerade freundlich zu nennen. Doch war ein solcher Schritt schlechthin nicht zu umgehen, umso weniger, da schon bei dem bloßen Gerücht von einem Eingreifen der Bank der Kurs der Südsee-Aktien zu steigen begann, um ebenso rasch wieder zu fallen, als die Nachricht sich nicht bewahrheitete.

Immerhin folgten nun im September und Oktober 1720 wochenlange Verhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften. Die Herren von der Bank waren nur zögernd darauf eingegangen und taten es vielleicht auch nur, weil sie für ihren eigenen Kredit zu fürchten begannen; denn auch ihre Kurse waren gefallen. Das Ziel der Verhandlung aber war das folgende: Die Südsee-Kompagnie hatte an die Inhaber der Annuitäten, die ihr Papier eingereicht hatten, und auch an andere Gläubiger große Zahlungen zu leisten. Dabei fehlte es ihr an Barmitteln. So hatte sie damit begonnen, vierprozentige Obligationen auszugeben. Da es aber nicht leicht war, dieselben unterzubringen, so sollte die Bank helfend eingreifen. Wirklich wurde ein vorläufiges Abkommen, der sogenannte Bank-Kontrakt, getroffen, der diesen Zweck erfüllen sollte. Robert Walpole, als Berater der Bank, hatte ihn eigenhändig niedergeschrieben. Damit war eine Basis für das weitere geschaffen. In beiden Instituten wird die Frage gründlich durchgearbeitet. Die Südsee-Direktoren berufen eine Generalversammlung auf den 20. September. Es wird sein *un jour de crise*, schreibt Chammorel²⁾. Nicht unzutreffend, denn dieses Mal konnte man die freie Aussprache nicht unterdrücken, und den Direktoren sind zum ersten Male vor ihren versammelten Mitgliedern schreckliche Dinge gesagt, schwere Vorwürfe ins Gesicht geschleudert worden³⁾. Eustace Budgell, ehemals

¹⁾ A Londres, 7./19. Sept. 1720. Aff. étr.

²⁾ An Dubois, 30. Sept. (n. St.) 1720. Aff. étr.

³⁾ Davon weiß das offizielle Protokoll (Add. 25 579) natürlich nichts. Ich folge einem ausführlichen Bericht: A Londres, 23. Sept./3. Okt. 1720. Aff. étr.

Unterstaatssekretär in Irland, ein Mann von leidenschaftlicher, exzentrischer Art, tadelte die Voreiligkeit, mit der man in der letzten Generalversammlung die Direktoren gelobt hatte. Heute kenne man die schweren Fehler, die sie begangen, sei es aus Unwissenheit, sei es in schlechter Absicht, bauend auf die übergroße Vertrauensseligkeit der Leute. Der Hauptfehler aber habe darin bestanden, daß man nach der zweiten, zum Preise von 400 aufgelegten Subskription bei der nächsten sofort den Sprung zum Kurse von 1000 gemacht habe. So konnten sich viele auf Kosten des Landes bereichern, Leute ohne Geburt und ohne Erziehung, die nun als große Herren auftreten, aber hoffentlich sich bald nicht mehr in den Straßen von London sehen lassen dürfen.

War also die Szene zum Tribunal geworden und die Direktoren auf der Anklagebank, so erhob sich nun zur Verteidigung der ganzen Körperschaft einer aus der Schar, Chester mit Namen, ein ehrlicher Mann, der von sich sagen durfte, er habe keine Aktien verkauft und er sei heute nicht reicher als vor dem ganzen Südsee-Geschäft. Aber als nun auch er mit Energie dafür eintrat, man solle den Subskribenten der letzten Emission, den am meisten Geschädigten, zu Hilfe kommen, da ward ein solcher Beschluß einstimmig gefaßt.

In welcher Form dies zu geschehen habe, wußte zwar niemand. Aber nun hatte doch die Kompagnie selbst sich bereit erklärt zu einem Entgegenkommen. Man wollte jetzt, bei fortwährend fallenden Kursen, gewiß nicht mehr auf der vollen Einzahlung der subskribierten Summen bestehen. Und unterdessen hoffte man den mit der Bank zu schließenden Vertrag unter Dach und Fach gebracht zu haben. Die Ermächtigung dazu hatten sich die Direktoren beider Institute von ihren Generalversammlungen erteilen lassen. So treten denn Ausschüsse der beiden Gesellschaften zu einer Konferenz zusammen, in der von 9 Uhr abends bis 3 Uhr morgens beraten wird. Das Ergebnis der Arbeit ist in den folgenden vorläufigen Vereinbarungen zu erblicken. Die Bank erklärt sich bereit, die Obligationen der Südsee bis zum Betrage von drei Millionen Pfundsterling auf den Markt zu bringen. Dafür werden einerseits von den in Staatsschulden angelegten Kapitalien der Bank 3 775 000 £ der Südsee übergeben. Die Zinsen dieser 3 775 000 £ aber empfängt die Bank

in Gestalt von Südsee-Aktien, wobei ein Kurs derselben von 400 zugrunde gelegt wird.

So schien denn durch das Eingreifen der berühmten Bank von England die Situation dieses Mal gerettet zu sein. Allein noch war ein bindender Vertrag nicht geschlossen, und das Verhängnis der Südsee wollte es dazu nicht kommen lassen.

Die Bücher der Bank wurden zwar aufgelegt zu Zeichnungen auf die 3 Millionen Südsee-Obligationen, und der Anfang war vortrefflich. Viele und gewichtige Zeichnungen erfolgten, und schon glaubte man in drei bis vier Stunden den ganzen Betrag beisammen zu haben. Doch gegen Mittag flaute der Betrieb ab, am nächsten Tage hatte man kaum die Hälfte der benötigten Summe erhalten, und das Geschäft kam völlig zum Stocken. Denn eben jetzt geschah es auch, daß der Kurs der Aktien weiter sank. Bald konnte man es der Bank nicht mehr zumuten, sich die ihr zgedachten Aktien noch zum Kurse von 400 anrechnen zu lassen. Der Versuch, von dieser Seite Hilfe zu gewinnen, war also gescheitert, die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten.

* * *

„Ich habe hier Revolutionen, Invasionen und Rebellionen erlebt, nimmer aber den Kredit dieser so reichen Nation auf einmal so sehr gesunken und dieselbe in einer so allgemeinen Perplex- und Kalamität gesehen“, so schreibt der seit langen Jahrzehnten in England lebende österreichische Resident¹⁾. Was war geschehen? Das bare Geld war dem Verkehr fast ganz entzogen; teils war es nach dem Ausland abgeflossen, zum größeren Teil war es in den Händen weniger großer Gewinner angesammelt. Die Masse aber hatte verloren. Sie hatte gekauft und gekauft, hatte bewegliches und unbewegliches Vermögen hingegeben, hatte dafür Aktien der Südsee oder — noch schlimmer — der kleineren, meist schwindelhaften Gründungen erworben, und hatte nun, da der Rausch verfliegen war, oft nur wertloses Papier in der Hand. Denn auch die *Bubbles*, die vielen kleinen Seifenblasen, soweit sie nicht längst aufgefliegen waren, sind sie nun alleamt geplatzt, zerstoßen und verschwunden. Wer waren die Be-

¹⁾ Hoffmann, 25. Okt. 1720. W. St. A. Das folgende besonders nach den diplomatischen Berichten im Wiener und Berliner Archiv.

troffenen? Man spricht von Tausenden, ja von „vielen Hunderttausenden“¹⁾ ruiniertes Familien, man hört von Bankrotten, von Selbstmorden, von Wahnsinnsanfällen. Es sind vorzüglich die herrschenden Kreise, die es traf, Lords und Commons und die Größen der City. „Damen und Kavaliere“, schreibt ein boshafter Ausländer, „erkennen, daß ihr Reichtum nur ein angenehmer Traum gewesen.“ Und, sagt er, es läßt sich nicht beschreiben, wie gerade diejenigen „zerknirschten Herzens“ sind, die vormals von nichts als von großen Summen Geldes und Gewinnst gesprochen haben. Fragt man nach Namen, so hört man natürlich meistens nur solche aus den oberen Schichten der Gesellschaft²⁾. Von den zwei Schwiegersöhnen Lord Sunderlands hat der eine sein ganzes Vermögen, der andere den größten Teil verloren, und man will darin den Beweis erblicken, wie fest der Minister an den Erfolg der Sache geglaubt hat. Die Herzöge von Wharton und Bolton „haben schwer gelitten“. Mehrere Herren vom hohen Adel bewerben sich um Gouverneurposten in Amerika und Westindien, für die sie sich bisher für zu gut gehalten haben. Lord Launsdale geht nach den Leeward-Inseln, Lord Irving nach Barbados. Der Herzog von Portland — sein Vater, holländischer Herkunft, war der berühmte Helfer und Freund Wilhelms III. und gleich verdient als General und Diplomat gewesen — bemüht sich um die Stelle eines Gouverneurs von Jamaica. Doch meint man, ihn nicht hinausschicken zu sollen, und bewilligt ihm statt dessen zu seinem Unterhalt eine Pension. Aber das Unheil greift tiefer und weiter. Jedermann hat sich an dem Spiel beteiligt, und die meisten haben verloren. Der Dichter Pope wird als Verlierender oft erwähnt und erscheint auch auf dem Hogarth'schen Stiche von der Südsee. Und um auch einmal ein paar berühmte Deutsche zu nennen, so hören wir ebenso von dem großen Händel, wie von dem Maler Kneller zwar nicht, daß sie ruiniert sind, aber doch daß sie schwere Verluste in den Tagen der Südsee-Spekulation erlitten haben.

Hatte man in England noch vor wenigen Monaten schadenfroh verkündet³⁾, John Law habe Frankreich mehr Verderben zugefügt als alle Siege Marlboroughs, so fanden jetzt die Aus-

¹⁾ Hoffmann, 8. Nov. 1720. W. St. A.

²⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole, 2, 196. Hoffmann, 6. Dez. 1720. W. St. A.

³⁾ Destouches an Dubois, Hannover, 6. Sept. 1720. Aff. étr.

länder ¹⁾, England sei durch die Südsee weit mehr ruiniert als durch einen Krieg von zehn Jahren. Auch die fremden Regierungen waren höchlichst interessiert an der Wendung, welche die Dinge in England genommen hatten. Der seit dem Niedergang des Mississippi wieder fest im Sattel sitzende Dubois, der alte Freund Englands, wollte von allem genau unterrichtet sein, „um keine Gelegenheit zu versäumen, wo wir dem Könige von Großbritannien nützlich sein können“ ²⁾. Und Friedrich Wilhelm I. von Preußen war schon in Sorge, ob auch sein neuer Bundesgenosse nach wie vor die auf ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen in der Lage sei. Er sucht Georg I., seinen Schwiegervater, durch freundlichen Zuspruch zu ermutigen ³⁾. Sein Gesandter soll ihm bei jeder Gelegenheit versichern, „daß Wir allemal ein getreuer, redlicher Freund von Ihrer Majestät und der englischen Nation bleiben, und deren Bestes, *gloire* und Interesse nach den mit denselben habenden Tractaten aufrichtig appuyiren würden.“

Die Stimmung in England aber, jenes Gemisch von Zorn und Spott, von Empörung gegen die Schuldigen (man meint die Direktoren) und Schadenfreude über das Schicksal der dummen Menge, man findet sie ausgedrückt in so manchen Bildern und Versen, voll bitteren Humors, die jetzt verbreitet wurden ⁴⁾. Damals ward William Hogarth zuerst bekannt durch ein satirisches Blatt, auf dem in allegorischen Figuren die Tragikomödie der Südsee behandelt ist. Der Teufel schneidet Fetzen aus dem Leibe Fortunens und wirft sie unter das Volk. Redlichkeit und ehrlicher Gewinn werden verhöhnt und gezeißelt. Hoch durch die Luft fahren schwindelnd die Direktoren. Auf der Seite aber sieht man die mächtige Säule, die vordem zum Gedächtnis an das große Feuer in London errichtet worden, jetzt aber, mit neuer Aufschrift versehen, an das durch die Südsee angerichtete Werk der Zerstörung erinnern soll. Viel gelesen war auch eine langatmige Ballade, die sogar den Dichter des Gulliver zum Verfasser haben soll, und die mit wenig Kunst,

¹⁾ Wallenrodt, 15./26. Nov. 1720. G. St. A.

²⁾ Dubois an Chammorel, 25. Sept. 1720. Aff. étr.

³⁾ Weisung an Wallenrodt, Berlin, 31. Dez. 1720. G. St. A.

⁴⁾ Vgl. Th. Wright, Caricature History of the Georges, 1898, p. 42 ff.

in holperigen Versen die ganze Geschichte des Südsee-Dramas erzählt, um etwa mit den Worten zu schließen ¹⁾:

Zu spät wird die Nation einst finden,
Ob über Verlor'nes sie klage und rase,
Direktoren-Sprüche, sie gleichen den Winden
Und Südsee einer mächtigen Blase.

* * *

Der Mangel an Zirkulationsmitteln wirkte lähmend auf das Geschäftsleben. „Das Commercium lieget vor jetzo ganz und gar darnieder,“ so ließt man es in den Berichten der Diplomaten. Natürlich sollte auch die deutsche Hofgesellschaft ihr gutes Teil zu dem Unglück beigetragen haben. Sie hätten, hieß es, mehr Geld gewonnen, als jemand wisse, und die Baronin Kielmannsegge habe, als sie kürzlich mit dem Könige nach Hannover fuhr, 2000 Guineen an barem Gelde in ihrer Kassette gehabt. Im Grunde hielt man aber die deutsche wie die englische Hofgesellschaft und alle Minister für gleich schuldig. Auch haben sie alle Hände voll zu tun, um die allgemeine Verwirrung zu lösen. Von auswärtigen Geschäften kann man nicht mit ihnen reden. „Ich glaube, wenn der Türke und der Zar Krieg anfangen, (daß) die Ministri nicht Zeit hätten, ihre Attention darauf zu richten.“

Und nun ward der Unwille der Massen noch dadurch erhöht, daß der König in seiner deutschen Heimat weilte und keine Miene machte, zurückzukehren. Diese Reisen des Monarchen und der lange Aufenthalt in Deutschland waren ja den Engländern stets verhaßt, und vollends in so kritischer Zeit. Die fremden Diplomaten, die ihre Souveräne so gern mit den boshaften Reden unterhalten, die ihnen zu Ohren gekommen sind, wissen so manches gehässige Wort aus englischem Munde zu wiederholen. Dem Könige, so hat man gesagt, der jährlich seine fünf bis sechs Monate im Auslande zuzubringen pflegt, ihm sind eben seine Hirschjagden in Deutschland doch wichtiger als das Wohl und Wehe seiner britischen Untertanen. Auch über Sunderland, den ersten Schatzlord, der an der Annahme des Südsee-

¹⁾ Appendix to Laputa.

planes entscheidenden Anteil gehabt und jetzt in der Ferne weilt, hört man unfreundliche Worte. Wir werden regiert, sagt man, von einem unsichtbaren Könige und einem unerreichbaren Minister. Schon regten sich auch die Anhänger Jakob Eduards, des stuartischen Prätendenten. Sie hofften, die Südsee-Misere werde dem hannövrishen Königtum zum Verderben gereichen. Im Publikum ward eine gedruckte Proklamation des Prätendenten verbreitet. Sie wies darauf hin, wie verderblich es für ein Land sei, einen König zu besitzen, der zugleich Herrscher sei über Gebiete im Auslande. Er aber, der angestammte Monarch, würde nicht in kritischer Zeit sein Volk verlassen haben. Er würde auch imstande sein, in der jetzt herrschenden Verwirrung die richtige Lösung zu finden. Freilich, worin diese Lösung bestehen würde, das wird weise verschwiegen. So empfahl sich der Stuart wieder einmal als Helfer in der Not. Übrigens zweifelte niemand daran, daß diese so pünktlich erschienene Proklamation nicht in Rom, sondern in England verfaßt war ¹⁾.

Die Vorwürfe gegen Georg I. waren dieses Mal vielleicht noch weniger begründet als zu anderen Zeiten. Denn mit dem Könige weilte auch Lord Stanhope in Hannover. Hier war es, wo seine Politik soeben den letzten kühnen Anlauf nahm, um die nordische Frage im Sinne des englischen Interesses zu entscheiden. Und es ist gerade die durch die Südsee angerichtete Verwirrung gewesen, die ihm das Spiel verdarb. Denn ehe es möglich war, alle Kräfte aufzubieten, um den geplanten großen Schlag zu führen, mußte Stanhope die in Hannover eingeleitete Aktion abbrechen und dem Könige nach England folgen.

„Man hat allhier auf den König wie auf die Ankunft des Messias gewartet“, so schrieb später der preußische Resident ²⁾. Im Grunde kam zwar auf die Persönlichkeit Georgs I nicht so viel an. Was konnte seine Gegenwart nützen? Man wünschte seine Heimkehr, um den baldigen Zusammentritt des Parlaments zu ermöglichen. Das Parlament, meinte man, werde schon Mittel und Wege finden, um Abhilfe zu schaffen und die erregten Gemüter zu beruhigen. So sandte die Regentschaft am 21. September a. St. einen Kurier an den König ³⁾, um ihn zu schleu-

¹⁾ Hoffmann, 19. Nov. 1720. W. St. A.

²⁾ Wallenrodt, 11./22. Nov. 1720. G. St. A.

³⁾ Hoffmann, 4. Okt. 1720. W. St. A.

niger Rückkehr zu bewegen. Und als ob sie voraussahen, daß ihr Herr nicht leicht den Entschluß finden würde, sein Heimatland eilig zu verlassen, gingen die Regenten so weit, ihrem Bericht an den Monarchen schon eine Instruktion ¹⁾ hinzuzufügen, welche der König nur mit seiner Unterschrift zu versehen brauchte, um sie, seine Stellvertreter in England, zu ermächtigen, nicht nur einen Termin für die Berufung des Parlaments anzukündigen, sondern, wenn es ihnen notwendig erschien, auch selbst das Parlament abzuhalten, bevor der Monarch heimkehren würde. Es war ein höchst ungewöhnlicher Schritt. Die Eröffnung des Parlaments war Sache des Souveräns. Selbst dem Prinzen von Wales war es 1716/17 als Statthalter nicht gestattet worden, das Parlament in Abwesenheit seines Vaters zu eröffnen. Lieber hatte man die Eröffnung weit über den gewohnten Termin, nämlich bis zum 20. Februar, hinausgeschoben.

Georg I. hielt auf seine Prärogative. Er mag wohl befremdet das ihm zur Unterschrift vorgelegte Schriftstück in die Hand genommen haben. Er hat zwar die Unterschrift geleistet, aber die Regenten zugleich wissen lassen, daß es sich hier um einen gefährlichen Präzedenzfall handeln würde. Jedenfalls sollten sie nur im äußersten Notfall von dieser Vollmacht Gebrauch machen, und wenn es sich vermeiden ließe, sollte diese Instruktion vernichtet und auch in keiner Abschrift festgehalten werden ²⁾.

Dieser Befehl ist zwar nicht befolgt worden; denn der Wortlaut ist noch vorhanden. Aber mit der Eröffnung des Parlaments wartete man nun wirklich so lange, bis der König sie vollziehen konnte. Allzusehr beeilte er sich auch nicht mit der Rückkehr. Von der in London herrschenden fieberhaften Stimmung hatten die Herren in Hannover doch keine Ahnung. Es machte in Enland auch keinen guten Eindruck, daß die Parlamentseröffnung auf den 25. November (6. Dezember) angesetzt war, sozusagen nicht einen Tag früher als in den ruhigsten Zeiten ³⁾. Erst als ein zweiter, von der Londoner Regentschaft gesandter

¹⁾ Instructions to Our Right Trusty and Right Wellbeloved Cousins and Councillors (folgen die Namen der 15 Regenten) Beilage zum Briefe Stanhopes an Craggs, Göhr, 8. Okt. 1720. (Früher) Home Off. Regencies 64. R. O.

²⁾ Stanhope an Craggs, Göhr, 8. Okt. 1720, nebst P. S. R. O.

³⁾ Hoffmann, 25. Okt. 1720. W. St. A.

Kurier in Hannover anlangte, ward der Tag der Abreise bestimmt. Georg erklärte, die Reise beschleunigen zu wollen, und beordnete seine Wagen in verschiedene englische Häfen, damit er, wohin immer die Laune des Wettergottes sein Schiffelein treiben würde, sogleich ans Land steigen und unverweilt die Fahrt nach London antreten könne.

Am 11. November traf er ein, sehnsüchtig erwartet, wie noch nie. An den Kursen der Aktien kann man die wechselnden Stimmungen ablesen. „Die Südsee kriecht wieder in die Höhe“, hatte Craggs geschrieben, als die baldige Rückkehr des Königs gemeldet worden ¹⁾. Die Beschleunigung der Reise läßt sie von 180 auf 240 steigen ²⁾. Bei seiner Ankunft stehen sie auf 220. Aber Ungewißheit und Verwirrung halten an, und auf die neuerliche Verschiebung der Parlamentsöffnung vom 25. November auf den 8. Dezember antwortet die Börse mit einem Sinken des Kurses bis auf 130.

Die in Gegenwart des Königs vom Lordkanzler verlesene Thronrede sprach mit ernstern Worten von dem geschehenen Unglück. Wenn sie aber auch die Hoffnung ausdrückte, daß es trotzdem gelingen werde, einen Teil der Staatsschuld abzutragen, so ward diese Wendung doch mit Befremden und Sorge aufgenommen. Sollte das heißen, die Regierung wolle nach wie vor auf der Bezahlung der bewußten 7½ Millionen bestehen, obwohl ja das System, welches die Voraussetzung dazu bilden sollte, so gründlich fehlgeschlagen war ³⁾? An der Stimmung des Parlaments erkannte man sofort, daß davon nicht mehr die Rede sein konnte. Das Unterhaus nahm schon in der Adreßdebatte eine drohende Haltung an. Nicht nur die Direktoren wurden schwer getadelt. Es fielen auch feindselige Bemerkungen gegen die Minister, welche auf das Verhalten jener ein wachsames Auge hätten haben sollen. Es war vergeblich, daß der Staatssekretär Craggs erklärte, zu solchen Erwägungen sei der Moment nicht gut gewählt. Wenn das Haus brennt, sei es dringender zu löschen, als nach den Brandstiftern zu suchen. Man antwortete ihm, das Haus ist schon niedergebrannt. Jetzt kommt es darauf an, den Mordbrennern nicht

¹⁾ Craggs an Stanhope, Whitehall, 7. Okt. 1720. R. O.

²⁾ Craggs an Stanhope, Whitehall, 21. Okt. 1720. R. O.

³⁾ Hoffmann, 20. Dez. (n. St.) 1720. W. St. A.

die Zeit zu lassen, ihren Raub in Sicherheit zu bringen und außer Landes zu fliehen ¹⁾.

Kein Zweifel, die Erbitterung gegen die Direktoren war ebenso groß innerhalb der Räume des Parlaments wie im Lande, und zwischen Whig und Tory war hierin kein Unterschied. Ein Antrag, dem Adreßentwurf schon eine Formel hinzuzufügen, in welcher die Bestrafung der Schuldigen angekündigt wurde, ward ohne Abstimmung angenommen.

* * *

So begann denn alsbald jenes häßliche Nachspiel der Südsee-Katastrophe, die Verfolgung der Direktoren. Ein förmlicher Rachefeldzug wird gegen sie eröffnet. Man will das geschehene Mißgeschick nicht der eigenen Verblendung zuschreiben, man möchte sich als Opfer schurkischer Betrügereien und schlimmster Korruption betrachten. Solche Schlechtigkeit soll ihre Sühne finden, man will Verbrechen aufdecken, will Schuldige bestrafen. Sie müssen erhängt oder ersäuft werden.

Vielleicht gelingt es auch, den so zu Verbrechern Gestempelten einen Teil ihres Raubes noch abzujagen. Man forscht nach ungerecht erworbenen Schätzen, die sich noch im Besitz der Missetäter, ihrer Helfer oder ihrer Schützlinge befinden. Verfolgungswut und Schmerz über die erlittenen Verluste gehen Hand in Hand. Und es war auch bald klar, daß man entschlossen war, die Schuldigen zu suchen, wo man sie fand, und daß man auch vor den Toren der Ministerien nicht Halt machen werde. Der Tory William Shippen erklärte, es gebe Männer in hohen Stellungen, die nicht weniger schuldig seien als die Direktoren, und er werde diese Männer zu rechter Zeit schon zu nennen wissen.

Zunächst schien freilich die Stellung der Minister nicht ungünstig zu sein. Vielleicht würden sie es gar dem Parlamente im Verfolgungseifer noch zuvortun. Die diplomatischen Berichte bezeichnen das Ergebnis der ersten Verhandlungen am 10. Januar a. St. 1721 geradezu als einen Sieg der Regierung in beiden Häusern. Man hatte wohl erwartet, die Minister würden sich mit ihrer vollen Autorität für die Direktoren einsetzen, und war

¹⁾ Die Berichte Hoffmanns u. Wallenrodts ergänzen die Parl. Hist.

fast erstaunt, als das Gegenteil geschah. Im Oberhause erklärte Sunderland, der als erster Schatzlord die Hauptverantwortung zu tragen hatte, er sei mit ehrlicher Überzeugung für den Südsee-Plan eingetreten, weil er geeignet war, die schwere Schuldenlast der Nation zu erleichtern. Aber er sei kein Prophet, und niemand konnte ahnen, daß eine gute Sache so in ihr Gegenteil verkehrt würde. Und so schalt Sunderland „mit ungemeiner Eloquenz“ auf die schändlichen Direktoren und empfahl die allerschwerste Bestrafung.

So wurde denn, ähnlich wie im Jahre 1715, vom Unterhause abermals ein geheimer Ausschuß ernannt. Aber dieses Mal handelte es sich nicht um die großen nationalen Interessen, nicht um Kriegspolitik und Friedensschlüsse, sondern nur um die alles beherrschende Finanzfrage, insbesondere um die Geschäftsführung der Südsee-Direktoren. Sie würden gewiß schuldig befunden werden, denn so wollte es die öffentliche Meinung. Aber auch die Stimmung der Parlamentarier ging dahin; denn gerade sie, Lords und Commoners, hatten fast sämtlich schwere Vermögensverluste erlitten. Und sie wollten auch die Regierung nicht schonen. Es sollte ihr nichts nützen, daß sie die Direktoren hatte fallen lassen. Das *Secret Committee* soll ganz unparteiisch sein und keine Rücksicht walten lassen. Eine von Sunderland zusammengestellte Liste ward verworfen¹⁾. Man wählte Tories wie Whigs hinein, aber fast lauter Gegner der Regierung.

Mit den Einzelheiten dieser unerquicklichen Angelegenheit brauchen wir den Leser nicht zu ermüden. Das *Secret Committee* hat im Laufe eines halben Jahres dem Unterhause nicht weniger als sieben lange Berichte vorgelegt. Alles erreichbare Material ist geprüft, viele Zeugen sind vernommen worden. Dabei war die Untersuchung noch dadurch erschwert, daß der Kassierer der Kompagnie, Robert Knight, außer Landes geflohen war und auch durch diplomatische Vermittlung nicht mehr zur Stelle geschafft werden konnte.

An eine schwere Schuld der Direktoren im Sinne ihrer Verfolger können wir heute nicht mehr glauben. Es widerstrebt

¹⁾ Nach: An Account of what was done by a Great Man London 1742. 8229 aaa 31.

uns auch, dreiBig Männer aus den ersten Kreisen des englischen Geschäftslebens als ebenso viele Spitzbuben zu betrachten. Gewiß haben sie die Gelegenheit nicht verschmäht, sich ihren reichlichen Anteil an den Gewinnen zu sichern, die das große Geschäft abzuwerfen versprach. Aber im Grunde sind sie nur von derselben Verblendung ergriffen wie das Publikum. Nun aber, da sie das Geschäft geleitet haben, will man sie auch die Verantwortung tragen lassen für den schlechten Ausgang der Sache; sie sollen büßen für die Sünden des Systems. Ihre Fehler werden zu Verbrechen gestempelt.

Ihre wahre Schuld aber bleibt unbestraft. Sie lag in der Fehlerhaftigkeit des Südsee-Planes, in der Übertreibung ihres Angebots an die Regierung, in der maßlosen Kurstreiberei, in der Sinnlosigkeit der Spekulation. Aber das alles waren Fehler des Verstandes, nicht der Moral, Irrtümer einer ganzen Generation, nicht auf die dreiBig Männer, ja nicht einmal auf eine einzelne Nation beschränkt.

* * *

So haben denn Lords und Commons sich mit allem Ernst an die Aufgabe gemacht, zu forschen und zu strafen, wo es geboten erschien. Sie haben sich auch nicht auf den Fall der Südsee-Direktoren beschränkt, sie haben weiter gegriffen, bis hinauf in den Kreis der Regierenden, ganz wie die öffentliche Meinung es wünschte und forderte. Aber die den Beschuldigten vorgeworfenen Verbrechen stellten sich meistens, bei Lichte besehen, gar nicht mehr als Verbrechen heraus, sondern etwa nur als kluge Ausnutzung geschäftlicher Chancen. Wir wissen, das Steigen der Kurse hatte schon mit Macht eingesetzt, noch ehe die Südsee-Akte gesetzgeberisch erledigt war. So ist es verständlich, daß auch die Spekulation dieses Ergebnis nicht abgewartet hatte. Da war einer der Kommissare des Schatzamts, Charles Stanhope, ein Vetter des Ministers, dem beizeiten 10 000 £ Südsee-Aktien gutgeschrieben wurden, ohne sofortige Bezahlung und mit Anrechnung der Kurssteigerung zu seinen Gunsten, weitere 50 000 £ sollten ihm auf ähnlichem Wege in die Hände gespielt worden sein, und sein Gewinn habe 250 000 £ betragen. Bei der von dem Beschuldigten energisch geforderten Untersuchung blieb von der Anklage nichts übrig. Robert

Walpole, klug urteilend und kenntnisreich wie er war, hat sich, von seinem Bruder Horace unterstützt, energisch für Stanhope eingesetzt, offenbar auch mit der grundsätzlichen Erwägung, daß die Regierung intakt aus der Sache herauskommen müsse, weil sonst die schlimmen Folgen nicht abzusehen seien. Er fürchtet den Sturz der Whigs, vielleicht gar den Sturz der hannövrischen Dynastie, und er hat die Freisprechung Stanhopes, wenn auch nur mit einer Mehrheit von drei Stimmen, erreicht. Aber die Straße tobte. „Es hat die Stadt in Flammen gesetzt, so wie du es dir nicht vorstellen kannst“, schrieb Thomas Brodrich, der Vorsitzende des Geheimen Ausschusses, seinem Bruder, dem Lordkanzler ¹⁾. Und selbst der vorsichtig berichtende preußische Resident schreibt ²⁾: „Das Publikum ist irritiert, daß der Hof den Charles Stanhope, welchen man coupabel hält, *sauviret*, und mit Walpole, so vor ihn gesprochen, unzufrieden.“

Viel ernster war die Lage des Schatzkanzlers Aislabie, und mit mehr Recht durfte man in seinem Falle von einem schweren Verschulden reden. Aislabie war die treibende Kraft bei der Entstehung und Durchführung des Südseeplanes gewesen, der, wie wir gehört haben, auch als sein Gedanke in der Sitzung der Direktoren vorgeschlagen und zur Annahme gebracht worden war. Das rasche Steigen der Kurse und des bei den Emissionen zugrunde gelegten Preises war wiederum größtenteils sein Werk. Und während das alles geschah, hatte er die Lage und die Aussichten in weitestem Umfange zu eigener Bereicherung auszunutzen verstanden. Ein höchst verfängliches Doppelspiel in der Hand eines hohen Beamten. Die Stimmung war im Hause gegen Aislabie so feindselig wie im Volke. Seiner Vernehmung ging ein stundenlanges Verhör der Direktoren voran. Seine eigene Verteidigungsrede, „lang, unterwürfig und pathetisch“, machte keinen guten Eindruck, und was seiner Sache am meisten schadete, war der Umstand, daß er das wichtigste Beweismaterial vor der Vernehmung verbrannt hatte. Auch von anderer Seite geschah wenig zu seiner Rettung. „In Walpoles Ecke saß alles stumm wie die Fische“, sagt Brodrick ³⁾. Walpole war gewitzigt

¹⁾ Coxe Rob. Walpole 2, 209.

²⁾ Wallenrodt, 7./18. März 1721. G. St. A.

³⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 210.

durch den Fall Stanhope. Würde nicht Aislabie geopfert werden, so war eine Erhebung in der Stadt zu fürchten ¹⁾.

Und andererseits hatte auch das *Secret Committee* ein starkes Interesse daran, daß nicht auch Aislabie, wie vorher Charles Stanhope straflos davonkomme. Denn, so fürchtete man, wenn das geschehen sollte, so würde nicht nur der zuletzt erstattete Bericht, sondern das ganze *Committee* dem Fluche der Lächerlichkeit anheimfallen. So ward denn ohne Abstimmung der Beschluß gefaßt, Aislabie in den Tower zu schicken und eine genaue Aufstellung seines Vermögens anfertigen zu lassen.

Wie Aislabie ward auch Caswell, ein anderes Mitglied, aus dem Hause ausgestoßen und in den Tower gesandt. Als nun aber das Unterhaus auch gegen Lord Sunderland, den ersten Kommissar des Schatzamts und den Vertrauten des Königs, das Verfahren eröffnete, hatte schon jedermann das Gefühl, daß von der Entscheidung in diesem Falle auch das Schicksal der Regierung abhängt. Eine Verurteilung desjenigen, für den der Name *Prime Minister* schon geläufig war, hätte unfehlbar mit einem Ministerwechsel und wahrscheinlich auch mit dem Sturze der Whigherrschaft geendet. Politisch betrachtet, konnte man gewiß erklären, daß Sunderland als erster im Schatzamt auch die Hauptverantwortung für den ganzen zum Unheil des Volkes ausgeschlagenen Finanzplan tragen müsse. Aber deshalb lag darin noch nicht eine verbrecherische Handlungsweise, sondern nur ein politischer Fehler, der nach moderner Anschauung nichts Schlimmeres als sein Ausscheiden aus dem Amte zur Folge gehabt hätte. Doch jene Zeit war nun einmal noch gewohnt, bei einer unglücklichen Politik sogleich nach der verbrecherischen Absicht zu fragen. Darin lag auch in dem besonderen Falle die Schwäche des ganzen Verfahrens. Sunderland sollte für 50 000 £ Südsee-Aktien ohne entsprechende Bezahlung empfangen haben. Das war gewiß nichts anderes, als was viele hochstehende Personen getan hatten. Der Kaufpreis sollte nach erwarteter Kurssteigerung aus dem Gewinne bezahlt werden, und die Differenz blieb in der Hand des Käufers. Sunderlands Verteidigung hat am erfolgreichsten Walpole geführt und ungefähr erklärt, es beruhe ja doch alles auf Hörensagen, und da die Beweisführung der Anklage

¹⁾ Wallenrodt, 10./21. März 1721. G. St. A.

schwach war, so hielt es nicht allzu schwer, diese zu entkräften. Bei der Abstimmung wurden für Sunderland 233 Stimmen abgegeben, gegen ihn 172, immerhin eine große Stimmenzahl gegen einen *Prime Minister*, sagt Edward Harley¹⁾, und es machte einen peinlichen Eindruck, daß nicht nur die Tories, sondern auch die politischen Freunde des Prinzen von Wales sich unter den 172 befanden²⁾. Und ein anderer Briefschreiber, der Architekt Vanbrugh, meinte zwar, der Angriff habe Sunderland im Grunde nur genützt, doch sei ein Ministerwechsel nach dem Geschehenen kaum mehr zu vermeiden.

So war das in beiden Häusern des Parlaments gegen die Direktoren angestrebte Verfahren immer weiter ins politische Fahrwasser hinübergetrieben worden. Es ging nicht allein gegen die führenden Persönlichkeiten in dem Südsee-Geschäft, es richtete sich selbst gegen den König und seinen Kreis, gegen die Mitglieder der Regentschaft vom Sommer 1720, und mit besonderer Schärfe gegen den deutschen Hof. Schon bei einer der ersten im Oberhause angestellten Vernehmungen erklärten ein paar Direktoren, sie seien mit Craggs und Knight bei der Herzogin von Kendal gewesen, um ihre Protektion für die Kompagnie zu erbitten. Sie hätten ihr Aktien in Höhe von 10 000 £ und je 5000 für ihre beiden Nichten geboten. Sie hätten in ähnlichem Sinn auch an die Gräfin Platen in Hannover geschrieben. Überhaupt, heißt es, sollen alle Deutschen bei Hofe, Bernstorff, Bothmer und die anderen Herren und Damen, sämtlich Beträge von 5000 oder 3000 £ erhalten und zum Teil schon günstig verkauft haben. Ungefähr so steht es auch im ersten Bericht des *Secret Committee*. So unsicher das alles klang, da es immer mit Berufung auf den entflohenen Knight gesagt wurde, so war der Eindruck doch peinlich genug, peinlich nicht nur für die Genannten, sondern ebenso für den König, von dem nun gar unter der Hand erzählt wurde, er selbst habe 400 000 £ von der Kompagnie erhalten³⁾. Die Diplomaten senden solche Nachrichten nach Wien und Berlin und fügen etwa noch spöttisch hinzu: „Ew. Königl. Majestät werden leicht judizieren, von was vor *humour*

¹⁾ Portland Mss. 5, 618—19.

²⁾ Carlisle Mss. 33.

³⁾ Wallenrodt, 3./14. Febr., 10./21. Febr., 14./25. Febr. 1721. G. St. A.

der König von England bei allen diesen Intriguen sein möchte“. Das Parlament hat sich freilich mit diesen häßlichen Dingen nun doch nicht weiter befaßt. Im Oberhaus suchte der alte Herzog von Buckingham, der unter Königin Anna hohe Staatsämter bekleidet hatte, die Sache ins Lächerliche zu ziehen¹⁾, und der Herausgeber von *Mist's Journal*, in dessen Spalten schmähende Artikel über den König und den Herzog von Marlborough erschienen waren, wurde vor die Schranken des Unterhauses gefordert und als er sich weigerte, die Verfasser zu nennen, ins Gefängnis geworfen²⁾.

Für die Regierung war und blieb es auch ungünstig, daß der entflohenen Kassierer der Südsee-Kompagnie nicht zur Stelle geschafft wurde. Alle wichtigeren Geschäfte waren durch seine Hände gegangen, er hätte daher den Hauptzeugen abgeben müssen. Man behauptete, die Flucht ins Ausland sei ihm von den Ministern nahe gelegt und erleichtert worden. Man wollte nicht glauben, daß es nicht möglich sein sollte, auf diplomatischem Wege seiner habhaft zu werden. An den König wurden Adressen gerichtet, er möge alles versuchen, um den Mann herüberzubringen. Und aus der Antwort des Monarchen meinte man wohl das unfreiwillige Geständnis herauszulesen, daß es ihm mit jenen Bemühungen nicht allzu ernst gewesen, man zitierte³⁾ die Worte, die der schuldbeladene Macbeth spricht, als er Banquos Geist erblickt: „Thou canst not say I did it“.

* * *

Über das Schicksal der Direktoren sind noch einige Worte zu sagen. Es war nicht so hart, wie es anfangs geschienen. Von Erhängen oder Ersäufen war bald nicht mehr die Rede. Ja, selbst die von Anfang an in Aussicht genommene Güterkonfiskation schien vielen nicht im Einklang mit der bestehenden Gesetzgebung und den herrschenden Rechtsanschauungen. Mehrere juristische Mitglieder des Unterhauses, denen nacheinander die Abfassung der Bill gegen die Direktoren übertragen wurde, gaben den Auftrag zurück mit der Erklärung, daß nach englischem

¹⁾ Hoffmann, 21. Febr. (n. St.) 1721. W. St. A.

²⁾ Vgl. Lee, *Life of Defoe* 1, 348.

³⁾ Portland Mss. 7, 295.

Rechte, ja nach der Gesetzgebung aller christlichen Völker, niemandem sein Vermögen genommen werden dürfe, außer wenn er des Hochverrats schuldig sei. Auch gegen ein Gesetz, welches mit rückwirkender Kraft Strafen verhängte über früher begangene Verbrechen, wurden Bedenken geäußert¹⁾. Die Bill ist endlich als das Werk William Lowndes', des langjährigen Sekretärs des Schatzamts und Verfassers so zahlreicher Gesetzentwürfe, dem Unterhause vorgelegt worden. Es soll dann, wenn wir recht berichtet sind, im Juli 1721, als nach erfolgter zweiter Lesung die Bill lange geruht hatte, der dem Geheimkomitee angehörende Archibald Hutcheson im Einvernehmen mit anderen Komiteemitgliedern, sogar den Antrag gestellt haben, es bei einer einfachen Geldstrafe für die Direktoren bewenden zu lassen. Solches aber hätte Robert Walpole, der anfangs zuzustimmen schien, nachträglich verhindert. Man hört von einer dramatischen Szene in den Vorräumen des Unterhauses. Etliche Direktoren treffen, eine günstige Wendung ihrer Sache erwartend, mit Hutcheson zusammen. Er aber erklärt achselzuckend: „Ihr seid alle ruiniert. Am letzten Sonnabend ist bei Hofe zwischen Sunderland und Walpole etwas vorgefallen, wodurch mein ganzer Plan umgestürzt ist²⁾“.

Genug, es blieb bei der Konfiskation der Vermögen. Zwar wurde der Wortlaut des Gesetzes noch ein wenig gemildert, die schwersten Beschuldigungen der Direktoren, die anfangs darin standen, wurden ausgelassen und der Titel in die harmloser klingende Form gebracht: Ein Gesetz zur Erleichterung der vom Unglück in der Südsee-Kompagnie Betroffenen. Auch gab die Vermögenskonfiskation als solche immer wieder zu vielen Bedenken Anlaß. Selbst ein paar Mitglieder des Geheimen Komitees sollen oft und feierlich erklärt haben: Gott sei davor, daß wir die Güter anrühren sollten, die sie vor dem (Südsee-)Plan be-

¹⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole 1, 150.

²⁾ An Account of what was done by a Great Man from the beginning of the year 1720 to the end of the year 1721, relating to the undoing of the South Sea Directors. London 1742. (B. M. 8229 aaa 31.) Die Behauptung am Schlusse, die Schrift sei schon 1722 verfaßt, erscheint zwar nicht glaubhaft, schon da durchweg von Sir Robert Walpole gesprochen wird. So hieß er erst seit 1726. Immerhin ist der Autor offenbar gut informiert und in der Lage, manche Einzelheiten mitzuteilen, die sonst nicht überliefert sind.

sessen haben. Denn fünf oder sechs ausgenommen, sind sie ja doch alle ebenso unschuldig wie wir selbst. Als das Gesetz im Oberhause verlesen wurde, hatte sich die Mehrzahl der Mitglieder entfernt, weil sie die Ungerechtigkeit der Vermögensberaubung nicht anhören wollten, und als es zur Abstimmung kam, waren nur sechzehn Lords anwesend, von denen zehn für die Vorlage und sechs dagegen stimmten.

Nun wäre zwar die Möglichkeit gewesen, in dem Falle jedes einzelnen der Direktoren, und man hat sich eingehend genug mit ihnen beschäftigt, genau zu unterscheiden zwischen dem Bestandteil des Vermögens, das der einzelne schon vor der Südsee-Aktion besessen, sei es von seinen Vätern ererbt oder selbst erworben habe, und dem, was ihm aus seiner Beteiligung an dem großen Südsee-Geschäft zugeflossen sei. Aber soweit wollte man den Männern, auf denen der Zorn der öffentlichen Meinung so schwer lastete, nicht entgegenkommen, und auch Walpole wäre wohl nicht dafür zu haben gewesen. Gerade das Gehässige der Vermögenskonfiskation sollte ihnen nicht erspart bleiben, und wenn man auch jedem einzelnen so viel beließ, — oft bedeutende Beträge, sogar bis zu 50 000 £ —, um seinen und seiner Familie Unterhalt davon zu bestreiten, so kam es in der Wirkung zwar auf dasselbe hinaus wie jene Zweiteilung der Vermögen, erschien aber nach außen doch als etwas ganz anderes. Und auch so fand man im Volke¹⁾, sie seien noch viel zu gut davongekommen. Hatte man noch kürzlich „das crucifige über sie ausgeschrien“, so verstand man es nicht, warum ihnen jetzt noch so große Summen gelassen wurden²⁾. Ja, noch 12 Jahre später, 1733, ward vom Oberhause ein Bericht eingefordert über die Verwendung der Summen, die seinerzeit durch den Verkauf der Güter der Direktoren gewonnen worden seien. Der Antrag aber,

¹⁾ Wallenrodt, 9./20. Juni 1721. G. St. A.

²⁾ Etwas höher als die gewöhnlich genannten Zahlen sind die in dem letzten zusammenfassenden Bericht von 1728 gegebenen, nämlich:

Amount of the real Estates sold	Amount of the personal Estates sold	Payments on each Estate for claims, parliamentary allowances etc.
£ 716 043.15.9	£ 2 495 742.18.6	£ 1 128 378.2.9.

(The Report of the Trustees for raising money on the Estates of the late Directors of the South Company and others. Presented the 3 d May 1728. London 1728.)

noch einmal einen mit weiten Vollmachten ausgestatteten Ausschuß zur Prüfung der Sache einzusetzen, wurde abgelehnt ¹⁾.

* * *

Unterdessen war für den Wiederaufbau des zerstörten Geschäftslebens noch nicht viel geschehen. Der Bank-Kontrakt, von Walpole formuliert, war gescheitert. Er hatte die Südsee dadurch retten sollen, daß die Bank von England sich bereit fand, die Obligationen der Südsee-Kompagnie, wie ihre eigenen, auf den Markt zu bringen. Der unberührte Kredit der Bank sollte der kranken Südsee etwas von dem verlorenen Vertrauen des Publikums zurückgewinnen. Aber das weitere Sinken der Südsee-Aktien hatte dem Schwesterinstitut die Neigung und die Möglichkeit genommen, die schon begonnene Aktion durchzuführen. Seitdem hatten zwar neue Verhandlungen eingesetzt, und in den Wochen vor der Parlamentsöffnung, am 8. Dezember 1720, hört man, daß fast täglich zwischen den Leuten von der Bank und von der Südsee Konferenzen gehalten werden. Doch alles blieb vergebens.

Wie viel kommt doch in solchen Zeiten, da alles zu wanken scheint und niemand Rat weiß, auf die Macht der Persönlichkeit an, auf das Vertrauen, das ein überlegener Geist der Masse einzuflößen imstande ist. Alles schrie nach dem Helfer in der Not. Daß der heimkehrende König dieser Helfer nicht sein würde, hatte sich rasch genug herausgestellt. Da hat man nun in Tory-Kreisen zunächst an Graf Oxford gedacht. Er war es ja gewesen, der seiner Zeit als leitender Minister unter Königin Anna die Südsee-Kompagnie ins Leben gerufen hatte, und auch ihre Verbindung mit dem Schuldenwesen des Staates war sein Werk. Nun aber, so sagt ein Freund Oxfords ²⁾, ist auf den gesunden Stamm ein monströses, unqualifizierbares — ich weiß nicht was, aufgepfropft worden, und durch einen Sprung in die Arithmetik hat man beweisen wollen, daß Hundert gleich Tausend sei. So sollte denn der Mann, der den wahren Sinn seiner Schöpfung am besten verstand, herbeikommen, um Rat zu schaffen. „Kommen Sie baldigst in die Stadt“, schrieb ihm ein Freund,

¹⁾ Parl. Hist. 9, 91 ff. Hervey, Memoirs 1, 225 ff.

²⁾ Portland Mss. 5, 603—04.

„kommen Sie noch vor der Parlamentsöffnung“. „Können Sie es mit ansehen“, sagt ein anderer ¹⁾, wie Ihr Land durch jene Südsee-Schurken ruiniert wird, ohne sie der Gerechtigkeit zu überliefern? Nicht ihr Blut sollen sie lassen, nur ihren Judaslohn herausgeben“. Und William Bromley, einst Staatssekretär neben Oxford, erklärte ²⁾: „Nur der Genius Eurer Lordschaft und Ihre Fähigkeiten können uns aus diesen Nöten befreien“.

Allein der Mann, dem seine Freunde solches Vertrauen entgegenbrachten, war fern davon, ihrem Rufe zu folgen. Oxford war von leidender Gesundheit und lebte, seitdem die Komödie seines Hochverratsprozesses mit seiner Entlassung aus dem Tower geendigt hatte, meist in beschaulicher Zurückgezogenheit in seinem Brampton Castle inmitten seiner Bücher- und Handschriftenschatze. Er hat wohl auf das Drängen seiner Freunde einige Betrachtungen niedergeschrieben über die Südsee-Kompagnie, aber nach London ist er nicht gegangen, und es ist nur richtige Selbsterkenntnis, wenn er meint ³⁾: „Es muß ein besserer Kopf sein als der meinige, der sich zutraut, über ein so verwickeltes Thema etwas Vernünftiges vorzubringen.“

Nein, nicht der Tory Minister der Königin Anna, der niemals ein großer Staatsmann gewesen, und der bei der Gründung der Südsee-Kompagnie, wie wir gehört haben, auch nur den Gedanken eines andern zur Ausführung brachte, nicht Oxford war der Mann, der helfend eingreifen konnte. Nur Robert Walpole konnte es. Auf ihn richteten sich alle Blicke seit dem Niedergang der Südsee. Er konferiert mit den Leuten von der Kompagnie und von der Bank und mit den Ministern. Die fremden Diplomaten nennen wieder und wieder seinen Namen. Dabei ist zu beachten, daß Walpole sich immer noch in der bescheidenen Stellung eines Zahlmeisters der Truppen befand. Er gehört zur Regierung, aber nicht zum Kabinet, und worauf es am meisten ankommt, nicht zum Schatzamt. Er ist also nicht einer der Mitschuldigen, er ist nicht kompromittiert, wie Sunderland und Aislaby es sind. Ja, man weiß im Publikum genau, daß er immer ein Gegner des Südsee-Projekts gewesen ist und daß er bei dem

¹⁾ Ebd. 604.

²⁾ Portland Mss. 5, 606.

³⁾ Ebd. 608.

Wettlauf der beiden Finanzinstitute auf der Seite der Bank gestanden hatte. Ihm allein, dem erfahrenen Kenner der Finanzen, dem Schöpfer des *sinking fund* von 1717, ihm allein traut man die Fähigkeit zu, das Wirrsal zu lösen.

„Jedermann in der Stadt verlangt nach Ihnen“, heißt es in einem Briefe vom 13. Oktober 1720¹⁾, „alle Hoffnungen sind allein auf Sie gerichtet“. Vier Wochen später genügt die Nachricht, daß Sunderland mit Walpole verhandle, um die Südsee-Aktien von 140 bis auf 215 steigen zu machen²⁾. Das Volk wünscht Walpole an der Spitze des Schatzamts zu sehen³⁾. Er hat alle Phasen der Entwicklung genau verfolgt, er kennt alle Vorschläge, die gemacht worden sind, um das Übel zu heilen. So ist er auch am besten imstande, die brauchbaren Gedanken herauszufinden und sie zu einem umfassenden System zu kombinieren.

Die Entstehung des Walpole'schen Sanierungsplanes ist noch gut zu erkennen. Er hat seit der Heimkehr des Königs fleißig mit den Ministern und mit den Vertretern der drei großen, oftgenannten Institute konferiert. Am 28. November (9. Dezember) 1720 ist der fertige Plan in den Grundzügen von allen drei Körperschaften angenommen⁴⁾. Walpole hält noch einige Tage zurück, denn die Erregung sei noch zu groß⁵⁾. Er will das Parlament erst „ausrasen und wettern lassen“⁶⁾. Er zeigt ihn Hutcheson und anderen Sachverständigen⁷⁾ und legt ihn in einer eigenhändig zu Papier gebrachten Denkschrift dem Könige vor⁸⁾. Am 21. Dezember a. St. trägt er die Sache dem Unterhause vor

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 193.

²⁾ Ebd. 196, 197.

³⁾ Wallenrodt, 15./26. Nov. 1720. G. St. A. Die oben mitgeteilten Zeugnisse scheinen genügend, um die entgegengesetzte Auffassung von C. B. Realey (The early opposition to Sir Robert Walpole. Philadelphia 1931 p. 9 ff.) zu widerlegen.

⁴⁾ Hoffmann, 10. Dez. (a. St.) 1720. W. St. A.

⁵⁾ Portland Mss. 5, 608.

⁶⁾ Wallenrodt, 16./27. Dez. 1720. G. St. A.

⁷⁾ Portland Mss. 5, 609.

⁸⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 197. Die in einem Briefe an Walpole 1727 ausgesprochene Vermutung, Sunderland habe ihm die undankbare Aufgabe übertragen, nur um seine Popularität zu untergraben, halte ich für eine grundlose Verleumdung. (Hervey, Memoirs [1848] 1, 43. Die Anm. Croker's ist in der Ausgabe von Sedgwick 1, 33 klugerweise auch nicht wiederholt.)

sehr sachlich, mit ausführlicher Begründung und mit vorsichtiger Vermeidung jeder unnötigen Schärfe des Ausdrucks. Die Hauptgedanken seines Planes aber waren die folgenden¹⁾:

Walpole erklärt von vornherein, auf jeden Versuch, den Kurs der Aktien wieder zum Steigen zu bringen, verzichten zu wollen. Damit war über die verzweifelten Anstrengungen der letzten drei Monate das Urteil gesprochen. Er hat auch noch später, gegenüber der tadelnden Kritik seiner Gegner, erklärt, niemals habe er behauptet, Wunder wirken zu können, niemals sei es seine Absicht gewesen, den Kurs der Aktien höher zu treiben, als es durch ihren inneren Wert gerechtfertigt erscheine. Schon damit hat er sich über die vielen seiner Zeitgenossen erhoben, die nicht daran glauben wollten, daß ihre errechneten Gewinne und die bezahlten hohen Preise dahin seien. Walpole ist der Mann mit dem nüchternen Urteil, mit dem Gefühl für die wahre Natur der Dinge. Die Folgen seines Leichtsinns mochte jeder selbst tragen. Walpoles Ziel war die Herstellung des Kredits und die Flüssigmachung des Geldes, welches in den Händen einiger Privaten zusammengefloßen und dem Geschäftsverkehr so gut wie gänzlich entzogen war. Wenn er ferner der Südsee-Kompagnie zu Hülfe kommen und damit der Schuldenverwaltung des Staates, die in ihrer Hand lag, aufhelfen wollte, so konnte allerdings von der Summe von 7 500 000 £, welche die Kompagnie an den Staat abführen sollte, nicht mehr die Rede sein. Es hat damals auch Leute gegeben, welche den Ausweg empfahlen, den Direktoren allein, oder doch den schuldigsten unter ihnen, diese Zahlung aufzubürden²⁾ — eine scheinbar einfache, aber ebenso ungerechte, wie unpraktische Lösung, schon weil sich die Vermögen der Direktoren nachher als viel geringer herausstellten. Walpole hat diesen Gedanken schwerlich erwogen, wie er denn die Zahlung der Summe stillschweigend fallen ließ. Damit fiel dann freilich auch die beabsichtigte Schuldentilgung, die sozusagen das Hauptstück des ganzen Südsee-Planes hatte bilden sollen.

¹⁾ Ausführlich erläutert wird Walpoles Plan in dem Schreiben von Destouches an Dubois, 22. Dez. 1720. Aff. étr.

²⁾ *Bien des gens voudraient, que l'on taxât ceux des Directeurs qui ont malversé, et qu'on les obligât à payer ces sept millions et demi, ou du moins la plus grande partie de cette somme.* Destouches an Dubois, 22. Dez. 1720. Aff. étr.

Hören wir ferner noch etwas über die Erleichterungen, die dem schwer getroffenen Publikum zugebracht waren. Von den vier Subskriptionen, welche seit dem Abschlusse des Geschäfts zwischen der Regierung und der Kompagnie seitens dieser dem Publikum vorgelgt worden waren, sollten, nach Walpoles Plan, nur die Zeichnungen auf die erste, zum Kurse von 300 % aufgelegte, in ihrer ganzen Höhe aufrechterhalten werden. Zur Hälfte waren die hierfür in Betracht kommenden Zahlungen bereits gemacht. Für die noch ausstehende zweite Hälfte wurden die Zahlungsfristen verlängert.

Den Zeichnern der zweiten Subskription, welche zum Kurse von 400 %, ebenso denjenigen der dritten und vierten Subskription, welche beide zum Kurse von 1000 % gekauft hatten, sollten nunmehr für denjenigen Betrag, den sie bereits bar eingezahlt hatten, Aktien, und zwar zum Kurse von 400 übergeben werden. Die noch ausstehenden Zahlungen, also die Verpflichtung in der ursprünglich gezeichneten Höhe Aktien zu übernehmen, sollten ihnen damit erlassen sein. Der Verlust würde demnach für einen Mann, welcher zu 1000 gezeichnet hatte und nun seine Aktien zu 400 erhielt, immer noch empfindlich genug sein. Aber dieser Verlust sollte sich nur auf den bereits eingezahlten Betrag, nicht auf die vollgezeichnete Summe, erstrecken¹⁾.

Wenn in dieser Weise die Auseinandersetzung mit den Zeichnern der vier Subskriptionen erfolgt sein würde, so sollte der alsdann noch übrig gebliebene Vorrat an Aktien nicht ferner zum Verkauf angeboten, sondern als freies Geschenk an die sämtlichen Aktieninhaber verteilt werden, wobei auf je 100 £ ein Zuschuß von 45 £ entfallen würde.

Der wichtigste Teil des Walpoleschen Planes bezog sich nun aber auf die künftige Verwaltung des ungeheuren Vermögens der Südsee-Kompagnie, oder was ungefähr dasselbe sagen wollte, auf die Verwaltung der Staatsschuld. Die letztere belief sich

¹⁾ In dem obigen Fall würde sich die Sache etwa so stellen: der Mann hat z. B. 1000 £ Nominal zum Kurse von 1000 gezeichnet. Er hat sich also verpflichtet, 10 000 £ einzuzahlen. Bisher hat er aber nur den vierten Teil der Zahlung geleistet, also 2500 £. Nun soll er nach Walpoles Plan dieser Zahlung entsprechend Aktien erhalten, und zwar zum Kurse von 400. Er erhält demnach statt 250 £ Nominal immerhin 1000 £. Sein Verlust beläuft sich also auf 1500 £.

damals insgesamt auf etwa 42 000 000 £. Davon waren nur 4 Millionen nicht in den Besitz der Kompagnie übergegangen; die übrigen 38 Millionen bildeten das Kapital der Südsee. Eine solche Kapitalanhäufung hielt Walpole an und für sich für einen schweren Übelstand. Wenn diese 40 Millionen (etwas ungenau!) einen Kurs von 1000, wie man es ja erlebt hatte, erreichten, so stellten sie einen Wert von 40 000 000 £ dar, dafür böte aber — sagt Walpole — das ganze Nationalvermögen von England kaum ein Äquivalent, geschweige denn, daß genügend bares Geld vorhanden wäre, um nur die Hälfte dieses Wertes umzusetzen. Es kam hinzu, daß, wie glänzend auch die Geschäfte der Südsee-Kompagnie sich entwickeln mochten, der Gewinn doch bei einem solchen Kapital schwerlich noch für alle Aktieninhaber eine erhebliche Dividende abwerfen konnte. Walpole schlägt deshalb vor, das Kapital zu teilen: 20 000 000 £ sollen der Südsee verbleiben und je 9 000 000 £ zum Kurse von 120 % von der Bank und der Ostindischen Kompagnie übernommen werden. Die Verteilung aber soll in der Weise geschehen, daß alle Südsee-Aktionäre in dem Verhältnis von 20 : 9 : 9 ihre Südsee-, Ostindischen- und Bankanteile erhalten.

Soweit der berühmte Sanierungsplan Walpoles. So viel darüber verhandelt und obwohl er zum Gesetz erhoben wurde, so ist er doch nicht unverändert zur Ausführung gelangt. Erst 1722 wurden 4 000 000 £ Südsee-Aktien von der Bank angekauft. Das der Gesellschaft verbleibende Kapital aber wurde in zwei gleiche Teile geteilt, von denen der eine als ihr Grundkapital, der andere als eine von ihr verwaltete Schuld des Staates behandelt werden sollte. Mit anderen Worten, zu einer radikalen Lösung des Problems, wie Walpoles fein ersonnener Plan sie geben wollte, kam es nicht. Nur kleinere Transaktionen wurden unternommen, welche sich über eine Reihe von Jahren erstreckten und dem Publikum Zeit ließen, sich von dem Schrecken des South Sea Bubble zu erholen und in ruhiger Arbeit das nationale Geschäftsleben neu zu begründen.

Um diesen Ausgang zu verstehen, kommt auch nicht allzuviel darauf an, ob Walpoles Plan in seiner ursprünglichen Gestalt zur Ausführung kam, oder ob er durch allerlei Modifikationen mehr oder weniger umgestaltet worden ist. Wichtiger ist die Tatsache, daß ohne Walpole fortan in der Verwaltung der staat-

lichen Finanzen, ja bald des gesamten Wirtschaftslebens keine Entscheidung mehr getroffen wurde. Aislabie, der Schatzkanzler, war entfernt, und Sunderland, den nur Walpoles Takt und Geschick vor der schmachvollen Niederlage bewahrt hatte, welche eine gehässige Opposition, zusammen mit den Anhängern des Prinzen von Wales ¹⁾, ihm bereiten wollte, auch Sunderland war in seiner Stellung als erster Lord des Schatzamts nicht mehr zu halten, auch nicht durch die Gunst des Königs. Er blieb im Besitze wichtiger Hofämter, blieb Mitglied des Kabinetts und, als Freund Georgs I., von starkem Einfluß, besonders bei der Besetzung hoher Ämter. Walpole aber war am 3. April 1721 wieder eingerückt in seine alte Stellung als Schatzkanzler und erster Kommissar des Schatzamts.

* * *

So war die stürmische Session zu Ende gegangen. Die am Schlusse derselben gehaltene Thronrede brachte keine Überraschungen. Der König hat ein Herz für die Leiden der vom Unglück Betroffenen, und er hat bereitwillig die Hand geboten zur Bestrafung der Schuldigen — das war alles. Man war entschlossen, auf das Geschehene nicht mehr zurückzukommen, und Walpole, schon der wirkliche Leiter des Schatzamts, erklärte, in der kommenden Session, der letzten der Legislaturperiode, dürfe von der ganzen Südsee-Sache im Parlament nicht mehr die Rede sein. Nun war dem früher genannten Charles Stanhope ein wichtiges Hofamt in Aussicht gestellt worden; doch wünschte Walpole die Ernennung bis zum Ende der nächsten Session verschoben zu sehen; denn sonst würde die Südsee wieder aufgerührt werden ²⁾. Der enttäuschte Stanhope wandte sich an den König und erhielt eine Audienz. Der König wiederholte sein Versprechen und fügte hinzu, zur Zeit sei die Sache allerdings untunlich. Stanhope war kühn genug, dem Monarchen ins Gesicht zu sagen: „Das hat Ihnen wohl mein Freund Walpole eingegeben“. Georg I. verstand es, auf taktlose Reden würdig und heiter zu erwidern. Er antwortete lächelnd mit der Gegen-

¹⁾ Hoffmann, 28. März 1721. W. St. A.

²⁾ Carteret an Newcastle, Whitehall, 22. Aug. 1721. Add. 32 686.

frage, ob Stanhope sich wohl im Parlamente blicken lassen dürfe. Walpole habe ihm gesagt, er könnte es nicht ¹⁾.

* * *

Und doch ist damit noch nicht alles gesagt. Es genügt auch nicht, auf das überragende Talent Walpoles hinzuweisen, der nun bald die Leitung der inneren Politik allein in der Hand hielt. Wir müssen noch hören, wie die späteren Urteile lauten. Nach einigen Jahren sind schon bemerkbare Wandlungen zu beobachten, besonders in bezug auf die Direktoren. „Sie hätten eher Mitleid verdient, als Strafe“, heißt es schon in einer Schrift aus dem Jahre 1722 ²⁾. „Was ihre angeblichen Verbrechen betrifft,“ sagt ein anderer Autor ³⁾, „so sind sie dazu getrieben worden durch die übermäßig hohe Summe, welche die Kompagnie dem Staate zahlen sollte, durch den Drang der Zeit, durch die Leidenschaften und Stimmungen, von denen alle getrieben worden, weit mehr als durch ihre eigene Wahl oder durch irgendwelche vorbedachten oder abgekarteten Pläne.“ Bald schilt man bereits auf das Unrecht, das den Direktoren angetan sei ⁴⁾, und die Gegner Walpoles machen — sehr einseitig — ihn für dieses Unrecht verantwortlich. Ja, man rühmt geradezu die günstigen Folgen der großen Aktion, und eine 1728 erschienene Schrift ⁵⁾ behandelt ausdrücklich die „Vorteile, welche für das Publikum und die Südsee-Kompagnie durch die Ausführung des Südsee-Planes gewonnen worden sind.“ Und in der Tat, es ist doch nicht ganz richtig, die Wirkungen des Südsee-Planes nur in dem Bilde der ruinierten Existenzen erblicken zu wollen. Nicht nur, daß das Wirtschaftsleben sich von den üblen Folgen rasch erholt hat und bald, nach ein, zwei Jahren, wieder in

¹⁾ Charles Stanhope an Newcastle, London, 26. Aug. 1721. Add. 32686.

²⁾ An Account of the Subscriptions of the South Sea Company. 1722, p. 44.

³⁾ A true State of the South Sea Scheme . . . and an Examination of the Conduct of the Directors. 1732, p. 98.

⁴⁾ An Account of what was done by a Great Man . . . Lond. 1742, 8229 aaa 31. Vgl. oben S. 102 ²⁾.

⁵⁾ Advantages which have accrued to the Publick and to the South Sea Company by the Exemption of the South Sea Scheme. 1728. Ähnlich ist auch die Auffassung bei Coxe, R. Walpole (1798) 1, 156.

Blüte steht. Man möchte schon, wenn man das hört, sagen, es kann wohl nicht so schlimm gewesen sein. Oder aber das nationale Unglück, wenn man es anders so zu nennen berechtigt ist, wird gemildert, vielleicht gar ausgeglichen durch andere, heilsamere Folgen des Prozesses. Es mögen wohl starke Verschiebungen unter den Schichten der Gesellschaft hinsichtlich ihrer materiellen Lage stattgefunden haben. Neben den heruntergekommenen, manchmal verlumpten alten Familien werden aus unteren Kreisen neue Reiche emporgestiegen sein, jene Leute, denen, wenn sie sich in vornehmen Karossen auf der Straße zeigen, der Pöbel höhnisch nachruft: *South Sea Stock Jobbers*, Südsee-Börsenspieler. Aber nicht allein davon ist zu reden, sondern auch von den positiven Erleichterungen, die den Staatsfinanzen erwachsen, und sogar von den wirklichen Gewinnen, die viele der Aktionäre letzten Endes aus dem Südseegeschäft davontrugen.

Der Südsee-Plan hatte eine Zinsreduktion vorgesehen in der Weise, daß vom Sommer 1727 an für alle ablösbaren Schulden statt höherer Zinssätze nur noch 4% zu zahlen waren. Darin lag eine bedeutende Erleichterung für den Staat, umso mehr, wenn man hinzufügt, daß auch der größte Teil der unablösbaren Schulden bei der Kompagnie gegen Aktien eingetauscht worden war. Der Staat hatte also die Verfügung über sein Schulden-system in viel höherem Maße in die Hand bekommen als zuvor, und wenn anders gerade die Last der unablösbaren, d. h. der Annuitäten, als das Hauptübel empfunden worden war, so war gerade dieses nunmehr vermindert oder beseitigt. Vom Standpunkte des Staates gesehen, macht es dabei auch keinen Unterschied, ob schließlich die Annuitätenbesitzer selbst zufrieden waren oder nicht, nämlich zufrieden mit dem Kurse, der für sie bei der Überweisung der Aktien zugrunde gelegt wurde. Sie wollten sich natürlich mit dem, was man ihnen bieten konnte, keineswegs begnügen. Ja, man hört von einer drohenden Zusammenrottung von Hunderten von Annuitanten in der Lobby und den anstoßenden Räumen des Unterhauses an dem Tage, da die Entscheidung fiel über die Bill „zur Herstellung des öffentlichen Kredits“. Eine Druckschrift ward verteilt, in der es hieß: „Gerechtigkeit für die Annuitanten, die ihr Geld hergeliehen haben auf Grund parlamentarischer Sicherheit“. Aber drinnen,

im Saale des Unterhauses, hatten sie mit ihrer Sache kein Glück. Die Redner, die sich zu ihren Gunsten noch erhoben, wurden durch eine starke Mehrheit überstimmt. Robert Walpole hatte wenig Sympathie für Versuche, mit solchen Mitteln auf den Gang der Gesetzgebung einzuwirken. Er erklärte, diesen Leuten ist nicht zu helfen. Die Bill beruht auf Resolutionen des Hauses, die mit großer Majorität beschlossen wurden und die Zustimmung des Königs und des Council gefunden haben. Zur Herstellung der Ruhe wurden die Friedensrichter von Westminster herbeigerufen, die die Aufruhrakte verlasen und mit ihren Konstablern die Ansammlung zerstreuten. Die Enttäuschten zogen sich grollend zurück, und man hörte sie rufen: „Unser Geld habt ihr uns aus der Tasche gezogen, und wenn wir uns beklagen, droht ihr uns mit dem Gefängnis“¹⁾.

Nun war allerdings das dem Staate von der Südsee-Kompagnie zuge dachte Geschenk von 7½ Millionen £ der Nation entgangen. Dafür durfte man aber auf der andern Seite eine günstige Gegenrechnung aufstellen. Da bis auf einen kleinen Rest die Masse der ablösbaren und auch der größte Teil der unablösbaren Schulden von der Südsee übernommen worden waren und der Staat dieser vom Sommer 1727 an nur 4% Zinsen zu zahlen hatte, so berechnete man, daß damit jährlich die Summe von 339 631 £ erspart wurde, und wenn man diese Summe kapitalisierte, so ergaben sich rund 8 Millionen, also noch etwas mehr als jenes dem Staate entgangene Geschenk der Südsee.

Aber nicht nur für den Staat, sondern auch für die Privaten soll im ganzen die Sache günstig ausgelaufen sein. Man denke an die Verteilung des nach der Liquidierung noch übrigen Aktien-Vorrats an die sämtlichen Aktieninhaber. Die *old Proprietors* sind, da ihr alter Besitz gestiegen und wieder gefallen war, mit diesem ihrem alten Besitz wohl am wenigsten von dem Sturm aus der Südsee geschüttelt worden. Sie haben vielleicht in der Hauptsache nur gewonnen. Und ferner scheint es sich herausgestellt zu haben, daß in Wahrheit die Menge des ins Ausland abgeflossenen Geldes weit geringer war, als man zuerst annahm. Schon im Oktober 1721, als der Zusammenbruch bereits erfolgt war, berichtete der Staatssekretär Craggs seinem Kollegen

¹⁾ Parl. Hist. 7, 903 ff.

Stanhope nach Hannover, daß wohlinformierte Leute ihn versichert haben, es sei mehr bares Geld nach England hereingekommen, als ausgeführt wurde. Er weiß von einem großen Eisenhändler zu berichten, der in den letzten sechs Wochen mehr eiserne Truhen verkauft hat als in seinem ganzen früheren Geschäftsleben. Ähnlich klingt, was ein diplomatischer Bericht aus dem Juni 1722 sagt, der englische Hof könnte ohne das Unglück der Südsee eine größere Rolle in Europa spielen, da er „ein großes Geld aus fremden Ländern hierher gezogen“. Damit stimmt es nun auch überein, was die erwähnte Schrift von 1728 mit dürren Worten erklärt: „Ganz allgemein gesprochen, ist kein Geld aus dem Königreich entfernt worden; die Auswärtigen, die stark in Annuitäten engagiert waren und alles, was sie hatten, darin angelegt haben, sie haben stark verloren, das Publikum und die Kompagnie aber waren die Gewinnenden bei der Ausführung des Planes.“

So darf man annehmen, daß dank der Walpole'schen Finanzverwaltung allmählich Vertrauen und Zuversicht wieder einzogen, daß die eisernen Truhen sich auftaten und daß das Geld wieder zurückfloß in das Geschäftsleben. Und der eben erwähnte Diplomat ist es auch, der 1722 mit einer gewissen Verwunderung von dem Aufschwung des Handels berichtet: „die Kaufleute in der Stadt fangen an, die großen Verluste der Südsee zu verschmerzen wegen der Avantage ihres *commerci*.“ Blickt man vollends auf die weitere Entwicklung des Wirtschaftslebens im Zeitalter Walpoles, so sinkt die Südsee-Katastrophe, so gewaltig sie die Geister erregt und die Wirtschaft erschüttert hat, herab zu einer Episode, deren Folgen überraschend schnell überwunden worden sind.

* * *

Mississippi und Südsee in ihrer engen ursächlichen Beziehung, sie treten uns noch einmal entgegen in einer merkwürdigen Schrift, die keinen Geringeren als den großen Schotten selbst zum Verfasser hat. Von den Schicksalen John Laws seit seiner Flucht aus Frankreich werden wir später noch einiges zu hören haben, insbesondere von der wunderlichen Rolle, die er im Dienste der englischen Regierung als einer der vielen politischen Helfer Robert Walpoles, gespielt hat. Hier nur so viel:

er ist im Oktober 1721 nach London gekommen. In Kopenhagen hatte Admiral Norris ihn getroffen, mit Empfehlungen von England und Hannover reichlich ausgestattet, und hatte es gewagt, bei der Heimkehr von seiner baltischen Expedition den Mann mit nach England zu bringen ¹⁾. Da ist er, „der famose Projetteur“ weidlich angestaunt worden von aller Welt ²⁾, freilich mehr mit Abscheu als mit Bewunderung betrachtet. „Das also ist der Urheber all unseres Unglücks“, so etwa war das allgemeine Empfinden. Immerhin ist er, als er am 26. Oktober unter den Zuschauern im Drury Lane-Theater erschien, als europäische Berühmtheit gefeiert worden. Man spielte den Alchimisten von Ben Johnson und hatte in sinniger Art dem Drama einen Epilog angehängt, in dem der Name Laws, wenn auch mit satirischem Klang, genannt war ³⁾.

Hier in England, wo noch alles unter dem Eindruck des jüngst erlebten Südsee-Schreckens stand, und wo ihm durch tägliche Gespräche der Vergleich der Südsee mit seinem eigenen „System“ so nahegelegt war, hat Law jene Denkschrift verfaßt, in der er es unternahm, sein eigenes Werk zu rechtfertigen, und zwar indem er die Unterschiede hervorhob zwischen dem, was er selbst in Frankreich getan und gewiß, so behauptet er, wenn er es nicht hätte abrechnen müssen, zum glücklichen Ausgang geführt haben würde, und der schlechten Nachahmung in England, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, da man die Prinzipien nicht verstand, von denen er ausgegangen war.

Laws Abhandlung besteht aus zwei Teilen. Er hat zunächst den ersten wichtigeren Teil in englischer Sprache niedergeschrieben, hat ihn den Engländern vorgelegt, „den ersten des Landes“, und wenn wir ihm glauben dürfen, so hat er die Genugtuung erlebt, daß sie ihre Vorurteile fallen und ihm Gerechtigkeit widerfahren ließen. Er hat die Schrift sodann nach Frankreich gesandt, um sie durch einen Freund dem Kardinal und auch dem Regenten selbst unter die Augen zu bringen. In der

¹⁾ Norris an Townshend, Sandwich at Elseneur, 3. Okt. 1721; ders. an dens., Sandwich at anchor near the Shoe Beacon, 19. Okt. 1721. R. O.

²⁾ Hoffmann, 31. Okt. 1721. W. St. A.

³⁾ Gentleman's Magazine 1825. Es heißt:

„Let us preserve, the remnant not yet lost,
Though L. . w from France be landed on the coast.“

Form dieser französischen Übersetzung, in der es an Anglizismen nicht fehlt, ist das Schriftstück von mehreren Forschern eingesehen und auch vor einigen Jahren veröffentlicht worden ¹⁾. Der englische Urtext, bisher unbekannt, ist dem Verfasser unter den Manuskripten von Houghton Hall in die Hände gefallen und wird den Lesern dieses Bandes im Anhang vorgelegt. Der Fundort läßt darauf schließen, daß auch Walpole die Law'sche Denkschrift gekannt hat. Das würde man auch sonst für wahrscheinlich halten, und gegen die ungünstigen Urteile über den Südsee-Plan hatte auch Walpole wohl wenig einzuwenden. Merkwürdig ist aber noch folgender Umstand. Die beiden Texte, der englische und der französische, stimmen nicht genau überein. In der Übersetzung sind viele Zahlen geändert und auch andere Einzelheiten verschieden mitgeteilt, offenbar in der Absicht, das Bild, d. h. den Vergleich, noch mehr zugunsten Frankreichs, also des Mississippi-Planes, und zuungunsten Englands, oder des Südsee-Plans, ausfallen zu lassen. Es ist besonders mit den Zahlen ein Spiel getrieben, welches nicht mehr ganz ehrlich erscheint ²⁾. So manche Übertreibung, die ein Walpole leicht durchschaut hätte, durfte Law seinen französischen Lesern, einem Orleans und Dubois, wohl unbedenklich auftischen.

Von dem zweiten Teil der Denkschrift, den Law nachträglich verfaßt und nach Frankreich gesandt hat, scheint ein englischer Urtext nicht vorhanden zu sein. Er fehlt in Houghton Hall und ist Walpole vermutlich nie zu Gesicht gekommen.

Das historische Interesse, welches die Denkschrift Laws uns einzuflößen vermag, liegt besonders in seinem Streben, die Vorgänge in Frankreich und England als gänzlich verschiedene erscheinen zu lassen. Sein System, will er sagen, ist in England überhaupt nicht verstanden worden, und darum kann von einer Nachahmung auch nicht die Rede sein. Er allein ist im Besitze der echten, für Frankreich heilsamen Idee gewesen, in England wurde sie verfälscht.

Wie dem auch sei, wir können ihm heute nicht mehr zustimmen, auch nicht in dem, was Frankreich betrifft. Der Herzog

¹⁾ Justification du système de Law par son auteur, Manuscrit inédit, publié avec une introduction par Fritz Karl Mann (Rev. d'histoire econ. et soc. 1913).

²⁾ Vgl. die Gegenüberstellung im Anhang.

von Orleans hat den Hauptfehler, der dort gemacht wurde, die Kurstreiberei, richtig erkannt. Auch dies hat Law nicht zugeben wollen. Er versteigt sich zu der komischen Behauptung, ein Kurs von 1800% habe für Frankreich nicht eine so starke Anspannung des Kredits bedeutet wie ein Kurs von 1000% in England. Und wenn Law den Fehler der Kurstreiberei gleichwohl durch sein Edikt vom 21. Mai wiedergutmachen wollte, und wenn er sagt, er habe seinen Mississippi-Aktien, indem er den Kurs zurückschraubte und amtlich fixierte, den Charakter des Geldes verleihen und sie der Spekulation entziehen wollen, so ist das doch nur eitel Gerede ¹⁾. Und wenn endlich auch die Durchführung seines Systems gelungen wäre, so muß man doch zweifeln, ob selbst das absolut regierte und merkantilistisch erzogene französische Volk ein solches Zusammenraffen aller großen Wirtschaftsinteressen in der Hand des Staates auf die Dauer ertragen haben würde.

Wir aber haben es mit England zu tun. Hinsichtlich der Spekulation, d. h. der starken psychologischen Antriebe, ist die Gleichartigkeit der Erscheinungen in beiden Ländern unverkennbar. Und was den Südsee-Plan im besonderen betrifft, so mögen wir uns erinnern, daß die erste Anregung hervorgegangen war aus dem Streben, die Staatsschuld, das am Marke der Nation zehrende Übel, auszumerzen. Frankreich hatte den Weg gewiesen. Man darf ohne eigenen Schaden nicht zurückbleiben. Und in England hatte man schon seit Jahrzehnten Methoden angewendet, die Inkorporierung jener Gesellschaften, der Bank, der Ostindischen Kompagnie, der Südsee, um Teile der immer wachsenden Schuld der Volkswirtschaft selbst zum Nutzen, zur Anregung reichen zu lassen. Diese Methode war nun ins Ungeheure gesteigert worden. Und ungeheuer sollte der Erfolg sein. Die freudige Erwartung übertönte die Bedenken. Man fühlt sich gehoben durch den edlen Zweck, den man immer wieder betont. Schulden zahlen ist immer ein wertvolles Beginnen. In 26, in 21 Jahren, vielleicht gar noch früher, wird alles getan sein, und die Staatsschuld ist verschwunden. Welch eine herrliche Aussicht, sagen die Patrioten. Nun aber wird die Durchführung selbst auch für die Kompagnie, der sie übertragen wird,

¹⁾ Vgl. F. K. Mann a. a. O. 57.

noch zu einem glänzenden Geschäft. So kommt es zu dem Wettbewerb der beiden großen Kompagnien. Die Südsee aber trägt den Sieg davon. Sie hat freilich auch ein so übertriebenes Angebot gemacht, daß sie sich daran verbluten muß, wenn sie nicht große Hilfen heranziehen kann. Woher diese nehmen? Das Volk selbst, das ganze reiche England, soll sie hergeben. Es soll an riesige Gewinne glauben (vielleicht glaubt man selbst daran), es soll zeichnen, es soll zahlen. Das heißt aber nichts anderes, als die flüssigen Mittel, das bare Geld aus den Taschen des Volkes herauszuziehen und ihm sogar den Verkauf oder die Verpfändung des unbeweglichen Gutes nahezulegen. Die Rechnung scheint zu stimmen, die stegenden Kurse sprechen dafür. Und sie locken immer weitere Kreise zur Teilnahme. Jeder will gewinnen, will Differenzen einstreichen. Und das Ausland tut mit. Der Irrtum liegt, soweit nicht Spielwut und Gewinnsucht die Geister beherrschen, in der Überschätzung der Vorteile, die für die Volkswirtschaft daraus entspringen sollten, das die große Masse der Forderungen an den Staat in die Hände einer Gesellschaft gelangte, welche damit als mit ihrem Kapital arbeiten konnte, ganz abgesehen von den normalen Gewinnen der Gesellschaft aus ihrem Südsee-Handel.

Und um auch noch ein Wort über die Menge der kleineren Unternehmungen, der *Bubbles* schlechthin, zu sagen, so fehlt hier allerdings die hohe Idee, der leitende Gedanke. Hier klammert sich die Gewinnsucht an den naiven Glauben an die unbegrenzten Vorteile, welche da zu gewinnen seien, wo viele Teilnehmer zu gemeinsamem Geschäftsbetriebe Kapitalien zusammenschließen. Es war die Neuheit der Aktiengesellschaft für inländische Unternehmungen, was die Sinne verwirrte. So sehen wir auf der einen Seite Irrtümmer, die einer Zeit eigentümlich waren, in welcher die Grundbegriffe von Geld- und Kreditwesen einen Wandel erfuhren, auf der andern die allen Zeiten gemeinsamen Schwächen der menschlichen Natur. Aus dieser verhängnisvollen Verbindung erklärt sich die Katastrophe von 1720.

Nun aber war der Sturm vorübergebraust, die ruhige Besinnung war wieder eingekehrt, und mit ihr eine leidenschaftliche Hinwendung auf den Handel, auf das solide Geschäft, auf redliche Arbeit, auf ehrlichen Gewinn. Ein neuer Aufschwung setzt rasch ein, gefördert durch eine energische und weitblickende Politik.

Alle Zweige des Wirtschaftslebens heben sich. Die Gesellschaft ist wieder ganz bei der Sache, und auch der Staat weiß seinen Vorteil wahrzunehmen. Ehe noch ein Jahrzehnt nach der Katastrophe verflossen war, im Jahre 1729, wurden in England 3½ Millionen Pfundsterling an Steuern erhoben, das war 1½ Millionen mehr als in gewöhnlichen Zeiten ¹⁾.

Doch ehe wir diesem Thema unsere Aufmerksamkeit widmen, müssen wir andere Fragen erörtern, müssen wir zunächst einmal hören, wie unterdessen die Stellung Großbritanniens in Europa sich gestaltet hat. Norden und Süden, das Schicksal der Ostsee und die Abrechnung mit Spanien, Österreich und Italien, der Friede von Nystad und die Politik der Kongresse und der Bündnisse, drohende Kriegsgefahren und eine grundsätzlich auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Staatsleitung, das sind die Fragen, mit denen wir es nun zu tun haben.

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 639.

Viertes Kapitel.

Das Ende des nordischen Krieges.

Je näher der Augenblick heranrückte, der die endgültige Lösung der nordischen Frage bringen sollte, umso mehr steigerte sich auch das Interesse, das England an der Sache nahm. Wir haben von den Anstrengungen zu reden, die gemacht wurden, um den mit Spannung erwarteten Friedensschluß zwischen Schweden und Rußland so zu gestalten, wie England ihn wünschte. Wir werden erfahren, wie die starke Waffe der berühmten britischen Seemacht dieses Mal versagte, wie man zu anderen Hilfsmitteln griff, militärischen und politischen, um das Ziel zu erreichen, und wie man es am Ende dennoch verfehlte. Peter der Große war von den baltischen Gestaden nicht mehr wegzubringen, und auf dem englischen Ostseehandel lastete fortan die russische Gefahr.

Die Entscheidung über das Schicksal Nordeuropas fiel schon 1720, wenn auch der Nystader Friede erst im September des folgenden Jahres unterzeichnet wurde. Man wußte es längst, daß es mit der Großmachtstellung Schwedens zu Ende war und daß der Staat Gustav Adolfs allein nicht imstande sein würde, die an der Ostsee verlorenen Gebiete dem Zaren wieder zu entreißen¹⁾. Aber es handelte sich auch gar nicht mehr um Schweden und Rußland allein.

Alle Mächte des Weltteils hatten ihre Hand im Spiele, und die Frage, wer wird das Erbe Gustav Adolfs antreten, wer wird das *Dominium maris Baltici* erhalten, beschäftigte die Kabinette Europas. Der Feldzug von 1719 hatte immerhin eine gewisse Klärung herbeigeführt. Seitdem Peter der Große beim ersten Erscheinen der Engländer in der Ostsee seine Kriegsflotte und seine Galeeren zurückgerufen hatte, wußte die Welt, daß er es auch in Zukunft auf eine Seeschlacht

nicht ankommen lassen werde. So mußte man ihn anders zu fassen suchen. „Nur durch einen kombinierten Angriff zu Wasser und zu Lande“, erklärte Lord Carteret, der großbritannische Gesandte in Stockholm¹⁾, „nur durch eine große Diversion von Polen und Kurland aus ist es möglich, die Macht des Zaren in ihre Schranken zurückzuweisen“. Carteret schildert die Stimmung in Schweden. Dort findet man, daß auch die Mitwirkung des Kaisers nicht zu entbehren sei, daß es ohne sie niemals gelingen werde, das Ziel zu erreichen, nämlich den Zaren von den Gestaden der Ostsee zu verdrängen.

Dieses Ziel verfolgte auch England, und so faßte es 1720 den Plan einer großen antirussischen Koalition. Freilich hatten etliche Friedensschlüsse vorangehen müssen, nämlich jenes Bündel von Verträgen, durch die Schweden sich unter englischer Vermittlung mit seinen bisherigen Feinden versöhnt hatte, und zwar mit allen, nur nicht mit Rußland²⁾. Aus den Gegnern waren Freunde oder gar Verbündete geworden. Sie alle sollten sich nun zusammenschließen, um unter Englands Banner den großen Schlag gegen Rußland zu führen. Eine Art Einkreisung, wie wir heute sagen würden, jedenfalls die diplomatische Vorbereitung einer großen militärischen Aktion. England übernimmt also die Führung, und sein Minister Stanhope wird die treibende Kraft. Gerade ging er, im Juni 1720, wie im Vorjahre, mit seinem Könige nach Hannover, und es war sogar etwas Wahres daran, wenn Georg I., um den beabsichtigten Besuch seines Heimatlandes dem Parlamente gegenüber zu motivieren, erklärte³⁾, er gehe nach Deutschland, um jene Unruhen im Norden, die schon auf ein geringes Maß reduziert seien, nunmehr völlig zu beenden.

Das Bild, welches die Ereignisse im Sommer 1720 darboten, war dem des Vorjahres zum Verwechseln ähnlich. Wieder erschien der König von England in Hannover, und mit ihm sein Minister Stanhope, wie der Regisseur hinter der Bühne, auf der die militärischen und politischen Aktionen vollführt werden. Wieder sieht man drei Flotten: die eng-

¹⁾ Carteret an Stanhope, 2. Sept. (O. S.) 1719. R. O.

²⁾ Vgl. Bd. 2, Elfte Kapitel. Der Friede mit Dänemark war zwar noch nicht unterzeichnet, aber so gut wie gesichert.

³⁾ Thronrede vom 11. Juni 1720.

¹⁾ Für den in diesem Kapitel behandelten Stoff ist wieder allgemein hinzuweisen auf: J. T. Chance, George I and the Northern War. 1909.

lische, die schwedische, die russische, in der Ostsee agieren, und abermals fällt die Entscheidung nicht in einer Seeschlacht, sondern auf dem Felde der diplomatischen Arbeit. An der Spitze der englischen Flotte steht auch wieder jener Sir John Norris, der Führer der letztjährigen und dreier früherer Expeditionen. Norris war es gewesen, der im Vorjahre den Frontwechsel vollführt und, statt gegen Schweden zu operieren, sich, dem Befehle gemäß, gegen Rußland gewendet hatte. Noch immer ist er der vorsichtig kalkulierende Admiral, und dieses Mal um so zurückhaltender, da er weiß, daß es keine kriegerischen Lorbeeren zu pflücken gibt und daß nicht er berufen sein wird, die gefährliche Machtstellung des russischen Zaren zu zerbrechen. So fehlt dem Spiel in der Ostsee die dramatische Spannung des vorigen Sommers. Es ist nur der letzte mattherzige Anlauf. Man ist gekommen, um durch die bloße Anwesenheit der weit überlegenen englischen Flotte einen sonst etwa auf das Ganze gerichteten Angriff Rußlands gegen Schweden unmöglich zu machen. Man will auch in der Ostsee nichts versäumt, man will sich den Schweden als hilfsbereiten treuen Bundesgenossen empfohlen haben. Die versprochene Flotte ist da, aber die Entscheidung soll anderswo fallen.

Wie sich die Lage im Norden seit dem vorigen Jahre gewandelt hatte, erkennt man schon an dem Charakter der Instruktionen, die dem Admiral mit auf den Weg gegeben wurden¹⁾. Im vorigen Jahre hatte die während der Abwesenheit des Königs in London waltende Regentschaft nichts Besseres zu tun gewußt, als dem ausfahrenden Sir John die alten Instruktionen von 1718 abermals in die Hand zu drücken²⁾. Sie stammten aus einer Zeit, da Karl XII. noch lebte, und sprachen von der Möglichkeit, daß Schweden allein, oder mit Rußland vereint, eine Landung an den britischen Küsten planen könnte, und wie dem zu begegnen sei. Das alles war schon damals veraltete Weisheit, längst überholt durch die Ereignisse. Die für die Expedition von 1720 erteilten Instruktionen hingegen entsprachen genau der Lage. Sie befahlen

¹⁾ Datiert vom 6. April 1720. S. P. Home Office. Admiralty 43. R. O.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 508.

dem Admiral, sein Geschwader so bald wie möglich mit der Flottenmacht Schwedens zu vereinigen und gemeinsam mit dieser zu operieren, um jeden Angriff der Moskowiter auf die schwedischen Lande unmöglich zu machen. Selbst die Beschützung der ihm anvertrauten Kauffahrer, mehr als 60 an der Zahl, darf den Hauptzweck der Sendung nicht beeinträchtigen. Und auch der Auftrag, das dem Zaren schon einmal gemachte Angebot der Friedensvermittlung zu wiederholen, soll nicht anders verstanden werden, als daß dadurch die Verbindung mit den Schweden und die gemeinsamen Flottenoperationen nicht gestört und nicht verzögert werden dürfen. So wurde in den Instruktionen von 1720 ganz eindeutig die neue Lage zum Ausdruck gebracht: es geht nicht mehr gegen Schweden, sondern im Verein mit diesem gegen den russischen Zaren.

Aber mit den großen Worten dieser Instruktionen war es nicht getan. Norris erschien in der Ostsee dieses Mal mit einer größeren Kriegsmacht als je zuvor. Seine Flotte zählte 24 Linienschiffe nebst 10 Fregatten und kleineren Fahrzeugen. Noch ehe er den Sund durchfahren hatte, erhielt er ein Schreiben des besorgten schwedischen Königspaares, das ihn dringend ersuchte, zum Schutze Schwedens herbeizueilen. Er werde kommen, sobald wie möglich, erwiderte der Engländer, und fügte fröhlich hinzu, wenn er die Russen auf seinem Wege finden sollte, so werde er sie vernichten¹⁾. Am 12. Mai wirft er vor der Insel Landsort die Anker aus und begibt sich persönlich nach Stockholm²⁾. Hier wird die Vereinigung mit der schwedischen Flotte beschlossen, die am 24. vollzogen wird. In einem Kriegsrat der Flottenführer am 26. Mai wird der weitere Beschluß gefaßt, drei schwedische Schiffe, von drei englischen begleitet, nach der Küste des Alands-Haffs zu detachieren, um von hier aus die zwischen den Riffen der Alandsinseln befindlichen russischen Galeeren zu beschäftigen. Die Hauptmacht der vereinigten Flotten aber soll nach Osten gegen die Küste bei Reval fahren, um Klarheit zu gewinnen

¹⁾ Norris an Stanhope, Sandwich at anchor about 4 miles from Elsinburg, 29. April 1720. S. P. Home Off. Admir. 51. R. O.

²⁾ Das folgende nach den weiteren Berichten von Norris im Rec. Off.

über die Stellung und die Bewegungen der Russen. Eine Woche später, am 2. Juni, liegen die verbündeten Flotten bei der Insel Nargen, unweit Reval, vor Anker. Abermals wird ein kleines Geschwader, vier englische und vier schwedische Schiffe, entsandt. Sie sollen dicht an Reval heranfahren, um zu rekognoszieren und Bericht zu erstatten über die im Hafen liegenden russischen Kriegsschiffe, über den Hafendamm, über die Forts, die Batterien, die Zitadelle von Reval. Sie tun, wie ihnen befohlen, sie setzen auch Boote aus, die bis unter die Kanonen von Reval rudern, aber nicht feuern. Der Bericht, den die zur englisch-schwedischen Hauptmacht zurückgekehrten Kapitäne erstatten, führt zu der Erkenntnis, daß es unmöglich sei, von der See aus, und ohne die Mitwirkung einer Armee, einen entscheidenden Schlag zu führen. So ziehen die verbündeten Flotten sich zurück und beginnen in der offenen Ostsee zu kreuzen, westlich vom Finnischen Golf und südlich der dem bottnischen Meerbusen vorgelagerten Alandsinseln. Die Zeitgenossen mochten sich wohl verwundert fragen¹⁾, warum denn die starke englische Flotte vor Reval Kehrt machte. Wir wissen jetzt den Grund: Peter der Große hatte wieder wie im Vorjahre die Seeschlacht klug vermieden. Hinter den Kanonen von Reval aber war er dem Angriffe des seemächtigen Gegners unerreichbar.

Aber schon waren seine Galeeren in den Bottnischen Meerbusen gefahren und hatten eine Landung an der Küste Schwedens vollführt. Die Stadt Umea ging in Flammen auf, die umliegende Landschaft wurde durch russische Horden geplündert und verwüstet. Die verbündeten Flotten hatten es nicht gehindert und nicht hindern können. „Die Küste von Finnland und am Bottnischen Golf entlang“, schreibt Norris²⁾, „ist so von Felsen umgeben, zwischen denen unsere Schiffe nicht segeln können, daß es für uns unmöglich ist, die Fahrten der Galeeren und ihr Ausschwärmen zu hindern“. Und ein noch schlimmeres Mißgeschick widerfuhr den Schweden, als sie im Juli des Jahres mit wenigen Schiffen in den Gewässern der Alandsinseln den Kampf gegen die russische Ruderflotte

¹⁾ Vgl. Droysen, Preuß. Politik, IV, 2. 1, 300.

²⁾ An Stanhope, 9. Juni 1720. R. O.

aufnahmen und geschlagen wurden. Admiral Norris hatte ihnen geraten, sich dauernd in dem engsten Teil des auf Stockholm zuführenden Kanals zu halten, um jederzeit die Hauptstadt schützen zu können. Sie aber hatten sich in das Gewirr der Alandsinseln hinausgewagt, wo sie den Kräften der Russen nicht gewachsen waren und dazu der kundigen Piloten entbehrten¹⁾.

So war die für die Operationen günstige Jahreszeit vorübergegangen, ohne daß in der Ostsee eine Entscheidung erreicht war. Gewiß hatte schon die bloße Anwesenheit der Engländer genügt, um auch die russische Aktionsfähigkeit zu lähmen. Schweden war vor dem Schlimmsten behütet worden, und man versteht es, wenn sein König mit Sorge der Abfahrt der englischen Flotte entgegensah. Er bat, doch wenigstens eine kleine Zahl englischer Schiffe in den Gewässern vor Stockholm überwintern zu lassen, aber von Hannover kam ein ablehnender Bescheid²⁾.

So war der ruhmlose Ausgang der Ostsee-Expedition von 1720. Er bereitete den englischen Staatsmännern keineswegs eine starke Enttäuschung; denn sie hatten nichts anderes erwartet. Sie hatten ja Norris nur entsandt, um der Bundespflicht zu genügen und um größere Triumphe des Zaren zu verhindern. Wollte man trotz alledem noch eine entscheidende Wendung in den Schicksalen Nordeuropas herbeiführen, so mußte man schon zu anderen Mitteln greifen.

* * *

Nun, da die Strategie auf dem Meere versagt hat, will man es auf dem Lande versuchen. Zunächst mit den Mitteln der Diplomatie. Ihr nächstes Ziel ist natürlich der Friede. Die Mächte versuchen, ihn zu vermitteln, vor allem England. Admiral Norris erhält den förmlichen Auftrag³⁾, wenn die Gelegenheit da sei, als Bevollmächtigter Englands aufzutreten und entweder allein oder zusammen mit dem Gesandten in

¹⁾ Norris an Stanhope, 5. Aug. 1720. Berichte des Kapitäns Eaton vom 29. u. 30. Juli 1720. R. O.

²⁾ Norris' Berichte vom 13., 17., 20. Aug.; 11., 14., 17. 28. Sept.; 17., 31. Okt. 1720. R. O.

³⁾ Additional Instructions vom 6. April 1720. R. O.

Schweden zwischen den Kriegführenden zu vermitteln. Vor Nargen empfängt er einen Brief des Befehlshabers der russischen Flotte Graf Apraxin, der ihm ankündigt, der Zar sei bereit, zu verhandeln und einen Abgesandten Englands an seinem Hofe freundlich zu empfangen. Norris schickt zugleich mit seiner Antwort ¹⁾ ein Schreiben an den Zaren selbst, das aber Apraxin, einem empfangenen Befehl gemäß, uneröffnet zurückgibt. Da Peter sich also auf briefliche Verhandlungen nicht einläßt, so muß Norris sich auch dem Drängen Schwedens einstweilen versagen ²⁾. Zum Glück wird eben der noch fehlende Friede zwischen Schweden und Dänemark perfekt. Es war der letzte Triumph, den Carterat auf seiner nordischen Mission errungen hatte und das schon sinkende Ansehen Englands in Schweden ward wieder kräftig gehoben. Die Aussichten der Vermittlungsaktion aber wurden dadurch verschlechtert, daß es zur Zeit an der richtigen Harmonie zwischen den Westmächten fehlte ³⁾. In Frankreich dominierte ja damals der Einfluß des schottischen Finanzkünstlers John Law, der das System der Quadrupel-Allianz zu lockern und der französischen Politik einen englandfeindlichen Anstrich zu geben versuchte. Es gelang ihm insbesondere, die immer lebendige Handelseifersucht der Franzosen neu anzufeuern und sie, vielleicht zum ersten Male, auch auf das Gebiet des Ostseehandels zu lenken, in dem jetzt allerdings England neben dem sachte zurückweichenden Holland die Lage völlig beherrschte. Frankreich aber war bisher im Ostseehandel ganz leer ausgegangen ⁴⁾.

Unterdessen hatte Lord Stanhope bald erkannt, daß mit der Vermittlungspolitik im Norden so wenig zu erreichen war, wie mit der Flottenexpedition. Noch hielt er an dem Wunsche fest, den Zaren zu demütigen und die Ostsee von ihm zu erlösen. So hat er denn, kriegerisch gesinnt wie er war, den Plan gefaßt, eine Anzahl militärisch leistungsfähiger Staaten zu einer anti-russischen Koalition zu vereinigen und mit ihrer gesammelten

¹⁾ Apraxin an Norris, 8. Juni 1720. Norris an Apraxin 24. Juni 1720. R. O.

²⁾ Norris an Friedrich I., 15. Juni 1720. R. O. Über Apraxin vgl. History of the Russian Fleet under Peter the Great. (Publ. of the Navy Rec. Soc. XV) 77.

³⁾ Vgl. Droysen, Preuß. Politik, IV., 2. 1, 300.

⁴⁾ Norris an Stanhope, Stockholm 22.—25. Juni 1720. R. O.

Stärke einen entscheidenden Schlag gegen das so rasch emporgewommene Rußland zu führen. An verschiedenen Stellen setzen diese Versuche ein. Ihren stärksten Ausdruck aber finden sie in der Sendung Lord Cadogans nach Wien im Jahre 1720. Diese Mission diente mancherlei Zwecken. Persönliche und politische Motive liefen durcheinander und waren für die Zeitgenossen verwirrend genug ¹⁾. Für die historische Betrachtung spielen sie alle eine untergeordnete Rolle gegenüber der einen Frage. Man darf wohl sagen, in dieser Mission und in ihrem Ausgang lag das Schicksal des Nordens beschlossen. Von ihr wird deshalb ausführlicher zu reden sein.

* * *

Lord Cadogan ist den Lesern dieses Buches kein Unbekannter. Er war ebenso berühmt als General wie als Diplomat. Seine militärische Laufbahn hatte er unter Wilhelm III. begonnen, unter Königin Anna ruhmreich fortgesetzt und sie als einer der Bezwinger des jakobitischen Aufstandes von 1715 und 1716 ehrenvoll beschlossen. Nächst dem Herzog von Marlborough galt er als eine der ersten militärischen Autoritäten in britischen Landen, er rang mit Lord Stanhope, der sich ja im spanischen Kriege ausgezeichnet, um die Palme, und bei Hofe gingen die Meinungen auseinander in der Frage, wer von beiden wohl dereinst der Nachfolger des großen Marlboroughs sein werde im Oberbefehl über alle Truppen des Königreichs.

Aber auch als Diplomat hatte Cadogan seine Verdienste. Er war es, der 1715 den schwierigen Abschluß des Barriere-Vertrages zustande gebracht hatte, und auch unter den 1718 und 1719 im Haag geschlossenen Verträgen findet man seine Unterschrift. Überhaupt wurde er immer wieder von der Regierung entsandt, um die notwendigen Verhandlungen mit den Holländern zu führen. Er tat es meistens mit Geschick und Erfolg, nur um den Beitritt der Generalstaaten zur Quadrupel-Allianz hatte auch er sich vergeblich bemüht.

Cadogans Ehrgeiz kannte keine Grenzen, aber es fehlte

¹⁾ Ganz verfehlt ist die im D. N. B. 8, 185 gegebene Erklärung.

ihm auch nicht an Gegnern und Neidern. Als die Tories und die „unzufriedenen“ Whigs 1717 die Verbindung der drei starken Männer Stanhope, Sunderland, Cadogan, das verhaßte „Triumvirat“ zu stürzen versuchten, da schien ihnen Cadogan der angreifbarste zu sein, aber der Angriff ward abgeschlagen. Zwei Jahre später, als die englischen Minister sich von den Deutschen emanzipieren, hat Cadogan die Partei der Deutschen ergriffen, und bei den Zusammenstößen der Nationen erblickt man ihn auf der deutschen Seite. Ein Intriguenspiel hebt an, jener Wettlauf um die Gunst des Monarchen, in dem die Engländer nach einem Jahre den Sieg davontragen, nämlich in dem Augenblick, als ihnen die Wiedervereinigung der ganzen Whigpartei gelungen ist. Die Deutschen werden gestürzt, und aus ihrer Macht am Hofe von St. James ist es ein für allemal zu Ende. Aber ihr Verbündeter, Cadogan, ist geblieben, denn er hat sich in der Gunst Georgs I. behauptet.

Ohne dieses Londoner Intriguenspiel von 1720 wäre auch die Sendung Cadogans nach Wien gar nicht zu verstehen. Die politischen Ziele der Mission waren ja wichtig genug, aber daß gerade Cadogan entsandt wurde, hatte noch einen besonderen Grund. Die Kundigen wußten genau, daß die englischen Minister ihn möglichst lange fernzuhalten wünschten. Schon bei den Verhandlungen, die er im Haag führte, hatte dies eine Rolle gespielt. Er war ein Gegner der *Peerage Bill* von 1719 gewesen, und seine Anwesenheit in London schien gefährlich. Schon damals war die Sendung nach Wien beschlossene Sache. Sie hat sich freilich, wir werden gleich hören, warum, noch um etliche Monate verzögert. Aber unterdessen hielt man ihn im Haag fest. Man sagte ihm ¹⁾, Prinz Eugen und Sinzendorff hätten angedeutet, wie nützlich es wäre, wenn Cadogan sich bereit hielte, jederzeit nach Wien zu reisen. Und dem Kaiser gedachte man mit der angekündigten Sendung noch einen heilsamen Schrecken einzujagen.

Das führt uns zur Betrachtung ähnlicher Verhältnisse am Kaiserhofe.

Der Beschluß zur Entsendung Cadogans fiel just in eine Periode, da auch in Wien ein häßliches Intriguenspiel im Werke

¹⁾ Schaub an Saint Saphorin, London, 19. Dez. 1719. H. A.

war. Der nicht eben durch Geistesschärfe und Menschenkenntnis hervorragende Kaiser Karl VI. hatte sich durch untergeordnete Persönlichkeiten in einen gewissen Gegensatz zu dem ersten Manne seines Hofes, dem Prinzen Eugen von Savoyen, verstricken lassen ¹⁾. „Die Autorität der Minister ist fast auf ein Nichts reduziert. Sie sehen sich von einer Menge ganz unwissender Leute kontrolliert, und man weiß nicht mehr, an wen man sich wenden soll, um politische Geschäfte zu erledigen“. So klagt der englische Gesandte in Wien ²⁾. Und wenn es diesen kleinen Geistern mit ihren dunklen Umtrieben auch zunächst nur darauf ankam, die Entfernung des weltberühmten Feldherrn und Staatsmannes vom Kaiserhofe zu erreichen, so verband sich mit diesen Bestrebungen alsbald auch ein politisches Ziel. Der alte Intrigant unter den Häuptern Europas, Viktor Amadeus, König von Sardinien, bemühte sich damals für seinen ältesten Sohn, den Prinzen von Piemont um die Hand der jüngeren Tochter Josefs I., der Erzherzogin Maria Anna. Was er damit bezweckte, ist leicht einzusehen. Noch war die Thronfolge der kleinen Tochter Karls VI., der erst zweijährigen Maria Theresia und damit auch die Unteilbarkeit des Habsburger Reiches, höchst unsicher, die Pragmatische Sanktion hatte ihren Rundgang durch die Landtage der Monarchie noch nicht angetreten, und vollends fehlten noch die ihr später in so stattlicher Menge zu Teil gewordenen Garantien der europäischen Kabinette. So hoffte denn Viktor Amadeus durch jenen Ehebund wenigstens einen Anspruch seines Hauses auf das Herzogtum Mailand, vielleicht gar auf den ganzen italienischen Besitz des Hauses Habsburg begründen zu können. Und da nun Prinz Eugen in richtigem Verständnis für das Interesse seines kaiserlichen Herrn als der Hauptgegner des erwähnten Heiratsplanes auftrat, so richtete sich gegen ihn der Zorn seines königlichen Veters, und in den Händen des sardinischen Gesandten in Wien liefen die Fäden der gegen den Prinzen gesponnenen Verschwörung zusammen.

Allein sie verfehlte vollkommen ihren Zweck. Zwar lieb Karl VI. den ihm vorgetragenen Anschuldigungen gegen Eugen

¹⁾ Vgl. Arneth, Prinz Eugen 3, 37 ff.

²⁾ Saint Saphorin an Robethon, Wien, 6. Dez. 1719. H. A.

gläubig sein Ohr. Der Prinz selbst aber, dem alles verraten wurde, forderte Genugtuung und erklärte sich bereit, alle seine Ämter niederzulegen. Die angestellte Untersuchung ergab die Haltlosigkeit sämtlicher Anklagen, ein Strafgericht erfolgte mit Auspeitschung und Verbannung des Hauptschuldigen, und der nun gründlich aufgeklärte Karl VI. verharrte fortan in herzlichen Beziehungen zum Prinzen Eugen, solange dieser am Leben war.

Und doch war auch mit jenem Strafgericht die Lage der Dinge am Wiener Hofe nicht viel anders geworden. Der Kampf um den Besitz der Macht, die ein Kreis von Höflingen den legitimen Ratgebern des Monarchen zu entreißen sucht, währt fort. Ein Graf Althan, von den Diplomaten „*le favori*“ genannt, besitzt das Ohr des Kaisers. Er erscheint an der Spitze der „Kabale“, hinter ihm stehend *Messieurs les Savoyards*, die Leute des Königs von Sardinien, und auch wohl die spanischen Ratgeber Karls VI. Der Kaiser selbst schwankt hin und her zwischen diesen, wie man im konstitutionellen Staate sagen würde, unverantwortlichen Ratgebern und den im Amte befindlichen Ministern.

Die geschilderten Intrigen, und insbesondere der Heiratsplan des Prinzen von Piemont mit einer Erzherzogin, hatten nun aber noch ein besonderes Interesse für England. Viktor Amadeus hatte stuartisches Blut in seinen Adern. Seine Großmutter war eine Enkelin Karls I. gewesen, er selbst einer der berühmten 54 Anverwandten der britischen Königsfamilie, die bei der Thronerhebung des Hauses Hannover übergegangen worden waren. Die Regierung von St. James' beobachtete sein Verhalten stets mit einem gewissen Mißtrauen; in einer Verschwägerung seines Hauses mit den Habsburgern meinte sie eine unmittelbare Gefahr für den englischen Thron erblicken zu müssen. Kaum hatten sich die Geister in England beruhigt über die Ehe des stuartischen Prätendenten mit Clementine Sobiesky, so entstand eine neue Erregung über die Aussicht auf eine habsburgisch-piemontesische Heirat. Das Verhalten des Kaisers war schon bei der Gefangennahme und bei der Flucht Clementines den englischen Staatsmännern verdächtig genug erschienen. Wie kann wohl, ließ man ihm

sagen ¹⁾, der König von England und die Nation Vertrauen zu ihm fassen, „wenn er nach der eben erfolgten Vermählung der Prinzessin Sobiesky sofort eine andere Nichte, und dieses Mal sogar eine Erzherzogin, einem zweiten Prätendenten zur Gattin geben würde?“ Tatsächlich lag in dieser neuen Jakobitengefahr der letzte äußere Anlaß für die Sendung Cadogans. Stanhope gab es offen zu. Was hinzu kam, die Bemühungen um die Investituren für Bremen, Verden und Stettin (wo von wir noch zu reden haben), schrieb Stanhope vertraulich an St. Saphorin, sind nicht die Hauptsache. Immerhin „können sie in der Öffentlichkeit sehr gut zum Vorwand für die Reise dienen“. So betrachtet, erscheint diese Reise wie eine von England aus inszenierte Hilfsaktion für den Prinzen Eugen, von dem man erwartete, daß er den gefürchteten habsburgisch-piemontesischen Ehebund hintertreiben werde. Cadogan soll sich ganz nach den Wünschen des Prinzen richten, und eine andere Instruktion wird er in dieser Sache vom Könige nicht erhalten.

„Es ist eines so großen Mannes würdig“, so schrieb Lord Stanhope, der alte Verehrer des Prinzen Eugen ²⁾, „daß er auch mit seinem Herrn ringt und seinen eigenen Ruin riskiert, um ihn von einer solchen *marriage fatal* abzuhalten.“ Die Handlungsweise des Prinzen Eugen scheint ihm um so bewunderungswürdiger, da es sich um einen Prinzen des Hauses Savoyen, d. h. um seine eigene Verwandtschaft handelt. Gewiß würde er auch, fährt Stanhope fort, den Verzicht auf seine Ämter mit derselben Seelengröße ertragen, mit der er seine Schlachten geschlagen hat. Doch so weit, d. h. zu seiner Amtsentlassung, darf es nicht kommen. So sehr man in England auf den Prinzen rechnet, „bitten Sie ihn, beschwören Sie ihn im Namen des Königs und seiner Diener, nichts zu überellen!“

Allein, man darf kein Mittel verschmähen. Wenn der gute Wille des Prinzen und die diplomatische Kunst Cadogans versagen, so muß man es mit klingenden Argumenten versuchen. Saint Saphorin hatte gemeldet ³⁾, daß in Wien 100 000

¹⁾ Stanhope an Saint Saphorin, Hannover, 4. Nov. 1719. Han. Arch.

²⁾ Lettre secrète. Hannover, 24. Nov. 1719. H. A.

³⁾ Saint Saphorin an Stair, 3. Dez. 1719. H. A.

Pistolen bereit lagen, welche von den Leuten des Königs von Sardinien unter die Kabale, d. h. unter die Gegenspieler des Prinzen, an dem Tage verteilt werden sollen, an dem der habsburgisch-piemontesische Heiratsbund öffentlich bekannt gemacht wird. So soll denn auch Cadogan in der Lage sein, mit denselben Waffen zu kämpfen, und Saint Saphorin soll die Summe nennen, die dafür nötig erscheint und die man dem Lord von London aus mit auf den Weg geben müßte.

* * *

Wir haben den Versuch gemacht, ein wenig hineinzuleuchten in das Gestrüpp der Intriguen in London wie in Wien, Intriguen, wie sie vielleicht überall da spielen, wo regiert wird, nur daß der nachlebende Historiker nicht immer in der Lage ist, ihre Wirkungen auf den Gang der Ereignisse genau abzuschätzen. Hier liegen sie einmal klar zu Tage. Cadogan wird entsandt, weil man ihn in London los werden möchte. Denn der alte Marlborough, vom Schlage gerührt, kann täglich sterben, und dann sind Stanhope und Cadogan die Rivalen um die Nachfolge auf den gewinnbringenden Posten des Höchstkommmandierenden. Wien aber ist weit genug von London entfernt. Und auch dort gibt es für einen Mann wie Cadogan genug nützliche Arbeit zu verrichten. Vor allem soll es sich darum handeln, den schwankenden Kaiser bei dem durch die Quadrupel-Allianz von 1718 geschaffenen System festzuhalten, und wenn es möglich wäre, so galt es, ihn von der Kabale zu erlösen und ihn wieder auf den Weg der echten österreichischen Politik zurückzuführen. Wichtige Zwecke, die zu erreichen die Kraft des Herrn von Saint Saphorin, des gewöhnlichen Vertreters Georgs I. in Wien, zu schwach sein dürfte.

Aber nun folgt eine Überraschung. Die Häupter der österreichischen Regierung, und gerade diejenigen, denen Cadogan zu Hilfe kommen soll, sind durch die Ankündigung seines Erscheinens in der Wienerstadt aufs höchste bestürzt. Es war schon ungünstig, daß Sinzendorff bereits aus Holland die Auskunft erhalten hatte, man schicke Cadogan nach Wien nur, damit er nicht nach London kommen könne. Saint Saphorin gab sich alle Mühe, diese Auffassung zu widerlegen, aber umsonst. Jedenfalls war unter diesen Umständen ein günstiger Verlauf der Verhandlungen kaum zu erwarten. Und wie wenig schien

auch gerade Cadogan geeignet, in einer so heiklen Angelegenheit wie jener Heiratsplan es war, zu intervenieren. Im Haag hatte Cadogan einmal in der Weinlaune die wichtigsten Geheimnisse ausgeplaudert. In Wien wird ein Glas Tokayer genügen, um ein ähnliches Unheil anzurichten. „Sie glauben gar nicht“, sagte Prinz Eugen gemütlich zu Saint Saphorin, „wie vorsichtig man hier sein muß. In jedem Hause gibt es Lakaien, die alles aushorchen und alles verraten“. Und dann malte er lachend und in lebhaften Farben die Szenen aus, die sich zutragen würden, wenn der weinselige Lord in der fröhlichen Wienerstadt erschiene. Eugen und Sinzendorff beraten ernsthaft mit dem Kaiser, Saint Saphorin weiß es zwar noch zu verhindern, daß man sich von Wien aus den Besuch Cadogans in aller Form verbittet, aber er selbst möchte diesen Besuch, den von Freund und Feind gefürchteten, wenigstens verschoben wissen, er bittet, daß Cadogan vorläufig im Haag bleibe, bereit zur Abreise, aber weitere Befehle erwartend ¹⁾.

Soviel hat er wirklich erreicht. Die Mission Cadogans ist um Monate hinausgeschoben worden, und, als sie zur Ausführung gelangte, erhielt sie, da sich so vieles inzwischen zugetragen hatte, einen wesentlich andern Inhalt, als es noch 1719 der Fall gewesen wäre.

* * *

Aber es genügt nicht, nur auf das Ungewöhnliche in der Rolle, die Cadogan spielte, hinzuweisen. Die Stellung des regelmäßigen Vertreters Georgs I. am Wiener Hofe, desjenigen, mit dem Cadogan zusammenarbeiten sollte, war noch viel ungewöhnlicher, noch viel mehr herausfallend aus aller diplomatischen Regel. Fügen wir also auch über ihn noch einige Worte hinzu.

Es war Saint Saphorin, der waadtländische protestantische Edelmann, der in jungen Jahren im Dienste der Holländer und des Prinzen Eugen gefochten ²⁾, (daher er auch offiziell stets *Monsieur le Général* genannt wird) dann in verschiedener Herren

¹⁾ Nach den vertraulichen, durch Kurier übersandten Briefen Saint Saphorins an Stanhope u. Schaub vom 15., 16. Nov., 6. Dez. 1719. H. A.

²⁾ Vgl. E. Bonjour, Die Schweiz u. Savoyen im spanischen Erbfolgekrieg. (Archiv des Hist. Vereins des Kantons Bern. 1927.)

Länder sich diplomatisch betätigt und endlich seit 1716 die Vertretung Georgs I. am Hofe Karls VI. geführt hat.

Aber hier begannen die Widersprüche damit, daß er eigentlich überhaupt kein Gesandter war. Nach der *Act of Settlement* durfte kein Nichtengländer ein englisches Staatsamt bekleiden. So waren ihm zwar, als er den Wiener Posten übernahm, die üblichen Beglaubigungsschreiben mit auf den Weg gegeben worden, aber den Gesandtencharakter durfte er nicht erhalten. Auch so pflegte die Opposition im Parlament jede Gelegenheit zu benutzen, um der Regierung die Beschäftigung dieses Ausländers an so wichtiger Stelle zum Vorwurf zu machen, und es waren besonders die Brüder Walpole gewesen, die in der Zeit ihres Streites mit den Ministern dieses Thema anzuschlagen pflegten. Saint Saphorin, davon hörend, erbat loyal die Erlaubnis, sich zurückziehen zu dürfen. Aber die englischen wie die deutschen Minister fanden ihn in Wien unentbehrlich, und Bernstorff scherzte, er dürfe seine Spaziergänge bis nach Schönbrunn ausdehnen, aber nicht weiter ¹⁾.

Immerhin hatte diese Betätigung in der hohen Diplomatie ohne amtlichen Charakter auch ihre Vorzüge. Die österreichischen Minister fanden den Verkehr mit Saint Saphorin viel bequemer und zwangloser als mit den zünftigen Diplomaten. Er begleitete Sinzendorff auf seinen Spaziergängen, er konnte frei von der Leber reden, durfte auch starke Worte gebrauchen, und wenn die Minister darüber betroffen waren, so hatte er eben nur als Privatmann gesprochen ²⁾. Sogar der Majestät gegenüber gab es für ihn noch kleine Erleichterungen. Denn da er nicht der strengen Regel einer Rangordnung unterworfen war, so öffneten sich ihm auch manches Mal rascher als den neben ihm antichambrierenden *envoyés* die Türen des kaiserlichen Kabinetts zur erbetenen Audienz ³⁾.

Die Hauptschwierigkeit seiner Stellung lag nun aber darin, daß niemand, und auch nicht er selbst, so recht wußte, von wem er eigentlich seine Aufträge zu empfangen habe. Dem Namen nach natürlich vom Könige. Aber Georg I. war König und

¹⁾ Schaub an Saint Saphorin, 27. Dez. 1718, 3. Febr. 1719. Saint Saphorin an Schaub 21. Jan. 1719. H. A.

²⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 13., 17. April 1720. H. A.

³⁾ Saint Saphorin an Schaub, 2. Dez. 1719. H. A.

Kurfürst in einer Person, und er pflegte ja die Grenzen zwischen den Pflichten seiner beiden hohen Ämter nicht allzu ängstlich zu beobachten. Freilich gab es für die rein hannövrischen Sachen auch einen eigenen Gesandten in Wien, den Freiherrn von Huldenberg. Seine Berichte zeigen, daß die Kaiserin Amalie lebhaft Beziehungen zum hannövrischen Hofe unterhielt und daß sie auch die diplomatischen Aktionen Huldenbergs gelegentlich unterstützt hat. Aber auch auf diesem Gebiete gab der weltkluge, vielwissende und energische Saint Saphorin als der persönliche Vertrauensmann Georgs I. oft die letzte Entscheidung. Wenn Huldenberg versagt, wendet sich wohl der hannövrische Minister Bernstorff mit der dringenden Aufforderung an Saint Saphorin: „Nun sagen Sie doch bitte den Ministern des Kaisers einmal gründlich die Wahrheit!“

Da nun aber Georg I. in Hannover absolut, in England als konstitutioneller König von Parlament und Ministern abhängig war, so gab es Widersprüche über Widersprüche. „Kein im Auslande beschäftigter Minister Englands“, klagt Saint Saphorin, „hat ein so dornenvolles Amt wie ich“. Denn wenn die anderen einfach durch die Staatssekretäre ihre Weisungen erhalten, so hat er oft, und nicht nur wenn es sich um deutsche Sachen handelt, vom Monarchen selbst Befehle entgegenzunehmen. Georg I. schreibt in diesem Falle deutsch, da er selbst so wenig wie Saint Saphorin der englischen Sprache mächtig ist, die englischen Staatssekretäre aber schreiben französisch, da sie das Deutsche nicht verstehen, und jeder gibt seine eigenen Befehle. Da kommt Saint Saphorin leicht in Verlegenheit. „Ich bitte Ew. Exzellenz inständigst“, schreibt er einmal an den Staatssekretär, „raten Sie mir doch selbst, was ich tun soll, wenn ich direkte Befehle vom Könige erhalte, die gleichwohl nicht übereinstimmen mit den Aufträgen, die ich von Ihnen, und gleichfalls im Namen des Königs, empfangen ¹⁾.“

Und doch war der gewandte, kluge und kenntnisreiche Mann über alle diese Widersprüche Herr geworden. Er hatte mit dem Vertragswerk von 1718, wenn auch nur als der verständnisvolle Helfer Stanhopes, sein Bestes geleistet. Er lebte

¹⁾ Saint Saphorin an Lord Stanhope. Wien, 4. März 1720. (Durch Kurier.) Han. Arch.

und verhandelte behaglich im Kreise der Wiener Staatsmänner. Er war stolz auf die einzigartige Stellung, die er in Wien einnahm. „Sie verbergen mir nichts von ihren Privatangelegenheiten“, schreibt er einmal ¹⁾, „und ich rede mit ihnen gerade so, als wäre ich einer ihrer Kollegen im Dienste des Kaisers“. Da trug sich nun die merkwürdigste und für ihn selbst die unerfreulichste Episode seiner ganzen Laufbahn zu, als jener Lord Cadogan in Wien erschien, und als die beiden verschiedenartigen Naturen neben einander zu wirken berufen waren; Cadogan als der im Range höher Stehende, Saint Saphorin der bessere Kenner des Wiener Hofes und auch besser vertraut mit den zur Verhandlung kommenden Fragen, über die er hundert Mal gesprochen und geschrieben hat, während Cadogan ihnen als vollkommener Neuling gegenübersteht. So konnte es kaum zu einem harmonischen Zusammenwirken der beiden England vertretenden Diplomaten kommen ²⁾. Saint Saphorin ist von vornherein mißtrauisch, er verspricht sich nicht viel von der Zusammenarbeit mit Cadogan und würde sich am liebsten zurückziehen. „Wenn er nicht ehrlich mit mir vereint handeln will, so kann ich nur als simpler Zuschauer daneben stehen“ ³⁾. Aber an ihm, Saint Saphorin soll es nicht liegen, wenn die Verhandlung scheitert. Zwar hat er das Seinige getan, um die Reise Cadogans zu verhindern. Aber seitdem sie beschlossene Sache ist, arbeitet er redlich, um dem Kommenden seine Aufgabe zu erleichtern. Cadogan kommt, und anfangs geht alles vortrefflich. „Ich habe alle Ursache zufrieden zu sein“, schreibt Saint Saphorin, „sowohl mit dem Vertrauen, das er mir schenkt, wie mit seinem guten Willen, sich belehren zu lassen“. Aber es bleibt nicht dabei. In den Verhandlungen, die sie Seite an Seite mit den Österreichern führen, ist Cadogan schlecht unterrichtet, kommt jenen zu weit entgegen, und Saint Saphorin ist verzweifelt. Sind sie dann allein, so spielen sich zwischen ihnen Szenen ab, die zu nichts Gutem führen können. Das Verhältnis wird gespannter, für Saint Saphorin bald unerträglich; und da er hört, daß der Lord noch Monate lang in Wien bleiben soll, bittet er selbst um die Erlaubnis, sich zurückziehen

¹⁾ An Stanhope, Wien, 10. Febr. 1720. H. A.

²⁾ Das folgende, nach zahlreichen offiziellen und privaten Briefen Saint Saphorins im Staatsarchiv Hannover.

³⁾ An Bernstorff, 13. Apr. 1720. H. A.

zu dürfen. „Lieber möchte ich betteln gehen, als diese Aufregungen noch länger ertragen“. „Bei Ihrer Freundschaft flehe ich Sie an“, schreibt er dem hannövrischen Minister Bernstorff, „erlösen Sie mich von dieser Galeerensklaverei“.

Unterdessen scheint Cadogan in Wien auch seine eigenen Pläne zu verfolgen. Man wundert sich, daß er keine Spur von der gefürchteten Heftigkeit zeigt, er ist den Österreichern gegenüber milde und entgegenkommend und zwingt Saint Saphorin dadurch, den englischen Standpunkt umso schärfer zu vertreten. Als Cadogan gekommen war, hatte Prinz Eugen ihm selbst geraten, sich auch mit Althan, *le favori*, gut zu stellen. Bald bemerkt Eugen, daß der Lord den Rat nur allzu genau befolgt hat. Die Wirkung erstreckt sich bis in das Kabinett des Kaisers. Karl VI. sagt, er habe immer gewußt, daß er an Stanhope einen Freund besitze. Aber dieser Lord Cadogan scheine seinen Interessen noch mehr als jener geneigt zu sein. In Diplomatenkreisen glaubt man auch zu wissen, was Cadogan mit dieser Haltung bezweckt. Er erwarte, heißt es, einen neuen Krieg, den England und Österreich gemeinsam gegen Frankreich, vielleicht gegen ein mit Spanien verbündetes Frankreich zu führen haben werden. In einem solchen Kriege möchte Cadogan die englischen Truppen an der Seite der Österreicher kommandieren, und für diesen Fall will er sich die Fürsprache des Kaisers verschaffen.

Man denkt, wenn man von diesen Ausstreunungen hört, die sogar in Frankreich wiederholt werden, zurück an die militärischen Ereignisse des spanischen Erbfolgekrieges, an das Zusammenwirken von Eugen und Marlborough, man denkt an Höchstädt und Ramillies und bemerkt, wie leicht nach der Meinung der Politiker jener Tage das alles sich jederzeit wiederholen konnte, nur mit dem Unterschiede, daß an der Stelle des kranken Marlborough jetzt Lord Cadogan neben dem Prinzen Eugen im Felde stehen würde. Und man kann dieser Vorstellung umso leichter folgen, als eben damals, in der Epoche John Laws, die innere Politik Frankreichs einen neuen Krieg durchaus im Bereich der Möglichkeit erscheinen ließ.

Alle diese Umstände lasteten schwer auf dem Zusammenwirken der beiden englischen Diplomaten. Der Mißerfolg ihrer Verhandlungen schien unausbleiblich. Sie pflegten gemeinsam ausführliche Berichte an ihre Regierung zu schicken.

Die Berichte waren von Saint Saphorin verfaßt, aber ihre Sprache war die Sprache Cadogans. Da klang alles so friedlich, sanftmütig und hoffnungsvoll, daß die kritischen Punkte kaum mehr zu erkennen waren. So meinte Saint Saphorin, es nicht dabei bewenden lassen zu sollen. Neben den offiziellen, von ihm zusammen mit Cadogan unterzeichneten, Berichten schrieb er persönliche Briefe an Stanhope, an Bernstorff, an Schaub, unterrichtete er seine Auftraggeber über den eigentlichen Stand der Dinge am Wiener Hofe und empfahl ihnen, doch nur nicht alles zu glauben, was in den *Lettres communes* zu lesen war.

Doch kommen wir zu dem materiellen Inhalt der Wiener Verhandlungen.

* * *

Liest man die Instruktion Cadogans, die freilich, als er in Wien erschien, schon 4 ½ Monate alt war, so hätte er keine wichtigere Aufgabe gehabt, als den Kaiser zur Erteilung der Investituren für Bremen und Verden und für Stettin zu bewegen. Dabei handelte es sich um die in den Friedensschlüssen der letzten Jahre von der Krone Schweden an Hannover und an Preußen abgetretenen Gebiete. Da diese sämtlich zum Reiche gehörten und auch von Schweden nur als Reichslehen beherrscht worden waren, so bedurfte der eingetretene Wechsel der Herrschaft, um völlig rechtskräftig zu sein, noch der kaiserlichen Bestätigung, d. h. der Belehnung der neuen Landesherren mit den neuerworbenen Gebieten. Also eine bloße Formalität, wird man sagen, von der nicht viel Aufhebens zu machen war. Und man muß sich schon die konstitutionellen Verhältnisse des alten Reiches vergegenwärtigen, um zu verstehen, daß dennoch wegen einer scheinbar so harmlosen Angelegenheit die größten Schwierigkeiten entstehen konnten. Man kann dabei wohl Betrachtungen anstellen über die schwachen und die starken Seiten der Position des römischen Kaisers. Auf jene Gebietsverteilungen hatte er kaum Einfluß zu üben vermocht. Sobald er aber als oberster Befehlsherr im Reiche in Funktion treten sollte, war er in der Lage, das Gewicht der Macht Österreichs in die Wagschale zu werfen und die von ihm geforderten Funktionen zu üben oder zu versagen, je nachdem wie es dem Interesse Österreichs entsprach. Mit anderen Worten: die Erteilung der Investituren wurde in

der Hand Karls VI. zu einer rein politischen Angelegenheit, bei deren Erledigung die Beziehungen Österreichs zu den Mächten, nämlich zu England — Hannover, zu Preußen, zu Schweden, zu Rußland eine entscheidende Rolle spielten. So gab man am Kaiserhofe diese Waffe der Politik auch ungern aus der Hand, die Frage der Investituren wurde immer wieder hinausgeschoben und es lag nicht allein an der Ungeschicklichkeit Cadogans, wenn er endlich unverrichteter Dinge aus Wien abzog.

Aber, wie schon angedeutet, die historische Wichtigkeit der Sendung lag überhaupt nicht in der Frage, ob es ihm gelingen würde, den Wiener Staatsmännern die Investituren abzugewinnen. Es ist vielmehr das Schicksal des Nordens, was uns, rückschauend, diese Mission interessant macht. Es ging um die Frage, ob der Friede zwischen Rußland und Schweden schlechthin so geschlossen würde, wie Peter der Große ihn wünschte, oder ob eine Möglichkeit vorhanden war, die Zarenmacht noch in letzter Stunde mit Waffengewalt von den Gestaden der Ostsee abzudrängen. Neben dieser Frage dürfte uns die Angelegenheit der Investituren völlig kalt lassen und sogar der damals in Deutschland schwebende Religionsstreit, mit dem auch Cadogan sich befaßte, kommt uns daneben geringfügig vor.

* * *

Ehe wir jedoch den Verlauf dieser Mission schildern, haben wir uns noch mit einer andern Angelegenheit bekannt zu machen, die damals auf die Beziehungen des Hauses Habsburg zur Regierung von England Einfluß gewann. Es handelt sich um die Schicksalsfrage Österreichs im 18. Jahrhundert, um die Pragmatische Sanktion. Für einen Augenblick schien sie internationale Bedeutung zu gewinnen, schien sie den englisch-österreichischen Beziehungen den Stempel aufdrücken zu sollen. Dann verschwand sie aus den diplomatischen Erörterungen ebenso rasch, wie sie aufgetaucht war, um erst nach Jahren abermals die Kabinette in Bewegung zu setzen.

Es ist bekannt ¹⁾, wie Karl VI. in felerlicher Versammlung

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung „Das Original der Pragmatischen Sanktion Karls VI.“ (Abhandlungen der Preussischen Akademie der Wissenschaften, Jahrg. 1929. Phil.-hist. Klasse, Nr. 1.)

am 19. April 1713, in denselben Tagen, als ohne ihn in Utrecht der Friede unterzeichnet wurde, vor seinen Ministern und Geheimen Räten den Familienvertrag von 1703, das sogenannte *Pactum mutuae successionis*, verlesen ließ und den Inhalt in mündlicher Rede erläuterte. Er tat es nicht aus eigenem Antriebe, sondern dem Drängen seiner Schwägerin Amalie, der Witwe Josephs I., nachgebend, welche die Rechte ihrer Töchter gegenüber den Schwestern ihres Gatten, d. h. den Töchtern Leopolds^f I. festgestellt zu sehen wünschte. Karl selbst, noch kinderlos, hätte mit der Verkündung der Thronfolge gern gewartet, bis ihm selber Kinder geboren wurden. Es kann also auch nicht davon die Rede sein, daß er schon damals, 1713, nur daran gedacht habe, als liebevoller Vater und besorgter Landesherr seiner Tochter Maria Theresia das Erbe zu sichern und zugleich in ihrer Hand seinen gesamten Länderbesitz über seinen Tod hinaus ungeteilt zu erhalten. Denn Maria Theresia hat erst vier Jahre später, 1717, das Licht der Welt erblickt.

Versetzen wir uns aber nun einmal in das Jahr 1719. Dem Kaiser waren inzwischen, nachdem der 1716 geborene Sohn bald wieder gestorben war, zwei Töchter geboren, die ältere der Töchter Josephs aber war soeben mit dem sächsischen Kurprinzen vermählt worden. Nun ging Karls Streben dahin, den Erbanspruch seiner Töchter unerschütterlich fest zu begründen. Zwar hatte er, den Ereignissen vorgreifend, diesen Erbanspruch schon durch den Staatsakt von 1713 zum Ausdruck gebracht. Aber was damals nebensächlich erschienen war, sollte fortan zum eigentlichen Inhalt der Thronfolgeordnung erhoben werden. Hatte damals die Auseinandersetzung (wir folgen dem Sprachgebrauch der Zeit) zwischen den leopoldinischen und josephinischen Erzherzoginnen den Gegenstand gebildet, so handelte es sich jetzt um die Auseinandersetzung zwischen den josephinischen und den (inzwischen geborenen) karolinischen Erzherzoginnen.

Zwischen dem *Pactum* und der Pragmatischen Sanktion, wie das Protokoll von 1713 gewöhnlich genannt wird, hat nun die Welt zweihundert Jahre lang einen Widerspruch zu erkennen gemeint. Schien das *Pactum* mit der berühmten, von den josephinischen Töchtern (im Hinblick auf die karolinischen) gebrauchten Wendung *quae eas ubivis semper praecedunt* den Vorrang der Töchter Josephs vor den Töchtern Karls stabilisiert

zu haben, so hatte Karl nach der Pragmatischen Sanktion gerade aus dem *Pactum* den Vorrang seiner eigenen Töchter vor denen seines Bruders hergeleitet oder herausinterpretiert.

Staunend las man in einem und demselben Aktenstück, nämlich in dem Protokoll von 1713, wie der Kaiser vor seinen Großen das *Pactum* von 1703 hatte verlesen lassen, um sodann, gleichsam in einem Atem eine Erläuterung desselben zu geben, die zu dem gehörten Wortlaut gar nicht zu passen schien. Die einfachste Erklärung des wunderlichen Widerspruchs schien nun darin zu liegen, und muß auch wohl darin gefunden werden, daß Karl VI. durch seinen Staatsakt von 1713 eine neue Thronfolgeordnung an die Stelle der alten gesetzt hat. Er hat eben, so sagt z. B. Arneth, der große Kenner der Geschichte Österreichs im 18. Jahrhundert¹⁾, von dem Rechte des Throninhabers Gebrauch gemacht, „die Gesetze zu ändern, welche einer seiner Vorfahren erlassen“. Und die merkwürdige Form einer falschen Auslegung des *Pactum* hat er wohl gewählt, um sich nicht öffentlich mit dem auch von ihm selbst beschworenen *Pactum* in Widerspruch zu setzen. Nun ist zwar die neueste Forschung durch eine scharfsinnige, vielleicht allzu scharfsinnige Auslegung des Wortlauts dahin gelangt, die Auffassung Karls von dem besseren Rechte seiner eigenen Töchter auch wirklich in dem *Pactum* ausgedrückt finden zu wollen. Aber trotz alledem wissen wir doch, daß diese Auffassung nicht allgemein war, nicht einmal am Wiener Hofe, wo selbst ein Augenzeuge von den „vielen Zensuren“ berichtet, denen dieser „*actus* unterworfen“ gewesen, und wo später, 1719, die Minister sich in der Konferenz noch einmal mit der Frage beschäftigten, ob es der Sinn der Worte *quae eas ubivis semper praecedunt* sein sollte, oder auch nur sein konnte, die Töchter Karls von der Erbfolge auszuschließen. Und wenn sie die Frage auch energisch verneinen, so haben doch offenbar auch sie das Empfinden, daß man auch anders urteilen könnte.

Ja, Karl VI. selbst hat im Ernste nicht erwartet, daß die josephinischen Linien das Vorrecht seiner Töchter anerkennen, oder ihr eigenes besseres Recht durch ihre halb erzwungenen

¹⁾ An vielen Stellen, u. a. noch in dem Artikel „Karl VI.“ Allgem. dtsh. Biogr. 15, 1882.

Verzichtserklärungen für beseitigt halten würden. „Er weiß genau“, so schrieb 1727 Saint Saphorin, „daß der Kurprinz von Sachsen kein Verständnis dafür hat, wieso die Verzichtleistungen der Prinzessin, seiner Gemahlin, sie der Rechte berauben könnten, welche sie als Vertreterin der älteren Linie besitzt.“ Karl VI. ist bis an das Ende seines Lebens diese Sorge nicht los geworden und meinte darum, niemals genug Garantien für seine Pragmatische Sanktion erhalten zu können, innerhalb Österreichs, wie im Auslande.

So der Wiener Hof. Wie natürlich erscheint es da, wenn man außerhalb Wiens und Österreichs von so feinen Interpretationen nichts wußte und wissen wollte. Hier hat immer die Auffassung von der willkürlichen Änderung der Thronfolge durch Karl VI. geherrscht. So steht es in den politischen Deduktionen des Auslandes, zuerst in derjenigen Sachsens im Jahre 1741, und so haben es die Rechtshistoriker und die Historiker bis ins 20. Jahrhundert hinein wiederholt. Über den Widerspruch zwischen *Pactum* und Pragmatische Sanktion sind sie nicht hinweggekommen. In der durch Karl selbst und seine Leute geschaffenen Unklarheit lag also der Keim des welt-historischen Konflikts, der nachmals zum Österreichischen Erbfolgekriege führte. Und dem gegenüber spielt es für den Historiker auch gar keine Rolle, wie der Kaiser selbst sich mit jenem Widerspruch abfand, und wie man ihn dort interpretierte. Das Verhängnis lag darin, daß die Pragmatische Sanktion sich selbst auf das *Pactum* berief und daß die Welt, d. h. die fremden Fürsten und Diplomaten aus dem *Pactum* schlechthin den Vorrang der josephinischen vor den karolinischen Erzherzoginnen herauslasen.

Doch genug davon¹⁾. Denn wir haben es hier vielmehr mit der Bedeutung dieser Frage für die englisch-österreichischen Beziehungen zu tun. Die Kaiserin Amalie hat gleich nach dem Staatsakt, noch an demselben 19. April 1713, ihren Vetter den Kurfürsten Georg Ludwig von Hannover, in einem eilig hingeworfenen Briefchen von dem Geschehenen in Kenntnis gesetzt. Drei Tage nachher, am 22., hat sie ihm alle Einzelheiten des

¹⁾ Ich gedenke, auf Grund neuen Materials an anderer Stelle noch einmal auf das Thema zurückzukommen.

Hergangs in einem ausführlichen Schreiben genau berichtet¹⁾. Und endlich hat acht Jahre später, 1727, Saint Saphorin, nachdem er England über ein Jahrzehnt am Wiener Hofe vertreten, das Geheimnis ausgeplaudert, die Kaiserin Amalie habe seiner Zeit den Wortlaut des *Pactum* vor ihren Töchtern sorgfältig geheim gehalten. Die ihr übergebene Ausfertigung des Schriftstücks aber habe sie in Sicherheit gebracht und guten Händen anvertraut, wahrscheinlich eben diesem Vetter, dem späteren Könige Georg I.²⁾.

Zwischen diesen beiden fürstlichen Verwandten hat enge Freundschaft bestanden; Georg als König von England ist Amaliens Helfer und Berater; sie unterstützt dafür die diplomatischen Aktionen des hannövrishen Residenten in Wien. Und einem Karl VI. mußte wohl der Verdacht nicht fernliegen, daß in einem etwa entstehenden Konflikte zwischen den Rechten seiner Töchter und denen seiner Nichten König Georg für die Nichten, die Töchter Amaliens, eintreten werde. Diese Sorge des Kaisers ist auch der Londoner Regierung nicht unbekannt, sie möchte sie gern zerstreuen, denn es liegt ihr fern, jetzt noch, da zwei Töchter des Kaisers am Leben sind, zum Schaden derselben den Anspruch der josephinischen Erzherzoginnen zu vertreten. Es hatte sich ja 1713 auch nur um die Auseinandersetzung zwischen josephinischen und leopoldinischen Ansprüchen gehandelt. Jetzt aber lebten auch zwei karolinische Erzherzoginnen.

Als nun 1719 Maria Josepha, die älteste der josephinischen Erzherzoginnen mit dem Kurprinzen von Sachsen vermählt worden war, da hatte Karl seine Thronfolgeordnung von 1713 dem Dresdner Hofe mitgeteilt. Maria Josepha hatte ihre „Renuntiation“ unterzeichnet, denn ohne eine solche hätte man die Prinzessin nicht fortgelassen. Die Thronfolgeordnung wird fortan Pragmatische Sanktion genannt, und nun setzen Karls Bemühungen ein, ihr alle Stützen und Garantien zu verschaffen, die zu haben sind. Seine Erbländer, das Reich, die Mächte Europas, alle sollen eingeschworen werden auf die Pragmatische Sanktion, er hat kein höheres Ziel mehr vor Augen als dieses. Sofort soll das Werk in Angriff genommen werden. Man bereitet schon

¹⁾ Beide veröffentlicht in meiner Abhandlung S. 48 ff.

²⁾ Ebd. S. 8 ff.

1719 den Gang zu den Landtagen vor, man denkt auch bereits an die Staaten Europas, und mit England, d. h. mit Georg I., dem Verwandten und Freunde der Kaiserin Amalie, soll der Anfang gemacht werden. Dann würden die anderen schon folgen.

* * *

Es war am 1. Dezember 1719, als der Hofkanzler, Graf Sinzendorff, dem Herrn von Saint Saphorin die Mitteilung machte ¹⁾, daß man im Kreise der österreichischen Regierung zur Zeit damit beschäftigt sei, die Thronfolge zu ordnen, und zwar mit Hilfe der Landtage. Es solle fortan feststehen, daß, wenn nicht noch ein Prinz geboren werde, die Töchter des regierenden Kaisers an erster Stelle erben sollten, nach ihnen die josephinischen und an dritter Stelle die leopoldinischen Erzherzoginnen. Zugleich gab aber Sinzendorff auch zu verstehen, man werde wahrscheinlich demnächst an die Regierung Englands mit dem offiziellen Ersuchen herantreten, die Garantie der so aufgerichteten Thronfolge zu übernehmen. Schon diese Andeutung erregte in London gewaltiges Aufsehen. Die Staatsmänner von St. James' waren sofort bereit, sogar freudig bereit, die Garantie zu leisten, aber freilich nicht umsonst. Hören wir darüber einmal Lukas Schaub, den Sekretär Stanhopes. Schaub schreibt an Saint Saphorin ²⁾: „Nichts könnte uns, wie die Lage am Kaiserhofe ist, gelegener kommen, als diese Eröffnung. Denn den Kaiser von der Falschheit der Anschauung, die man ihm beigebracht hat, als ob wir, im Einvernehmen mit seinen Ministern, zum Schaden seiner Töchter das Recht der josephinischen Erzherzoginnen begünstigten, ihn von der Falschheit dieser Anschauung zu überzeugen, wäre nichts geeigneter als die rasche Entschlossenheit, mit der der König, das Seinige dazu beitragen würde, um das Recht der Töchter des Kaisers sicher zu stellen. Wir würden dadurch am besten jene Eifersucht zerstören, die auch der eigentliche Grund ist für die Vorliebe der Kaiserin für den Prinzen von Piemont. Denn in ihm erblickt sie den verhaßtesten Gemahl und darum den ungefährlichsten, den sie für die jüngere der josephinischen Erzherzoginnen wählen könnte.

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 2. Dez. 1719. H. A. Y 42 vol. 15, fol. 67.

²⁾ London, 19. Dez. 1719. H. A.

So aber dürfen wir mehr als je hoffen, diese Heirat zu verhindern. Und das wird denn auch der Preis sein für unsere Garantie.“ In ähnlichem Sinne schrieb ein paar Tage später auch Lord Stanhope selbst ¹⁾. Er begleitete die im voraus gegebene Zusage der Garantie schon mit weitblickenden Betrachtungen, in denen er gleichsam ein Stück kommender europäischer Geschichte im Geiste vorwegnimmt. Der Kaiser, sagt Stanhope, könnte für sein Haus, für seine Lande, ja für ganz Europa kein heilsameres Werk vollbringen, als wenn er seine Thronfolge so ordnete, daß niemals ein Streit darüber entstehen könnte. Dafür sei es in der Tat nicht genügend, nur die Zustimmung der Stände von Österreich zu erhalten. Nicht minder wichtig wäre die des Reiches sowie die Mitwirkung der anderen, der am meisten auf die Ruhe des Weltteils bedachten Mächte. In dem König von England aber sollte er seinen nächsten und am meisten hilfsbereiten Freund erblicken; ihn muß er suchen. Über die gefürchtete Heirat aber drückt sich Stanhope fast noch schärfer aus, als Schaub es getan. „Wir schmeicheln uns“, schreibt Lord Stanhope, „daß der Kaiser, wenn er also den Weg zu Seiner Majestät findet, ihn auch völlig beruhigen wird wegen des Planes einer Vermählung des Prinzen von Piemont mit der Erzherzogin. Denn nur so bliebe es ihm erspart, daß Seine Majestät dies als Bedingung fordern würde für die zu leistende Verpflichtung, mit der er (der König) ja allerdings auch das einzige Motiv zerstören würde, das die savoyardische Kabale anführen kann, um einen Heiratsplan zu rechtfertigen, der für den Kaiser ebenso gefährlich wie beschämend ist.“

Es konnte nicht deutlicher gesagt werden: Zug um Zug soll vorgegangen werden: erst die Beseitigung des Heiratsplanes, dann die gewünschte Garantie.

* * *

Um es gleich zu sagen: an dieser schroffen Formulierung ist das Werk gescheitert. Noch war die Macht der „Kabale“ in Wien zu stark, und die „*Messieurs les Savoyards*“ zu einflußreich, als daß eine so runde Absage an diese, d. h. an die Leute

¹⁾ Stanhope an Saint Saphorin, London, 23. Dez. 1719. Y 42 vol. 15, fol. 151. H. A.

des Königs von Sardinien zu erreichen gewesen wäre. Der Verlauf der Angelegenheit aber war etwa der folgende. Die von Sinzen-dorff gemachte Andeutung hatte noch keinen offiziellen Charakter gehabt, konnte also auch leicht wieder fallen gelassen werden. So waren denn auch die Äußerungen Saint Saphorins noch un-verbindlich; doch haben sie, meint er selbst, bereits starken Ein-druck gemacht. „Umso vorteilhafter für uns, denn hier handelt es sich um eine Familienangelegenheit des Kaisers, und der-gleichen berührt ihn viel tiefer als alles andere“¹⁾. Aber Sinzen-dorff zögert noch, er scheut davor zurück, den nächsten Schritt zu tun, obwohl Eugen und Starhemberg, seine Kollegen in der Konferenz, ihn darum scheitern. „Er ist so furchtsam, von so übertriebener Ängstlichkeit, daß er oft gute Gelegenheiten vorübergehen läßt, weil er nicht wagt, sie zu benutzen“²⁾. Im Februar 1720 wird Saint Saphorin vom Kaiser in Audienz emp-fangen. Er hatte ihm das Beileid des englischen Königs aus-zudrücken, denn die Kaiserin Mutter Eleonore war kürzlich gestorben. Saint Saphorin ging, nachdem er sich seines Auftrages entledigt, rasch über zu dem Thema der Garantierung der habs-burgischen Thronfolge durch den König von England. Und sobald er die üblichen Freundschaftsversicherungen vorgebracht, kam er sogleich auf den piemontesischen Heiratsplan zu sprechen. Er nahm Bezug auf eine Erklärung, die er in Laxenburg, bei seiner letzten Audienz, aus dem Munde des Kaisers vernommen. Karl hatte damals in etwas dunklen Worten gesagt, wenn er über die Erzherzoginnen verfüge, so werde er es nur tun zu-gunsten solcher fürstlicher Persönlichkeiten, deren Wahl Europa keine Unruhe bereiten würde, und am wenigsten Seiner Majestät dem König von Großbritannien.

Hatte Saint Saphorin statt solcher orakelhaften Rede dieses Mal einen deutlichen Bescheid erwartet, so wurde er enttäuscht. Es ist der ganze Karl VI., den wir in dem Berichte des englischen Gesandten wiederfinden. Den Dank für das ihm ausgesprochene Beileid murmelt er, wie gewöhnlich in solchen Fällen, so schnell und so leise vor sich hin, daß Saint Saphorin kein Wort davon versteht. Umso deutlicher wird seine Rede, als er auf die Garantie

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope. Wien, 8. Dez. 1719. H. A.

²⁾ Saint Saphorin an Stanhope. Wien, 13. Jan. 1720. H. A.

seiner Thronfolgeordnung durch den König von England zu sprechen kommt. Er dankt in artigen Worten für diesen Beweis der Freundschaft, der ihn ermutige, die Angelegenheit seinen Ständen vorzulegen. Zu gegebener Zeit werde er den König um die Garantie bitten und zugleich um seine Verwendung bei anderen Fürsten, auf die er Einfluß besitze. Soweit war alles gut. Aber nun mußte auch über die Werbung der Savoyarden ein Wort gesagt werden. Da aber bekam der Gesandte aus dem Munde des Kaisers abermals nur die stereotype Wendung zu hören, er werde die Hand der Erzherzogin, seiner Nichte, keinem Prinzen geben, der dem englischen Könige Bedenken erregen könne und er freue sich, mit dieser Erklärung, auf die man sich verlassen könne, dem Könige Vergnügen zu bereiten“.

Saint Saphorin fand die so verklausulierte Rede des Kaisers nachgerade verdächtig. „Wenn er wirklich entschlossen ist“, schreibt Saint Saphorin, „aus Rücksicht auf den König (von Eng-land) die Erzherzogin dem Prinzen von Piemont zu verweigern, warum sagt er es nicht in deutlichen Worten? Und wenn er auch die Piemontesen schonen will, was kostete es ihm, wenigstens dem Könige etwas zu sagen, was ihn wahrhaft beruhigen könnte?“ So aber war, was der Kaiser sagte, nur eine eingelernte Rede, durch die Georg I. beruhigt werden soll, „und wobei die Kabale noch glaubt, daß sie den Kaiser zu nichts verpflichte“.

Am Schlusse dieses ausführlichen, durch Kurier nach Eng-land gesandten Berichts¹⁾ findet sich endlich noch die Erwähnung eines Zwischenfalls, der die ganze Lage verändern konnte. Die junge Kaiserin, Karls Gattin, hatte sich in liebevoller Hingebung an der Pflege der kranken Kaiserin Mutter beteiligt und ihre eigenen Kräfte so wenig geschont, daß sie, als jene gestorben war, selbst schwer erkrankte. Schon rechnete man mit der Möglichkeit, daß sie nicht wieder aufkommen werde. Und sofort hieß es, wenn das eintreten sollte, so winke ja eine neue Lösung aller Schwierigkeiten in bezug auf die Thronfolge. Man wird die junge Maria Amalie, Josephs zweite Tochter, einstweilen unvermählt lassen, und wird sie zurückbehalten, *comme une pierre d'attente*, damit der Kaiser selbst sie heiraten könne, falls seine Gattin

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope. Wien, 10. Febr. 1720. H. A. Y 42, XVI, fol. 26 ff.

sterben sollte. In der Tat, eine verblüffend einfache Lösung des Wettstreits karolinischer und josephinischer Erbansprüche, und vollends dann, wenn nun einer solchen Ehe vielleicht der ersehnte männliche Thronfolger entsproß. Man denkt unwillkürlich an die Heirat des ersten Tudor mit der Tochter Eduards IV. und wie durch die Verschmelzung der Linien Lancaster und York der Streit der Rosen begraben wurde. Aber dieses Mal fügte das Schicksal es anders; denn die junge Kaiserin genas.

Der Hofklatsch hörte allerdings nicht gleich auf, sich mit der Sache zu beschäftigen¹⁾. Die Gesundheit der Kaiserin gab auch in der folgenden Zeit noch manchmal Grund zur Besorgnis, man munkelte gar von finsternen Anschlägen der Spanier gegen ihr Leben. Und wenn auch Karl VI. diesen Kombinationen völlig fern stand, vielleicht sogar niemals davon gehört hat, so verstummte das Gerede doch nicht früher, als bis im Jahre 1722 Maria Amalie die Gattin des bayrischen Kurprinzen geworden war und alle anderen Heiratspläne damit ihr Ende erreicht hatten.

Was aber die englische Garantie der Habsburgischen Thronfolge betrifft, so wissen die Berichte Saint Saphorins nichts mehr davon zu melden seit jener Audienz, die ihm der Kaiser im Februar 1720 gewährt hatte. Das Thema verschwindet einstweilen aus den diplomatischen Verhandlungen, um erst wiederzukehren, nachdem die Landtage gesprochen haben. England hat, wie wir hören werden, erst 1731 die Pragmatische Sanktion garantiert, und Cadogan brauchte sich mit der Frage der österreichischen Thronfolge nicht zu befassen. So haben wir nun dem wichtigsten Thema seiner Verhandlung, der nordischen Frage, näher zu treten.

* * *

Nachdem die geplante Sendung Cadogans monatelang das europäische Diplomatengespräch gebildet hatte, begab er sich endlich im März 1720 mit großem Gefolge auf die Reise. Er hatte den Auftrag, über Berlin zu gehen. Denn ohne die Teilnahme Preußens schien eine starke Aktion gegen Rußland nicht denkbar. Um ihm die Aufgabe zu erleichtern, hatte Saint

¹⁾ Nach der großen, von St. Saphorin für Townshend unter d. 6. Juni 1721 verfaßten „Relation secrète de la Cour de Vienne.“ H. A. Y 45, p. 135 bis 341.

Saphorin noch eine ausführliche, klug abgefaßte Darlegung der Lage am Kaiserhofe an den in Berlin beglaubigten Mr. Whitworth gesandt, der sie Cadogan zeigen sollte¹⁾. Es sind ähnliche Gedanken, wie Saint Saphorin sie in seinem vor zwei Monaten an Lord Stair nach Paris gesandten Schreiben ausgesprochen hatte. Es gibt keinen österreichischen Minister, sagt Saint Saphorin, der die Russen nicht am liebsten in ihre mäotischen Sümpfe zurückgejagt sehen möchte. Nur das gemeinsame Interesse gegen die Türken verbindet sie mit dem Zaren, und sie suchen seine Freundschaft nur, solange keine Aussicht besteht, ihn unschädlich zu machen. Sobald sie aber den Erfolg winken sehen, werden sie alles andere beiseite lassen und ehrlich dazu beitragen, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Schließt Preußen also den Bund mit England, Österreich und Schweden, so wird man den Zaren rasch zum Frieden zwingen, und hat erst Schweden seine heute von den Russen besetzten Provinzen wieder in Händen, so braucht der König von Preußen kein ihm gefährliches Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland mehr zu fürchten. Denn der Kaiser würde alsdann gezwungen sein, alle Rücksicht auf ihn zu nehmen. So muß Cadogan die Lage ansehen. Unterdessen habe er, Saint Saphorin, auch Preußens Interesse am Wiener Hofe keineswegs vergessen. „Zwanzig Mal habe ich hier von Stettin geredet. Aber, so erwidert man mir, warum soll der Kaiser den König von Preußen begünstigen, wenn dieser nicht zu haben ist für die zur allgemeinen Sicherheit notwendigen Maßregeln?“

„Ich habe diesen Brief so abgefaßt“, heißt es in einem Postskriptum, damit man ihn ohne Schaden auch dem Könige von Preußen zeigen kann“. Das ist unzweifelhaft geschehen, und Cadogans Verhandlung am Berliner Hofe ist sichtlich dadurch erleichtert worden. Er ward mit aller Herzlichkeit begrüßt und sofort nach seiner Ankunft von Friedrich Wilhelm in Audienz empfangen. Cadogan gab im Hinblick auf das im Vorjahre geschlossene Bündnis erneut die Versicherung der unverbrüchlichen Freundschaft Georgs I. für den König von Preußen, er erklärte, er habe sich in Wien mit demselben Eifer um die Investitur für Stettin zu bemühen, wie um die für Bremen und Verden. Er sprach nicht einmal davon oder er leugnete gar, daß er den

¹⁾ Y 43 vol. III, fol. 45 ff. H. A.

Auftrag habe, Preußen in ein Bündnis gegen Rußland herein-zuziehen; denn davon brauchte vorerst nicht die Rede zu sein, und die Entscheidung sollte ja in Wien gesucht werden, nicht in Berlin. So wurden denn hier nur Artigkeiten ausgetauscht. „Wir können“, heißt es in dem gemeinsamen Bericht von Cadogan und Whitworth, „wir können nicht genug die gute Absicht dieses Hofes rühmen, im allgemeinen wie im besonderen gemeinsam mit Seiner Majestät zu handeln“. Friedrich Wilhelm erklärte, er wolle sich ganz nach den Wünschen seines Schwiegervaters richten, und da dem Gesandten Georgs I., wie wir schon wissen, eine Summe mitgegeben worden ist, um sie zu Bestechungszwecken am österreichischen Hofe zu verwenden, so fügte Friedrich Wilhelm noch den Betrag von 50000 Talern preußischen Geldes hinzu¹⁾. Erfreut und hoffnungsvoll setzte Lord Cadogan am 12. April 1720 die Reise fort, am 23. kam er in Wien an. Er ist sechs Monate, bis tief in den Oktober, daselbst geblieben. Diese sechs Monate sind es, in denen das merkwürdige diplomatische Ringen sich abspielte, von dessen Ausgang die Zukunft der Welt, wenigstens der nordeuropäischen Welt, abhing. Wir sehen die beiden englischen Diplomaten, schlecht zueinander passend und schlecht harmonierend, an der Arbeit, wir sehen auf österreichischer Seite Politik und Intrigue, kaiserliches und habsburgisches Interesse, österreichische und deutsche Politik, weltliche und kirchliche Fragen, wir sehen Karl VI. hin- und herschwankend zwischen „Kabale“ und Ministerium, zwischen österreichischen Ratgebern und dem Reichsvizekanzler, auseinanderstrebende Wünsche und Meinungen, lauter verschieden gerichtete Menschen und kein führender Geist über ihnen. Wenn man das alles über- sieht und bedenkt, so wundert man sich nicht mehr über den endlichen Mißerfolg.

Drei große Fragen sind es nun, welche den Hauptinhalt dieser Verhandlungen bildeten. Keine derselben wurde ganz für sich allein behandelt, sie laufen nebeneinander her und üben gegenseitig Einfluß aufeinander. Doch um den Gang der Dinge zu verstehen, empfiehlt es sich, sie zu trennen und jede für sich allein zu schildern. So möge denn im folgenden zuerst der Reli-

¹⁾ Cadogan und Whitworth an Stanhope, Berlin, 26. März/6. April 1720. Ein offizielles und vom selben Datum ein privates Schreiben. Prussia 27. R. O. Vgl. auch Droysen IV. 2, 296.

gionskonflikt im Reich, sodann der Streit um die Erteilung oder Nichterteilung der Investituren, und endlich, als das wichtigste Thema von allen, die Entscheidung über das Schicksal des Nordens zur Darstellung gelangen.

* * *

Die herrschenden Kreise in Deutschland waren um diese Zeit in heftiger Erregung über einen Religionsstreit, der gefährliche Formen annahm und zeitweilig sogar in einen Kampf mit den Waffen ausarten zu sollen schien. Wir dürfen nicht vergessen, wie weit man damals von einer ernsten Erfassung des Toleranzgedankens noch entfernt war. Der westfälische Friede hatte einen *modus vivendi* für die Bekenner der verschiedenen christlichen Konfessionen geschaffen. Aber wie konnte ein harmonisches Nebeneinander Platz greifen, wo der Begriff der Staatsreligion mit dem *jus reformandi* des Landesherrn die Norm war, wo mit dem Wechsel der Dynastie den Untertanen der Übergang von einer Glaubensform zur anderen gebieterisch auferlegt werden konnte? Das krasse Beispiel dafür war bekanntlich die Kurpfalz, dasselbe Land, von dem einst in der Zeit des dreißigjährigen Krieges der streitbare Protestantismus ausgegangen, das aber am Ende des 17. Jahrhunderts eine Hauptstätte der Gegenreformation geworden war. Die protestantischen Dynastien Deutschlands, die Hohenzollern voran, hatten gelegentlich mit Repressalien gegenüber ihren katholischen Untertanen geantwortet¹⁾. Spannungen und Entspannungen folgten einander, bis im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts der Katholizismus neue Angriffskraft gewann und die Protestanten sich in eine Abwehrstellung gedrängt sahen. Die übel berühmte Ryswyker Klausel war durch den Badener Frieden 1714 bestätigt worden, der katholisch gewordene Kurfürst — König von Sachsen-Polen warb für seinen Sohn um die Hand der Erzherzogin Maria Josepha, der Tochter Josephs I., und noch ehe die Werbung Erfolg hatte, war durch den Übertritt des Kurprinzen der katholische Charakter der Dynastie für die Dauer gesichert. Nun folgten

¹⁾ Vgl. z. B. M. Lehmann, Preußen u. die katholische Kirche 1 (1878), 386.

1719 eine Reihe gegenreformatorischer Maßregeln von seiten der katholischen Fürsten im westlichen Deutschland¹⁾. Der Kurfürst von der Pfalz verfügte durch eine Kabinettsordre vom 24. April 1719 die Wegnahme aller Exemplare des Heidelberger Katechismus. Einige Monate später wurde den Reformierten in Heidelberg die Benutzung des Schiffs der Heiligen-Geist-Kirche (dessen Chor ihnen schon früher genommen war) entzogen. Kurmainz, der Bischof von Speyer und der Herzog von Pfalz-Zweibrücken folgten mit ähnlichen Verfügungen. Und nun blieben auch die Vergeltungsmaßregeln auf protestantischer Seite nicht aus. Preußen ging voran, und seinem Beispiel folgten der Kurfürst von Hannover und der Landgraf von Hessen. Am Kaiserhofe machten diese den Frieden des Reiches gefährdenden Ereignisse den peinlichsten Eindruck. Karl VI. richtete ernste Ermahnungen an Kurpfalz, aber der Erfolg war umso zweifelhafter, als er selbst zwischen römischen und deutschen Einflüssen hin- und herschwankte, die ersteren vertreten durch den Reichsvizekanzler Graf Schönborn und durch Graf Starhemberg, während die übrigen Minister es doch auf einen ernstesten Konflikt mit den Protestanten, wobei auch mit der Einmischung Frankreichs gerechnet werden mußte, nicht ankommen lassen wollten.

Nun trat in Wien auch der Vertreter Georgs I., der feurige Protestant Saint Saphorin, auf den Plan²⁾. Er hielt allerdings die von seinen Glaubensgenossen gewählte Methode der Repressalien nicht für glücklich. Preußen, meint er, hätte lieber auf Grund eines 1705 mit Kurpfalz geschlossenen Vertrages 12 bis 15 000 Soldaten in Cleve zusammenziehen, dann den katholischen „*transgresseurs*“ eine Frist stellen sollen, innerhalb welcher sie ihre widerrechtlichen Schritte zurückzunehmen hätten, um im andern Falle marschieren zu lassen. Der Kaiserhof, sagt Saint Saphorin, wäre dadurch in große Verlegenheit geraten, da seine Truppen zur Zeit in Italien beschäftigt waren, und er

¹⁾ Vgl. allgemein Struve, Pfälzische Kirchenhistorie. Häußer, Gesch. der rhein. Pfalz 2. 1845.

²⁾ Das folgende nach den Saint Saphorin-Akten im Staatsarchiv Hannover, besonders: Lettre ou relation commune de My Lord Cadogan et de M. le Général, Wien, 9. Mai 1720 (y 42 vol. 15) u. die ausführliche Relation secrète de la Cour de Vienne faite à Mylord Townshend le 6. Juin 1721. (Y 45.)

habe erleichtert aufgeatmet, als man es von der andern Seite bei Repressalien bewenden ließ, so erbost er sich jetzt auch stellte.

Saint Saphorin wartete auch nicht einmal auf einen offiziellen Auftrag seines Königs. Er richtete zwei Schreiben an Sinzendorf, in denen er Klage führte über die Schritte der katholischen Fürsten am Rhein. Diese Schreiben waren aber so vorsichtig abgefaßt, daß die österreichischen Minister seine Maßhaltung lobend anerkannten. Der Eindruck war umso günstiger, als eben um diese Zeit auch ein Schreiben des Königs von Preußen an den Kaiser einlief¹⁾, das gerade durch seine schroffe Form auffiel. Das Recht des Kaisers, die römische Kirche zu schützen, hieß es da, könne doch nicht den Sinn haben, daß er in allen Fällen die Partei des römischen Klerus zu nehmen und ihm das Wort zu reden habe. Denn so würde ja dieses Recht in Widerspruch geraten mit dem oberrichterlichen Amt des Kaisers. Die Minister Karls VI. waren empört, Prinz Eugen erklärte: „Wenn ich der Kaiser wäre und erhielte einen solchen Brief vom Könige von Preußen, so würde ich ihm den Krieg erklären, falls er nicht volle Genugtuung gäbe“²⁾. In der Sache stimmte Saint Saphorin freilich mit Friedrich Wilhelm völlig überein. Er suchte die Minister und auch den Kaiser persönlich zu überzeugen, daß jene katholischen Fürsten auf Anstiften des Papstes handelten, welcher, um die Kaiserlichen aus Italien zu verjagen, sie in einen Religionskrieg in Deutschland zu verwickeln suche. Karl VI. und seine Leute schienen sich dieser Auffassung auch nicht zu verschließen. Schon war am 26. Dezember 1719 in einer Sitzung der Konferenz der Beschluß gefaßt worden, an die rheinischen Fürsten im Sinne Saint Saphorins den Befehl ergehen zu lassen, den Protestanten alles ihnen Genommene zu restituieren. Die Schriftstücke, vom Kaiser unterzeichnet, lagen zur Versendung bereit. Diese Versendung aber durfte nicht durch die österreichische, sie mußte durch die Reichskanzlei erfolgen, und hier trat das Verhängnis dazwischen. Der Reichsreferendar Glandorff, dem die Sache oblag, schob die Erledigung hinaus und sandte unterdessen eine Botschaft an den abwesenden

¹⁾ Gedr. bei Faber, Staatskanzlei 36, 483.

²⁾ Saint Saphorin an Schaub, 4. März 1720. H. A.

Reichsvizekanzler, Graf Schönborn¹⁾, um ihn von dem Stande der Angelegenheit zu unterrichten. Graf Schönborn war um diese Zeit vielleicht der stärkste Geist innerhalb des streitbaren Katholizismus in Deutschland. Er war der Neffe des Kurfürsten Erzbischofs von Mainz und ist später selbst Priester und Bischof von Bamberg und Würzburg geworden. Unerschütterlich im Glauben, „kann er sich eine Trennung der Begriffe Deutsches Kaisertum und katholische Religion nicht vorstellen“, und der Protestantismus ist ihm ein geduldetes Übel²⁾. Als Schönborn die Nachrichten aus Wien erhielt, schrieb er dem Kaiser und bat, die Entscheidung bis zu seiner Ankunft zu vertagen. In Wien angekommen, gelang es ihm, den zuvor gefaßten Beschluß zunichte zu machen. Er trug, wie wir Saint Saphorin glauben dürfen, alle gegen die Protestanten sprechenden Argumente vor, wies hin auf den beleidigenden Brief Friedrich Wilhelms, auf das englisch-preußische Bündnis vom 15. August 1719, sogar auf den zwischen den protestantischen Mächten des Nordens geschlossenen Frieden und auf die von den Protestanten in Regensburg getanen Schritte. Karl sollte aus allen diesen Beweisgründen die Überzeugung gewinnen, daß die Protestanten eine schwere Gefahr für Kaiser und Reich darstellten und daß sie seiner Machtstellung verhängnisvoll werden müßten, wenn er der Gefahr nicht begegne. Der Zweck ward vollkommen erreicht. Die zur Versendung an die katholischen Fürsten am Rhein fertigen daliegenden Befehle wurden zurückgehalten und statt ihrer der Beschluß gefaßt, ein Kommissionsdekret nach Regensburg zu entsenden. Es war dies nur die übliche Form einer kaiserlichen Willenskundgebung an den Reichstag. In einem so kritischen Moment wie dem gegenwärtigen aber erschien sie wie eine Herausforderung. Saint Saphorin, von der Absicht unterrichtet, suchte ihre Ausführung noch zu verhindern, suchte wenigstens den Wortlaut zu erfahren. Aber Sinzendorff tat geheimnisvoll, und eines Tages war das gefürchtete Schriftstück durch Kurier nach Regensburg gesandt worden. Der Reichsvizekanzler hatte größte Heimlichkeit empfohlen. Wenn der Kaiser, meinte er, den Protestanten in Regensburg nur Würde und Entschlossenheit

¹⁾ Vgl. Hugo Hantsch, Reichsvizekanzler Friedrich Karl Graf v. Schönborn (1674—1746). 1929.

²⁾ Ebd. 361.

zeige, so werde er sie alle auf die Knie zwingen. Aber der Streich müsse auch plötzlich, unerwartet niederfallen.

Der Streich fiel wirklich, aber niemand wurde auf die Knie gezwungen. Der Wortlaut des Dekrets war anfangs in einer Schärfe gefaßt, daß das protestantische Deutschland vielleicht mit einer Waffenerhebung geantwortet hätte. Aber dann war dieser Wortlaut in sechs bis sieben Sitzungen der Konferenz immer wieder durchberaten worden und war, als er nach Regensburg kam, so weit abgeschwächt, daß man zwar im *Corpus Evangelicorum* noch schweren Anstoß daran nahm, aber von einem Appell an die Waffen war ebensowenig die Rede, wie von demütiger Unterwerfung. Mit anderen Worten: die „*dignité et fermeté*“ des Kaisers hatten ihren Eindruck völlig verfehlt.

So war die Lage, als im April 1720 Lord Cadogan in Wien erschien. Seine Instruktion sprach, wie wir wissen, von dem nordischen Frieden, von den Investituren für Bremen und Verden und für Stettin. Aber mit keinem Worte war darin des Religionsstreits in Deutschland gedacht. Saint Saphorin war auch der Meinung, Cadogan habe sich um diese Angelegenheit nicht zu kümmern. Jedoch es war nicht zu vermeiden. Der Wiener Hof erklärte, daß man über die Investituren und über den Norden erst reden könne, wenn das Reich beruhigt und die Gefahr eines Religionskrieges vorüber wäre. So mußte denn auch Cadogan, ob er wollte oder nicht, in die Verhandlung über dieses Thema eintreten, und der Weg, den er und Saint Saphorin zu gehen hatten, lag klar vor ihnen. Prinz Eugen sagte in vertraulichem Gespräche (von dessen Inhalt selbst die österreichischen Minister in London nichts wissen durften) zu Lord Cadogan, der Wiener Hof werde für die Investituren nicht zu haben sein, wenn nicht die Repressalien vorher aufgehoben wären¹⁾. So mußte man über die religiöse Frage zu den Investituren gelangen und von den Investituren zur Politik des Nordens. Der englische Lord, über Deutschland und den Religionsstreit wenig unterrichtet, spielte dabei allerdings neben dem kundigen und gewandten Saint Saphorin eine traurige Rolle. „Er hat mich in unseren Konferenzen mit den Ministern immer wieder in die gräßlichsten Verlegenheiten gebracht“, klagt Saint Saphorin²⁾.

¹⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 9. Mai 1720. Lettre secrète et commune. H. A. ²⁾ An Bernstorff, 10. Mai 1720. H. A.

Auch sonst ging die Verhandlung nicht leicht vonstatten. Die englischen Diplomaten hatten immer wieder mit den verschiedenen Strömungen am Wiener Hofe zu rechnen. Der Kaiser selbst war am meisten auf seine Würde und sein Ansehen im Reiche bedacht, aber ohne sicheres Urteil. Graf Schönborn und seine Leute malen ihm die Gefahren des Protestantismus in schwärzestem Lichte und behaupten heute von dem Könige von Preußen, morgen von Georg I. von England, er wolle sich an die Spitze einer großen Protestantenpartei in Deutschland stellen und die Kaisermacht zugrunde richten. Schönborn war das Haupt derjenigen Gruppe, die in ihrem katholischen Eifer am wenigsten vor dem Religionskrieg zurückgeschreckt wäre. Die österreichischen Minister dagegen, die das Schlimmste vermeiden wollen, reden für den Frieden, haben aber damit nur so lange Erfolg, bis wieder Schönborn kommt und von neuem sein „Gift“ in die Seele des Kaisers träufelt.

Es hat sicher in den Frühjahrswochen 1720 Momente gegeben, wo man dem Bürgerkriege näher schien als der friedlichen Lösung. Der Wiener Hof sieht sich nach waffenstarken Bundesgenossen um, die Protestanten tun dasselbe, und Frankreich gießt Öl ins Feuer. Die Sprache wird heftiger auf beiden Seiten. Wenn die Österreicher schroff wurden, wenn sie erklärten, die Repressalien seien rechtswidrig, „so haben auch wir“, sagen Cadogan und Saint Saphorin, „wahrhaftig nicht in sanften Tönen das Heilmittel gesucht“. Wenn Pfalz Ausflüchte macht und den kaiserlichen Befehlen nicht gehorcht, so seien die protestantischen Fürsten ebensowenig zum Gehorsam verpflichtet, und Pfalz sei der Angreifer. Und was das nach Regensburg gesandte Kommissionsdekret betrifft, so möge man sich in Wien nur gefaßt machen auf eine kräftige Antwort des *Corpus Evangelicorum*. Sie fordern ein neues kaiserliches Schreiben und die Entsendung eines Spezialbevollmächtigten an den Pfälzer. Nun lenkt Sinzendorff ein, und auch Karl VI., dem Cadogan in einem langen Vortrag auseinandersetzt, daß der Heidelberger Katechismus mit seinen für Katholiken anstößigen Ausdrücken über die Messe nur ein symbolisches Buch sei und nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Holland und in der Schwelz in Gebrauch, auch Karl erklärte sich mit den empfohlenen Maßregeln einverstanden. „Wir hoffen gute Arbeit getan zu

haben“, schreiben die Beiden stolz an Lord Stanhope, „aber es war auch nötig; denn der religiöse Streit hatte eine Atmosphäre von Bitterkeit und Mißtrauen erzeugt, daß wenig fehlte, so wäre ein Bürgerkrieg im Reiche daraus geworden, und in welche schreckliche Verwirrung wäre das ganze System Europas dadurch gestürzt worden.“

Von nun an — der eben erwähnte Bericht der beiden englischen Diplomaten aus Wien trägt das Datum des 9. Mai 1720¹⁾ — waren beide Teile ehrlich um die Herstellung des Friedens bemüht. Auf protestantischer Seite fiel das Gewicht von England-Hannover noch schwerer als bisher in die Wagschale. Lord Stanhope hatte von den Bemühungen Cadogans und Saint Saphorins schon den allerbesten Eindruck erhalten und meinte, der König werde mit allem einverstanden sein; sie sollten fortfahren, wie sie begonnen hätten²⁾.

Aber nun folgte eine kleine Überraschung. Stanhope hatte sich über die Stimmung seines Monarchen getäuscht. Für Stanhope war dieser Streit der Konfessionen eine innerdeutsche Angelegenheit, über die er möglichst bald zur Tagesordnung überzugehen wünschte, um Raum zu gewinnen für sein großes politisches Ziel, die Auseinandersetzung mit der Macht Rußlands. Georg I. aber war mit dem Herzen bei der Sache, ein Nachgeben wäre ihm wie Verrat an der Religion seiner Väter erschienen, und er sah es gern, wenn die protestantischen Fürsten Deutschlands es als ein Glück bezeichneten, daß einer der mächtigsten aus ihrem Kreise zugleich König von Großbritannien sei. Die Haltung seiner Vertreter in Wien genügte ihm nicht, er verlangte von ihnen eine schärfere Sprache. Auf seinen Befehl mußte Stanhope den schon erteilten Auftrag ändern. Georg I. wünsche, daß Saint Saphorin zusammen mit dem hannövrischen Sondergesandten Huldenberg die eigentliche Verhandlung führe, und zwar zunächst im Namen des Kurfürsten von Hannover. Cadogan, mehr im Hintergrunde bleibend, soll nur durch gelegentliche Gespräche mit den Ministern des Kaisers assistieren. Aber auch er, als Gesandter des Königs, soll eine ernste Sprache führen, soll warnen vor der Gefahr eines Religionskrieges, von dem nur Frank-

¹⁾ H. A.

²⁾ Stanhope an Cadogan und Saint Saphorin, 13. Mai 1720. H. A.

reich Gewinn ziehen würde, „jenes Frankreich, das, wie wir aus guter Quelle vernehmen, schon jetzt die Flamme anbläst, die Gegensätze verschärft und den Groll auf beiden Seiten stärkt und vermehrt.“ Wenn der Kaiser, so soll Cadogan erklären, dem *Corpus Evangelicorum* in Regensburg nicht eine gerechte Genugtuung gebe, so werde sich dieses *Corpus* unfehlbar an Georg I. in seiner Eigenschaft als König von England um Rat, Schutz und Hilfe wenden, und er werde ein solches Ersuchen um so weniger ablehnen können, da er durch die jüngst geschlossenen Verträge zum Garanten des westfälischen Friedens geworden sei. Cadogan soll auch dem Kaiser und den Wiener Ministern zwar nur mündlich, aber doch *avec le plus d'energie que vous pouvez*, zu verstehen geben, daß, wenn wirklich das *Corpus Evangelicorum* den König anrufen würde, auch er, Cadogan, gezwungen sein würde, in anderm Tone mit den Österreichern zu reden als bisher. Georg I. würde dann zwar zunächst als Vermittler auftreten, aber, wenn es sein müßte, auch selbst Partei ergreifen, denn er sei entschlossen, „seine evangelischen Mitbrüder im Reiche nicht hilflos der Gnade ihrer Feinde, der römischen Katholiken, zu überlassen“¹⁾.

Dieselben Gedanken wurden auch noch in langen, deutsch geschriebenen Reskripten wiederholt, die Georg I. durch seine deutsche Kanzlei an Saint Saphorin gelangen ließ. Immerhin fügte er hier beschwichtigend hinzu, er werde zwar niemals um der Belohnung mit Bremen und Verden willen die evangelische Sache verlassen, aber ebenso falsch sei die Behauptung: „Wir hätten vor, Uns *à la tête des Protestants* zu setzen und eine Partei wider den Kaiser im Reich zu formieren“. Denn er wisse zu gut, „daß das Reich nicht bestehen könnte, wenn nicht die kaiserliche Autorität, so wie es den Reichsgesetzen konform wäre, aufrechterhalten würde“. Nun möge aber auch der Kaiser sich hüten vor dem Mißbrauch dieser Autorität; denn „einem arbiträren Willen, zumal in Religionsachen, sich zu unterwerfen, erforderten die Reichsgesetze von den Ständen nicht, dazu würde man es auch nimmer bringen“²⁾.

¹⁾ Derselbe an dieselben, 20. Mai 1720. H. A.

²⁾ Georg I. an Saint Saphorin, St. James's, 13./24. Mai 1720. Ders. an Dens. 17./28. Mai 1720. H. A.

Alle in diesen Reskripten Georgs I. enthaltenen Erklärungen sind sicherlich durch seine in Wien beglaubigten Gesandten zum Vortrag gebracht worden und haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Im Juli 1720 teilte Graf Schönborn den beiden englischen Diplomaten in aller Form die Entscheidung des Kaisers mit. Sie war in einer Resolution gegeben, die von Schönborn selbst verfaßt und immer noch sehr scharf gehalten war. Denn bei aller friedlichen Absicht besagte sie doch, daß Karl VI. keinen Schritt zur Versöhnung tun werde, wenn nicht die viel-erwähnten Repressalien zuvor aufgehoben seien. Sofort erklärten Cadogan und Saint Saphorin, diese Entscheidung nicht annehmen zu können. Und da sie ja die Gegensätze vom Wiener Hofe so gut kannten, so gingen sie von Schönborn zu Sinzendorff. Nun wird die Frage dem Kaiser nochmals vorgelegt, und der schwache Karl VI. benutzt die Gelegenheit, da Schönborn kurze Zeit zur Erholung aufs Land gegangen ist, um eine neue Konferenz zu berufen. Jetzt wird die zuerst gewählte schroffe Fassung ein wenig gemildert, und der Eingang des Schriftstücks, wie der Wiener Hof es unter dem 30. Juli von sich gab, besagte einfach: Der Kaiser warte nur auf die Aufhebung der Repressalien, um dann unverzüglich die Beseitigung aller Neuerungen zu bewirken, welche von den Kurfürsten von Mainz, Trier, Pfalz, dem Herzog von Zweibrücken und den übrigen katholischen Fürsten eingeführt worden seien. Ist das geschehen, so sollen die noch bestehenden Streitfragen durch eine aus beiden Religionsparteien zu gleichen Teilen zusammengesetzte Deputation gelöst werden²⁾.

So waren der friedlichen Verständigung die Wege bereitet. Freilich vollzog sich die Erfüllung auch jetzt noch nicht leicht, denn auf beiden Seiten war man bestrebt, an dem grundsätzlichen Standpunkt festzuhalten. Die Protestanten wollten sich das Recht auf Repressalien nicht nehmen lassen, der Kaiser aber suchte den Schein festzuhalten, als ob er erst nach der Aufhebung der Repressalien die gegenreformatorischen Neuerungen habe abstellen lassen. Ein Spiel von Intriguen hob an, das seine eigene kleine Geschichte hat. Genug, daß im Laufe

²⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope. 3. Aug. 1720. — Minute de ce que S. E. Mons. le Comte de Schönborn, Vice Chancelier de l'Empire a dit ... à Cad. et. ... St. Saph. ... au sujet des affaires de la Religion dans l'Empire. Saint Saphorin an Georg I., 3. Aug. 1720. H. A.

einiger Monate der Zündstoff beseitigt war, und daß die noch ungeklärten oder gar, wie es in jener Zeit immer wieder geschah, die neu entstehenden Streitfragen, so bedrohlich sie schienen¹⁾, nicht mehr solche Gefahren in sich bargen, wie es in der kritischen Periode von 1719 und 1720 der Fall gewesen.

* * *

Wir betrachten zum Schlusse noch einmal die Rolle, welche England in dem geschilderten deutschen Religionsstreit gespielt hat. Denn es handelt sich keineswegs nur um Hannover als protestantischen Reichsstand, und nicht nur um die Abwehrmaßregeln, die, ähnlich wie Preußen und Hessen, auch Hannover eintreten ließ, um den bedrängten deutschen Glaubensbrüdern zu helfen. In England selbst hatte sich an den deutschen Religionswirren der protestantische Eifer entzündet. Georg I. hatte nicht nur als Kurfürst, sondern auch als König seine Stimme erhoben. Er durfte es, weil er wußte, daß das Volk von England hinter ihm stand, daß er den sonst so gern erhobenen Vorwurf, er opfere das Interesse Englands demjenigen von Hannover, dieses Mal nicht zu fürchten brauchte. Wir hören von einer Erklärung des Erzbischofs von Canterbury und von Kundgebungen aus dem Lande zugunsten der deutschen Protestanten²⁾. Und im Mai 1720 schreibt der Minister Bernstorff aus London: „Man ist hier in größter Aufregung über die Fragen der Religion, und sogar im Parlamente denkt man daran, die Sache zum Gegenstand von Adressen zu machen“³⁾. Das ist wirklich geschehen. Die Lords wie die Commons wendeten sich am 13. Juni 1720 mit Adressen an den König, um ihm zu danken für sein Eintreten zugunsten der Protestanten im Reich und besonders in der Pfalz und um ihn zu bitten, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, bis die Glaubensbrüder in Deutschland im vollen Besitze aller ihrer Freiheiten seien⁴⁾.

¹⁾ Noch im Januar 1721 dachte Schönborn an die Gründung einer katholischen Liga, wie in den Zeiten des dreißigjährigen Krieges. Vgl. Hantsch a. a. O. 262.

²⁾ Vgl. Droysen IV 2, 300²⁾.

³⁾ Bernstorff an Saint Saphorin. London, 24. Mai 1720. H. A.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht aus London vom 14. Juni 1720. W. St. A. In der Parliamentary History wird die Tatsache nicht erwähnt.

Derartige Äußerungen stärkten wiederum die Politik der Regierung. Die Minister waren zuversichtlich, und als der Vertreter Preußens einmal bei Stanhope anfragte, wie wohl Frankreich sich verhalten würde, wenn es zum Religionskrieg in Deutschland käme, erhielt er die stolze Antwort, „daß er (Stanhope) Frankreich dazu disponieren könnte, wozu wir selbige Krone haben wollten“⁴⁾.

Natürlich ist das alles auch den Wiener Staatsmännern wohlbekannt, und wenn auch England im Hintergrunde blieb, so hat doch diese außerdeutsche Großmacht entscheidend mitgewirkt. Es ist dasselbe England, das die Stuarts vertrieben hatte, um Raum zu schaffen für die protestantische Sukzession, die es aufgerichtet und festgehalten hatte, dasselbe England, das bei allen Gelegenheiten, in den Thronreden des Souveräns und in den Debatten des Parlaments, immer wieder das protestantische Prinzip betonte. Mit der großen Stellung, die es in der Welt besaß, war es auch dieses Mal bereit, einzutreten für die Sache der Protestanten des Auslandes. Man meint, einen Hauch zu spüren von der Glaubensbegeisterung der Engländer in den Zeiten Elisabeths und des Protektors Oliver Cromwell.

Gewiß war in dem geschilderten Religionskonflikt, mit Ausnahme der hitzigsten Gemüter auf katholischer wie auf protestantischer Seite, wohl niemand geneigt, es bis zum Religionskriege zu treiben. Aber warum alles zuletzt so glimpflich verlief, das versteht man erst, wenn man an die Haltung Englands denkt. Die Haltung des König — Kurfürsten war entscheidend, und fast möchte man von einem *quos ego* reden, das Georg I. dem Kaiser zugerufen habe. Nicht der polternde König von Preußen mit seinen oft bizarren Reden und Handlungen hat die österreichischen Staatsmänner bestimmt. Denn niemand war in Wien so verhaßt wie er. Auch war sein Wiener Vertreter, der Resident Cangießer, ein Diplomat von wenig Takt und Erfahrung. England aber hatte Saint Saphorin und Cadogan, beide bewandert in den Fragen der europäischen Politik und, so verschieden sie waren, doch zwei starke Persönlichkeiten. Und hinter ihnen stand der von Karl VI. persönlich hochverehrte Lord Stanhope. Auch die Rolle, welche England als Bundes-

⁴⁾ Bericht Wallenrodts vom 7. Sept. 1720. G. St. A.

genosse Karls VI. damals in Südeuropa spielte, wo sein Admiral Byng 1718 die Spanier vernichtet, und Sizilien in die Hände der Österreicher zurückgebracht hatte, muß hier in Erinnerung gehalten werden.

Lassen wir zum Schlusse noch einmal Saint Saphorin zu Worte kommen, der in einem Briefe an seinen Minister Lord Stanhope einen besonders charakteristischen Ausdruck gefunden hat für die Rolle, welche das hinter Hannover stehende England gespielt hat. Saint Saphorin schreibt ¹⁾: „Es ist gewiß, daß die Figur, welche Seine Majestät in der Religionssache gemacht hat, sie (die Wiener Staatsmänner) sehr empfindlich geschmerzt hat, und daß sie das allergößte Unglück, welches den Katholiken und ihren Plänen wiederfahren konnte, in dem Umstande erblicken, daß ein mächtiger protestantischer Kurfürst zugleich König von Großbritannien ist.“ Sollten wir also das 1720 Geschehene auf die kürzeste Formel bringen, so dürften wir sagen: Der Reichsvizekanzler Schönborn und die Sache der Gegenreformation in Deutschland — sie sind überwunden worden durch Georg I. und durch das Gewicht der Macht Englands²⁾.

* * *

Unterdessen war auch die Angelegenheit der Investituren oft und eifrig zwischen den Vertretern Englands und den Ministern des Kaisers erörtert worden. Sie berührte das Interesse Großbritanniens weit weniger als der Streit zwischen Katholiken und Protestanten in Deutschland. Aber auch hier ward der Verlauf wesentlich durch politische Rücksichten bestimmt, und es war schon ein Akt der hohen Politik, wenn der nach Wien entsandte Lord Cadogan von der englischen Regierung den Auftrag erhielt, sich beim Kaiser um die Erteilung der Investituren für die von Hannover und Preußen neu erworbenen deutschen Gebiete zu bemühen. Es handelte sich also, wie schon erwähnt, darum, dem Besitz der von Schweden abgetretenen Lande die reichsrechtliche Weihe zu erteilen. Aber auch nicht mehr als das. Die Abtretungen waren erfolgt, die Sicherheit des Besitzes auch ohne die kaiserlichen Belehnungen vollkommen. Wenn die englische Regierung sich dieser rein deutschen Angelegenheit bemächtigte, so geschah

¹⁾ An Stanhope. Wien, 20. Nov. 1720. H. A.

²⁾ Der Religionsstreit von 1719—20 wird in der demnächst erscheinenden Abhandlung von Karl Borgmann ausführlicher behandelt,

es nur aus Rücksicht auf den preußischen Verbündeten. Die Investitur für Stettin war ihr sogar fast wichtiger als die für Bremen und Verden. In der Zusammenfassung der beiden Fragen lag für Stanhope der Sinn dieser in Wien angestrebten Bemühungen.

Man bemerkt hier wieder einmal den alten Gegensatz zwischen britischer und hannövrischer Politik, jenen Gegensatz, der nun bald, wie wir wissen ¹⁾, durch die Ausstoßung des deutschen Elements aus der englischen Staatsleitung überwunden werden sollte. Der alte Preußenhasser Baron Bernstorff findet, man soll die Investitur für Bremen und Verden nicht dadurch gefährden daß man sich darauf versteift, sie nur zusammen mit derjenigen für Stettin empfangen zu wollen, und der den Hannoveranern nahestehende Saint Saphorin steht auf demselben Standpunkte ²⁾. Ja, Georg I. selbst meinte, wenn man die Belehnungen conjunctim fordere, so scheine es, als wolle man sie dem Kaiser „gleichsam mit Gewalt abnötigen“ ³⁾. Aber der weiterblickende und nur die große Politik im Auge haltende Stanhope ist anderer Meinung. Die bremischen Lande sind ja längst im Besitz Hannovers. An der Förmlichkeit der Belehnung durch den Kaiser ist nicht viel gelegen. Viel wichtiger, daß der König von Preußen Englands Freund bleibt. Georg I. hat versprochen, ihm die kaiserliche Investitur für Stettin zu verschaffen, darum darf man die Investitur für Bremen und Verden nicht annehmen, wenn Preußen nicht gleichzeitig die seine für Stettin erhält. Auf der Freundschaft Preußens beruht die ganze nordische Politik Englands. Hören wir, wie Stanhope in scharf geschliffenen Worten dem Gesandten Saint Saphorin (noch vor der Ankunft Cadogans in Wien) seine Weisung erteilt, und wir können beobachten, wie er den König gleichsam in sein System hineingezwungen hat. Stanhope schreibt ⁴⁾: „Ich habe Ihnen die Befehle des Königs über diesen Punkt so oft und mit solcher Genauigkeit wiederholt, daß Sie klar erkennen müßten, daß Seine Majestät fest bei dem Entschlusse beharrt, die Forderung

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 617 ff.

²⁾ Saint Saphorin an Bernstorff. Wien, 30. März 1720. H. A.

³⁾ Georg I. an Saint Saphorin. St. James's, 19. Dez. 1719. H. A.

⁴⁾ Stanhope an Saint Saphorin. Whitehall, 2. Febr. 1727. Lettre secrète. Durch Kurier übersandt.

der Investituren nicht trennen zu lassen. Ich für mein Teil ... würde dem Könige lieber den Rat geben, sich zur Sicherung der abgetretenen Gebiete lediglich an die Garantien zu halten, welche die Mächte gegeben haben, als mich, wenn man in Wien die beiden Investituren nicht zusammen geben will, darauf einzulassen, daß man sie getrennt behandelt. Ein solcher Schritt würde uns unfehlbar die Freundschaft des Königs von Preußen kosten. Er würde sich ganz in die Arme Frankreichs werfen, und diese beiden Mächte, eng verbunden und unterstützt durch den Zaren, würden dem Kaiser und uns genug zu schaffen machen. Ich glaube zwar, daß es auch hier Leute gibt, welche einer solchen Wendung der Dinge mit kaltem Blute entgegensehen, und daß diese Leute geradezu wünschen, einen solchen Krieg über Europa heraufzubeschwören. Unser Großbritannien aber würde dadurch in den Abgrund gestürzt. Wir können und wollen uns unter keinen Umständen einem solchen Bruch aussetzen, wie er unfehlbar eintreten wird, wenn man uns Preußen raubt. Wenn aber Preußen uns treu bleibt, so sind wir sicher vor jedem Krieg, der uns ruinieren könnte.“

Der bestürzte Saint Saphorin sucht sich zu rechtfertigen, so gut er kann ¹⁾. Er weist immer wieder hin auf die Schwierigkeit seiner Position, auf die Widersprüche der ihm vom Könige und von Stanhope erteilten, von der deutschen und der englischen Kanzlei Georgs I. ausgehenden Befehle. Und er erinnert mit Schaudern an die Geschichte des im Vorjahre von ihm gegebenen Versprechens, daß zum Schutze von Danzig und Elbing ein englisches Flottengeschwader in die Ostsee entsandt werden solle, und wie er damit die politischen Absichten Stanhopes gestört habe ²⁾.

In bezug auf die Investituren aber hat Saint Saphorin vor der Ankunft Cadogans wenigstens eines zu erreichen gesucht. Es war viel davon die Rede gewesen, daß der Kaiser erklären werde, die Sache an das Reich bringen zu müssen. Saint Saphorin erkannte darin den Wunsch der Wiener Staatsmänner, sich aus der Affäre zu ziehen, die Entscheidung hinauszuschieben, nur weil sie nicht Preußen mit der Erteilung der Investitur für Stettin entgegen-

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 4. März 1720. H. A.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 471 ff.

kommen wollten. Saint Saphorin ist auch da, wo es sich um Fragen des Reichsrechts handelt, gut unterrichtet, und er muß es sein, er darf sich keine Blöße geben, denn er hat es mit dem Hofkanzler Sinzendorff und mit dem Reichsvizekanzler Graf Schönborn zu tun, und beide beherrschen die Materie gründlich. So gibt Saint Saphorin in einem offiziellen Schreiben an Sinzendorff eine kenntnisreiche Darlegung, warum die Verweisung an das Reich nicht in Frage kommen könne. Er zeigt sich bewandert im Lehnsrecht des Reichs und in den Artikeln der Wahlkapitulation, er kann historisch und juristisch rasonnieren, und sein stärkstes Argument ist der Hinweis auf die Meinung Georgs I., daß ein solcher Schritt der eigenen Autorität des Kaisers im Reiche Abbruch tun würde. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn man so die englischen und österreichischen Staatsmänner streiten sieht um die Auslegung der Grundgesetze des Reiches, während es ihnen in Wahrheit nur um ihre besonderen politischen Ziele zu tun ist.

Saint Saphorin geht auch ferner mit aller Vorsicht zu Werke ¹⁾, denn, sagt er, seit langer Zeit hat es kein Thema gegeben, dessen Behandlung größere Delikatesse erforderte, und wo ein unüberlegter Schritt peinlichere Folgen haben konnte. So ist es ihm gelungen, wenigstens jenes eine Verschleppungsmoment, die Verweisung an das Reich, glücklich auszuschalten. Er hat es listig und geschickt durchzusetzen verstanden, daß sein an Sinzendorff gerichteter Brief, obwohl er eine Frage des Reichsrechts betraf, dennoch zuerst in der Konferenz der österreichischen Minister, und dann erst den Reichsministern vorgelegt wurde. Wie erwartet, war dieses kleine Manöver entscheidend. Als Cadogan kam, war jene Gefahr überwunden, die Konferenz, hatte erklärt, daß die Entscheidung des Kaisers der Zustimmung des Reiches nicht bedürfe. Dieser Beschluß ward Cadogan mitgeteilt, der denn auch mit leisem Schaudern erklärte: „Nun ja, das hieße sonst auch, uns *ad Calendas Graecas* vertrösten, und ich könnte nichts tun, als am nächsten Tage abzureisen“.

Immerhin, es gab noch Schwierigkeiten genug, dem Wiener

¹⁾ Für das folgende besonders die Briefe: Saint Saphorin an Bernstorff, 30. März, 3. April 1720; Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 22. Mai 1720 (*Lettre secrète par un exprès*); Saint Saphorin an Stanhope, 22. Mai 1720 (*Lettre particulière*). H. A.

Hof war es nicht eilig mit den Investituren, und am wenigsten mit der von Preußen begehrten für Stettin. Schon die Erwerbung Stettins war seiner Zeit nicht gern gesehen, und vollends war es unliebsam empfunden worden, als der englische König durch den Vertrag von 1719¹⁾ Preußen den Besitz Stettins und der Odermündungen garantiert hatte²⁾. Der Kaiser, hieß es, könne nicht Garantien durch fremde Fürsten zulassen in Sachen des Reichsgebiets. Und nun sollte gar diese Entwicklung ihren Abschluß finden durch die kaiserliche Belehnung. So ward denn Monate lang und mit wenig Aussicht auf Erfolg, über die Investituren gestritten. Man sprach über die verschiedenartige Behandlung von Mannslehen und Weiberlehen und über die Anwendung der dafür geltenden Grundsätze auf die Erwerbungen Hannovers und die Preußens. Man fragte und forschte, ob denn auch die Form der Abtretung von der Seite Schwedens ganz unanfechtbar sei, und man ließ sich die dafür erforderlichen Urkunden durch den englischen Gesandten in Stockholm besorgen, obwohl Stanhope die Befürchtung hegte, ein solches Verfahren könne die Verhandlung unnötig komplizieren³⁾.

Die Bereitwilligkeit, die Investitur für Bremen und Verden zu erteilen, ist auf österreichischer Seite von vornherein viel größer als hinsichtlich der für Stettin begehrten. Der Reichsvizekanzler Graf Schönborn teilt dem Lord Cadogan vertraulich mit, daß die österreichischen Minister in der Konferenz sich einstimmig für die Erteilung der ersteren ausgesprochen haben, aber auch, daß der Kaiser keine Ursache habe, Preußen entgegenzukommen, es sei denn aus Rücksicht auf Hannover und auf die engen Beziehungen Georgs I zu Friedrich Wilhelm. Auch müsse Preußen zuvor erklären, auf alle weiteren Gebietserwerbungen verzichten zu wollen.

Wenn schon diese Äußerung das Gebiet der Politik berührte, so wurde die Angelegenheit der Investituren vollends in das politische Fahrwasser hinübergetrieben, als die Österreicher bald mit der Erklärung herauskamen, daß man für die Investituren

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 526.

²⁾ Saint Saphorin an Whitworth, 5. Aug. 1719. H. A.

³⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Finch, 10. Mai 1720; an Stanhope 22. Mai, 26. Juni 1720. Stanhope an Cadogan und Saint Saphorin, 27. Mai 1720. H. A.

nichts tun könne, ehe nicht der Religionsstreit beigelegt sei, es müßten nämlich zunächst die Repressalien von protestantischer Seite aufgehoben sein. Prinz Eugen sagte dies vertraulich zu Lord Cadogan und fügte geheimnisvoll hinzu, daß selbst die kaiserlichen Minister in London nichts davon wissen dürften¹⁾. Und während Karl VI. sich den britischen Diplomaten gegenüber noch in artigen, aber nichtssagenden Reden erging und seine freundschaftliche Gesinnung für den König von England betonte²⁾, erklärten seine Minister schon offen, es könne nicht anders sein: erst die Aufhebung der Repressalien, dann die Erteilung der Investituren. Das lehnten aber die britischen Diplomaten ebenso entschieden ab³⁾. Georg I. selbst beteuerte in einem deutsch geschriebenen Reskript an Saint Saphorin⁴⁾, niemals werde er, um mit Bremen und Verden belehnt zu werden, *rem Evangelicam* verlassen. Und drohend fügte er hinzu, die Protestanten fürchteten den Religionskrieg so wenig, wie sie ihn wünschten, „und daß, wenn es wider der Evangelischen Willen und Intention zu einem Religionskrieg kommen sollte, nach allen Umständen die Katholischen und sonderlich der kaiserliche Hof am schlechtesten dabei fahren würden“. Und in Wien erklärte Cadogan, sein König könne, ehe die Frage der Investituren erledigt sei, auch in der Religionssache keinen entscheidenden Schritt tun, weil sonst die deutschen Protestanten sagen würden, er habe sie geopfert, nur um die Investituren zu erhalten⁵⁾.

Die Entscheidung in diesem Streite ward, wie wir schon wissen, zugunsten des Wiener Hofes getroffen. Die Repressalien fielen, aber die Investituren blieben trotzdem versagt. Auch hier ist es wieder von Interesse zu hören, wie Saint Saphorin den Verlauf im vorhinein beurteilt hatte. In einem an den König in Person gerichteten Briefe⁶⁾ sprach er die Erwartung aus, der Wiener Hof werde wohl England und Preußen *in suspenso* halten wollen und die Erteilung der Investituren bald unter diesem, bald unter

¹⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 22. Mai 1720. (Lettre secrète, par un exprès). H. A. Dieselben an Dens., 9. Mai 1720. H. A.

²⁾ Dieselben an Denselben, 19. Juni 1720. H. A.

³⁾ Dieselben an Dens., 5. Juni 1720. H. A.

⁴⁾ St. James's, 13./24. Mai 1720. H. A.

⁵⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 10. Aug. 1720. H. A.

⁶⁾ Vom 7. Sept. 1720. H. A.

jenem Vorwand hinausschieben. „Wie man Zeit gewinnt, das haben sie hier ja immer vorzüglich verstanden“.

* * *

Wir kommen zu dem wichtigsten Thema der ganzen Mission Cadogans. Merkwürdig, wie kurz die nordische Frage in der ihm erteilten Instruktion abgemacht wird. Aber diese Instruktion, datiert vom 24. November/5. Dezember 1719¹⁾ stammt aus einer Zeit, wo andere Fragen mehr im Vordergrund standen als diejenigen, welche im Frühjahr 1720, als Cadogan nach Wien kam, die englische Politik beherrschten. Den Hauptinhalt der Instruktion bildet die drohende piemontesisch-habsburgische Heirat. Dann folgen ein paar kurze Sätze über die Investituren. Und dann der Norden. Hier ist nun die Voraussetzung, daß der von allen gewünschte Friede zwischen Rußland und Schweden unter gemeinsamer Vermittlung von England und Österreich geschlossen werden möge. Cadogan soll aber den Kaiser veranlassen, auch noch Frankreichs Teilnahme an der Vermittlungsaktion zuzulassen, schon um den Zaren leichter zur Annahme „vernünftiger Bedingungen“ zu zwingen. Sollte dies jedoch nicht gelingen, so heißt es in Artikel 19 der Instruktion, so werden Sie den Kaiserhof zu bewegen versuchen, daß er sich mit einer starken Truppenmacht an den Operationen gegen diesen Fürsten beteilige“.

An dieser Instruktion wurde nichts mehr geändert. Eine spätere Nachschrift erklärte nur, das über den Heiratsplan Gesagte sei jetzt zwar überflüssig, möge aber immerhin stehen bleiben. Und bald schien die ganze Instruktion überflüssig geworden zu sein. Cadogans Reise war um lange Monate verschoben worden, und er wird, während er in Wien war, kaum mehr einen Blick in das veraltete Schriftstück geworfen haben. Viel wichtiger waren jetzt die laufenden Weisungen aus London, und ganz besonders die Nachrichten und Aufträge, die ihm Lord Stanhope aus Hannover sandte, als er im Sommer 1720 den König dahin begleitete und, ähnlich wie im Vorjahre, in der deutschen Residenz Georgs I. das Hauptquartier der europäischen Politik Englands aufschlug.

¹⁾ In französischer Übersetzung im Staatsarchiv Hannover. Y 42 vol 15. Vgl. Chance a. a. O. 402.

Ganz erfüllt von seinen nordischen Plänen, begab sich Stanhope zunächst nach Berlin, um Klarheit darüber zu gewinnen, was von Preußen zu hoffen sei. Der Erfolg schien nicht ungünstig. Friedrich Wilhelm schrieb auf Stanhopes Bitte einen Brief an den Zaren, in dem er sich, zusammen mit anderen Mächten, zur Vermittlung des Friedens zwischen Rußland und Schweden erbot. An den Erfolg glaubte aber Stanhope wohl selbst nicht recht. Was er eigentlich zu erreichen wünschte, kann man seinen eigenen Worten in einem Schreiben an Admiral Norris¹⁾ entnehmen. Sollte der Zar die Friedensvermittlung ablehnen, schreibt Stanhope, „so wird das jenen Fürsten (Friedrich Wilhelm) sehr verstimmen und ihn unseren Plänen zum Besten Schwedens umso geneigter machen“. Und in diesem Sinne verhandelten die beiden nun miteinander. Friedrich Wilhelm hat sich wirklich auch zu einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen Rußland bereit erklärt, er will eine Armee von 30 000 Mann marschieren lassen, aber er knüpft freilich eine schwere Bedingung daran. Schweden soll ihm zu den im Friedensschluß schon abgetretenen Gebieten noch Rügen und Stralsund überlassen. Ob es dazu bereit sein würde, wer konnte es sagen? In London wollte man nicht daran glauben²⁾, aber Stanhope hat doch fortan mit der ihm in Aussicht gestellten preußischen Hilfe wie mit einem sicheren Faktor gerechnet.

In Berlin bot sich ihm auch die Gelegenheit zu einer Besprechung mit Graf Golofkin, dem Vertreter des Zaren. Stanhope stellte ihm in bewegten Worten vor, daß die Rußland benachbarten Fürsten über das starke Anwachsen seiner Macht beunruhigt seien. Und er entwickelte ihm ein Programm für den Friedensschluß, so wie es für Schweden annehmbar wäre. Reval darf der Zar unter keinen Umständen behalten. Es muß ihm genügen, wenn ihm Petersburg, Narwa und ein großer Teil der Küste am baltischen Meere von Schweden gelassen werden; denn das gibt ihm schon die Möglichkeit, eine bedeutende Seemacht zu unterhalten. Geht Peter darauf ein, so soll ihm der Besitz der neu erworbenen Gebiete durch England und die anderen vermittelnden Mächte garantiert werden. „Dem Grafen“, so

¹⁾ Datiert: Pirmont, 13./24. Juli 1720. S. P. Entry Books 270. R. O.

²⁾ Hoffmann, 13. Aug. 1720. W. St. A.

beschließt Stanhope seine Erzählung, „schienen meine Vorschläge nicht zu mißfallen und er versprach, dem Zaren, seinem Herrn, das Gehörte mitzuteilen“.

So kehrte Stanhope aus Berlin nach Hannover zurück.

Versucht man, die eigentlichen Absichten zu verstehen, die er damals während seines hannövrischen Aufenthalts verfolgte, so wird man bald darüber klar, daß es ihm mit der rein diplomatischen Arbeit für den Frieden nicht voller Ernst gewesen sein kann. Wie sollte er geglaubt haben, Peter der Große werde aus reiner Friedensliebe das gewonnene Reval wieder herausgeben, nachdem die gegen Reval detachierte Kriegsschiffe des Admirals Norris soeben die Unangreifbarkeit dieses Platzes festgestellt hatten? Nein, die schriftlichen und mündlichen Angebote der Friedensvermittlung sollten der Welt nur zeigen, daß man nichts unversucht gelassen habe, um den Zaren zu einem „vernünftigen Friedensschlusse“ zu bewegen und daß man nunmehr gezwungen sei, Gewalt anzuwenden. Wie stolz war Carteret gewesen, daß durch die Reihe der 1719 und 1720 geschlossenen Verträge alle Feinde Schwedens sich mit ihm ausgesöhnt hatten, und daß nur der Friede mit Rußland noch glücklich vermieden war. Denn hier stand englisches Interesse unmittelbar auf dem Spiele. Noch schien die Hoffnung vorhanden, die Barbaren des Ostens wieder zurückzujagen in ihre mäotischen Sümpfe und die baltischen Gewässer wieder freizumachen für jenen Handelsbetrieb, in dem die englischen Kauffahrer sich gerade den ersten Platz erobert hatten. So sollten denn die Waffen das Wort ergreifen. Aber dabei hatte man erkannt, daß hierfür die gewohnten, sechs Sommer hindurch entsandten, baltischen Expeditionen nicht genügten. Landmacht war nötig, und darauf ist Stanhope jetzt bedacht. Bundesgenossen herbeirufen, Streitkräfte sammeln, Armeen aufstellen, darauf ist jetzt sein Sinn gerichtet. Der alte General in Stanhope kommt wieder einmal zum Vorschein. Wie Waffengeklirre klingt es aus der großen Depesche heraus, die er wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Berlin den beiden in Wien beschäftigten Diplomaten von Hannover aus sandte¹⁾.

¹⁾ S. P. Domestic Entry Books 270. R. O. Auch vollständig in den Saint Saphorin-Akten, Y 42 vol. XVII, fol. 155 ff. H. A.; teilweise mitgeteilt bei Chanec a. a. O. 428.

Lord Cadogan und General Saint Saphorin werden also beauftragt, den Wiener Staatsmännern etwa das folgende vorzutragen. Nachdem der dänisch-schwedische Friede kürzlich unterzeichnet und also kein anderer Kriegszustand mehr geblieben ist als der zwischen Schweden und Rußland, so handelt es sich nur noch um diese letzte Auseinandersetzung. Diese aber ist von allgemeinstem Interesse. Um Klarheit zu haben über die Absichten aller beteiligten Staaten, und da auf Preußen viel ankommt, so ist Stanhope selbst in Berlin gewesen. Das Ergebnis ist: Preußen tut nichts umsonst. Es ist bereit, gegen den Zaren zu marschieren, verlangt dafür aber, daß Schweden ihm noch Rügen und Stralsund abtrete. Unter dieser Voraussetzung wird Preußen 30 000 Mann marschieren lassen, auf eigene Kosten, d. h. ohne fremde Subsidien, und mit guter Artillerie versehen. Weitere 40 000 Mann werden ins Feld gestellt durch Schweden, Dänemark, Hessen-Cassel und andere deutsche Fürsten. „Die so gebildete Armee von 70 000 Mann würde, so glauben wir, den Zaren zur Vernunft bringen, und wenn man sich in aller Form auf einen Feldzug einrichtet, so rechnen wir damit, nicht Frieden schließen zu müssen, bis wir ihn von den Küsten der Ostsee und aus Petersburg verjagt haben“. Sollte nun dieser Plan versagen — und die Schwierigkeit liegt in der Forderung von Stralsund und Rügen, und nicht nur Schweden sondern auch andere Mächte werden dem vielleicht widerstreben — ist also jene Lösung nicht zu erreichen, nämlich auf Preußens Mitwirkung nicht zu rechnen, so bieten sich drei Möglichkeiten, um zum Frieden zu gelangen. Die erste würde sein, den Zaren im Besitze aller seiner Eroberungen zu lassen, d. h. man läßt ihm Reval, Wyborg, Narwa und vielleicht auch Riga und macht ihn zum absoluten Beherrscher der Ostsee. Damit wäre aber weder dem Kaiser noch den Schweden, weder England noch Preußen, weder Polen noch irgend einer anderen Macht gedient. Nur Frankreich wäre zufrieden. Frankreich würde die Freundschaft des Zaren pflegen, würde bei jeder Gelegenheit Unruhen im Reiche stiften, dasselbe Frankreich, das jetzt gern allein und ohne England den Frieden vermitteln möchte, wie uns die Schweden getreulich mitgeteilt haben.

Die zweite Möglichkeit würde sein: man sammelt die Kontingente vieler kleiner deutscher Potentanten und formiert aus

ihnen eine Streitmacht von 30 000 Mann, die den Ersatz bilden würden für die ausfallenden Preußen in Stanhopes Projekt, das sonst unverändert stehen bliebe. Der französische Gesandte in Stockholm, Campredon, ist der eifrige Anwalt dieses Projekts, Stanhope aber hält es für undurchführbar. So bliebe noch eine dritte Möglichkeit die Bildung einer Liga bestehend aus dem Kaiser, Großbritannien, Schweden, Polen und Hessen-Kassel.

Die hier aufgeführten Möglichkeiten haben das Gemeinsame, daß sie alle eine große kriegerische Aktion gegen Peter den Großen zum Gegenstande haben, und nur die Teilnehmer wechseln. Man beachte auch, daß England selbst, obwohl von ihm die Anregung ausgeht, nicht in jedem der drei Fälle, sondern nur bei dem letzten als kriegführende Macht auftritt. Sonst bleibt es der Regisseur hinter der Bühne, oder, wie es schon 1719 und 1720 gewesen, es läßt seine Flotte in die Ostsee fahren, um je nach Bedarf die Operation der anderen durch ihre bloße Anwesenheit zu fördern und erst, wenn es zweckmäßig oder unvermeidlich erscheint, selbst einzugreifen.

So sollten nun Cadogan und Saint Saphorin den Kaiser bearbeiten. „Wir möchten zunächst einmal erfahren“, schreibt Stanhope, „ob er überhaupt mittun will, sodann was für eine Armee er aufstellen, und endlich, was für Zwecke er verfolgen würde außer dem einen, nämlich zu verhindern, daß ein so mächtiger Barbar wie der Zar sich nicht so nahe in seiner Nachbarschaft festsetzen möge, daß er ihn belästigen kann, so oft Frankreich sich seiner bedienen möchte, und daß alle, die bisher auf den Schutz des Kaisers gezählt haben, sich Frankreich in die Arme werfen“. Bis vor kurzem war Karl VI. noch durch Krieg gegen Türken und Spanier verhindert gewesen, sich mit der Frage des Nordens zu beschäftigen. Jetzt aber hat er die Hände frei, jetzt kann er seinen Freunden einen Dienst leisten, kann die Gelegenheit ergreifen, um den nordischen Krieg glücklich zu beenden.

Besonders interessant ist noch ein Postskriptum, das Stanhope seinem Briefe auf Befehl des Königs angehängt hat. Interessant ebenso wegen seines Inhalts wie, wenn ich so sagen darf, wegen der überraschenden Geste, mit der hier plötzlich Georg I. wie ein *Deus ex machina* in die Handlung eingreift. Der Minister hat ihm die Depesche vorgelesen, der Monarch hat sie von Anfang

bis zu Ende gutgeheißen. Aber er wünscht, daß noch mehr darin gesagt werde. Stanhope muß den Kaiser noch darauf aufmerksam machen, daß für die gegen Rußland operierenden Truppen, wie zahlreich sie auch sein sollten, Polen die Operationsbasis sein¹⁾ und daß ihr Unterhalt daher für den Kaiser bequem und nicht allzu kostspielig sein würde. Und ferner: Stanhope hat auf Befehl des Königs dem Gesandten in Konstantinopel, Stanyan, einen Brief geschrieben, den die beiden in Wien Beglaubigten zur Kenntnis nehmen und weitergeben sollen. Stanyan soll sich unterrichten, ob nicht der französische Botschafter beim Sultan an einem türkisch-russischen Bündnis arbeite, und um dies zu verhindern, werden Stanyan bedeutende Geldmittel zur Verfügung gestellt. Und zum dritten macht Georg I. einen Abstecher in die südeuropäische Politik. Aus Frankreich und aus anderen Gegenden sind ihm Gerüchte zu Ohren gekommen, als ob zwischen den Höfen von Wien und Madrid etwas im Gange sei, vielleicht gar das Projekt einer fürstlichen Ehe. Was mag wohl daran Wahres sein? Gegebenen Falles werden Cadogan und Saint Saphorin noch weitere Befehle vom König erhalten, und zwar solche Befehle — so heißt es hier etwas dunkel — die dem Kaiser nur angenehm sein können.

Wer die Geschichte der folgenden Jahre kennt, denkt schon an den überraschenden Abschluß des Kongresses von Cambrai, an den Moment, da Karl VI. und Philipp V. sich, der Vermittlung der Westmächte spottend, zusammenfinden werden und Europa durch ihren Bund bedrohen, und auch von ähnlichen Heiratsplänen werden wir bei der Geschichte des Jahres 1725 zu hören haben. Das alles scheint jetzt, fünf Jahre früher, für einen Moment vorweggenommen, dem englischen Könige ist dergleichen zu Ohren gekommen, er scheint selbst mit dem Kaiser darüber verhandeln zu wollen. Wir kennen ja schon das persönliche Interesse, das Georg I. an der habsburgischen Thronfolge und an der damit zusammenhängenden Ehepolitik nahm. Aber dieses Mal erscheint das alles nur wie ein Augenblicksbild, das rasch aufleuchtet und rasch wieder verblaßt und verschwindet.

* * *

¹⁾ So verstehe ich den Sinn der Ziffer 1. Das P. S. ist im Anhang mitgeteilt.

Es kam nun darauf an, ob und wie weit der Kaiserhof für Stanhopes großen Aktionsplan zu haben war. An und für sich schien die Stimmung in Wien dafür nicht ungünstig. Im Januar 1720 hatte St. Saphorin die Haltung Österreichs in der nordischen Frage etwa wie folgt umschrieben¹:

Die alte, aus dem 17. Jahrhundert stammende, Eifersucht der römischen Kaiser gegen die Krone Schweden besteht nicht mehr. Karl VI. würde bereit sein, sei es auf dem Wege der Verhandlungen, sei es mit Waffengewalt, Schweden einen ehrenvollen Frieden zu verschaffen, wenn er nur über zwei Fragen volle Klarheit erhalte. Zunächst muß die Mitwirkung Frankreichs ganz sicher sein. Ist diese Bedingung erfüllt, und wird ein Minister des Regenten zur Stelle sein, mit den richtigen Instruktionen ausgerüstet und bereit, mit St. Saphorin gemeinsam zu handeln, so werden sie den Kaiser gewißlich für einen Plan gewinnen, wie das Interesse Schwedens ihn erheischt. Der zweite Punkt betrifft Polen. Auch über Polen läßt sich zwischen den drei Mächten Österreich, Frankreich, England sehr wohl eine Einigung erzielen. Die Sorge Frankreichs, daß es dem König- Kurfürsten August II., gelingen könnte, die Krone Polen in seinem Hause erblich zu machen, wird vom Kaiser geteilt, ja sie berührt ihn noch viel unmittelbarer als den Herzog von Orleans. Denn ein absolut regiertes Polen wäre für Österreich gefährlicher als für irgend eine andere Macht. Und vor allem spielt hier das dynastische Interesse Karls VI. herein. Maria Josepha, die ältere der josephinischen Erzherzoginnen, ist mit dem Kurprinzen von Sachsen vermählt. Man hat sie ja gerade ihm und nicht dem bayerischen Kurprinzen gegeben, weil man ihn für den unbegabteren von den beiden Bewerbern hielt, dessen Wahl darum auch für die eigenen Töchter des Kaisers geringere Gefahren in sich zu bergen schien, nämlich für den Fall, daß dem Kaiser nicht noch ein Sohn geboren würde. „Nichts in der Welt liegt aber dem Kaiser mehr am Herzen als den Erzherzoginnen, seinen Töchtern, die Nachfolge in seinen Staaten zu sichern. . . . Wenn jedoch ein Prinz von Sachsen zugleich absoluter König von Polen würde, welches Gewicht könnte er in die Wagschale werfen für die Rechte der Prinzessin, seiner Gemahlin? Und

¹) An Stair, 22. Jan. 1720. Durch Kurier. H. A.

ich kann Sie versichern, wenn alle übrigen Staaten Europas sich zusammentun würden, um diesem Prinzen eine absolute Herrschaft in Polen zu verschaffen, der Kaiser allein würde mit seiner ganzen Macht dagegen auftreten.“¹) Herrscht nun über die erwähnten zwei Punkte — Frankreich und Polen — volle Klarheit, so wird es ferner die Aufgabe der drei Mächte England, Frankreich, Österreich sein, auch noch das waffenstarke Preußen hinzuzugewinnen. Nur einer solchen Koalition, so will Saint Saphorin sagen, wird es möglich sein, den Zaren zur Unterwerfung zu zwingen.

Daß man am Wiener Hofe in der Tat den Wunsch hegte, die Russenmacht von den baltischen Gestaden verschwinden zu sehen, beweist auch ein Wort des Prinzen Eugen, der im März 1720 zu Saint Saphorin sagte: „Solange der Zar noch einen Fußbreit Landes an der Ostsee besitzt, ist niemand vor ihm sicher“²). Aber es fragte sich doch, wie weit auch die praktische Politik von solchen Gedanken beherrscht war. Am 20. April, wenige Tage vor der Ankunft Cadogans, berichtet Saint Saphorin³), man zeige in Wien größere Neigung, sich mit dem Zaren zu verbinden, als mit Preußen, solange dieses nur den stummen Zuschauer spiele. „Mylord Cadogan wird hier keine leichte Arbeit finden, falls es ihm nicht gelingt, den preußischen Hof für eine ausgiebige Hilfe gegen den Zaren zu gewinnen.“ Cadogan kommt. Er und Saint Saphorin arbeiten fortan mit vereinten Kräften. Sie weisen die Österreicher auf die russische Gefahr hin, sie drängen die kaiserlichen Minister zur Verbindung mit England und Schweden gegen Rußland, aber auf einen Erfolg rechnen sie selbst nicht, ehe nicht die Frage der Investituren erledigt ist. Aber da man, wie wir wissen, hier nicht zum Ziel kommt, so empfiehlt Saint Saphorin in einem vertraulichen Briefe an Bernstorff den von manchen englischen Ministern — nur nicht von Stanhope — längst empfohlenen Ausweg, Schweden sollte sich einstweilen mit Livland und Reval begnügen, das Übrige aber einstweilen dem Zaren lassen, mit der Erwartung, es ihm im nächsten Kriege wieder abzunehmen. Vollends schienen die Aussichten auf ein

¹) Ähnlich hatte Saint Saphorin schon am 31. Mai 1719 (also noch vor der Vermählung Maria Josephas) an Whitworth geschrieben. H. A.

²) Saint Saphorin an Stanhope, 13. März 1720. H. A.

³) An Stanhope, 20. April 1720. H. A.

antirussisches Bündnis sich immer mehr zu verschlechtern, seitdem am 10. Mai ein Vertrauensmann des Zaren, Jagosinsky mit Namen, in Wien eingetroffen ist und den Bemühungen der beiden englischen Diplomaten stracks entgegenarbeitet. Und wenn diese, von den Österreichern beruhigt, den Russen anfangs auch wenig ernst nehmen, so sah es doch schon bedrohlich aus, als am 25. Juli 1720 Jagosinsky ein Schreiben des Zaren übergab, in dem dieser erklärte, die ihm angebotene Vermittlung des Kaisers annehmen zu wollen, aber nur, wenn der König von England an dieser Vermittlung keinen Teil habe.

In denselben Tagen, da dieses geschah, spielte sich zwischen den beiden Vertretern Georgs I. eine sonderbare Szene ab. Der über den Verlauf der Dinge enttäuschte Saint Saphorin spricht die Hoffnung aus, daß nun bald die Entscheidung des Wiener Hofes über den Hauptzweck der Sendung Cadogans, die Investituren, fallen möge. Der Lord, nach einer Pause, gibt die verblüffende Antwort: „Nicht deshalb hat man mich hierher gesandt, sondern um mich von England fernzuhalten, während man dort über die *Peerage Bill* verhandelte.“ Saint Saphorin will die überraschende Wendung nicht verstanden haben und erwidert unschuldig, der Befehl zur Reise Cadogans nach Wien sei doch erst eingetroffen, nachdem die *Peerage Bill* gefallen war. Das leugnet Cadogan auch nicht und erläutert nur seine Rede dahin, nachdem man ihn solange in Holland festgehalten, so mußte man ihn, wollte man ihn nicht schwer kränken, auch nach Wien schicken. Saint Saphorin fügt, indem er die Offenherzigkeiten Cadogans in einem Privatbriefe an Lord Stanhope wiederholt, auch noch seine eigenen Schilderungen und Vermutungen über die tieferen Absichten seines Kollegen hinzu. Cadogan möchte — wir wissen es schon — nach Marlboroughs Tode der Höchstkommmandierende aller englischen Truppen werden. Er hat den „Favoriten“, er hat den Kaiser selbst gründlich bearbeitet. Und Sinzendorff hat bereits erklärt, beim nächsten Einfall der Franzosen in die Niederlande dürfe kein anderer als Lord Cadogan die englischen Truppen kommandieren.

Neben dem ehrgeizigen Kollegen, klagt der bescheidenere Saint Saphorin, sei seine Stellung unerträglich. Von Cadogan, dessen berühmte Heftigkeit die österreichischen Minister gefürchtet hatten, bekommen sie in Wahrheit kein lautes Wort

zu hören. Er, Saint Saphorin, dagegen, lebhafter und fester, wie er ist, muß sich bei Hofe unbeliebt machen. In den gemeinsamen Briefen, so sagt er selbst, kommt keiner von beiden richtig zu Worte, und Stanhope wird wenig Lehrreiches darin finden. Soll Cadogan noch einige Zeit hier bleiben, schreibt jammernd¹⁾ Saint Saphorin, „so flehe ich Sie an, *au nom de Dieu*, man nehme mich fort von hier“.

Wer wird glauben, daß eine Verhandlung, die gemeinsam von diesen beiden verschiedenartigen Menschen geführt wurde, zu einem gedeihlichen Ende gebracht werden konnte? Und gerade in ihre Hände war das Schicksal des großen Aktionsplanes gelegt, den Lord Stanhope entworfen, um die Macht Peters des Großen zu zerbrechen.

* * *

Mit der Depesche Stanhopes in ihrem Portefeuille begeben sich die beiden englischen Gesandten zu Sinzendorff und tragen ihm den Inhalt des Schriftstücks vor. Der Hofkanzler empfiehlt, Lord Cadogan möge eine Audienz beim Kaiser erbitten. Die Audienz findet statt und Cadogan liest dem Kaiser, wie Stanhope geraten, den Brief vor. Er warnt zugleich in eindringlichen Worten vor den Absichten des Zaren. Dieser führt Verhandlungen mit der Pforte über die Besetzung des Thrones von Polen. Er wünscht dem Kaiser Ungarn zu entreißen, ja er hätte es längst getan, wäre er nicht durch die Niederlage am Pruth aufgehalten worden. Lasse man, sagt Cadogan, dem Zaren jetzt auch noch die den Schweden entrissenen Gebiete, so würde Karl VI. an ihm einen Feind haben, der Polen beherrschen und Deutschland wie Ungarn in ewiger Unruhe halten würde. Auch die Angelegenheit der Investituren berührt Cadogan vor dem Kaiser. Er sagt, ehe diese nicht geregelt sei, könne sein König auch in der Reilgionsfrage keinen entscheidenden Schritt tun, weil sonst die deutschen Protestanten sagen würden, Georg I. habe sie geopfert, nur um die Investituren zu erhalten.

Die Antwort des Kaisers war, wie immer, verbindlich, aber nichtssagend. Er gibt zu, daß die nordischen Dinge von äußerster

¹⁾ Privatbrief an Stanhope, 7. Aug. 1720. H. A.

Wichtigkeit seien. Er werde mit seinen Ministern Rat pflegen und, sobald wie möglich, Cadogan seinen Entschluß wissen lassen, ebenso in den Fragen des Nordens wie wegen der Investituren. Nun schienen die österreichischen Minister zwar den Ernst der Lage zu erfassen. Prinz Eugen aber sagte ziemlich schroff, der Kaiser könne nicht einen neuen Krieg anfangen, solange der Religionsstreit nicht beigelegt sei, und als Saint Saphorin um eine deutlichere Erklärung bat, sagte der Prinz, er meine, die von beiden Seiten getroffenen Maßregeln müßten erst zurückgenommen sein, die Repressalien von protestantischer, ebenso wie die kirchlichen Neuerungen von katholischer Seite ¹⁾).

Vier Wochen waren nach den erzählten Vorgängen verflossen, ohne daß eine bestimmte Erklärung des Kaiserhofes erfolgt wäre. Unterdessen hatten die beiden Gesandten ihr Möglichstes gethan, um eine für ihre Zwecke günstige Stimmung zu schaffen. Lord Cadogan hatte sich eifrig um die Herstellung des religiösen Friedens im Reiche bemüht, und zwar, wie sein mißtrauischer Kollege meint ²⁾, teils um dem Kaiser zu gefallen, teils um nur einen Erfolg aufweisen zu können. Saint Saphorin drohte, wenn Österreich sich in der nordischen Frage versage, werde Georg I. die Sache allein machen, dann aber nicht ohne Zugeständnisse an Preußen, das Stralsund erhalten wird, und an Frankreich, dessen Gesandter Campredon in Schweden rührig am Werke ist. Sinzendorff stimmt zu, und an ihm wird es nicht liegen, „wenn wir nicht *une réponse favorable* erhalten“ ³⁾. Unterdessen steigt der Einfluß des „Favoriten“ von Tag zu Tag, „und dumm wie er ist, fällt er immer den schlechtesten Elementen in die Hände.“ Dem Kaiser aber flößt man eine so hohe Vorstellung von seiner Größe ein — und selbst die klügsten seiner Minister helfen dabei mit — daß er glaubt, vor ihm müsse sich alles beugen. „Niemand kann sagen“, schreibt Saint Saphorin in komischer Verzweiflung, „wie das alles noch enden wird“ ⁴⁾.

¹⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope. Wien, 10. Aug. 1720. H. A.

²⁾ Saint Saphorin an Bernstorff, 10. Aug. 1720. H. A.

³⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 24. Aug. 1720. H. A.

⁴⁾ An Bernstorff, 21. Aug. 1720. H. A.

Endlich kommt der Bescheid ¹⁾. Sinzendorff erteilt ihn mündlich, als Antwort auf das Pro-Memoria, in dem die Gesandten ihm den Inhalt der Depesche Stanhopes aufgezeichnet haben. Der Bescheid ist im ganzen ablehnend, d. h. Sinzendorff teilt die Bedenken mit, die nach der Meinung der Wiener Staatsmänner gegen den großen Aktionsplan zu erheben seien. Zunächst kommt man mit dem so oft wiederholten Bedenken, der Kaiser könne nicht neue Verpflichtungen übernehmen, solange im Reiche nicht Ruhe herrscht. Sodann wird die Sache nicht ohne Preußens Mitwirkung zu machen sein. Denn abgesehen davon, daß die militärischen Kräfte nicht genügen würden, so dürfte man sich nicht so weit gegen die Russen vorwagen, mit dem Könige von Preußen und seiner mächtigen Armee im Rücken, ohne über seine Absichten genau unterrichtet zu sein. Auch die von der Türkei drohende Gefahr läßt es nicht zu, die kaiserlichen Truppen in so entfernten Gegenden operieren zu lassen, wo auch ihre Unterhaltung schwierig wäre.

Dagegen hat der Kaiser seinerseits einen Gesandten nach Polen geschickt, um den Beitritt Polens zu dem Vertrage vom 5. Januar 1719 zu bewirken. Dieser uns wohlbekannte ²⁾ Vertrag (mit der ominösen Deklaration ⁴⁾), von drei deutschen Fürsten, nämlich von Karl VI. als Herrn seiner Erblande, von Georg I. als Kurfürst von Hannover und von August II. als Kurfürst von Sachsen, geschlossen, hatte ja bereits den Schutz Polens bezweckt, nämlich gegen die moskowitzische Gefahr. Aber wohlverstanden: nur als sächsischer Kurfürst, hatte August den Vertrag geschlossen. Der Polenstaat, die sogenannte Republik Polen, war nicht beigetreten, und noch 1719, in derselben Zeit, als das englisch-preußische Bündnis geschlossen wurde, war auch eine preußisch-russische Konvention geplant worden, welche die Erhaltung Polens in seiner Verfassung und politischen Haltung und die Verhinderung seines Beitritts zum Vertrag vom 5. Januar bezweckte ³⁾. Wenn jetzt von österreichischer Seite der Versuch gemacht wurde, diesen Beitritt herbeizuführen, so konnte dies allerdings als eine gegen Rußland gerichtete Maßregel betrachtet werden.

¹⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 11. Sept. 1720. H. A.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 464 ff.

³⁾ Vgl. Droysen, a. a. O. 279—80; Chance a. a. O. 331.

So die vorläufige Stellungnahme Österreichs zu den Vorschlägen Englands. Darüber trat man nun in die Verhandlung ein. Punkt für Punkt wurde durchgesprochen, die österreichischen Bedenken durch die beiden englischen Diplomaten entweder widerlegt oder man suchte auf Umwegen zu einer Verständigung zu kommen. Neue Vorschläge wurden gemacht, und bald hatte sich aus dem allen so etwas wie ein zweiter, abermals gegen Rußland gerichteter Aktionsplan entwickelt. Die dabei erörterten Punkte waren hauptsächlich die folgenden.

Auf die Bemerkung der Österreicher, daß ohne Preußen jeder Angriffsplan undurchführbar sei, erklärten Cadogan und Saint Saphorin, nun, dann brauche man dem preußischen Könige ja nur Stralsund und Rügen zu verschaffen, und er sei gewonnen. Aber dann stellte es sich heraus, daß für eine solche Abtretung wohl die Hauptschwierigkeit gar nicht bei Schweden lag, das sie machen sollte, sondern bei dem Kaiser, der jeder Gebietsvergrößerung Preußens grundsätzlich widerstrebte. Man versteht das ohne weiteres, wenn man so manche deutliche Anspielungen in den Briefen Saint Saphorins liest, so etwa die eine¹⁾, welche lautet: „Man haßt hier den König von Preußen mehr als alle anderen Staaten zusammen.“ Und man mag darin auch die natürliche Sorge des Kaiserhofes erkennen gegenüber dem unheimlich raschen Wachstum des norddeutschen Militärstaates.

Schien es also unmöglich, Österreich und Preußen in einer und derselben Koalition unterzubringen, so waren die beiden britischen Unterhändler überraschend schnell mit einem neuen Bündnisvorschlage bei der Hand²⁾. Derselbe schloß Preußen nicht ein, ließ aber auch nicht die von den Österreichern gefürchtete preußische Gefahr im Rücken der Kriegführenden bestehen. Cadogan und Saint Saphorin wußten zu versichern, daß der König von Preußen, auch ohne selbst am Kampfe teilzunehmen, den gegen Rußland marschierenden Truppen den Durchmarsch gestatten und nichts zugunsten des Zaren unternehmen werde. Und zugleich überschlug man auch die nun verfügbaren Truppen, Österreicher und Schweden, Hessen und Sachsen und dazu ein von England besoldetes Kontingent, und

¹⁾ An Schaub, 11. Sept. 1720. H. A.

²⁾ Cadogan und Saint Saphorin, 11. 18. Sept. 1720. H. A.

kam bald auf die Zahl von 60 000 Mann, genügend für die notwendigen Operationen, zumal da auch auf die Mitwirkung der englischen und schwedischen Seestreitkräfte gerechnet werden durfte. Denn durch diese würden dem Zaren nicht nur alle Zufuhren vom Meere aus abgeschnitten, sondern auch seine Schlachtflotte von der Ostsee ausgeschlossen sein. Denn daß er eine Seeschlacht nicht wagen würde, hatten ja die Ostseekämpfe in den beiden letzten Feldzügen genugsam bewiesen.

Sehr viel kam auch auf Polen an, nämlich auf den Staat mit seinem eigenwilligen Adel und seinem ungebärdigen Reichstag. Die einheimischen Offiziere, die sogenannten großen Generale, wünschten den alleinigen Befehl über alle im Lande befindlichen, besonders auch über die unter dem sächsischen Feldmarschall Graf Flemming, stehenden Truppen zu erhalten, um es dem Könige August unmöglich zu machen, etwas gegen den Zaren zu unternehmen. Auch hier wußte man Rat. Es wurde geplant, daß die schwedischen Truppen in dem polnischen Westpreußen landen, und mit ihnen vereint auch die sächsischen des Königs August. Alsdann würden die russisch gesinnten Elemente, wenn nämlich ihr König an der Spitze seiner Truppen im Lande war, sich nicht zu regen wagen.

Als die beiden Gesandten dem Hofkanzler Sinzendorff diese Gedanken entwickelten, schien er zwar von ihrer Richtigkeit überzeugt, aber er machte sie darauf aufmerksam, daß man auch den Kaiser überzeugen müsse. Für diesen aber war — sehr verständlich — in militärischen Fragen Prinz Eugen das Orakel. Der Prinz hatte, ohne in die Einzelheiten eingeweiht zu sein, bis dahin dem Kriegsplan skeptisch gegenübergestanden, ja er hatte ihn den schwedischen Diplomaten gegenüber als undurchführbar bezeichnet. Sinzendorff empfahl darum, Cadogan möge den Prinzen aufsuchen und ihm alles darlegen. So geschah es. Prinz Eugen kannte die militärischen Fähigkeiten Cadogans und hatte wohl auch einmal erklärt, er sehe ihn lieber im Felde als am grünen Tisch. So erhielt Cadogan die Möglichkeit, dem berühmten Feldherrn in einer langen Unterredung die Aussichten des Feldzuges gegen Rußland zu erläutern, insbesondere die Vorzüge des Aufmarsches in Westpreußen. Prinz Eugen fand alles sehr einleuchtend, er meinte, man dürfe wohl auf einen guten Erfolg hoffen, ja er erklärte, vollkommen davon über-

zeugt zu sein ¹⁾. So schien alles im besten Gange und am Wiener Hofe eine günstige Atmosphäre für die englischen Pläne geschaffen zu sein. Ja, wenn wir dem immer ein wenig eifersüchtigen Saint Saphorin glauben wollen, so sah sich Cadogan selbst im Geiste schon an der Spitze der gegen den Zaren Peter marschierenden Armeen ²⁾.

* * *

Wir werden bald die Frage zu beantworten haben, ob diese Hoffnungsfreudigkeit der englischen Gesandten mit den wahren Absichten des Wiener Hofes im Einklang stand. Aber vorher werfen wir noch einen Blick nach Hannover, wo sich in den Personen Georgs I. und Stanhopes die treibenden Kräfte der hier geschilderten politischen Entwicklung befanden. Stanhope hatte seine Bedenken. Er war nicht damit einverstanden, daß man sich in Wien so leicht mit der Aussicht abgefunden hatte, die Sache nötigenfalls auch ohne Preußen zu machen. Denn Preußen ist der Staat mit der großen schlagfertigen Armee. „Wenn Seine Kaiserliche Majestät“, so schreibt Stanhope, „sich einmal entschlossen hat, den Zaren niederzuhalten, und wenn Sie die dazu nötigen Hilfsmittel prüft, so wird Sie zweifellos finden, daß, wenn man selbst der Hilfe Polens gewiß ist, doch die des Königs von Preußen keineswegs vernachlässigt werden darf ³⁾“. Und ganz ähnlich klingt es aus einem Schreiben heraus, das Lukas Schaub, damals Stanhopes Sekretär, seinem Freunde Saint Saphorin schrieb ⁴⁾. „Ich bin gewiß fern davon, die Aufrichtigkeit oder die Weisheit des preußischen Hofes zu überschätzen, aber ich glaube, Sie werden uns zustimmen, daß wir die Hilfe Preußens gegen den Zaren nicht entbehren können. Auch Graf Starhemberg ist derselben Meinung“. Auch Stanhope, wenn er die Verhandlung selbst zu führen gehabt hätte, würde sich mit einer solchen Lösung schwerlich zufrieden gegeben haben. Und einen Augenblick schien es wirklich, als ob solches, d. h. ein persönliches Eingreifen Stanhopes, zum Ereignis werden sollte.

¹⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 18. Sept. 1720. H. A.

²⁾ Saint Saphorin an Schaub, 18. Sept. 1720. H. A.

³⁾ Stanhope an Cadogan und Saint Saphorin. Hannover, 16. Sept. 1720. H. A.

⁴⁾ Schaub an Saint Saphorin. Hannover, 15. Sept. 1720. H. A.

Der unter der Mitarbeit Lord Cadogans seufzende Saint Saphorin ist bald von der Sorge ergriffen worden, daß bei der Verhandlungsmethode, bei der er selbst mitzuwirken gezwungen war, nichts Gutes herauskommen könne. In die „*Lettres communes*“ muß er Dinge hineinschreiben, an die er nicht glaubt, und kann höchstens in seinen Privatbriefen an Stanhope, an Schaub, an Bernstorff seinem gepreßten Herzen Luft machen. So hat er denn nicht nur für seine Person nach Befreiung aus seiner „Galeerensklaverei“ gelehzt, sondern auch im Interesse der Sache einen anderen Modus herbeigewünscht. Er fand, nur ein Minister ersten Ranges, bewandert in allen Zweigen der europäischen Politik, ein solcher der es wagte, den Leuten die Wahrheit zu sagen, könne den Österreichern imponieren. Und da Lord Stanhope sich in erreichbarer Nähe, nämlich in Hannover befand, so hat Saint Saphorin ihn immer wieder gedrängt, er möge kommen, denn sonst müsse man an dem Erfolge verzweifeln ¹⁾. Auch in Hannover ward diese Reise gewünscht. „Ich predige es ihm jeden Tag“, sagt Schaub ²⁾. Und selbst der Österreicher Starhemberg, als Gesandter in Hannover, stimmte zu und erklärte, da auch umgekehrt eine Reise Sinzendorffs an den Hof Georgs I. in Hannover vorge schlagen worden, der energische Stanhope würde in Wien mehr erreichen als der furchtsame Sinzendorff in Hannover.

Das war gewiß richtig und wir brauchen nur an die Reisen Stanhopes nach Paris und ihre glänzenden Erfolge zu erinnern, um uns vorzustellen, daß die Macht seiner Persönlichkeit auch in Wien ähnlich gewirkt haben könnte, umso mehr, da Karl VI. selbst ihn gut kannte und verehrte. Stanhope war bereit und wollte nur die von Saint Saphorin längst ersehnte Abreise Cadogans abwarten, um nach Wien aufzubrechen. Da ist es nun die schwere Erschütterung des englischen Wirtschaftslebens durch den Südseeschwindel und die „*Bubbles*“ gewesen, die diesen Reiseplan vereitelt hat ³⁾. Eben im September und Oktober 1720, als in Wien die Entscheidung fiel, war die Verwirrung in England aufs

¹⁾ Nach Saint Saphorins Briefen im September 1720. (H. A.); besonders nach der großen, für Townshend 1721 verfaßten Relation secrète de la Cour de Vienne vom 6. Juni 1721. Y 45, 135—341. — H. A.

²⁾ Schaub an Saint Saphorin, Hannover 15. Sept. 1720. H. A.

³⁾ Relation, wie oben.

höchste gestiegen. Unter den tröstlichen Momenten aber, an denen der Geist des Volkes sich aufrichtete, machte die Aussicht auf die baldige Rückkehr des Monarchen aus Deutschland den stärksten Eindruck ¹⁾. Mit dem Könige mußte sein Staatssekretär kommen. Der Abstecher nach Wien aber hätte die Heimkehr der fürstlichen Reisegesellschaft noch um Wochen verzögert. So war es das Verhängnis der berühmten Wirtschaftskatastrophe von 1720, die Stanhope von Wien fernhielt. Hören wir, was ohne ihn dort geschah.

* * *

Die Entscheidung lag beim Kaiser. Und wie Karl VI. nun einmal war: eine Menge von Beratern, berufenen und unberufenen, reden auf ihn ein ²⁾. Er aber, mit der hochgesteigerten Auffassung seiner Würde und Macht, will vor sich selber sagen können, er habe nach eigenem Urteil und reifer Erwägung gehandelt. Dabei könnte es selbst für einen überlegenen Geist leicht etwas Verwirrendes gehabt haben, jenes Nebeneinander hoher Staatsbehörden, ohne scharfe Trennung der Kompetenzen.

Die höchste Leitung der österreichischen Sachen lag in den Händen der Konferenz, die um diese Zeit nur aus vier Mitgliedern bestand, es waren Prinz Eugen und die Grafen Trautson, Sinzenborff und Starhemberg. Der „Favorit“ Graf Althan hat den ihm oft angebotenen Platz in der Konferenz konstant abgelehnt. Aber er sieht ihre Referate und trägt dem Herrscher seine Kritik derselben vor. Neben den österreichischen stehen die Reichsgeschäfte, verantwortlich geleitet von Graf Schönborn, dem Reichsvizekanzler. Schönborn ist es auch, der Karl in der stolzen Auffassung von der Stellung des Reichsoberhauptes bestärkt.

¹⁾ Craggs an Stanhope, Whitehall, 7. Okt. 1720. Regencies 64. R. O.

²⁾ Die folgende Schilderung beruht neben bekannten Quellen besonders auf den großen Relationen, die Saint Saphorin 1721 für Townshend, 1727 und 1728 für Georg II. und die Königin Caroline niedergeschrieben hat. Sie sind höchst lehrreich für die Zustände am Wiener Hofe und ich habe auch für andere Abschnitte meiner Darstellung aus diesen Quellen geschöpft. Die drei „Relations“ sind niemals veröffentlicht, aber bereits bei Coxé, House of Austria, Ch. 85, nach englischen Übersetzungen herangezogen. Der vollständige französische Wortlaut ist handschriftlich erhalten in den Saint Saphorin-Akten des Staatsarchivs Hannover. Y 45, 135—341; 342—393; 395—564.

Aber auch die Österreicher halten daran fest, daß der Kaiser als Erster unter den Fürsten Europas auch seinen Vorrang vor anderen Monarchen stark betonen solle. Die anderen sollen sich seinem Einfluß unterwerfen und er soll ganz Europa beherrschen. Das glaubt er nun wirklich. Er glaubt auch, daß seine eigene Wahlkapitulation und die der früheren Kaiser die echte Verfassung des Reiches gefälscht und dieses aus einem rein monarchischen Staat zu einer *aristocratie pleine de confusion* gemacht haben.

Um die Vielheit und Unübersehbarkeit des Wiener Regierungsapparates noch zu vergrößern, so bewegt sich am Hofe auch noch ein Kreis von spanischen und italienischen Würdenträgern ¹⁾. Sie sind halb Freunde des Herrschers, halb Vertreter politischer Interessen. Die Spanier sind wie eine wandelnde Mahnung an den Verlust der spanischen Ansprüche, an deren Unwiederbringlichkeit Karl noch immer nicht glauben will. Er würde, sagt man, die Erblande und den Kaisertitel freudig hingeben, wenn er Spanien wiederhaben könnte, das Land, dem die Hoffnungen seiner jungen Jahre gegolten haben. Mit diesen Südländern verkehrt der Kaiser freundschaftlich und zwanglos in seinem Kabinette. In ihrer Gesellschaft legt er auch die äußere Würde ab, mit der er sonst sich zeigt, jene Würde, mit der er auch seinen deutschen Ministern gegenübertritt. Hier giebt er sich menschlich und natürlich, er spielt und scherzt und spottet und macht sich lustig über alle anderen. Graf Althan, „*le favori*“, der diesem Kreise nahe steht, der selbst mit Karl in Spanien war und mit einer schönen Spanierin vermählt ist, hat ein eigenes *Conseil* eingeführt, das nur aus Spaniern und Italienern besteht und in dem der Erzbischof von Valencia den Vorsitz führt.

Und endlich darf bei der Aufzählung der an den Kaiser sich drängenden Bestrebungen und ihrer Widersprüche auch die Vertretung verschiedener kirchlicher Richtungen nicht unerwähnt bleiben. Saint Saphorin möchte unterscheiden zwischen Papisten und (einfachen) Katholiken bei Hofe. Karl selbst wäre zu den letzteren zu rechnen. Aber seiner Neigung, als Kaiser auch den Protestanten gerecht zu werden, steht die streng katholische, unbeugsame Haltung des Reichsvizekanzlers gegenüber. Ist

¹⁾ Vgl. Arneth, Prinz Eugen 2, Kap. 14.

Schönborn auf Urlaub, so ist Karl in Religionsfragen nachgiebig, ist der Reichsvizekanzler wieder zur Stelle, so erklingt auch in der Kirchenpolitik des Kaisers bald eine schärfere Tonart. So ist es auch gemeint, wenn Bernstorff von London her einmal eine so wunderliche Definition der kirchlichen Haltung des Kaisers gibt, indem er sagt, alle Welt behaupte zwar, der Kaiser sei nicht allzu „pfäffisch“, und dennoch überwiegt die Pfäfferei und gibt in allen Fällen die Entscheidung¹⁾.

Erst wenn man alle diese Momente zusammennimmt, versteht man die ganze Unberechenbarkeit der Entscheidungen in Wien. So herrschte denn auch bis zuletzt völlige Unklarheit darüber, welche Antwort die englischen Unterhändler auf ihr längst überreichtes Pro-Memoria erhalten werden. Sie sind ungeduldig geworden, die Abreise Cadogans steht bevor und Saint Saphorin erklärt schon in einem Privatbriefe²⁾, wenn der Kaiser sich nicht deutlich ausspricht im Sinne ernster Mitwirkung bei der Aktion gegen die Russen, so sollten wir ohne ihn vorgehen, sei es an der Seite Preußens, sei es mit anderen Bundesgenossen. Und in denselben Tagen — Ende September 1720 — schrieb Stanhope, noch aus Hannover: ³⁾ „Kurz es handelt sich darum, sobald wie möglich zu wissen, mit welcher Truppenmacht der Kaiser sich beteiligen will, welche Vorteile er für sich fordert, und ob er einwilligt, daß man dem Könige von Preußen einen Gewinn im Verhältnis seiner Leistungen zubilligt“.

Mit anderen Worten, noch hatte Stanhope auf Grund der Berichterstattung seiner Gesandten die Hoffnung nicht aufgegeben. Da kam die Enttäuschung. Der Bescheid des Wiener Hofes ward kurz vor der Abreise Cadogans den beiden englischen Diplomaten in Gestalt einer Note, datiert vom 23. Oktober 1720, in die Hand gegeben, welche die lange verzögerte Antwort auf ihr Pro-Memoria darstellen sollte. Bisher, so sagte die Note⁴⁾, habe die fehlende Ruhe im Reiche es dem Kaiser unmöglich gemacht, sich über die nordische Frage zu äußern. Nun aber,

¹⁾ Bernstorff an Saint Saphorin. London, 23. April 1720. H. A. *Mais quoique tout le monde dise que l'Empereur n'est pas trop pfäffisch, pourtant la Pfäfferei prévaut, et a le dessus en toutes choses.*

²⁾ An Schaub, 28. Sept. 1720. H. A.

³⁾ An Cadogan und Saint Saphorin, 29. Sept. 1720. H. A.

⁴⁾ Abgedruckt bei Chance, George I. and the Northern War. 1909, 463f.

da von protestantischer Seite die Repressalien aufgehoben seien, könne er wenigstens seinen Standpunkt darlegen. Und nun spricht er nicht etwa, wie zu erwarten, von der russischen Gefahr, sondern im Gegenteil von den freundschaftlichen Absichten des Zaren, zu dem der Kaiser einen Gesandten schicken will, wie er auch auf einem nach Braunschweig berufenen Kongreß den Abschluß des Friedens zwischen Rußland und Schweden vermitteln wird. Um zu einem bestimmten Friedensplan zu gelangen, muß man freilich erst Klarheit haben über die Haltung Polens und dafür sollte dieses Königreich zunächst dem Vertrage vom 5. Januar 1719 beigetreten sein.

Neben solchen Erwägungen war freilich für die Koalitionspläne Stanhopes kein Raum mehr übrig. Sie werden denn auch kurz genug abgetan. Wollte Österreich, so sprach die Note es offen aus, sich an kriegerischen Plänen gegen den Zaren beteiligen, so müßte es schon mit erheblichen Truppenmengen, mit nicht weniger als etwa 25—30 000 Mann, geschehen. Das aber wäre auch aus dem Grunde bedenklich, weil alsdann die Verteidigung der eigenen Lande geschwächt und die Türkel verlockt würde, wieder einmal einen Angriff auf Ungarn zu unternehmen, ganz abgesehen davon, daß dem Kaiser die Mittel fehlen, um eine solche Streitmacht von 25—30 000 Mann zu unterhalten.

An die Überreichung der Note knüpften sich peinliche Auseinandersetzungen¹⁾. Wie gewöhnlich bewahrte Cadogan den Österreichern gegenüber die lebenswürdige Ruhe, Saint Saphorin aber redete lebhaft und gereizt. Als ihn Sinzendorff fragte: „Was mißfällt Ihnen denn eigentlich an unserer Note?“ erwiderte er grob: „Alles“. Der Österreicher bittet ihn, sich deutlicher auszudrücken. Saint Saphorin antwortet in langer Rede, voll sarkastischer Pointen, indem er die Note einer vernichtenden Kritik unterzieht, um zuletzt mit Bezugnahme auf die 25 bis 30 000 Mann, die der Kaiser vielleicht marschieren lassen, aber nicht bezahlen könne, mit den höhrenden Worten zu schließen: „Es wird wohl wenige Fürsten geben, die nicht bereit wären, eine solche Truppenmacht aufzustellen, wenn sie nämlich von jemand anderem bezahlt würde“. Und noch viele andere Bitter-

¹⁾ Cadogan und Saint Saphorin an Stanhope, 26. Okt. 1720. Noch besser orientieren etliche Briefe Saint Saphorins aus denselben Tagen an Stanhope, Schaub und Bernstorff. Sämtlich in den Saint Saphorin-Akten in Hannover.

keiten will Saint Saphorin dem Österreicher ins Gesicht geschleudert haben. Er erklärte ihm auch, daß England sich wohl hüten werde, je wieder gemeinsame Sache mit dem Kaiser zu machen, wenn er sich dieses Mal so völlig versage. Auf Sinzendorff machte diese Rede sichtlich starken Eindruck. Er schien „fort abattu“, lenkte auch ein, indem er zutraulich erklärte, man erwarte ja nun erst die Antwort Georgs I., um dann erst in die eigentliche Verhandlung einzutreten. England sollte also in der seinen Diplomaten überreichten Note nicht das letzte Wort des Wiener Hofes erblicken.

In Hannover, wo Georg I. und Lord Stanhope noch weilten, stand man zwar gerade unter dem Eindruck der schrecklichen Finanzkatastrophe, von der die Berichte aus England erzählten. Trotzdem wurden sogar diese Sorgen für einen Augenblick in den Hintergrund gedrängt durch die Nachrichten aus Wien. Stanhope erkannte sofort, daß sein großer Plan endgültig gescheitert war. Aber wie es seine Art war, so faßte er auch dieses Mal einen raschen Entschluß. Wenige Tage nach dem Eintreffen der Berichte aus Wien war die Neuorientierung der nordischen Politik Großbritanniens bereits erfolgt. Sie ist enthalten in einem Schreiben vom 4. November 1720, in dem Stanhope den englischen Gesandten in Stockholm, William Finch, mit der neuen Lage der Dinge und den fortan geltenden Grundsätzen der englischen Politik bekannt macht¹⁾. Noch kürzlich, sagt er, hatten die Wiener Staatsmänner eine befriedigende Entscheidung in der nordischen Frage in Aussicht gestellt. Was sie statt dessen jetzt geboten haben, enttäuschend wie es ist, läßt uns wenigstens keinen Zweifel mehr darüber, daß der Kaiser nichts gegen Rußland und nichts für Schweden zu tun gesonnen ist. Während wir uns bemühten, ihn von dem Zaren zu trennen und ihn von dem Braunschweiger Kongreßplan abzubringen, hat er ohne unser Wissen gerade darauf seine Politik gerichtet. So unerwartet ist das gekommen, daß man fast annehmen muß, der Kaiser suche Streit mit Schweden. Und ferner, wenn der Kaiser sagt, auch Polen müßte von der Partie sein, so weiß er doch selbst am besten, wie unmöglich es ist, „die einstimmige Zustimmung dieser Republik zu einem offensiven Verträge gegen den Zaren zu erhalten“. Was endlich die geforderte Sicherheit für Ungarn betrifft, so ist sie ebenso überflüssig wie undurchführbar.

So sollte denn auch von weiteren Verhandlungen, wie Sinzendorff sie empfohlen haben wollte, nicht mehr die Rede sein. Die einzige Antwort, welche von englischer Seite auf die österreichische Note gegeben wurde, bestand in der Erklärung, daß Georg I. darauf verzichte, mit dem Wiener Hofe noch ferner über die Fragen des Nordens zu reden.

Umso eindringlicher ward aber nunmehr an die Regierung Schwedens die Mahnung gerichtet, sobald wie möglich mit dem Zaren Frieden zu schließen, nämlich den am wenigsten ungünstigen Frieden, der zu haben wäre. Die Verhandlung würde am besten durch den Vertreter einer neutralen Macht, nämlich durch den französischen Gesandten in Schweden, Campredon, geführt. Wenn möglich, sollte Campredon selbst nach Petersburg gehen. Glaubt er dies ohne besonderen Auftrag seiner Regierung nicht tun zu dürfen, so möge er die Anknüpfung mit dem Zaren brieflich beginnen. Und schon am nächsten Tage, dem 5. November, schrieb Stanhope in diesem Sinne auch nach Paris²⁾.

Übrigens soll an der freundschaftlichen Haltung Englands gegenüber Schweden nichts geändert werden. Sollte das Friedenswerk im Laufe des kommenden Winters nicht zum Abschluß gelangt sein, so darf Schweden unterdessen nach wie vor auf die Freundschaft Englands zählen. Georg I. „wird fortfahren, ihm seine Flotte und seine Subsidien zur Verfügung zu stellen, solange der Krieg mit dem Zaren noch dauert“.

Der schleunige Abschluß des Friedens aber, erklärt Stanhope, sei umso notwendiger, damit Schweden alsdann auch Festigkeit im Innern zeigen könne, er sei notwendig, um den anderen Mächten, den Schweden feindlich gesinnten, die Möglichkeit zu nehmen, ihm einen König aufzuzwingen, der ihnen völlig ergeben sei. Denn der Kaiser und der Zar haben den Wunsch, „Schweden ein für alle Mal zu erniedrigen und ihm das Gewicht zu rauben, welches es bisher in die Wagschale zu werfen vermochte in den Fragen des Reiches, Europas und der Religion“. Diese letzteren, etwas geheimnisvollen Andeutungen werden erst verständlich, wenn man sich die damalige Lage Schwedens vergegenwärtigt. Die Thronfolge war unsicher, Ulrike Eleonores Stellung er-

¹⁾ S. P. Domestic Entry Books 271 (früher Regencies 16). R. O.

²⁾ Stanhope an Sutton. Hannover, 5. Nov. 1720. Ebd. R. O.

schüttert. Jene edle Festigkeit, die sie beim Vertragsschlusse mit England bewiesen und die Lord Carteret nicht genug hatte rühmen können, sie war seither in Starrsinn und Willkür ausgeartet. Die Königin hatte ihre Freunde allzu reichlich mit Ämtern und Adelstiteln belohnt, aber sich auch durch Härte und Eigenmächtigkeit zahlreiche Gegner erweckt. Sie selbst, ganz unter dem Einfluß des Gatten stehend, versuchte zuerst, diesem die Mitregierung zu verschaffen, und als sie damit nicht durchdrang, verzichtete sie zu seinen Gunsten auf den Thron. So ward Friedrich von Hessen-Kassel durch den Rat und die Stände Schwedens gewählt und am 2. Mai 1720 zum Könige gekrönt. Die zugleich ins Leben tretende Verfassung aber ließ ihm noch weniger Rechte als Ulrike Eleonore sie besessen. Mit dem von Karl XI. errichteten königlichen Absolutismus war es zu Ende.

* * *

Wenden wir noch einmal unsere Blicke zurück auf Österreich und auf die Mission Cadogans am Wiener Hofe. Sie hat den nordischen Plänen Englands mehr geschadet als genützt. Hätte Saint Saphorin allein die Verhandlung zu führen gehabt, er würde durch seine größere Sachlichkeit und Festigkeit vielleicht mehr erreicht haben, zumal da ihm ja auch alle Nebenabsichten, wie Cadogan sie verfolgte, fern lagen. So sah man es auch im Kreise der englischen Regierung an. In Hannover sagte Lord Stanhope dem Österreicher Graf Starhemberg ganz offen, der König und seine Minister hätten volles Vertrauen zu Saint Saphorin und seien ebenso zufrieden mit ihm wie unzufrieden mit dem andern ¹⁾. Saint Saphorin mag durch solche Äußerungen ermutigt worden sein, auch nach der Abreise Cadogans, und nun erst recht, seine Bemühungen fortzusetzen, um Österreich gegen den Zaren mobil zu machen. Aber auch die Schwierigkeiten blieben dieselben. Und da es sich z. B. wie wir wissen, auch immer wieder um die Rolle handelte, die August II. von Sachsen-Polen in der Sache spielen würde, so glaubte Saint Saphorin, gerade daraus für seine Sache Nutzen ziehen zu können. Denn, meinte er ²⁾, wenn irgend etwas geeignet ist, den Wiener Hof aus seiner

¹⁾ Schaub an Saint Saphorin. Hannover, 6. Nov. 1720. H. A.

²⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 20. Nov. 1720. H. A.

Indolenz in der nordischen Frage herauszubringen, so ist es die Furcht, daß wenn er nicht den König von Polen unterstützt, dieser sich mit dem Zaren verständigen und auf den vor fünf oder sechs Jahren verfolgten Plan zurückkommen könnte, einen Teil von Polen dem Zaren abzutreten, um das Übrige als erblichen Besitz in der Hand zu behalten, mit anderen Worten, um die Krone Polens erblich zu machen im Hause Wettin. Sollte es aber dazu kommen, so würde der Kurprinz, der mit der ältesten Tochter Josephs I. vermählt war, „viel eher imstande sein, die Rechte seiner Gemahlin gegenüber den Erzherzoginnen Töchtern des Kaisers zur Geltung zu bringen. So war auch die Pragmatische Sanktion, oder sagen wir, die Furcht Karls VI. vor den Ansprüchen der josephinischen Töchter, selbst in der nordischen Politik Österreichs noch von Bedeutung.

Trotz alledem mußte der diplomatischen Kunst Saint Saphorins in dieser Frage der Erfolg versagt bleiben. Es mag zu spät gewesen sein, vielleicht hatte Cadogan auch das Spiel schon verdorben, und endlich war es ja den Wienern auch wohlbekannt, daß in dieser Sache die englische Regierung schon nicht mehr hinter Saint Saphorin stand. In Hannover hatte Stanhope dem österreichischen Gesandten gegenüber eine fast beleidigende Sprache geführt, hatte sich darüber beklagt, daß man heute nach allem, was sein König für den Kaiser getan habe, noch zweifeln müsse, ob Karl VI. mehr Freundschaft für Georg I. oder für den Zaren Peter empfinde. Und dann, als der letzte ablehnende Bescheid aus Wien eintraf, erklärte er schroff und bitter, die Sache solle jetzt ruhen und Saint Saphorin nicht mehr davon reden. Aber die nordischen Alliierten würden sich auch „künftig in anderen Affären nach der Willfähigkeit, so ihnen in dieser bezeigt worden, richten“ ¹⁾.

* * *

Die zwischen England und Österreich noch folgenden Auseinandersetzungen — von eigentlichen Verhandlungen kann man kaum noch reden — hoffnungslos wie sie waren, entbehren nicht einer gewissen Komik. Saint Saphorin hat die Weisung

¹⁾ Berichte Starhembergs aus Hannover vom 19. Sept. u. 3. Nov. 1720. W. St. A.

erhalten, die nordische Frage nicht mehr zu berühren, und doch bildet sie immer wieder das Thema langer Gespräche, die er mit Sinzendorff und dem Prinzen Eugen führt. Der inzwischen aus Hannover heimgekehrte Graf Starhemberg, noch unter dem Einfluß Stanhopes stehend, assistiert ihm, so gut er kann. Und Stanhope selbst hat zwar seine ablehnende Haltung nicht geändert, läßt jedoch Saint Saphorin gewähren und übermittelt ihm sogar die Lobsprüche Georgs I. Immerhin kommt man nicht von der Stelle. Sinzendorff deutet immer wieder an, daß man von österreichischer Seite die Verhandlung gern neu beginnen würde. „Wenn Sie uns nur unter dem Vorwand, unsere Note beantworten zu wollen, etwas im Namen Ihres Königs sagen wollten, so hoffe ich immer noch das Beste, aber ohne eine solche Handhabe, und wie unsere Verfassung einmal ist, halte ich es für unmöglich, die Sache nochmals offiziell vor die Konferenz zu bringen“¹⁾. Saint Saphorin aber muß diese Zumutung ablehnen, denn ihm sind die Hände gebunden.

Gelegentlich spottet er auch²⁾ über die Gleichgiltigkeit des Wiener Hofes gegenüber den Ereignissen in Nord-Europa. Sie tun so, sagt er, als seien sie bloße Zuschauer bei einer Komödie oder auch bei einem Trauerspiel. Man interessiert sich für den einen oder den anderen der Schauspieler, man freut sich, wenn es ihm gut geht und man bedauert sein Unglück, aber man beruhigt sich bald, als wollte man sagen, es ist ja alles nur Spiel. So verflossen die Monate, ohne daß die Lage sich änderte. Und unterdessen erfüllte sich das Schicksal Schwedens.

Noch verging seit der Abreise Cadogans von Wien fast ein Jahr, ehe der langersehnte Friede zustande kam. Die Verhandlungen wurden im Laufe des Sommers 1721 in dem finnischen Städtchen Nystad geführt. Aber der Ausgang schien ungewiß. Schweden war noch ebenso hilfsbedürftig wie vorher. England hat es, seinen Versprechungen gemäß, auch in diesem Jahre nicht im Stiche gelassen. Die Subsidien wurden gezahlt, ein englisches Geschwader erschien wieder in der Ostsee, nicht schwächer als im Vorjahre, und der uns wohlbekannte Admiral Sir John Norris als Kommandierender. Alles nimmt wieder

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 4. Januar 1721. H. A.

²⁾ An Bernstorff, 11. Juni 1721. H. A.

seinen typischen Verlauf. Die von dem schwedischen Könige sehnlich herbeigewünschte Flotte leistet nicht weniger, aber auch nicht mehr, als in den beiden letzten Jahren. Sie kann die russischen Schlachtschiffe zwar nicht zum Kampfe zwingen, aber sie verhindert ihre Ausfahrt aus den Häfen. Sie kann eine schwere Invasion Schwedens hintanhaltend, muß aber in der Nähe der Aalandsinseln untätig liegen, während die russischen Galeeren sich zwischen Schären und Riffen hindurchwinden. Und wieder erscheinen die barbarischen Horden auf schwedischem Boden und suchen Hunderte von Ortschaften mit Mord und Brand heim. „Die Schweden glauben“, sagt Norris¹⁾, „wir könnten die russischen Galeeren in Respekt halten und ihre Unternehmungen hindern, aber in Wahrheit ist es für unsere Schiffe unmöglich, ihre Fahrt aufzuhalten zwischen Inseln und Felsen, wo wir ihnen nicht folgen können“. So zeigt das letzte Jahr des nordischen Krieges noch einmal dasselbe Ostseebild, wie die früheren. Das englische Geld und die englischen Schiffe haben an dem für Schweden so unglücklichen Friedensschlusse zu Nystad nichts zu ändern vermocht. Für die Regierung Englands war es noch eine besondere Enttäuschung, daß Georg I. nur als König, und nicht auch als Kurfürst im Friedensschlusse genannt war. Als der englische Gesandte Finch und Admiral Norris dem Schweden Graf Horn ihr Mißvergnügen über den Friedensschluß aussprachen, erwiderte der Schwede kühl, wie Norris erzählt²⁾, daß „wenn unser Herr nicht zufrieden sei, so werde es ja in Zukunft nicht an genügenden Gründen fehlen, den Vertrag wieder zu brechen“.

* * *

Die Einwirkung Englands auf den Ausgang des nordischen Krieges war auch so noch bedeutend genug. Es machte keinen großen Unterschied, ob es als offener Feind Rußlands auftrat oder als stiller Helfer der gegen Peter den Großen Kämpfenden. Ohne die pünktlich gezahlten englischen Subsidien und ohne die unauffällige Mitwirkung der englischen Ostseeflotten wäre das Schicksal Schwedens noch härter, der Friedensschluß noch

¹⁾ An Townshend, Sandwich at Eisenab, 25. Mai 1721. R. O.

²⁾ An Townshend, 6. Sept. 1721. R. O.

drückender geworden. Das Schlimmste, Eroberung und Fremdherrschaft, sind dem Schwedenvolke erspart geblieben.

Aber auch die Grenzen der englischen Leistungen müssen beachtet werden. Den strategischen Aufgaben, wie sie durch das Erscheinen Rußlands an und in der Ostsee gestellt wurden, war England ebenso wenig gewachsen wie Schweden, Rußland hatte mit seiner neu geschaffenen Schären- und Galeerenflotte eine Waffe in der Hand, wie die Gegner sie nicht besaßen. Nur so sind die Verwüstungen in Schweden, sind die Hunderte von brennenden Dörfern zu verstehen, von denen die Geschichte der drei letzten Kriegsjahre zu erzählen hat. Die mächtige englische Flotte mit ihrem tüchtigen Admiral Norris ist zwar zur Stelle, sie kann auch mit Leichtigkeit die russische Hauptflotte in ihren Häfen einschließen und abriegeln und benötigt dazu kaum der Mitwirkung jener schwachen Seestreitkräfte, die der verfallende Staat Gustav Adolfs allenfalls noch aufzubringen vermag. Aber in das Gewimmel der Schären dringt sie nicht ein. Hier muß sie dem Verderben seinen Gang lassen, und die Russen haben leichtes Spiel.

Da ist es nun wohl von Interesse, zu vernehmen, daß man auch in Schweden noch während des Krieges daran gedacht hat, das russische Vorbild nachzuahmen und sich gleichfalls eine Schärenflotte zuzulegen. Das erschöpfte Schweden konnte freilich eine solche Ausgabe nicht bestreiten. So wandte sich der König Friedrich mit der Bitte an Georg I.,¹⁾ er möge ihm neben den übrigen von England geleisteten finanziellen Hilfen noch weitere 200 000 Kronen vorstrecken, um mit diesem Gelde fünfzig Galeeren zu bauen. Für England sicherlich eine überraschende Forderung, denn nie vorher hatte man in Schweden daran gedacht, den neuen Feind mit seiner eigenen Waffe zu schlagen oder doch abzuwehren. Wollte Schweden vielleicht nicht mehr so wehrlos wie bisher erscheinen und dem Zaren bei den kommenden Verhandlungen mit mehr Festigkeit gegenüber treten? Oder soll man glauben, es würde den Friedensschluß hinausgezögert haben, um mit neuen diplomatischen und militärischen Kräften zu guter Letzt noch leidlichen Kriegsausgang zu erzwingen?

¹⁾ British Diplomatic Instructions 1689—1789. Vol. 1. Sweden, ed. J. F. Chance, 1922, p. 151.

Wie dem auch sei, alle derartigen Pläne sind gescheitert. Aus demselben Schreiben des Ministers Townshend an den Gesandten Finch in Stockholm, dem wir die Nachricht entnehmen, daß Schweden eine Galeerenflotte bauen wollte, erfahren wir zugleich, warum es nicht geschah. England verweigerte die Mittel. „Wie des Königs Finanzen hier zur Zeit sind“, schreibt Townshend, „ist es für Seine Majestät absolut unmöglich, dem Könige von Schweden mit der zu diesem Zwecke gewünschten Summe zu Hilfe zu kommen“. Wir wissen genug von den englischen Finanzen nach 1720, um sagen zu können, wo die Schwierigkeit lag. Der Hilferuf traf in London ein, als Staat und Wirtschaft noch unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe des Vorjahres standen. Das Unheil der Südsee-Affäre hat auch in dieser Frage seine Wirkungen geübt bis hinüber in die Gestade der Ostsee.

In Schweden hielt man jedoch an dem Gedanken fest, im ersten Friedensjahre, 1722, begann die Ausführung, und ein paar Jahrzehnte später, als die Macht Rußlands nach Peters Tode verfiel, hatte sich das Bild in der Ostsee merkwürdig verändert. Die russische Galeerenflotte war verfallen, die schwedische stattlich entwickelt und die Wiederholung der verwüstenden Invasionen von 1719 bis 1721 nicht mehr zu fürchten. An dieser Wandlung hatte aber das seemächtige England keinen Anteil gehabt.

* * *

Mit der Unterzeichnung des Friedens von Nystad waren die Würfel im Norden gefallen. Die Zarenmacht stand und blieb an der Ostsee. Sind wir nun in der vorstehenden Erzählung dem Verlaufe der nordischen Ereignisse bis zum endgültigen Friedensschlusse gefolgt, aber stets mit dem Seitenblick auf die Rolle, die England dabei gespielt hat, so kann doch dieser Verlauf nur im Rahmen der gesamten Weltereignisse völlig verstanden werden. Vier Erwägungen sind es besonders, die hier anzustellen sind.

Zuerst ist der Umstand zu beachten, daß auch in Südeuropa die letzte Entscheidung noch nicht getroffen war. Man erwartete sie von dem kommenden Kongresse, und unterdessen konnten die Staatsmänner Westeuropas nicht mit ungeteilter Aufmerk-

samkeit den Dingen im Norden folgen. Es kommt als zweites Moment hinzu die große Machtstellung, in der sich damals, 1720, der Finanzmann John Law am französischen Hofe befand. Er war in der Lage, auch die auswärtige Politik des Herzogs-Regenten zu verwirren, zu durchkreuzen, insbesondere sie in England feindlichem Sinne zu beeinflussen. Und zum dritten übten im selben Jahre 1720 in England selbst die eigenen Nöte der Regierung, herbeigeführt durch die Südseekrise, eine lähmende Wirkung auf ihre auswärtige Politik.

Und wenn alle diese Umstände es genügend erklären, warum, auch abgesehen von der Lage der Dinge in Wien und von den Personen der Diplomaten, über der Mission Cadogans kein freundlicher Stern geleuchtet hat, so mag zum vierten auch schon hier erwähnt werden, daß einige Monate nach dem Ablauf dieser Mission die stärkste Kraft innerhalb des britischen Ministeriums, der große Leiter der auswärtigen Politik und der Schöpfer der Quadrupel-Allianz, Lord Stanhope, durch einen plötzlichen Tod hinweggerafft wurde. Dem in der nordischen Politik ihm folgenden Lord Townshend fehlte die Erfahrung und die Energie seines Vorgängers.

Dafür beginnt jetzt die Epoche Robert Walpoles. Ja wir empfinden deutlich, wie gerade er die veränderte Lage erfaßt hat. War der englische Ostseehandel so schwer gefährdet, so kam es nun darauf an, den alten Gedanken, die für England so wichtigen Schiffbaumaterialien fortan aus den Kolonien zu beziehen, ernsthaft zu verfolgen. Das ist der Sinn der Thronrede, die Walpole im Oktober 1721, fast unmittelbar nach dem Nystader Frieden, seinem Könige in den Mund legte. Ein umfassendes Wirtschaftsprogramm, das auswärtige, handelspolitische, koloniale Fragen umfaßt und mit einander in Beziehung brachte.

Über dem nordischen Drama, das 21 Jahre lang in Europa gespielt worden, war der Vorhang gefallen, ohne daß ein Triumph der englischen Politik zu verzeichnen war. Die eben erwähnte Thronrede vom 19. Oktober 1721 enthielt nicht wie die vor zwei Jahren gehaltene einen stolzen Hinweis auf die Taten Englands, sie verkündete nur in geschäftlichem Tone, daß der Friede im Norden glücklich hergestellt sei. Dann aber bringt sie den fruchtbaren Gedanken, daß es nun gelte, wirtschaftliche

Taten zu vollbringen, und das alte Thema der *naval stores* erhielt eine neue Bedeutung.

Blicken wir noch einmal auf das Geschehene zurück. Alle die ehemaligen Gegner Schwedens waren seine Freunde, seine Verbündeten geworden. Sie alle sollten, wenn es nach dem Sinne Stanhopes gegangen wäre, zusammenstehen, um den großen Schlag gegen Rußland zu führen. Man würde heute sagen: eine Einkreisung des Zaren war beabsichtigt, jedenfalls eine umfassende diplomatische Vorbereitung für eine militärische Aktion. Das gegen den Westen vordringende Rußland soll zurückgeworfen werden. Denn noch schaudert man bei dem Gedanken, es könnte so bleiben. Wer ist sonst vor der Barbarei sicher, so sagen die Engländer, so sagt auch Prinz Eugen. Das ist es, was auf dem Spiele steht. England, das sehr sachlich für seinen Ostseehandel besorgte, es streitet dieses Mal auch für das Interesse Europas. Wäre die Absicht gelungen, man stelle sich vor, wie anders alles geworden wäre. Ein Europa ohne Rußland! Es war der letzte Versuch des Abendlandes, dem Eindringen Rußlands in die europäische Mächtegruppe Halt zu gebieten. Weltgeschichte im höchsten Sinne des Wortes.

* * *

Fünftes Kapitel.

Der Kongreß von Cambrai.

Wir verlassen die Welt des europäischen Nordens und richten unsere Blicke auf den Süden und den Westen des Weltteils, dem Kreise jener Staaten zu, die seit ein paar Jahrhunderten immer wieder um das europäische Gleichgewicht miteinander gerungen hatten. Der Kampf der Quadrupel-Allianz gegen Spanien, das Nachspiel des Erbfolgekrieges, war zu Ende, der gefürchtete Kardinal Alberoni gestürzt, das Königspaar Philipp und Elisabeth dem Gebot ihrer Gegner unterworfen. Durch den Haager Vertrag vom 17. Februar 1720 hatte das militärisch bezwungene Spanien seinen Anschluß an die Quadrupel-Allianz vollzogen. Doch war hiermit noch nicht das letzte Wort gesprochen über die Fülle der Streitfragen, die zwei Jahrzehnte lang Europa bewegt hatten. Im Augenblick war man freilich zufrieden, die grundsätzliche Unterwerfung des spanischen Hofes erreicht zu haben. Das Übrige sollte der zugleich in Aussicht genommene europäische Kongreß besorgen. Dieser Kongreß, die lang verschobene Einberufung desselben, sein wunderlicher Verlauf und sein ganz Europa überraschender und beschämender Ausgang, sie nehmen einen breiten Raum ein auch in der Geschichte der englischen Politik.

Wenn nun der Leser vernimmt, daß der Friede der Welt wieder einmal durch eine große Diplomatenversammlung gesichert werden sollte, und ferner, daß wir nun rasch hintereinander von zweien solcher Kongresse — beide noch im Laufe der zwanziger Jahre des 18. Jahrhunderts — zu berichten haben, so sieht man, daß die damalige Welt diese Form bevorzugte oder für die allein mögliche hielt zur Lösung schwieriger internationaler Probleme. Und blicken wir weiter, so geschieht es im folgenden Jahrzehnt, in den dreißiger Jahren, als man nach einem neuen Kriege wiederum den Frieden herbeiwünscht, daß auch der Kongreßgedanke wieder auflebt. Und es macht für

die herrschende Auffassung auch nichts aus, daß in allen diesen Fällen das Mittel versagte, daß die Kongresse umsonst arbeiteten und daß die Praxis gleichsam der Theorie ein Schnippchen schlug.

Mit anderen Worten: man kommt von dem Schema des Kongresses nicht mehr los. Die Erklärung dafür liegt nicht fern. Sie liegt einfach in den Erfahrungen und in den politischen Gewohnheiten der vorangegangenen Menschenalter. Es war längst üblich geworden, die schweren Völkerkämpfe durch große Diplomatenversammlungen beendigen zu lassen. Münster und Osnabrück, Nymwegen, Rijswijk und Utrecht — es genügt, diese Namen zu nennen. An den Kriegen haben wohl stets nur einige Nationen teilgenommen; aber auf den Friedensschluß wollen sie alle Einfluß erhalten. Es gibt ein europäisches Interesse, ein europäisches Gleichgewicht, es gibt dynastische Fragen und Probleme des Wirtschaftslebens, von denen alle berührt werden. Ohne daß sie eine organisierte Vereinigung bilden, waltet über den Nationen Europas eine Schicksalsgemeinschaft, der sie sich nicht entziehen können, und die jedesmal in die Erscheinung tritt, wenn sie nach großen Krisen sich auf den Kongressen zusammenfinden, um die Abrechnung zu machen und eine Lösung zu finden, welche nicht den Kern neuer Konflikte in sich bergen soll.

Wie sehr der Kongreßgedanke die Geister beherrschte, ist auch den Äußerungen der Theoretiker zu entnehmen. Die Pazifisten der Zeit, wenn sie, wie etwa Saint-Pierre und Alberoni, das Ziel des ewigen Völkerfriedens durch die Gründung einer *société permanente de l'Europe* zu erreichen hoffen, sie stellen sich die Sache praktisch vor als die Einsetzung eines dauernden Diplomatenkongresses. Wie man in Rijswijk und Utrecht die durch Kampf herbeigeführten Entscheidungen friedlich formuliert hat, so meinen sie, es müsse auch ohne den Appell an die Waffen gehen. Wenn es nur an der Gelegenheit zu sofortiger Aussprache zwischen allen Gliedern der Staatengesellschaft niemals fehle, so werde es ein leichtes sein, die in Zukunft noch entstehenden Streitfragen in harmonischer und friedlicher Verhandlung zu schlichten¹⁾. Der „europäische Reichstag“ soll es machen, und

¹⁾ Nicht umgekehrt, wie Droysen in völliger Verkennung der historischen Zusammenhänge gemeint hat. (Berichte der Berliner Academie der Wiss. 1869, Juli.)

vom Kriege darf nicht mehr die Rede sein. Sie vergessen nur, daß die Arbeit jener Kongresse erst begonnen ward, nachdem die Kräfte sich gemessen hatten, daß die Diplomaten nur das Fazit errechnen sollten aus dem Stärkeverhältnis, das der vorangegangene Kampf offenbart hatte. Sie sind dem Lauf der Dinge doch nur mit halbem Verständnis gefolgt. Den Kongreßgedanken haben sie den Staatsmännern abgelauscht, aber sein Wesen nicht erfaßt. Darum ist von den Praktikern der Politik, von einem Orleans und Fleury, von Walpole und Friedrich dem Großen ihre Weisheit auch lächelnd abgelehnt worden ²⁾.

* * *

Schon vor dem offiziellen Beitritt Spaniens zur Quadrupel-Allianz war die Abhaltung des Kongresses beschlossene Sache gewesen. Aber niemand ahnte die Schwierigkeiten, die sich zuerst dem Zusammentritt, sodann der Arbeit der versammelten Diplomaten entgegenstellen sollten. Schon über die Wahl des Ortes konnte man sich lange nicht einigen. Als London genannt wurde, erklärte der Wiener Hof dies für unmöglich, weil es zu weit von Wien entfernt und bei ungünstigen Winden oft wochenlang von der Verbindung mit dem Festlande abgeschnitten sei. Man schlug Paris vor, das nicht nur dem Regenten, sondern auch dem spanischen Hofe genehm sei. Wieder scheiterte der Vorschlag an dem Widerspruch des Kaisers. Von Aachen, Gent und Antwerpen, von Lille und Valenciennes, von Rouen und Amiens wurde gesprochen. Lord Stanhope hatte den lebhaften Wunsch, während seiner Anwesenheit in Paris (März und April 1720) wenigstens diese Frage, über die sich ja im Grunde niemand aufregte, endgültig entschieden zu sehen. Er erreichte aber nicht mehr, als daß eine Anzahl von Plätzen in den französischen Niederlanden namhaft gemacht wurde, um es sodann dem Kaiser zu überlassen, für welchen er sich entscheiden wolle. Erst im Juli 1720 geschah es, daß die Minister aller an der Quadrupel-Allianz interessierten Staaten in Paris zu einer Konferenz zusammentraten und auf Grund ihrer Instruktionen beschlossen, der Kongreß solle in Cambrai stattfinden und am 15. Oktober

²⁾ Vgl. meine Einleitung zum „Traktat vom ewigen Frieden“ von Saint-Pierre. (Klassiker der Politik, hrsg. v. Meinecke u. Oncken, 4.) 1922.

des Jahres eröffnet werden. Man hatte sich also wirklich für Französisch-Flandern entschieden; denn Cambrai war — übrigens erst seit 1678 — eine französische Stadt. So war die Wahl des Ortes ein Akt der Höflichkeit für den Herzog von Orleans, dem England sich dankbar zu zeigen wünschte, da er kürzlich in der Gibraltar-Frage seine den Spaniern voreilig gegebene Zusage auf Stanhopes Drängen zurückgenommen hatte. Daß aber gerade Cambrai gewählt wurde, von dem anfangs gar nicht die Rede gewesen, war zugleich eine kleine Huldigung für den neugebackenen Erzbischof von Cambrai, den treuen Dubois, dem man zwar die heißersehnte Kardinalswürde noch immer nicht hatte verschaffen können, dem man aber seinem Bedränger John Law gegenüber, wenigstens dieses kleine Zeichen der Anerkennung zu geben wünschte ¹⁾.

Auch die Wahl der Bevollmächtigten gab zu vielen Erörterungen Anlaß. Lord Stanhopes stürmischer Geist verlangte darnach, den Gang der Verhandlungen auch während des Kongresses in der Hand zu behalten. Lord Stair zu entsenden — und wie hätte man es diesem, dem offiziellen Vertreter Englands am Pariser Hofe, wohl verweigern können? — hatte Stanhope durchaus keine Lust. Lieber wollte er selbst gehen und dachte, wie Hoffmann gehört hat, „ein sehr kurzes Werk davon zu machen, wie denn widrigens der Graf Stair alles verderben würde“. Dafür fürchtete nun derselbe Hoffmann freilich noch viel mehr die Eigenmächtigkeiten Stanhopes; denn dann könne es dem Kaiser so gehen, wie es ihm in Utrecht ergangen. Immerhin war eine Zeitlang immer wieder davon die Rede, daß nicht allein Stanhope, sondern überhaupt die leitenden Staatsmänner der beteiligten Nationen sich persönlich bevollmächtigen ließen, Stanhope für England, Dubois für Frankreich, der Hofkanzler Sinzendorff für Österreich. Sie würden ja, meinte man, vielleicht nicht während der ganzen Dauer des Kongresses anwesend sein können, aber in wichtigen Momenten sollten sie zur Stelle sein, und wenn es zur Unterzeichnung käme, würden ihre Unterschriften dem geschlossenen Verträge eine um so höhere Weihe

¹⁾ Hoffmann, 20. Febr., 9. April, 14. Mai, 7. Juni, 19. Juli 1720. W. St. A. Stair's Berichte im Febr. 1720. Stanhope an Craggs, Paris, 27. März 1720. Stanhope an St. Saphorin, Paris, 1. April 1720. Sutton an Stanhope, Paris, 16. Juli 1720. R. O.

verleihen¹⁾. Ja, es verband sich damit schon der Gedanke: so soll es auch in Zukunft auf europäischen Kongressen gehalten werden. Ein Stanhopes würdiger Gedanke, wird man sagen, seine Verwirklichung hätte vielleicht das klägliche Scheitern des Kongresses von Cambrai verhindert. Eine spätere Zeit ist darauf zurückgekommen, und man meint, im Geiste schon das Bild der großen Wiener Diplomatenversammlung nach dem Sturze Napoleons zu erblicken.

* *

Zur Vorgeschichte des Kongresses von Cambrai gehört schon die Sendung Lukas Schaub's nach Madrid. Im Januar 1720, als Lord Stanhope in Paris weilte, hatte der Herzog von Orleans den Vorschlag gemacht, den geschäftskundigen Sekretär Stanhopes nach Spanien zu schicken, um daselbst auf die Liquidierung des Krieges zu drängen und die Beschickung des Kongresses zu betreiben. Etliche Monate hatte Schaub in Spanien verbracht, hatte die ihm gestellte Aufgabe redlich gelöst und endlich dem Obersten Stanhope, dem Vetter des Ministers, die Geschäfte übergeben.

An Anerkennung fehlte es ihm nicht. Vom Könige wie von Lord Stanhope ward er fast überschwänglich geehrt, als er im Sommer 1720 an das Hoflager nach Hannover kam. Sie versuchten, ihm an Titeln und Vorteilen zu verschaffen, was man dem Nichtengländer nur irgend bieten durfte, doch Schaub besaß wenig Ehrgeiz. Die ihm angetragene lebenslängliche Pension aus irischen Fonds lehnte er zwar nicht ab, doch von der damit verbundenen irischen Würde wollte er ebensowenig hören wie von dem deutschen Adelstitel, den Georg I. ihm versprach. Er verbat sich sogar die von Stanhope ihm angetragene Erhebung zum Chevalier, der er aber am Ende doch nicht entgangen ist; denn er erscheint in England von nun an als „Sir Luke Schaub“. „Am liebsten möchte ich“, schrieb er stolz bescheiden seinem Freunde Saint Saphorin in Wien, „mein Leben lang der einfache Schaub bleiben und als braver Baseler Bürger leben und sterben“. Aber England läßt ihn nicht los, man will ihn durchaus in britischen Diensten halten,

¹⁾ Hoffmann, 20. Febr., 9. April 1720. Starhemberg, Hannover, 5. Aug. 1720. W. St. A. Sutton an Stanhope, 6. Sept. 1720. R. O.

und der junge Staatssekretär Craggs bittet, er möge doch wenigstens so lange bleiben, wie er selbst im Amte sei. Schaub schwankt und fragt seinen Freund: „Was soll ich nun dazu sagen?“¹⁾

Schaub ist in der Tat in englischen Diensten geblieben, sogar noch über James Craggs' Amts- und Lebensdauer hinaus, und wir werden ihm noch in der hohen Stellung des britischen *Ambassador* am französischen Hofe begegnen. Aber zunächst fragen wir: worin bestand denn eigentlich der vielgerühmte Erfolg seiner spanischen Mission und der nachfolgenden Pariser Verhandlung im Jahre 1720? Da ist vor allem festzustellen, daß Schaub die im Augenblick wichtigste Aufgabe, Spanien zur Beendigung seiner noch im Gange befindlichen militärischen Aktionen zu bewegen, glücklich gelöst hat. Indem er die notwendigen Befehle von Madrid aus erwirkte, hat er auch dem Admiral Byng, der noch mit seiner Flotte in den sizilischen Gewässern lag, die ihm aufgetragene Vermittlung zwischen den auf der Insel kommandierenden Heerführern von Spanien und Österreich sehr erleichtert. So war es denn zum Teil auch Schaub's Verdienst, daß die nach Byng's Urteil militärisch überlegene spanische Armee gleichwohl die Insel räumen mußte. Und dabei hatte Schaub es noch verstanden, am spanischen Hofe als der beste Freund des Königspaares zu erscheinen und das ganze Odium für die Demütigung Spaniens auf den Herzog Regenten von Orleans abzuwälzen. König Philipp war voller Dankbarkeit, brachte dieses Gefühl sogar in dem für Schaub ausgestellten Reisepaß zum Ausdruck, und mit kostbaren Geschenken beladen zog dieser davon, um, wie gesagt, dem Obersten Stanhope die weitere Führung der Geschäfte zu überlassen. Dann aber, am französischen Hofe angelangt, kostete es ihm, als einem richtigen Diplomaten der alten Schule, auch keinerlei Überwindung, hier wieder den Regenten vor den gefährlichen Absichten Spaniens zu warnen und ihm den König von England als den einzigen zuverlässigen Freund zu empfehlen.

Wenn wir aber bei der Mission Schaub's in Spanien noch einen Augenblick verweilen, so geschieht es, um seiner Haltung in der Gibraltar-Frage zu gedenken. Lord Stanhope hatte zwar erklärt, von Gibraltar dürfe bis zur Eröffnung des Kongresses

¹⁾ Schaub an Saint Saphorin. Hannover, 15. Sept. 1720. H. A.

nicht mehr die Rede sein. Doch Schaub erkannte sofort, daß die Befolgung dieser Weisung unmöglich war; denn Philipp V. und Elisabeth sprachen ja fast von nichts anderem. Philipp gab allerdings zu, daß er ein Recht, die Rückgabe zu fordern, nicht besitze. Aber ebensowenig dachte er an einen Verzicht. Er berief sich auf das Wort des Herzogs von Orleans, und er selbst hatte schon seinem ganzen Hofe die bevorstehende Wiedergewinnung Gibraltars feierlich angekündigt. Er sprach auch von Gewissensbedenken; denn er müsse schaudern bei dem Gedanken, daß eine ketzerische Garnison dauernd auf spanischem Boden verbleiben sollte.

Nun war ja freilich auch Lord Stanhope selbst der Meinung gewesen, man sollte den Spaniern nicht ein hartes Nein entgegen-schleudern. Und so geschah es, daß die Abtretung Gibraltars jetzt gleichsam als ein Akt der Freundschaft von König Philipp erbeten und von Schaub — etwas leichtsinnig — in Aussicht gestellt wurde. Gewiß, so schreibt dieser, dürfte man niemals einwilligen, wenn die Spanier die Abtretung *de hauteur* fordern oder durch Frankreich fordern lassen sollten. Aber der Fall liege anders, wenn sie dieselbe als eine „Gunst erbitten“. Und welchen Nutzen, meint Schaub, hat denn überhaupt der Besitz für England? Er kostet uns viel und nützt uns wenig. Können wir etwa die Vereinigung der Flotten von Frankreich und Spanien von Gibraltar aus hindern? In Friedenszeiten ist uns Gibraltar in der Hand der Spanier ebenso nützlich wie in unserer eigenen. Im Kriege aber ist es ohnehin nicht zu halten. Sie können es uns mit geringen Kosten entreißen, und, um den kleinen Hafen unterhalb der Festung unbrauchbar zu machen, würde es genügen, wenn sie nur ein paar Batterien vom spanischen Boden aus spielen lassen¹⁾.

Es sind Erwägungen, die uns heute wunderlich genug erscheinen, wenn wir an die beiden schweren Belagerungen denken, die das englische Gibraltar im 18. Jahrhundert siegreich überstanden hat. Und daß die englischen Politiker sich auch sonst noch nicht recht klar darüber waren, was eigentlich der Besitz der Felsenfestung am Eingang des Mittelmeeres für sie bedeutete, dafür haben wir ja Zeugnisse aus diesen Jahren schon

¹⁾ Schaub an St. Saphorin. Hannover, 15. Sept. 1720. H. A.

früher¹⁾ kennen gelernt. Aber die Meinungen waren geteilt. Während die Männer von der Regierung, an der Spitze Georg I. selbst und Lord Stanhope, gegen einen Verzicht auf Gibraltar eigentlich nicht viel einzuwenden fanden, war die Stimmung im Parlamente und beim Volke eine ganz andere. Hier hatte man eine instinktive Abneigung dagegen, einen mit den Waffen gewonnenen und durch Vertrag gesicherten Besitz freiwillig fahren zu lassen, und vollends nach den jüngsten Erfolgen über Spanien. Würde die Welt nicht verwundert fragen, wie es denn komme, daß der Sieger sich herbeilasse, die Gunst des Besiegten durch ein Geschenk zu erkaufen?

Merkwürdig genug, daß der Nichtengländer Saint Saphorin den Geist des britischen Volkes besser verstand als die Leute von der Regierung. Er stimmte seinem Freunde Schaub keineswegs zu. „Ich rede ja freilich“, schrieb er ihm treuherzig, „wenn ich Sie von der inneren Politik Englands unterhalte, wie ein Blinder über die Farben, aber ich fürchte, wenn die Sache vor das Parlament kommt, so wird es einen harten Strauß geben“²⁾.

Inmitten dieser Erörterungen, im Sommer 1720, schien die Lage vor Gibraltar plötzlich bedrohlich zu werden. Man beobachtete, daß in der Nachbarschaft Truppen zusammengezogen wurden, die Zufuhr von Lebensmitteln aus Spanien ward unterbrochen, und alles deutete auf einen bevorstehenden Angriff. Es hieß sogar, die, wie alljährlich, nach Vera Cruz fahrenden englischen Schiffe würden dieses Mal ihren Paß von der spanischen Regierung erst nach erfolgter Übergabe Gibraltars erhalten³⁾. Natürlich hielt die in London an Stelle des abwesenden Königs waltende Regentschaft es darum für ihre Pflicht, Anordnungen zur Verteidigung der Festung zu treffen, und der gerade in London weilende Gouverneur Portmore wurde wiederholt zu schleuniger Abreise gedrängt⁴⁾. Aber bald lauteten die Nachrichten wieder günstiger, die spanischen Behörden änderten ihre Haltung, und die Sorge um Gibraltar war geschwunden.

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 256 ff., 632, 633.

²⁾ Saint Saphorin an Schaub; Wien, 28. Sept. 1720. H. A.

³⁾ Oberst W. Stanhope an Major Elrington, den Kommandanten von Gibraltar. Madrid, 7. Sept. 1720. R. O.

⁴⁾ Nach den Sitzungsprotokollen (minutes) des Lords Justices im Sommer 1720. S. P. Domestic Entry Books 283. R. O.

Irren wir nicht, so war es auf seiten der spanischen Regierung eben die Hoffnung auf ein Entgegenkommen Lord Stanhopes gewesen, was sie plötzlich zu der friedlicheren Haltung bewog. Denn man erfuhr wohl auch in Spanien davon, daß eben um diese Zeit Georg I. und sein Staatssekretär von Hannover aus eine Aktion einleiteten, welche wirklich auf die Überlassung Gibraltars an Spanien abzielte. In einem Briefe, den Stanhope am 1. Oktober 1720 an seinen Kollegen Craggs nach London richtete, legte er noch einmal die Gründe dar, die ihm dafür zu sprechen schienen. Man sollte sich, erklärt er, das heftige Verlangen des Königs von Spanien nach der Wiedergewinnung Gibraltars zunutze machen, um etwas Günstiges für den englischen Handel dabei herauszuschlagen. „In diesem Falle, meint Seine Majestät, brauche der Verzicht auf Gibraltar uns wirklich keine großen Schmerzen zu bereiten.“ So mögen denn die Herren Regenten dem Könige ihren Rat erteilen, ob man wirklich unter keinen Umständen Gibraltar aufgeben sollte, oder ob man nicht vielleicht besser tun würde, ein Äquivalent dafür einzutauschen¹⁾.

Im Kreise der Regentschaft in London scheint sich der Staatssekretär Craggs der Meinung seines Kollegen sofort angeschlossen zu haben. Und selbst Lord Townshend, da er nicht, wie früher, Staatssekretär, sondern nur Präsident des *Privy Council* war, und daher in auswärtigen Fragen keine entscheidende Stimme besaß, wagte keinen Widerspruch. Immerhin scheint er wenigstens die Forderungen, die man als Ersatz für Gibraltar an Spanien stellen sollte, möglichst hoch geschraubt zu haben.

Der von Hannover nach London zurückgekehrte Schaub schrieb an Oberst Stanhope in Madrid, falls Spanien für eine Landabtretung im Austausch gegen Gibraltar zu haben wäre, so denke man etwa an Florida oder an den östlichen Teil der Insel Hispaniola²⁾. Aber, um es gleich zu sagen, zuletzt ist dieser schöne Plan ebenso sehr an dem Geiste des englischen Volkes wie an dem Stolze Spaniens gescheitert. Die Regierung Englands wagte doch nicht, das Thema der Preisgabe Gibraltars noch einmal vor das Parlament zu bringen. Spanien aber wollte nichts hören von Abtretungen spanischer Besitzungen und forderte

¹⁾ Mahon, History (Tauchnitz) 2, 387 ff.

²⁾ Ebd. 392.

die bedingungslose Auslieferung der Festung. Doch, wir werden mehr davon hören.

England war in Verlegenheit. Der Kongreß von Cambrai, der längst angesagt, stand vor der Tür, und Stanhope bedachte, wie ungünstig die Stellung Englands sein würde, wenn es, selbst noch im Konflikte mit Spanien befindlich, vor den Kongreß hätte hintreten sollen, auf dem es die Rolle des Vermittlers zwischen Spanien und dem Kaiser zu spielen berufen war. So entschloß er sich, mit dem Herzoge von Orleans Verhandlungen anzuknüpfen, um gemeinsam mit Frankreich die Spanier zu bewegen, daß sie den Engländern in der Gibraltar-Frage eine Atempause gönnten. Stanhope ist ja nach wie vor davon überzeugt, daß der Besitz für England nutzlos, ja lästig sei, und wenn nur er und sein König zu entscheiden hätten, so wäre die Festung ja in weniger als vierzehn Tagen in den Händen der Spanier. Aber auch wie die Dinge nun einmal liegen, meint Stanhope sich dafür verbürgen zu können, daß sie sie in weniger als einem Jahre bekommen werden, wenn sie nur ein kleines Äquivalent, ja nur den Schatten eines Äquivalents herzugeben bereit sind¹⁾.

Schon schickte Stanhope sich an, wieder einmal nach alter Gewohnheit nach Paris zu reisen und den Herzog von Orleans seine geistige Überlegenheit fühlen zu lassen, als ihm ein höherer Wille die Entscheidung aus der Hand nahm. Gibraltar blieb, über sein irdisches Walten hinaus, in britischem Besitz. Man sprach nur dieses Mal nicht mehr viel davon, die Atempause ward stillschweigend bewilligt. Und doch bildete die Gibraltar-Frage einen der Anlässe, die das klägliche Scheitern des Kongresses herbeiführten.

* * *

Stanhope war erst 48 Jahre alt. Reich erfahren und ruhmvoll in Krieg und Politik, so stand er vor den Augen der Zeitgenossen. Die Eroberung von Port Mahon und der Abschluß der Quadrupel-Allianz bezeichnen die Höhepunkte seiner Laufbahn. Nun war er seit Jahren der Leiter der großen Politik.

Die in England hergebrachte, nicht sehr glückliche Teilung der auswärtigen Geschäfte zwischen zwei Staatssekretären, von denen der eine das nördliche, der andere das südliche Departe-

¹⁾ Vgl. Wiesener, Le Régent, l'abbé Dubois et les Anglais. 3, 317.

ment verwaltete, hatte meistens die Folge, daß der stärkere und kenntnisreichere von beiden den Kollegen mit sich riß und zum wahren Leiter der Geschäfte, zum eigentlichen Minister des Auswärtigen, wurde. Wie einst unter Königin Anna die Welt nur Bolingbroke als den Vollender der Politik des Utrechter Friedens ansah, und seinen Kollegen Bromley wenig beachtete, so galt jetzt Stanhope als der entscheidende Mann. Im Süden hatte er Spanien dem Gebot der Quadrupel-Allianz unterworfen, im Norden galt seine letzte Anstrengung der Errichtung eines Bollwerks gegen das aufkommende Rußland. Sein nächstes Werk sollte die Herstellung des dauernden Weltfriedens auf dem kommenden Kongresse zu Cambrai sein.

Auch die fremden Diplomaten sind einstimmig in ihrem Urteil, daß er „die Seele der auswärtigen Geschäfte“ sei. Man wendet sich, auch wenn die Sache in das Ressort des andern Staatssekretärs gehört, doch gern an ihn. Er ist praktisch, er hat sofort den springenden Punkt erkannt, er weiß in schwierigen Lagen rasch eine Lösung zu finden, man denke an seine Reisen nach Frankreich; und nur seine große Heftigkeit erschwert manchmal die Verhandlung. Noch kürzlich hatte der Österreicher Hoffmann über eine nicht allzu ernste Sache, über das Bestätigungsrecht der spanischen Cortes in dynastischen Fragen, eine Unterredung mit Stanhope geführt, wobei dieser sich so sehr ereiferte, „daß mir sehr lieb war, daß er zum Könige berufen wurde“. Gab Hoffmann nachher die Beschreibung einer solchen Szene dem Könige selbst, so war dieser höchlichst belustigt ¹⁾.

Stanhopes große Reizbarkeit wird oft ²⁾, und vielleicht nicht ohne Grund auf seinen allzu reichlichen Weingenuß zurückgeführt. Wir hören ja von so manchen englischen Staatsmännern des 18. Jahrhunderts, daß sie große Helden im Trinken gewesen seien. Diese bedenkliche Gewohnheit scheint auch, zusammen mit einer starken Erregung, zu Stanhopes frühem Tode beigetragen zu haben. Im Hause des Herzogs von Newcastle war am 3. Februar 1721 eine fröhliche Gesellschaft beisammen, auch Stanhope und Craggs unter den frohen Zechern. Ungeheure Mengen von Tokayer, Champagner und anderen Getränken

¹⁾ Hoffmanns Berichte vom 3. u. 6. Dez. 1720. W. St. A.

²⁾ z. B. Starhemberg; Hannover, 5. Aug. 1720. W. St. A.

wurden vertilgt, und das Gelage soll dreizehn Stunden lang gewährt haben ¹⁾. Am nächsten Morgen beim Tee hat Stanhope mit dem preußischen Residenten zwar noch die Tagespolitik besprochen ²⁾. Dann begab er sich ins Oberhaus und es geschah, daß der leidenschaftliche, junge Herzog von Wharton einen schweren Angriff gegen die Regierung schleuderte und gegen Stanhope persönlich den völlig aus der Luft gegriffenen Vorwurf erhob, er sei schuld an dem letzten Zerwürfnis zwischen dem Könige und dem Prinzen. Wharton verglich Stanhope mit dem ruchlosen Sejan, der Zwietracht gesät hatte in der Familie des Tiberius. Voller Zorn erhebt sich Stanhope, weist alle Vorwürfe mit schneidender Schärfe und mit kaltem Hohn zurück, steigert aber seine Rede zu solcher Heftigkeit, daß er, von einem Unwohlsein befallen, nach Hause zurückkehren muß ³⁾. Der übliche Aderlaß bringt keine Erleichterung, und am folgenden Nachmittage bereitet ein Schlagfluß dem Leben des Ministers ein jähes Ende ⁴⁾.

„Der Tod aller Kabinettsminister zusammen genommen würde für den König und die Nation einen geringeren Verlust bedeuten“, so heißt es in einem zeitgenössischen Briefe ⁵⁾, „nicht allein wegen seiner überlegenen Kenntnis in allen auswärtigen Fragen, sondern auch wegen seines hohen Ansehens im Innern, gerade in dieser Zeit, da nur wenige Menschen überhaupt noch Ansehen besitzen.“ Als Georg I. die Todesnachricht erhielt, stand er schmerzbewegt von der Tafel auf und zog sich auf längere Zeit in sein Privatgemach zurück ⁶⁾ ⁷⁾.

* * *

¹⁾ Portland Mss. 5, 616.

²⁾ Wallenrod, 7./18. Febr. 1721. G. St. A.

³⁾ Vgl. Mahon, History of England (Tauchnitz) 2, 20.

⁴⁾ Hoffmann, 18. Febr. 1721. W. St. A.

⁵⁾ Carlisle Mss. 29.

⁶⁾ Hoffmann, 18. Febr. 1721. W. St. A.

⁷⁾ Die vorstehenden Kapitel waren bereits abgeschlossen und dem Druck übergeben, als die meisterhafte und grundlegende Biographie Stanhopes von Basil Williams erschien (Stanhope, A Study in Eighteenth Century War and Diplomacy; Oxford, Clarendon Press 1932). Für unsere Darstellung konnte sie nicht mehr verwertet werden. Um so mehr freue ich mich, meine Auffassung der Persönlichkeit Stanhopes, wie sie in diesem und den früheren Bänden gegeben ist, in dem Werke von Basil Williams voll bestätigt zu finden. Auch er sieht, nach eingehender Würdigung der militärischen und

„Ein Mann weniger war in der Welt“, ruft Ranke einmal bei der Erzählung eines wichtigen Todesfalles gleichmütig aus, als ob er sagen wolle, daß doch auf Erden niemand unersetzlich sei. Neben der Klage um Lord Stanhope, die laut erscholl, neben dem militärischen Pomp, mit dem in Stadt und Land der Tote geehrt wurde¹⁾, hört man rasch von der neuen Verteilung der Ämter, die bald noch weutergreifend sein mußte, da nach elf Tagen, als Opfer einer wütenden Blatternepidemie, auch der andere Staatssekretär James Craggs durch einen plötzlichen Tod hinweggerafft wurde. Die beiden freigewordenen Stellen wurden durch die Lords Townshend und Carteret besetzt. Townshend, der das Departement des Nordens erhielt, hatte ja schon in den ersten zwei Jahren des hannövrishen Königs als Staatssekretär gewirkt. Wir kennen ihn als einen ehrlichen und talentvollen Politiker, aber ohne den hohen Schwung Stanhopes.

Sein Kollege, Lord Carteret, war der begabte, sprachkundige junge Diplomat, der beim Ausgang des nordischen Krieges die Interessen Großbritanniens so glücklich vertreten hatte. Ihm war zunächst eine andere Rolle zgedacht worden. Gemeinsam mit Stanhope sollte er auf dem Kongreß zu Cambrai erscheinen. Als dann die Eröffnung des Kongresses aus Gründen, die wir noch kennen lernen werden, immer wieder verschoben wurde, ward Carteret zum englischen Botschafter am Pariser Hofe ernannt. Aber auch diesen Posten hat er nicht angetreten; denn er erhielt das wichtigere Amt des Staatssekretärs.

Und nun konnte auch die Wiedereinsetzung Walpoles in seine frühere Stellung als erster Schatzlord und Kanzler des Schatzamts nicht mehr lange verschoben werden. Die öffentliche Meinung hatte ihn ja längst in dieser Stellung zu sehen gewünscht. Aber am Hofe des Königs gab es Widerstände. Man scheute sich, einen von der Volksgunst getragenen Finanzminister zu schaffen, der dem Monarchen gegenüber allzu selbständig dastehen würde. Eben darum hatte man ja das Amt des Großschatzmeisters, das noch Lord Oxford unter Königin Anna innegehabt, durch das Kollegium der fünf Schatzlords ersetzt²⁾.

politischen Leistungen Stanhopes, die Größe des Mannes besonders in seiner unvergleichlichen Beherrschung der gesamten europäischen Politik.

¹⁾ Nach den Berichten von Hoffmann und Wallenrodt.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 428 ff.

Und ein Walpole als erster Lord und als *Chancellor of the Exchequer*, d. h. als Finanzminister, konnte gar zu leicht mächtiger werden als der Träger der Krone. Schon im Mai 1720, als die deutschen Minister aus der Staatsleitung Englands verdrängt worden waren und noch ehe die Verwirklichung des Südseeplans zu der geschilderten Katastrophe geführt hatte, erblickt man eine Gruppe bei Hofe, die für Walpole, und eine andere, die gegen ihn arbeitet. So liest man es im Tagebuch der Lady Cowper, der Hofdame der Prinzessin. Sie und ihr Gatte wünschen Walpole an leitender Stelle zu sehen. Sie beschreibt ein paar Besuche, die der alte Baron Bernstorff, das Haupt der hannövrishen Regierung, ihr im Mai 1720 abstattet. Bernstorff spielt noch immer, auch nachdem Georg I. ihn aus dem Kreise seiner englischen Berater verbannt hat, den weisen Kenner der Verhältnisse des britischen Hofes. Er erwartet eine abermalige Neugestaltung des englischen Kabinetts und hofft dabei selbst wieder zu Macht und Ruhm zu gelangen. Lady Cowper sagt, nach der Meinung ihres Gatten sollte das Schatzamt wieder, wie es noch unter Königin Anna gewesen, von einem einzigen, dem *Treasurer*, geleitet werden, nicht aber, wie es jetzt der Brauch sei, von einem Kollegium. Bernstorff widerspricht: „Ihr Schatzmeister hat hier in England eine so unbeschränkte Macht, daß sie nicht zu ertragen wäre.“ Walpoles Name ist nicht genannt worden, aber beide haben an ihn gedacht, und Bernstorff wittert in ihm den künftigen allmächtigen Minister, der dem Monarchen seinen Willen aufzwingen könnte. Nach einer Woche redet man über dasselbe Thema, und die Lady richtet jetzt an den Hofmann die bestimmte Frage, ob Walpole denn nun wenigstens (erster) Schatzlord werde. „Nein“, erwidert Bernstorff, „Sunderland wird auf die Stelle nicht verzichten“¹⁾.

Seitdem waren Monate verflossen und Walpoles Ansehen durch sein helfendes Eingreifen bei dem nationalen Unheil der Südsee mächtig gehoben. Er wäre wohl auch anstandslos in die erwähnten Ämter eingerückt, hätte nicht gerade Lord Sunderland, der intime Freund Georgs I., diese Ämter innegehabt. Niemand konnte den König zu einer neuen Verteilung der hohen Ämter zwingen, und Sunderland mußte wohl anderweitig ver-

¹⁾ Lady Cowper, Diary 168 ff., 173.

sorgt werden. Das scheint zu gelingen. Im Februar 1721 wird Walpole dazu beglückwünscht, daß ihm der König seine Ernennung versprochen habe, mit der man nur bis zum Ende der Session warten wolle. Dann solle Sunderland Staatssekretär werden als Nachfolger Stanhopes und dieser, seinem Wunsche gemäß, *Captain General*, d. h. Höchstkommmandierender aller englischen Truppen an Stelle Marlboroughs¹⁾. Es war jenes vielbegehrte Amt, das so hoch bezahlt war, und dem Inhaber so wenig Arbeit verursachte. Man hört schon von einem Brief, den der Monarch dem alten Herzoge geschrieben, um ihm seinen Rücktritt nahezu legen. Die Herzogin versucht freilich, die Entlassung ihres Gemahls noch hintanzuhalten. Sie ist kapabel, so spottet ihr Architekt, der Erbauer des Prachtsschlusses von Blenheim, eine Pension zu erbetteln zum Unterhalt für den armen alten Offizier und seine Gattin²⁾.

Zwar ist aber die soeben angedeutete Ämterverteilung auch nach dem im Februar 1721 erfolgten Ableben Stanhopes nicht erfolgt. Der alte Herzog ist in seiner Stellung als Höchstkommmandierender bis zu seinem Tode belassen worden, und Sunderland blieb an der Spitze des Schatzamts. Doch nur dem Namen nach. Denn tatsächlich ruhte die staatliche Finanzverwaltung bereits fest in Walpoles Hand³⁾, und am 1. April 1721 übergab ihm Sunderland sein Amt in aller Form, damit Walpole sich während der Osterpause, wie das Gesetz es vorschrieb, neu wählen lassen konnte, so daß man bei wähernder Session seine Kraft im Unterhause nicht zu entbehren brauchte⁴⁾.

Und doch war Lord Sunderland, als er sich gezwungen sah, Walpole den Platz zu räumen, keineswegs geneigt, auf den Besitz der höchsten Macht im Staate völlig zu verzichten. Er blieb erster Kammerherr, blieb als solcher nach wie vor Mitglied des Kabinetts und spielte eine Art Vermittlerrolle zwischen den übrigen Ministern und dem Monarchen. Er hat „das Ohr des Königs“, sagen die Zeitgenossen, und wenn wir trotzdem von allen Seiten hören, Sunderland sei „bei der ganzen

¹⁾ Portland Mss. 5, 616.

²⁾ Carlisle Mss. 28.

³⁾ Carlisle Mss. 29.

⁴⁾ Hoffmann, 15. April 1721. W. St. A. Wallenrodt, 4./15. April 1721. G. St. A. Auch für das folgende sind die Mitteilungen der Gesandten verwertet.

Nation tief verhaßt“ gewesen, so erkennen wir darin die Tatsache, daß die Gunst des Herrschers noch immer die Hauptstütze bildete für einen mächtigen Minister, und wichtiger war als eine starke Resonanz im Parlament. So ist es auch gemeint, wenn der österreichische Resident, der Sunderland nahe befreundet war und ihn auf seinen Spaziergängen zu begleiten pflegte, in dem Zeitabschnitt, von dem wir reden, wiederholt den Ausdruck gebraucht, Sunderland werde „noch vor *Primum Ministrum* angesehen, wie er denn auch den größten Kredit beim König haben soll“.

Daß eine solche Lage zu Reibungen innerhalb der Regierung führen mußte, liegt auf der Hand. Auf der einen Seite erblickte man den Günstling und über ihm den Monarchen, auf der andern die handelnden Staatsmänner. Der Gegensatz mußte um so stärker werden, je stärker die Stellung der letzteren Gruppe wurde. In dieser befanden sich nun aber, einander ergänzend, Townshend und Walpole. Der erstere in der auswärtigen Politik dominierend, der letztere in der inneren. Gleich beim Tode Stanhopes meinte jener Österreicher voraussagen zu können, wenn die bewußte Ämterverteilung erfolge, „so würden diese beiden Schwäger alle in- und auswärtigen Geschäfte wieder wie vormals in ihren Händen haben“, und dann würde es auch an Stoff zu Konflikten mit Sunderland nicht fehlen. Der Konflikt blieb wirklich nicht aus. „Von der Einigkeit der hiesigen Minister“, heißt es nach vier Monaten¹⁾, im August 1721, „ist nichts Erbauliches zu berichten.“

Zu dem persönlichen Gegensatz zwischen Walpole und Sunderland kam noch die Verschiedenheit ihres politischen Standpunktes hinzu. Während Walpole die reine Whigherrschaft forderte, wünschte Sunderland ein neues System einzuführen, nämlich das Heranziehen einiger Tories, mit andern Worten: eine aus beiden Parteien zusammengesetzte Regierung. Es war ein ähnlicher Gedanke, wie er schon 1720 erörtert worden und damals zum Sturze der deutschen Nebenregierung geführt hatte²⁾. Jetzt suchte Sunderland auf diesem Wege die Macht Walpoles zu brechen. Er stellt dem Könige vor, daß man auf

¹⁾ Hoffmann an Sinzendorff, 1. Aug. 1721. W. St. A.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 611 ff.

die Dauer ohne die Tories nicht auskomme. Für das nächste Jahr, 1722, steht eine Neuwahl des Parlaments bevor. Sunderland erklärt, man habe im Schatzamt nicht genug Mittel, um wiederum eine Whig-Majorität im Unterhause zu erzielen. Er empfiehlt, sich bei Zeiten den Tories zu nähern. Er bringt sie in die Umgebung des Königs. Man redet im Auslande schon von einem kommenden Umschwung in England. „Ich gestehe“, schreibt Saint Saphorin im September 1721, „ich war ganz entsetzt, zu hören, daß die Tories wieder bei Hofe erscheinen... als ob Townshend und Walpole nicht mehr dasselbe Ansehen bei der Nation besäßen wie ehemals... und es geht um die ganze Stellung Seiner Majestät¹⁾.“

Natürlich blieben diese Intriguen auch Walpole nicht verborgen und er weiß sie zu durchkreuzen. Aber auch Sunderland gibt nicht nach. Ersucht den König dahin zu bringen, daß er Walpole ein Amt übertrage, welches zwar sehr gewinnbringend war, dem Träger aber die Möglichkeit nahm, Mitglied des Unterhauses zu bleiben. Nun aber durchschaut auch der König das Spiel. „Ich habe mich schon einmal“, sagt er, „gegen meinen Wunsch von ihm trennen müssen. Ich werde mich in Zukunft niemals von ihm trennen, solange er selbst willens ist, mir zu dienen“²⁾. Wir wissen schon, daß Georg I. in kritischen Momenten auch einmal einen starken Entschluß zu fassen fähig war, so daß die Erzählung, obwohl sie erst spät auftaucht, doch vollen Glauben verdient.

So herrschte Mißtrauen und Eifersucht zwischen den beiden mächtigsten Männern innerhalb der Regierung, ein unerquicklicher Zustand, der auch Gefahren in sich barg. Das währte so lange, bis wiederum eine höhere Macht eingriff. Auch Lord Sunderland ist in mittleren Jahren durch einen plötzlichen Tod weggerafft worden. Er ist am 19. April 1722 gestorben.

Erst sein Hintritt brachte eine volle Klärung der innerpolitischen Lage³⁾. Jetzt meinten selbst die Freunde Sunderlands dem Könige nichts Besseres raten zu können, als sich Townshend und Walpole völlig anzuvertrauen. Und im Grunde

¹⁾ St. Saphorin an Bernstorff, 2. Sept. 1721. H. A.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole I, 166; 2, 170.

³⁾ Vgl. auch einen interessanten Brief vom 24. April 1724. Hist. Mss. Comm. Rep. 15, App. VI, p. 37—38.

entsprach dies auch den eigenen Meinungen des Monarchen. Georg I. betrauerte den Freund aufrichtig, aber nach einigen Tagen sah man ihn gefaßt, und nun lenkt er gleichsam freudig in die Bahnen Walpoles ein. König und Minister scheinen fortan gleich entschlossen, die Tories von der Regierung grundsätzlich auszuschließen. Das System Walpoles, die Parteilregierung, hat den Sieg davongetragen, und von nun an ist ihm am Throne des Monarchen kein ernster Gegner mehr erstanden.

* * *

Wir kehren zurück zur äußeren Geschichte Großbritanniens. Während in der inneren Politik Robert Walpole bald völlig dominierte, sprach nun in den auswärtigen Geschäften Lord Townshend das entscheidende Wort.

Mit dem Eifer, den man aus seiner früheren Tätigkeit an ihm kannte, ist er von neuem an die Lösung der seiner harrenden Aufgaben herantreten. Zunächst suchte er sich über die in den vier Jahren seit seinem Rücktritt so mannigfach veränderte Staatenverhältnisse Europas gründlich zu unterrichten. Und da eben jetzt, vor dem erwarteten Zusammentritt des Kongresses, der den alten Streit zwischen Kaiser Karl VI. und Philipp V. von Spanien endgültig begraben sollte, auf die Kenntnis des Wiener Hofes so viel ankam, so konnte der Minister keinen besseren Instruktor finden als den General Saint Saphorin, den französischen Schweizer, der zum Ärger so vieler guten Engländer seit fünf Jahren die Politik Georgs I. am Kaiserhofe zu führen hatte und der als einer der besten Kenner nicht nur der österreichischen Verhältnisse, sondern der ganzen europäischen Staatenwelt angesehen wurde. Zu Townshend Belehrung verfaßte Saint Saphorin eine „*Relation de la Cour de Vienne*“, ein 200 Folioseiten umfassendes Dokument, gut geschrieben, anschaulich und von innerer Wahrheit. Der Leser meint, Karl VI. und seine Leute in lebensvollen Porträts vor sich zu sehen; den Kaiser selbst, von dem der Verfasser ein nicht allzu unfreundliches Bild zeichnet, aber auch sarkastisch hinzufügt, daß er in arger Verkennung der Lage wohl alle seine Erblande, und den Kaisertitel dazu, wegzuwerfen bereit wäre, wenn er dafür das verlorene Spanien zurückgewinnen könnte; Karls Gattin, die

sich von den Geschäften weise zurückhält; die verwitwete Kaiserin Amalie, die von der herrschenden Clique wegen ihrer Lebhaftigkeit gefürchtet wird; den ruhmreichen Prinzen Eugen und die drei anderen Konferenzminister, vor allem Sinzendorff, dem Saint Saphorin sehr vertraut ist, und den er für den gründlichsten Kenner des Systems von Europa erklärt — sie alle werden abkonterfeit, aber sie alle erscheinen verdunkelt durch die persönliche Macht des Grafen Althan, von dem der Kaiser sich über alles beraten läßt. So schildert Saint Saphorin den ganzen Wiener Hof und seine Denkweise, seinen hochfahrenden Stolz, die Überhebung, als ob keine Macht Europas, vielleicht mit der Ausnahme Frankreichs, den Kaiser entbehren könne. Er beschreibt auch ausführlich die Stellung Österreichs in den schwebenden Fragen der Religion, der Investituren, des nordischen Friedens, wobei er auch nicht ohne Bitterkeit der Mission Cadogans gedenkt. Ja er hat, ehe er diesen langen Bericht abgehen ließ, gleichsam als Letztes noch ein weiteres Schreiben hinzugefügt, um zu sagen, daß das Bild des Wiener Hofes in jüngster Zeit sogar noch düsterer geworden sei. Der Kaiser amüsiert sich nur noch mit seinen Günstlingen und zeigt seinen Ministern so wenig Achtung und Vertrauen, daß sie aufs tiefste erbittert sind und nur aus Pflichtgefühl ihres Amtes walten ¹⁾).

Einige Monate später ließ sich Townshend von demselben Saint Saphorin eine weitere „*relation*“ auch über die Fragen abstatten, die den kommenden Kongreß beschäftigen sollten ²⁾). Ob der Minister auch von den anderen Höfen, von Versailles und Madrid, vom Haag und von Berlin gleich lebensvolle Schilderungen erhalten hat? Ich möchte es bezweifeln. Um so stärker müssen die Darlegungen des kundigen Mannes in Wien auf Townshend gewirkt haben.

* * *

Stanhope war tot und Townshend wieder der Leiter der auswärtigen Geschäfte. Auf den großen Staatsmann ist der

¹⁾ Die „*Relation secrète*“ im Staatsarchiv Hannover, Y 45, p. 135—341. Dazu Saint Saphorin an Townshend; Wien, 6. Juni 1721. Ebd. Y 42 vol. XX. Ders. an Bothmer vom selben Datum. Y 42 vol. XX.

²⁾ Vgl. Saint Saphorin an Bernstorff, 2. Sept. 1721. H. A. Y 42, XX.

Routinier gefolgt. Man meint alsbald ein Herabsinken der äußeren Politik auf ein geringeres Niveau zu bemerken. Es fehlt an der Abwägung der drinnen und draußen wirksamen Kräfte, an der Sicherheit des Urteils. Konzeption und Ausführung zeigen die gleichen Schwächen. Die Größe fehlt, die Mittelmäßigkeit herrscht. An Geschäftigkeit ist kein Mangel, aber mit dieser Fertigkeit allein können schwierige Probleme nicht gelöst werden, wenn die originalen Gedanken sich nicht einstellen. Blickt man auf das Jahrzehnt von 1721 bis 1731 und bedenkt man, wie oft in diesem Zeitraum die Politik Englands sich festgerannt hat, wie sie über die toten Punkte nicht hinwegkommt, so empfindet man den weiten Abstand zwischen staatsmännischer Kunst und bloßer Routine, den Abstand zwischen Stanhope und Townshend. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß die gescheiterten Kongresse, die politischen Enttäuschungen, die gefährlichen Konflikte, die Kriegsgefahren allein dem Unvermögen Townshend zuzuschreiben seien.

Dabei treten inmitten dieser Epoche auch Momente ein, wo der leitende Staatsmann, Robert Walpole, unzufrieden mit der Politik seines Schwagers, Miene macht, ihm in den Arm zu fallen. Dann aber läßt er ihn jahrelang wieder gewähren, um ihn sodann endgültig beiseite zu schieben und fortan auch der auswärtigen Politik Englands mehr als bisher seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Ein 1719 erschienenes Spottgedicht hatte Stanhope als den großen Quacksalber bei Staatskrankheiten gefeiert. Sein Quardrupel-Rezept habe im Süden des Weltteils Wunder gewirkt. So werde es denn auch wohl im Norden seine Wirkung nicht verfehlen.

Der erste Schritt, den Townshend in der auswärtigen Politik unternahm, schien diesem Spötter recht zu geben. Noch ehe Townshend die großen Relationen Saint Saphorins erhalten hatte, ersann er einen Plan¹⁾, um energisch einzugreifen in die Geschehnisse von Nordeuropa und diese so zu gestalten, wie das Interesse Englands und auch dasjenige Hannovers es zu fordern

¹⁾ Das Folgende nach den Akten im Geh. St.-Arch., wo sie einen besonderen Faszikel bilden, „betreffend die von England proponierte Quardrupelallianz mit Dänemark und Hessen-Cassel“.

schien. Er erklärte dabei mit überlegener Weisheit die Unterlassungssünden seines Vorgängers Stanhope, der ihm doch in Wahrheit an politischem Talent weit überlegen war, wieder gutmachen zu wollen. Die berühmte Quadrupel-Allianz sei nicht nach seinem Geschmack. Sie habe den Fehler, daß man den Kaiser zur Teilnahme herangezogen habe, ohne ihn gleichzeitig zur Mitwirkung an dem Friedenswerke im Norden und zur Erteilung der ja immer noch ausstehenden Investituren für Bremen und Verden zu verpflichten¹⁾. Wir kennen nun die Geschichte der Quadrupel-Allianz zur Genüge, um zu wissen, wie wenig begründet dieser Einwand war. Stanhope selbst würde ihn wahrscheinlich mit der Bemerkung abgefertigt haben, daß, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die nordischen Fragen gänzlich aus den Verhandlungen fernzuhalten, die Quadrupel-Allianz wohl niemals zustande gekommen wäre.

Hören wir nun, um was es sich bei dem Plane Townshends eigentlich handelte, so erscheint uns dieser Plan fast nur wie eine schlechte Wiederholung dessen, was Stanhope schon erstrebt und vergeblich versucht hatte. Stanhope hatte, wie früher berichtet, im Jahre 1719 den Versuch gemacht, in den Gewässern der Ostsee einen tödlichen Schlag gegen das neue Rußland zu führen. Als dies mißlungen war, weil der Zar dem Streiche auswich, hatte Stanhope im nächsten Jahre dasselbe Ziel durch die gesammelten militärischen Kräfte einer anti-russischen Koalition erreichen wollen. Als er auch darin nicht glücklicher war, gab er das Spiel verloren. Townshend scheint von diesen Dingen nichts geahnt zu haben, er hat die Akten wohl nicht studiert und meinte originell zu sein, während er in Wahrheit fast genau dasselbe unternahm. Und wenn es gerade ein Bund von vier Staaten war, der Rußland bezwingen sollte, so kann man sich des Verdachts kaum erwehren, als habe vorzüglich der Name der Quadrupel-Allianz, der seinen Vorgänger berühmt gemacht, es ihm angetan. Townshend glaubte das Zaubermittel gefunden zu haben, um den Ehrgeiz Peters des Großen zu zügeln, war aber nur dem bei mittelmäßigen Staatsmännern nicht selten begegnenden Irrtum verfallen, wenn sie die großen Machtfragen allein durch die Kunst ihrer diplomatischen Kleinarbeit lösen zu können vermögen.

¹⁾ Wallenrodts Bericht. London, 21. April/2. Mai 1721. G. St. A.

Gemäß dem Plane Townshends sollen England und Preußen, die er in dem Vertrage von 1719 bereits geeint findet, noch Dänemark und Hessen-Cassel in ihren Bund aufnehmen. Vor der Welt soll diese neue Quadrupel-Allianz, wie Townshend sie geflissentlich nennt, als eine rein defensive Abmachung, eine ganz „unschuldige Allianz“ erscheinen, nur geschlossen, um den Frieden im niedersächsischen Kreise zu verbürgen. Die Teilnehmer selbst aber sollen wissen, daß es auf Größeres abgesehen sei. Wenn es heißt, es solle sich zunächst um den Schutz der protestantischen Interessen in Deutschland handeln, so war die endgültige Erledigung des Religionsstreites von 1719 und 1720 gemeint. Man konnte darauf hinweisen, daß bei der vorjährigen Zusammenkunft der beiden Könige in Hannover ein dahin zielender Vertrag bereits von preußischer Seite in Vorschlag gebracht worden war¹⁾. Und ferner will man dem Zaren Respekt einflößen und will Rußlands Eindringen in Deutschland, von dem so viel gesprochen wird, verhindern. Von der völligen Ausschließung Rußlands von der Ostsee aber ist freilich nicht mehr die Rede, der Nystader Friedensschluß war nicht mehr abzuwenden.

Im Grunde war es Townshend mit seinem Projekt einer nordischen Quadrupel-Allianz zunächst nur um eine Demonstration, um einen diplomatischen Erfolg zu tun. Er wollte dem kommenden Kongreß imponieren und sprach schon von der brillanten Figur, welche England und Preußen als Mitglieder eines solchen Vierbundes auf dieser Versammlung spielen würden.

Von der Vortrefflichkeit seines Planes überzeugt, verschmähte er auch die einfache Vorsicht, sich zuvor durch vertrauliche Anfragen zu vergewissern, ob er auf eine günstige Aufnahme am preußischen Hofe zu rechnen hätte. Als offiziellen Vorschlag der englischen Regierung trug er dem preußischen Gesandten Wallenrod die Sache vor und ließ sie ebenso durch Whitworth dem Berliner Hofe unterbreiten. Sodann wurde trotz des geringen Entgegenkommens auf preußischer Seite schon ein Vertragsentwurf nach Berlin gesandt. Und nun folgten Enttäuschung und Blamage.

Schon bei der ersten Mitteilung hatte Wallenrod die dem

¹⁾ Vgl. Droysen, IV, 2; 1, 313.

englischen Minister gegenüber nicht sehr hoffnungsvoll geäußert; nach Berlin berichtete er, es komme Townshend wohl nur darauf an, dem Kongresse mit diesem Erfolge Eindruck zu machen. Der König von Preußen aber und seine Minister unterzogen den Plan einer vernichtenden Kritik und lehnten ihn rundweg ab. Die Verbindung zwischen England und Preußen, sagten sie, könne freilich niemals zu intim werden. Aber wozu jene beiden weiteren Bundesgenossen? Dänemark würde seinen Beitritt sicherlich an höchst lästige Bedingungen knüpfen. Von Hessen-Cassel aber habe man noch keine Wunder erlebt und könne es höchstens durch schwere Subsidien zu militärischen Leistungen befähigen. Dazu würde bei der nahen Verwandtschaft des Landgrafen mit dem schwedischen Hofe ein Bündnis mit Hessen-Cassel dem Zaren wie eine Verbindung mit Schweden selbst erscheinen und daher wohl gar als Bedrohung aufgefaßt werden. Der schwächste Punkt in Townshends Plan war aber die Erwähnung des niedersächsischen Kreises im Zusammenhang mit der Garantierung der beiderseitigen Besitzungen. Es war nicht das erstemal, daß die Geheimnisse der deutschen Kreisverfassung einem englischen Minister verhängnisvoll wurden. In der Geschichte seiner Zeit erzählt Bischof Burnet von der Ratlosigkeit des Staatssekretärs Lord Conway unter Karl II., als ein auswärtiger Gesandter eines Tages von den Kreisen in Deutschland sprach. Lord Conway vermochte nicht einzusehen, was diese mathematischen Figuren in der Politik zu suchen hätten¹⁾. In dem Falle von 1721 erklärte sich zwar Friedrich Wilhelm I. dem englischen Könige gegenüber freudig bereit zu einer gegenseitigen Garantierung des gesamten Länderbesitzes. Aber schon hierfür fand er die Nennung des niedersächsischen Kreises gänzlich ungeeignet. Seine eigenen Lande seien nicht nur in diesem, sondern noch im obersächsischen und westfälischen Kreise, ja zum Teil gar nicht im Reiche, also völlig außerhalb der Kreisverfassung gelegen. Der König-Kurfürst selbst besitze ja auch das Herzogtum Verden, das zum westfälischen Kreise gehöre. Das Gebiet des Landgrafen von Hessen endlich sei überhaupt nicht im niedersächsischen, sondern im oberrheinischen Kreise gelegen. Durch seine Heranziehung würde man also auch noch

¹⁾ History of his own time. I (1724), 531.

in die verwickelten und so vielfach streitigen Rechtsverhältnisse dieses Kreises hineingezogen werden.

So war Townshends schöner Plan durch die Federn der Berliner Hofjuristen der Lächerlichkeit preisgegeben. Whitworth, der Gesandte in Berlin, wagte es sogar, seinen Vorgesetzten vollkommen preiszugeben. Als Ilgen ihm seine Gegen Gründe dargelegt hatte, gab er ruhig zu, man habe sich die Sache in England offenbar nicht genügend überlegt, aber man dürfe diesen Fehlgriff wohl Townshend zugute halten, der soeben erst wieder ins Ministerium eingetreten sei und noch nicht die richtige Kenntnis der Geschäfte besitze. Habe er diese erst gewonnen, so werde er schon nicht mehr mit solchen Vorschlägen kommen, mit denen weder England noch Preußen noch dem gemeinsamen Wesen gedient sei.

Townshend gab seine Sache noch nicht verloren. Er fuhr fort, die Vorzüge seines Planes anzupreisen; er versuchte, die preußischen Gegen Gründe zu entkräften und sandte einen Vertragsentwurf nach Berlin. Auch Georg I. ließ sich herbei, sowohl im mündlichen Gespräch mit Wallenrodt, wie in seinem Antwortschreiben an Friedrich Wilhelm I., die Bemühungen seines Ministers zu unterstützen. Preußen, so erklärte er, habe ja selbst den hessischen Landgrafen in den Bund zum Schutze des Protestantismus hereinziehen wollen — warum nicht auch in diese politische Verbindung, mit der man dazu jene religiösen Ziele in unauffälliger Weise noch besser erreichen würde? Dänemark aber ist ein mit Truppen und Schiffen wohlausgerüsteter Staat und hat dieselben Interessen wie England und Preußen.

Umsonst: Friedrich Wilhelm blieb bei seiner ablehnenden Haltung. Und es gehörte beiderseits schon viel Takt und guter Wille dazu, wenn es gelang, die Freundschaft der beiden Staaten, d. h. das 1719 geschlossene Bündnis trotz des peinlichen Zwischenfalls am Leben zu erhalten. Die beiden Könige ergingen sich in persönlichen Versicherungen der Bundestreue. Townshend aber beteuerte noch, daß „das Herz des Königs und die *devotion* des Englischen Ministerii“ für den König von Preußen jederzeit unverändert bleiben werde.

Die geschilderte Episode, kaum beachtet wie sie ist, mag als Beispiel gelten für die oft so dilettantische Art der Politik Townshends. Der peinliche Eindruck, den man hier empfangen

hat, wird vielleicht noch gesteigert werden, wenn wir nun die Ereignisse kennen lernen, die sich um den Kongreß von Cambrai gruppieren.

* * *

Am 15. Oktober 1720 hatte die Eröffnung stattfinden sollen, doch ward sie immer wieder, von Monat zu Monat, ja sogar von Jahr zu Jahr, hinausgeschoben. Man versteht es ja, daß schon die Aufregungen des Mississippi und der Südsee den Staatslenkern von Frankreich und England so sehr die Ruhe raubten, daß sie nicht fähig waren, sich den internationalen Fragen ernstlich zu widmen. Aber es kamen noch eine Reihe anderer Umstände hinzu, die verzögernd wirkten. Es gab zu viele alte und neue Streitpunkte zu schlichten, unabhängig von den Fragen, die den Kongreß beschäftigen sollten. Denn man durfte doch der Welt nicht das Schauspiel bieten, daß die drei Mächte, die Spanien unterworfen und es vor den europäischen Areopag zitiert hatten, untereinander uneinig waren und in solcher Stimmung auf der Versammlung der Diplomaten erschienen. Und gerade in diesen Jahren, welche Fülle von Konfliktstoff war vorhanden. Wir kennen schon so manches davon. Wir wissen, welche Spannung zwischen England und Österreich durch den deutschen Religionsstreit von 1719 und 1720 entstanden war, und daß bei einem Appell an die Waffen diese beiden Mächte einander vielleicht als Feinde gegenüber gestanden hätten.

Auch zwischen England und Frankreich sah es manchmal mehr nach Streit und Kampf aus, als nach harmonischer Zusammenarbeit. John Law meinte ja, daß die Größe Frankreichs, für die er wirkte, notwendigerweise den Ruin Englands zur Voraussetzung haben müsse. So redete er vor aller Welt. Und sein Herr, der Herzog von Orleans, war nicht immer stark genug, um dieses Streben erfolgreich zu bekämpfen. Aus solchem Drohen konnte sich leicht eine ernste Kriegsgefahr entwickeln. Der Gesandte Lord Stair warnt. Im Sommer 1720 scheint ihm jede Beförderung Laws dafür zu sprechen, „daß man daran denkt, etwas gegen Großbritannien zu versuchen“. Da die Whigpartei jetzt geschlossen hinter der Regierung steht, so möchte Law die Tories bewegen, etwas für den Prätendenten

zu tun. Schon strömen die Jakobiten aus aller Welt in Paris zusammen und führen kecke Reden. Der Herog von Berwick, der natürliche Sohn Jakobs II., hat mit Law Freundschaft geschlossen, und die Herzogin mit seiner Gattin. „Mir scheint“, so schließt Lord Stair einen Bericht im Juni 1720¹⁾, „man muß diese Nachrichten durchaus ernst nehmen. Und da wir so wenig Truppen haben, so denke ich mir, Sie werden es richtig finden, unsere Küsten gut bewachen zu lassen. Das ist im Sommer leicht zu machen und kostet nicht viel.“

Solchen Warnungen durften die Londoner Machthaber ihr Ohr nicht verschließen, um so weniger, da der König im Auslande weilte, und die Verantwortung für die Sicherheit von Staat und Volk allein auf dem Kabinett ruhte, das an seiner Stelle die Regentschaft führte. Schon vor seiner Abreise hatte Georg I. einige Schiffe für den Sicherheitsdienst entlang der Küste bereitstellen lassen. Seitdem war ein Geschwader ausgerüstet worden. Doch hatte man, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, den Zweck der Maßregel durch eine harmlose Motivierung vorsichtig verhüllt. Zugleich ward der Ingenieur-Offizier Armstrong, der nach dem Utrechter Frieden beauftragt gewesen, die Demolierung Dünkirchens zu überwachen, hinübergesandt, um vor Dünkirchen und anderen Seehäfen in Nordfrankreich die etwa vorhandenen maritimen Rüstungen auszukundschaften²⁾. Nicht genug damit. Als im Juni 1720 jener Graf Senneterre, dessen gänzlich verfehlte Mission nach London wir früher geschildert haben³⁾, sich zur Heimreise anschickte, benutzten Stanhope und Craggs, die beiden Führer der auswärtigen Politik, diese Gelegenheit, um durch diesen Mann dem französischen Hofe einmal gründlich die Wahrheit sagen zu lassen. Sie trugen ihm etwas umständlich in sieben Punkten ihre Beschwerden vor. Da hört man die Klage über die feindselige Gesinnung John Laws, der den Regenten offensichtlich in einen Krieg gegen das verbündete England hineinzutreiben sucht, und zwar während der Abwesenheit des Königs; man liest von wirklichen kriegerischen Maßnahmen auf der Seite Frankreichs, von bedrohlichen Rüstungen zu Wasser und zu

¹⁾ An Craggs, 16. u. 17. Juni 1720. Private. R. O.

²⁾ Craggs an Sutton, 7. Juli 1720. R. O.

³⁾ Bd. 2, 244 ff.

Lande, von der Anlegung großer Magazine in den niederländisch-französischen Provinzen, von dem Zusammenströmen der Jakobiten, „unserer Rebellen“, in Paris und anderen Städten und Landschaften Frankreichs. Und wie die Bestätigung solcher Absichten Frankreichs erscheine auch die absolute Verslossenheit seiner offiziellen Vertreter gegenüber England. Senneterre hat ja in der ganzen Zeit seines Londoner Aufenthalts die politischen Fragen mit keinem Worte berührt, und Dubois schreibt überhaupt nicht mehr ¹⁾).

Im Grunde war aber diese französische Gefahr nur in einer einzigen Persönlichkeit verkörpert. Sie versank mit dem Stern John Laws. Wenn Lord Stair, der schottische Adlige, sich in einen so scharfen Gegensatz mit seinem Landsmann, dem schottischen Abenteurer, verstrickt hatte, und wenn die im Juni 1720 beginnenden Berichte seines Nachfolgers Sir Robert Sutton die Politik Frankreichs sofort in viel freundlicheren Farben malten, so fällt dieser Wandel doch auch genau mit dem Niedergang des „Systems“ zusammen. In England meint man freilich den rosigen Berichten Suttons nicht sofort Glauben schenken zu dürfen, und Craggs warnt erneut vor der Tücke John Laws ²⁾. Ist dieser plötzlich höflich geworden, so ist das nur dem schlechten Zustand der französischen Finanzen zuzuschreiben. Bleibt es dabei, so wird freilich der Regent ihn nicht mehr lange halten können. Bessern sich aber die Finanzen, „so werden auch die bösen Absichten gegen uns mit um so größerer Heftigkeit wiederkommen“.

Wir wissen bereits, was geschah. Seit dem Sturz des Mississipi und seines Schöpfers zweifelte niemand mehr an der Bundestreue Frankreichs. Und doch war man von der Eröffnung des Kongresses auch jetzt noch weit entfernt.

* * *

Monate und Jahre vergehen, in denen immerfort von der Abhaltung des Kongresses gesprochen wird, ohne daß man zur Tat schreitet. Es sind so viele Sonderinteressen da, über die man zuvor beruhigt sein will. Die dabei am stärksten ins Auge

¹⁾ Craggs an Sutton, 27. Juni 1720. R. O.

²⁾ Craggs an Sutton, 7./14. Juli 1720. R. O.

fallende Erscheinung ist die Annäherung der beiden Westmächte an Spanien, das sie an sich zu Ketten suchen, um mit ihm im reinen zu sein, ehe die große Abrechnung in Cambrai beginnt. Karl VI. aber steht mit seinem Österreich beiseite.

Gleich nach dem Tode Lord Stanhopes beauftragte Lord Townshend den Botschafter in Paris, Sir Robert Sutton, sich bereit zu halten, um auf den Kongreß zu gehen, sobald derselbe durch Frankreich eröffnet sein würde. Doch zuvor soll er bei dem Regenten und Dubois dahin wirken, daß ihr Gesandter in Madrid demjenigen Englands — es ist der aus dem spanischen Feldzuge von 1719 wohlbekannte Oberst William Stanhope — behilflich sei, um zunächst einmal alle zwischen England und Spanien schwebenden Streitpunkte aus der Welt zu schaffen; „denn nur auf dieser Grundlage läßt sich die Solidarität zwischen den drei Kronen herstellen als die notwendige Voraussetzung für die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen und Ansprüche bei den bevorstehenden Verhandlungen in Cambrai“ ¹⁾.

Kein Wunder, wenn bei so einseitiger Betonung der Sonderinteressen der Westmächte diese nachmals wenig geeignet waren, in dem alten Streit zwischen Spanien und Österreich sachlich zu vermitteln. Und wie es hier angedeutet ist, so wurde nun Politik gemacht ²⁾.

¹⁾ Townshend an Sutton, 1. März 1721. R. O.

²⁾ Für die folgenden Abschnitte sind als wichtigste Hilfsmittel wieder die früher genannten Werke zu nennen, besonders die Werke von Coxe (Rob. Walpole, Kings of Spain, Lord Walpole); Basil Williams, The Foreign Policy of England under Walpole, Engl. Hist. Rev. XV u. XVI; Lemontey, Histoire de la Régence et de la Minorité de Louis XV., 1; Leclercq, Histoire de la Régence; Baudrillart, Philippe V. et la Cour de France, 2; Wiesener, Le Régent, L'abbé Dubois et les Anglais, 3; E. Bourgeois, Le Secret de Dubois. In allen diesen Werken wird die diplomatische Geschichte der Zeit aktenmäßig dargestellt. Über den zuletzt genannten Autor noch ein Wort. Er behandelt sein Thema nach dem Vorbilde des Broglie'schen Buches „Le secret du Roi“ unter der Devise des Geheimnisses. Das ist irreführend. Die Ereignisse werden dadurch vielfach in eine falsche Beleuchtung gerückt. Jede Diplomatie ist ihrem Wesen nach geheim und bedarf des Zusatzes nicht. Dieser Zusatz wird auch dann noch nicht legitimiert, wenn es sich herausstellt, daß auf die Diplomatie eines Staates verschiedene Strömungen Einfluß gewonnen haben. Das Wort wäre nur dann berechtigt, wenn es einem Autor gelingt (wie es bei dem Broglie'schen Buche der Fall ist), unabhängig von den berufenen Organen des Staates noch andere Kräfte bei

Zuerst schließt Frankreich mit Spanien ab. Der Vertrag vom 27. März 1721 gibt sich als ein förmliches Defensivbündnis. Friede und Freundschaft, gegenseitige Garantierung der im Besitze beider Mächte befindlichen Königreiche, Provinzen und Staaten in allen Teilen der Welt und gemeinsame Verteidigung derselben gegen jeden Angriff durch eine dritte Macht, so etwa lauten die offiziellen Vertragsartikel. Aber sie sprechen auch von der Wiederherstellung der durch frühere Verträge ausbedungenen und garantierten Handelsbeziehungen und proklamieren für den französischen Handel in Spanien das Recht der meistbegünstigten Nation.

Deutlicher und mehr von praktischem Inhalte sind, wiegewöhnlich, die geheimen Artikel. Sie besagen, daß alle, den Spaniern im Kriege der Quadrupel-Allianz entrissenen Plätze zurückgegeben werden sollen, aber sie fügen, auch gleichsam mit einer kleinen Verbeugung vor dem kommenden Kongresse, hinzu, daß diese Anordnung in aller Form erst in Cambrai zu beschließen sei, während sie doch jetzt schon als sicheres Ergebnis der künftigen Verhandlung vorweggenommen und garantiert wird. Ähnlich ist es mit dem vierten der geheimen Artikel. Frankreich wird sich dafür einsetzen, daß in den Staaten von Toskana, Parma und Piacanza nicht, wie es in den früheren Verträgen hieß, fremdländische, sondern sofort spanische Truppen garnisoniert würden. Man sieht, die künftige Thronbesteigung der spanischen Bourbonen in jenen italienischen Gebieten, von der Quadrupel-Allianz vorgesehen, soll mit einer stärkeren Schutzwehr umgeben, soll gegen alle österreichischen Intriguen gesichert werden. Auch von Gibraltar redet einer der geheimen Artikel. Der König von Frankreich wird sich alle Mühe geben, die Restitution Gibaltars zu bewirken, und wird so lange von der Forderung nicht lassen, bis der katholische König, sei es durch die Rückgabe des Platzes, sei es durch die sichere Aussicht darauf, völlig zufriedengestellt ist.

Überblickt man Inhalt und Geist dieses Vertragsschlusses, so wird man mit dem Worte eines modernen Autors sagen dürfen, der Vertrag vom 27. April war die Revanche Spaniens für den

der Arbeit zu entdecken, von deren Vorhandensein bisher nichts bekannt war, durch die aber das Wirken jener Organe gestört oder durchkreuzt wird.

Krieg von 1719, und die Politik Alberonis, sie triumphierte noch nach seinem Sturze.

Von französischer wie von spanischer Seite legte man nun auch Wert darauf, daß England der Dritte im Bunde sei. Die Tripel-Allianz, die erstrebt wurde, sollte als ein fester Block dem Wiener Hofe gegenübergestellt werden.

Das dynastische Interesse der bourbonischen Höfe, das besondere Philipps von Spanien und des Regenten von Frankreich, die von der Quadrupel-Allianz vorgesehene Errichtung der bourbonischen Sekundogenitur in Italien, das alles soll nicht mehr durch österreichische Einreden und Sonderwünsche bedroht sein. Diese Bindung Englands an die Politik der Bourbonen ist freilich am Hofe von St. James' nicht unbedenklich gefunden worden. Lord Sunderland meinte, das könne man Karl VI. nicht antun. Aber die Lords Townshend und Carteret, die Staatssekretäre, folgten der Anregung, und die Verhandlung begann. Es gab auch nur eine einzige Schwierigkeit, sie hieß Gibraltar. Nun hatte ja die Mission Schaub's in Madrid zu einer Art von Einverständnis geführt. England hatte die Abtretung in Aussicht gestellt, falls Spanien ein Äquivalent dafür gäbe. Und wenn man sich auch bisher von spanischer Seite dazu keineswegs bereit gefunden hatte, so wollte man doch wenigstens eine Erklärung des englischen Königs besitzen, daß er zur Abtretung grundsätzlich bereit sei. Wirklich schrieb Georg I. einen Brief an Philipp V., der die Worte enthielt: „Ich zögere nicht, Ew. Majestät meine Bereitwilligkeit auszudrücken, Ihr Begehren der Rückgabe Gibaltars zu erfüllen, und zwar gegen ein Äquivalent. Ich verspreche Ihnen, die erste Gelegenheit zu benutzen, um die Sache mit der Zustimmung meines Parlaments in Ordnung zu bringen.“

Allein der Brief fand nicht den Beifall des spanischen Königspaares, und Georg I. schrieb einen zweiten, in dem das ominöse „Äquivalent“ nicht wieder erwähnt war¹⁾. Aber die

¹⁾ Die beiden Briefe sind bekannt durch die Mitteilungen bei Coxe, Rob. Walpole 1, 308 ff., und Coxe, Kings of Spain 3, 14 ff. Den genauen Wortlaut des zweiten Briefes (vom 1. Juni 1721) gibt Baudrillart 2, 467, ohne Angabe der Quelle. Die Anmerkung bei E. Bourgeois, Secret de Dubois 277^a ist ungenau. Weber, Quadrupel-Allianz, datiert: 1. Juni 1720, statt 1721. und bringt die Sache damit in einen falschen Zusammenhang.

Zustimmung des Parlaments wurde auch in diesem zweiten Briefe als erforderlich bezeichnet, und nach den Erfahrungen des Vorjahres war ja auf diese Zustimmung in Wahrheit nicht zu rechnen. So handelte es sich denn nur darum, eine beruhigende Formel zu finden. Vielleicht war der englischen Regierung diese Lösung nicht einmal unwillkommen; denn nun hatte sie ihren guten Willen kundgetan, und die Entscheidung lag nicht mehr in ihrer Hand. Ja, selbst der spanische König konnte zufrieden sein, er, der seinem Hofe die Herausgabe Gibraltars als sicher angekündigt hatte und sich nun auf das Wort des englischen Königs berufen durfte.

So waren beide Teile über den schwierigen Punkt mit einer eleganten Geste hinweggeglitten und durften mit guter Haltung zur Sache schreiten. Über den Brief Georgs I. aber hat sich, da der Streit um Gibraltar auch fortan nicht zur Ruhe kam, die Opposition gegen Walpole nach Jahren noch einmal aufgeregt und hat die Mitteilung des Wortlauts an das Parlament gewünscht. Walpole ist der unbequemen Forderung mit der geschickten Motivierung ausgewichen, Privatbriefe des Souveräns dürften ebensowenig in die parlamentarische Debatte gezogen werden wie seine Person¹⁾.

* * *

Nach der erfolgten Verständigung über Gibraltar stand dem Abschluß der Tripel-Allianz kein ernsteres Hindernis mehr im Wege. Am Abend des 13. Juni 1721 schlossen sich die Bevollmächtigten der drei Staaten — Grimaldo für Spanien, Maulévrier für Frankreich, William Stanhope für England — in einem Zimmer des königlichen Palastes in Madrid ein, gingen noch einmal die in französischer, spanischer und englischer Sprache entworfenen Texte miteinander durch und schritten zur Unterzeichnung.

Außer der Tripel-Allianz, die mit dem Vertrage vom 27. April übereinstimmte, ward noch von Stanhope und Grimaldo ein englisch-spanischer Vertrag unterzeichnet, der aber auch wiederum dieselbe Kraft wie jenes zu dreien geschlossene Abkommen haben sollte. In dem letztgenannten Vertrage sicherte aber

¹⁾ Parl. Hist. 8, 548.

der König von Spanien den Engländern alle jene Handelsvorteile zu, die ihnen in den früheren Verträgen von 1715 und 1716 bewilligt worden, jedoch nie zur Durchführung gekommen und durch den Krieg der Quadrupel-Allianz vollends erloschen waren¹⁾. Dabei ergab sich nun, nachdem alles fertig war, ein merkwürdiger Interessenkonflikt. Es stellte sich heraus, daß eigentlich dieselben den Engländern eingeräumten und, wie wir eben hörten, auch unter französische Garantie gestellten Handelsvorteile durch den Vertrag vom 27. April den Franzosen selbst zugesichert waren. Der eifrige Maulévrier hatte dies übersehen, erst ein nach der Entscheidung einlaufender Brief von Dubois belehrte ihn über den begangenen Mißgriff. An der Sache war nichts mehr zu ändern, und Stanhope trat von dem geschlossenen Vertrage nicht zurück.

Die üble Stimmung des Wiener Hofes gegenüber den lange Monate in Madrid geführten und nun abgeschlossenen Verhandlungen ist wohl zu begreifen. Es ist nichts gegen die Quadrupel-Allianz darin enthalten, versicherte Lord Carteret dem Residenten Hoffmann in London. Hoffmann aber erwiderte, man dürfe sich über den Verdacht des Kaisers gegenüber einer so lange dauernden Verhandlung mit Frankreich und Spanien wahrhaftig nicht wundern. In einem kleinen Punkte schien sogar Österreichs eigenes Interesse durch die Madrider Abmachungen betroffen. England hatte den Spaniern als kleine Gegengabe für die ausbedungenen Handelsvorteile die Rückgabe einiger in der Seeschlacht am Kap Passaro erbeuteten Kriegsschiffe zugesagt²⁾. Vier derselben — sie lagen wurmstichig im Hafen von Port Mahon — hatte aber Karl VI. für sein unteritalienisches Gebiet gekauft, wenn auch noch nicht bezahlt. Hoffmann protestiert also gegen die Rückgabe an Spanien und will um Instruktionen nach Wien schreiben. Doch Carteret erklärt mit überlegener Geste, um vier verfaulten Schiffe willen dürfe eine so wichtige Sache — die Ratifikation der Tripel-Allianz durch Georg I. war schon nach Spanien abgegangen — keinen Aufschub leiden³⁾.

* * *

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 706 ff.

²⁾ Artikel V des englisch-spanischen Vertrages.

³⁾ Hoffmanns Berichte vom 24., 27. Juni; 1., 4., 8. Juli 1721. W. St. A.

Auch noch im 18. Jahrhundert liebt man es, den politischen Verbindungen der Staaten, wo es möglich erscheint, durch fürstliche Heiraten eine höhere Weihe und größere Festigkeit zu verleihen. So erhielt die Tripel-Allianz vom 13. Juni 1721, ein Akt bourbonischer Politik, wie sie war, als Nachspiel auch eine bourbonische Heirat. „Mein Bündnis mit Frankreich“, sagte Philipp V. voller Stolz, ist für die Ewigkeit geschlossen. *C'est avec ma famille* ¹⁾.

Zwischen den Höfen von Paris und Madrid ward ein Ehebündnis, ja sogar ein doppeltes Ehebündnis, vereinbart. Ludwig XV. sollte mit der Tochter Philipps V. vermählt werden, eine Tochter des Herzogs von Orleans mit dem Prinzen von Asturien, dem Erben der spanischen Krone. Zwar waren die vier Verlobten sämtlich noch im Kindesalter, die Braut des französischen Königs erst vier Jahre alt. Das hatte, wie man sofort erkannte, zwar den Nachteil, daß auf Nachkommenschaft aus dieser Ehe für viele Jahre nicht zu rechnen wäre. Aber dafür würde die zukünftige Königin in ihrer neuen Heimat, in Frankreich, erzogen werden, sie und ihr Gemahl würden in trauter Gemeinschaft nebeneinander aufwachsen. Und, worauf es am meisten ankam: die beiden Zweige des Hauses Bourbon, noch kürzlich miteinander im Streite liegend, werden politisch geeint sein, der Geist Ludwigs XIV. scheint wieder obgesiegt zu haben, und mit dem stolzen Worte: *il n'y a plus de Pyrénées*, dem bei der Annahme des Testaments von 1700 gesprochenen, soll es nun ernst werden.

Aber auch persönliche Wünsche der regierenden Häupter waren im Spiele. War die Verwirklichung der Ehe erst nach langen Jahren möglich, so blieben sowohl die Aussichten des Herzogs von Orleans wie diejenigen Philipps von Spanien auf den Thron von Frankreich unterdessen noch in der Schwebe ²⁾. Und durch das zweite Verlöbniß, das gleichzeitig geschlossen zwischen dem Prinzen von Asturien und der Tochter des Herzogs von Orleans, sollte die Freundschaft der beiden Väter vollends befestigt werden. Erst als alles vereinbart war, wurde dem jungen Könige von Frankreich der Plan mitgeteilt; denn nur

¹⁾ Vgl. Bourgeois 3, 284.

²⁾ Vgl. Coxe, Kings of Spain 3, 27.

mit seiner Zustimmung durfte die Sache öffentlich bekannt gemacht werden. Saint Simon beschreibt die Szene im Kabinet, als die hohen Herren von allen Seiten auf den fürstlichen Knaben einreden, der mit Tränen in den Augen dasteht, und wie ihn endlich sein alter Erzieher, der Herr von Fréjus, dahin bringt, der Ankündigung der Heirat im Regentschaftsrat beizuhelfen zu wollen. Nur eine kurze Pause muß erfolgen, ehe man zur Sache schreitet. Dann sieht man die kleine Majestät mit verweintem Antlitz im Conseil, wie er mit tränenerstickter Stimme, und nur wenigen vernehmbar, sein Ja herausbringt.

Auch Orleans' Tochter, die dem spanischen Prinzen zur Gattin Erkorere, sollte schon als Kind in ihre neue Heimat gebracht werden. So meinte man nun eine politisch bedeutsame und menschlich schöne Tat vollbracht zu haben. Die offizielle Glückseligkeit an den Höfen von Paris und Madrid wird uns beschrieben, und auch die von einem alten Diplomaten vergossenen Freudentränen sind genau überliefert, weniger genau der Seelenzustand der aus ihrer gewohnten Umgebung gerissenen Kinder, mit deren Gefühlen so grausam umgesprungen wurde. An der französisch-spanischen Grenze, auf der Fasaneninsel in der Bidassoa, wo 1659 der pyrenäische Friede unterzeichnet worden war, fand abermals, prunkvoll feierlich, eine symbolische Handlung statt, die Auswechslung der beiden Prinzessinnen, die wie zwei kleine Gefangene, die eine hierhin, die andere dorthin, in die Fremde entführt werden sollten. Unschuldige kleine Opfer der Politik der Höfe. Aber die Zeit hat ihre Freude an solchen Szenen, sie verlegt sie gern nach mittelalterlichen Vorbildern an die Grenzen der Reiche, wo ehemals die Könige, mißtrauisch einander begrüßend, ihre Zusammenkünfte gehalten hatten ¹⁾.

Die Freude an diesen festlichen Schauspielen wird aber dem Historiker vollends vergällt, wenn er nur wenige Jahre weiter blickt und bedenkt, wie wenig Glück aus diesen Eheverträgen von 1721 entsprossen ist, und besonders, wenn er an die schnöde Art denkt, wie die arme kleine Spanierin wieder fortgeschickt wurde, und wie auch der erhoffte politische Gewinn verlorenging.

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung über die Formen des unmittelbaren Verkehrs zwischen den deutschen Kaisern und souveränen Fürsten. 1888.

Ja, der Gedanke, die Braut des jungen Königs wieder heimzusenden, ist in Frankreich schon aufgetaucht, noch ehe sie dort angekommen war. Die Gegner des Regenten, die Leute *de la vieille cour*, erklärten kühl, wenn der König erst einmal großjährig ist, so kann er sich immer noch eine Königin holen, woher er will, die zu seinen Jahren besser paßt als diese spanische Prinzessin. Und selbst Dubois, der leitende Mann, bemerkte nicht minder sachlich, nun besitze der Regent eine ausgezeichnete Handhabe gegenüber der Königin Elisabeth von Spanien. Denn diese müsse sich, sobald die Politik ihres Gatten dem Regenten von Frankreich mißfalle, darauf gefaßt machen, daß man ihr die Schande antue, ihre Tochter zurückzuschicken¹⁾.

Und ist hier nicht auch eine Analogie zu erkennen zu der zweihundert Jahre früher erfolgten Eheschließung des englischen Prinzen Heinrich mit der spanischen Katharina, und wie damals der junge Gatte von seinem klugen königlichen Vater bewogen wurde, die Erklärung zu Protokoll zu geben, er könne den während seiner Unmündigkeit abgeschlossenen Ehevertrag nicht anerkennen?²⁾

Wie dem auch sei, im Augenblick bot sich der Welt das merkwürdige Schauspiel eines fast bedrohlichen Einvernehmens der bald verschwägerten Höfe von Paris und Madrid. Es war die Vorwegnahme jener dynastischen Verbindungen, zu denen sich im Laufe des 18. Jahrhunderts die in Europa herrschenden Zweige der Bourbonen wiederholt zusammenfanden. Wurden später diese bourbonischen Familienpakte gerade in England als Gefahren für das europäische Gleichgewicht empfunden, so war das dieses Mal noch nicht der Fall; denn England war jetzt ja selbst mit den Bourbonen im Bunde.

* * *

Wozu noch ein Kongreß? Die Frage wurde von den Politikern der Westmächte voller Ernst aufgeworfen. Mit

¹⁾ Schaub an Carteret, 28. Sept. 1721. — *Le Régent aura la plus forte prise sur la reine d'Espagne, qui, au premier déplaisir que le Roi son époux causerait à Son Altesse Royale serait exposée à la honte de se voir renvoyer sa fille.* R. O.

²⁾ Vgl. z. B. W. Busch, König Heinrich VII., 213.

Spanien waren sie im reinen. So dachten sie denn, auch alle weiteren noch offenen Fragen durch umsichtige und gelinde Behandlung aus der Welt schaffen zu können. Dubois in Paris und Carteret in London waren derselben Meinung. „*Finir sans congrès*“, „*supprimer le congrès*“, so liest man es in den diplomatischen Depeschen. „*La non-tenue du congrès*“ ist das Thema ernsthafter Erörterungen¹⁾. Freilich können nach allem, was vorangegangen, nicht England und Frankreich solches allein beschließen. Philipp V. und Karl VI. müssen zustimmen. Mit Spanien, dem neuen Verbündeten, wird es wohl keine allzu großen Schwierigkeiten haben. Man muß nur nicht sofort, sagt Dubois, den völligen Verzicht auf den Kongreß von ihm fordern. Lieber erst einen einzelnen Punkt sachte begleichen, dann unvermerkt einen andern, und wenn man so die Hauptpunkte berichtigt hat, könnte man den Spaniern empfehlen, entweder den Kongreß ganz fallen zu lassen, oder ihn zwar abzuhalten, aber es nicht zu wirklicher Verhandlung kommen zu lassen, nur zur formellen Unterzeichnung der Verträge. Und, meint Dubois ferner, der Kaiser wird gern auf den Kongreß verzichten, wenn nur der König von Spanien einwilligt.

Ernsthaft ist freilich weder mit Spanien noch mit Österreich über Abhaltung oder Nichtabhaltung der großen Diplomatenversammlung verhandelt worden. Aber schon aus dieser Abneigung der Westmächte gegen den Kongreß ist es zu verstehen, daß man sich mit der Sache nicht beeilte. Und es fehlte auch sonst nicht an Gründen der Verzögerung. Ein solcher ergab sich aus dem notwendigen Austausch der Renuntiationen. Der Verzicht des Kaisers auf die Krone Spaniens, derjenige des Königs Philipp auf die ehemaligen europäischen Nebenlande sollte von den Westmächten garantiert werden. Die anfangs aufgestellte Forderung Karls VI., die spanische Verzichtleistung durch die Cortes bestätigt zu sehen, wurde zwar dadurch beseitigt, daß England die Garantie dafür übernahm, daß die spanische Regierung aus der fehlenden Bestätigung durch die Cortes niemals die Ungültigkeit der Renuntiation herleiten werde. Aber dann blieb noch die Titelfrage. Karl VI.

¹⁾ Nach Briefen von Schaub an Carteret, Paris, 16. 28. Sept., 4. 25. Okt., 6. Nov. 1721. R. O.

fuhr fort, sich neben seinem Kaisertitel und seinen österreichischen Würden auch noch den Namen der katholischen Majestät von Spanien beizulegen. Als sein Londoner Vertreter im September 1721 an den Staatssekretär die Frage richtete, ob der Kongreß nun bald eröffnet werde, gab Carteret die unhöfliche Antwort, er sehe nicht ein, wie man mit zwei katholischen Königen von Spanien verhandeln könne¹⁾. Fast noch komischer erscheint es, wenn Philipp V. sich den Titel eines Erzherzogs von Österreich beilegte. Natürlich wollte keiner von beiden dem andern das Recht auf einen solchen, nur ihm selbst gebührenden, Titel einräumen. Der Ausweg aus dieser Verlegenheit ward gefunden, als in London die Renuntiationen ausgetauscht und von den Westmächten garantiert wurden, und nun zugleich die am englischen Hofe beglaubigten Vertreter der beiden Fürsten, Hoffmann und Pozo Bueno, gemeinsam eine Deklaration unterzeichneten, in der gesagt war, daß durch den Gebrauch solcher Titel niemandem ein Schaden zugefügt und niemandem ein Recht erteilt werden solle²⁾.

Nicht genug mit den angemessenen Titulaturen. Während man noch um diese stritt, erfuhr die Welt mit Staunen, daß die beiden ehrgeizigen Fürsten sogar der eine in die Machtsphäre des andern überzugreifen begannen. Man erfuhr, daß Philipp V. einige Ritter vom Orden des goldenen Vlieses, Karl aber spanische Granden kreierte. Das erstere galt als das Recht der Herzoge von Brabant und schien den Besitz der Niederlande zur Voraussetzung zu haben. Nun waren aber die Niederlande seit Menschengedenken im Besitz der spanischen Könige gewesen, und sie hatten das Goldene Vließ immer verliehen, ohne viel nach dem Ursprung ihrer Befugnis zu fragen. Anders stand es mit der Ernennung spanischer Granden. Daß diese von einer andern Stelle ausgehen sollte, als vom Thron des katholischen Königs, schien grotesk, und die angebliche Rechtfertigung, der Kaiser sei ja im Besitz großer Teile der früheren spanischen Monarchie, befriedigte niemanden. England und Frankreich, als die bestellten Vermittler zwischen beiden Mächten, hatten einen

¹⁾ Hoffmann, 19. Sept. 1721. W. St. A.

²⁾ Österr. Staatsverträge: England. Bearb. v. A. F. Pribram, I (1907), 429 ff.; Hoffmann, 21. Nov. 1721. W. St. A.

schweren Stand¹⁾, und von der Einberufung des Kongresses schien man abermals weit entfernt.

Für den modernen Menschen, der die politische Spannung jener Tage nicht mehr so lebhaft nachempfinden kann, liegt eine gewisse Komik darin, wenn er die Ereignisse verfolgt, wenn er die Diplomaten beobachtet, wie sie zwar unausgesetzt von der Berufung des Kongresses reden und es doch nicht wagen, Ernst damit zu machen. Von den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, von dem Widerstreit der Interessen, von der immer wieder drohenden Kriegsgefahr wird noch zu reden sein. Wir wollen zunächst einmal den äußeren Verlauf zeichnen, die Reihenfolge, in der die einzelnen Akteure auf der Bühne erscheinen und wie sie sich gaben. Für das historische Bild sind diese Äußerlichkeiten fast wesentlicher als die Taten der versammelten Diplomaten. Es ist doch wohl ein einzigartiger Fall, wenn die Zeitgenossen reichlich fünf Jahre lang von der Berufung, von dem Zusammentritt, von der Eröffnung, von den Verhandlungen eines europäischen Kongresses unterhalten werden, und am Ende ist es alles nur leeres Gepränge gewesen, keines der gesteckten Ziele ist erreicht, und das einzige Ergebnis ist eine europäische Blamage und eine neue Kriegsgefahr.

Im November 1720 erfährt man, daß die Grafen Santistevan und Provana, welche Spanien auf dem Kongresse vertreten sollen, in der Nachbarschaft von Cambrai Wohnung genommen haben. Sie werden aber die Stadt nicht betreten, ehe die französischen Gesandten zur Stelle sind, *pour faire les honneurs du lieu*. Das kann freilich erst im nächsten Monat geschehen; denn bis dahin hat man noch mit den baulichen Veränderungen zu tun, welche am Rathaus des Ortes vorgenommen werden. Denn dieses soll die große Versammlung aufnehmen²⁾. Aber erst im Januar 1721 hört man aus Paris, daß die französischen Gesandten bereit sind zur Abreise nach Cambrai. Und doch vergeht das Jahr 1721, ohne daß ein Anfang gemacht ist. Statt dessen werden die Tripel-Allianz und die bourbonischen Eheverträge geschlossen, und im November sind die Renuntiationen und die Garantien ausgetauscht worden. Von nun an, erklärt

¹⁾ Schaub an Carteret, 20. Sept., 4. Okt. 1721. R. O. Hoffmann, 19. Sept. 1721. W. St. A.

²⁾ Sutton an Stanhope, 9. Nov. 1720. R. O.

Hoffmann in London, wird er bei den Engländern beständig auf die Eröffnung des Kongresses dringen. Aber einen Termin zu nennen, weigert sich Carteret. Im Januar 1722 muß Hoffmann den englischen Ministern anzeigen, daß die kaiserlichen Bevollmächtigten sich ungesäumt nach Cambrai begeben werden. Und immer wieder fragt er Carteret, den er im Vorzimmer des Königs trifft, wann denn die englischen Bevollmächtigten abreisen werden. Die einzige Antwort lautet: so bald wie möglich. — Wie viele Wochen oder Monate mögen das sein? — *Au plutôt*, sagt jener und ruft auch Lord Townshend herbei, der ebenfalls das stereotype *au plutôt* wiederholt und hinzufügt: „Sie wollen die Eröffnung des Kongresses, Sie werden sie haben“. Und damit lassen die beiden Staatssekretäre den Österreicher stehen und begeben sich ins Parlament. Im März 1722 können die englischen Minister nicht recht begreifen, warum eigentlich der Kaiser so sehr auf den Kongreß dringe. Ja, sie haben dem Österreicher die vorhandenen Schwierigkeiten so deutlich vor Augen gestellt, daß dieser es selbst für seine Pflicht hält, den Kaiser zu warnen. Es sei, schreibt Hoffmann, von dem Kongresse kaum etwas Ersprießliches zu erwarten, da solcher mit so großem Widerwillen von drei unter vier darin interessierten Mächten vorgenommen wird und die Erfahrung lehrt, „daß dergleichen *Congressus*, die auch mit gemeinsamer Genehmigung gehalten werden, gewöhnlich in größere Feindschaften, als man nicht vorher gegeneinander geheget, ausgeschlagen“. Man wisse auch nicht, fügt er hinzu, ob England und Frankreich sich auf die Rolle der Vermittler beschränken oder als selbst interessierte Mächte auftreten werden ¹⁾. Es sind Bedenken, die fast prophetisch klingen und dem alten Politiker alle Ehre machen.

In Wien aber fanden sie kein Echo, und um dieselbe Zeit, im März 1722, haben sich die kaiserlichen Bevollmächtigten in Cambrai eingefunden. Nun erscheint auch Lord Polwarth, der vornehmere der beiden Vertreter Großbritanniens. Von dem Kommandanten von Cambrai eingeholt, mit militärischen Ehren begrüßt, hält er seinen prunkvollen Einzug in die Festung ²⁾. Der andere Bevollmächtigte Georgs I., der zum Lord erhobene

¹⁾ Nach den Berichten Hoffmanns im W. St. A.

²⁾ Description de l'arrivée de S. E. Myl^d. Polwarth . . . à Cambrai le 25. mars N. S. 1722. R. O. France 365.

Charles Whitworth, wurde erst von seinem Berliner Gesandtenposten abgerufen. Im Juli 1722 verläßt er die preußische Hauptstadt, er beeilt sich nicht, er verweilt in London, er verhandelt mit der französischen Regierung in Paris, und erst als er am 15. Oktober 1722 in Cambrai ankam, waren alle Bevollmächtigten in der Kongreßstadt beisammen.

Man beschloß auch, die Verhandlung mit den Österreichern sofort zu beginnen, aber mit nichten schritt man zur Eröffnung des Kongresses. Man sollte nichts übereilen, mahnte Dubois von Paris aus. In England aber, wo man soeben einer jakobitischen Verschwörung auf die Spur gekommen, war noch weniger Neigung vorhanden, in diesem Augenblick die großen Fragen der auswärtigen Politik eilig zur Entscheidung zu bringen. Dieser Moment der Schwäche sollte erst vorübergehen. Die Welt sollte ein starkes England sehen. Sie sollte aus der eben beschlossenen Suspendierung der Habeas corpus-Akte auf ein volles Jahr die Überzeugung gewinnen, daß bei der kommenden Abrechnung auch der englische Staat das volle Gewicht seiner Macht in die Waagschale legen werde ¹⁾. So hatte es denn mit der Eröffnung des Kongresses noch gute Wege.

* * *

Versuchen wir zuerst, uns ein wenig mit einigen der Persönlichkeiten bekannt zu machen, die sich in Cambrai zu so trauriger Untätigkeit verurteilt fanden.

Am meisten interessieren die beiden Gruppen der Spanier und Österreicher, die Vertreter der einander feindlich gegenüberstehenden Mächte, die es zu versöhnen gilt ²⁾. Zwei Bevollmächtigte auf jeder Seite.

¹⁾ Polworth und Whitworth an Carteret, Cambrai, 13./24. Oct. 1722. R. O. Hoffmann, 30. Oct. 1722. W. St. A.

²⁾ Das folgende besonders nach einer Handschrift des Britischen Museums (Stowe Coll. 256): A rough draught of the characters of some of the Ministers at Cambrai. Im Katalog wird Horace Walpole als Verfasser vermutet. Mit Unrecht; denn Walpole war nicht in Cambrai. Verfasser ist G. Harris, ein Beamter des auswärtigen Dienstes. Er schreibt an De la Faye, Cambrai, 4./15. Mai 1724, R. O. France 367, er werde ihm nächstens schicken *the Characters you desire of the Ministers who form the Congress*. Im Juni kommt er noch einmal darauf zurück. Eine Abschrift der Characters ist auch erhalten im R. O. Treaty Papers 115.

Die beiden Vertreter des Kaisers waren zwei grundverschiedene Naturen. Graf Windischgrätz war der stolze Abkömmling eines der ältesten Adelsgeschlechter im Reiche der Habsburger. Als langjähriges Mitglied, zuletzt als Präsident des Reichshofrats, war er und mußte sein ein vorzüglicher Kenner der Reichsverfassung. Weit weniger bewandert war er in den Fragen der auswärtigen Politik. Zuerst war er 1719 nach Holland entsandt worden, um den Beitritt der Generalstaaten zur Quadrupel-Allianz zu erreichen. Aber wir wissen, sein Bemühen war vergeblich. Auch als Bevollmächtigter in Cambrai war sein Auftreten nicht glücklich. „Er ist noch nicht lang genug in Frankreich gewesen“, spottet unser Gewährsmann, „um seine österreichische Steifheit abzulegen. Er ist ganz von sich eingenommen und dazu von Natur schroff und grob“. Aber er wird auch als engherzig geschildert, ein Mensch, der keinen Widerspruch verträgt, kleinlich und pedantisch, der einfache Fragen zu verwickelten macht, der bei der Prüfung der Vollmachten, bei der Errichtung der üblichen Kongreßpolizei ganz unnötige Schwierigkeiten verursacht. Schlimmer, daß er auch ernststen Verhandlungen geflissentlich Hindernisse in den Weg legt, und wenn der Wiener Hof darauf ausgegangen wäre, einen gedeihlichen Abschluß der Arbeit des Kongresses zu vereiteln, er hätte keinen besseren Mann schicken können als diesen Grafen Windischgrätz.

Einen vollkommenen Gegensatz zu ihm bildete der andere der beiden österreichischen Bevollmächtigten, der Freiherr v. Pendtenriedter. Wir kennen ihn als den erfahrenen und gewandten Diplomaten, der schon in Utrecht und in Rastadt dabei gewesen war, der wichtige Verhandlungen in Paris und London geführt und entscheidend mitgewirkt hatte bei der Schöpfung der Quadrupel-Allianz. Pendtenriedter muß schon durch seine äußere Erscheinung mächtig gewirkt haben. Ein Mensch von gigantischer Größe, bei dessen Anblick dem Soldatenkönige von Preußen das Herz aufgegangen wäre. Er ist wirklich einmal, als er sich von seiner Reisebegleitung getrennt hatte und einsam durch die Gegend wandelte, von preußischen Werbemännern angehalten und wäre unfehlbar unter die langen Kerle gesteckt worden, hätten die übereifrigen Diener Friedrich Wilhelms I. nicht noch rechtzeitig bemerkt, daß sie sich an der Person eines kaiserlichen Botschafters vergriffen hatten. Seine Fähigkeiten wurden all-

gemein anerkannt. Ein Italiener rühmt sein scharfes Urteil in Staatssachen und seine einzigartige Geschicklichkeit in der Behandlung derselben¹⁾. Und der Engländer sieht in ihm einen ebenso ausgezeichneten Gesandten wie vollendeten Gentleman. Besonders gerühmt wird sein diplomatisches Geschick, die angenehme Art, wie er den andern anhört und seine Argumente zu würdigen scheint und wie er dann seine eigenen maßvoll und klug zu entwickeln pflegt. Auf seine Verhandlungskunst tat er sich auch selbst etwas zugute. Halb schalkhaft hat er einmal die Methode geschildert²⁾, wie man als echter Diplomat sich „mit einiger Widersetzlichkeit zu etwas bereden lassen kann, was man selbst gewünscht und doch zu verwerfen anfänglich bezeugt hatte, um seine Gelassenheit desto mehr gelten und dafür den Gegenteil zu anderen Punkten desto günstiger zu machen“. Und was ihn vollends befähigte, sich mit dieser Sicherheit im Kreise der Diplomaten zu bewegen, das war seine Sprachgewandtheit. „Er kennt alle Feinheiten des Französischen und spricht es mit höchster Vollkommenheit“.

Der stolze Windischgrätz und der gewandte Pendtenriedter, es war wahrlich keine glückliche Verbindung zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Kaisers. Wir mögen sie vergleichen mit dem früher geschilderten Nebeneinander von Cadogan und Saint Saphorin, der beiden englischen Diplomaten in Wien im Jahre 1720. Damals wie jetzt ist die Verhandlung gescheitert. Auch Pendtenriedter klagt³⁾, wie Saint Saphorin, über den vornehm hochmütigen und mißtrauischen Kollegen, der ihn in seinen Privatbriefen verdächtigt. Und in der Tat scheint die Art des Grafen Windischgrätz dem Wiener Hofe besser zuzusagen als das weltmännische Verhalten Pendtenriedters. Im Grunde hat ja Karl VI. sich mit der Quadrupel-Allianz niemals recht befreunden können, hat sie nur angenommen, weil ihm anders die helfende englische Flotte im Mittelmeer nicht zur Verfügung gestanden hätte. Und am härtesten empfand er die damals festgelegte Zulassung der Bourbonen in Italien, mit der es jetzt

¹⁾ Vgl. Arneth, Prinz Eugen 3, 511.

²⁾ Bericht aus Hannover vom 23. Jan. 1717. W. St. A.

³⁾ Nach einem Privatbriefe von Polwarth und Whitworth an Newcastle vom 6./17. Aug. 1724. R. O.

Ernst werden sollte. So sei ihm, sagt Pendtenriedter, alles, was er in diesem Sinne getan, in Wien als Verbrechen angerechnet worden. Und auch jetzt könne er nichts anderes tun, als seinen Kollegen, den Grafen, zur genauen Befolgung der gemeinsam empfangenen Befehle anzuhalten, ohne sie durch seine eigenen Ideen zu verfälschen. — Wer wird sich wundern, daß der so widerspruchsvoll geführten Politik Karls VI. auf dem Kongresse der Erfolg versagt blieb?

Auch die Gegenspieler der Kaiserlichen, die Vertreter Spaniens, hatten in Cambrai keinen leichten Stand. Aber so verschieden auch die Naturen der beiden Männer waren, ihre Zusammenarbeit war nicht so erschwert wie bei den Leuten des Kaisers. Ein Italiener und ein Spanier hatten die Sache Philipps V. in Cambrai zu führen. Der Marchese von Beretti Landi, ein erfahrener Diplomat, der mehrere Jahre, 1717, 1718, 1719, in Holland tätig gewesen und sich erfolgreich bemüht hatte, um den Anschluß der Generalstaaten an die Quadrupel-Allianz zu hintertreiben. Beretti Landi hielt sich selbst für einen großen Meister der Diplomatie. Aber die anderen meinten wohl, sein Talent bestehe mehr darin, einfache Dinge kompliziert zu machen, Schwierigkeiten zu finden, wo keine waren. Er strengt seine Phantasie an, er wühlt in Büchern und Schriften, um für seinen Herrn Forderungen und Ansprüche zu konstruieren, von denen niemand etwas geahnt hat. Ließe man ihn gewähren, er würde mehr Einwände finden, als der ganze Reichshofrat in Wien beantworten könnte. So ist er mehr spitzfindig als praktisch und klug. Das weiß auch sein Kollege, der Spanier Santistevan, aber, weniger perfekt im Französischen und weniger erfahren in den Geschäften, weicht er doch meist zurück vor der Gewandtheit des andern. Nur gesellschaftlich ist Santistevan der Überlegene. Sein Auftreten ist vornehm, seine Tafel reich und prächtig, sein Haus gleicht dem Hofe eines Fürsten mit zahlreichem Gefolge, und er selbst erscheint unter seinen Leuten mehr wie ein Patriarch als wie ihr Herr. In der Verhandlung sind diese Vertreter Spaniens den Österreichern nicht gewachsen, sie wissen sich in der französischen Unterhaltung wohl leidlich auszudrücken, aber nicht so gut in der diplomatischen Sprache, und ein Pendtenriedter ist ihnen weit überlegen. So fanden denn auch die Vermittler, Franzosen wie Engländer, den geschäftlichen Verkehr

mit den spanischen Herren weit leichter und angenehmer als mit den Leuten Karls VI.

Zwischen diesen politischen und persönlichen Gegensätzen bewegen sich nun als die berufenen Mediatoren die Engländer und Franzosen. Auch hier je zwei Bevollmächtigte. Bei den Franzosen, die uns weniger interessieren, wechseln die Personen mehrfach. Bei den Engländern sind es durch die Hauptereignisse hindurch immer dieselben, die Lords Whitworth und Polwarth. Beide sind erfahrene Diplomaten. Whitworth kam von Berlin, wo er so geschickt und erfolgreich verhandelt und selbst bei dem schroffen Friedrich Wilhelm den besten Eindruck hinterlassen hatte. Lord Polwarth war seit 1716 Gesandter in Kopenhagen gewesen, war anfangs zum Nachfolger Whitworths in Berlin bestimmt, dann aber mit diesem zusammen für Cambrai ernannt worden. Polwarth und Whitworth haben in guter Eintracht zusammen gearbeitet. Sie haben sachliche und im großen Stile verfaßte Berichte nach London gesandt, haben in kritischen Momenten die Lage oft richtiger erfaßt als ihre Auftraggeber und sahen sich dazu verurteilt, ihrer besseren Einsicht entgegen, den Weisungen eines Newcastle und Townshend folgen zu müssen. Denn während man in London an dem Schema der französisch orientierten Politik, auch als diese jeden Sinn verloren hatte, noch zähe festhielt, konnten die Bevollmächtigten in Cambrai zwar warnen, doch mußten sie gehorchen.

* * *

Die Geschichte des Kongresses hat nur von den genannten vier großen Mächten und ihren Vertretern zu reden. Sie sind die Träger der Handlungen. Aber zu dem Bilde solcher Diplomatenversammlungen gehört auch noch die Schar der Kleinen. Polwarth hat ein paar Listen angelegt¹⁾, auf denen wir sie alle verzeichnet finden. Holland und Portugal, Schweden und Dänemark und Polen sind erschienen, und am vollzähltesten wohl die italienischen Dynasten und Staaten; denn gerade sie haben viel zu hoffen von der großen Abrechnung, die man erwartet. Ihre Leute kommen und gehen. Das Treiben in der Kongreßstadt ist gewiß durch sie belebt und bereichert worden. Aber

¹⁾ Polwarth Mss. 3, 109—113.

wir verzichten darauf, ihre Namen zu nennen. Sie haben kaum einmal entscheidend einzugreifen vermocht, nicht einmal Parma, von dem wohl noch am meisten die Rede ist. Welche Rolle hätten sie auch spielen können, da ja nicht einmal die Großen recht ernsthaft in die Aktion eingetreten sind?

* * *

So waren die Diplomaten versammelt, doch auf die Eröffnung des Kongresses mußten sie warten. Unterdessen ruhte zwar das politische Geschäft in Europa nicht völlig. Aber das Wenige, was geschah, die hie und da geführten Verhandlungen, sie spielten sich in den Hauptstädten ab, an dem Sitz der Höfe, nicht in der Kongreßstadt. Die Herren in Cambrai hörten gleichsam nur von ferne, was in Paris und London, in Wien und Madrid beschlossen wurde. So ging es von Anfang an, und so ist es geblieben bis zum Schlusse, drei Jahre lang, auch noch nachdem die offizielle Tagung begonnen hatte und als man in Cambrai wirklich verhandelte. Die Regierungen fürchteten sich gleichsam, das Schicksal Europas ihren Kongreß-Bevollmächtigten in die Hand zu geben. Lieber schoben sie die Entscheidungen hinaus und suchten in ängstlicher Kleinarbeit die jeweils dringendsten Gefahren aus der Welt zu schaffen.

Dabei ist eine Beobachtung nicht abzuweisen. Dieser Gang der Dinge erklärt sich zum Teil aus dem Fehlen eines überragenden staatsmännischen Geistes in der Politik des Weltteils. Stanhope war tot, Carteret nicht sein ebenbürtiger Nachfolger, und Townshend noch weniger. England war nicht mehr die führende Macht. Dafür war jetzt Frankreichs Stellung überragend, und Dubois, der Schüler Stanhopes, gibt sich als den ersten Mann in Europa. Dubois war auf der Höhe der Macht angelangt, auch den lang ersehnten Kardinalshut hat er, dank der Verwendung seiner Freunde in England und Österreich, endlich davongetragen. Er darf sich seinen großen Vorbildern Richelieu und Mazarin gleich achten. Er tut auch ebenso geheimnisvoll wie Richelieu. Über seine wirklichen Absichten herrscht tiefes Schweigen, er eröffnet sie nicht einmal den französischen Gesandten in Cambrai. Der Engländer Lord Polwarth bittet den in Paris weilenden Lukas Schaub — er war seit einem Jahre englischer Gesandter am französischen Hofe —, ihm doch

mitzuteilen, worauf denn eigentlich die Ideen des Kardinals hinausliefen. Schaub geht zu Dubois, der ihm wohlgefällig sein derzeitiges politisches System entwickelt und damit die Richtschnur gegeben haben will für die gemeinsam von Frankreich und England zu befolgende Politik¹⁾. Die Lage, wie er sie beschreibt — es war im April 1722 — war etwa die folgende:

Über Europa lagert die Gefahr eines neuen Krieges. Die beiden Mächte, die zu versöhnen die Aufgabe des Kongresses sein soll, Spanien und Österreich, stehen einander noch als Feinde gegenüber. Die Frage, um die am meisten gestritten wird, ist das Nachfolgerecht der spanischen Bourbonen in den italienischen Staaten, in Toskana, wie in Parma und Piacenza. Durch Artikel 5 und 8 der Quadrupel-Allianz ist diese Nachfolge rechtlich festgelegt. Karl VI. hat sie ungern zugestanden, denn er hat ja, wie gesagt, die Quadrupel-Allianz nur angenommen, um sich die Hülfe der englischen Flotte im Mittelmeer zu sichern. Nun scheint er das Eindringen der spanischen Bourbonen in Italien noch in letzter Stunde vereiteln zu wollen. Spanien dagegen ist darauf bedacht, es militärisch sicher zu stellen. Man hört von Rüstungen auf beiden Seiten. Spanien schafft Artillerie und anderen Kriegsvorrat nach Porto Longone auf der Insel Elba, und von dem Kaiser heißt es, er verstärke seine Truppen in Italien. Und da ja Don Carlos, der älteste Sohn Philipps V. aus seiner zweiten Ehe, die genannten Gebiete erhalten soll, so spricht man von der Absicht der spanischen Regierung, diesen Prinzen, einen sechsjährigen Knaben, schon jetzt, noch ehe der Erbfall eintritt, hinüberzuschicken, um ihn, ähnlich wie es im Vorjahre mit den Fürstenkindern in Frankreich und Spanien geschehen, in seiner künftigen Heimat aufwachsen und erziehen zu lassen.

Frankreich und England suchen diese Kriegsgefahr auf diplomatischem Wege zu beseitigen. Das darf freilich nicht in der großen Öffentlichkeit des Kongresses geschehen, sondern nur durch intime Verhandlungen am Sitze der Regierungen. Besteht Spanien darauf, so sagt Dubois zu Schaub, Don Carlos nach Italien zu senden, so möge man ihn allenfalls nach Florenz bringen, nicht aber an den Hof von Parma, den der spanischen

¹⁾ Polwarth an Carteret, 9. April 1722; very private. Dazu als Bei-lagen: Polwarth an Schaub, 29. März 1722, particular; Schaub an Polwarth-Paris, 1. April 1722. R. O. France 365.

Königin so nahe verwandten. Am besten aber, man läßt den Knaben in Madrid. Und wie dem auch sei, die Vertreter der Westmächte müssen versuchen, das Vertrauen des spanischen Königspaares zu gewinnen und ihm die Sicherheit geben, daß an dem Vertrage nicht gerüttelt werden darf. So entwirft der mit der Feder so gewandte Schaub, auf die Bitte des Kardinals, die zugleich für Stanhope und Chavigny, den englischen und den französischen Gesandten in Madrid, bestimmten Instruktionen. „Doch mit den spanischen Bevollmächtigten in Cambrai selbst solche Erörterungen anzustellen, dazu ist es noch zu früh“.

Dieser Auffassung Dubois hat die englische Regierung sich freudig angeschlossen; sie zweifelt auch nicht am Erfolg. „Wenn Großbritannien und Frankreich entschlossen sind“, schreibt Carteret ¹⁾, „den Vertrag der Quadrupel-Allianz mit Unparteilichkeit auszuführen, so ist wohl kein Grund vorhanden, warum nicht jene beiden Höfe (Wien und Madrid) achtungsvoll aufhorchen sollten auf das, was Britannien und Frankreich gemeinsam sagen“. So trauten die Westmächte es sich zu, durch das moralische und politische Gewicht ihrer Vermittleraktion den noch nicht zur Ruhe gekommenen alten Konflikt in Europa dauernd zu schlichten. Und im Augenblick hatte Frankreich die Führung.

Ein halbes Jahr, vom April bis in den Oktober 1722, war in Cambrai tatenlos vergangen. Die vier hauptsächlichen Verhandlungsmächte waren bereits vertreten, aber noch nicht, wie beabsichtigt, durch je zwei Bevollmächtigte. Auf den Franzosen Morville und den Engländer Whitworth wird noch gewartet. Aber die Österreicher dringen auf die Eröffnung des Kongresses, ganz ähnlich wie zuvor in London. Sie fragen immer wieder nach dem Grunde der Verzögerung und drohen mit der Abreise ²⁾. Eines Tages im Juni, nachdem man beim Diner beisammen war, nimmt Pendtenriedter den Lord Polwarth beiseite und fragt wieder einmal, wann denn nun der Kongreß eröffnet werden solle. Der Engländer antwortet: sobald alle beisammen sind. Whitworth und Morville müssen bald zur Stelle sein. Pendtenriedter fragt, warum denn darauf

¹⁾ Polwarth Mss. 3 (1931), 106.

²⁾ Polwarth an Carteret, 9. Apr. 1722. R. O.

gewartet werden muß. „Wir, die Anwesenden, sind ja bereits mit genügenden Vollmachten ausgestattet“. „Gewiß“, sagt Polwarth, „zur Führung der Verhandlungen, aber nicht zur Eröffnung derselben“ ¹⁾. Drei Monate später, als noch alles beim alten ist, klagt derselbe Pendtenriedter, man will uns hinhalten und Zeit gewinnen. „Warum sollen wir uns hier wie wesenslose Schatten festhalten lassen, ohne daß etwas geschieht?“ Und Polwarth tröstet abermals: „Sie werden sehen, der Kongreß wird bald eröffnet werden“ ²⁾.

Der wahre Grund der Verzögerung ist immer die Kriegsgefahr, Rüstungen der Spanier und Rüstungen der Österreicher. Behutsam, Schritt vor Schritt suchen die Westmächte die Spannung zu lösen, aber nicht in Cambrai, sondern in stiller, geräuschloser Arbeit von Kabinett zu Kabinett. So meint man schon einen kleinen Erfolg errungen zu haben, als man beide Monarchen, Philipp V. wie Karl VI., dahin gebracht hat, Erklärungen abzugeben, nichts unternemen zu wollen, was gegen die Quadrupel-Allianz verstoßen würde ³⁾. In Cambrai stellt Pendtenriedter die unbequeme Frage: „Warum wird eine solche Erklärung nicht hier gefordert und hier verhandelt?“ „Schlimm genug“, antwortet Polwarth ausweichend, „daß man sie überhaupt fordern muß“. So sind die Gesandten in Cambrai, insbesondere die Österreicher, unzufrieden und nervös, und als man im August überraschend die Nachricht von einer neuen bourbonischen Kinderheirat vernimmt — der sechsjährige Don Carlos mit der wenig älteren Philippine Elisabeth von Beaujolais, der vierten Tochter des Herzogs von Orleans —, da erscheint dieser immer enger werdende Zusammenschluß der Dynastien von Frankreich und Spanien den Österreichern in Cambrai wie eine direkte Herausforderung des Hauses Österreich. Beretti Landi selbst hat Pendtenriedter die Neuigkeit mitgeteilt, der entsetzt ausruft: „*Heh bien, vive la guerre!*“ ⁴⁾.

* * *

¹⁾ Polwarth an Carteret, 11. Juni 1722. R. O.

²⁾ Ders. an dens., 21. Sept. 1722. Private. R. O. In der Veröffentlichung der Polwarth Mss. 3 (1931) sind die auch im Record Office (im Original) erhaltenen Schriftstücke, also meistens die wichtigsten, leider weggelassen. ³⁾ Vgl. Pribram, Österr. Staatsverträge, 1, 435.

⁴⁾ Polwarth an Carteret, 31. Aug. 1722. R. O.

Wir haben gehört: um die Mitte des Oktober 1722, sind alle Bevollmächtigten in Cambrai versammelt. Der Franzose Morville ist am 14., Whitworth am 15. eingetroffen. So meint man nicht länger warten zu dürfen, die Arbeit soll beginnen. Einer Anregung von Dubois folgend, beschließen die Franzosen und Engländer als Vermittler, an die Österreicher zunächst mit der Forderung heranzutreten, der Kaiser möge die „eventuellen Investituren“ für Don Carlos erteilen. Doch die formelle Eröffnung des Kongresses soll deshalb noch keineswegs sofort erfolgen. Die Zustimmung der Spanier wird eingeholt, den Österreichern aber nur mitgeteilt, man wünsche Geschäftliches mit ihnen zu besprechen. Zum festgesetzten Termin finden sich die Franzosen und Engländer im Hause des Grafen Windischgrätz ein — nicht auch die Spanier; denn diese dürfen ja vor erfolgtem Friedensschlusse nicht offiziell mit ihren Feinden verkehren. Der Franzose Saint Contest eröffnet die Verhandlung mit der Berufung auf die Quadrupel-Allianz, welche man durchführen müsse, um den allgemeinen Frieden zu sichern. Da sei es nun vor allem erforderlich, daß Don Carlos in den Besitz der eventuellen Investituren gelange. Darum wünschen die Vermittler zu wissen, wie in diesem Punkte die Aufträge der Bevollmächtigten des Kaisers lauten. Diese sind völlig überrascht; denn sie haben etwas ganz anderes erwartet, sie glaubten, es handle sich um die Eröffnung des Kongresses. Eine Pause entsteht. Dann ergreift Windischgrätz, als der vornehmere von beiden, zuerst das Wort. Er sagt, auch der Kaiser sei entschlossen, sich an die in der Quadrupel-Allianz übernommenen Verpflichtungen zu halten. Was aber die soeben verkündete Forderung betrifft, so sollen die Herren Vermittler am nächsten Morgen die Antwort vernehmen. Nur möchte er noch hören, ob die Forderung eigentlich auf Wunsch der Spanier gestellt worden sei. Das nicht, lautet die Antwort, aber es ist mit ihrer Zustimmung geschehen.

Nun spricht auch Pendtenriedter. „Die Augen der Welt“, erklärt er mit Emphase, „sind auf uns gerichtet“. Und so sei es denn nun auch an der Zeit, den Kongreß in aller Form zu eröffnen. Windischgrätz ist derselben Meinung, fügt aber sogleich einschränkend hinzu, dies solle kein offizieller Vorschlag sein. Die Vermittler lehnen ihn rundweg ab. Es sei doch die beste Methode, Schritt für Schritt vorzugehen, nichts zu übereilen und nicht

verschiedenartige Fragen miteinander zu vermengen. Das Thema der Investituren aber sei wie geschaffen, um die Verhandlung damit zu beginnen. Und so ward die Konferenz beendet unter allseitiger Versicherung der guten Absichten und der darauf begründeten Hoffnung des Erfolges.

Am nächsten Morgen begannen die Österreicher mit der Erklärung, die Verzögerung der Investituren hänge zusammen mit der schwerfälligen Arbeitsweise des Regensburger Reichstages. Die Sache aber wollten sie nach Wien berichten. Und dann wiederholten sie die Frage, ob man denn nicht doch inzwischen den Kongreß eröffnen könnte. Darauf begaben sich die Franzosen und Engländer zu den Spaniern, aber die lasen ihnen Artikel 5 und 8 der Quadrupel-Allianz vor und erklärten, sie dürften sich auf keine andere Verhandlung einlassen, ehe die Frage der Investituren geregelt sei. Mit diesem Bescheide kehrten die Vermittler zu den Österreichern zurück. Im Augenblick war die Verhandlung zu Ende, man berichtete allerseits an die Regierungen daheim, und während einiger Wochen, bis die Antworten einliefen, waren die Herren in Cambrai abermals zur Untätigkeit verurteilt ¹⁾.

Die beschriebenen Vorgänge spielten sich im Oktober 1722 ab, genau zwei Jahre später, als die Eröffnung des Kongresses eigentlich hätte stattfinden sollen. Dieser Anfang konnte niemanden befriedigen und ließ nicht gerade einen günstigen Verlauf der weiteren Verhandlungen erwarten. Die Hauptmächte erscheinen in zwei Parteien, die vermittelnden Westmächte mit dem ihnen verbündeten Spanien wie eine geschlossene Gruppe, ihnen gegenüber die Leute des Kaisers, auf sich selbst gestellt, in die Absichten der anderen nicht eingeweiht, etwas haltlos und immer mißtrauisch. Dieses Mal hatten sie, überrascht wie sie waren, die Forderung der anderen entgegennehmen müssen, und mit ihrem Gegenvorschlag, nun zunächst einmal den Kongreß wirklich zu eröffnen, waren sie gescheitert. „Wir hätten es“, schreiben Polwarth und Whitworth sarkastisch ²⁾, „von der Klugheit und der Erfahrung des Herrn Pendtenriedter nicht erwartet, daß die Kaiserlichen sich eine solche Blöße geben würden.

¹⁾ Polwarth und Whitworth an Carteret, 13./24. Okt. 1722. R. O.

²⁾ Dieselben an dens., 14./25. Okt. 1722. R. O. Dazu ergänzend die Stücke Polwarth Mss. 3, 182, 183.

Der Vorschlag, die eventuellen Investituren zum Präliminare des abzuschließenden Vertrages zu machen, ist ihnen allerdings so überraschend gekommen, daß sie nicht Zeit hatten, sich zuvor über ihre Haltung zu verständigen“.

* * *

Mit der weiteren Erledigung der Investiturenfrage, der einzigen ernstesten Angelegenheit, mit der die Versammlung bisher befaßt worden war, hatten die Diplomaten in Cambrai zunächst nichts mehr zu tun. Wien und Regensburg, Paris und Madrid, London und Hannover waren die Stätten, zwischen denen die Zusagen und Erklärungen, die Entwürfe, die Zusätze und Verbesserungen hin- und hergesandt wurden, und es waren etwa 15 Monate vergangen seit jenen Oktobertagen 1722, bis die endgültigen Formulierungen in Cambrai vorgelegt werden konnten. Wir werden noch davon zu berichten haben. Unterdessen fehlte es den Diplomaten in der Kongreßstadt an jedem ernstesten Geschäft. Die Erinnerung an diese Jahre muß den Teilnehmern nachher wahrhaft schrecklich gewesen sein. Werfen wir nur einen flüchtigen Blick auf dieses Treiben. Da die Minister in Cambrai, so heißt es schon im April 1722 in einer über London gesandten Beschreibung ¹⁾ so gar nichts Wichtiges zu tun haben, „so sind ihre ersten Deliberationes gewesen, was für eine Komödie zu spielen, und ist *unanimit* beschlossen worden Iphigenie, welche Tragödie auch mit großer Approbation repräsentirt worden“. „Unsere Aufgabe“, schreibt Whitworth in einem Privatbriefe ²⁾, ist nicht so sehr, selbst Geschäfte zu machen, als andere zu verhindern, sie (im voraus) zu verderben“. Es gibt Korrespondenzen aus Cambrai vom Juli 1722 bis zum August 1723 ³⁾, die uns das Bild einer Versammlung von Diplomaten zeigen, die sich zu traurigem Müßiggang verurteilt sehen. In öder Eintönigkeit folgen einander die großen und kleinen Festlichkeiten, die Aufführungen, die Diners mit folgendem Ball und Illumination, die ganze Nacht hindurch. Kaum einmal ein Konzert dazwischen, oder ein paar durchreisende Prinzen bringen etwas Abwechslung in das öde Einerlei. Heute feiert

¹⁾ Wallenrodt, 6./17. April 1722. G. St. A.

²⁾ An Tilson, 4./15. Febr. 1723. R. O.

³⁾ Im Rec. Off. France 362.

Lord Polwarth den Tag der Thronbesteigung Georgs I., morgen Graf Santistevan den Geburtstag des Prinzen von Asturien. Oder Graf Windischgrätz gibt ein Festessen aus Anlaß des in Österreich hochgehaltenen Leopoldstages, wie die Franzosen den Tag des heiligen Ludwig feierlich begehen. Das ist die wahre Chronik von Cambrai.

* * *

Wir wollen, um den Zusammenhang nicht zu zerreißen, die Geschichte des Kongresses nunmehr in einem Zuge bis zum Ende verfolgen. Sie ist ein in sich abgeschlossenes Thema, ein Stück europäischer und, wegen des Anteils, den England daran nahm, auch englischer Geschichte. Durch das, was unterdessen draußen in der Welt geschah, ward freilich den Diplomaten in der Kongreßstadt genug dankbar begrüßter Gesprächsstoff geliefert, aber an der Lage hat es nicht allzuviel geändert. So dürfen wir denn die Erzählung der 1722 in England entdeckten jakobitischen Verschwörung einem späteren Kapitel überlassen. Auch die Geschichte des Charlottenburger Vertrages mit Preußen, die Gründung der Kompagnie von Ostende, der fortschwälende Streit um Gibraltar wird später zu behandeln sein. Nur über das Verschwinden der beiden herrschenden Persönlichkeiten in Frankreich, des Kardinals Dubois und des Herzogs von Orleans, mag schon hier ein kurzes Wort gesagt sein. Sie sind beide im Jahre 1723 gestorben, Dubois nach schwerer Krankheit, der Herzog ganz plötzlich durch einen apoplektischen Schlag. Das Amt des Premierministers, das er nach dem Hinscheiden des Kardinals selbst übernommen — so hatte schon John Law ihm geraten —, er hat es nicht lange innegehabt. Nun ging es durch den Auftrag des jungen Königs, der schon für großjährig erklärt worden, rasch über auf den vornehmsten unter den Prinzen von Geblüt, auf den Herzog von Bourbon-Condé. Die damit eingetretene Veränderung, so stark sie das Leben des Hofes von Frankreich berührte, so wenig änderte sie an der äußeren Stellung und Politik der Regierung, und auch das Stilleben in Cambrai nahm seinen geräuschlosen Fortgang.

Nach dem von drei Mächten gefaßten und der vierten aufgezwungenen Beschlusse sollte hier keine wichtige Handlung vorgenommen und selbst die förmliche Eröffnung des Kongresses

nicht vollzogen werden, bevor nicht als ein Präliminare Kaiser und Reich die eventuellen Investituren für die Thronfolge des Don Carlos in den italienischen Fürstentümern erteilt und die Vermittlerstaaten dieselben garantiert hätten. So haben wir zu erfahren, wie wenigstens dieses eine Geschäft endlich erledigt wurde. Im Dezember 1722 empfing man die Nachricht ¹⁾, daß der Kaiser Befehl gegeben habe, die Investituren zu entwerfen und auch den Vorschlag an den Regensburger Reichstag vorzubereiten. Aber es wurde Mitte Februar 1723, bis der erste Entwurf in Cambrai eintraf. Anfangs hatte Pendtenriedter erklärt ²⁾, die in Wien gewählte Formulierung müsse glatt akzeptiert werden, über Verbesserungsvorschläge werde der Kaiser nicht diskutieren lassen. Aber darauf konnte er nicht bestehen, und es ist wohl auch in Wien nicht so aufgefaßt worden. Denn der Charakter von Toskana, Parma und Piacenza als Reichslehen war ja umstritten, und ein Schema früher erteilter Investituren lag nicht vor. Die jetzt zu wählende Form mußte also zuerst in Madrid genügend, sodann in Paris und London, wo man sie garantieren sollte, annehmbar befunden werden. So war denn für Entwurf und Gegenentwurf, für Zusätze und Amendements reichlicher Spielraum geboten, aber auch ein reichlicher Zeitverlust vorauszusehen. Der erste in Cambrai einlaufende Entwurf wurde den Spaniern durch die Vermittler bekannt gegeben, doch ohne daß sie — auf ausdrückliche Anordnung von Paris aus — eine Abschrift erhalten durften. Bei dieser Gelegenheit scheint man so nebenher auch die erschütternde Entdeckung gemacht zu haben ³⁾, daß nicht nur der Kaiser als Herr seiner Erblände, sondern daß auch das heilige Römische Reich sich noch im Kriegszustande mit Spanien befände, da dieses ja 1714 an den Verhandlungen in Baden nicht teilgenommen hatte. So sollten die spanischen Herren auch noch eine Vollmacht zum Friedensschlusse mit dem Reiche erhalten.

Im April 1723 kam der Entwurf der Investituren zum zweitenmal nach Cambrai, vermehrt um die in Spanien gemachten Änderungen und Zusätze. Dieselben schienen harmlos, so daß man der endgültigen Erledigung der Angelegenheit hoffnungsvoll

¹⁾ Polwarth und Whitworth an Carteret, 3./14. Dez. 1722. R. O.

²⁾ Dieselben an dens., 13./24. Okt. 1722. R. O.

³⁾ Dieselben an dens., 13./24. Febr. 1723. R. O.

entgegensah ¹⁾. Trotzdem zog sich die Sache in die Länge. Whitworth, dessen Gesundheit durch die Gastereien in Cambrai angegriffen ist, reist im Juni zur Kur nach Spa, er darf auch unbesorgt lange ausbleiben, da die feierliche Übergabe der Investituren in Cambrai gewiß nicht vor Ende August erfolgen wird ²⁾, und als er endlich im Oktober wieder zur Stelle ist, schreibt er ³⁾: „Wir sind hier immer noch in dem gräulichen Zustand der Unthätigkeit; augenblicklich warten wir auf des Kaisers Antwort auf die von den Vermittlern gemachten Vorschläge zum Projekt der Investituren“. Offenbar sind aber diese Vorschläge dem Kaiser nicht völlig genehm. Denn er schickt einen Spezialbevollmächtigten, den Grafen Metsch, nach Hannover, um Georg I. das immer wieder amendierte Projekt vorzulegen ⁴⁾. Sodann wird dasselbe nach Paris gesandt, Pendtenriedter erhält den Auftrag, sich auf 14 Tage dahin zu begeben. Und erst am 13. November 1723 melden Polwarth und Whitworth, das Projekt der Investituren habe jetzt die für alle befriedigende Gestalt erhalten, und der Eröffnung des Kongresses stehe nichts mehr im Wege. Allerdings tragen sie nun in einem Privatbriefe an Carteret auch ihrerseits gewisse Bedenken vor hinsichtlich der Form der von England und Frankreich zu erteilenden Garantien.

Sie fürchten, daß England eines Tages zu tief in die italienischen Wirren hineingerissen werden könnte ⁵⁾. Unterdessen sind aber die nun ausgereiften Entwürfe abermals nach Madrid gegangen, wo Philipp V. sich befriedigt ausspricht sowohl über die eventuellen Investituren wie über die Form der von den Vermittler-Mächten zu übernehmenden Garantien.

Und endlich wurde wenigstens die Erledigung dieser als Präliminare behandelten Angelegenheit durch Ereignisse beschleunigt, die sich außerhalb des Treibens der Diplomaten abspielten. Daß der Herzog von Orleans, seit kurzem Premierminister unter dem für großjährig erklärten Ludwig XV., im

¹⁾ Dieselben an dens., 11./22. April 1723. R. O.

²⁾ Whitworth an Tilson in mehreren Briefen aus dem Febr. 1723. Dann 21. Apr./2. Mai, 6./17. Juni, 12./23. Aug. 1723. R. O.

³⁾ Whitworth an De la Faye, 30. Sept./11. Okt. 1723. R. O.

⁴⁾ Polwarth und Whitworth an Carteret, 21. Okt. 1723. R. O.

⁵⁾ Polwarth Mss. 3, 321 ff.

Dezember 1723 plötzlich durch den Tod hinweggerafft wurde, ist schon erwähnt worden. Einen Augenblick schien alles ungewiß, am meisten das Schicksal des Kongresses, niemand weiß, was wird in Frankreich, wer übernimmt die Regierung, wird vielleicht, wie Pendtenrieter meint ¹⁾, Philipp V. die Gelegenheit benutzen, um Herr zu werden über die Geschicke beider Königreiche? Aber diese Sorgen waren bald geschwunden. Der Herzog von Bourbon ergriff mit fester Hand die Zügel der Regierung von Frankreich und ließ keinen Zweifel darüber, daß in der auswärtigen Politik keine Systemänderung eintreten werde ²⁾. So mochte denn endlich der Stein ins Rollen kommen, und man hoffte, mit allem, was in Cambrai zu geschehen hatte, mit den Investituren, den Garantien, der Kongreßöffnung und dem endgültigen Friedensschluß rasch zu Ende zu kommen. Man befaßte sich schon eifrig mit der formalen Behandlung der Geschäfte, und da England neben Frankreich Vermittler sein sollte, so erinnerte man sich der ähnlichen Aufgabe beim Friedensschluß von Passarowitz, 1718. Sir Robert Sutton, der England damals vertreten, wurde ersucht, das seiner Zeit beobachtete Zeremoniell genau zu schildern, die Plazierung der Parteien, der Vermittler, die formelle Abwicklung der Geschäfte, die Unterzeichnung der Verträge, alles, bis auf den Austausch der letzten Visiten, ehe man auseinander ging ³⁾.

Immerhin schien die Form der Vollmachten noch zu längeren Auseinandersetzungen führen zu müssen. Da ward am 23. Januar 1724 den Engländern von den besser unterrichteten Franzosen die völlig überraschende Neuigkeit mitgeteilt, daß der König von Spanien und seine Gattin auf die Krone verzichtet und die Herrschaft dem Prinzen von Asturien, dem ältesten Sohne Philipps, als dem nunmehrigen Könige Ludwig I., übertragen hätten. Der Entschluß soll seit Jahren gefaßt, aber ganz unerwartet zur Ausführung gebracht worden sein. Noch wenige Tage vorher hatte das spanische Königspaar den englischen Gesandten William Stanhope in einer längeren Audienz empfangen, die durchaus normal verlief und das Kommende nicht ahnen ließ. Philipp war, wie so oft, auch an diesem Tage

¹⁾ Polwarth und Whitworth an Carteret, 23. Nov./4. Dez. 1723. R. O.

²⁾ Morville an St. Contest, 3, Dez. 1723. R. O.

³⁾ Polwarth Mss. 333. 338 ff.

schweigsam und zurückhaltend, die Königin dagegen lebhaft und munter. Sie kann sich mit Fragen und halb scherzhaften Reden nicht genug tun. Sie will originell sein und scheint ernsthafte politische Fragen in leichtem Plauderton erledigen zu wollen. Was wohl das Schicksal der so lange versprochenen Investituren sein werde und ob wohl der Kaiser ohne Anwendung von Gewalt dahin gebracht werden könne, seine Verpflichtungen gegenüber ihrem Sohne zu erfüllen? Sie kann es nicht recht glauben. Der stille König aber wird erst lebhafter, als sie die Gärten von San Ildefonso erwähnt, und er fragt den Engländer, ob er wohl die Anlagen von Versailles und Marli gesehen habe ¹⁾.

In denselben Tagen vernahm die staunende Welt den Entschluß des regierungsmüden Monarchen. San Ildefonso aber sollte sein Versailles werden.

In Cambrai wirkte sich dieses Ereignis in einer wunderlich-dramatischen Szene aus, wie sie ein Lustspieldichter nicht besser erfinden könnte. Rasch hintereinander trafen zwei Kuriere ein. Der erste kam aus Wien und brachte die Investituren für Don Carlos; der zweite, von Paris gesandte, hatte dem französischen Bevollmächtigten die Abdankung Philipps V. zu melden. Die Franzosen suchen eilends die englischen Kollegen auf und gehen gemeinsam mit ihnen zu dem Spanier Santistevan, der durch die Neuigkeit ebenso überrascht ist wie die anderen. Jetzt gilt es, den Augenblick zu nützen. Die Österreicher wissen noch nichts von dem Umschwung in Spanien. Sie wissen nur von dem, was aus Wien gekommen ist, und haben sich bereit erklärt, die Urkunden den Spaniern auszuliefern. Diese finden sich bei dem ahnungslosen Pendtenrieder zum Diner ein, und ehe man auseinandergeht, haben die Spanier die Investituren, die Österreicher die darüber ausgestellten Bestätigungen ordnungsgemäß in Empfang genommen. Auch die im Namen der englischen und französischen Regierung abgefaßten Garantien sind bereits überreicht, als das in Spanien Vorgefallene vier Tage später auch den Österreichern bekannt wird. Diese argwöhnen wohl einen Augenblick, der Austausch der Urkunden sei nur wegen

¹⁾ Nach dem Bericht Stanhopes an Carteret vom 16. Jan. 1724. Vgl. Coxe, Kings of Spain 3 (1815), 44 ff.

der Nachrichten aus Spanien so sehr beeilt worden. Aber durch die unschuldigen Mienen der Engländer und Franzosen werden sie bald beruhigt. Jetzt konnten sie Betrachtungen darüber anstellen, ob nicht dieses Ereignis, wenn sie es früher erfahren hätten, einen guten Grund hätte abgeben können, um die Auslieferung der Investituren noch einmal zu verweigern. Jedoch hat niemand daran gedacht, um deswillen das in Cambrai Geschehene für ungültig zu erklären und dem Eindringen der spanischen Bourbonen in Italien in letzter Stunde einen Riegel vorzuschieben²⁾.

Natürlich hatte auch die englische Regierung gegen dieses Verhalten ihrer Vertreter in Cambrai nichts einzuwenden³⁾. Was aber die von England im Verein mit Frankreich übernommene Garantie betrifft, so bezog dieselbe sich gleichmäßig auf die beiden vertragschließenden Parteien. Die Westmächte verbürgten sich einerseits dafür, daß nicht nur Don Carlos, sondern auch alle seine Rechtsnachfolger, wenn der Erbfall einträte, binnen Jahr und Tag die endgültige Investitur erhalten würden. Andererseits wurde auch die Erfüllung der von Don Carlos und seinen Rechtsnachfolgern mit dem Empfang der Investitur übernommenen Verpflichtungen unter die Garantie von England und Frankreich gestellt. Und endlich hafteten die Westmächte auch dafür, daß der Charakter der italienischen Herzogtümer als Reichslehen unangetastet bleibe¹⁾.

Blickt man auf den weiten Umfang dieser Garantie, so versteht man die dagegen erhobenen Bedenken des Bevollmächtigten Englands in Cambrai. Ihre Bedenken waren unberücksichtigt geblieben, und so wurde denn, wie es durch die Quadrupel-Allianz begründet war, neben Frankreich auch Großbritannien ein mächtiger Faktor in den Entscheidungen über die Machtverhältnisse auf der Apenninen-Halbinsel im 18. Jahrhundert.

* * *

Nachdem also die Investituren übergeben, die Garantien ausgestellt waren, konnte man auch die formelle Eröffnung des

²⁾ Polwarth und Whitworth an Carteret, 13./24., 20./31. Jan. 1724. R. O. Vgl. Baudrillart 2, 59 ff.

³⁾ Carteret an Polwarth und Whitworth, 30. Jan. a. St. 1724. R. O.

¹⁾ Der Wortlaut bei Pribram, Staatsverträge 1, 436 ff.

Kongresses nicht länger hinausschieben. Am 26. Januar 1724 fuhren die Bevollmächtigten mit großem Gefolge am Rathause vor, und man begann sich auf die Führung der Verhandlungen vorzubereiten. Dabei haben die Kaiserlichen noch in letzter Stunde den Versuch gemacht, die Vermittlung der Westmächte auszuschalten. So hatten sie ja auch in Pessarowitz die Mediatoren nur ungern zugelassen. Dieses Mal sagten sie: England und Frankreich haben nach dem Abschluß der Quadrupel-Allianz ja auch selbst mit Spanien Krieg geführt, sie sind selbst Partei. Wie können sie da als Vermittler auftreten? Man erwiderte ihnen, dieser Streitfall ist durch den Anschluß Spaniens an die Quadrupel-Allianz aus der Welt geschafft. Zwischen Österreich und Spanien aber ist seit dem Beginn des Erbfolgekrieges kein Friede geschlossen worden. Und es blieb bei der Vermittlung¹⁾.

Für die äußere Form der Verhandlungen nahm man wirklich das Schema von Passarowitz zum Vorbild. Die verschiedenen Nationen wurden in verschiedenen Räumen des Rathauses untergebracht, insbesondere Österreicher und Spanier streng auseinandergehalten. Franzosen und Engländer aber sollten von den einen zu den anderen gehen, sollten Vorschläge — aber alles schriftlich — entgegennehmen und weitergeben und dabei als richtige Vermittler stets der gütlichen Verständigung das Wort reden. Gelingt es ihnen im einzelnen Falle nicht, so werden sie die Parteien im großen Konferenzsaale zusammenführen, damit diese selbst sich überzeugen können, daß die Vermittler nichts unversucht gelassen haben. Am Dienstag und Freitag jeder Woche wird man sich im Rathause treffen, und, wenn es nötig sein sollte, sogar noch häufiger²⁾. Und so verfuhr man in der Tat. „Wir trugen die Aufzeichnungen der Spanier zu den Kaiserlichen, und da auch diese ihre Anmerkungen schriftlich niedergelegt hatten, so gingen wir alles mit ihnen durch, Punkt für Punkt, um auch zu vernehmen, was sie etwa mündlich noch hinzuzufügen hätten³⁾“.

* * *

¹⁾ Polwarth und Whitworth an Carteret, 27. Jan. 1724. R. O.

²⁾ Polwarth und Whitworth an Newcastle, 22. Apr. 1724. R. O.

³⁾ Dieselben an denselben, 9./20. Mai 1724. R. O.

Nachdem man sich über das Verfahren geeinigt hatte, konnten die Verhandlungen beginnen. Im Mai 1724 überreichten die Kaiserlichen wie die Spanier ihre Forderungen, schriftlich formuliert, den Vermittlern¹⁾. Durch diese erhielt jede Partei auch die Möglichkeit, sich zu der Formulierung der andern schriftlich zu äußern. Betrachtet man die beiderseits aufgestellten Forderungen, so wird man sich nicht wundern, daß sie einander strikt zuwiderliefen. Jeder der beiden Fürsten, der Kaiser und der König von Spanien, will nicht länger dulden, daß der andere sich mit den nur ihm gebührenden Titeln schmücke, der Spanier soll sich nicht mehr als Erzherzog von Österreich, der deutsche Habsburger nicht mehr als katholische Majestät bezeichnen. Gewiß von beiden Seiten ein vernünftiges Verlangen; denn was sollten die Titel bedeuten, wenn doch auf territoriale Ansprüche verzichtet wurde? Hartnäckig wurde auch über die Großmeisterwürde des Goldenen Vließes gestritten. Die Spanier übergaben eine *Information historique*, in der sie ihren Anspruch begründeten, und dazu noch eine ausführlichere Denkschrift, in der die Stellung der ehemaligen burgundischen Herzöge Johann und Philipp umständlich erörtert wurde. Karl VI. trat seinerseits auch ein für die alten Privilegien der ihm am längsten anhängenden Provinzen der iberischen Halbinsel, Aragon und Valencia, Catalonien, Majorika und Iviça; sie sollten in ihre historischen Rechte wieder eingesetzt werden. Viel schwieriger als alle diese Punkte erschien jedoch die Verständigung über Italien, die Frage der Garnisonen, die Ansprüche Parmas und anderer kleiner Dynasten, die allesamt wie die Klientel Spaniens erschienen. Es sollte sich doch, wenn man den Absichten der Spanier auf den Grund geht, darum handeln, zwischen die österreichischen Besitzungen in Ober- und Unter-Italien einen spanisch-bourbonischen Block einzuschieben, der sicherlich die Machtverhältnisse auf der Apenninen-Halbinsel stark verschieben mußte. Ob dieses Ziel auf dem Wege der Kongreßverhandlungen, ja ob es überhaupt auf friedlichem Wege zu erreichen war, darüber mußten Zweifel walten. Ist doch auch in der

¹⁾ Traduction des demandes de Sa Sacrée Majesté Impériale et Catholique; Traduction des demandes des Espagnols faites au Congrès de Cambrai. (Beilagen zum Bericht von Polwarth und Whitworth an Newcastle, 9./20. Mai 1724.) R. O.

Geschichtschreibung die Meinung vertreten, den Spaniern sollte der Kongreß nur ein Mittel sein, um einen neuen Krieg in Italien zu entfachen¹⁾.

Über alle diese soeben aufgezählten Forderungen brauchte sich niemand zu wundern, und niemand tat überrascht. Es handelte sich ja doch nur um die in den letzten Jahren immer wieder erörterten Punkte. Streitig war im einzelnen Falle immer nur die Frage, wie weit die von der einen und der anderen Seite vorgebrachten Wünsche in den Artikeln der Quadrupel-Allianz ihre Begründung fanden. Denn die Quadrupel-Allianz sollte die Basis von allem bilden, sollte auch in dem Instrument des zu schließenden Vertrages wiederholt und neu bekräftigt werden.

Eine Überraschung war es jedoch, als man in dem von den Kaiserlichen überreichten Schriftstück auch die Forderung las, Spanien solle die Pragmatische Sanktion garantieren. Wir wissen, daß diese, oder genauer gesprochen, das Protokoll über den Staatsakt von 1713, seit 1719 den Rundgang durch alle Landtage der Monarchie gemacht hatte, daß es von allen anerkannt und zum Landesgesetz erhoben war. Damals, 1719, hatte man, wie hier erzählt wurde²⁾, auch schon daran gedacht, der neu stabilisierten Tronfolge die Garantie der Mächte zu verschaffen, hatte aber vorläufig davon abgesehen, da der Versuch, mit England den Anfang zu machen, gescheitert war. Jetzt hoffte der Kaiserhof, das Versäumte nachholen zu können, und, mit dieser Forderung in der Hand, traten seine Bevollmächtigten vor den Kongreß von Cambrai³⁾. Sie versuchten, die Sache als etwas ganz Natürliches erscheinen zu lassen, und als man ihnen sofort erklärte: davon steht ja nichts in der Quadrupel-Allianz, antworteten sie mit unschuldiger Miene, dennoch sei die Forderung hier sehr wohl am Platze. „Denn da die besagte Garantie zwischen dem Kaiser, England und Frankreich wechselseitig gegeben wurde, so könnten sie an ihrer (der Vermittler) Hilfe nicht zweifeln, und darum wünschten sie für jetzt nur noch die Garantie Spaniens zu erhalten, da

¹⁾ „*Une machine de guerre montée contre l'Empereur.*“ Dureng, Le Duc de Bourbon et l'Angleterre, 1911, 172—73.

²⁾ Vgl. oben S. 144 ff.

³⁾ Polwarth und Whitworth an Newcastle, 9./20. Mai 1724. R. O.

diese Krone bisher zu dieser Frage nicht Stellung genommen habe.“

Hier werden wir nicht umhin können, zunächst einmal festzustellen, welcherlei Garantien denn eigentlich in der Quadrupel-Allianz enthalten sind und wem sie gegeben wurden. Der Fall liegt nämlich bei den vier verschiedenen Vertragsschließenden ganz verschieden. Der Kaiser erhielt von England, Frankreich und Holland für sich und seine Erben und Nachfolger seinen Länderbesitz garantiert. Nichts weiter, und wenn auch die Garantie auf die *haeredes et successores* erstreckt wird, so bleibt es doch offen, wer diese sind, und von der Garantierung einer Thronfolgeordnung, also auch der Pragmatischen Sanktion, ist mit keinem Worte die Rede ¹⁾. Es konnte auch nicht die Rede davon sein; denn der Wortlaut ist erst seit 1719, ein Jahr nach der Quadrupel-Allianz, bekannt gegeben worden, zuerst an Sachsen, bei Gelegenheit der Vermählung der ältesten Tochter Josephs mit dem sächsischen Kurprinzen.

Einen andern Charakter trugen die für Frankreich und England in der Quadrupel-Allianz ausbedungenen Garantien. In beiden Fällen ²⁾ haben sich die Mitkontrahenten nicht nur zur Verteidigung des diesen Kronen gehörigen Länderbesitzes verpflichtet, sondern auch noch die für dieselben geltenden Thronfolgeordnungen garantiert. Im Falle Frankreichs geschah dies mit Berufung auf den Utrechter Frieden, der ja die ewige Trennung der beiden bourbonischen Linien von Frankreich und Spanien angeordnet hatte, während für England auf die durch die Landesgesetzgebung festgelegte Thronfolge verwiesen war. Es handelt sich dabei, wie wir wissen, um die *Act of Settlement* von 1701 und die protestantische Sukzession.

Und was endlich Holland betrifft ³⁾, so konnte es sich hier natürlich nur um die Garantie des Länderbesitzes handeln. Eine Thronfolgeordnung kam für die Republik der Vereinigten Niederlande nicht in Frage. Übrigens scheiden die Niederlande in dieser Betrachtung auch praktisch aus, da sie ja in der Urkunde der Quadrupel-Allianz gleichsam nur als Akteure auftreten, die sich noch hinter den Kulissen befinden und die

¹⁾ Art. III, bei Pribram, Staatsverträge 1, 369.

²⁾ Ebd. Art. IV u. V.

³⁾ Ebd. Art. VI.

Bühne erst später betreten sollen, was freilich niemals geschehen ist.

Von den drei wirklichen Teilnehmern der Quadrupel-Allianz haben also zwei, nämlich Frankreich und England, ihre Thronfolge von seiten der Mitkontrahenten garantiert erhalten, nicht aber Karl VI. Es erscheint daher ein wenig naiv, wenn seine Leute in Cambrai den Anschein erwecken wollen, als sei da prinzipiell kein großer Unterschied, und als sei zwischen den drei Mächten in Sachen der Thronfolge bereits alles in schönster Ordnung, und als sei es ein durchaus natürliches Verlangen, daß die Mitkontrahenten der Quadrupel-Allianz in ihrer jetzigen Rolle als Vermittler auch das ihrige tun möchten, um auch Spanien zur Garantierung der Pragmatischen Sanktion zu bewegen und diese alsdann, indem man sie zu einem Bestandteil des Friedensinstruments von Cambrai erhob, mit der Sicherheit einer europäischen Garantie zu umgeben.

Die englischen Bevollmächtigten standen dem Verlangen der Österreicher unvorbereitet und ratlos gegenüber. Sie nahmen die Äußerung zur Kenntnis, gaben sie weiter an die Spanier, berichteten nach London und legten noch in einer besonderen Denkschrift ihre eigene Auffassung nieder ¹⁾. Frankreich, meinen sie, wird der Forderung gewiß nicht zustimmen. Denn die Franzosen wünschen ja gerade die Thronfolge im Hause Habsburg eines Tages zu stören durch die Begünstigung der Ansprüche von Sachsen und Bayern. Sie hoffen, auf diesem Wege das österreichische Ländergefüge in Stücke zerschlagen oder es wenigstens durch innere Kämpfe zeitweilig ohnmächtig machen zu können. Das sei schon der Standpunkt des verstorbenen Kardinals Dubois gewesen.

Was aber England betrifft, so denke König Georg doch vielleicht anders. Und dann entwickeln sie ein Programm, wie England den Vorschlag nicht schroff ablehnen und vielleicht auch Frankreich zu einer ähnlichen Haltung bewegen sollte. Die eine (nämlich die territoriale) Garantie hat man ja dem Kaiser bereits geleistet. Auch wird man gegen ein Hausgesetz, das schon die Zustimmung aller ständischen Körperschaften der

¹⁾ Polwarth und Whitworth an Newcastle, 9./20. Mai 1724. Dazu ein Privatbrief vom selben Datum, ferner: Considerations on such of the demands as may concern Great Britain. R. O.

Monarchie gefunden hat, kaum etwas unternehmen können. Und endlich ist der in der Pragmatischen Sanktion vorgesehene Fall ja noch fern und unsicher. Die Kaiserin kann noch einen Sohn bekommen, sie kann sterben, der Kaiser kann sich wieder vermählen und in zweiter Ehe den männlichen Thronfolger erzeugen. Und unterdessen mag es sich wohl empfehlen, das Begehren des Kaisers nicht gleich schroff abzulehnen. Kommt man ihm darin entgegen, so wird er sich hüten, seinerseits dem Erbrecht des Don Carlos in Italien Hindernisse zu bereiten. Ja, noch viel mehr, er wird auch in der Frage der Kompagnie von Ostende (von der wir noch hören werden) mit sich reden lassen.

Hätte dieser Vorschlag der Kongreßbevollmächtigten in St. James' Gehör gefunden, so wäre wohl manches anders gekommen. Es ist bekannt genug, und die Zeitgenossen haben es immer wieder betont, daß das politische Interesse Karls VI. sich in diesen Jahren am meisten auf die Thronfolge in seinen Erblanden richtete. Jetzt hatte er den Versuch gemacht, durch einen kleinen logischen Sprung das Ziel zu erreichen, indem er den Anschein zu erwecken suchte, als sei eigentlich alles Nötige schon in der Quadrupel-Allianz enthalten. Er brauche also die Mitunterzeichner derselben nur noch zu bewegen, ihm in ihrer Eigenschaft als Vermittler auf dem Kongresse auch noch die Garantie Spaniens zu besorgen. Allein, das Kunststückchen verfiel nicht; denn jedermann durchschaute die Absicht. Immerhin empfahlen die englischen Bevollmächtigten ihrer Regierung, gleichsam gute Miene zum bösen Spiel zu machen, den Wunsch des Kaisers zu erfüllen und dabei wichtige Zugeständnisse zu fordern. Man möchte wirklich annehmen, Karl VI. hätte es sich wohl etwas kosten lassen, wenn er so auf einen Anlauf die Garantie Englands, Frankreichs und Spaniens für seine Pragmatische Sanktion gewonnen hätte. So hing vielleicht das Schicksal des Kongresses, Gelingen oder Scheitern desselben, von der Antwort ab, die von London kam.

* * *

Dort hatte das Thema der Pragmatischen Sanktion bereits vor kurzem den Gegenstand von Verhandlungen gebildet. Als Gesandter des Kaisers war am 8. April 1724 Graf Starhemberg

in London eingetroffen. Seine Anwesenheit daselbst erschien um so notwendiger, da der langjährige Vertreter Karls VI., Johann Philipp Hoffmann, kürzlich, am 4. März, gestorben war. Wir haben Hoffmanns Namen oft genannt als den des feinsinnigen Beobachters des englischen Lebens, der englischen Wirtschaft und Politik, dessen Berichte uns so wertvoll geworden sind. Und wenn auch neben ihm, in diplomatischer Mission vom Kaiserhofe gesandt, gelegentlich Männer mit klangvolleren Namen aufgetreten waren, ein Graf Volkra, ein Pentenriedter, ein Starhemberg, so hat doch auch in den gemeinschaftlich geführten Verhandlungen der bescheidenere Resident so manches Mal jene Träger hochadliger Namen an praktischem Blick und politischer Einsicht weit überragt. Und wir wollen daran erinnern, daß wir seine Unterschrift sowohl unter dem hochwichtigen englisch-österreichischen Vertrage vom 25. Mai 1716, als auch unter der vielgerühmten Quadrupel-Allianz von 1718 gefunden haben.

Schon während des ersten Halbjahres 1723 entbehren wir Hoffmanns Berichte. Als sie wieder einsetzen, erzählt er von schwerer Erkrankung, die ihn fast hinweggerafft hat. Und er kann es sich nicht versagen, mit harten Worten über die englischen Ärzte, und zwar „die berühmtesten“, zu klagen, die „der hiesigen Gewohnheit nach, entweder geschwind zu kurrieren oder geschwind aus der Welt zu senden“, den neunundsechzigjährigen Mann dreimal zur Ader gelassen und ihm damit so viel Kräfte geraubt haben, daß er lange Zeit gebraucht hat, um sich davon zu erholen. Im Juli 1723 nimmt er seine Berichterstattung wieder auf. Sie schließt mit dem Bericht vom 29. Februar 1724, vier Tage vor seinem Ableben ¹⁾.

Wie in Cambrai, so sollte nach der Absicht des Kaisers also auch in London der Versuch gemacht werden, die Pragmatische Sanktion durch die Mächte der Quadrupel-Allianz garantiert zu erhalten. Auch hier sollte die Auffassung vortragen werden, als sei es eigentlich nichts Neues, was verlangt wird, als sei vielmehr in der Quadrupel-Allianz die Garantie bereits so gut wie ausgesprochen, oder sage man: implicite darin enthalten, und als könne es sich nur darum handeln, diese

¹⁾ Nach Hoffmanns Berichten im W. St. A.

Garantie nun auch zusammen mit der Urkunde der Quadrupel-Allianz zu einem Bestandteil des Vertrages zu machen, der in Cambrai geschlossen werden soll.

In den ersten Tagen nach der Ankunft Starhembergs in London hatte gerade jene Verschiebung der Ämter im Kabinett stattgefunden, welche so bedeutungsvoll war für die Führung der auswärtigen Politik. Carteret wurde als Staatssekretär durch Newcastle ersetzt. So hielt Starhemberg den Moment noch nicht für gekommen, um von der Pragmatischen Sanktion zu reden. Er tat es erst einige Wochen später, im Mai 1724. Lord Townshend aber, dem er das Ersuchen des Kaisers vortrug, lehnte es rundweg ab, und zwar mit der Begründung, daß nichts davon in der Quadrupel-Allianz stehe. Umsonst erklärte Starhemberg, da doch der Kaiser die englische Sukzession garantiert habe, so erfordere die Billigkeit, daß nun auch das Umgekehrte stattfinde. Townshend sagte, die Sache sei zwar wünschenswert, doch könne England sie weder in Vorschlag bringen noch unterstützen¹⁾. Townshend ging auch auf den materiellen Inhalt der Pragmatischen Sanktion ein. Er sagte²⁾, es könnte zwar so erscheinen, als handle es sich bei der jetzt von Österreich gewünschten Garantie nur um eine Erwidierung (Reziprokation) der in der Quadrupel-Allianz für England und

¹⁾ Starhemberg an Sinzendorff, London, 14. April. An den Kaiser, 9. Mai 1724. W. St. A.

²⁾ Townshend hat seine Äußerungen zwei Jahre später dem österreichischen Residenten Palm wiederholt. Dieser berichtet darüber am 8. Febr. 1726: „Er, Lord Townshend, hätte aber damals schon, da Ew. Kais. Maj. Botschafter Graf von Starhemberg die Annehmung und Garantie dieser Succession von hiesigem Hof anverlanget, im Namen des Königs diejenigen Bedenken erinnert, welche diese Garantie ihrerseits unmöglich zulassen könnten. Denn obschon man sagen sollte, daß es nur eine Reciprokation derjenigen Successions-Garantien wäre, welche die vierfache Allianz enthält, so zeigte sich doch ein merklicher Unterschied, gestalten die übrigen Erbfolgen auf den männlichen Stämmen beruhen und wenigstens benennet seien, wo hingegen die in Ew. Kais. Maj. durchlauchtigstem Erzhaus derzeit noch stabilisierte weibliche Erbfolge ihnen, insolange sie nicht wüßten, was allerhöchst dieselbe mit Verheiratung Dero durchlauchtigsten Erzherzoginnen vor ein Absehen führten, eine ungewisse und zur Erhaltung des in Europa zur allgemeinen Ruhe und Sicherheit erforderlichen *aequilibrii* zweifelhafte Sache sein müßte.“ (W. St. A.) Diese zwei Jahre später von Townshend in Erinnerung gebrachte Erklärung gibt eine willkommene Ergänzung zu Starhembergs Berichterstattung, in der das Argument von der weiblichen Erbfolge nicht vorkommt.

Frankreich enthaltenen Garantien. In Wahrheit sei aber doch ein starker Unterschied vorhanden. Bei den letzteren handle es sich immer nur um das Erbrecht des Mannesstamms, in der Pragmatischen Sanktion aber um die Einführung der weiblichen Erbfolge. Diese kann man nicht garantieren, meint Townshend, solange man nicht weiß, welche Pläne Karl VI. für die Verheiratung seiner Töchter hege. Wie leicht könnte durch eines oder das andere Ehebündnis die habsburgische Macht noch weiter vergrößert und das europäische Gleichgewicht dadurch in Gefahr gebracht werden.

Das Argument war nicht stichhaltig, schon um deswillen nicht, weil ja auch in England die weibliche Thronfolge zugelassen, also auch unausgesprochen in der Quadrupel-Allianz garantiert war. Und man könnte ferner fragen: wie war es denn möglich, daß England schon 1719 bereit gewesen wäre, die Pragmatische Sanktion zu garantieren, und zwar unter der einzigen Bedingung, daß der Kaiser erklärte, Maria Josepha nicht mit dem Prinzen von Piemont vermählen zu wollen? Aber von der in Wien geführten Verhandlung von 1719 und 1720 scheinen Townshend und Newcastle überhaupt nichts gewußt zu haben, obwohl ein Blick in die Akten sie darüber belehrt haben würde. Wie dem auch sei, dieses Mal lehnte England ab, und diese Entscheidung war in London schon gefallen, ehe noch die Forderung der Österreicher von Cambrai aus übermittelt wurde. Die Antwort an die englischen Kongreßbevollmächtigten lautete denn auch sehr kategorisch: „Seine Majestät ist der Meinung, daß des Kaisers Forderung, die Thronfolge in seinen Erblanden garantiert zu erhalten, mit den Verhandlungen des Kongresses in Cambrai nicht das mindeste zu tun hat“¹⁾.

Auch in dieser Frage zeigt sich jene starke Abhängigkeit der englischen Politik von der französischen, die so charakteristisch ist für die ganze Geschichte des Kongresses. Immer wieder wird den Vertretern Englands in Cambrai anbefohlen, in allen Stücken und bei jeder Gelegenheit mit den Franzosen zu gehen. Überlassen Sie ihnen „die Führung im ganzen Verlauf der Verhandlungen. Vermeiden Sie es sorgfältig, irgendeinen Plan in

¹⁾ Newcastle an Polwarth und Whitworth, 18. Mai 1724. Ders. an dies. vom selben Datum. Private, R. O.

Ihrem eigenen Namen oder im Namen Seiner Majestät in Vorschlag zu bringen“¹⁾). Liest man solche Sätze in den Weisungen der englischen Minister, so überzeugt man sich bald, daß auch in der Frage der Pragmatischen Sanktion die Haltung Englands am meisten durch die Rücksicht auf die Wünsche Frankreichs diktiert war. Recht lehrreich ist dafür die Erzählung eines sächsischen Diplomaten, der in den ersten Tagen des August 1724, als die österreichische Forderung schon gefallen war, in London eine vertrauliche Unterredung mit Lord Townshend hatte — lehrreich auch um deswillen, weil man in der Geschichte der Pragmatischen Sanktion Sachsen als den Schützling Frankreichs anzusehen hat. Der englische Minister sagte etwa: „Glaubt der Kaiserhof wirklich, daß Frankreich ihm diese Thronfolgeordnung garantieren wird, ohne ihm seine eigene Rechnung zu präsentieren, eine Rechnung, bestehend in ganz reellen und soliden Vorteilen?“ — „Wie!“, so läßt dieser sächsische Diplomat den englischen Minister weitersprechen, „wie! Frankreich sollte aus purer Gefälligkeit, ohne das geringste davon zu haben, sich die Möglichkeit nehmen lassen, von günstigen Umständen Vorteil zu ziehen? Wenn man in Wien so denkt, so täuscht man sich gewaltig. So darf man nicht Verhandlungen führen, und angenommen, man wollte Verträge schließen, bei denen aller Vorteil auf einer Seite ist, so darf man nicht glauben, daß sie von Dauer sein werden. Der gegenseitige Vorteil, das Interesse beider Teile ist es, was den Wert der Verträge ausmacht; wenn es anders ist, so fegt ein Windhauch sie davon“²⁾).

* * *

Die einzelnen Phasen der in Cambrai noch geführten Verhandlungen verdienen keine ausführliche Darstellung. Resultatlose Bemühungen haben wenig historisches Interesse. Niemand glaubte zuversichtlich an ein Gelingen. Im April 1724 sagen die Franzosen: Zeit gewinnen heißt alles gewinnen; denn unterdessen kann in Madrid nützliche Arbeit geleistet werden³⁾). Die englischen Bevollmächtigten fügen einem Privatbrief, den sie im

¹⁾ Newcastle an Polwarth, 4. Juni 1724. Private, R. O.

²⁾ Le Cocq an Flemming, London, 4. Aug. 1724. Hauptstaatsarchiv Dresden, 2872.

³⁾ Polwarth und Witworth an Newcastle, 22. Apr. 1724. Private, R. O.

Mal an die Regierung richten¹⁾), den Entwurf eines Vertrages hinzu, wie er nach ihrer Meinung in Cambrai geschlossen werden könnte. Aber in demselben Privatbrief reden sie auch — nicht gerade hoffnungsvoll — von drei Möglichkeiten, wie die Arbeit des Kongresses beendet werden könnte. Die erste wäre der Abschluß eines allgemeinen Vertrages, der geeignet wäre, den gegenwärtigen Friedenszustand in Europa zu befestigen, soweit das überhaupt durch eine papierene Sicherheit erreichbar erscheint. Der zweite Fall nimmt an: man hat trotz allem Bemühen die strittigen Fragen nicht lösen können. Nun, so werfe man in allgemeinen Sätzen einen Vertrag aufs Papier, der in der Welt Eindruck macht, in Wahrheit aber alles beim alten läßt. Oder aber der dritte Fall: man bricht die Unterhandlung ab. Das wird nicht schwer fallen; denn die Verstocktheit der einen oder andern Partei wird den plausiblen Grund, wenn man ihn braucht, bald genug geliefert haben. Die Franzosen, heißt es weiter in dem erwähnten Schreiben, scheinen die zweite Methode, d. h. die Lösung, die eigentlich keine ist, für die beste zu halten, ja, sie fürchten sich förmlich vor der völligen Beseitigung aller Streitpunkte und erklären schon, wenn das geschähe, so könnte zwischen dem Kaiser und dem Könige von Spanien gar leicht ein allzu gutes Einvernehmen hergestellt werden, ein solches, das mit seinen Folgen den Interessen der beiden Kronen (Frankreich und England) selbst schädlich werden müßte.

Merkwürdig genug, wie die in den letzten Worten angedeutete Möglichkeit nachmals zur Wirklichkeit wurde, allerdings, wie wir bald sehen werden, auf Grund einer ganz andern Entwicklung als der hier vorgezeichneten.

Man spricht und schreibt auch schon ganz unverblümt vom Scheitern und Abbruch des Kongresses. Und die Schuld daran würde nach der herrschenden Meinung der Kaiserhof tragen, der trotz der Quadrupel-Allianz allen Schritten zuwider ist, die dazu führen können, einem Zweige des Hauses Bourbon die Nachfolge in italienischen Staaten zu sichern²⁾). Die Öster-

¹⁾ Dieselben an denselben, 9./20. Mai 1724. Private, R. O.

²⁾ Im Rec. Off. Treaty Papers 115 befindet sich ein Schriftstück in französischer Sprache, das diese Gedanken ausspricht. Es stammt offenbar aus dem Jahre 1724 und ist rückseitig bezeichnet als: „Penseés sur l'affaire de Parme“.

reicher schrecken vor der Möglichkeit des Scheiterns auch nicht zurück und finden, daß der Friede zwischen dem Kaiser und dem Könige von Spanien trotzdem wohl bestehen könne¹⁾. Im Juni 1724 spricht Graf Windischgrätz schon von baldiger Abreise. Und Polwarth schreibt dem Staatssekretär Newcastle, daß nach seiner Meinung der Abbruch nur erfolgen dürfte wegen einer Frage, die die Mächte Großbritannien, Spanien, Holland und Frankreich stark berühre, etwa wegen der Kompagnie von Ostende, nicht aber wegen der Laune und des Eigensinns der streitenden Parteien²⁾. Newcastle aber ist anderer Meinung. Der Abbruch sollte eher aus den Interessen anderer als derjenigen des Königs von England und seiner Besitzungen abgeleitet werden. Von Ostende sollte also in diesem Zusammenhange lieber nicht gesprochen werden³⁾.

Schon die eben mitgeteilten Sätze zeigen eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern Großbritanniens auf dem Kongresse und den Ministern im Kabinett von St. James's. Das England von Cambrai denkt anders als das von London, und Cambrai müht sich ab, London nach seinem Ebenbilde zu formen, einen Umschwung der englischen Politik herbeizuführen. Man liest mit Überraschung die hin- und hergehenden Korrespondenzen und ist gespannt, wie das Spiel enden, welche Partei den Sieg davontragen wird. Polwarth und Whitworth, die Männer von Cambrai, verstehen einander gut, sie handeln mit größerer Einheitlichkeit, als es wohl bei den zwei Österreichern, den zwei Franzosen, den zwei Spaniern der Fall war. Ihre gemeinsamen Briefe reden dieselbe Sprache wie die jedes einzelnen von ihnen. Man erhält das genaue Gegenbild jener uns schon bekannten *Lettres communes* von Cadogan und Saint Saphorin, die man nur versteht, wenn man auch den Einzelergüssen Saint Saphorins lauscht, der seinen Minister bittet, doch nur nicht alles zu glauben, was ihm in jenen feierlichen Schriftstücken vorgetragen wird.

Die Engländer in Cambrai hatten erkannt, daß der Kongreß in Gefahr sei, sich festzurennen und statt des allgemeinen Friedens mit einem europäischen Kriege zu endigen. So erhoben sie noch

¹⁾ G. Harris an De la Faye, 8. Juni 1724. R. O.

²⁾ Polwarth an Newcastle, 10. Juni 1724. Very private. R. O.

³⁾ Newcastle an Polwarth, 4. Juni 1724. Private. R. O.

einmal ihre warnende Stimme. An und für sich hatten sie dienstlich mit dem Herzog von Newcastle, dem Staatssekretär für das südliche Departement, zu korrespondieren. Aber Newcastle war erst kurz im Amte und unerfahren in den auswärtigen Geschäften. Darum wenden sie sich zunächst an Townshend und fragen, ob sie sich, da die Verhandlungen einer Krisis entgegenreiben, ihm persönlich anvertrauen dürfen; denn er, Townshend, kenne ja genau den Sinn der Quadrupel-Allianz, sowie alles bisher Geschehene. Townshend verweist sie loyal an seinen Kollegen. Newcastle sei der zuständige Staatssekretär. Er sei ein Edelmann, der durch seinen Rang, seine Fähigkeiten, seine Ergebenheit das Vertrauen des Königs gewonnen habe. Und übrigens pflegten die beiden Staatssekretäre alle politischen Entscheidungen gemeinsam zu beraten und zu beschließen¹⁾.

So mußten Polwarth und Whitworth sich dennoch Newcastle eröffnen. Was sie ihm vortrugen, war etwa das folgende: Das bisherige Zusammengehen mit Frankreich war aus der Erwägung entsprungen, daß Spanien vermutlich durch das Ergebnis des Kongresses enttäuscht sein werde und es darum für England günstig sei, Frankreich die Führung und die größere Verantwortung zu überlassen. Und ferner durfte man annehmen, daß weder das europäische Gleichgewicht noch der Handel Großbritanniens irgendwie durch den Ausgang der Verhandlungen in Cambrai berührt werden würden.

Das hat sich nun geändert. Das Frankreich von 1724 ist nicht mehr das von 1723. Orleans und Dubois sind tot, Bourbon und Morville mit jenen nicht zu vergleichen. Bourbon hat wenig Erfahrung in auswärtiger Politik, Morville verliert sich in Kleinigkeiten und liebt Geheimtuerie und Schikane. So kennt ihn Whitworth schon vom Haag her. Diese beiden sind aber die Lenker der Geschicke Frankreichs. Und nun folgt ein unfreundliches Bild französischer Denkart und französischer Politik. Die Lage, die Macht, die Maximen der Regierung, die Religion Frankreichs, alles läßt eine solide Freundschaft zwischen England und Frankreich unmöglich erscheinen. Nur durch

¹⁾ Privatbriefe von Polwarth und Whitworth an Townshend vom 22. Juli, 2. Aug. 1724, und Townshends Antwort vom 6. Aug. 1724. R. O.

besondere Umstände und durch persönliche Interessen, die aber nicht mehr bestehen, konnte es zeitweilig zu solcher Freundschaft kommen. Statt der Quadrupel-Allianz, in der Georg I. dominierte, will Frankreich jetzt ein System, in dem der Zar die Hauptfigur bildet. Ihn hat es an der Ostsee, in der Nachbarschaft von Deutschland, etabliert, ihn will es zur Verfügung haben für den Fall, daß entweder der König von Polen sterben oder das Haus Österreich ohne männliche Erben erlöschen sollte. — Liest man diese Sätze, so meint man schon in der Ferne den Aufmarsch der französischen Armeen gegen die Österreicher im polnischen und im österreichischen Erbfolgekriege zu erblicken.

Und ferner: Die Mehrzahl aller Franzosen sind im Herzen jakobitisch gesinnt und haben es durch die Tat bewiesen. Ihre Minister verkehren in Rom mit dem Prätendenten, und nicht weit von Cambrai werden Rekruten ausgehoben für die irischen Regimenter und Verbindungen unterhalten mit den Jakobiten in den britischen Reichen. Kein Zweifel, Frankreich möchte diesen Dorn in der Seite Großbritanniens nicht entfernt sehen.

So spielen die Franzosen ein falsches Spiel. Es ist ihnen nicht Ernst mit dem Vertrage zur Beendigung des Kriegszustandes, und sie streben unterdessen nach der Errichtung einer Koalition gegen den Kaiser. Sie wollen auch Spanien, das seine alte Stellung in Italien wieder zu gewinnen wünscht, auf ihre Seite ziehen; auch Preußen, dem die Nachfolge in Jülich und Berg versprochen wird; auch Holland, dem sie in der Frage der Kompagnie von Ostende Genugtuung verschaffen wollen. Für England aber wäre es weit günstiger, wenn die Aufhebung der Kompagnie von Ostende als eine spanische Forderung vor den Kongreß käme. Dann könnte England sich als Vermittler der Sache annehmen, hätte ein freundliches Parlament und könnte vor allem Holland vor die Alternative stellen, nun endlich noch der Quadrupel-Allianz beizutreten oder bei der Entscheidung der Frage ganz beiseite geschoben zu werden¹⁾. England müßte alsdann ver-

¹⁾ *For if the fate of the congress came to turn on that point, it might be naturally represented to them in such a crisis, that either they must join in the Quadruple-Alliance, or the other contracting powers must let their pretensions drop and conclude with the Emperor.* Die Äußerung mag als ein weiterer Beweis dafür gelten, daß die Generalstaaten der Quadrupel-Allianz nicht beigetreten sind. Vgl. Bd. 2, 255.

suchen, gegenüber der Gruppe Frankreich, Spanien, Italien, eine Gegengruppe zu bilden durch die Verbindung mit Österreich, Preußen und Holland. Im Augenblick ist die Lage für England noch günstig, nämlich solange die Könige von Frankreich und Spanien noch jung und diese Staaten daher zur Ruhe gezwungen sind. In einer späteren Zeit aber wird hoffentlich Spanien seine Abhängigkeit von Frankreich aufgeben und das ihm natürlichere Bündnis schließen, wie man denn schon jetzt aus dem Munde spanischer Minister das Wort hören kann: *Pace con l'Inghilterra et guerra con tutta la terra.*

So weit die Denkschrift der englischen Bevollmächtigten. Mögen die einzelnen Erwägungen dieses Schriftstücks zutreffend sein oder nicht, richtig ist der Gedanke, daß Englands Politik auf dem Kongresse verfehlt war, daß es ins Hintertreffen kommen mußte oder schon gekommen war, daß es nicht mehr die Rolle des „Umpire“, des europäischen Schiedsrichters, spielte, die durch die Quadrupel-Allianz ihm zugefallen war. Und wollte man das Ganze in ein einziges Schlagwort zusammenfassen, so würde es lauten: Los von Frankreich.

Überblickt man die Beziehungen der Mächte vom 17. bis ins 19. Jahrhundert, so findet man ihren Charakter bestimmt durch den ewigen Gegensatz der beiden westlichen Nationen. „Das Normale, das Beherrschende ist der Kampf“, sagt Erich Marcks. Pausen des Friedens, der Ententen, der Bündnisse, schieben sich zwar dazwischen, doch bleiben sie, historisch betrachtet, bloße Episoden. Daß es für England an der Zeit sei, wieder einmal mit solcher episodenhaften Bündnispolitik Schluß zu machen, das war der Sinn der intimen Kundgebung der beiden Diplomaten von Cambrai.

* * *

Die Antwort hatte der Herzog von Newcastle zu geben. Wie schon erwähnt, hatte er erst vor wenigen Monaten, im April 1724, als Nachfolger Carterets das Amt des Staatssekretärs für das südliche Departement übernommen. Seine politische Laufbahn aber hatte schon 1717 begonnen, da er, 24 Jahre alt,

als *Lord Chamberlain* Mitglied des Kabinetts wurde.¹⁾ Bald darauf war er, halb unschuldig, die Ursache jenes peinlichen Konflikts in der königlichen Familie geworden, der zur Verbannung des Prinzen von Wales vom Hofe geführt hatte. So war Newcastle nun sieben Jahre lang Mitglied der Regierung gewesen, ohne gerade stark hervortreten, sei es in der inneren oder äußeren Politik. Ein paar seiner im Oberhause gehaltenen Reden sind kurz aufgezeichnet, waren aber gewiß nicht bedeutend. Von geistiger Größe bemerkte man nicht viel, und niemand konnte in ihm ein Talent entdecken, das notwendigerweise eines Tages in der Politik seines Landes zu mächtiger Entfaltung hätte kommen müssen. Und doch ist er es gewesen, der mit geringer Unterbrechung von 1717 bis 1766, beinahe 50 Jahre lang, unter drei Königen in den höchsten Staatsämtern gewaltet, der unter Walpole und Pitt gedient hat und sogar einige Jahre lang der anerkannte Premierminister war.

Daß ein Mann ohne überragende geistige Größe diese Rolle spielen konnte, muß Wunder nehmen, und das Staunen der Nachwelt schien um so natürlicher, da selbst die Zeitgenossen Newcastles wenig Rühmenswertes an ihm fanden und da die beiden bekanntesten Memoirenschreiber, Lord Hervey und Horace Walpole, ihn geringschätzig beurteilt und so viel Spott auf ihn gehäuft haben, daß man meinte, ihn nicht mehr ernst nehmen zu dürfen.

Man war auch um des Rätsels Lösung nicht verlegen. Man fand sie in den Verhältnissen Englands im 18. Jahrhundert. Newcastle war einer der reichsten Grundbesitzer in England. Von seinem Vater, dem ersten Baron Pelham, hatte er ausgedehnte Güter in Sussex geerbt. Sein Onkel John Holles, Herzog von Newcastle, hatte ihn adoptiert und ihm den größten Teil seines ungeheuren Vermögens vermacht. Auch der Titel des Oheims ist auf ihn übergegangen, wie er denn seit 1711 Holles Newcastle zeichnet. Und endlich ist auch durch seine

¹⁾ Vgl. meine Bemerkungen Bd. 2, VII ff. und Cambridge Mod. Hist. 6, 396 ff. Das Leben Newcastles hat St. H. Nulle zu schreiben begonnen (Thomas Pelham-Holles, Duke of Newcastle. His early political career; 1691—1724. Philadelphia 1931). Der bisher erschienene Band führt erst bis zum Jahre 1724. S. 170¹⁸⁵ werden die Autoren genannt, welche sich bereits für eine freundlichere Beurteilung Newcastles ausgesprochen haben.

Ehe mit einer Godolphin, der Enkelin Marlboroughs, ein Teil des großen Marlborough'schen Familiengutes auf ihn übergegangen.

Zu dem Reichtum kamen die engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den mächtigsten Familien von England. Seine Schwester Elisabeth war die Gattin Townshends, der ja, wie wir wissen, selbst Walpoles Schwager war, so daß Newcastle als naher Verwandter neben den beiden mächtigen Schwägern stand. Durch die Verwandtschaft mit dem Hause Marlborough war er auch Lord Sunderland, dem Onkel seiner Gattin, nahe getreten, und zur Zeit der Entlassung von Townshend und Walpole, 1717, hatte seine Verbindung mit Sunderland dazu geführt, daß er selbst im Amte bleiben durfte.

Aber wohlverstanden, beides muß zusammen betrachtet werden, der Reichtum und die großen Familienverbindungen. Sein ungeheurer Grundbesitz, der über Sussex und Lincolnshire, über Nottingham, Yorkshire und andere Grafschaften verstreut war, bedeutete politische Macht. Newcastle war der Grand Seigneur über einen großen Teil der Bevölkerung dieser Grafschaften. Er war in der Lage, in den Städten und auf dem Lande und ganz besonders in den kleinen *boroughs* stark, oft entscheidend einzuwirken auf die Wahlen zum Unterhause, und er hat sich gerade dieser Aufgabe, wie wir heute wissen¹⁾, mit unvergleichlichem Eifer und Erfolg gewidmet. Da ist er ganz in seinem Element, da ist er der Aufgabe auch völlig gewachsen. Kein Wunder, wenn die Häupter im Kabinett auf diese seine Mitarbeit im Lande großen Wert legten. Solange Newcastle in der Regierung war, durfte man mit einer ziffernmäßig nicht geringen Gruppe regierungstreuer Männer im Unterhause rechnen. Daß bei den Wahlen und auch wohl noch bei den Abstimmungen das Geld eine erhebliche Rolle spielte, mag hier nur beiläufig erwähnt sein, es ist das Thema der berühmten Korruption, die das Jahrhundert charakterisiert, in ihrer Bedeutung jedoch meist allzu tragisch genommen wird. So war Newcastle der große Unentbehrliche, eine nur auf Beziehungen

¹⁾ Über die Wahlen von 1722 vgl. Nulle 137 ff. Diese Betätigung Newcastles ist besonders für die Parlamentswahlen von 1734 ausgezeichnet dargestellt bei Basil Williams, *The Duke of Newcastle and the Election of 1734* (E. H. R. XII, 1897).

und Reichtum ruhende politische Größe während eines halben Jahrhunderts, unter drei Monarchen, insbesondere auch unter der langen Regierung Georgs II., der seit dem Zusammenstoß in seiner Prinzenzeit den Mann eigentlich nicht leiden konnte, und der sein Urteil über ihn einmal in die Worte faßte: „Sie sehen, ich bin gezwungen, den Herzog von Newcastle zu meinem Minister zu machen; einen Mann, der an dem kleinsten deutschen Hofe nicht einmal zum Kammerherrn taugen würde.“

Newcastles Persönlichkeit machte auf niemanden einen erhebenden Eindruck. Er war hastig und unruhig und tat nichts zur rechten Zeit, er war, so spottete man, wie ein Mensch, der morgens eine halbe Stunde verloren hat und sich den übrigen Tag vergebens bemüht, sie wieder einzubringen. Er war eitel, von seinem überragenden Können überzeugt, und eifersüchtig auf größere Geister als er selbst. Er ist immer um sein eigenes teures Ich bemüht, auch in steter Sorge um sein körperliches Wohl, und wegen seiner Angst vor Zugluft müssen im Oberhause die Fenster geschlossen bleiben, wenn auch die Lords vor Hitze vergehen. Wie er als Redner war, ist heute schwer zu sagen. Seine Oberhausreden lesen sich nicht schlecht, sollen aber schlecht gesprochen worden sein. Der Stil seiner Depeschen, wortreich und von großer dialektischer Gewandtheit, ist umständlich und langatmig, feierlich und lehrhaft und getragen von dem Gefühl seiner geistigen Größe.

Diese seine Art scheint sich während seiner langen Amtszeit wenig geändert zu haben. Es ist die Art, die seinen Kollegen auf die Nerven fiel, die Art, die der jeder Phrase abholde, immer sachliche Robert Walpole ebenso schwer ertrug wie nach ihm der feurige William Pitt. Sie nehmen ihn hin, sie dulden ihn wie ein notwendiges Übel, behandeln ihn aber gelegentlich mit unverhohlener Geringschätzung.

Und doch, seien wir ehrlich, das harte Urteil der Zeitgenossen, die täglich die abstoßenden Seiten seines Wesens empfanden, es geht zu weit. Was ihn vor allem auszeichnete, war seine ungeheuere Arbeitskraft; er war wohl einer der fleißigsten Minister, die England je besaß. Man braucht nur einen Blick zu werfen in die ungeheuere Masse der *Newcastle Papers*, die in mehr als 300 Foliobänden als der handschriftliche Nachlaß des Herzogs im Britischen Museum aufbewahrt werden. Sie sind ein merk-

würdiges Denkmal dieser über so lange Jahrzehnte sich erstreckenden politischen Tätigkeit. Diplomatische Depeschen und private Briefe, und die vielen, fleißig gearbeiteten Zusammenstellungen von Materialien, die dem Minister zur Orientierung dienen sollen, bis herab auf die mit der Überschrift „*Points of Business to be considered*“ bezeichneten Blätter voller Notizen, mit denen der Schreiber dem eigenen Gedächtnis zu Hilfe kommen will. Wie er so den Stoff bewältigt, ist er zwar niemals zu originaler Erfassung politischer Situationen gelangt, hat sich oft vergriffen, hat neue historische Erscheinungen schwer zu fassen vermocht, wie er denn noch 1748 die Schärfe des preußisch-österreichischen Gegensatzes nicht erkannt hat. Aber an Kenntnis des politischen Geschäfts und an Routine hat er, wie so die Jahre seiner Amtszeit dahingingen, zuletzt alle seine Amtsgenossen überragt.

So war Newcastle mit seiner Emsigkeit und Pflichttreue, mit seiner persönlich untadeligen Haltung keineswegs die unerschrockenste Erscheinung unter den englischen Ministern des achtzehnten Jahrhunderts. Ein Genie der Arbeit, aber ohne jede persönliche Größe, ein Mann, der unter der Leitung eines führenden Geistes Vorzügliches zu leisten fähig war, aber selbst zur Führerstellung nicht geschaffen.

* * *

Newcastles Bescheid an die beiden Bevollmächtigten in Cambrai könnte als ein stilistisches Meisterstück gelten, die Gedanken sind in unanfechtbarer Logik entwickelt. Doch ist das Schriftstück schon in jenem Tone geistiger Überlegenheit und weiser Belehrung gehalten, der nicht angenehm wirkt, zumal bei einem in auswärtiger Politik noch wenig erfahrenen, kaum in sein Amt eingetretenen Manne. Und die zwei Diplomaten, an die es gerichtet war, die Lords Polwarth und Whitworth, waren sicherlich weit bessere Kenner europäischer Verhältnisse als er. Er mag wohl erfahren haben, daß die beiden Herren sich lieber Townshend als ihm anvertraut hätten, und die Gereiztheit des Tones könnte auch dadurch veranlaßt sein, daß er wenig geneigt war, sich von seinen Untergebenen belehren zu lassen. Ihre Vorschläge lehnte Newcastle rundweg ab. Er, oder

wie er in offizieller Sprache erklärt, der König sieht nicht den geringsten Grund zur Änderung der bisher verfolgten Methode. Der Gegenstand der Kongreßverhandlungen hat sich nicht im geringsten geändert.

Alles, was jene vorbringen, erklärt Newcastle, hätte man schon vor einem Jahr sagen können, nur wußte man damals noch nicht, welche Haltung die auf den Herzog von Orleans folgende Regierung in Frankreich einschlagen würde. Etwaige spätere Bündnispläne der Franzosen, wie jene sie zu fürchten scheinen, gehören nicht zur Sache. Jetzt handelt es sich nur um die Auslegung und Durchführung der Quadrupel-Allianz. Jene Bedenken dürfen nicht mitsprechen, „wenn anders Ew. Exzellenzen nicht der Meinung sind, daß England niemals mit irgendeinem Lande gemeinsame Politik machen dürfe, das in irgendeinem Punkte von unseren Absichten abweicht, oder dessen Interessen mit den unserigen nicht identisch sind“.

Mit so billigen Argumenten werden die Erwägungen der Diplomaten in Cambrai abgefertigt. Sie sollten doch auch nicht glauben, erklärt Newcastle in sarkastischem Tone, daß sie die einzigen seien, von denen er, der Staatssekretär, über Frankreich und französische Politik unterrichtet werde. „Empfiehl es sich, daß die Minister der vermittelnden Mächte auf dem Kongresse vor den Augen der Parteien Streit und Zank miteinander haben? Ist es nicht besser, klüger und aussichtsvoller, daß dergleichen zwischen den Höfen selbst abgemacht wird?“ Und so geht es weiter mit einer langen Reihe rhetorischer Fragen. Auch die Pragmatische Sanktion kommt zur Sprache. Eine Garantierung derselben ist von England ebenso schroff abzulehnen, wie Frankreich es tut. Und Newcastle hat offenbar auch keine Ahnung davon, daß England vor fünf Jahren ja schon einmal nahe daran war, diese Garantie zu leisten.

So werden die Herren in Cambrai von dem Minister etwas schulmeisterlich abgekanzelt. Er glaubt ihnen kein Wort, er ist absprechend und unhöflich, alles soll beim alten bleiben, und sie sollen nach wie vor mit Frankreich gehen.

In diesem Briefwechsel ist gewissermaßen die Krisis des Kongresses zu erblicken. Indem Newcastle den Gesandten befehlt, auf dem alten Wege fortzuwandeln, trägt er mit seiner

stolzen Unbelehrbarkeit einen Teil der Schuld an dem Scheitern des Kongresses und an der dadurch heraufbeschworenen Kriegsgefahr.

* * *

Seit dem eben mitgeteilten Gedankenaustausch zwischen Cambrai und London waren die Aussichten für einen erfolgreichen Abschluß des Kongresses immer trüber geworden. Man denkt und spricht von dem Abbruch, die Parteien beobachten einander mißtrauisch, und sie schicken besorgte Meldungen nach Hause. Daß Windischgrätz anfangs September seine Reisewagen ausbessern und seine Koffer bereit halten läßt, nimmt man noch nicht tragisch. Mehr Eindruck macht es, wenn Pendtenriedter erklärt, der Kaiser sei entschlossen, dem Kongresse so oder so ein rasches Ende zu bereiten¹⁾.

Man stritt in diesen Monaten besonders um die vom Herzog von Parma aufgestellten Forderungen, die sich allerdings weit von der Basis der Quadrupel-Allianz zu entfernen schienen und auf die Begründung eines breit fundierten bourbonischen Interesses in Italien hinausliefen. Von den österreichischen Bevollmächtigten wurden diese Forderungen schroff abgelehnt. Sie überreichten den Vermittlern ein für die Spanier bestimmtes, lateinisches Schriftstück²⁾, das für diese ebenso beleidigend war wie für die Vermittler selbst. Der Kaiser, hieß es darin, will wissen, woran er ist, um in der Lage zu sein, diesem Kongresse ein Ende zu machen und nicht die Minister so zahlreicher Fürsten zwecklos und *contra Europae vota* länger beisammen zu halten. Die englischen Bevollmächtigten erklärten, ein solches Schriftstück den Spaniern nicht übergeben zu können und wurden dafür von ihrer Regierung gelobt³⁾. Nach längerem Briefwechsel zwischen London, Paris und Cambrai wird endlich den Kaiserlichen in Cambrai eine Note überreicht, in der ihnen gründlich die Meinung gesagt wird, hinsichtlich der in diplomatischen Schriftstücken üblichen Redeweise⁴⁾. Und bei der Überreichung

¹⁾ Polwarth und Whitworth, 25. Aug./5. Sept. 1724. R. O.

²⁾ Beilage zu dem Bericht von Polwarth und Whitworth vom 15./26. Aug. 1724. R. O.

³⁾ Newcastle an Polwarth und Whitworth, 21. Aug. (a. St.) 1724. R. O.

⁴⁾ Reflexions des Ministres Mediateurs sur la réponse des Ministres de l'Empereur aux Demandes du Duc de Parme. R. O.

der Note fügten die Franzosen noch die mündliche Erklärung hinzu, daß sie, wie die Engländer, in Zukunft nicht mehr solche Schriftstücke annehmen würden, welche der Würde und Ehre ihrer Herren so wenig angemessen seien¹⁾.

So sahen sich die Kaiserlichen einer geschlossenen Phalanx von England, Frankreich und Spanien gegenüber, und alles klagte über die Unbeugsamkeit Karls VI. „Haben Sie“, schreibt Whitworth seinem Freunde, dem Sekretär Tilson²⁾, in Ihrer vierundzwanzigjährigen Praxis den Kaiserhof etwa immer nach den Regeln der Vernunft oder seinem wahren Interesse entsprechend handeln sehen, oder hat nicht allzuoft der österreichische Hochmut den Ausschlag gegeben?“ Natürlich rückte bei dieser Stimmung die Verhandlung nicht vom Fleck. Das Verhängnis lag darin, daß die englische Politik sich aller Selbständigkeit begeben hatte und blindlings im Gefolge der Franzosen marschierte. Der erfahrene Pendtenriedter hat die Verkehrtheit der befolgten Methode einmal sehr treffend zum Ausdruck gebracht. Er hatte ja selbst bei der Quadrupel-Allianz entscheidend mitgewirkt, und als den Österreichern, wie eben erzählt, jene Strafreden seitens der Vermittler gehalten worden, antwortete Pendtenriedter listig, „es gäbe wohl noch eine Möglichkeit, zu einem glücklichen Abschluß zu kommen, wenn nämlich die Vermittler selbst ein Projekt verfaßten, in dem sie alle Streitpunkte erörterten. Sie müßten dann erklären, was man vernünftigerweise dem Herzoge von Parma, dem Könige von Spanien usw. zumuten dürfe. Dann müßte man ein derartiges Projekt von vorn nach hinten und von hinten nach vorn prüfen und immer wieder durchberaten, so lange, bis alle Teile sich geeinigt hätten. Das war, erklärte Pendtenriedter, die bei der Quadrupel-Allianz befolgte Methode, und ohne diese wäre man auch damals nicht zum Ziele gelangt.“

Als die englischen Bevollmächtigten jene Rede Pendtenriedters nach London berichteten, mögen sie gefunden haben, daß damit nichts anderes gesagt war, als was sie selbst schon ausgesprochen hatten. Alles schien England hinzudrängen auf ein „Los von Frankreich“ und eine selbständige Politik, so wie

¹⁾ Marchmont (Polwarth war inzwischen zum Earl of Marchmont erhoben) und Whitworth an Newcastle, 12./23. Sept. 1724. R. O.

²⁾ 21. Aug./1. Sept. 1724. R. O.

es 1718 gewesen war. Und wenn Pendtenriedter sich so lebhaft des Zustandekommens der Quadrupel-Allianz erinnerte, so mag ihm auch die Persönlichkeit des damals leitenden englischen Staatsmannes im Geiste lebendig geworden sein. Er mag daran gedacht haben wie damals, als an dem Widerstande Frankreichs alles zu scheitern schien, Lord Stanhope persönlich nach Paris geeilt war, wie er den Regenten gegen seine Widersacher im Innern gestärkt und ihn zum Abschluß des Werkes bewogen hatte. —

Ein Stanhope fehlte jetzt. Frankreich hatte sich hinter Spanien gestellt und England hinter Frankreich. Mit den auf dem Kongresse befolgten Methoden konnte diese Erstarrung nicht gelöst werden.

* * *

Von der Arbeit des Kongresses war nichts mehr zu hoffen. Da die englische Regierung von einem Einlenken in andere Bahnen nichts hören wollte, so war alle Mühe umsonst, und bald konnte es sich nur noch darum handeln, mit Anstand aus der Sache herauszukommen. Immerhin währte das unerquickliche Schauspiel noch weitere acht Monate. Wir haben zu erfahren, wie es weiter verlief und wie es zu Ende ging.

Von nicht allzu großer Bedeutung war der nach der kurzen Regierung Ludwigs I. in Spanien eingetretene Thronwechsel. Noch nicht 18 Jahre alt, ward der Sohn und Nachfolger des regierungsmüden Philipps V. durch eine tödliche Blattern-erkrankung dahingerafft. Historiker der Medizin mögen einmal die Frage behandeln, wie zahlreich wohl in früheren Jahrhunderten die Opfer gewesen sein mögen, welche die furchtbare Krankheit der Menschheit auferlegt hat. Man kann dies schon ermessen, wenn man nur beachtet, wie viele folgenreiche Fälle des Blattern-todes sich allein in den Fürstenthäusern Europas innerhalb weniger Jahrzehnte zugetragen haben. Der bayrische Kurprinz Josef Ferdinand, der zum Erben der spanischen Krone ersehen war; der römische Kaiser Josef I., durch dessen Hinscheiden seinem Bruder das österreichische Erbe und zugleich die Kaiserwürde zufiel, und unter dessen Zepter nun das Reich Karls V. wieder zu erstehen schien; und endlich König Ludwig von Spanien — die Staatengeschichte Europas würde eine andere Gestalt angenom-

men haben, wenn nicht diese drei Figuren vorzeitig aus dem Leben geschieden wären.

Ludwig I. hat eigentlich niemals selbst regiert, und das Königspaar Philipp und Elisabeth haben auch in ihrer Zurückgezogenheit in San Ildefonso auf die Leitung des Staates niemals völlig verzichtet. Doch ist wohl durch die oft geschilderte Eifersucht der beiden Höfe von Madrid und von San Ildefonso der Gang der europäischen Politik kaum beeinflusst worden. In Cambrai hat der neuerliche spanische Thronwechsel keine andere Folge gehabt, als daß Vollmachten erneuert werden mußten und dadurch jegliche Verhandlung wieder einmal für Wochen ins Stocken geriet. Philipp und Elisabeth übernahmen die Regierung von neuem, und das Intermezzo Ludwigs I. war nach dreivierteljähriger Dauer an Europa gleichsam spurlos vorübergegangen.

Unterdessen hatten die Verhandlungen, die in Cambrai noch weiter geschleppt wurden, besonders den Fragen um Parma¹⁾ gegolten. „Vielleicht sind sie es“, schreibt Whitworth einmal, „welche die Krisis des Kongresses herbeiführen und dem Kaiser zum Vorwand dienen werden, seine Gesandten zurückzuziehen“²⁾. Aber schon mischt sich in diese Erörterungen ein neues Thema. Seit dem Januar 1725 tauchen Gerüchte auf, daß zwischen Spanien und Österreich direkte Verhandlungen im Gange seien, Heiratsverhandlungen und Politisches. Der arglose Newcastle will freilich an die Wahrheit dieser Gerüchte noch nicht glauben³⁾. Aber sie verdichten sich, und was am meisten ihre Richtigkeit zu bestätigen scheint, ist die auffallende Veränderung, welche man in dem Verhalten der österreichischen und spanischen Bevollmächtigten gegeneinander beobachtet. „Wir können den Verdacht nicht unterdrücken“, schreibt Whitworth⁴⁾, „daß ein heimliches Spiel zwischen den beiden Höfen getrieben wird, wenn wir auch die Natur desselben noch nicht entdecken konnten.“ Man beobachtet die beiden Gruppen auf das schärfste

¹⁾ Über Parma mag allgemein verglichen werden: H. Bédarida, *Parme dans la politique française au XVIIe siècle*, 1930. Das p. 19 ff. über den Kongreß von Cambrai Gesagte ist ungenau.

²⁾ Whitworth an Tilson, 31. Dez. 1724/11. Jan. 1725. R. O.

³⁾ Newcastle an Marchmont und Withworth, 28. Jan. 1725. R. O.

⁴⁾ An De la Faye, 1./12. Febr. 1725. R. O.

und stellt fest, daß Beretti Landi und Pendtenriedter sich in Abendgesellschaften wiederholt von den übrigen absondern und geheime Konversation miteinander pflegen¹⁾. Oder man erzählt sich geheimnisvoll von einem kaiserlichen Kurier, der in großer Eile über Brüssel nach Cambrai gereist ist. Zwar hat ihn niemand gesehen, aber er muß wohl verkleidet und unter fremdem Namen gekommen sein²⁾.

Ehe jedoch die große Neuigkeit offenkundig wurde, ward die diplomatische Welt noch durch andere Ereignisse in Aufregung versetzt. Eine Erkrankung des jungen Königs von Frankreich führte zu sorgenvollen Erwägungen über die Gefahren, welche sein Hinscheiden zur Folge haben könnte. Die Thronfolge schien nicht gesichert. Niemand wußte, ob nicht Philipp V. noch immer den Wunsch hegte, seinen spanischen Thron mit dem von Frankreich zu vertauschen. Unter den Prinzen von Geblüt herrschte Streit, und der Herzog von Bourbon, der Machthaber, hoffte wohl selbst, beim Tode Ludwigs XV. sein Nachfolger zu werden. So entstand denn, als die Gefahr für das Leben des Königs beseitigt schien, der allgemeine Wunsch, ihn wenigstens bald vermählt und damit die Hoffnung auf einen Erben der Krone in größere Nähe gerückt zu sehen. Des Königs Braut, die Tochter Philipps, war noch ein Kind von sieben Jahren. Bis zur Vermählung würde noch eine längere Frist verstreichen. So faßte man im Kreise der französischen Regierung den Entschluß, die kleine Prinzessin nach Spanien heimgesenden und eine andere Lebensgefährtin für den jetzt fünfzehnjährigen Monarchen zu suchen.

Da ist man nun neben anderen Plänen darauf verfallen, bei Georg I. von England in aller Form um die Hand der Prinzessin Anna, der ältesten Tochter des Prinzen von Wales, anzuhaiten³⁾. Die derzeit bestehende enge politische Verbindung der beiden Reiche sollte dadurch, meinte man, noch fester gefügt werden. Doch ein unübersteigliches Hindernis erhob sich durch die Verschiedenheit der Konfessionen. Die Sache wurde nicht so geheim betrieben, daß die englische Öffentlichkeit nicht schon vor der Entscheidung Kenntnis davon hätte nehmen können.

¹⁾ Marchmont u. Whitworth an Newcastle, 31. Jan./11. Febr. 1725. R. O.

²⁾ Dies. an dens., 31. Jan./11. Febr. 1725. Very private. R. O.

³⁾ Vgl. Dureng, *Le Duc de Bourbon et l'Angleterre*. 1911, p. 246 ff.

Von ihr aber wurde der Gedanke an eine solche Verbindung wegen des dabei unvermeidlichen Glaubenswechsels der Prinzessin mit Abscheu betrachtet. Welch ein Widerspruch wäre es gewesen, wenn der auf Grund der gesetzlich festgelegten protestantischen Sukzession auf den Thron berufene König, er, der noch vor wenigen Jahren eifervoll für die Sache des deutschen Protestantismus eingetreten war, wenn gerade er seiner Enkelin den Übertritt zum Katholizismus auferlegt hätte, um sie Königin von Frankreich werden zu lassen. Man hat das auch in Frankreich wohl verstanden. Wir kennen die Meinung Fleurys, welcher der Erzieher Ludwigs XV. war, und bald zur höchsten Macht in Frankreich emporstieg. Fleury fand, sowohl vom französischen wie vom englischen Standpunkt, den Plan unmöglich. Die Mutter der Umworbene, die Prinzessin von Wales, hatte einst, um nicht den Glauben ihrer Väter abzuwerfen zu müssen, die Hand des Erzherzogs und späteren Kaisers Karl VI. verschmäht, und es war das der Stolz ihres Lebens. Und nun sollte die von ihr erzogene Tochter eine Katholikin werden! Und für Frankreich fürchtete der Bischof ein Anwachsen der Macht des Jansenismus. Trotzdem ist die Bewerbung vom französischen Gesandten Broglie dem König Georg in einer Privataudienz vorgetragen worden. Der König lehnte den Antrag in höflicher Form ab mit dem Hinweis auf die Verschiedenheit der Religion und mit allen Versicherungen der Freundschaft für den König von Frankreich ¹⁾.

Die Sache hatte ein kleines Nachspiel in Cambrai ²⁾. Pendtenriedter fragte Whitworth vor zahlreicher Gesellschaft, ob er schon die große Neuigkeit gehört habe, daß die Franzosen, nachdem ein anderer Plan gescheitert sei, jetzt eine englische Prinzessin für ihren jungen Monarchen gewinnen möchten. „Was werden Ihre Freunde, die Spanier, dazu sagen? Und jetzt erfahren wir also den Grund, warum Sie uns hier so lange festhalten, ohne ein Wort von Geschäften zu reden.“ Whitworth antwortete, schnell gefaßt, mit der Gegenfrage: „So ist es denn doch wahr, daß eine Heiratsverhandlung der Anlaß für unsere

¹⁾ Newcastle to Walpole, 1. März 1724/5. Secret. Mitgeteilt in British Diplomatic Instructions, IV. France 1721—27. Ed. Wickham Legg., 1927, 95 ff.

²⁾ Marchmont u. Whitworth an Newcastle, 25. Febr./8. März 1725. R. O.

Untätigkeit auf dem Kongresse ist.“ Whitworth wollte damit auf das wirklich schon geplante, aber noch nicht öffentlich eingestandene spanisch-österreichische Ehebündnis angespielt, und will auch bemerkt haben, wie dem Österreicher das Blut ins Gesicht schoß und er einige Minuten brauchte, um sich zu sammeln. Der Minister Newcastle hat den Bericht über den Vorfall schmunzelnd entgegengenommen, hat seinen klugen Gesandten belobt und zugleich hinzugefügt, daß von einer englisch-französischen Heirat natürlich nicht die Rede sein könne ¹⁾.

So war der Gedanke an diese Heirat schnell verfliegen. Für die Diplomaten der unbeteiligten Mächte aber blieb die Sache ein Gegenstand des Spottes. Graf Starhemberg berichtet ²⁾ befriedigt, der Heiratsplan sei aussichtslos, da ein Glaubenswechsel der Prinzessin in England zu viel böses Blut machen würde. Also, wozu von der Sache so viel Aufhebens machen? „Ihrer Schönheit wegen würde ohnedies keine der Töchter des Prinzen von Wales genommen werden.“

Sollte nun Ludwig XV. um jeden Preis vermählt werden, so mußte allerdings das kleine Hindernis, das noch vorhanden war, beseitigt werden, und man entschloß sich in Frankreich zur Rücksendung der Infantin. In der Form wollte man alle Schonung walten lassen, bei den Spaniern aber war der Eindruck schrecklich. Das Königspaar Philipp und Elisabeth war in heller Empörung. In Cambrai vergoß Graf Santistevan Tränen und erklärte mit lächerlicher Übertreibung, die Nachricht vom Tode seiner Gattin und all seiner Kinder hätte ihn nicht tiefer treffen können als diese Nachricht ³⁾.

Viel wichtiger waren die politischen Wirkungen. Zwar erfolgte nicht, wie man allgemein erwartete, die sofortige Abberufung der Spanier von Cambrai. Statt dessen richtete jetzt Philipp V. an Georg I. das Ersuchen, England möge fortan die Vermittlung allein führen. Doch sollte die Verhandlung alsdann nicht in Cambrai, sondern in Madrid und in London geführt werden ⁴⁾. In London und in Madrid wurde wirklich darüber verhandelt. Wie zu erwarten, ließ aber England keinen

¹⁾ Newcastle an Marchmont und Whitworth, 11. März 1725. R. O.

²⁾ Starhembergs Berichte aus London vom März 1725. W. St. A.

³⁾ Marchmont und Whitworth an Newcastle, 13./24. März 1725. R. O.

⁴⁾ Newcastle an Marchmont und Whitworth, 5. Apr. 1725. R. O.

Zweifel darüber, daß es sich nicht von Frankreich trennen werde. „Täten wir dies“, sagte Newcastle, „so würden wir es mit beiden Kronen verderben“¹⁾. Den Spaniern sagte man also, ein solches Verfahren wäre der Quadrupel-Allianz zuwider und für Spanien selbst nachteilig; und den Franzosen: „Seine Majestät wird nur in Verbindung mit Frankreich handeln, und wenn Spanien die Vermittlung dieser Krone ablehnen sollte, so könnte auch Seine Majestät nicht länger als Vermittler fungieren.“

Fast scheint es, als ob die Spanier, da sie nun mit Frankreich beinahe gebrochen hatten, unterdessen aber, wie wir gleich hören werden, mit Karl VI. fast im Reinen waren, als ob sie nun den Wunsch hatten, die mit dem Kaiser zu treffenden Abmachungen der Form nach unter englischer Vermittlung zum Abschluß zu bringen. Und erst als England ablehnte, schritten sie zur Unterzeichnung des Wiener Vertrages. Vielleicht war es ein Fehler der englischen Politik, auf den spanischen Vorschlag nicht einzugehen, vielleicht wäre sonst die gefährliche Zuspitzung der europäischen Verhältnisse vermieden worden. Denn das also isolierte Frankreich wäre kaum zu fürchten gewesen.

* * *

Nach allem, was geschehen, waren nun die Tage des Kongresses von Cambrai gezählt. Sein Ende war unruhlich. Nicht ohne Mühe konnte es vermieden werden, daß der zwischen Spanien und Frankreich erfolgte Bruch nicht auch im gesellschaftlichen Verkehr offen hervortrat. Die französischen Bevollmächtigten hatten von ihrer Regierung den Befehl erhalten, am Namenstage Philipps den Spaniern eine Visite zu machen. Man erwartete, daß diese die Gelegenheit benutzen würden, um den Franzosen einen Schimpf anzutun. Sie würden, hieß es, sich nicht zu Hause melden lassen, während ihr Haus in Wahrheit voll lärmender Gäste war. Dennoch wurde das Schlimmste vermieden. Die Spanier selbst haben jeden Empfang unterlassen und den wichtigen Tag nur in kleiner Gesellschaft verbracht. Am 6. Mai wendet sich Santistevan an die Engländer

¹⁾ Newcastle an Walpole, 1. Apr. 1725. Brit. Dipl. Instr. IV. France, 1721—27. Ed. Wickham Legg., 1927, 100 ff.

mit der Frage: „Wann und wie wird wohl das Ende von dem allen kommen?“ „Das wollten wir von Ihnen hören“, lautete die Antwort¹⁾.

Endlich, am 10. Mai, rücken die Kaiserlichen mit der Sprache heraus. In zwei Konferenzen mit den Franzosen und den Engländern, erklärte Graf Windischgrätz mit einer feierlichen Danksagung für die Bemühungen der vermittelnden Mächte beginnend, der Kaiser habe gehofft, seinen Streit mit Spanien in Cambrai beendet zu sehen. Das habe er auch Herrn Ripperda erklärt, als dieser mit der Vollmacht des Königs von Spanien und mit dem Charakter eines Botschafters in der Tasche in Wien erschien. Aber diese Absicht sei durchkreuzt worden durch die Tat Frankreichs, die Rücksendung der Infantin. Nun habe der König von Spanien mit aller Entschiedenheit erklärt, nicht länger unter der Vermittlung Frankreichs verhandeln zu wollen, und England habe sich geweigert, die Vermittlung allein weiter zu führen. Da sei dem Kaiser nichts anderes übrig geblieben, um aus diesem Labyrinth herauszukommen, als den Frieden mit Spanien direkt zu schließen. Er hoffe, dies werde auch dem Könige von England genehm sein, da es sich hauptsächlich um eine Bestätigung der durch die Quadrupel-Allianz übernommenen Verpflichtungen und Garantien handle. Der einzige wesentliche Zusatz sei die Garantie der Pragmatischen Sanktion durch Spanien, alles andere sei unwichtig. Und Windischgrätz beschloß seinen Vortrag damit, daß der Kaiser hoffe, England und Frankreich würden, wie es in dem Verträge selbst vorgesehen sei, binnen Jahresfrist beitreten. Dann übergab er eine Abschrift des Wiener Vertrages.

Die englischen Bevollmächtigten, deren Bericht wir folgen²⁾, erklärten ganz im Sinne des eben Gehörten, da ja der König von England mit seiner Vermittlung niemals etwas anderes bezweckt habe als die Erfüllung der Bestimmungen der Quadrupel-Allianz, so könne ihm alles, was zu diesem Ziele führe, nur willkommen sein. Sie würden getreulich berichten, könnten aber über irgendwelche neuen Garantien nichts sagen. Nach dieser formellen Einleitung aber fingen die Engländer an, die österreichischen Herren durch allerlei spitzige Bemerkungen in

¹⁾ Marchmont und Whitworth an Newcastle, 7. Mai 1725. R. O.

²⁾ Marchmont u. Whitworth an Newcastle, 29. April/10. Mai 1725. R. O.

die Enge zu treiben. Sie beglückwünschten sie zu der Geschwindigkeit ihrer Geschäftserledigung. Sie hätten einen ganzen Vertrag in wenig mehr Zeit abgeschlossen, als ein anderer braucht, um einen Brief zu schreiben. Und dann rechneten sie ihnen die chronologischen Fehler vor in der Aufzählung der Daten, um zu zeigen, daß die Wiener Verhandlung ja längst vor der Rücksendung der Infantin in vollem Gange gewesen sei. Und vergebens mühten sich die Österreicher ab, „ihre hinkende Erzählung“, so gut sie konnten, zurechtzurücken. Auf die Frage, ob sie Befehl hätten, jetzt nach Hause zu reisen, antworteten die Kaiserlichen, ihre Befehle lauteten dahin, nicht die ersten zu sein, die abbrächen, sondern zu warten, bis die Spanier gegangen wären.

Auch die Londoner Machthaber hüteten sich, die Enttäuschungen zu spielen. Sowohl dem österreichischen wie dem spanischen Gesandten drückten sie in den stärksten Worten ihre Genugtuung darüber aus, daß nun zwischen Spanien und dem Kaiser der Friede endlich hergestellt sei. Denn etwas anderes habe man ja auch mit dem Kongresse nicht bezweckt. Allein die Diplomaten erkannten sehr wohl die wahre Gesinnung des Londoner Hofes¹⁾. Graf Starhemberg schreibt: „In der Tat aber habe aus allem ganz klar abgemerkt, daß den König sowohl als sein Ministerium dieser geschwinde Schluß ungemein surpreniret, wie er denn auch alle ihre schon lange Zeit her geführte *Desseins* und Absichten, welche hauptsächlich auf ein *General-Arbitrium* von ganz Europa abzielten, auf einmal zernichtet“.

* * *

Die letzten Tage des Kongresses von Cambrai entbehren nicht einer gewissen Komik. Man hat sich nun doch einmal umsonst bemüht und hat jetzt keine andere Sorge mehr, als wie man mit dem besten Anstand auseinandergehen könne. Man wartet mit nervöser Spannung auf die Weisungen aus Wien und Madrid, aus Paris und London. Die Österreicher sollen bleiben, bis die Spanier den Befehl zur Abreise empfangen haben. Die Engländer wollen nicht gehen, solange die Fran-

zosen noch da sind. Vor allem aber suchen die „Mediatoren“ es zu verhindern, daß ihnen die Parteien nicht davonlaufen, ehe die förmliche Auflösung erfolgt ist.

Dabei ist das Verhältnis zwischen Franzosen und Spaniern schon so schlecht, daß sie nicht mehr miteinander verkehren können. Man hört schon von feindseligen Handlungen, die sich draußen, außerhalb der kleinen Welt des Kongresses, abspielen. Man hört von Befehlen, welche Spanien nach seinen Häfen in Amerika gesandt hat, um die Franzosen von dem Handel daselbst auszuschließen¹⁾. Frankreich zieht militärische Kräfte an der spanischen Grenze zusammen, Spanien entsendet Truppen in der Richtung auf die Pyrenäen²⁾. Und es klingt wie Hohn und Spott, wenn gleichzeitig die neuen Alliierten, Österreich und Spanien, durch eine Aktion in London die Vermittler großmütig auffordern, ihrem Verträge beizutreten³⁾. Natürlich können diese darauf nicht eingehen. Man hat ihnen ja nicht einmal die sämtlichen Artikel des Vertrages vorgelegt. Aber unter denjenigen, die ihnen mitgeteilt sind, befindet sich auch die Garantie der Pragmatischen Sanktion. Sowohl England wie Frankreich weisen diese Forderung, die sie schon vor einem Jahre abgelehnt haben, jetzt vollends weit von sich.

Schon erwartet man stündlich den Kurier aus Madrid, der den Spaniern den Befehl zur Abreise bringen wird. Da begeben sich die Engländer und Franzosen zuerst gemeinsam zu den Kaiserlichen, sodann die Engländer allein zu den Spaniern, um jenen wie diesen in aller Form den Schluß und die Auflösung des Kongresses zu verkünden. Und auch in diesem Moment unterlassen sie es nicht, mit diplomatischer Heuchelei ihre hohe Genugtuung über den Abschluß des Wiener Vertrages auszudrücken, und dabei fließen sie über von freundschaftlichen Beteuerungen. „Es ist uns gelungen“, schreibt Whitworth⁴⁾, „in dem allgemeinen Schiffbruch doch noch den Schein zu retten, die Würde der Vermittler halbwegs zu wahren und den Kongreß rasch zu schließen, ehe man uns allein unserm Schicksal überlassen konnte.“

¹⁾ Marchmont und Whitworth an Newcastle, 5./16. April 1725. R. O.

²⁾ Dieselben an dens., 5./16. Mai 1725. R. O.

³⁾ Newcastle an Marchmont u. Whitworth, 10./14. Mai 1725. R. O.

⁴⁾ An Tilson, 23. Mai 1725. R. O.

¹⁾ Starhembergs Berichte vom 24. Mai 1725 u. 8. Juni 1725. W. St. A.

Wie anders war nun alles gekommen, als man gedacht. Fünf volle Jahre hatte man damit verbracht, den Kongreß anzukündigen, ihn zu berufen, ihn lange uneröffnet zu lassen, und ihn endlich seinen Leidensweg gehen zu lassen bis zum kläglichen Ende. Vier große Mächte hatten sich zusammengefunden, zwei davon noch im Kriegszustande befindlich, die beiden andern zwischen ihnen stehend, als Vermittler, als Friedensstifter. Aber keiner von allen ist ganz bei der Sache. Spanien und Österreich nehmen immer wieder einen Anlauf, den Streit um Italien mit den Waffen auszufechten. Die Vermittler aber sind auch nicht schlechthin die ehrlichen Makler, die nichts als einen dauernden Friedenszustand wünschen. Frankreich wenigstens möchte den Konfliktstoff nicht ganz aus der Welt geschafft sehen. Unter der Asche soll der Funke weiter glimmen, an dem man zu gegebener Zeit einen neuen Brand entzünden könnte. Und so tritt die überraschende Wendung ein. Die beiden, eben noch zu Streit und Krieg aufgelegten Mächte wollen dieses unwürdige Spiel nicht länger mitmachen und reichen einander zur Versöhnung die Hand. Die Vermittler, auf das peinlichste berührt, sehen sich plötzlich einer drohenden Allianz gegenüber und müssen auf ihre eigene Sicherheit bedacht sein. Nur einen Augenblick hatten sie sich zu trösten versucht mit dem Gedanken, sich nicht länger herumschlagen zu müssen mit dem österreichischen Stolz und der spanischen Steifnackigkeit. Aber bald erblickten sie drohende Gefahren. Ein neues Spiel beginnt. Eine neue Mächte-Konstellation entsteht. Europa ist toll geworden, spottete Lord Chesterfield. Bald sah man zwei große politische Gruppen wie zwei Kriegslager gegeneinander gerichtet, und nach dauerndem Frieden sah es wahrlich in der Welt nicht aus.

* * *

Sechstes Kapitel.

Die Neuwahlen von 1722.

Über der Betrachtung jener diplomatischen Arbeit, deren Ergebnis so beschämend war für die Staatsweisheit der Großen, haben wir die Ereignisse, die sich unterdessen in England zgetragen, fast aus den Augen verloren. Wir wollen in den beiden folgenden Kapiteln das Versäumte nachholen.

Noch hatten sich die Wogen kaum geglättet, die der Sturm aus der Südsee bewegt hatte, als durch das Herannahen neuer Wahlen zum Parlamente abermals eine starke Erregung in die Massen getragen wurde. Das 1715 gewählte, auf drei Jahre gewählte, Parlament, hatte durch die Siebenjährigkeitsakte von 1716 die Legislaturperiode nicht nur aller nachfolgenden Parlamente auf sieben Jahre erhöht, sondern rückwirkend auch die eigene Amtsdauer bis in das Jahr 1722 hinein ausgedehnt. Was damit für den Augenblick gewonnen werden sollte, war erreicht. Die Beruhigung im öffentlichen Leben war eingetreten, und die whiggistisch gerichtete Regierung durfte, ohne durch den Ausblick auf einen nahe bevorstehenden Appell an das Volk geängstigt zu werden, sich ungestört den Aufgaben des Tages widmen. Freilich war es mit der erhofften Ruhe nicht viel geworden. Die großen Geschehnisse in der auswärtigen Politik, die Quadrupel-Allianz, der Krieg gegen Spanien, die Sorgen um die Ostsee, hatten die führenden Politiker, vor allem Lord Stanhope, fortwährend in Atem gehalten. Und im Innern war man durch die Krisis des Parteilebens, die 1720 zur Ausstoßung der deutschen Nebenregierung geführt, die den Zusammenschluß der in zwei Gruppen gespaltenen Whigpartei bewirkt und die stärkste Kraft unter ihnen, Robert Walpole, in die leitende Sphäre emporgehoben hatte — man war schon durch diese Entwicklung in höchster Spannung gehalten, als noch im selben Jahre die Katastrophe der Südsee und der *Bubbles* gefolgt war, und hinterdrein die Hetze gegen die Direktoren.

Das waren die Erlebnisse und die Eindrücke, unter denen man im Frühjahr 1722 zu einer Neuwahl des Parlaments schreiten

sollte. Sogleich meldete sich die Kritik. Gewiß war in den Seelen vieler Zeitgenossen das Gefühl lebendig, als sei letzthin schlecht regiert worden. Es muß anders, es muß besser werden. Ein namenloser Autor veröffentlichte damals eine Geschichte und Kritik des soeben aufgelösten ersten siebenjährigen Parlaments¹⁾. An den Taten desselben findet er so ziemlich alles zu tadeln. Er geht die Reihe der gesetzgeberischen Akte durch, er findet sie, nur mit einer einzigen Ausnahme, durchweg verwerflich und sieht in ihnen die Ursache alles Mißgeschicks, das die Nation betroffen. Kühn und fast beleidigend für den Monarchen beginnt er die Aufzählung mit jenem Gesetze, welches den König von dem lästigen Zwange befreit hatte, sich die Erlaubnis zu seinen Auslandsreisen jedesmal erst vom Parlamente zu holen. Wir werden von diesen Auslandsreisen noch mehr zu hören haben. Unser Autor sieht, an dem Kern der Sache vorübergehend, das Übel nur darin, daß durch die Verlegung des Hofes nach auswärts die Städte London und Westminster und wohl auch andere in ihrem Verdienst geschädigt worden oder, wie er sagt, verarmt seien. Auch die kirchenpolitischen Gesetze, durch welche die Statuten aus der Zeit der Königin Anna aufgehoben worden, findet er verwerflich, und da das wichtigste dieser Gesetze sich als eine Akte zur Stärkung des protestantischen Interesses gegeben hat, so sagt er sarkastisch²⁾: Merkwürdig, daß man, um das protestantische Interesse zu stärken, ein Gesetz aufheben mußte, welches gerade zur „Erhaltung der protestantischen Religion“ gemacht worden. Bei der Aufzählung der weiteren gesetzgeberischen Akte spielt natürlich das Thema von der Südsee die Hauptrolle. Es wird am ausführlichsten abgehandelt und mit reichlichem Zahlenmaterial ausgestattet.

Wie gesagt, der Autor will warnen und ermahnen. Das Hauptübel, sagt er, war die Bestechlichkeit des Parlaments. „Oh England“, so ruft er feierlich, fast mit biblischem Klange der Rede, aus³⁾, „wohin wirst du kommen, wenn die Vollstrecker deiner Gesetze selbst die Schuldigen werden, und wenn sie, statt Verbrechen zu strafen, selbst zu Verbrechern werden“. Und

¹⁾ A compleat History of the late Septennial Parliament, London 1722.

²⁾ Ebd. 29.

³⁾ Ebd. 15

da er die Bestechung in jeglicher Form für das Hauptübel hält, so wendet er sich schon in der Vorrede mit einem starken Appell an die Wähler selbst¹⁾. „Wählt nicht Männer, die als Pensionäre der Regierung verdächtig sind oder die sich für ihr Schweigen bezahlen lassen! Wählt nicht die Urheber der *Septennial-Bill*, nicht die Werkzeuge der Südsee und der *Bubbles*! Wählt rechtschaffene Männer, Unbestechliche und solche, die als Begüterte unter Euch leben! Wählt Männer, die willens sind, die schlechten Gesetze des letzten Parlaments zu widerrufen und den von jenen verworfenen guten Entwürfen Gesetzeskraft zu verleihen!“

* * *

Und schon hatte die Wahlagitation mächtig eingesetzt. Das „siebenjährige Parlament“ von 1715 hatte sich noch nicht zu seiner letzten Session versammelt, als die politische Welt schon begann, sich eifrig mit der Arbeit für die Neuwahlen zu beschäftigen. Die Meinungen gingen auseinander schon in der Frage, ob denn überhaupt Neuwahlen stattfinden sollten. Wir erinnern noch einmal daran, daß bereits bei dem Beschluß der Siebenjährigkeitsakte von 1716 auch die praktischen Fragen des Tages eine entscheidende Rolle gespielt hatten²⁾. Denn wenn man noch so eifrig über den Wert oder Unwert langer oder kurzer Parlamente gestritten hatte, im Grunde war es der Regierung und dem mit ihr übereinstimmenden Unterhause doch nur darum zu tun gewesen, sich den Besitz der Macht für einige weitere Jahre zu sichern. So darf man sich auch nicht darüber wundern, daß auch jetzt wieder die fest im Sattel sitzende Regierung den kommenden Neuwahlen mit wenig Freude entgegenseh. Sowohl im Kabinett wie im Unterhause war eine Strömung vorhanden, welche die Dauer des Parlaments über die laufende Legislaturperiode hinaus abermals zu verlängern trachtete. Noch lebte Lord Sunderland, und der Gegensatz zwischen ihm und Walpole drückte sich auch in ihrer verschiedenen Auffassung dieser Frage aus. Sunderland forderte Neuwahlen, Walpole wünschte die Fortdauer des bestehenden Parlaments. Dabei wäre Sunderland, je nach dem Ausfall der Wahlen, auch

¹⁾ Ebd. VII.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 606.

bereit gewesen, einige Tories in die Regierung zu übernehmen, Walpole dagegen mit seinem starren Whigstandpunkt hätte das Risiko der Neuwahl gern vermieden, um das Eindringen der Tories mit aller Sicherheit zu verhindern. Die Volksmeinung scheint sich in dieser Frage mehr auf Sunderlands Seite gestellt zu haben. Man dachte an das Rumpf-Parlament in Cromwells Zeit, das sich von der Macht nicht trennen wollte, und endlich von dem großen General in tumultuarischer Weise auseinandergejagt werden mußte, und der Pöbel in den Straßen übte sich schon in den Rufen: „Nieder mit dem siebenjährigen Parlament! Nieder mit dem Rumpf!“

Ob nun Walpole ernstlich daran gedacht hat, mit dem Parlament von 1715 noch längere Zeit oder gar dauernd weiter zu arbeiten, mag dahingestellt bleiben. Tatsächlich ist nicht einmal der Versuch dazu gemacht worden. Die letzte Session des alten Parlaments, die im Oktober 1721 begann, ging ohne große Aufregungen vorüber, und von einer Verlängerung der Legislaturperiode war in den Räumen von Westminster offiziell nie die Rede gewesen. Am 7. März a. st. 1721/2 erschien der König persönlich im Parlament, gab in gewohnter Form seine Zustimmung zu den ihm vorgelegten Gesetzentwürfen und schloß die Session mit einer Thronrede, deren warmer Ton seine Zufriedenheit mit dem Verlauf dieser Session zum Ausdruck bringen sollte. Auch wurde das Parlament zunächst nur um eine Woche vertagt, da es nach dem herrschenden Brauch als eine Unfreundlichkeit empfunden worden wäre, wenn die Auflösung in Gegenwart des Souveräns erfolgte¹⁾. Erst am 10. ward durch Proklamation die Auflösung verkündigt und die Neuwahl angeordnet.

Die Agitation der Regierungskandidaten war seit Monaten im Gange. Mit Geld wurde nicht gespart, wobei aber die in die Taschen der Wähler fließenden Summen im allgemeinen von den Kandidaten selbst gezahlt wurden. Das Ministerium übte wieder dieselbe heroische Entsagung wie das letztmal, 1715.

¹⁾ Mémoires du Regne de George I. 4 (1730) 156. Vgl. auch Th. Wright, Caricature History of the Georges, 1898, p. 60.

²⁾ „Denn allhier gewöhnlich, daß wenn der König mit dem Parlament zufrieden gewesen, man selbiges nicht in Dero Gegenwart zu cassieren pfleget.“ Wallenrodt, 9./20. März 1722. G. St. A.

Es hat nur den von ihm abhängigen Leuten unter der Hand zu verstehen gegeben, sie sollten das Ihrige tun, um über die Neuwahl hinaus ihren Sitz im Unterhause zu behaupten¹⁾. So hat denn auch mancher Ehrgeizige ungeheure Summen zur Bestechung seiner Wähler verwendet. Aber er wußte wohl, daß er nach erfolgter Wahl schon wieder zu seinem Gelde gelangen werde. Man kann hier geradezu von dem logischen Zusammenhang sprechen zwischen der Bestechung der Wähler durch die Kandidaten und der folgenden Bestechung der Gewählten durch die Regierung. Die Wähler finden, daß ihr Abgeordneter sie auch dafür bezahlen könne, wenn er durch ihre Wahl in die Lage kommen möchte, große Summen von der Regierung zu erhalten. In klassischer Formulierung findet sich diese Anschauung in einem Berichte des österreichischen Residenten. Er schreibt²⁾, daß „die Geldbestechungen, um sich erwählen zu machen, noch niemals so groß und so öffentlich gewesen als dieses Mal. Ein jeder, so ein Votum hat, sucht es aufs Teuerste zu verkaufen, unter dem Vorwand, daß, nachdem es soweit gekommen, daß die Deputierten ihre Stimme im Parlament dem Hof hinwieder verkaufen, es sei um Plätze, Pensionen oder bares Geld, es billig sei, daß sie auch seine Stimme erkaufen“³⁾. Also ein sehr klares Geschäft: der Wähler wird von dem Kandidaten bezahlt für die Wahl; der Gewählte wird entschädigt durch die Honorierung seiner Stimmabgabe im Parlament. Und wer in dieser Praxis eine Ausgeburt der insbesondere Robert Walpole zum Vorwurf gemachten Korruption erblicken wollte, dem wäre zu erwidern, daß die Praxis keineswegs neu war; denn schon in der 1701 erschienenen Schrift von Toland über die Parteilregierung⁴⁾ heißt es: „Ich zweifle nicht daran, daß alle diejenigen, die ihre Wahl erkaufen, sich wiederum für ihre Stimmabgabe im Parlament bezahlen lassen“.

Die Ausnahme bestätigt die Regel. Von den Wählern in

¹⁾ Wallenrodt, 30. Jan./10. Febr. 1722. G. St. A.

²⁾ Hoffmann, 20. März. 1722. W. St. A.

³⁾ Ähnlich Wallenrodt 13./24. März 1722: „... u. gleichwie selbige Leute ihre *electiones* teuer erkaufen müssen, also werden sie sich auch ihre Stimmen vom Hofe gut bezahlen lassen“. G. St. A. Vgl. W. Michael, Walpole als Premierminister. H. Z. 104.

⁴⁾ The Art of Governing by Parties, Lond. 1701.

Reading wird es 1722 rühmend hervorgehoben, daß sie unter dem Eindruck einer wirkungsvollen Kanzelrede jede Bezahlung ablehnen und erklären, sie wollten lieber verhungern, als sich dieses Mal für ihre Wahl bezahlen lassen ¹⁾.

Übrigens war ja eine solche Bezahlung der Wähler auch nur möglich in den allerdings zahlreichen Wahlkreisen, in welchen nur ein kleines Häuflein von Wählern vorhanden war. In London und Vororten, wo acht Abgeordnete von einigen Tausend Berechtigten zu wählen waren, versagte das Mittel vollständig. Hier feierten denn auch die Tories ihre bescheidenen Triumphe. Hier hört man von Pöbelaufläufen, bei denen alle Passanten, die nicht einen grünen Zweig, das Zeichen der Tories, auf dem Hute trugen, beschimpft und belästigt wurden. Und auch von Schlimmerem wird berichtet ²⁾. Man hört von „Faust-Bataillen“, von blutigen Köpfen. Als Lord Cadogan sich auf seine Güter begeben will, um die Wahl seines Bruders durchzusetzen, wird sein Wagen mit Kot und Steinen beworfen, so daß „seine schönen brodierten Kleider und große Carrée-Perücke in etwas dabei werden gelitten haben ³⁾“.

Auch mit falschen Nachrichten wurde gearbeitet. So wurde, um für die stuartische Sache zu werben, das Gerücht ausgestreut, der Prätendent sei Protestant geworden ⁴⁾.

Mit alledem haben jedoch die Tories nicht viel erreicht. Die Minister, heißt es, achten wenig darauf und sagen schmunzelnd, „man muß den gemeinen Mann ausrasen lassen“ ⁵⁾. Und für die Tories, meint ein anderer, als das Wahlgeschäft kaum begonnen hat, muß es eine wahrhaft schmerzliche Enttäuschung sein, daß in einer Zeit, wo so viel Unzufriedenheit herrscht, sich dennoch ein Whig-Parlament mit einer so bedeutenden Majorität erzielen lasse ⁶⁾.

* * *

¹⁾ Portland, Mss. 7, 316. 317.

²⁾ Hoffmann, 14. April 1722. W. St. A. Wallenrodt, 3./14. Apr. 1722. G. St. A.

³⁾ Wallenrodt, 23. März/3. Apr. 1722. G. St. A.

⁴⁾ Hist. Mss. Comm. Rep. 15. App. 2, 233.

⁵⁾ Wallenrodt, 3./14. April 1722. G. St. A.

⁶⁾ Carlisle Mss. 37.

Unterdessen hatte auch die unmittelbare Bearbeitung der Wähler in den Wahlkreisen schon eingesetzt. Wir erfahren, wie der mächtigste der großen Magnaten, der Herzog von Newcastle, herumfährt im Lande, um in den Grafschaften, wo seine Güter liegen, auf die Wahlen zu wirken und sie vielleicht entscheidend beeinflussen zu können. Er redet mit den Leuten, er bewirtet sie, er zecht mit ihnen bis in den hellen Morgen hinein. Er klagt: „Seit ich hier bin, bin ich kaum nüchtern gewesen. Heute Morgen bin ich erst um 6 Uhr ins Bett gekommen“ ¹⁾. Auch in Schottland, der Hochburg des Jakobitismus, ward eifrig agitiert. Hier rechnete man mit der Möglichkeit, daß die Regierung zurückgreifen könnte auf die 1719 gescheiterte *Peerage Bill*. Wir erinnern uns ²⁾, daß durch diese Gesetzesvorlage der Versuch gemacht worden war, die durch die Union von 1707 geschaffene Verfassung zu ändern. Ins englische Oberhaus sollten, der *Peerage Bill* zufolge aus der großen Zahl der schottischen Peers nicht mehr, wie die Unionsakte es vorschrieb, 16 schottische Adlige von ihren Standesgenossen gewählt und nach Westminster gesandt werden. Statt dessen sollte die Zahl um 9 erhöht, diese 25 sodann zu erblichen Mitgliedern des englischen *House of Lords* erhoben werden. Die schottischen Jakobiten hingegen wollten unbedingt festhalten an der Unionsakte. Mit anderen Worten: sie wollten festhalten an der Wahl, wollten verhindern, daß ein fester Kreis aus dem schottischen Adel herausgehoben und zu dauernder Mitgliedschaft dem *House of Lords* in Westminster einverleibt werde. Unter der Führung des Herzogs von Hamilton traten eine Anzahl jakobitisch gesinnter Lords und Gentlemen von Schottland zusammen ³⁾. Sie wollten dahin wirken, daß die zu wählenden Schotten sich im voraus verpflichten müßten, sich der *Peerage Bill* oder jeder ihr ähnlichen Maßregel zu widersetzen. Auch stellten sie selbst aus der Zahl ihrer Gesinnungsgenossen eine Liste von 16 schottischen Peers auf, im Gegensatz zur Londoner Regierung. Die ganze Sache klingt so, als hätte man auf der einen Seite für die Unionsakte, auf der andern für die *Peerage Bill* gekämpft. In Wahrheit war aber dieser Gegensatz gar nicht vorhanden, und die Sorge der Schotten

¹⁾ Vgl. Nulle, Newcastle 138 ff.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 579.

³⁾ The Lockhart Papers (1817) 2, 83 ff.

unbegründet. Es war ja kein anderer als Walpole selbst gewesen, der seiner Zeit die *Peerage Bill* zu Falle gebracht hatte. Wie hätte er also jetzt darauf zurückkommen können?

Nicht um Unlon oder *Peerage Bill* ging in Schottland der Streit, sondern um Stuart oder Hannover.

Der Prätendent in Rom erfuhr von allem, was seine Freunde in Schottland taten, und billigte alles. Doch hüllte er sich in Schweigen, bis die Entscheidung gefallen war ¹⁾.

* * *

In Schottland wie in England wurden durch den Ausfall der Wahlen die höchsten Erwartungen der Regierung weit übertroffen. Im verflossenen Februar hatte Townshend, gemütlich am Kaminfeuer mit dem preußischen Residenten sitzend, diesem erklärt, „daß sie die *electiones* auf sehr guten Fuß gesetzt und so gut als versichert davon wären, auch in drei Monaten in triumphierendem Zustand sich befinden würden ²⁾.“ Als die Wahl zu Ende ging, war das Stimmenverhältnis von Whigs und Tories im Unterhause wie 2 : 1. Zu diesem Ergebnis hatte auch Schottland beigetragen. Auch unter den schottischen Abgeordneten war die große Mehrheit whiggistisch. Und die 16 schottischen Peers waren Mann für Mann die Kandidaten der Regierung von St. James ³⁾.

Aber man täusche sich nicht, es war mit nichten die Volksmeinung, die darin ihren Ausdruck gefunden hatte. Das System, die Wahlordnung, die Patronage, die Bestechung hatten das Ihrige getan.

Und hier dürfen wir schon, der späteren Darlegung ein wenig vorgreifend, ein Wort sagen über den Parlamentarismus und insbesondere über die parlamentarische Opposition im Zeitalter Walpoles. Über die Korruption wird ja noch zu reden sein. Wir können sie nicht so sehr tragisch nehmen. Es ist doch nicht schlecht regiert worden unter diesem System, die Macht und der Reichtum Englands sind fortwährend gewachsen. Und dabei ist trotz der herrschenden Stellung des Ministers durch die ganze Zeit seines Waltens hindurch auch die Kritik

¹⁾ Ebd. 90 ff.

²⁾ Wallenrodt, 6./17. Febr. 1722. G.St.A.

³⁾ Vgl. Realey, *The early opposition to Sir Rob. Walpole* (1931) 115.

stets zu Worte gekommen, sowohl im Parlament wie in der Literatur. Die ihm von Natur feindlichen Gruppen der Tories und der Jakobiten waren dazu allein jedoch nicht stark genug, waren oft nicht gut unterrichtet und hatten nicht immer die besten Redner zu ihrer Verfügung. Dafür ist nun ein starker Flügel der Whigs, d. h. der eigenen Parteigenossen des Ministers, hinübergegangen zur Opposition, zu den Feinden Walpoles, hat die Phalanx der Regierungsgegner mächtig verstärkt, ist oft bis zur Verleugnung ihrer alten Prinzipien gegangen, nur um nichts unausgesprochen zu lassen, was sich gegen die Politik des Kabinetts einwenden ließ. So ward durch die große Whig-majorität selbst, da der Minister sie doch nicht völlig in der Hand behielt, die Allmacht der Regierung wieder aufgehoben, und der Kritik der öffentlichen Meinung eine breite Eingangspforte aufgetan.

* * *

Siebentes Kapitel.

„Atterbury's Plot“.

Der für die Regierung so überaus günstige Verlauf der Parlamentswahlen von 1722 war auch entscheidend für den Ausgang einer Verschwörung, die im selben Jahre angezettelt wurde, um Georg I. zu stürzen und den Prätendenten an seine Stelle zu setzen. Wir haben dieser Verschwörung, dem sogenannten *Atterbury Plot*, unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir haben zu hören, wie sie gedacht war, wie sie entdeckt wurde und wie nach ihrem Scheitern die Herrschaft der Whigpartei fester dastand als vorher.

Seit dem mißlungenen schottischen Unternehmen von 1719 waren die Hoffnungen der Jakobiten gewaltig herabgestimmt. In absehbarer Zeit schien sich keine Möglichkeit zu einem neuen Anschlag gegen den Thron des hannöverschen Königs zu bieten. Aber, wie diese Leute nun einmal waren, wie sie in jedem Mißgeschick der Regierung Georgs I. einen Erfolg ihrer eigenen Sache zu erblicken pflegten, so ist es zu verstehen, daß schon die Südseekatastrophe von 1720 ihre Hoffnungen neu belebte. Solange das Steigen der Aktien währte, sah es für die stuartische Sache allerdings noch trostlos aus. Wirtschaft und Volkstimmung in England nahmen ja zunächst einen unerhörten Aufschwung. Und auch die Parteiverhältnisse hatten sich geklärt. Im Mai des Jahres war der Konflikt zwischen dem Könige und dem Prinzen durch eine dramatische Versöhnungsszene beendet worden, und durch den Eintritt Robert Walpoles und seiner Freunde in die Regierung, durch den Zusammenschluß der gesamten Whigpartei hatten die Tories ihre günstige Position als Zünglein an der Waage verloren.

Aber vielleicht kam Hilfe vom Auslande. Das Glück der Südsee hatte ja heftige Eifersucht in Frankreich hervorgerufen. Noch beherrschte John Law die Situation. Er ließ Südseeaktien in großen Massen aufkaufen, um von Paris aus die Kursbewegungen dirigieren zu können, er spottete über das englische System, in dem seine eigenen echten Gedanken verfälscht

seien. Er hielt herausfordernde Reden, er sagte jedem, der es hören wollte, daß ihm ein Krieg mit England nicht unerwünscht käme, und er hätte wohl auch gegen die Erhebung des Prätendenten nichts einzuwenden gehabt.

Natürlich unterließen die Jakobiten es nicht, die englandfeindliche Stimmung in Frankreich nach Kräften zu schüren. Und so setzten sie ihre Hoffnungen auf Frankreich. „Ob der Regent“, schrieb Bischof Atterbury am 6. Mai 1720 an seinen König Jakob III. ¹⁾, „ob der Regent sein Interesse dabei finden wird, in solcher Lage Ihre gerechte Sache zu seiner eigenen zu machen, oder ob er es vorziehen wird, zu warten, bis er den Erfolg all seiner großen Pläne zu übersehen vermag, das werden Sie, Sire, am besten beurteilen können, und die Zeit wird lehren, wie es damit gegangen ist Wir sind hier in fieberhafter Erregung. Ob Gutes oder Böses daraus entsteht, Frankreich allein kann es entscheiden.“

Einige Monate später, im Oktober 1720, ist das Bild verändert. Der Kurs der Südseeaktien ist gefallen, die Bestürzung ist allgemein, und die Schuld an dem Unglück wird der Regierung zugeschrieben. Rückschauend hat später Arthur Onslow gesagt, er sei doch überzeugt, wäre damals, als der König außer Landes war, der Prätendent beim Tower von London ans Land gestiegen, „er hätte nach St. James's reiten können, und kaum eine Hand hätte sich gegen ihn erhoben“ ²⁾. Aber andererseits hatten sich auch Englands Beziehungen zu Frankreich, wo Law gestürzt war, gebessert. Atterbury hielt deshalb den Zeitpunkt nicht für günstig, um ein großes Wagnis zu beginnen. Erst im nächsten Jahre, als der Sturm gegen die Direktoren losbrach, der auch die Regierung selbst bedrohte, ist der Bischof wieder voller Hoffnung. „Sire“, schreibt er ³⁾, „der Augenblick ist da. Nur ein wenig Hilfe von Ihren auswärtigen Freunden, und der Weg zu Ihren Anhängern daheim wird sicher und eben sein“.

Der Prätendent selbst ging, freudig und optimistisch, wie er noch war, auf solche Anregungen ein. In seinen Briefen

¹⁾ F. Williams, *Memoirs and Correspondence of Francis Atterbury* 2 (1869) 362.

²⁾ *Hist. Mss. Comm. Rep.* 14. App. 9, 504.

³⁾ *Ebd.* 367.

spricht auch er im Juli 1721¹⁾ von der Gunst der Zeit, die wohl einen Streich gegen England aussichtsvoll erscheinen lasse. Man bemüht sich in Rom für seine Sache, und am 13. August 1721 dankt er seinem Freunde, dem Kardinal Gualterio, für alles, was er für ihn getan habe „dans la grande affaire en question“²⁾. Doch im Oktober desselben Jahres werden die Aussichten wieder trübe. Frankreich und Spanien haben ihre Tripel-Allianz mit England geschlossen und haben daher keine Neigung, sich mit dem Prätendenten einzulassen. So sollten denn, schreibt dieser an den Herzog von Saint Simon³⁾, die beiden Kronen darüber aufgeklärt werden, daß es weit mehr in ihrem Interesse läge, sich ihm anzuschließen als dem „Kurfürsten von Hannover“. Und da Saint Simon im Begriffe ist, nach Spanien zu reisen, zur Vermittlung der Fürstenheirat, so möge er doch dem dortigen Hofe vorstellen, daß das Bündnis mit Frankreich nur Dauer verspräche, wenn man auch die stuartische Sache unterstützte. So schwankt der ungekrönte König zwischen Hoffnung und Entsagung hin und her. Am 1. Dezember 1721 meint er⁴⁾, noch niemals sei England in solcher Lage gewesen wie jetzt, und das Ende seiner Leiden sei nicht abzusehen. „Aber nur die Vorsehung weiß, was daraus werden wird, und ihrem Schlusse muß man sich unterwerfen.“

* * *

Die jakobitische Verschwörung von 1722 ist unter dem Namen „Atterbury's Plot“ in der Geschichte bekannt. Das mag insofern unbillig erscheinen, als der Bischof von Rochester keineswegs der Urheber war. Außerhalb Englands ward die Intrigue gesponnen. Die englische Regierung erhielt Kenntnis davon, sie ergriff einige der im Lande befindlichen Schuldigen oder Mitwisser, und auch den Bischof ereilte das Schicksal. Noch kurz vorher hatte Walpole den Versuch gemacht, den gefährlichen Mann, dessen jakobitische Gesinnung jedermann

¹⁾ Add. Mss. 20 292. Brit. Mus.

²⁾ Add. Mss. 20 292. Brit. Mus.

³⁾ Jakob Eduard an St. Simon, 20. Oct. 1721. Add. Mss. 20 292. Brit. Mus.

⁴⁾ Engl. Hist. Rev. 16 (1901), 512.

kannte, für die Regierung zu gewinnen. Er erscheint eines Tages, im Mai 1722, im Hause des Prälaten und macht ihm ein Anerbieten¹⁾. Er stellt ihm den voraussichtlich bald vakanten Bischofssitz von Winchester in Aussicht, will ihm auch sofort eine reichliche Pension zahlen, und ein Verwandter Atterburys soll einen einträglichen Posten im Schatzamt erhalten. Die Gegenleistung soll in nichts anderem bestehen als im Verzicht auf die Opposition im Oberhause. Atterbury lehnt ab. Das mag ihm zur Ehre gereichen. Aber auch, was Walpole tat, wird man kaum als einen niedrigen Bestechungsversuch zu verurteilen haben. Er nahm die Welt und die Menschen, wie sie waren, und suchte Helfer für seine Politik zu finden, wo sie sich zu bieten schienen. Und wo immer man von Korruption zu reden pflegt, liegt das Odium mehr auf der Seite des Gesinnungslosen, der den Lohn empfängt, als auf der Seite desjenigen, der ihn erteilt. Es mag auch schon hier einmal darauf verwiesen werden, daß in Walpoles Amtszeit von 26 Bistümern zeitweilig 19 mit guten Whigs besetzt waren²⁾, während man sich doch die Masse der englischen Geistlichkeit auf der Seite der Tories, d. h. der Partei der Kirche, zu denken hat. Waren jene 19 wohl alle überzeugte Whigs, so dürfte man fragen, oder wie sind sie in ihre Ämter hereingekommen?

Unterdessen war die Regierung der im Entstehen begriffenen jakobitischen Verschwörung auf die Spur gekommen. Es läßt sich noch genau feststellen, wie das geschah. Lukas Schaub, der englische Gesandte in Paris, übersandte am 30. April 1722 n. St. seiner Regierung³⁾ ein aus Rom nach Paris gekommenes Schreiben mit verfänglichem Inhalt. Schaub hat es von Dubois selbst erhalten, doch mit dem Wunsche, daß Schreiber, Adressat und Ort der Ausstellung geheim bleiben sollen. Weitere Briefe Schaub's mit ergänzenden Mitteilungen folgten⁴⁾. Briefe aus Rom und Madrid trafen ein, von denen wir nicht immer sagen

¹⁾ Vgl. F. Williams, a. a. O. 1, 377.

²⁾ „We shall now have 19 Whig Bishops out of the 26, which is a pretty reasonable proportion.“ Sunderland an Newcastle, 21. Sept. 1721. Add. Mss. 32 686. Brit. Mus.

³⁾ Schaub an Carteret, Paris, 30. April 1722 n. St., nebst Beilage Add. Mss. 33 005 fol. 375 ff. Brit. Mus.

⁴⁾ Add. Mss. 33 005.

können, ob sie direkt oder über Paris nach London gelangt sind¹⁾. Auch die Organe Österreichs in Rom, in Paris, in London teilten der englischen Regierung getreulich alles mit, was sie von den Plänen der Jakobiten erfuhren. Kardinal Althan, der Vetter des Günstlings Karls VI., bittet Henry Davenant, den englischen Gesandten in Genua, der zur Zeit in Rom weilt, zu sich und erzählt ihm das Neueste über das Treiben des Chevaliers und seiner Leute. Althan schreibt auch an Pendtenriedter, der es auch Windischgrätz mitteilen möge. So erfahren die Minister in London prompt, wie es in jenen Zeiten, ohne Eisenbahn und Telegraph, nur möglich war, alles, was man sich in Rom, in Paris, in Cambrai, in Madrid in die Ohren raunte. Ja, der handschriftlich mehrfach überlieferte Bericht²⁾ Davenants ward von den Staatssekretären Townshend und Carteret an Robert Walpole weitergegeben, mit der von beiden unterzeichneten Erklärung³⁾, daß um die Zeit, als dieser Brief nach England kam, „Seine Majestät dieselbe Nachricht von einem an seinem Hofe residierenden fremden Minister empfangen habe“. Und ein helles Licht fällt insbesondere auf die Haltung des Regenten von Frankreich durch den Brief eines Jakobiten in Cambrai⁴⁾. Er erzählt, wie man in seinem Kreise sich entschlossen habe, den Regenten in ihre Pläne einzuweißen. Ein (nicht genannter) Lord erhält die gewünschte Audienz. Kaum hat er den Herzog verlassen und meint, sie seien als die besten Freunde in der Welt geschieden, so vernimmt er, daß auf Befehl des Regenten das Geheimnis sofort dem Könige Georg entdeckt worden ist. „Wie soll man sich“, ruft der Briefschreiber verzweifelt aus, „wie soll man sich, bei aller Vorsicht, wappnen gegen ein solches Benehmen?“

So war Glück oder Unglück des vertriebenen Hauses Stuart,

¹⁾ Für das Folgende sind an handschriftlichen Quellen benutzt neben den Korrespondenzen im Brit. Museum (Add. Mss. 33 005 u. Add. Mss. 20 292) besonders die umfangreichen Materialien der Houghton Mss., d. h. die von Walpole für die Aktion gegen die Verschwörer gesammelten u. bearbeiteten Akten.

²⁾ Rom, 4. Mai 1722. Add. Mss. 33 005, u. mit einigen Varianten in den Houghton Mss. Ähnlich Althan an Pendtenriedter, Rom, 10. Mai 1722. Add. Mss. 33 005.

³⁾ Die Erklärung nur in den Houghton Mss.

⁴⁾ Vom 12. Juli 1722. Houghton Mss.

wie in seiner ganzen Geschichte, so auch dieses Mal wieder abhängig von der Haltung der Mächte des Festlandes. Frankreich und Österreich, die Verbündeten Englands, hielten zu Hannover. Spanien war unsicher oder feindlich. Selbst am römischen Hofe beobachtet man verschiedene Strömungen. Der Papst selbst und die Mehrzahl der Kardinäle treten für den Prätendenten ein, und wie sollten sie anders? Sie hätten sonst den Geist der Kurie verleugnen müssen. Denn die Sache der Stuarts war für sie schlechthin die Sache der Kirche. Aber neben den Gualterio, Aquaviva, Alberoni erscheinen dennoch einzelne Kardinäle, der Österreicher Althan, der Spanier Cienfuegos, die aus Gründen der Politik sich von den andern abseits halten und die alles verraten.

Mit dem so der englischen Regierung in die Hände gespielten Material konnte sie der von außen drohenden Gefahr leicht entgegentreten. Viel schwieriger war es jedoch, die Verschwörer im eigenen Land zu treffen. Man konnte nicht viel mehr tun, als die an die Verdächtigen von auswärts gesandten Briefschaften auf der Post öffnen und abschreiben zu lassen. Solche Stücke mit der Beglaubigung der Postbeamten sind vorhanden¹⁾. In den Briefen aber liest man wohl einmal die Bemerkung, daß die Eingeweihten in England ihre Freunde draußen „vorsichtig mit Nachrichten versehen und sie zum Handeln ermutigen, während sie selbst sich zurückhalten, bis die Entscheidung so oder so erfolgt ist“²⁾. Man versteht es vollkommen, daß es der Regierung den inländischen Jakobiten gegenüber, mochten sie ihr auch noch so gut bekannt sein, stets am meisten darauf ankam, Beweismaterial zu erhalten. Und wenn verhaftet wurde, waren die Schergen oft mehr darauf bedacht, Papiere zu beschlagnahmen, als den Mann dingfest zu machen.

Was man aus dem gesamten, so gewonnenen Material erfuhr, war etwa das Folgende:

Sobald der König, der in diesem Jahr nach Hannover gehen will, sein Britisches Reich verlassen haben wird, soll

¹⁾ *I make oath that this is a true copy of an original letter opened at the General Post Office and copied by me. P. Thouvois; beglaubigt durch Ch. Delafaye. Houghton Mss.*

²⁾ A copy of an anonymous letter to Mrs. Jones ..., 13. Aug. 1722. Houghton Mss.

die Ausführung beginnen. In Rom, in Frankreich, in Madrid entfalten die Jakobiten eine fieberhafte Tätigkeit. Jakob Eduard, ihr fürstliches Oberhaupt, hat am 30. April eine lange Audienz beim Papste, angeblich, um sich bei Seiner Heiligkeit zu verabschieden, ehe er sich zur Villegiatura in die Albaner Berge begibt. In Wahrheit will er nur 2 oder 3 Tage daselbst verweilen, um sich sodann, ohne Aufsehen zu erregen, nach Porto Longone auf der Insel Elba zu begeben. Da wird er von spanischen Schiffen erwartet, die ihn nach Cadix oder einem anderen Hafen bringen werden. Und zu gegebener Zeit wird er hinausfahren nach Irland, oder nach Schottland, oder nach England, wie es am günstigsten erscheint. Der Herzog von Ormond, dem schon vor drei Jahren die Führerrolle zugedacht war, die er aber, durch Sturm und Mißgeschick verschlagen, nicht übernehmen konnte, derselbe Herzog von Ormond wartet in Madrid auf den Moment der Abreise. Vor allem aber regen sich die in Frankreich zahlreich lebenden Stuart-Anhänger. Die jakobitische Gesellschaft von Saint Germain zerstreut sich. Irische Offiziere gehen in die Hafenplätze des Nordens, angeblich um ihre Regimenter aufzusuchen. Man wendet sich sogar an den Herzog-Regenten von Orléans, nimmt voreilig an, er werde das Unternehmen unterstützen und erklärt ihm, wenn er nur 3000 Mann zur Verfügung stelle, so werde es sicher gelingen, Jakob Eduard auf den Thron zu erheben.

Abgesehen von dieser lächerlich niedrig bezifferten militärischen Unterstützung durch die Regierung Frankreichs, täuschte man sich auch vollständig über die Haltung des Regenten. Wie wir eben gehört haben: er dachte nicht daran, sich mit diesen törichten Schwärmern einzulassen, er hielt fest an seinem englischen Bündnisse, das sich soeben in Erwartung der kommenden Kongreßverhandlungen von Cambrai so vortrefflich bewährte. Statt die Jakobiten zu unterstützen, teilte er alles, was er erfuhr, getreulich der englischen Regierung mit, ließ die Häfen Nord-Frankreichs bewachen und ordnete an, daß niemand sie ohne Paß verlassen dürfe.

Am aller phantastischsten aber erscheint die Hoffnung der englischen Jakobiten, wenn sie nicht mehr und nicht weniger planten, als nach der Abreise des Königs zuerst den Tower von London und sodann die Hauptstadt selbst in ihre Gewalt zu

bringen. Und man mag sich vorstellen, wie im Kreise dieser Schwärmer auch wieder das Jakobitenlied von 1716¹⁾ gesungen wurde:

„Jetzt sind wir lustig, Gevatterin,
Jetzt hat es keine Not.
Wir singen: Die Stuarts kehren zurück,
Da ärgern die Whigs sich zu Tod.“

* * *

Nun war alles verraten und vereitelt. „Die Jakobiten“, sagt ein Bericht von der Pariser Gesandtschaft²⁾, „kehren nach Saint Germain zurück. Das einzige, was sie noch tun, ist, verkleidete irische Priester nach Irland zu senden, um dort Rekruten zu werben. Der Prätendent und alle seine Anhänger sind niedergeschlagen und fassungslos“, so klingt es in einem Briefe aus Rom³⁾ vom Juni 1722. Aber bald wird gemeldet⁴⁾, daß die Spanier ihre Pläne auch nach der Entdeckung der Verschwörung keineswegs aufgegeben haben. Sie bereiten von neuem eine Landung in Irland oder England vor. Sie wollen alles wagen, um die gegenwärtige Erregung zu benutzen. Ihre Freunde in England drängen sie dazu, weil sie anders der Rache der Regierung nicht glauben entgehen zu können. Auch in Rom denkt man nicht anders. Die stuartfreundlichen Kardinäle Gualterio und Aquaviva fassen wieder Mut und ebenso der Prätendent, der sich in der letzten Zeit mehr als je melancholischen Gedanken hingegeben hatte⁵⁾.

Wirklich waren die Jakobiten weit davon entfernt, ihre Sache für verloren zu halten⁶⁾. Es ist eine Fülle von sich überstürzenden, oft einander widersprechenden Meldungen und Nachrichten, die noch im Juli und August des Jahres aus den ver-

¹⁾ Die Cavalier- und Jakobitenlieder. Übers. v. St. Gätschenberger 1866, S. 71.

²⁾ Crawford. Paris, 24. Juni 1722. N. S. (Extrait). Add. Mss. 33 005. Brit. Mus.

³⁾ Lettre de Rome. 27. Juni 1722. (Extrait.) Add. Mss. 33 005. Br. Mus.

⁴⁾ Zwei Berichte aus Rom vom 11. Juli 1722. Add. Mss. 33 005. Brit. Mus.

⁵⁾ Davenant, Rome, 11. Juli 1722. Add. Mss. 33 005. Br. Mus.

⁶⁾ Das folgende besonders nach den Korrespondenzen Add. Mss. 33 005. Brit. Mus.

schiedensten Teilen Europas in London eintrafen und die insgesamt den Eindruck erwecken, als wenn die Jakobiten nun erst recht mit verdoppelter Energie das Ziel verfolgten. Heftig und nervös erscheint dieses Treiben in Frankreich, in Spanien, in Italien. Man erfährt, daß es noch eine Zeitlang fortgärt außerhalb Englands, vielleicht auch in England selbst. Der Prätendent feuert von neuem seine Freunde in England an, etwas zu unternehmen. Er selbst reist voller Unruhe in Italien umher. Er wird wieder vom Papst empfangen. Er trifft in Lucca mit seiner Gattin zusammen, wo sie die Bäder gebraucht. Er will über Bologna nach Urbino fahren, will an keinem Orte lange verweilen, um nicht die Aufmerksamkeit der Späher Großbritanniens auf sich zu lenken. Er will sich bereit halten, um durch Frankreich zu reisen und sich nach England einzuschiffen, sobald seine Stunde gekommen sei. — Und wenn auch Frankreich unter dem Herzog von Orléans sich ihm versagt und treu zu der Regierung Georgs I. hält, so meint er um so sicherer auf Spanien rechnen zu dürfen. Man versichert ihm, daß die im Mittelmeer schwimmenden spanischen Kriegsschiffe sich seinen Befehlen unterwerfen werden, sobald er sie braucht. Ein lebhaftes Treiben hat sich unterdessen in den nordspanischen Häfen entwickelt. Man hört von zahlreichen katholischen Iren, die sich hier aufhalten. Sie können auftreten als Rekruten für ein paar irische Regimenter der Armee von Spanien oder auch ganz offen als Kämpfer für die Sache Jakob Eduards. „Keine Stadt in Spanien“, heißt es in einem Briefe aus Bilbao vom 16. August 1722, „ist den Jakobiten und ihrer Sache so günstig gesinnt wie diese. Die große Freiheit, die das Land genießt, das Fehlen eines Vertreters von Großbritannien und die große Zahl von irischen Papisten, die hier wohnen, alle diese Umstände sind ein starker Antrieb für die Jakobiten, ihre Pläne von hier aus zu verfolgen. Die Stadt ist nicht stark bevölkert, aber die Hälfte sind irische Papisten. Es ist geradezu komisch, wie die wenigen hier lebenden englischen Kaufleute sich vor ihnen fürchten.“ Auch in andern Häfen des Nordens treten die Iren in Mengen auf. Es heißt wohl, sie seien im Dienste des Königs von Spanien, aber gelegentlich werfen sie ihren Sold hin und erklären, keinem andern Fürsten dienen zu wollen als König Jakob, für den sie in Irland

geworben seien¹⁾. 450 irische Rekruten erscheinen im Juli in Coruña; mehrere Hundert werden im August in anderen Häfen von Viscaya und Galicia gelandet. Von einlaufenden englischen Schiffen sucht man die Matrosen wegzulocken, um sie für den Dienst des Prätendenten zu werben. Ein Agent Jakob Eduards sitzt in Madrid, ein anderer, scharf überwacht von dem britischen Konsul, in Coruña. An Geld und an Waffen fehlt es nicht. Und das alles vollzieht sich gleichsam unter den Augen des spanischen Königs, des Verbündeten Georgs I. Die sogenannten irischen Regimenter können sich in jedem Augenblick in Hilfstuppen Jakob Eduards verwandeln. Noch am 25. Juli schreibt der Sekretär Crawford von der englischen Botschaft in Paris, daß nach den letzten Nachrichten eine Landung im westlichen England geplant sei mit irischen Offizieren und Waffen, alles sei dort zu ihrem Empfange bereit, und der Anführer sei der Herzog von Ormond.

* * *

Im Ernste hatten diese abenteuerlichen Verschwörerpläne keine Aussicht mehr auf Erfolg. Denn die englische Regierung blieb wachsam, und ihre Stellung war nach dem Ausfall der jüngsten Wahlen neu gefestigt. Sie hatte, seitdem die ersten Nachrichten von Frankreich herübergekommen waren, in aller Ruhe ihre Maßregeln getroffen. Eines war aber zunächst notwendig: Der König durfte in diesem Jahre nicht außer Landes gehen. So hatten die Minister die undankbare Aufgabe, ihm die Hannover-Reise auszureden und auch dem Volke die Gewißheit zu geben, daß er nicht gehen werde. Anfangs sprach man nur von Aufschub und sagte den Leuten, der Monarch warte nur seinen Geburtstag, den 28. Mai²⁾, ab, „um der Stadt London den Profit der Geburtstagsfeier nicht zu rauben“. Doch bald erfuhr man, daß die Reise für dieses Jahr völlig aufgegeben sei. Der König mußte sich fügen, schon um deswillen, weil die Mitglieder des Kabinetts nicht wagten, die Regentschaft zu übernehmen³⁾.

¹⁾ Bilbao, 10. Aug. 1722. Add. Mss. 33 005. Brit. Mus.

²⁾ Wallenrodt, 4./15. Mai 1722. G. St. A. Im D.N.B. Art. George I wird als Geburtstag irrtümlich der 28. März genannt.

³⁾ Hoffmann, 19. Mai 1722. W. St. A.

Aber auch an militärische Sicherung mußte man denken. Hörte man doch von einigen tausend gedienter Offiziere und Soldaten, die heimlich ins Land gekommen seien. So wurde im Hyde-Park ein Lager zusammengezogen, bestehend, wie der preußische Resident seinem Könige Friedrich Wilhelm genau berichtet¹⁾, aus „drei Regimentern Garde zu Fuß, das erste von drei und die beiden andern aus zwei Bataillons bestehend“. Und zu weiterer Erbauung seines Königs fügt er hinzu: „Jedes Bataillon sollte von 500 Mann sein, allein sie sind nicht komplet. Die Mannschaft ist ziemlich gut und sehr wohl gekleidet, allein sehr schlecht exercieret und disciplinieret, und waren im Ausmarsch die meisten Soldaten besoffen.“

Der Soldatenkönig hatte es gern, wenn seine Gesandten ihm gelegentlich Beschreibungen lieferten vom Tun und Treiben in den Armeen des Auslandes, und wenn der Berichterstatter seine Aufgabe voll erfaßt hatte, so durften auch gewisse kleine Bemerkungen nicht fehlen, in denen die Überlegenheit der preußischen Truppen gegenüber den fremden deutlich zum Ausdruck kam. Friedrich Wilhelm war auch dieses Mal sichtlich erfreut über die ihm gelieferte Beschreibung der englischen Truppen und machte dazu die eigenhändige Randbemerkung: „Soll weiter berichten.“

Auch in den Grafschaften wurden vielfach ähnliche Lager errichtet wie im Hyde-Park. Aus Irland ließ man sechs Regimenter herüberkommen, die bei Bristol stationiert wurden, „als welcher Ort mehrentsils aus Jakobiten besteht“²⁾. Und im Kanal kreuzte ein Geschwader von Kriegsschiffen. Denn wenn auch eine ernsthafte Invasionsgefahr nicht bestand, so sprach man doch von der Möglichkeit der Landung feindlicher Elemente, „die in kleinen Fahrzeugen ohne Convoi vorgenommen werden kann“³⁾.

So war die von außen drohende Gefahr beschworen. Nicht so leicht war es, der Gefahr im Innern Herr zu werden. Es galt, die Schuldigen im eigenen Lande zu fassen. Notorische Jakobiten gab es ja in Menge. Aber wer hätte die Urheber der gegenwärtigen Verschwörung zur Anzeige gebracht. „Die

¹⁾ Wallenrodt, 11./22. Mai 1722. G. St. A.

²⁾ Wallenrodt, 15./26. Mai 1722. G. St. A.

³⁾ Hoffmann, 15. Mai 1722. W. St. A.

Engländer“, sagt der preußische Resident¹⁾, „wollen lieber als Rebellen und Diebe gelten denn als Angeber, und die Folter war längst unbekannt. Der erste, den man verhaftete, war ein irischer Priester namens Kelly. Man hatte ihn längere Zeit beobachtet, hatte ihn hinüber nach Frankreich und zurück reisen sehen. Er mußte wohl wichtige Beziehungen haben und wertvolle Papiere in seinem Besitz. Auf die letzteren kam es der Regierung besonders an. Hierin aber ward sie enttäuscht. Die Häscher, die ihn auf der Straße festhielten, gingen mit ihm in seine Wohnung. Doch während sie die wichtigsten Stücke seiner Korrespondenz zu sammeln begannen, gelang es ihm, mit gezücktem Schwerte jene zu verjagen, und als sie mit Bewaffneten zurückkamen, hatte er die Papiere verbrannt. Den Mann konnte man fassen, aber das belastende Material war verloren. „Wäre es nicht so“, soll Walpole gesagt haben²⁾, „so würden wir einen Bischof zum Märtyrer gemacht haben“.

Mit diesem Worte ist kein anderer gemeint als Franz Atterbury, der Bischof von Rochester. Jedermann wußte, daß er von jeher der stuartischen Sache ergeben war. Heißt es doch, er hätte beim Tode der Königin Anna sich bereit erklärt, in vollem Ornat den Prätendenten in Charing Cross zu proklamieren, und er hätte, da man ihn nicht gewähren ließ, laut geklagt, so sei denn aus Feigheit die beste Sache in England verloren gegangen³⁾. So war denn ohne seine Mitwirkung kein auf die Erhebung des Hauses Stuart abzielender Plan zu denken. Schottland und Irland schienen weniger wichtig als England, und das jakobitische England folgte den Winken Atterburys. „Das alte England“, so heißt es in einem an Jakob Eduard gerichteten Briefe aus dem Jahre 1718⁴⁾, „das alte England ist es, das den Pfeifer zahlen muß, und darum, Sire, tanzen Sie doch in Gottes Namen nach der Pfeife des Bischofs von Rochester“.

Und ein Kenner der Zeit und ihrer Männer, der nachmalige Sprecher des Unterhauses Arthur Onslow, hat von Atterbury

¹⁾ Wallenrodt, 22. Mai/2. Juni 1722. G. St. A.

²⁾ Portland Mss. 7, 328.

³⁾ H. Walpole, Reminiscences (Letters ed. Cunningham) 1, CXII.

⁴⁾ Stuart Mss. 7, 393.

gesagt ¹⁾, sein Streben ging dahin, nicht nur in der Kirche der erste zu sein, sondern auch im Staate. Kardinal Wolsey sei sein großes Vorbild gewesen. Aber um das Ziel zu erreichen, meinte er zuvor die gegenwärtige Regierung stürzen und den Präbendenten an ihre Stelle setzen zu sollen.

So herrschte denn in den Kreisen der Regierung die Überzeugung, daß eine jakobitische Verschwörung nicht denkbar sei, ohne daß der Bischof von Rochester seine Hand dabei im Spiele habe. Beweisbar oder nicht, die Behauptung, daß Atterbury der Hauptschuldige sei, schwebte auf aller Lippen und führte den Entschluß herbei, diese Gelegenheit zu benutzen, um sich seiner dauernd zu entledigen. Trotzdem zögerte man lange, ehe man sich seiner Person bemächtigte; denn man wollte auch genügende Beweise seiner Schuld in Händen haben. Das Kabinett trat zusammen, und es muß eine bewegte Debatte gewesen sein, als man über die Verhaftung Atterburys beriet. Man hört ²⁾, daß es der Erzbischof von Canterbury, der erste Geistliche der Kirche von England, gewesen, der die Entscheidung gegeben und einen einstimmigen Beschluß herbeigeführt habe ³⁾. Atterbury selbst scheint unbesorgt gewesen zu sein, wohl auch in dem Gedanken, daß Walpole ja noch vor wenigen Monaten den Versuch gemacht hatte, ihn zu gewinnen. Die Beauftragten die ihn verhaften sollten, fanden ihn in seinem Arbeitszimmer sitzend, über Büchern und Schriften gebeugt, vertieft in seine privaten Geschäfte. Man führte ihn ab, nicht ohne seine Taschen genau durchsucht zu haben. Und einige der Schergen blieben im Hause zurück, um die Suche noch fortzusetzen. Er ward sofort vor den Kabinettsrat geführt, wo die Minister ein Verhör mit ihm anstellten. Atterbury aber verweigerte die Aussage: „Fraget Ihr mich“, so soll er, anknüpfend an die Worte Christi vor den Hohenpriestern, gesagt haben, „fraget Ihr mich, so werde ich Euch nicht antworten; denn wenn ich Euch auch

¹⁾ Hist. Mss. Comm. Rep. 15. App. 9, p. 462.

²⁾ Hoffmann, 8. Sept. 1722. W. St. A.

³⁾ ... yesterday by the advice of all the Cabinet Council the Bishop of Rochester was committed to the Tower for High Treason. The Archbishop behaved exceedingly well and was very zealously with us, as was Lord President and all the rest of the Lords. Brief Newcastle vom 22. Aug. 1722. Add. Mss. 32 686. Br. M.

die Wahrheit sage, so werdet Ihr sie nicht glauben und mich nicht loslassen“ ¹⁾).

Weitere Verhaftungen folgten, und immer war man darauf bedacht, genügendes Material zu finden, um die Schuldigen überführen zu können. So meinte die Regierung ihrer Sache sicher zu sein, als, früher als sonst, das Parlament am 11. Oktober 1722 durch den König in Person eröffnet wurde. Die Thronrede begann mit einer etwas umständlichen Darlegung der entdeckten Verschwörung „zugunsten eines papistischen Präbendenten“. Durch die Gesandten im Auslande und durch die verbündeten Mächte sind dem Könige Nachrichten zugegangen, die über den Charakter des Anschlages keinen Zweifel lassen. Einige der Verschwörer sind verhaftet, und so darf der Monarch es den versammelten Lords und Gentlemen überlassen, zu tun, was notwendig ist für die Ruhe und Sicherheit des Reiches.

Mit starkem Pathos meint er darauf hinweisen zu dürfen, daß er seit seiner Thronbesteigung Religion und Verfassung heilig gehalten habe. So sei denn der Versuch, ein freies Volk dazu bringen zu wollen, Freiheit gegen Sklaverei, die protestantische Religion gegen den Papismus einzutauschen, ein unbegreiflicher Wahn, der gleichwohl seine Wirkung üben könnte. Und nun führt diese Erwägung den königlichen Redner mit einer etwas überraschenden Wendung zu der Behauptung, daß es den Gegnern der Regierung wohl besonders darauf ankomme, die englischen Staatspapiere zu entwerten, den Kredit zu untergraben, die öffentlichen Ausgaben zu steigern, um sich alsdann über den unerträglichen Steuerdruck beklagen zu können.

Ein echt Walpolescher Gedanke. Wir möchten auch in ihm den Verfasser dieser Thronrede vermuten. Äußere Politik und die Gegensätze im Innern fest im Auge zu halten, und dabei immer den Blick auf die Finanzen gerichtet: so war Walpoles Art und Denkweise. Und nun erscheint er uns bald im Mittelpunkt der ganzen Angelegenheit. Er ist es, in dessen Hand das ganze Material sich befindet. Die Zeitgenossen hören, daß man im Parlament eine mit allen Einzelheiten belegte Erzählung des Komplottes vortragen will, und daß Walpole alle Vorbereitungen dazu trifft. Die sicherste Bestätigung dieser un-

¹⁾ Hoffmann, 8. Sept. 1722. W. St. A. Wallenrod, 26. Aug./6. Sept. 1722. G. St. A.

bestimmt auftretenden Nachrichten mag aber in der Tatsache erblickt werden, daß unter den nachgelassenen Schriften des Ministers in Houghton Hall sich heute noch ein reiches Material zur Geschichte der jakobitischen Verschwörung von 1722 befindet. Da ist ein umfangreiches Aktenbündel bezeichnet als *List of Papers relating to the Bishop of Rochester*, ein anderes, welches sich auf die Untersuchung gegen Kelly bezieht. Man sieht, daß hier das entscheidende Material vorliegt für die Aufdeckung und Bestrafung der jakobitischen Verschwörung von 1722, man erhält den Eindruck, daß Walpole die Sache persönlich in die Hand nahm, daß er sich mit allen nötigen Beweisstücken versah.

Und wenn wir dazu von anderer Seite noch hören, Walpole habe, als er sich im Dezember 1722 nach Houghton begab, nicht nur ganze Koffer voll von Papieren mit sich genommen, sondern auch einen Handschriftenkenner und einen Kaplan in seiner Begleitung¹⁾, so meinen wir ihn auf seinem Landsitze zu erblicken, wie er die Weihnachtspause dazu benutzt, alles sorgfältig zu prüfen, um sodann wohl vorbereitet vor das Parlament treten und das Verfahren zur Bestrafung der Schuldigen daselbst eröffnen zu können.

* * *

Um die Verfolgung der Schuldigen gemächlich und sorgfältig durchführen zu können, hatte man mit der Suspendierung der Habeas Corpus-Akte begonnen. Kaum hatte der König nach Verlesung der Thronrede das Oberhaus verlassen, als der Herzog von Grafton, der Statthalter von Irland, von der Notwendigkeit sprach, „die Hände der Minister Seiner Majestät zu stärken“, und so beantragte er die Aufhebung der Habeas Corpus-Akte auf ein volles Jahr. Es war nicht das erstemal, daß solches geschah. Das berühmte „Bollwerk der englischen Freiheit“ war seit der glorreichen Revolution bereits siebenmal suspendiert worden. Doch war es bisher immer nur auf etliche, niemals mehr als auf sechs Monate geschehen, und nur einmal war eine Verlängerung der Maßregel bis auf neun Monate beschlossen worden. Die Suspendierung gab der Regierung große Vollmachten. Sie

¹⁾ Portland Mss. 7, 345. Bei dem dort genannten Bland dürfte es sich um den im D.N.B. 5, 198 biographisch gewürdigten John Bland handeln

durfte frei verhaften und brauchte auch den Mann nicht sofort vor den Richter zu stellen. In der Dauer der Suspendierung lag also auch die Möglichkeit der Gefangenhaltung eines Verdächtigen, solange als es notwendig erschien, um alle Beweismittel zu sammeln, ehe man zur Anklage und zum Prozesse schritt.

Die Suspendierung an sich machte nun zwar wenig Schwierigkeiten, und man stritt eigentlich nur über die lange Dauer. So ging es denn im Oberhause und, als der Antrag hier angenommen war, auch im Unterhause nicht ohne heftige Kämpfe ab, und sogar ein Teil der Whigs beteiligte sich an der Opposition.

Man erkennt aus den ziemlich dürftigen Berichten sowie aus dem, was die Diplomaten über die Debatten erfahren haben, noch recht gut das Für und Wider der vorgebrachten Argumente. Gegen die Suspendierung an sich fand man nicht viel einzuwenden, angesichts der nun bekannt gewordenen und in der Thronrede mit großen Worten geschilderten Aufstandsgefahr. Gerade weil es in der Thronrede gesagt worden, mußte der Tatbestand, d. h. die vorhandene Gefahr als ein Wirkliches, an dem man nicht zweifeln durfte, von Whigs und Tories hingenommen werden, und der Abscheu über die „unnatürliche Verschwörung“ bildeten den Grundton der ganzen Erörterungen. Aber um die Dauer ward heftig gestritten. Dabei war die folgende Erwägung von Bedeutung. Man rechnete mit einer Deutschlandreise des Königs im nächsten Frühjahr. Wenn dann die Minister das Recht haben würden, jedermann einzukerkern und bis zum 24. Oktober auf seinen Prozeß warten zu lassen, so sei das eine Diktatur wie sie im alten Rom geübt worden, und selbst¹⁾ dort habe man sie nur beibehalten, solange die Gefahr währte, zu deren Überwindung sie eingesetzt worden. Jetzt aber sei ja seit der Aufdeckung der Verschwörung eine ernste Gefahr nicht mehr vorhanden. So redeten die opponierenden Lords und so wiederholten sie es in ihrem Protest, als mit 66 Stimmen gegen 24 die Suspension beschlossen war. Auf der andern Seite aber wies man darauf hin, daß gerade der Sommer, wenn das Parlament auseinandergegangen und der König außer Landes sei, die kritischste Zeit sei, für die man schon jetzt Vorkehrungen treffen sollte.

Im Unterhause hat Robert Walpole selbst die Maßregel verteidigt. Er könne zwar nicht alles sagen; denn die Unter-

suchung sei noch im Gange, aber dann machte er in einem Atem ausführliche Mitteilungen und erzählte, wie die Verschwörer sich um auswärtige Hilfe bemüht hätten, wie sie 5000 Mann ¹⁾ fremder Truppen zu erlangen gesucht, später sogar mit 3000 auszukommen meinten und zuletzt bereit waren, ohne alle fremde Hilfe, nur aus eigener Kraft, ihren Zweck zu erreichen. Was aber im besonderen Atterbury und die anderen, nun in sicherem Gewahrsam befindlichen Verschworenen weiter geplant hätten, davon werde das Haus noch mehr zu hören bekommen. Die Majorität im Unterhause war weit geringer (246 gegen 193) als bei den Lords.

In den gehaltenen Reden beider Häuser kam aber eine wichtige Erwägung kaum zum Ausdruck. Als der Österreicher Hoffmann einen der Minister vertraulich fragte ²⁾, warum man sich denn eigentlich nicht mit sechs Monaten begnügen und sich eine Verlängerung um weitere sechs Monate vorbehalten könne, erhielt er die Antwort, es geschehe im Hinblick auf das Ausland. Man wolle diesem zeigen, welch ein „großes und unvergleichliches Vertrauen dieses Parlament in den König setze“, wie schwach daher die Hoffnung sei, solange dieses Parlament beisammen sei, eine Revolution zu inszenieren. Man hört auch von einer außerhalb des Unterhauses gehaltenen Versammlung von 200 Mitgliedern, in welcher unzweifelhaft im Sinne der Regierung ein Redner noch deutlicher geworden war, auf die drohende Haltung Spaniens hingewiesen hatte, das noch auf die Herausgabe Gibraltars dringe und den Anhängern des Prätendenten Zuflucht und Unterstützung gewähre. Der Redner hatte offenbar nur gesagt, was ihm vom Ministerium an die Hand gegeben worden, wie es, sagt unser Bericht, „in Sachen zu tun pfeget, die fremde Höfe angehen und worüber es sich selbst herauszulassen Bedenken trägt“.

* * *

Zu den Gegenmaßregeln der Regierung gehörte auch eine von Walpole beantragte Katholikensteuer. Drei Jahre lang sollte den Katholiken und zugleich, um die Sache weniger gehässig erscheinen zu lassen, den Nonjurors eine Ausnahmesteuer

¹⁾ Die Parl. Hist. hat 6000 Mann.

²⁾ Hoffmann, 30. Oct. 1722. W. St. A.

von 25 % der Einnahmen ihrer Güter auferlegt werden. Der Gedanke war nicht glücklich in seiner Vermengung politischer, religiöser und finanzieller Motive. Und wenn auch Walpole im Unterhause noch so eifrig gegen die gefährlichen Pläne der Papisten eiferte, so merkte man doch, daß es ihm bei der Maßregel wohl am meisten auf den finanziellen Ertrag ankam, den er auf jährlich 100 000 £ schätzte. Die Katholikensteuer, berichtet der österreichische Resident ¹⁾, ist neben der Land- und Malztaxe für die Subsidien des nächsten Jahres einfach unentbehrlich.

Das Parlament zeigte sich dem Antrage wenig geneigt und es war bemerkenswert, daß selbst eine Anzahl Whigs sich dagegen erhoben. Noch peinlicher war es, daß auch die Vertreter der katholischen Mächte am Hofe von St. James einen so gehässigen Gesetzesbeschluß zu verhindern suchten. Der Österreicher Hoffmann und der französische Legationssekretär Destouches baten dringend, die Sache fallen zu lassen. Man möge doch, erklärte der Franzose, nicht Schuldige und Unschuldige gleichermaßen leiden lassen. Würde dieser Entwurf Gesetz werden, so würde die französische Geistlichkeit vielleicht den Herzog-Regenten von Orleans bewegen, den englischen Katholiken zu Hilfe zu kommen. Das Gesetz trat dennoch in Kraft. Destouches wurde mit der tröstlichen Zusicherung abgefertigt, man werde als Ausgleich ein aus der Zeit Elisabeths stammendes Gesetz aufheben, welches die sämtlichen Katholiken mit der Konfiskation von zwei Dritteln ihres Vermögens bedrohte. Destouches rühmte sich dieses Erfolges, aber, wie Hoffmann spöttisch bemerkt, „aus bloßer Ignoranz“; denn die alten Katholikengesetze werden ja längst nicht mehr angewendet, sie stehen nur auf dem Papier.

* * *

In dieser Zeit allgemeiner Spannung geschah es auch, daß unter dem Publikum eine Proklamation des Prätendenten verbreitet wurde, welche, statt Schrecken und Sorge im Kreise der Regierung zu erregen, fast belustigend wirkte und den Ministern sogar recht willkommen war. Sie war so plump verfaßt, daß die Tories behaupten wollten, es sei eine Erfindung der

¹⁾ Hoffmann, 24. Nov. 1722. W. St. A.

Minister. Doch es gelang der Regierung, ein paar von Jakob Eduard selbst unterschriebene Exemplare in die Hand zu bekommen, wodurch jene Verdächtigung schlagend widerlegt war. Das Schriftstück wurde im Vorzimmer des Königs aufgelegt, damit es jeder lesen und sich überzeugen könne, wie wenig Eindruck die stuartische Kundgebung bei Hofe gemacht habe ¹⁾).

Der Prätendent spielt in dieser Proklamation dem Könige Georg gegenüber den Großmütigen. Georg braucht ihm nur seine britischen Reiche zu überlassen und sich in seine deutschen Lande zurückzuziehen, so wird der rechtmäßige König den Usurpator gern dort belassen. Er will ihm sogar den Titel eines „Königs von Hannover“ verleihen, — der Prätendent hat den Ruhm, diesen hundert Jahre später geschaffenen Titel schon vorweggenommen zu haben. Auch für die Anerkennung des Titels durch alle Fürsten Europas wird Jakob Eduard Sorge tragen. Derselbe wohlgemeinte Vorschlag war auch in einem Briefe enthalten, den Jakob Eduard an die Herzogin von Kendal, die Freundin des Königs, gerichtet haben soll. Sie möge auf Georg dahin wirken, daß er den Vorschlag annehme. Und nicht nur den Titel, sondern auch eine Landvergrößerung wird der legitime Herrscher der britischen Reiche ihm verschaffen. Die Kendal aber wird für diesen Liebesdienst klingenden Lohn und die Begünstigung ihrer ganzen Familie erhalten ²⁾). So lächerlich dies alles klingt, so erreichte der Widersinn dieser Gedankengänge die höchste Steigerung doch erst in der Erklärung, Jakob Eduard werde nach seiner Thronerhebung auch alle von England geschlossenen Verträge anerkennen und bestätigen. Insbesondere wird die Quadrupel-Allianz genannt, in welcher doch gerade auch die Garantie der hannövrishen Sukcession, also die grundsätzliche Ausschließung des Hauses Stuart vom englischen Thron, ausgesprochen war.

Die Proklamation mag im Kreise der Regierung erheiternd gewirkt haben, doch dem Volke gegenüber mußte man sie ernst nehmen. Georg I. ließ sie mit einer königlichen Botschaft dem Hause der Lords vorlegen. Das Oberhaus beschloß, das schändliche Schriftstück durch den Henker öffentlich verbrennen zu

¹⁾ Hoffmann, 6./27. Nov. 1722. W. St. A.

²⁾ Wallenrod, 13./24. Nov. 1722. G. St. A.

lassen. Die Commons schlossen sich an, und im Namen beider Häuser ward dem Monarchen eine loyale Adresse überreicht, in der es hieß, sie wollten den Namen der Briten von diesem Flecken reinigen, den König aber in seinem Anspruch auf die Krone dieser Reiche unterstützen gegen den Prätendenten und alle seine offenen und geheimen Helfer hier wie im Auslande. Und so ward das Manifest des Prätendenten vor den Augen des Volkes in der City den Flammen überliefert.

* * *

Das Verfahren gegen Atterbury ist einer jener großen politischen Prozesse, an denen die Geschichte Englands so reich ist. Ein Ereignis von höchster dramatischer Spannung. Auf der einen Seite die kalte politische Berechnung der Gegner des Bischofs, die man entschlossen sieht, ihn zu ruinieren, auf der andern die großartige Haltung des Angeklagten, der, zermürbt durch die lange und strenge Gefangenhaltung im Tower, doch seine Würde bewahrt und, unbeirrt durch den Haß der Gegner, seine Sache glänzend vertritt.

Man hat von einem gerichtlichen Verfahren abgesehen, einfach aus dem Grunde, weil dieses bei der Schwäche der Beweismittel zu einer Freisprechung hätte führen müssen. So wurde eine andere Form gewählt, analog und in der Wirkung übereinstimmend mit der wenig ruhmvollen *Bill of Attainder*, wie sie z. B. einst gegen Strafford beschlossen worden. Nicht die Schuld soll durch gerichtliche Entscheidung festgestellt, sondern nur die über den notorisch Schuldigen zu verhängende Strafe durch Gesetzesbeschluß ausgesprochen werden. Die in diesem Sinne im Unterhause eingebrachte Bill besagte, daß der Beschuldigte aller seiner Ämter und Würden, sowie seiner geistlichen Benefizien verlustig erklärt und auf immer aus dem Königreiche verbannt werde, das er bis zum 25. Juni verlassen haben muß. Und wer ihm beisteht oder zur Rückkehr verhilft, ja, wer nur mit ihm verkehrt oder korrespondiert, macht sich selbst der Strafe der Felonie schuldig. — Eine groteske Formulierung, die eine Analogie findet nur in der Achterklärung im alten Deutschen Reiche, in der es gewöhnlich heißt, niemand dürfe den so Gezeichneten „herbergen, ätzen oder tränken“ und „sein unglückseliger Leib soll jedermänniglich erlaubt sein“.

Im Unterhause, wo die Bill eingebracht war, seine Rechtfertigung zu versuchen, lehnte Atterbury ab¹⁾. Er meinte auch, als Peer nicht vor den Commons erscheinen zu sollen, da er nur seinen Standesgenossen, den Lords, Rede zu stehen brauche. Schon in dieser Frage nahm aber die Majorität des Oberhauses, darunter selbst die Bischöfe, gegen ihn Partei. Es geschah mit der subtilen Unterscheidung, daß ein Bischof nur ein Lord im Parlamente sei, nicht aber ein Peer, und darum ohne den Rechten der Lords etwas zu vergeben, sich auch vor den Commons verteidigen dürfe.

So fiel die Entscheidung im Oberhause. Nachdem hier die von Atterbury bestellten Verteidiger recht und schlecht seine Sache geführt haben, ergreift der Bischof selbst das Wort²⁾. Er ist an Gewandtheit der Rede, an Geschick der Formulierung allen, den Angreifern und den von ihm selbst bestellten Verteidigern, weit überlegen. Er kann in allen Tonarten reden, pathetisch und sarkastisch, er kann auch appellieren an das Mitleid seiner Hörer. Er versteht es, die einzelnen Punkte der Anklage mit scharfsinniger Kritik als falsch, die belastenden Briefe, die er dem Mitangeklagten Kelly diktiert haben soll — denn von seiner Hand ist nichts vorgelegt worden — als erfunden zu erweisen. Die verdächtigen Personen, die er empfangen, Besprechungen, die er gehalten haben soll, seine Verabredungen mit den Verschworenen, sein Einverständnis mit dem Prätendenten — es scheint alles in nichts zu zerfließen, wenn man diese mächtige Verteidigungsrede liest.

Atterbury hat auch das gegen ihn eingeschlagene Verfahren scharf kritisiert. Er hat selbst die Analogie des Prozesses gegen Strafford herangezogen, d. h. jene *Bill of Attainder*, in der durch Gesetz beschlossen worden, ohne daß es bewiesen zu werden brauchte, der Angeklagte sei des Hochverrats schuldig. Er erinnerte auch daran, wie man damals, da nicht eine einzelne hochverräterische Handlung vorlag, den Begriff des accumulativen, d. h. durch eine Summe von Einzelhandlungen entstandenen Hochverrats konstruiert habe. Man kann ja, erklärte Atterbury sarkastisch, mit einem Gesetze alles machen. Die

¹⁾ Sein Brief an den Speaker Compton bei F. Williams, a. a. O. 1, 403.

²⁾ Parl. Hist. 8, 268 ff.

Verfassung aber kennt ein solches Verfahren nicht. Und statt sie zu stützen, wie man vorgibt, richtet man sie unfehlbar zugrunde. Nicht auf seine Person, sagt er mit großer Geste, sollten die Lords Rücksicht nehmen, sondern auf das bleibende Interesse ihres ganzen Standes und auf die Nachwelt. „Um Gotteswillen“, ruft er ihnen zu, „legen Sie dieses unerhörte Verfahren beiseite, schaffen Sie nicht einen solchen neuen und gefährlichen Präzedenzfall.“ Und er schließt seine Rede als Geistlicher fromm und ergeben mit dem Worte: „Gottes Wille geschehe“, und biblisch: „Ich bin nackt von meiner Mutter Leibe gekommen, nackt werde ich wieder dahinfahren. Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen. Der Name des Herrn sei gelobt.“

Der Eindruck der Rede war gewaltig. Der preußische Gesandte hat die ganze Verhandlung im Oberhause von Anfang bis zu Ende mit angehört. Während der folgenden Debatten, berichtet er, wurden zwar alle Zuhörer entfernt, „allein die Lords hatten soviel Höflichkeit für mich und ließen mich daselbst die ganze Zeit über“¹⁾. Und bewundernd erklärt er, er halte Atterbury und Alberoni für die beiden klügsten Geistlichen der Welt. Nur schade, daß ihre Rechtschaffenheit nicht so groß ist wie ihr Geist.

* * *

Die nun folgenden aufgeregten Debatten über den Fall Atterbury nahmen im Oberhause noch mehrere Tage in Anspruch. Es muß einen peinlichen Eindruck gemacht haben, daß unter den Bischöfen selbst Meinungsverschiedenheit herrschte, daß einige für, aber die Mehrzahl gegen ihren Amtsbruder von Rochester Stellung nahmen. Dabei gelang es Atterbury noch, einen seiner Gegner, den Bischof von St. Asaph, der eine leichtsinnig gemachte Aussage nicht aufrechterhalten konnte, mit überlegener Dialektik zu widerlegen und zu beschämen. Die stärkste und am ausführlichsten überlieferte Rede aber scheint der Herzog von Wharton gehalten zu haben. Es war jener begabte, aber exzentrische Jüngling, dessen gehässiger Philippika gegen Lord Stanhope unsere Leser sich erinnern.

¹⁾ Wallenrodt, 10./21. Mai 1723. G. St. A.

Er zeigte sich über alle Einzelheiten der Untersuchung aufs genaueste unterrichtet, meinte die Anklage in allen Punkten widerlegen zu können, sprach ausführlich über das gewählte Verfahren selbst und schloß mit der eindringlichen Warnung: „Wir haben es mit einer Anklage auf Grund von Hörensagen zu tun, und wenn sie nicht zu beweisen ist, so laden wir die ärgste Schande auf uns, die nur die Hölle erfinden kann.“

Trotz aller Reden war aber der Ausgang nicht zweifelhaft. Denn hier wurde nicht nach strengem Recht entschieden, sondern nach politischen Gesichtspunkten. Die im Unterhause schon vor vier Wochen angenommene Bill erhielt die Zustimmung der Lords mit einer Mehrheit von 83 gegen 43 Stimmen und ward 14 Tage später, am Schlusse der Session, durch den *Royal Assent* zum Gesetz erhoben.

Mancherlei Betrachtungen ließen sich noch hinzufügen über die Widersprüche des hier angewendeten Verfahrens. Der Form nach erscheint es halb als die Handlung eines Gerichtshofs, halb als Gesetzesbeschluß. Man geht aus von der Fiktion, als sei die Untersuchung bereits abgeschlossen und der Schuldbeweis geliefert, ehe noch das Parlament das Wort ergriffen hat. Als nun aber die beiden gesetzgebenden Körperschaften zur Sache schreiten wollen, da können sie nicht anders, als die Schuldfrage immer noch als eine offene behandeln. Sie sollen zwar nach dem Sinn der Vorlage nur über einen überführten Verbrecher die Strafe verhängen. Aber sofort fallen sie aus der Rolle, sie streiten über die Schuldfrage, die ihnen doch als bereits entschieden gelten sollte, um aber am Schlusse nicht diese, sondern nur die im Titel der Vorlage genannte Strafe zur Abstimmung zu bringen. Ja, noch mehr: hätten sie sich wirklich auf das letztere, auf die Verkündung des Urteils beschränkt, so hätte ja auch schon damit die gesetzgebende Gewalt die Funktion der richterlichen an sich gerissen. Wie kann man da im Ernste von der Trennung der Gewalten reden, wie Montesquieu sie gerade in diesen Jahren in England beobachtet haben will?

* * *

So ging Atterbury in die Verbannung, aus der er niemals zurückgekehrt ist. Seinen Freunden in der Heimat galt er als

Märtyrer der Kirche von England¹⁾. Seine weiteren Schicksale interessieren uns kaum. Daß er sofort mit dem Prätendenten und seinen Anhängern in Beziehungen trat, kann nicht wundernehmen, und mit Recht hat man gesagt, daß er, von seinem Vaterlande ausgestoßen, jeglicher Verpflichtung gegen die Regierung Georgs I. ledig geworden sei. Aber wie? Er hat doch nicht erst jetzt diesen Weg beschritten. Man braucht nur einen Blick in die gedruckten *Stuart Papers* zu tun, um Atterbury schon in den vorangehenden Zeiten in engstem Einvernehmen mit dem Prätendenten und seinen Leuten zu finden. Jakob Eduard ist stets von der Treue des Bischofs überzeugt, auch wenn dieser ihm nur selten schreibt. Es bedarf dafür, sagt er einmal, keiner Briefe, „so angenehm sie mir auch immer sind, es bedarf ihrer so wenig um der Person des Schreibers wie um ihres Inhalts willen“²⁾.

Das ist 1717 geschrieben, fünf Jahre vor dem sogenannten *Atterbury Plot*. Wir haben ja auch früher schon erfahren³⁾, daß neben dem energielosen Grafen Oxford, der als der geistige Führer des Jakobitismus in England galt, Franz Atterbury der eigentlich treibende Wille in diesem Kreise war. Denn sein Wesen ist Initiative und Tatkraft.

Aber mit alledem ist freilich seine Schuld an der Verschwörung von 1722 im Sinne seiner Ankläger noch nicht bewiesen. Gewiß hat er von der Sache gewußt und war auch mit dem Herzen dabei. Aber so wenig man damals in der Lage war, den strikten Beweis dafür zu liefern, daß gerade er der Anstifter und der Hauptschuldige sei, so wenig wird dieser Beweis wohl auch heute zu erbringen sein. Daß er oft ein gefährliches Spiel gespielt, daran ist nicht zu zweifeln. Daß die Regierung Georgs I. gern die Gelegenheit ergriff, sich dieses gefährlichen Menschen zu entledigen, ist zu verstehen. Mit andern Worten: über Schuld oder Unschuld im juristischen Sinne ließe sich streiten.

Aber eins ist gewiß: der politische Zweck der ganzen Aktion war erfüllt. Dem englischen Jakobitismus ist durch die Ver-

¹⁾ Vgl. z. B. *The Persecution of the Clergy reprehended, in a discourse upon the Banishment of an eminent Divine*. London 1723. Br. Mus. 4106 a.

²⁾ *Stuart Papers* 5, 278.

³⁾ Vgl. Bd. 2, 315 ff.

bannung Atterburys die stärkste geistige Kraft genommen worden. Es war einer der größten Triumphe in der ganzen Laufbahn Walpoles.

* * *

Wie gegen Atterbury, so wurden auch gegen ein paar andere, in die Verschwörung verwickelte Persönlichkeiten, Plunket und Kelly, eine *Bill of Pains and Penalties* eingebracht. Da nun in einer solchen zwar ebenso wie in der *Bill of Attainder* die Schuld als bewiesen behandelt, die Entscheidung über die Strafe aber anders als dort noch offen gelassen wird, so ließ man die beiden Genannten auf milde Bestrafung hoffen, um dadurch Aussagen über Atterbury von ihnen zu erhalten¹⁾. Als man sich darin getäuscht sah, wurden auch sie, ebenso wie der Bischof, ins Ausland abgeschoben. Der Herzog von Norfolk, dessen Familie seit Generationen an der Spitze des englischen Katholizismus stand, Lord North and Grey, und Lord Orrery, die sämtlich der Teilnahme an der Verschwörung verdächtig und in Haft genommen waren, wurden gegen Bürgschaft entlassen. Und nur an einem der Verschworenen, dem Juristen Christoph Layer, ward ein schweres Strafgericht vollzogen. Er hatte das Unglück, daß man unter seinen Papieren ein Schriftstück fand, welches den Plan enthielt, den Tower und die Bank zu besetzen und die Person des Königs sowie des Prinzen von Wales zu ergreifen. Man meinte aus den Papieren Layers sogar genau verfolgen zu können, wie der Plan den wechselnden Umständen angepaßt worden war, wie man zuerst die Parlamentswahl, dann die erwartete Reise des Königs nach Hannover in die Rechnung einbezogen hatte und wie alles darauf hinauslief, mit auswärtiger Hilfe den Prätendenten auf den Thron Groß-Britanniens zu erheben. Die mit der Untersuchung des Falles Layer betraute Kommission des Unterhauses legte einen in Druck 100 Spalten umfassenden Bericht vor²⁾. Hier handelte es sich um offenen Hochverrat, und der Mann konnte seinem Schicksal nicht ent-

¹⁾ Wallenrodt, 12./23. März 1723. G. St. A.

²⁾ Derselbe ist auch im Auslande bekannt geworden und in deutscher Übersetzung erschienen unter dem Titel: Die nun entdeckte großbritannische Haupt-Verräterei nach dem umständlichen Bericht der Herren Deputierten verteutschet durch Mattheson, Hamburg 1723.

gehen. Das umständliche, gegen ihn angestrengte Verfahren hatte zuletzt auch weniger den Zweck, ihn zu überführen; denn dessen bedurfte es kaum, als belastende Aussagen über die Schuld der andern aus ihm herauszulocken. Als das nicht gelang, ließ man dem Schicksal seinen Lauf. Layer ward zum Tode verurteilt und die Vollstreckung mit der ganzen Grausamkeit angeordnet, wie die Strafgesetze der Zeit es an die Hand gaben. Doch möchten wir annehmen, daß es bei der einfachen Hinrichtung sein Bewenden hatte und die gräßlichen Einzelheiten der Prozedur nicht mehr an dem Lebenden zur Ausführung gelangten.

* * *

Atterbury's Plot war die letzte jakobitische Verschwörung, von der im Zeitalter Walpoles zu berichten ist. Nicht, als ob die Legitimisten, um sie einmal mit diesem der Zeit freilich noch nicht geläufigen Namen zu nennen, sich zum Bekenntnis für Hannover bekehrt hätten — die gefährlichste Verschwörung folgte ja erst 1745 —, aber es bot sich ihnen in der ganzen Periode keine Gelegenheit zu einem neuen Vorstoß gegen das Haus Hannover.

Die Erklärung dafür liegt in der klugen und vorsichtigen Politik des Ministers. Er ist wachsam, er sucht jedem ersten Konflikt mit den Mächten des Festlandes auszuweichen; denn er weiß, in Friedenszeiten ist die stuartische Gefahr nicht furchtbar. In der Tat ist Walpoles vielgerühmte Friedenspolitik, die etwas ängstliche Vermeidung jeglichen kriegerischen Zusammenstoßes, nur so zu verstehen. Er lebt in der Überzeugung, daß kein mit England im Kriege liegender Staat sich die Hilfe entgegen lassen werde, die ihm sofort zuwachsen wird, wenn er die Sache des Hauses Stuart auf seine Fahnen schreibt. Nur so ist, um gleich ein paar Ereignisse aus den folgenden Zeiten zu erwähnen, nur so ist Walpoles Entsetzen über die durch den Vertrag von Hannover 1725 entstandene Kriegsgefahr zu verstehen, nur so das Zustandekommen des Vertrages von Sevilla 1729, nur so auch das vorsichtige Lavieren Walpoles gegenüber den fremden Mächten und das zähe Ringen mit seinem eigenen Souverän in den kritischen dreißiger Jahren, in der Zeit des polnischen Thronfolgekrieges.

Walpole weiß auch, daß das System seiner Finanzpolitik sich nur unter der herrschenden Dynastie halten und durchführen läßt; denn man nimmt an, daß der Prätendent, wenn er den Thron besteigen würde, die seit der glorreichen Revolution gemachten Staatsschulden nicht anerkennen werde, weil dieselben kontrahiert worden, um seinen Vater zu vertreiben und ihn selbst im Exil zu halten. So sagt man, die Staatsschuld sei die beste Schutzwehr für das Haus Hannover, und nur unter dem Hause Hannover seien die Staatsgläubiger gegen den Verlust ihres Kapitals gesichert¹⁾.

So sieht Walpole durch eine stuartische Restauration sein ganzes Lebenswerk bedroht. Das ihm nachgesagte Wort *Quieta non movere*²⁾, es ist keineswegs als Kennzeichen einer von Hause aus pazifistischen Natur zu deuten. Auch die Rücksicht auf das aufblühende englische Wirtschaftsleben erklärt nicht alles. Man darf Walpoles ewige Sorge vor der stuartischen Gefahr nicht vergessen. Sie verläßt ihn nie. Sie wird nicht laut verkündet, aber sie ist immer da. Sie hängt wie ein Damokles-Schwert über dem Walpole'schen England.

* * *

Werfen wir noch einmal einen Blick in das Lager der Gegner. In britischen Landen ist von dem Jakobitismus freilich nicht mehr viel zu sagen. Denn in ruhigen Zeiten muß er sich fein still verhalten, muß sich hüten, aus seiner Verborgenheit hervorzutreten. Andererseits sträubt sich Walpole auch dagegen, von jeder jakobitischen Kundgebung gleich viel Aufhebens zu machen. Ein paar Wochen, nachdem das Urteil über Atterbury gesprochen ist, beginnt der exzentrische Herzog von Wharton zweimal wöchentlich eine jakobitische Zeitschrift unter dem Titel „*The true Briton*“ herauszugeben. „Ein skandalöses Libell“, sagt Walpole. Drucker und Verleger werden sofort vernommen und nennen ohne alle Heimlichkeit den Namen des Autors. Walpole nimmt davon Kenntnis, „aber“, schreibt er seinem Schwager Townshend³⁾, „ich will ihm nicht die Ehre antun, Notiz

¹⁾ Wallenrodt, 23. April/4. Mai 1723. G. St. A.

²⁾ Horace Walpole (Walpoliana I, 90) gibt die Form: *Quieta ne movete*.

³⁾ Whitehall, June 28, 1723, Regencies 4, R.O.

davon zu nehmen.“ Und bald erfährt man, daß der *true Briton* herzlich langweilig geworden ist¹⁾, und Wharton geht ins Ausland. Von den auf dem Kontinent lebenden Jakobiten freilich, von denen, die sich um den Stuart scharen, die von Land zu Land für ihn korrespondieren und intrigieren, läßt sich schon etwas mehr aussagen. Dabei spielt die Figur des fürstlichen Oberhauptes keineswegs eine glückliche Rolle. Er lebt in Rom, er erhält eine Pension vom Papste, und der Papst und die Kardinäle sind auch die einzige Macht in der Welt, auf die er immer zählen darf. Das Haus Hannover und der päpstliche Stuhl leben sozusagen in ewiger Feindschaft. Mehr als einmal hat man ja schon die Drohung gehört, die englischen Kriegsschiffe würden vor Civitavecchia erscheinen und den päpstlichen Hafen in Asche legen. Dafür vernimmt man andererseits, daß der Papst und seine Kardinäle sich wetteifernd mit den Freunden des Prätendenten in Rom um die daselbst erscheinenden vornehmen jungen Engländer bemühen, und sie für die stuartische Sache zu gewinnen suchen²⁾. Wir erinnern uns³⁾ der anmutigen Schilderung jenes schottischen Adligen, der, halb wider Willen in das Haus des Prätendenten genötigt, und, durch die Liebenswürdigkeit seines Wirtes gefangen genommen, fast zum Jakobiten wird.

Das harmonische Bild, wie es sich jenem Besucher im Palaste der Stuarts in Rom gezeigt, war jedoch nicht lange ungetrübt geblieben. Die Ehe Jakob Eduards war nicht glücklich. Clementine hat sich 1725 bei ihrer Schwester beklagt über die unwürdige und schimpfliche Behandlung, der sie sechs Jahre lang an der Seite ihres Gatten ausgesetzt gewesen. Es war die Zeit, da der Prätendent sich von seinem Staatssekretär Lord Mar getrennt und dessen Schwager John Hay, den er zum Lord Inverneß erhob, zu seinem Nachfolger machte. Hay und seine Gattin, von der es heißt, sie sei die Geliebte Jakob Eduards gewesen, machen Clementine das Leben an der Seite ihres Gatten unerträglich und bringen sie zu dem Entschlusse, sich in ein Kloster zurückzuziehen. „Habe Mitleid mit mir, meine teure Schwester“, so schreibt sie, „ich werde bei all meinem Unglück, solange ich

¹⁾ *I congratulate you on the . . . dullness of the True Briton.* Brief an Delafaye, Hannoves 25. Sept. 1723. D.S., Regencies 4. R.O.

²⁾ Wallenrodt, 16./27. April 1723. G. St. A.

³⁾ Bd. 2, 408 ff.

lebe, dem Könige Treue und Ehrfurcht bewahren“¹⁾. Aber alle Versuche des Gatten, sie zur Rückkehr zu bewegen, blieben vergeblich.

Es versteht sich, daß dieses Ereignis in der Welt des Jakobitismus das peinlichste Aufsehen erregte und das Urteil über den Stuart viel unfreundlicher als bisher gestaltete. Auch die anderen unlieblichen Eigenheiten des Prätendenten treten immer wieder in die Erscheinung. Treue und Anhänglichkeit dankbar anzuerkennen, ist ja nie seine Art gewesen. So wurde es sein Schicksal, daß er gerade die begabtesten seiner Helfer durch Ungeschick und Unverstand von sich stieß. Mit Atterbury ist es ihm nicht anders ergangen wie ehemals mit Bolingbroke. Es läßt sich denken, daß Jakob Eduard und Atterbury, die beiden so verschiedenen Naturen, nicht auf die Dauer zusammenwirken konnten. Es ging dem Bischof wie allen starken Geistern, die das Schicksal an die Seite des Chevaliers geführt hat. Die Treue zur alten Dynastie hat sie angetrieben. Aber die kühle Herablassung ihres Oberhauptes, ohne Dankbarkeit, ohne Wärme und ohne alle Größe, stößt sie ab.

Aber ob im Dienste des Prätendenten oder nicht, im Herzen war Atterbury stets bei der Sache der Stuarts. Er hat am Ende seines Lebens den Versuch gemacht, Spanien und Frankreich für einen Plan zur Erhebung des Prätendenten zu gewinnen²⁾. Und sein letzter Brief war an den „König“ gerichtet³⁾.

In der Geschichte Englands erscheint Jakob Eduard, „*the old Pretender*“, wie er nachmals genannt wird, nur noch auf kurze Momente. Den Anspruch seines Hauses zu verfolgen, hat er später gern der nachkommenden Generation überlassen. Von den beiden Söhnen, die ihm von Clementine geboren worden, ward der ältere Karl Eduard rasch mit dem Titel eines Prinzen von Wales begabt, wobei es wohl niemandem in den Sinn kam, daß dem ältesten Sohn des englischen Königs durch seine Geburt nur der Name eines Herzogs von Cornwall zukommt. Der Titel „Prinz von Wales“ muß durch Patent des regierenden Königs

¹⁾ Lockhart Papers 2, 266.

²⁾ „*his views of late have tended chiefly to engage Spain as well as this Court into some project in favour of the Pretender.*“ Th. Pelham an Delafaye, Fontainebleau, 16. Juli 1731. France 198. R. O.

³⁾ Williams, Atterbury (1869) 2, 456.

verliehen werden und wird nicht etwa dem Thronfolger schon in die Wiege gelegt¹⁾. Mit 14 Jahren wurde der Knabe vom Papste empfangen und soll einen vortrefflichen Eindruck gemacht haben²⁾. Der jüngere ward Herzog von York genannt. Die hier als Knaben heranwachsen, sind nachmals als die letzten Sprossen des Hauses Stuart bekannt geworden. Karl Eduard wird uns als der Held der stuartischen Erhebung von 1745 noch begegnen. Der jüngere, Heinrich, bekannt unter dem Namen des Kardinals York, hat unter dem Schutze der Kurie, und zuletzt gar von dem englischen Könige Georg III. selbst großmütig finanziell unterstützt, bis zum Jahre 1807 gelebt. An seinem göttlichen Recht auf die Krone Großbritanniens hat auch er noch festgehalten, aber, ohne allen Ehrgeiz, wie er war, an die Verwirklichung dieses Rechtes nie gedacht. Und nur durch das Stuart-Denkmal in der Peterskirche, das von den Königen Jakob III., Karl III. und Heinrich IX. erzählt, sind die Namen der letzten Häupter der erloschenen Dynastie in feierlicher Form dem Gedächtnis der Nachwelt überliefert.

* * *

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 369. Anson, Law and Custom of the Constitution. The Crown 1 (1907), 257.

²⁾ Hist. Mss. Comm. Rep. 15. App. 2, 243.

Achstes Kapitel.

**Hofleben und Politik in Hannover,
1723.**

Die Königsreisen nach Hannover bilden ein Thema von ganz besonderer Art in der Geschichte Englands unter den beiden ersten Georgen. Das Herz dieser Fürsten hing an ihrer deutschen Heimat. In ihren britischen Reichen sind sie fremd geblieben. Georg I. hat mit seinen englischen Untertanen niemals in ihrer Sprache reden können, und wenn von dem Sohne auch einmal rühmend hervorgehoben wird: „*Il parle la langue du pays*“, so war doch sein Englisch künstlich erlernt, und den fremdländischen Akzent ist er nie losgeworden. Und auch ihn hat es immer wieder hinübergezogen nach dem Stammland seiner Väter. Hätten die Verhältnisse es ihnen nur gestattet, so wären diese beiden gewiß Jahr für Jahr auf einige Monate aus England verschwunden und nach Hannover gezogen. Da heimelte sie alles an, Land und Leute und die vertraute Umgebung. Hier bildeten sie den Mittelpunkt eines prachtliebenden Hofes und einer begüterten adligen Gesellschaft, die gewöhnt war an Feste und Vergnügungen, und das alles geweiht durch das patriarchalische Erhabene ihrer eigenen fürstlichen Stellung.

Oft haben sich jedoch solche Reisepläne als undurchführbar erwiesen, im Volk haben sie nur Ärgernis erregt¹⁾, und die Minister waren immer dagegen. Wir mögen fragen: was ist eigentlich der Sinn dieser Klagen und Bedenken der Engländer? Warum war man denn so ängstlich darauf bedacht, den Souverän nicht aus den Augen zu lassen? Warum mißgönnte man ihm die Freuden, die in Hannover seiner harrten? Und warum waren Volk und Minister einig in dem Streben, alles zu tun, um ihn zurückzuhalten? Man soll nicht sagen, es sei die Geldfrage gewesen, etwa als ob in Hannover englisches Geld in schwerer Menge vergeudet worden sei. Englische und hannövrische

¹⁾ Vgl. darüber auch Ward, Great Britain and Hanover (1899), p. 46.

Finanzen wurden meist sauber auseinander gehalten¹⁾, und die Summen, welche diese Königsreisen dem englischen Fiskus kosteten, „können kaum extravagant genannt werden“. Der Grund liegt vielmehr tiefer. Hier ist es schon erforderlich, einen Blick zu werfen auf den derzeitigen Charakter der Verfassung. Der König ist nicht nur dem Namen nach das Oberhaupt des Staates. Er regiert wirklich. Er ernennt die Minister und er entläßt sie auf Grund eigenen Entschlusses. Wir werden hören, wie beim Thronwechsel von 1727 der Monarch es in der Hand hat, zum leitenden Minister zu machen, wen er will; wie er schon einen neuen Mann berufen hat; wie er schwankt und wie er sich endlich, nach freier Erwägung der Sachlage und seines persönlichen Interesses, doch wieder für den Minister seines Vaters entscheidet. Und so sachlich auch die Geschäftsführung der Minister ist und so stark auch ihre Abhängigkeit vom Parla- mente, der König ist es, der das letzte Wort spricht. In seinem Kabinette fällt die Entscheidung. Intriguen, Koterien, wett-eifernde Menschen und Kräfte drängen sich an ihn heran. Aber sein Wille gibt den Ausschlag.

Und wenn er nun fort ist, wenn er einen Teil seiner Befugnisse der an seiner Stelle waltenden Behörde überlassen hat, sei es ein Statthalter oder eine Regentschaft, während er einen andern, in mancher Hinsicht den wichtigsten Teil sich vorbehalten, d. h. mit sich ins Ausland genommen hat, so ist dadurch die Lösung ernster Fragen, die in England auftauchen, oft um Wochen oder Monate hinausgezögert, vieles bis zu seiner Rückkehr verschoben. Und die Rückkehr pflegt er nicht sehr zu beeilen, auch nicht in dringenden Fällen, wie 1720, als das englische Volk von der Anwesenheit des Souveräns die Rettung in der Not der Südsee erhofft. Und dazu ist die Verbindung zwischen London und Hannover so schwierig, so langwierig, oft durch widrige Winde wochenlang unterbrochen, die Welt kennt ja noch keine telegraphische oder telephonische Verständigung. Das waren die Übelstände, die mit dem monatelangen Fernsein des Souveräns unfehlbar verbunden waren. Darum die Klagen: die Regierung ist in zwei Teile zerrissen,

¹⁾ Vgl. darüber die aufschlußreichen Ausführungen bei Ward, Great Britain and Hanover (1899), p. 49 ff.

wir werden von einem unsichtbaren Könige regiert. Oder die trotzig Scheltrede ¹⁾, „daß er das Plaisir der Jagd der Wohlfahrt des Landes vorziehe“.

* * *

Immerhin sind diese Könige während ihrer gesamten Regierungszeit, d. h. von 1714—1760, wenn ich nicht irre, achtzehnmal in Hannover gewesen. Von Georg I. kennen wir eine Äußerung, die recht deutlich zeigt, wie er nach England hinüberzog mit dem Gefühl, in die Fremde zu gehen, und mit dem Entschlusse, die Heimat recht oft wiedersehen zu wollen. Als nach dem Tode der Königin Anna Graf Albemarle, ein Edelmann von holländischer Abkunft, nach Hannover kam, um dem neuen Könige zu huldigen, sagt ihm Georg I.: „ich werde die Freundschaft, die ich für die Generalstaaten hege, fortan noch weit mehr pflegen als bisher; denn die Republik wird mir in Zukunft die Durchfahrt durch ihr Gebiet gewähren müssen, so oft ich von England in die Heimat fahre“ ²⁾.

Wir haben Georg I. bereits auf einigen dieser Reisen nach Deutschland im Geiste begleitet. Er pflegte in guter Jahreszeit, und wenn die Session des Parlaments zu Ende war, auf einige Monate zu verschwinden, und erst zurückzukehren, wenn die Berufung des Parlaments zur neuen Session sich nicht länger verschieben ließ und seine Anwesenheit forderte. Vor der ersten dieser Reisen, 1716, hatte das Parlament zunächst taktvoll die für den Monarchen beschämende Verfügung der *Act of Settlement* aufgehoben, die ihm verbot, ohne parlamentarische Erlaubnis außer Landes zu gehen. Die beiden Reisen von 1719 und 1720 hatten dem Könige und dem ihn begleitenden Lord Stanhope die Gelegenheit geboten, vom Hoflager in Hannover aus, in der früher geschilderten Art kräftig einzuwirken auf den Gang der Politik im europäischen Norden. Aber wir wissen auch, wie zuletzt, 1720, durch die Südsee-Katastrophe die Rückreise beschleunigt und Stanhopes nordische Politik durchkreuzt wurde.

¹⁾ Wallenrodt, 15./26. November 1720. G.St.A.

²⁾ Vgl. Th. Bussemaker, *De Republiek der Vereenigde Nederlanden en de Keurvorst — Koning George I. (Bijdragen voor Nederlandsche Geschiedenis en Onthiedkunde* 4. 1. 1900. 263 ff.

Und es lag eine gewisse Tragik darin, daß auch die so gebieterisch geforderte Heimkehr des Monarchen das Unheil nicht zu bannen vermochte.

Wie dem auch sei, man schalt auf diese Königsreisen nach Hannover und trieb seinen Spott damit. Es gibt satirische Verse auf eine solche Reise Georgs I. Es muß die von 1719 gemeint sein; denn der Verfasser läßt den König eine Anspielung machen auf die soeben überwundene spanisch-jakobitische Gefahr, die ihm, wie Georg seiner Freundin, der Kendal, froh mitteilt, nun kein Hindernis mehr in den Weg lege.

„Er spricht, liebe Kenny, ich halt's nicht mehr aus
Auf der traurigen Insel, es zieht mich hinaus,
Da Stuart und Spanier nicht länger mehr dräu'n
So fahr ich jetzt heim, mich als König zu freu'n.“ ¹⁾

* * *

Der üblen Stimmung im Lande würden aber der König und seine Regierung am liebsten dadurch begegnet sein, daß sie den Eindruck erweckten, als sei es im eigenen englischen Interesse, wenn der Monarch sein Stammland besuche. Sie versuchen, der Deutschlandreise des Königs gleichsam ein englisches Mäntelchen umzuhängen. 1716 erklärt Georg I. in seiner Thronrede am Schlusse der Session zwar nur kurz und bündig ²⁾, er wolle die kommenden Parlamentsferien zum Besuche seiner deutschen Besitzungen benutzen. 1719 aber, da man den schlechten Eindruck jener ersten Reise noch in lebhafter Erinnerung festhält, läßt man den König bei derselben Gelegenheit vom Throne herab die Worte sprechen ³⁾: „Wenn die Umstände es mir erlauben werden, in diesem Sommer ins Ausland zu reisen, so werde ich doch auf die Wahrung Ihrer Interessen nicht minder bedacht sein, als wenn ich hier bliebe“. Ja, man soll den Eindruck erhalten, als ob die Reise gerade für den Vorteil Englands geboten sei, wenn er also fortfährt: „Wegen der vielen Verhandlungen, welche zur Herstellung des Friedens im Norden geführt werden, woran auch der Handel und die Ruhe dieses Königreiches so stark interessiert sind, wird meine Anwesenheit dort auch für

¹⁾ Der englische Wortlaut bei L. Melville, *the First George*. 2, 137.

²⁾ *Parl. Hist.*, 7, 387.

³⁾ *Ebd.* 7, 601.

meine hiesigen Besitzungen von großem Nutzen sein“. Dasselbe Motiv, „Handel, Ruhe und Wohlfahrt dieses Unseres Königreiches“ kehrt auch bei den folgenden Reisen, 1723 und 1725, wieder. Wir kennen die Instruktionen¹⁾ für die in diesen beiden Jahren eingesetzten Regentschaften zur Stellvertretung des Königs. Da findet sich nun eine Begründung, laut welcher die Reise geradezu und ausschließlich zum Wohle Englands unternommen wird. Man liest den folgenden Wortlaut: „Da zur wirksameren Verfolgung und Förderung gewisser Verhandlungen, die für den Handel, die Ruhe und das Wohl dieses Unseres Königreiches von allerhöchster Bedeutung sind, Wir Uns entschlossen haben, mit dem Segen Gottes in eigener Person die Fahrt über das Meer zu vollführen...“. Klingt das nicht gerade so, als sei die Reise nach Hannover ein Opfer, das der gewissenhafte Herrscher seinem englischen Volke bringt?

So krasse Formulierungen, die auch wohl von niemandem ernst genommen wurden, scheint man nachher vermieden zu haben. Die vor dem Antritt der Reisen gesprochenen Thronreden Georgs II. enthalten etwa nur die kurze Formel²⁾: „Da ich es für notwendig halte, in diesem Sommer meine Besitzungen in Deutschland zu besuchen“, um die Mitteilung damit zu verbinden, daß während seiner Abwesenheit die Königin als Regentin in England walten werde. Oder aber, wie es wohl in den späteren Jahren Georgs II. geschieht: Die Reise wird unternommen, wird aber in den offiziellen Kundgebungen, die jedermann liest, überhaupt nicht erwähnt.

* * *

Wir begleiten Georg I. auf seiner Reise nach Hannover im Jahre 1723, über die wir gut unterrichtet sind³⁾. Sie gibt uns

¹⁾ Regencies 66. und Regencies 89. R.O.

²⁾ Parl. Hist. 8, 761; 9, 969; 9, 1271.

³⁾ Das wichtigste handschriftliche Material ist erhalten in den Bänden Regencies im Record Office, (vgl. Bd. 2, VII¹⁾), wie sie auf den folgenden Seiten im einzelnen oft zitiert werden. Manches davon ist veröffentlicht bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 251 ff. Dazu andere Akten des Record Office und des Britischen Museums. Von sonstigem handschriftlichen Material sind besonders zu nennen die Berichte des preußischen Residenten Wallenrodt und die an ihn ergangenen Weisungen im Geh. Staats-Archiv.

auch die Gelegenheit, der Politik dieses Jahres näherzutreten. Wir werden von englisch-preußischen Verhandlungen und von einem Vertragsschlusse zu reden haben, der uns wieder hinüberführt zur Geschichte der großen Bündnisverträge von 1725, die als die logische Folge der gescheiterten Bemühungen des Kongresses von Cambrai zu betrachten sind.

Schon für den Sommer 1722 war die Fahrt nach Hannover geplant gewesen. Wir wissen schon, warum sie aufgegeben wurde. Eine Adresse der Stadt London, die man dem Könige zu überreichen gedachte, um ihn zum Bleiben zu bewegen, hätte zwar ihren Zweck wohl kaum erfüllt, wäre nicht ein ernstes Hindernis entstanden, nämlich das von uns geschilderte *Atterbury Plot*. Die Verschwörer wollten ja gerade die Abwesenheit des Monarchen zur Durchführung ihres Planes benutzen. So durfte man ihn nicht aus dem Lande lassen, und Georg I., dem zuerst niemand von der unangenehmen Notwendigkeit zu sprechen gewagt, und der, als man es tat, „sich von sehr übler *humeur*“ zeigte¹⁾, er fügte sich dem Zwange²⁾. Im nächsten Jahr aber gab es kein Halten mehr. Vorsorglich hat man ja schon im Oktober 1722 die Suspension der Habeas Corpus - Akte auf ein volles Jahr verfügt, um gegen eine neue Jakobitengefahr gewappnet zu sein. Auch alle weiteren Vorkehrungen und Anordnungen werden in dem bereits gewohnten Stile getroffen. Die Gesamtheit des Kabinetts übernimmt, wie es 1719 geschehen, die Regentschaft, d. h. die offizielle Vertretung des Souveräns. Auf die eigenartige Doppelstellung, welche die Mitglieder des Kabinetts dadurch erhielten, werden wir an anderer Stelle noch zurückkommen. Hier möge nur darauf hingewiesen werden, wie das Schwergewicht der Regierung dieses Mal, wie auch sonst, mit der Person des Monarchen von London nach Hannover verlegt wurde. Und da regelmäßig einer der beiden Staatssekretäre ihn in seine deutsche Residenz zu begleiten pflegte, so fragte es sich nur, wer dieser eine sein solle. Zwischen Townshend und Carteret besteht Eifersucht. Townshend, der ältere, verkörpert, zusammen mit seinem Schwager Walpole, die starke, herrschende Gruppe innerhalb der whiggistischen Regierung. Der talentvolle,

¹⁾ Wallenrodt, 4./15. Mai 1722. G.St.A.

²⁾ Polwarth Mss. 3, 100.

jüngere Carteret, der seine Karriere Lord Sunderland verdankte, war, wie dieser, als Freund der Tories verdächtig, und wenn auch Georg I., der mit ihm deutsch reden konnte, ihn schätzte, so wurde er doch von den Kollegen im Ministerium mißtrauisch beobachtet. Es ergab sich nun, da keiner von beiden Staatssekretären nur den andern mit dem Könige ziehen lassen wollte, daß sie beide mitgingen. Es blieb also tatsächlich kein auswärtiger Minister in London. Um dem Mangel abzuwehren ward dafür Robert Walpole, zu seinen übrigen Ämtern als erster Schatzlord und Kanzler der Schatzkammer, noch ein interimistisches Staatssekretariat übertragen. Er verstand wenig genug von der technischen Behandlung der auswärtigen Geschäfte, will dieselben aber doch keinem andern überlassen. Eines Tages weiß er nicht, ob in der Ratifikation eines Vertrages der ganze Wortlaut desselben eingerückt werden muß. „Sagen Sie aber bitte niemandem, daß der Staatssekretär so etwas nicht weiß“, schreibt er behaglich schmunzelnd einem andern Minister ¹⁾.

Walpole selbst bleibt, auch ohne an der Seite des Königs zu weilen, doch der erste, der leitende Mann in der Regierung. Man entscheidet in Hannover, aber man folgt dabei den Winken, die der große Minister in London gibt. Mit seinem scharfen Blick, seinem praktischen Sinn, seiner nie irrenden Kenntnis der Menschen und der Dinge, und nicht zum wenigsten als der sicher rechnende und bedächtige Finanzkünstler, beherrscht er völlig das weite Gebiet des Staatslebens. Wirtschaft im Innern, auswärtiger Handel und Kolonien, Parlament und Verwaltung, alles ist ihm gleich vertraut. Und nur das Auswärtige überließ er gern dem Könige und den Herren in Hannover. Es bedurfte erst des Schreckschusses von 1725, um ihn zu zwingen, auch dieses Gebiet meistern zu lernen.

Walpole berichtet aus London, Townhend teilt ihm in seinen Antworten des Königs Entscheidung mit. Aber wer diese Korrespondenzen liest, empfindet bald, auf welcher Seite der leitende Geist waltet. „Ich hoffe“, schreibt Townhend einmal geradezu seinem Schwager, „Sie werden aus meinem Briefe ersehen, daß

¹⁾ Walpole an Newcastle, Houghton, Oct. 24. 1723. Add. Mss. 32686. Brit. Mus.

Ihre Befehle ganz pünktlich befolgt worden sind“. Jeder einzelne von der Hofgesellschaft in Hannover bittet Townhend, in den Briefen an Walpole seiner zu gedenken, und als Walpole eines Tages etwas Freundliches für „all Eure guten Leutchen“ seinem Briefe anfügt, da möchte die Herzogin von Kendal, die einflußreiche Freundin des Königs, noch die Zusicherung erhalten, daß auch sie damit gemeint sei ¹⁾. Sie verehrt Walpole schon aus sehr praktischem Grunde. Denn er ist es auch, der ihr mit seinen klugen Ratschlägen bei ihrer Vermögensverwaltung zur Seite steht. In einem von politischen Dingen handelnden Briefe Townshends aus Hannover heißt es plötzlich: Die Herzogin läßt fragen, ob sie bei dem hohen Kurs der Südsee ihre Aktien verkaufen soll ²⁾.

* * *

Kein anderer Fürst der Zeit ist mit so fliegender Hast durch die Lande gerast wie Georg I. Im selben Jahre begab sich Karl VI. mit der Kaiserin und zwei Töchtern und einer Reisegesellschaft von kaum weniger als 1000 Menschen auf den Weg nach der Hauptstadt Böhmens, um sich daselbst zum Könige krönen zu lassen. Wie behaglich war das Tempo dieser Kaiserreise. Man braucht zwölf Tage für die Strecke von Wien bis Prag und legt im Durchschnitt nicht mehr als 20 Kilometer täglich zurück. Der größte Teil des Gefolges und die Minister sind vorausgefahren, um früher an Ort und Stelle zu sein, und nur der gichtbrüchige Graf Singendorff begleitet das langsam und gemächlich reisende Kaiserpaar.

Georg I. dagegen will so schnell wie möglich das Ziel erreichen. Er stürmt in rasender Fahrt durch die Lande, so daß Minister, Gefolge und Dienerschaft früher als der König aufbrechen müssen, um da zu sein, wenn ihr Herr kommt. So auch dieses Mal. „Seekrank bin ich nicht geworden, schreibt Mr. Tilson ³⁾, einer der begleitenden Herren vom diplomatischen Dienst, „nicht seekrank, aber landkrank. Wie sind wir aber auch in wilder Fahrt Tag und Nacht dahingejagt durch die Heiden und Marschen

¹⁾ Townshend an Walpole, 29. Juni n. St. 1723. Private. R.O. Regenc. 4.

²⁾ Townshend an Walpole, Hannover 6./17. Sept. 1723. R.O. Regencies 4.

³⁾ Tilson an Delafaye, Hannover, 18./29. Juni 1729. Regencies 4. R.O.

und vorüber an allen Scheunen und Misthaufen von Overyssel und Westfalen.“

Die Hauptstadt Hannover findet Tilson — er hat sie schon vor Jahren gesehen — kaum verändert. Sie ist wenigstens sauber und für deutsche Verhältnisse gar nicht so schlimm, wie böse Leute in England es machen. Der König wohnt aber wohl meistens nicht in der Stadt, sondern draußen in Herrenhausen, dem im 17. Jahrhundert erbauten, schönen Renaissanceschlosse. Die berühmte Herrenhauser-Allee war noch nicht da. Sie ist erst drei Jahre später 1726 angelegt worden. Aber die neue Wasserkunst mit einem Springbrunnen von 120 Fuß Höhe, ein Werk englischer Wasserbaumeister war schon fertig. Der streng in französischem Stil angelegte Garten, den der berühmte Lenôtre selbst entworfen hatte, schien mit seinen hohen, regelmäßig beschnittenen Hecken, seinen Kaskaden, seinen Statuen, mit seinem Gartentheater, das, mit Heckenkulissen versehen, für die beliebten Schäferspiele so geeignet war, — alles schien so recht geschaffen, dem Hofe eines Rokkokofürsten zu angenehmem Aufenthalte zu dienen. Und auch an dem sonst üblichen Zubehör, an Mätressenwirtschaft, politischen Intriguen, galanten Abenteuern, fehlte es hier nicht.

Nach wenigen Tagen aber bricht die ganze Gesellschaft schon wieder auf, um zur Badekur nach Pymont zu fahren. Dort wird man von dem Fürsten von Waldeck, als Landesherrn, kurz begrüßt und die Kur beginnt. Alles geht mit pünktlicher Ordnung vor sich. Der König, die Minister, die englische und die deutsche Hofgesellschaft nimmt daran teil. Von den 18 Tagen, welche dem Aufenthalte in Pymont gewidmet sind, ist der erste der Reisetag, am zweiten werden Pillen genommen, um den Körper für den Genuß des Brunnens vorzubereiten. „Das haben wir alle gestern Abend nach dem Souper getan“. Dann trinkt man 14 Tage lang den Brunnen, bei gutem Wetter auf der Promenade, bei schlechtem im Hause. Der Tag vor der Abreise ist abermals den Pillen gewidmet. Vom Könige sucht man unterdessen jede Erregung möglichst fernzuhalten. Aber die guten Nachrichten über die geschickte Politik, die Walpole unterdessen jenseits des Kanals führt, erhöhten sein Behagen. „Man hat ihn nie vergnügter gesehen, als über die, für die Regierung so günstig ausgefallene Wahl der Sheriffs von London“. „Ihr hättet uns“, schreibt

Tilson ¹⁾, „für den Erfolg unserer Brunnenkur gar kein besseres herzstärkendes Mittel schicken können, als dieses“.

* * *

Nach der Rückkehr von Pymont nahm das Hofleben wieder den gewohnten Charakter an. Die preußische Königin Sophie Dorothea, Georgs Tochter, ist erschienen. Sie hat ihre Ankunft auf einen so nahen Termin gelegt, daß der König kaum zur Stelle sein, und daß die nötigen Vorbereitungen kaum getroffen werden können. Man entsendet einen Kurier nach Berlin und bittet, den Besuch ein wenig aufzuschieben. Aber Sophie Dorothea ist schon unterwegs. Sie trifft am 23. Juli n. St. 8 Uhr abends in Herrenhausen ein, wo ihr königlicher Vater, rechtzeitig benachrichtigt, sie schon erwartet ²⁾.

„Unser Hof zeigt sich prächtig in Herrenhausen jeden Abend und jeden Mittag“, schreibt Tilson, „und die Königin von Preußen macht eine glänzende Figur dabei.“ Er erzählt von einem Singpiel „Aria und Paeto“, das am Abend des 15./26. Juli aufgeführt wird, doch als strenger Kritiker findet er sowohl den Inhalt wie die Musik zu hoch gegriffen. Er erzählt auch von den Jagdvergnügungen des Königs, der auf Rebhühner und Hasen schießt, „ein Sport, dessen Reiz mir unverständlich ist“ ³⁾.

Aber neben diesen unschuldigen Zerstreuungen beginnt plötzlich die auswärtige Politik in dem Treiben von Hannover eine ernste Rolle zu spielen. Aus Berlin trafen alarmierende Nachrichten ein über eine kommende Gefahr im Norden Europas. Im Auftrage Friedrich Wilhelms I. ⁴⁾ machte sein Gesandter Wallenrodt dem Könige Georg die Mitteilung von drohenden Rüstungen des Zaren Peter. Derselbe sei im Begriffe, außer einem starken Geschwader von Kriegsschiffen, das er bereit halte und das vielleicht schon ausgefahren sei, auch eine Galeerenflotte mit 20 000 Mann an Bord in die Ostsee zu senden. Was damit bezweckt wurde, wußte zwar niemand zu sagen, aber die Nachricht klang doch nicht anders, als ob es auf einen neuen Streich gegen Schweden im Sinne der Expeditionen aus den

¹⁾ An Delafaye, Pymont, 5./16. Juli 1723. R.O.

²⁾ Wallenrodt, Hannover, 25. Juli 1723. G.St.A.

³⁾ Tilson an Delafaye, 13./24., 16./27. Juli 1723. Regencies 4. R.O.

⁴⁾ Friedrich Wilhelm an Wallenrodt, 24. Juli 1723. G.St.A.

letzten Jahren des nordischen Krieges abgesehen sei. Das war die Meinung Friedrich Wilhelms, und so dachten auch Georg I. und seine Leute in Hannover. Man stellte sich vor, daß es sich nicht nur um eine Wiederholung der Gewalttaten handeln werde, wie sie damals gegen die Bewohner der Dörfer und Städte im östlichen Schweden verübt worden waren; denn dieses Mal schien es auf Anderes, auf Größeres abgesehen. Der Zar, meinte man, würde die Schwäche der Regierung Schwedens benutzen, um den König zu stürzen und seinen Schützling, den Herzog von Holstein, an seine Stelle zu setzen. Er würde damit ganz Schweden in seine Abhängigkeit und alle schwedischen Häfen unter seine Kontrolle gebracht haben. „Wir dürften binnen kurzem schwedische und moskowitische Geschwader im Verein in Gotenburg sehen, geeignet auch alle Küsten Großbritanniens mit Unglück und Schrecken heimzusuchen.“

So weit die von Berlin nach Hannover gesandten Warnungen. Friedrich Wilhelm wünschte zu wissen, „was des Königes in England eigentliche Meinung wegen der schwedischen Affären sei, damit wir uns derselben, wie wir von Herzen geneigt sind, darunter soviel möglich konformieren können.“ Die Staatsmänner in Hannover stellten nun etwa die folgenden Erwägungen an. Eine englische Flotte in die Ostsee zu schicken, wie so oft im Laufe des letzten Jahrzehntes geschehen, schien bei der vorgerückten Jahreszeit nicht mehr angängig; denn der erste Bericht, den Townshend darüber nach London sandte, trägt das Datum des 16./27. Juli 1723. Kam aber ein militärisches Eingreifen nicht mehr in Frage, so blieb nichts übrig, als die bedrohten Höfe, sei es nun Schweden oder auch Dänemark, mit Geld zu unterstützen, damit sie ihre Verteidigungsmittel in einen besseren Stand zu setzen vermöchten. Englische Geldhilfe setzte zwar parlamentarische Bewilligung voraus, durfte aber vielleicht, dieser vorgehend, auch sofort in Anspruch genommen werden. In diesem Sinne schrieb Townshend an seinen Schwager Walpole. Die Sache mußte geheim bleiben. Niemand außer dem Herzog von Newcastle, dem großen Magnaten, dem Gebieter über so viele Sitze im Unterhause, durfte etwas davon erfahren. Townshend bat Walpole¹⁾, sich zu überlegen, wie man mit so wenig

¹⁾ Townshend an Walpole. 16./27. Juli 1723. very. secret. Regencies 4, R.O. Coxe, Rob. Walpole, 2 (1798), 253 ff.

Geräusch wie möglich, eine Summe von 1 bis 200 000 £ verfügbar machen könne. Das Parlament werde gewiß mit der nachträglichen Bewilligung der Summe nicht zurückhalten, um so weniger, da der König schon durch Vertrag zur Unterstützung Schwedens verpflichtet sei.

Natürlich machte die Kunde von den neuen Angriffsplänen des Zaren auch bei den beiden Ministern in London, Walpole und Newcastle, den einzigen, die sie erfuhren, starken Eindruck. Newcastle ist entsetzt und empört. Er findet¹⁾, die Regierung werde von ihren Diplomaten schlecht bedient. Hätte nicht der Gesandte Finch in Schweden, hätten nicht die deutschen Minister des Königs in Hannover die gefährlichen Absichten des Zaren längst erkennen und melden müssen, bevor man sie in letzter Stunde, als das Unglück schon da ist, erfährt? Und die Folgen werden schreckliche sein. Der Zar wird Herr der Ostsee, und die Ostsee — Newcastles schwache geographische Kenntnisse sind oft verspottet worden — die Ostsee ist Schottland so nahe²⁾. Das Schicksal unseres nordischen Handels liegt in der Hand des Zaren. Und wenn er erst den einen König verjagt hat, wird er auch einem andern dasselbe Schicksal bereiten wollen, nämlich demjenigen, der allein imstande ist, seinen Plänen entgegenzutreten. So meint denn Newcastle auf Grund der aus Hannover eingelaufenen Nachrichten das Gespenst des kaum beschworenen Jakobitismus wieder leibhaftig vor sich zu sehen.

Zu so aufgeregten Ergüssen hat der stets sachliche Walpole sich nicht fortreißen lassen. Er will nur vorsichtig sein und, vor allem, er möchte, wie immer, jeden kriegerischen Konflikt vermieden sehen.

Im Grunde besitzt aber für uns die ganze Angelegenheit überhaupt ein größeres Interesse mehr im Hinblick auf die eben genannten Personen, Georg I. und Townshend, Newcastle und Walpole, als um ihrer politischen Tragweite willen.

Hören wir nur, um was es sich eigentlich handelte. Die Alarmnachricht, die Friedrich Wilhelm durch seinen Gesandten Mardefeld aus Petersburg vernommen und nach Hannover weiter-

¹⁾ Newcastle an Walpole, Holand, 26. Juli 1723. Add. Mss. 32686. Brit. Museum.

²⁾ Ebd. *the Baltic which is so near Scotland.*

gegeben hatte, sie ist auch in einem ausführlichen Bericht des französischen Gesandten Campredon vom 13. August 1723¹⁾ enthalten. Man erfährt das folgende: Der Ehrgeiz des Herzogs von Holstein, welcher König von Schweden werden möchte, ist das Hauptmotiv der ganzen Aktion. Er hofft, daß die Anregung zum Umsturz des schwedischen Thrones aus Schweden selbst kommen werde. Eine nach Rußland gesandte Deputation der Stände von Schweden soll das Signal bilden für die Unternehmung des Zaren. Dieser ist selbst nach Reval gereist, wo Kriegsschiffe und Galeeren in erheblicher Zahl versammelt sind, bereit den Streich gegen Schweden zu führen. Aber man hat sich über die Stimmung in Schweden getäuscht. Die Deputation bleibt aus und der Zar kehrt von Reval zurück nach Petersburg. Der Plan gegen Schweden ist fallen gelassen. Und vielleicht ist es auch nicht mehr gewesen als eine Geste des Zaren, um gegenüber dem Drängen des Herzogs von Holstein seinen guten Willen zu zeigen.

Genug, eine ernste Gefahr hat von der Seite Rußlands dem Schwedenstaate in diesem Jahre nicht gedroht. Peter der Große hielt sich an die Abmachungen des Friedens von Nystad. Er hätte nach einer soeben erst durchgeführten Aktion in Asien, und da der Friede mit Persien noch nicht geschlossen war, auch kaum die Möglichkeit gehabt, sofort wieder in einem anderen Teile der Welt einen großen Schlag zu führen. Die Taten der Flotte aber scheinen sich in harmlosen Manövern erschöpft zu haben, und überdies wird von anderer Seite²⁾ ihre Aktionsunfähigkeit in einem so grellen Lichte geschildert, daß sie gewiß nicht als ein geeignetes Werkzeug gelten konnte zum Umsturz eines Thrones in fernen Landen.

* * *

Immerhin nahm auch Walpole die Nachricht so ernst, wie sie es zu verdienen schien. Seine Antwortbriefe an Townshend³⁾ gewähren einen vollkommenen Einblick in seine Auffassung. Er ist zu einer Äußerung über die finanzielle Seite der Sache aufgefordert. Er nimmt zwischen den beiden ihm genannten

¹⁾ Sbornik, 49, 361 ff.

²⁾ Vgl. Chance, *The Treaty of Charlottenburg*, E.H.R. 27, 59³².

³⁾ Walpole an Townshend, Whitehall, 23. Juli (a. St.) 1723. Regencies 4. Ders. an Dens. 23. Juli (a. St.) 1723. Regencies 66. R.O.

Zahlen das arithmetische Mittel und erklärt, die Summe von 150 000 £ wohl beschaffen zu können, wenn es auch nicht eben leicht sei. Er stellt etwa die folgende Rechnung auf. Von 730 000 £, die für das laufende Jahr für den Bedarf der Flotte bewilligt worden, sind 660 000 bereits verbraucht. Aus dem noch zurückgehaltenen Betrage, sowie aus den Bewilligungen für die Armee ließen sich ein paar Tage nach Michaelis 100 000 £ wohl bereitstellen. „Wenn wir nun noch um 50 000 weitergehen, so wird mit dieser Summe die Grenze des Möglichen erreicht sein. Und auch das würde ein frühzeitiges Zusammentreten des Parlaments bedingen; denn wenn nicht die Landtaxe bald bewilligt ist, so könnten wir über Weihnachten hinaus die Armee nicht bezahlen“. „Ich hoffe“, so schließt das klug abgefaßte Schreiben, „daß dieser Bericht den Wünschen Seiner Majestät entsprechen wird, und daß Er gütigst überzeugt sein möge, daß ich meinerseits, solange ich die Ehre habe, Seiner Majestät zu dienen, keine Mühe scheuen werde, Ihm bei allem, was Er für Seinen Dienst wünschen wird, die Wege zu ebnen“.

Wir kennen auch einen andern Brief Walpoles, den er zwei Tage später an den miteingeweihten Newcastle gerichtet hat¹⁾. Er hat sich dieses Mal noch freier ausgelassen und seine intimsten Gedanken verraten. Er schreibt: „Ich habe auch nicht unterlassen, den Stand unserer Einnahmen so darzustellen, daß die Leistung, die ich auf mich nehmen soll, weder leicht noch bedeutungslos erscheinen wird.“

Nun tritt Lord Townshend, mit der Darlegung Walpoles in der Hand, vor den König²⁾. Die russische Gefahr ist vorüber, und das Ganze hat nur dazu gedient, dem Monarchen einen neuen Beweis zu liefern für den guten Willen und den praktischen Sinn seines ersten Schatzlords. Townshend legt dem Könige auch ein Schreiben vor, das er an Walpole gerichtet hat, und in dem die Anerkennung des Herrschers in starken Worten ausgedrückt ist. Halb im Scherz fragt Townshend den König, ob er Walpole auch nicht zu viele Komplimente gemacht habe. „Das wäre unmöglich“, lautet die Antwort. „Denn, so sagte mir der

¹⁾ Walpole an Newcastle, Whitehall, 25. Juli (a. St.) 1723. Add. Mss. 32686. Brit. Mus.

²⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 11. Aug. 1723. Regencies 4. R.O. Coxe, 2, 261.

König, Sie haben in der Führung der Geschäfte niemals Ihres Gleichen gehabt, und er hat noch viele andere Worte hinzugefügt, noch wärmere, noch tiefer empfundene.“

* * *

„Wenn es irgendwo in der Welt“, schreibt Townshend einmal aus Hannover ¹⁾, „wenn es irgendwo einen Ort gibt, wo Zwist und Intrigue zu Natur und Sitte geworden sind, so ist es hier. Da ist es wirklich nicht leicht für einen Fremden, sein Benehmen so einzurichten, daß er nicht Anstoß erregt“. Wir erblicken König Georg I. und unter ihm eine englische und eine deutsche Hofgesellschaft nebeneinander. Der Gegensatz der Nationen, der in London 1720 glücklich überwundene, hier scheint er wieder lebendig geworden zu sein. Neben den Lords Townshend und Carteret, den Staatssekretären, erscheint wieder der von England ausgeschlossene Baron Bernstorff, mischt sich wieder in die große Politik und sucht insbesondere, seinem alten Grundsatz treu, die engere Verbindung mit dem preußischen Staate, auf die die Engländer hinarbeiten, zu hintertreiben. Auch Graf Bothmer ist zur Stelle, angeblich um Privatangelegenheiten zu erledigen. „Aber die Leute sagen ²⁾, er ist gekommen, um zu intrigieren und um Bernstorffs Interesse zu stärken gegen diejenigen, die seit drei Jahren seine Gegner gewesen sind.“

Daneben steht der weibliche Teil der Gesellschaft. Da sind die in Hannover aus früherer Zeit noch wohlbekannten Gestalten der Schulenburg und Kielmannsegge, oder, wie sie jetzt mit ihren gut englisch klingenden Adelstiteln genannt werden, die Herzogin von Kendal und die Gräfin Darlington. Von der Kendal heißt es, sie sei dem von seiner Gattin geschiedenen Monarchen zur linken Hand angetraut. Sie nimmt denn auch, ebenso wie ihr königlicher Herr, eine Art Mittelstellung ein zwischen der englischen und der deutschen Gesellschaft. Aber neben ihr und der Gräfin Darlington spielt wieder die einst so schöne Gräfin Platen eine bedeutende Rolle. Als Katholikin hatte sie an der Über-

¹⁾ An Walpole, Hannover, 6. Aug. 1723, N.S. Private. R.O. Coxe, Rob. Walpole 2, 261 (ohne Datum).

²⁾ Anonymer, englisch geschriebener Brief aus Hannover, 3./14. Sept. 1723. Auf der Rückseite wird der Name des Schreibers Blank genannt. Regencies 5. R.O.

siedlung des Hofes von Hannover nach London nicht teilnehmen dürfen. Kam aber Georg I. nach Deutschland, so hatte sie bald ihren alten Einfluß zurückgewonnen. Schon 1716, bei seinem ersten Besuch in Hannover, hatte man von den beiden Parteien der Schulenburg und der Platen gesprochen, die einander mit mehr Feindschaft gegenüber ständen als Whig und Tory in England.

Dieses Mal war es nicht anders. Die schöne Gräfin machte sogar ernsthafte Versuche, sich den Weg nach England zu bahnen. Im Juli fragt Townshend einmal in tiefstem Vertrauen bei Walpole an, ob eine römisch katholische Person nach dem Gesetz *Peer* oder *Peeress* von Großbritannien auf Lebenszeit werden könne ¹⁾. Walpole werde schon wissen, um wen es sich handle ²⁾. Einige Wochen später beklagt sich Carteret bitter darüber, daß man in England behaupte, er wolle die Gräfin Platen herüberbringen. Wie viel an der Behauptung richtig ist, läßt sich zwar kaum mehr entscheiden. Walpole aber, praktisch und unbarmherzig wie er ist, bemerkte sogleich, welch unangenehmes Aufsehen schon das Gerücht von der beabsichtigten Herüberkunft der Gräfin in England mache. Er fand darin ein gutes Mittel, um Carterets Stellung zu untergraben. „Er hätte es wahrlich zu gut, wenn er nur den Vorteil von seinen Plänen hätte, falls sie gelingen, und sie nicht auch, wenn sie mißlingen, zu seinem Schaden ausschlagen sollen.“ Walpoles Urteil mag auch in Hannover, vielleicht sogar bei Georg I. Eindruck gemacht haben. Der preußische Gesandte weiß von einer „kleinen Kaltsinnigkeit“ zwischen der Platen und dem Könige zu berichten. Zugleich erfährt man, daß die Gräfin auf der Seite Carterets steht, wie die Kendal Townshends Verbündete ist. „Die Intriguen unter hiesigen Damen regieren sehr stark“, schreibt Wallenrod ³⁾.

An dem Wunsch der Gräfin, sich dem Gefolge des Königs, wenn er nach England zurückkehrte, einfach anschließen zu dürfen, wird man, auch trotz ihrem Leugnen, wohl nicht zu zweifeln haben. Aber auch nachdem sich seine Erfüllung als unmöglich herausgestellt hat, liest man ihren Namen noch manch-

¹⁾ Vgl. über diese Form: Anson, Law and Custom of the Constitution. I. Parliament. 1911, p. 214.

²⁾ Townshend an Walpole, Pymont, 12. Juli 1723. N.S. Private. R.O.

³⁾ Hannover, 12. Sept. 1723. G.St.A.

mal in den Briefen der Diplomaten, gewöhnlich in Verbindung mit einem etwas abenteuerlichen Heiratsplan, von dem die Akten reden und über den auch Saint Simon mit aller Ausführlichkeit berichtet, und den wir hier gleichwohl unerzählt lassen dürfen. Genug, der Plan ist gescheitert. Und mit der Übersiedelung der Gräfin Platen ging es nicht anders. Sie ist niemals erfolgt, obwohl noch im Januar 1724 in London das Gerücht umlief, sie werde mit ihrer dritten Tochter, „die vom Könige ist“, ihren Aufenthalt in England nehmen. Georg I. erleichterte ihr noch die Ausstattung der Tochter durch eine, vom englischen Schatzamt bezahlte Spende von 3000 £. Aber ihr Herzenswunsch war nicht erfüllt, sie blieb die „verlassene Mätresse“, die, dem Hofe von St. James' fern, der glücklicheren Nebenbuhlerin das Feld überlassen mußte. Und doch, wie viel freundlicher erscheint auch ihr Schicksal noch gegenüber demjenigen der verstoßenen Gattin, der Gefangenen von Schloß Ahlden.

* * *

Die Erwähnung jener der Gräfin Platen gespendeten 3000 £ legt uns noch einmal die Frage nahe, ob denn überhaupt englisches Geld in schwerer Menge an die deutsche Hofgesellschaft Georgs I. verteilt worden sei. Davon kann aber trotz aller üblen Nachreden von Schriftstellern wie Vehse im Ernste nicht die Rede sein. Auch die notorische Bestechlichkeit der Kendal und das große Vermögen, das sie hinterließ, ändern daran nichts¹⁾. Denn das Vermögen stammte nicht aus dem englischen Staatsschatz. Die Dame ließ sich ihre Verwendung beim Könige von jedermann bezahlen und kein anderer hat dies mit schärferen Worten geißelt als Walpole, der oft von ihr gesagt haben soll: „Sie würde die Ehre des Königs verkaufen, wenn sie nur einen Schilling dabei verdienen könnte“²⁾. Aber er, der so oft erklärt hat, unter seiner Leitung sei niemals eine Ausgabe für den Staat gemacht worden, die nicht vom Parlament gebilligt, ja vorgesehen worden wäre³⁾, er würde alles eher getan haben als die öffentlichen Mittel in dieser Weise zu vergeuden. Auch das oft erwähnte *Secret service money* kommt hier nicht in betracht.

¹⁾ Vgl. Melville, *The first George*, 2, 41.

²⁾ Vgl. Coxe, *Rob. Walpole* (1798), 1, 82.

³⁾ *Z. B. Parl. Hist.* 11, 1291.

Wir haben ja soeben erst, bei der Behandlung der Russengefahr, einen Blick in die vorsichtige Finanzgebarung Walpoles tun können. So spielen denn die kleinen Gefälligkeiten, die man dem Könige erweist, in Wahrheit eine ganz untergeordnete Rolle. Hier ein Geschenk von ein paar hundert Pfund an diese oder jene Dame, oder eine Pension für eine dem Monarchen nahestehende Persönlichkeit, das ist so ziemlich alles. Und wie vorsichtig pflegt Townshend solche Dinge seinem Schwager zu unterbreiten. Eine Schwester der Gräfin Walsingham, der natürlichen Tochter Georgs I. von der Kendal, soll zwei Anweisungen auf das Schatzamt von je 500 £ erhalten. „Wenn Sie sie kennen würden, fügt Townshend schalkhaft hinzu¹⁾, „Sie würden bedauern, daß der König nicht das Zehnfache gibt.“ Aber jene 3000 £ für die Gräfin Platen? Noch ehe Townshend die Summe genannt hat, schreibt er²⁾: „Ich werde mir alle Mühe geben, daß Sie so billig wie möglich aus der Sache herauskommen.“ Und dann, als der Betrag feststeht: „Der König weiß sehr wohl, wie beschwerlich er Ihnen letzthin mit Geschenken gefallen ist, die für politische Zwecke bestimmt waren. Dennoch spricht er den Wunsch aus, ihm auch hierin gefällig zu sein.“ „Auch wird ein solcher Fall wahrscheinlich nie wiederkehren“³⁾. Und sein letzter Brief aus Hannover⁴⁾ enthält die Worte: „Das ist alles, womit ich Ihnen in Geldsachen von hier aus lästig fallen muß, und so werden Sie hoffentlich finden, daß unsere Kampagne nicht allzu kostspielig gewesen ist.“

* * *

Und doch stehen diese Hofintriguen, deren Betrachtung so wenig erfreulich ist, in ihrer historischen Bedeutung weit zurück hinter dem Gegensatz, der innerhalb der englischen whiggistischen Regierung klaffte, und der gerade während dieses Aufenthaltes in Hannover zu einer vorläufigen Entscheidung gebracht worden ist. Die Eifersucht der beiden Staatssekretäre hatte ja schon

¹⁾ An Walpole, Hannover, 17. Sept. 1723. *Very. secret.* Regencies 5. R.O.

²⁾ 8. Sept. Coxe, *Rob. Walpole* (1798), 2, 267.

³⁾ Townshend an Walpole, Gohrde, Monday, 15. Nov. 1723. *N.S. Private.* „*The occasion being such as is never likely to return.*“

⁴⁾ Ders. an Dens., Hannover, 29. Nov./10. Dez. 1723. *Private.* Regencies 5. R.O.

dazu geführt, daß keiner von beiden dem andern allein die Ehre gönnen wollte, den König zu begleiten. Denn man läßt ihn nicht gern aus den Augen. Townshend und Carteret waren also nebeneinander in Hannover erschienen, führten dort einen stillen, erbitterten Kampf und rangen gleichsam um die Seele ihres Herrn. In allen großen und kleinen Fragen, in der nordischen Politik und in dem Verhältnis zu Frankreich, in der Besetzung kirchlicher wie weltlicher Ämter, stehen sie wie erbitterte Feinde einander gegenüber. Immerhin treibt sie nicht bloßer Ehrgeiz. Der Kampf, der hier ausgefochten wird, er entscheidet über den Charakter der englischen Regierung. Townshend in Hannover kämpft wie Walpole in London für die Behauptung eines reinen Whigregiments. „Wir dürfen“, sagt Townshend, „unter keinen Umständen den whiggistischen Boden unter den Füßen verlieren“¹⁾. Carteret hingegen setzt die Traditionen Sunderlands fort, der die Tories hereinlassen und eine gemische Regierung bilden wollte. Erst der Sieg der Politik von Townshend und Walpole hat die Entscheidung gegeben. Für das Prinzip des Zweiparteiensystems, und damit der scharfen Gegenüberstellung von Regierung und Opposition, wird unter den Augen des Monarchen und oft in seinem Kabinette der Streit durchgekämpft. „Wir gingen zusammen hinein zum Könige“, sagt Townshend einmal²⁾, „wo in schönster Form der Strauß ausgefochten wurde. Und ich hatte die Genugtuung, daß der König sich meiner Meinung und meinen Argumenten vollkommen anschloß, zum nicht geringen Ärger meines Gegners.“ So ging es die Wochen und Monate hindurch. Und als man nach England zurückkehrte, hatte Carteret die Schlacht verloren. Aber man erkennt auch, worauf es ankam. Die Entscheidung lag beim Könige. Denn alle hier auftretenden Figuren, Engländer wie Deutsche, sie bewegen sich wie Planeten um die königliche Sonne, so wenig auch dieser Vergleich an das große Vorbild des „*roi soleil*“ erinnern soll.

* * *

Die offeneren Berichte Townshends aus Hannover schildern das alles so anschaulich und lebendig, wie man es nur

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole, 2 (1798), 260.

²⁾ Ebd. 259.

wünschen möchte, aber auch mit der ganzen Gehässigkeit, wie er und Walpole sie gegen den gefährlichen Rivalen empfanden; zwischen den beiden bleibt das Geheimnis ängstlich gewahrt. Nur der Herzog von Newcastle, den sie später zum Nachfolger Carterets, einen recht bequemen Nachfolger, gemacht haben, erfährt von allem. „Zeigen Sie dieses doch bitte keinem Sterblichen, außer dem Herzog von Newcastle,“ „Sagen Sie keinem Lebenden etwas davon“¹⁾, so klingt es aus Townshends Briefen²⁾.

Zuerst handelte es sich um die Stellung des Lord Cadogan als Nachfolger Marlboroughs. Der große Feldherr war am 16. Juni 1722, kurz nach der Ankunft Georgs I. in Hannover, einem Schlaganfall erlegen. In der großen Öffentlichkeit hatte man seit dem Tode der Königin Anna nicht mehr viel von ihm gehört. Die Strapazen der Kriegszüge hatten ihn früh zum Greise gemacht. An den militärischen Ereignissen der Regierung Georgs I. hatte er keinen Anteil, weder an der Bekämpfung des schottischen Aufstandes noch an dem spanischen Feldzuge von 1719. Auch politisch ist er nicht mehr hervorgetreten. Im Mai 1716 weiß einer der Diplomaten zu berichten, Marlborough wolle alle seine Ämter niederlegen, angeblich wegen des Todes zweier Töchter und wegen körperlicher Schwäche. Aber der wahre Grund sei wohl eher in seiner Enttäuschung zu erblicken, daß er nicht mehr wie ehemals die Macht in Händen habe. Doch wird es mit diesen Rücktrittsgedanken nicht Ernst und am 21. a. St. desselben Monats nimmt der Feldherr an jener stundenlang währenden Konferenz teil, in welcher die englischen und hannövrerischen Minister mit zwei österreichischen Diplomaten über ein englisch-österreichisches Bündnis verhandelten, jene Konferenz, in der man lange Stunden nur um die Worte *Honor et Dignitas* stritt, bis Stanhope zur Feder griff und einen Wortlaut entwarf, mit dem sich alle Teile zufrieden erklärten³⁾. Eine Woche später, am 28. Mai a. St. erlitt Marlborough einen Schlaganfall, von dem er sich niemals völlig erholt hat. Im Besitz seiner Ämter ist er geblieben, und auch in den Listen der Regentschaften

¹⁾ „*Pray shew this to no mortal but the Duke of Newcastle*“. Townshend an Walpole, 6. Aug. 1723. N.S. Private. P.S. Regencies 4. R.O.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole, 2 (1798), 261.

³⁾ Volkra und Hoffmann, 25. Mai/5. Juni 1716. W.St.A. Vgl. Bd. 1, 671.

findet man seinen Namen. Aber an den Geschäften hat er nie mehr ernstlich teilgenommen.

So hat sein Tod in der politischen Welt keine Lücke gerissen. Nur das mit ungeheurem Gepränge vollführte Leichenbegängnis gab der öffentlichen Meinung viel Anlaß zur Kritik. Der im vorigen Jahre verschiedene Lord Stanhope war auf des Königs Kosten beerdigt worden. Bei Marlborough schien dies seines kolossalen Reichtums wegen nicht angebracht. Die Herzogin aber, obwohl sie nun, wie ein Gesandter schreibt „die reichste Wittib, so jemals in der Welt gewesen“, weigerte sich gleichwohl das Geringste beizutragen und überließ es ihrer Tochter, der Gräfin Godolphin, die Kosten zu übernehmen. Auf dem Sarg erblickte man ¹⁾ eine vergoldete Figur, die den Feldherrn darstellte. Zur Rechten des Hauptes lag die Herzogskrone, und da der Sieger von Höchstädt vom Kaiser auch in den Reichsfürstenstand erhoben worden war, so sah man eine Fürstenkrone zur Linken. Der Österreicher Hoffmann meinte freilich ²⁾ in dieser Anordnung die für seinen Herrn kränkende Auffassung erkennen zu sollen „als prätendierte man einen hiesigen Duc einem Reichsfürsten vorzuziehen.“ Während der Zug sich von London nach Westminster bewegte, gaben die Kanonen des Towers von Minute zu Minute eine Salve ab, und bei der Feier in der Kathedrale gelangte ein von Bononcini für diesen Tag komponiertes Anthem zur Aufführung.

* * *

Seit Jahren hatte Lord Cadogan die Hoffnung gehegt, der Nachfolger Marlboroughs zu werden. Er hatte im spanischen Erbfolgekriege mit Auszeichnung unter Marlborough gefochten. Gemeinsam mit Argyle hatte er 1716 den Aufstand in Schottland unterdrückt. Und wenn er neben seinen militärischen Leistungen noch zu zahlreichen diplomatischen Missionen verwendet worden war, so hat er doch das höhere Ziel, der erste Mann in der Armee zu werden, niemals aus dem Auge verloren. Hatte doch selbst die ihm aufgezwungene Verhandlung in Wien im Jahre 1720

¹⁾ Eine Beschreibung gibt (Limier), *Memoires du règne de George I.* 4 (1730), 174 ff.

²⁾ Hoffmann, 21. Aug. 1722. W.St.A.

ihm dazu dienen sollen, wenn es wieder zum Schlagen kam, mit Hilfe der Österreicher an die Spitze der Truppen Großbritanniens gestellt zu werden. Und der einzige Rivale, den er zu fürchten gehabt, Lord Stanhope, weilte jetzt nicht mehr unter den Lebenden. So schien ihm nach Marlboroughs Tode die Ernennung zu seinem Nachfolger nicht entgehen zu können. Sie scheint zunächst auch wirklich erfolgt zu sein. Der König war außer Landes, und in den Instruktionen für die Regentschaft ¹⁾ war der Fall dieser Vakanz nicht vorgesehen. Artikel 7 sagte nur im allgemeinen, wenn ein Amt, über das der König persönlich zu verfügen habe, vakant werde, so sollten die *Lords Justices* zunächst berichten, außer wenn sie die sofortige Wiederbesetzung für unumgänglich hielten. Ob nun das Letztere in diesem Falle zutraf oder nicht, genug Cadogan erscheint bereits im Besitze des hohen Amtes. Doch bald genug wurde er durch ein Schreiben Walpoles darüber belehrt, daß es der Wunsch des Monarchen sei, die Stelle des Höchstkommandierenden während seiner Abwesenheit nicht besetzt zu sehen.

Sah sich Cadogan also von der eben erklimmenen Höhe rasch wieder herabgezogen, so hatte dieser Vorgang auch noch eine schwere Szene in Hannover im Gefolge. Vor dem Könige erschienen Townshend und Carteret, der erstere mit einem Schreiben Walpoles in der Hand, welches das in London Geschehene enthielt, der letztere mit einem „donnernden Beschwerdebrief“ Cadogans. Der Monarch erklärt sofort, Walpole habe nur seinen Befehl ausgeführt. Carteret war geschlagen, und die Niederlage um so empfindlicher, als er in Cadogan, dem Freunde seines verstorbenen Gönners Lord Sunderland, einen starken Bundesgenossen gegen die Gruppe Walpole-Townshend zu finden gehofft. Aber geschmeidig, wie er war, hat er sich rasch beruhigt und scheint nun alles in bester Ordnung zu finden. „Mein guter Lord“, spottet Townshend ²⁾, „ist hier genau derselbe wie in England. Er geht umher und sucht sich beliebt zu machen bei Männern, Frauen und Kindern, allerdings, soviel ich sehe, ohne jeden Erfolg.“

¹⁾ Sie sind erhalten: Regencies 66. R.O.

²⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 29. Juni 1723. N.S. Regencies 4. R.O.

Das Thema der Ämterbesetzung gab in Hannover noch häufiger den Anlaß zu peinlichen Auseinandersetzungen. Zwar sucht man sich die Stellenjäger, diese lästigen Störer der Ferienfreuden, nach Möglichkeit vom Leibe zu halten. Schriftliche Gesuche von der andern Seite des Kanals werden mit der Begründung abgelehnt, der König sei entschlossen, über freigewordene Stellen bis zu seiner Rückkehr nach England nicht zu verfügen. Aber es gelingt nicht immer. In diesem Kleinkriege scheint aber Townshend regelmäßig Sieger geblieben zu sein. Seine Briefe an Walpole berichten darüber mit großer Genugtuung. Eines Tages streitet man sich vor dem Könige darum, ob ein gewisser Wescomb, von Walpole empfohlen, ein Amt in der Armeeverwaltung erhalten solle, oder nicht. Die beiden Staatssekretäre haben wieder lebhaft auf ihren Herrn eingeredet, bis dieser die Entscheidung gibt mit den an Townshend gerichteten Worten: „*Vous avez raison, je veux que Wescomb ait la charge*“. Aber niemand außer Newcastle, sagt Townshend wieder¹⁾, darf diese Einzelheiten erfahren. „Denn nichts würde bei Seiner Majestät mehr Anstoß erregen, als wenn wir die Triumphierenden spielten.“

* * *

So war Carteret im Laufe der Sommermonate 1723 immer mehr ins Hintertreffen geraten. Der gegen ihn geführte Feldzug schien jetzt für Walpole und Townshend, die beiden Führer der Whigregierung, um so dringlicher zu sein, als es durch gewisse Indiskretionen Bolingbrokes, wovon wir noch zu reden haben werden, sich herausgestellt hatte, daß Carteret während der ganzen letzten Session des Parlaments mit den Tories verhandelt hatte. So waren jene beiden denn entschlossen, ihn von seinem hohen Posten zu verdrängen. Es ist lustig zu sehen, wie diese Bemühungen jetzt nicht nur in der Zentrale der Regierung, in Hannover, spielten, sondern auch an der Peripherie, wie sie nämlich in dem amtlichen Wirkungskreise Carterets, bei der Pariser Gesandtschaft, einsetzten. Was hier vor sich ging, erscheint wie ein klassisches Intrigenstück, das in tiefstem Geheimnis von vier Eingeweihten gespielt wurde. Die vier Eingeweihten

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 271—4.

aber waren König Georg I., Lord Townshend und die beiden Brüder Robert und Horac Walpole.

Von Townshend war der Plan ersonnen, und der Schauplatz war Paris. Hier weilte als englischer Botschafter der uns wohlbekannte Sir Lukas Schaub. Als Vertrauter Stanhopes hatte er ehemals so manche schwierige Aufgabe für die englische Diplomatie glücklich gelöst, war nach Stanhopes Tode der Freund Carterets geworden und von diesem als britischer Botschafter nach Paris gesandt worden. Seine Stellung daselbst war um so stärker, da Kardinal Dubois, der Leiter der auswärtigen Politik, die engen Beziehungen, die ihn vorher mit Stanhope verbanden, auf Schaub übertrug. Die Freundschaft dieser beiden schien die beste Gewähr für ein gutes Einvernehmen der Westmächte. Nun war aber Dubois im August dieses Jahres gestorben. Von Morville, dem neuen Leiter der auswärtigen Politik, war man noch nicht sicher, ob er die Politik seines Vorgängers fortsetzen würde, oder nicht. Und auf die Haltung Frankreichs kam so viel an. Längst waren die Bevollmächtigten in Cambrai versammelt, und die Eröffnung des Kongresses stand bevor. England und Frankreich als die Vermittlermächte mußten in vollem Einvernehmen handeln.

Mehr noch kam auf die nordische Politik Frankreichs an. Soeben erst hatte man den Schrecken über die Demonstration des Zaren an der Ostsee überwunden. Ein so gründlicher Kenner des Nordens, wie Whitworth, hatte zwar an feindliche Absichten des Zaren nicht geglaubt; denn dazu kenne Peter die Welt zu gut. Aber der Schrecken, so schrieb derselbe Whitworth seinem Freunde Tilson, könnte sich jeden Sommer wiederholen, zumal, wenn er, der Zar, eure ängstliche Natur kennt und darin das Mittel erblickt, um sich furchtbar zu machen. Noch sei wohl ein russisch-französischer Vertrag nicht geschlossen, aber in Zukunft müsse man wohl damit rechnen¹⁾.

Da nun Schaub amtlich mit Carteret zu korrespondieren hatte, so versteht man den Wunsch der Gegenspieler, Walpole und Townshend, gerade über die Haltung und die Absichten der französischen Politik völlig im Klaren zu sein. Das war der Sinn des heimlichen Spiels, das nun begann. In einem geheimen

¹⁾ Whitworth an Tilson, Spaa, 12./23. Aug. 1723. R.O.

Schreiben an seinen Schwager Robert Walpole teilt Townshend diesem die Absicht des Königs mit, Roberts Bruder Horace nach Paris reisen zu lassen. Es muß unauffällig geschehen, gerade als ob ihn nur die Neugierde treibe, auf dem Wege nach Hannover, wo er dem Könige seine Aufwartung machen will, die französische Hauptstadt, die er noch nicht kennt, zu besuchen. Dort wird er mit Schaub verkehren, doch ohne sein Mißtrauen zu erwecken. Er wird den Regenten und seine Minister zu sprechen versuchen und sodann über alles genau berichten. Und am nächsten Tage schreibt Townshend noch einmal über dasselbe Thema. Horace darf keinem Lebenden etwas davon sagen, daß er im Auftrage des Königs handle. „Denn uns darf kein Vorwurf treffen.“ Und wenn er seine Aufgabe mit dem gewohnten Geschick löst, so werden die von ihm gemachten Entdeckungen entweder die Abberufung Schaub's zur Folge haben, oder doch diesen zwingen, Farbe zu bekennen und sich rückhaltlos Townshend und Walpole zu eröffnen. Carteret aber weiß von alledem noch nichts. Und vor ihm wird die Komödie konsequent weitergespielt. In einem Briefe an Walpole, den Carteret zu sehen bekommt, schreibt Townshend: „Ich höre mit Vergnügen, daß mein Bruder Horace Walpole des Weges kommen wird. Er wird hier sehr willkommen sein, und ich hoffe, der geplante Abstecher nach Paris wird seiner Gesundheit gut tun“. Und Walpole schreibt ebenso unehrlich: „Mein Bruder Horace will diese Woche nach Hannover fahren, um Seiner Majestät seine Aufwartung zu machen, doch hat er es sich in den Kopf gesetzt, über Paris zu gehen. Sie wissen, er hat eine große Vorliebe für fremde Gegenden und diesen Teil Europas hat er noch nie gesehen.“

Auch Georg I. spielt seine Rolle gut. Townshend hat ihm vorgetragen, daß es Horace seine Aufgabe erleichtern würde, wenn er eine Beglaubigung beim Regenten erhielte, und dafür sei es ein passender Anlaß, daß gerade der Beitritt Portugals zur Quadrupel-Allianz erfolgen solle. Der König greift es auf und teilt es am nächsten Tage als seinen eigenen Gedanken Carteret mit, zugleich mit dem Auftrage, sofort einen Kurier nach England zu schicken, um daselbst Beglaubigung und Vollmacht in gehöriger Form ausstellen zu lassen¹⁾.

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 281.

Aber nicht nur der hier mitgeteilte Zweck sollte erreicht werden. Die Welt soll auch erfahren, und insbesondere der Herzog von Orleans darf sich nicht mehr darüber täuschen, in wessen Händen jetzt die Macht ruht. Denn wie? Der König schickt, über den Kopf von Schaub hinweg, einen so nahen Anverwandten von Walpole und Townshend an den Hof, wo die Geheimnisse der hohen Politik sich offenbaren. Er schickt diesen Mann gerade nach Frankreich, obwohl Englands Beziehungen zu Frankreich im Geschäftskreis Carterets und „im Herzen seines Interesses“ liegen. „Damit wird der Welt“, schreibt Townshend¹⁾, „ein so starker Beweis unserer Überlegenheit gegeben, daß ein noch stärkerer im Augenblick gar nicht möglich und nicht einmal erwünscht wäre“.

Und Carteret selbst? Unzweifelhaft hat auch er das Spiel durchschaut. Aber sein Bestreben ist jetzt nur darauf gerichtet, den guten Schein zu wahren. Er muß wohl täuschende Berichte nach London gesandt haben. Denn seine Gegner klagen wiederholt darüber, er lasse dort Gerüchte verbreiten, als ob er die Situation in Hannover völlig beherrsche. Er hielt es offenbar für das Klügste, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Ja, er läßt sich sogar herab, selbst eine Rolle in der Komödie zu übernehmen. In einem ganz geheimen Briefe an Walpole²⁾ teilt er diesem die Neuigkeit mit, der König halte es für nützlich, daß Herr Horace Walpole auf einige Zeit nach Paris gehe. Man solle ihm Beglaubigungsschreiben an den König von Frankreich und den Herzog von Orleans ausstellen. Und da habe er, Carteret, dem Könige den Vorschlag gemacht, und der König hat ihn gebilligt, man möge Horace Walpole auch eine Vollmacht in die Hand geben zur Unterzeichnung der Beitrittserklärung Portugals zur Quadrupel-Allianz. Wie mag sich Robert Walpole beim Empfang dieses Schreibens als Sieger gefühlt haben.

* * *

Folgen wir auch einmal den Anfängen der in so wunderlicher Form eingeleiteten Mission Horace Walpoles. Aus einem Privat-schreiben, das er bald nach seiner Ankunft in Paris an seinen

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole, 2, 281.

²⁾ Gohrde, 15./26. Oktober 1723. Regencies 5. R.O.

Bruder Robert gerichtet hat¹⁾, erkennt man schon, wie verständnisvoll er auf die Intentionen seines Bruders und seines Schwagers einzugehen mußte. Er ist ja gekommen, um das Ansehen Schaub's ebenso bei der französischen Hofgesellschaft wie bei den Machthabern in England zu untergraben, und vielleicht will er gar sein Nachfolger werden. So schildert er denn Schaub als eine lächerliche Figur, das kleine bewegliche Männchen mit seinen plebejischen Allüren, dessen lebhaft Unterhaltung eigentlich nur darin besteht, daß er über seine eigenen Anekdotchen schon lacht, ehe er sie noch fertig erzählt hat, so daß die Hörer mehr über den komischen Mann belustigt sind als über seine Erzählung. Unter Dubois hatte Schaub allerdings eine wichtige Rolle gespielt. Der Kardinal hatte ihm so viel Vertrauen geschenkt, daß er ihn nicht nur in Fragen der englisch-französischen Politik zu Rate zog, sondern auch in seinen eigenen Privathändeln, so daß Schaub bei manchen Leuten fast wie ein Spion Dubois' angesehen wurde. Dabei ist ihm seine Würde als Minister Großbritanniens zu Kopfe gestiegen. Nun, da Dubois nicht mehr am Leben ist, ist Schaub den meisten Mitgliedern des diplomatischen Korps nur verächtlich und keinem angenehm.

Wir wissen genug von der Persönlichkeit und den Leistungen Schaub's, um das Gehässige dieser Schilderung durchschauen zu können. Wir wissen, wie er von Georg I. und besonders von Lord Stanhope geschätzt wurde. Wir haben den geschickten Unterhändler in Wien, in Paris, in Madrid am Werke gesehen. Seine Mitarbeit war aus den großen Vertragsschlüssen des letzten Jahrzehnts gar nicht wegzudenken. Aber man sieht ja auch, worauf es hier ankam. Wenn Carteret gestürzt wurde, durfte Schaub nicht bleiben. Und darum malte Horace Walpole das Charakterbild des Mannes so, wie der Bruder und der Schwager es zu sehen wünschten.

Doch von dem Persönlichen abgesehen, war dasjenige, was Horace über den Pariser Hof mitzuteilen mußte, bedeutungsvoll genug. Er hat nach vierzehntägiger Anwesenheit eine ausführliche Beschreibung von der Geistesrichtung des französischen Hofes geliefert²⁾. Er spricht in so scharf pointierter Redeweise,

¹⁾ Paris, 19./30. Oktober 1723. France 179. R.O.

²⁾ H. Walpole an Townshend. Entwurf, datiert: Paris, Oktober 1723. France 179. R.O. Eine französische Übersetzung gibt Baillon 36 ff.

daß man schon Anklänge an die später berühmt gewordene literarische Art seines Neffen zu vernehmen meint, jenes andern Horace Walpole, der während seines langen Lebens, trotzdem er der Sohn des Premierministers war, allen Versuchungen, sich politisch zu betätigen, so ängstlich aus dem Wege ging. Aus des älteren Horace Schilderung erfährt man, daß sich seit Dubois' Tode allerdings in Frankreich manches geändert hat. Der Regent hat, wie ihm von mehreren Seiten, z. B. auch von John Law, geraten worden, das Amt des Premierministers selbst auf sich genommen. Er führt es sehr sachlich, er zeigt eine seltene Arbeitskraft und ist seinen Ministern weit überlegen. Sein Ansehen ist so groß, daß man annehmen darf, er würde, falls der schwächliche junge König eines frühen Todes sterben sollte, gewißlich selbst die Krone davontreten. Der auswärtige Minister Morville ist ein redlicher Mann, doch ohne Ehrgeiz. Ein anderer, der vielgenannte Graf Nocé, ist der intimste Freund des Regenten. Zu Lebzeiten Dubois' war Nocé vom Hofe verbannt worden. Kaum hatte aber Dubois die Augen geschlossen, als der Herzog einen Boten nach dem andern abfertigte, um Nocé, zurückzurufen. In seinem Briefe bediente er sich des italienischen Wortes: *Morta la bestia, morto il veneno*, und er empfing den Ankömmling mit Tränen und Umarmungen. Aber dieser Nocé, der sich freilich von der Politik fernhält, ist auch der Feind Schaub's, wie er der Feind Dubois' gewesen. An eine Aussöhnung der beiden scheint man nicht zu denken, wie man denn von Schaub am französischen Hofe überhaupt nicht viel wissen will. Horace Walpole ist kürzlich von einem Gastgeber in eine Gesellschaft geladen worden, aber mit der Bedingung: „*point de ce babillard, point de Schaub*“.

Man vergißt, wenn man diese zerstreuten Einzelheiten liest, fast die Hauptsache. Die Mitglieder der englischen Regierung, Georg I., Townshend, Walpole, haben doch auch einmal, ohne durch die Brille Carterets sehen zu müssen, etwas Gewisses hören wollen über die wahren Absichten Frankreichs. Darf man sich wirklich auf Frankreich verlassen? Darüber kann Horace sie nun völlig beruhigen. Orleans denkt nicht an eine Änderung der französischen Politik. Er hält fest an dem guten Einvernehmen mit England, das auf der Basis der Tripel- und der Quadrupel-Allianz beruht. Und man darf sich, solange

er der Premierminister ist, auch darauf verlassen; denn die Männer in seiner Umgebung, Morville, Maurepas, Breteuil und die anderen Minister sind nur die Kommis, die die Geschäfte für die Entscheidung des Regenten vorbereiten. Denn er ist ihrer aller Meister.

Interessant ist auch, was Horace Walpole über Frejus, den später einmal als Kardinal Fleury so mächtigen Minister Ludwigs XV., zu sagen weiß. Als Erzieher des jungen Königs, den er oft sieht, genießt er hohes Ansehen. Aber er ist auch dem Regenten treu ergeben und scheint so, wie er hier geschildert wird, auch ohne hohen persönlichen Ehrgeiz. Werfen wir aber einen Blick auf seine weitere Laufbahn, so beachten wir, daß er ja nach dem nun so bald und plötzlich erfolgenden Tode Orleans' auch dem nächsten Machthaber, dem Herzoge von Bourbon, nicht entgegengetreten ist ¹⁾. Und erst als dieser abgewirtschaftet hat, trat Fleury, schon ein vorgerückter Siebziger, hervor, getragen von der Gunst des heranwachsenden Königs, um nun in dessen Namen, mehr als anderthalb Jahrzehnte lang, bis zu seinem eigenen Tode, Frankreich zu regieren.

* * *

Auf dem Gebiete der großen Politik aber war das wichtigste Ereignis während dieses Sommeraufenthaltes der Charlottenburger Vertrag vom 10. Oktober 1723, den die Könige von England und Preußen in Person miteinander geschlossen haben. Die Bedeutung dieses Vertrages ist nur im Zusammenhange mit den allgemeinen Beziehungen der Mächte zu verstehen ²⁾. Der Nystader Friede hatte dem Nordischen Kriege ein Ende bereitet, aber über der zukünftigen Haltung des Zaren schwebte noch tiefes Dunkel. Mit dem Falle der schwedischen Großmacht hatte auch das traditionell gewordene Bündnis mit Frankreich, das einst Richelieu und Gustav Adolph ins Leben gerufen, sein Ende erreicht. Da lag es nahe, das neu emporgekommene Rußland an die Stelle des alten Schwedenstaates zu setzen. Der

¹⁾ Vgl. Ranke, franz. Gesch. S.W. 11, 356.

²⁾ Vgl. darüber die auf gründlichen archivalischen Studien beruhenden Aufsätze von J. F. Chance: George I. and Peter the Great after the Peace of Nystad. (E.H.R. 26, 278 ff.); The Treaty of Charlottenburg (E.H.R. 27, 52 ff.).

Gedanke kehrt in den politischen Korrespondenzen der Zeit oft wieder. In Frankreich war er rasch populär geworden, er lag unausgesprochen schon dem Streben Frankreichs zugrunde, den Zaren Peter an der Ostsee zu halten. Und auch dieser wünschte lebhaft, die Rolle der Hilfsmacht Frankreichs im Norden zu spielen. „In diesem Bündnisse“, so heißt es in einer Denkschrift, die ein russischer Diplomat acht Tage nach der Unterzeichnung des Nystader Friedens dem Kabinette von Versailles überreichte¹⁾, „in diesem Bündnisse wird Frankreich den Rückhalt (*le secours*) wiederfinden, den es bisher an Schweden besaß“.

Auch das beliebte Schema der Fürstenheirat zur Befestigung der zu knüpfenden politischen Bande sollte dabei nicht fehlen. Eine der Töchter des Zaren Peter soll mit einem französischen Prinzen, vielleicht mit dem Herzoge von Chartres, dem Sohne des Regenten, vermählt werden. Und um so folgenreicher hätte eine solche Verbindung werden können, da Dubois eben diesen Herzog von Chartres bereits zum zukünftigen Könige von Polen nach dem vielleicht nicht fernen Ableben Augusts des Starken ausersuchen hatte.

Aber alle diese Pläne scheiterten an der Rücksicht, die Frankreich dem verbündeten England schuldete. Wenn England widerstrebte, wenn es sich weigerte, der Dritte im Bunde zu sein, so fiel der ganze Plan. Denn auf dem englischen Bündnisse beruhte zur Zeit noch das ganze System der französischen Politik. Man braucht nur an die Quadrupel-Allianz und an die gemeinsame Vermittlung der Westmächte auf dem Kongresse zu Cambrai zu erinnern.

Trotz alledem ward man in England die Sorge vor dem französisch-russischen Bündnisse nicht los. Und auch in Preußen fand man diese Aussicht bedrohlich. Die Frage schien im Jahre 1723 wieder brennend zu werden. Im Januar dieses Jahres hatte der preußische Resident dem Könige von England einen Brief seines Herrn zu überreichen, der abermals von der Absicht Frankreichs sprach, mit dem Zaren ein Bündnis zu schließen. Dem König-Kurfürsten, so fügte Friedrich Wilhelm warnend hinzu, soll Bremen und Verdun genommen werden, und Preußen soll

¹⁾ Recueil des instructions ... VIII. Russie, 1, 249.

Stettin wieder verlieren¹⁾. Dann folgte freilich in einer zweiten Weisung²⁾ die beruhigende Mitteilung, Frankreich wolle nichts für England Ungünstiges unternehmen, und einstweilen empfehle es dem Zaren nur die Aussöhnung mit Georg I.

Aber die Unruhe blieb, und sie erhielt neue Nahrung, als im Juli, abermals über Berlin, am Hofe in Hannover die alarmierende Nachricht von der gefährlichen Flottenrüstung des Zaren eintraf, mit der er Schweden und, wie Townshend in lächerlicher Angst meinte, vielleicht gar die britischen Reiche zu bedrohen schien. Auch diese Sorge war freilich, wie wir wissen, bald geschwunden. Vor einem plötzlichen Gewaltstreich Peters des Großen fürchtete sich niemand mehr. Dagegen schien nun, im August und September 1723, die französisch-russische Allianz in greifbare Nähe gerückt. War sie bisher an Englands Weigerung, daran teilzunehmen, gescheitert, so schien jetzt Frankreich bereit, über dieses Hindernis entschlossen hinwegzuschreiten. Dem in Petersburg beglaubigten Campredon setzte Dubois in zwei langen Depeschen vom 1. August 1723³⁾ die Absichten Frankreichs auseinander, sowohl hinsichtlich des wieder eifrig erörterten Heiratsplans wie in bezug auf die Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisvertrages. Und in Hannover erschien, von Dubois gesandt, der Franzose Chavigny, um den englischen König mit der Idee eines ohne ihn geschlossenen Vertrages zu versöhnen, ja, um ihm die Überzeugung beizubringen, daß der nachträgliche Beitritt Englands sich leichter bewerkstelligen ließe als der Abschluß zu Dreien. Als Dubois bald darauf starb, schien der neue Minister des Auswärtigen, Morville, vollends einen solchen französisch-russischen Zweibund zum Ziel seiner Politik machen zu wollen.

So war die Lage im Hochsommer 1723. Die englischen Politiker suchten nach einer Sicherung gegenüber der unheimlichen Energie und den plötzlich hervorbrechenden Entschlüssen Peters des Großen. Niemand konnte sagen, ob er den nächsten Schlag gegen Schweden oder gegen das Reich, gegen Polen oder Österreich, gegen die Türkei oder gegen Persien führen werde. Und Frankreich hielt seine schützende Hand über ihm.

¹⁾ Weisung an Wallenrodt, 5. Januar 1723, G.St.A.

²⁾ Weisung an Wallenrodt, 9. Januar 1723, G.St.A.

³⁾ Sbornik 52, 62 ff., 68 ff.

Da richteten sich die Blicke auf Preußen und seinen König, der nicht weniger durch die Macht Rußlands bedroht war. „*That Prince cannot be caressed too much*“, so hatte Whitworth, der Kenner des Nordens, schon im Juni geschrieben¹⁾. Und im August warnte er abermals²⁾: „Bei jeder neuen Situation droht, solange er lebt, Gefahr vom Zaren“. Friedrich Wilhelm aber streckte den Engländern die Hand entgegen. „Er hat sich auf alle erdenkliche Art“, sagte Townshend³⁾, „um den König, unsern Herrn, bemüht“. Man sollte darauf eingehen. „Ein benachbarter Fürst, nahe verwandt, ein eifriger Protestant, ein Fürst mit einer stehenden Armee von 80 000 Mann und mit so ausgedehntem Länderbesitz, wie der König von Preußen, er ist es wahrhaftig wert, daß man ihn zu gewinnen sucht“. Schon hatte Townshend für sich selbst und für Carteret die unter dem großen Siegel auszufertigenden Vollmachten in London bestellt, um sie am Berliner Hofe vorweisen zu können, wenn es an die Unterzeichnung des Vertrages gehe.

* * *

Georg I. hat sich zur Reise nach Berlin, die von allen so sehr gewünscht wurde, lange nicht entschließen können. Dabei spielte noch eine andere Frage, die Familiengeschichte betreffend, eine Rolle. Wir hören schon hier von den später so viel erörterten Heiratsplänen, die auf eine Doppelheirat zwischen den Häusern der Welfen und der Hohenzollern hinzielten. Es war ein Lieblingsgedanke der Königin Sophie Dorothea. Schon in zwei Generationen hatten die preußischen Könige sich ihre Königinnen aus dem Welfen Hause geholt. Friedrich I. war mit Sophie Charlotte, der Tochter Ernst Augusts, des ersten Kurfürsten von Hannover, vermählt gewesen. Der Bruder Sophie Charlottes, Georg I., war der Vater der eben genannten Sophie Dorothea, welche die Gattin Friedrich Wilhelms I., des zweiten preußischen Königs, geworden war. Nun hatte sie es sich in den Kopf gesetzt, diese Verschwägerung der Dynastien, die schon stark an das gewohn-

¹⁾ Whitworth an Tilson, Cambrai, 6./17. Juni 1723. R.O.

²⁾ Ders. an Dens. Spaa, 12./23. August 1723. R.O.

³⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 8. Sept. 1723. Private, Regencies 4. R.O. Teilweise gedruckt: bei Coxe, Rob. Walpole (1798), 2, 266.

heitsmäßige Hinüber- und Herüberheiraten der österreichischen und der spanischen Habsburger erinnert, diese Verschwägerung müsse auch in der dritten Generation wiederholt werden. Ihre älteste Tochter, die vierzehnjährige Prinzessin Friederike Wilhelmine, sollte mit dem ältesten Sohne des Prinzen von Wales, dem sechzehnjährigen Prinzen Friedrich — er führte den Titel Herzog von Gloucester — vermählt werden, der preußische Kronprinz Friedrich aber, zur Zeit 11 Jahre alt, würde eine der Töchter des Prinzen von Wales zur Gattin erhalten. Die erste dieser beiden Verbindungen konnte vielleicht schon im Laufe der nächsten Jahre verwirklicht werden. Von ihr ist denn auch um diese Zeit am meisten die Rede; die diplomatischen Korrespondenzen reden noch mehr davon als von einer politischen Verbindung der beiden Staaten. Natürlich lief aber beides nebeneinander her. Der preußische Hof äußerte dringend den Wunsch, Georg I. möge nach Berlin kommen. Friedrich Wilhelm bat brieflich darum ¹⁾, und Sophie Dorothea hatte bei ihrem Besuche in Hannover mit dem Vater, der sie so zärtlich liebte, wie es bei seiner kühlen Natur nur möglich war, so lange Unterredungen, daß der preußenfeindliche Bernstorff „nicht wenig alarmiert war“. Aber man wußte auch, warum der englische König trotzdem zögerte. Von der Erscheinung der genannten preußischen Prinzessin waren ihm in Hannover allerlei gehässige Schilderungen zugetragen worden. Diese hatten ihn schwankend gemacht und es galt, sie zu entkräften. Der Großvater sollte durch den Augenschein eines Besseren belehrt werden. Fast konnte das alles den Eindruck erwecken, als ob die Entscheidung in einer wichtigen Frage der europäischen Politik, nämlich in der Sache des englisch-preußischen Bündnisses, abhängig sein werde von der Schönheit oder Häßlichkeit einer kleinen Prinzessin.

Während einiger Wochen kehrt das Thema der Reise Georgs I. nach Berlin in den diplomatischen Korrespondenzen immer wieder, doch ohne, daß jemand sagen kann, ob sie zur Tatsache würde. Auf direkte Anfragen antwortet Georg I. ausweichend ²⁾. Der preußische Gesandte ist schon zufrieden, daß er nicht nein gesagt hat. „Ew. K. M. ist des Königs *naturel* am besten bekannt,

¹⁾ Weisung an Wallenrodt, 15. August 1723. G.St.A.

²⁾ Das folgende besonders nach den Berichten Wallenrodts im August und September 1723. G.St.A.

welcher zu allen *resolutions* schwer zu bringen, insonderheit wenn es seine Person angehet“.

Aber Friedrich Wilhelm will Klarheit haben. Sein Gesandter soll ¹⁾ durch Townshend und die Kendal zu erfahren suchen, „wie es der König eigentlich mit uns meint und was wir Uns ferner von demselben zu promittieren haben“. Er soll auch zeigen, daß es keine Macht in Europa gebe, deren Freundschaft für England wertvoller sei als die Preußens. So wagt er es denn, dem englischen Könige bei einer Audienz noch einmal alle Vorteile eines Besuches in Berlin darzulegen, besonders auch für die Sache der Evangelischen, „wenn Ihre Beide Schutz-Engels so vereinigt wären“. Georg I. ist zwar sehr gnädig, gibt aber noch immer keine bestimmte Antwort. Wallenrodt glaubt jedoch nach diesem freundlichen Empfang, daß die Reise beschlossen sei, und teilt diese Auffassung der Kendal und den englischen Ministern, die nicht klüger sind als er, mit. Als diese ihrem Herrn die Worte des preußischen Gesandten hinterbringen, muß der König selbst lachen, und nun glaubt endlich alles an seinen Entschluß zur Reise.

* * *

Der preußenfeindliche Bernstorff und der kaiserliche Gesandte Graf Starhemberg, der „sich flattiret, daß die Reise nicht vor sich gehen werde ²⁾“, sie hatten das Spiel verloren. Am 7. Oktober n. St. bricht Georg I. von Hannover auf und legt in gewohntem Tempo die etwa 250 Kilometer lange Strecke bis zur preußischen Hauptstadt in zwei Tagereisen zurück. Die Minister, die wie gewöhnliche Sterbliche reisen, sind einen Tag früher aufgebrochen, um gleichzeitig mit ihrem Herrn das Ziel zu erreichen ³⁾.

Die Fahrt geht stracks bis Charlottenburg, wo die preußische Herrscherfamilie sich zum Empfang des königlichen Vaters und Großvaters versammelt hat. Am 8. Oktober, 7 Uhr abends, trifft er ein und wird von den preußischen Herrschaften im Hofe des Schlosses begrüßt. Die Prinzessin Friederike Wilhelmine,

¹⁾ Weisung an Wallenrodt, 15. August 1723. G.St.A.

²⁾ Wallenrodt, 19. September 1723. G.St.A.

³⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 24. Sept./5. Oktober 1723, Regencies 5. R.O.

der wir freilich nicht jedes Wort zu glauben pflegen, erzählt in ihren Memoiren, wie der Großvater ihre Mutter in den Salon geführt, wie er sodann, mit einer Kerze in der Hand, sie, die kleine Prinzessin, von Kopf bis Fuß genau gemustert habe, so daß sie die erste Gelegenheit wahrnahm, um aus dem Zimmer zu schlüpfen. Doch muß die Prüfung wohl zur Zufriedenheit ausgefallen sein; denn wir wissen ja, daß der Heiratsplan von nun an zähe festgehalten, daß er gerade von englischer Seite eifrig gefördert worden ist, bis nach Jahren Friedrich Wilhelm selbst ihn jäh zerriß.

Noch am selben Abend trug sich im Charlottenburger Schlosse ein Vorfall zu, der die Hofgesellschaft in Schrecken und Bestürzung versetzte und viel von sich reden machte. Man war beim festlichen Mahle versammelt, der Saal voller Menschen, strahlend vom Licht der Kerzen, Georg I., an der Spitze der Tafel thronend zwischen der Tochter und dem Schwiegersohn, dem preußischen Herrscherpaare, ein Anblick, der auch englische Herzen erfreute. Als die Mahlzeit fast vorüber war und der Nachtschüssel aufgetragen wurde, bemerkten die Lords Townshend und Carteret, daß ihr Herr sehr blaß wurde. Königin Sophie Dorothea, den Grund ihrer Unruhe wahrnehmend, hob sogleich die Tafel auf. Doch kaum war ihr königlicher Vater aufgestanden, als er von einem Schwächeanfall übermannt wurde. Er wäre zu Boden gesunken, wenn nicht Friedrich Wilhelm und die beiden Lords ihn gehalten hätten. Es gelang sehr schnell, den König wieder zu sich zu bringen. Der ganze Vorfall hatte, wie Townshend versichert, nicht länger als zwei Minuten gewährt. König Georg sprach sein Bedauern aus über die Unruhe, die er der Gesellschaft bereitet habe, führte seine Tochter Sophie Dorothea galant in den Salon und begab sich in sein Schlafgemach. Am folgenden Morgen erhob er sich in voller Gesundheit und zeigte sein gewöhnliches Aussehen.

Die beiden Staatssekretäre beeilten sich, in ausführlichen Berichten, die sie nach England sandten ¹⁾, den Vorfall als völlig

¹⁾ Townshend an Rob. Walpole, Charlottenburg, 28. Sept./9. Okt. 1723. — Carteret an Denselben vom selben Datum. Tilson an Delafaye vom selben Tage. — Townshend an Walpole, 1./12. Okt. 1723. — Poyatz (an Delafaye?), 12. Okt. n. St. 1723. — Townshend an Walpole, Gohrde, 7./18. Okt. 1723. Rec. Off. Die Übertreibungen der Markgräfin von Baireuth sind schon von Ranke (Zur Kritik preuß. Memoiren. S.W. 24, S. 60 ff.) gewürdigt worden.

harmlos erscheinen zu lassen. Wir dürfen ihnen unbedenklich zustimmen ¹⁾. Georg I. war unzweifelhaft stark erschöpft durch die wie immer in rasender Eile zurückgelegte Fahrt von Hannover nach Charlottenburg; er hatte den ganzen Tag gefastet und nun allzu hastig gegessen, sein Aussehen während des Ohnmachtsanfalles war nicht dasjenige eines vom Schläge Getroffenen. Auch sein Verhalten in den nächsten Tagen gab seinen Getreuen die Sicherheit, daß nichts derartiges vorlag. Er speiste öffentlich und nahm an allen festlichen Veranstaltungen des preußischen Hofes den lebhaftesten Anteil; und vollends war alle Sorge geschwunden, als man ihn eine Woche später mit gewohnter Leidenschaft sich dem Jagdvergnügen in der Gohrde hingeben sah. So wird denn auch die historische Behandlung der kleinen Szene sich der Auffassung zu enthalten haben, als sei hier ein apoplektischer Schlag, wie ein solcher später dem Leben Georgs I. ein Ende machte, im Spiele gewesen. Nur so viel wird man sagen dürfen: die schier übermenschlichen Anstrengungen, die dieser König sich auf seinen Reisen aufzuerlegen liebte, hatten schon 1723 ein leichtes Unwohlsein zur Folge gehabt, das freilich von seiner guten Natur noch leicht überwunden wurde. Vier Jahre später, da er die Warnung des Schicksals überhörte, war auch sein starker Körper diesen Anstrengungen nicht mehr gewachsen.

* * *

Friedrich Wilhelm hat zwar auch mit seinen festlichen Veranstaltungen volle Ehre eingelegt. Denn so hielt er es nun einmal: Bei großen Anlässen, zumal beim Empfang fremder Fürstlichkeiten, meinte man den sparsamen Hausvater nicht wiederzuerkennen. Von den englischen Gästen ward es noch als eine sinnige, ihrem Souverän dargebrachte Huldigung empfunden, als sie ein paar Tage später, bei dem glänzenden Balle im Berliner Schlosse, die Tafeln, an denen man speiste, in der Form der Buchstaben G R (Georgius Rex) aufgestellt erblickten ²⁾. Aber trotz alledem bleiben doch Soldaten und Kriegsmaterial das Beste, was Friedrich Wilhelm zu zeigen hat.

Das war auch die Meinung der englischen und hannövrischen Gäste.

¹⁾ So auch die Meinung der Mediziner, die ich befragt habe.

²⁾ Tilson, Charlottenburg, 1./12. Okt. 1723, Regencies 5. R.O.

Einige Jahre später, als der junge Herzog von Lothringen, der künftige Gemahl Maria Theresias, der Frankreich und England gesehen hatte, in Berlin erwartet wurde, schrieb der Kronprinz Friedrich besorgt: „Du lieber Gott, was wird der gute Herzog und sein Gefolge sagen, wenn sie unsern armseligen Hof erblicken“. Der Schlachtenheld der späteren Zeit hat damals den Eindruck noch unterschätzt, den der in Waffen starrende Hof seines Vaters auf fremde Fürstlichkeiten machte. Hier mußte es in der Tat auch dem blödesten Auge deutlich werden, warum wohl der Soldatenkönig gleich nach der Beisetzung seines Vaters die große Schar der Kammerherren und Bedienten entlassen und die silbernen Kronleuchter aus den Schlössern in die Münze gesandt hatte.

Sobald die englischen Reisenden die preußische Grenze überschritten hatten, war ihnen auf allen wichtigeren Stationen, in Gardelegen, in Tangermünde, in Rathenau, in Spandau das zahlreiche Militär in die Augen gefallen, „lauter schöne Leute und von wunderbarer Ordnung und Zucht“, schreibt Tilson ¹⁾. Die berühmten großen Grenadiere, hat er gehört, sind in Potsdam, aber auch alle anderen Truppen sind so erlesene Mannschaften, daß man sie anderswo als große Leute bezeichnen würde. „Man mag sagen, was man will, an 80000 Mann so wohl disziplinierter Truppen sind eine gewaltige Macht. An Bauten, Juwelen, Festlichkeiten, worauf sein Vater so viel verwandte, an alledem hat dieser König kein Vergnügen. Mustersoldaten, gut bewaffnet und gut diszipliniert, sind seine einzige Leidenschaft“. Auch wie hier vom König herab jedermann am Hofe die Uniform trägt, erscheint den Engländern höchst merkwürdig. Die ihnen vorgeführten Truppen imponieren den Engländern gewaltig. Der feste Schritt der Leute, die sichere Regelmäßigkeit ihrer Bewegungen, „das ganze Bataillon wie ein Mann“, das Kadettenkorps, an dessen Spitze der elfjährige Kronprinz Friedrich vor seinem königlichen Großvater vorbeidefiliiert, die beängstigende Masse der Kanonen im Zeughaus, genug für zwei oder drei Belagerungen, und endlich die Riesen vom Potsdamer Königsregiment, jeder Mann seine sieben bis acht Fuß lang: es ist eine

¹⁾ An Delafaye, Charlottenburg, 28. Sept./9. Okt. 1723. Regencies 5. R.O.

den englischen Gästen ganz neue Welt, in die der Preußenkönig sie blicken läßt.

Und wohl verstanden, es war bei Friedrich Wilhelm ein gutes Teil Berechnung dabei. Er wußte ja genau, wie weit seine Armee nicht nur der englischen, sondern auch der hannövrischen überlegen war. Seine Residenten Bonet und Wallenrod hatten ihn in dieser Auffassung durch ihre Berichte seit Jahren geflissentlich bestärkt. So, wenn der eine ihm einmal die Unzufriedenheit unter den englischen Offizieren geschildert ¹⁾, und wenn der andere, wie noch kürzlich geschehen, die Beschreibung einer Revue hannövrischer Truppen mit spöttischen Bemerkungen begleitet hatte ²⁾. An der Kriegstüchtigkeit der preußischen Truppen aber zweifelte niemand, und wenn damals Prinz Eugen die Erwartung aussprach ³⁾, sie würden sich im Felddienst, entfernt von den Augen des Königs, nicht ebenso glänzend halten wie bei der Parade, so wollte er mit solcher Skepsis wohl nur seine Sorge beschwichtigen, als könnten diese Soldaten des Königs von Preußen eines Tages auch seinem Österreich gefährlich werden.

* * *

Friedrich Wilhelm wünschte dem seegewaltigen England das Bündnis mit der Militärmacht Preußens so recht begehrenswert erscheinen zu lassen.

Und nun wurde auch dieses Bündnis zur Tatsache. Es bedurfte keiner langen Verhandlungen. Am Abend des 8. Oktober war Georg I. in Charlottenburg eingetroffen. Bereits am 10. erfolgte ebendort die Unterzeichnung.

Von diesem Charlottenburger Vertrag vom 10. Oktober 1723 hat zwar die Geschichtsschreibung niemals viel Aufhebens gemacht, Ranke erwähnt ihn nur ganz beiläufig bei der Geschichte des berühmten Bündnisses von Hannover. Der Charlottenburger Vertrag sieht in der Tat, wenn man ihn so liest, sehr unscheinbar aus. Er gibt sich als die Erneuerung von ein paar alten Verträgen aus dem 17. Jahrhundert (1661 u. 1690). Keinerlei Anspielung

¹⁾ Bonet, 23. Juli/3. Aug. 1717. G.St.A.

²⁾ „Ich habe bemerkt, daß die Ordnung dabei nicht die beste war, und daß die Regimenter kein rechtes *reglement* haben, nach welchen sie sich regulieren müssen.“ Wallenrod, Hannover, 19. Sept. 1723. G.St.A.

³⁾ Vgl. Arneth, Prinz Eugen, 3, 202, 557 ff.

auf drohende Absichten anderer Mächte, wie etwa des Zaren, an den man wohl am meisten dachte, oder gar des Kaisers und seiner Kompagnie von Ostende. Es ist sozusagen eine völlig harmlose Defensiv-Allianz, mit der Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines Angriffs auf einen der vertragsschließenden Teile. Wenn Preußen außer der 1690 ausbedungenen Truppenzahl von 8000 Mann sich für den Notfall noch zu weiteren 12 000 verpflichtete, so hatte dies noch immer nicht sehr viel zu bedeuten, und es erhielt dafür die Unterstützung Englands in der Jülichischen Frage zugesagt. Wichtiger war es schon, daß sich die Bedingungen der Allianz auch auf die deutschen Lande des Königs von England beziehen sollten, aber auch dies ohne jegliche Bezugnahme auf die zwischen Hannover und Preußen während des Nordischen Krieges geschlossenen Verträge¹⁾.

Die historische Bedeutung des Charlottenburger Vertrages, die viel größer ist, als bisher angenommen wurde, liegt in der Tatsache eines solchen Bündnisses an und für sich, in der Art, wie England mit diesem Bundesgenossen seine europäische Stellung neu gestalten zu können meinte, wie es, die alte hannövrish-brandenburgische Eifersucht bei Seite lassend, vollkommen sachlich, den jungen preußischen Militärstaat nimmt, wie er ist, und ihn in sein politisches System hereinziehen sucht. Ja, dieses Preußen, das unter Friedrich Wilhelm seine Macht selbst noch kaum zu kennen scheint, ist den Engländern eben deshalb sogar wertvoller als das anspruchsvolle Frankreich, dessen Bündnis ihnen so vieler Orten lästige Rücksichten auf der Bahn des handels- und kolonialpolitischen Fortschritts auferlegt. Hören wir nur, wie die beiden englischen Minister, die ihn geschlossen, sich selbst über den Vertrag äußern. „Bisher“, so schrieb Townshend seinem Schwager Walpole²⁾, „beruhte die Macht Großbritanniens allein auf seiner Flotte, die zwar stark und für den Ausgang eines Seekrieges entscheidend war, aber bei der Schwäche der Generalstaaten, bei dem Mißtrauen, das zwischen dem Könige und Sr. Preuß. Majestät lebendig erhalten wurde, besonders bei dem

¹⁾ „... there being no mention nor the least notice taken of the late treaties made with the King of Prussia upon the account of the Northern war“. Townshend an Walpole, Gohrde, 7./18. Okt. 1723. Private. R.O.

²⁾ Townshend an Walpole, Gohrde, 7./18. Okt. 1723. Private. R.O.

Fehlen einer eigenen, im Auslande verwendbaren Landmacht, reichte auch das Ansehen unserer Flotte nicht so weit wie nötig. Nun aber, da diese enge Verbindung mit Preußen hergestellt und S. Maj. damit gleichsam der Herr über eine so gebietende Landmacht geworden ist, wird er nicht nur sicherer, sondern auch höher geachtet sein sowohl im Norden wie im Süden. Er wird in der Lage sein, sich unabhängiger von den Häusern Österreich und Bourbon hinzustellen und den Frieden Europas zu erhalten, ohne sich der Bedingungen dieser beiden unterwerfen zu müssen“. Carteret aber erklärt¹⁾, „eine so solide Allianz mit einem so wertvollen Bundesgenossen unter so dringenden Umständen ist seit der Thronbesteigung des Königs noch nicht geschlossen worden“.

So ist denn mit diesem Charlottenburger Vertrage von 1723 bereits die Bahn beschritten, die zwei Jahre später zu dem berühmten Bündnisse von Hannover führte, durch das in einem kritischen Zeitpunkte die Gefahr eines großen europäischen Krieges glücklich vermieden wurde. Es war eine weitblickende Politik, zugleich ein Sieg Townshends über Bernstorff, ein Sieg Englands über Hannover.

* * *

Der Besuch am preußischen Hofe war also nach jeder Richtung hin harmonisch und befriedigend verlaufen. Von hier kehrte Georg I. nicht sogleich nach Hannover zurück, sondern begab sich mit seinem starken Gefolge nach der Gohrde, um hier in den beliebten Jagdgründen der Welfen, dem edlen Waidwerk obzuliegen. Ein schönes und geräumiges Schloß dient ihm zum Aufenthalt, auch an einem großen Marstall fehlt es nicht. Täglich bewirbt er eine große Gesellschaft. Die Hauptbeschäftigung aber für den Wirt und seine Gäste ist die Jagd. Auch die Minister, besonders Townshend, nehmen eifrig daran teil. Der König ist in bester Laune. Nur wer, wie Tilson, kein Vergnügen daran finden kann, „seinen Hals daran zu wagen, um zu sehen, wie ein Hirsch getötet wird, nimmt an der allgemeinen freudigen Stimmung nicht teil. Aber er muß ja zugeben, daß eine verrenkte Schulter, ein zu Schanden gerittenes Pferd, ein gebrochener Arm oder eine

¹⁾ Carteret an Walpole, Gohrde, 7./18. Okt. 1723. Private. R.O.

gequetschte Seite der Konversation bei der Abendtafel prächtig nachhelfen. Im November erscheint auch Friedrich Wilhelm auf einige Tage als Gast seines Schwiegervaters, und am Hubertustage sieht man eine ungeheure Jagdgesellschaft dem Walde zureiten.

Natürlich steht unterdessen auch das politische Geschäft nicht stille. Townshends Briefe an Walpole haben den Charlottenburger Vertrag und das Verhältnis zu Frankreich, die schwierige Frage der irischen Scheidemünzen und die Besetzung englischer Ämter zum Gegenstande. Und ferner empfängt man den Eindruck, als sei eben hier in der Góhrde, vielleicht als eine Folge des Charlottenburger Vertrages, die Gruppe jener Männer, welche innerhalb der Regierung dem entscheidenden Einfluß der beiden Schwäger Walpole und Townshend noch im Wege standen, völlig ihrer Macht, wenn auch noch nicht sogleich ihrer Ämter beraubt worden. Horace Walpole war in Paris eingetroffen und hatte dort, seine stille Arbeit begonnen, um von dieser Stelle, wo er einmal Posten gefaßt hat, nicht mehr zu weichen, bis er Lukas Schaub, den Nichtengländer, den Günstling Carterets und Bernstorffs, aus seiner Stellung als beglaubigter Botschafter Großbritanniens sachte verdrängt hat. Carteret selbst erscheint in der Góhrde als der völlig Überwundene, dessen ratlose Mienen den Triumph der Gegner verraten. Bernstorff aber hat sich grollend auf sein nur wenige Meilen entferntes Schloß Gartow zurückgezogen, wartet vergeblich auf eine Einladung nach der Góhrde und wagt doch nicht, ohne eine solche zu kommen. Von den Frauen hat nur die Herzogin von Kendal, die Freundin Walpoles, ihre Macht behauptet. Der eigentliche Sieger aber in allen Kämpfen und Intriguen, die sich unter den Augen des Monarchen in seinem deutschen Stammlande abgespielt haben, ist der fern in England weilende Robert Walpole. „Im ganzen genommen“, so berichtet ihm Townshend triumphierend, „ist also unser Feldzug auf dieser Seite des Wassers noch viel erfolgreicher gewesen, als ich zu hoffen gewagt hatte“¹⁾.

* * *

Noch eine kleine Kraftprobe zwischen deutscher und englischer Gesellschaft, und wieviel jede von ihnen über den König

¹⁾ Townshend an Walpole, Góhrde, 25. Okt. 1723, Coxé II, 280.

vermöchte, ward angestellt, als man von der Góhrde nach Hannover zurückgekehrt war. Die Deutschen machten alle Anstrengungen, den Hof bis in den Januar des neuen Jahres hinein in Hannover festzuhalten. Townshend drängte auf schleunige Rückkehr nach England. Man pflegte, um die Person des Herrschers so sicher wie möglich über die Nordsee herüberzubringen, den Termin der Reise so zu wählen, daß man für die Überfahrt auf ein paar mondhelle Nächte rechnen durfte. Townshend hatte bereits in der Góhrde, wo er des Königs gute Laune nicht dadurch verderben wollte, daß er das leidige Thema der Rückkehr nach England zur Sprache brächte, ihm doch bescheiden ein Blatt überreicht, auf dem die Zeiten der nächsten Vollmonde sauber aufgezeichnet waren. Der Zeitpunkt des nächsten Vollmondes, der auf den 11. Dezember neuen Stils fiel, hätte eine etwas eilige Abreise erfordert; so suchte denn der Kreis der Hannoveraner den König noch vier Wochen länger, also bis in den Januar hinein, festzuhalten. Townshend legte dem Könige in einem sehr klugen Briefe die Gründe dar, welche gegen einen solchen Aufschub sprechen. Man würde den Zusammentritt des Parlaments nicht vor dem Februar bewirken können, was ungewöhnlich spät sei und beim Volke einen schlechten Eindruck hervorrufen müßte. Auch pflegten die öffentlichen Ausgaben von einem Weihnachten zum andern bewilligt zu werden. Die Finanzkunst Walpoles brächte es wohl fertig, bis in den Januar hinein mit den vorhandenen Mitteln zu wirtschaften. Darüber hinaus aber würde er gezwungen sein, unbewilligte Ausgaben zu machen, was durchaus vermieden werden sollte.

Georg I. verschloß sich diesen Argumenten nicht. Er wählte zwar nicht den frühen Termin, aber, wie er schon vorher mit einer Art hochherzigem Leichtsinns erklärt hatte, er frage nicht ängstlich nach den mond hellen Nächten, so bestimmte er nun den 16. Dezember für seine Abreise. Wieder ein kleiner Triumph Englands über Hannover. Niemand war froher als die in diesem Falle ganz englisch fühlende Herzogin von Kendal.

So erfolgte denn am 16. Dezember der Aufbruch, und wieder jagten die Wagen der fürstlichen Reisegesellschaft in rasender Fahrt durch Norddeutschland und Holland. Der preußische Gesandte Wallenrodt, der für sich reiste, fuhr drei Tage früher von Hannover ab, „denn sonst der König mit seiner suite

mir zu Geschwinde nachkommen, und an Pferden mangeln möchte.“ Bei der Ankunft in England fand auf Wunsch des Königs kein festlicher Empfang statt, auch fuhr er nicht wie sonst durch die City, sondern ließ sich erst bei Whitehall über die Themse setzen, um sofort nach St. James's zu fahren, wo die Regenten seiner warteten, um ihr Amt in seine Hände zurückzulegen. Wie ein säumiger Beamter, der, nachdem er sich seiner Pflicht lange entzogen hat, recht unbemerkt seinen Platz am Schreibtische wieder einnehmen möchte, so kehrte Georg I. in sein Königreich zurück. Wo das Volk auf den Straßen den Herrscher erblickte, waren, sagt ein Bericht, die Freudenbezeugungen „sehr mäßig“.

Und doch hatte sich, als er in der Ferne weilte, ein bedeutendes Stück englischer Geschichte auf deutschem Boden abgespielt.

* * *

„Ich kann nicht genugsam exprimieren, was vor ein *charnement de théâtre* ich allhier gefunden; und wie alle Leute nach des Königs Exempel voritzo wollen Preußisch seyn.“ Der Resident Wallenrodt, der am 27. Oktober 1723 diese Zeilen niederschrieb, befand sich zur Zeit mit andern Diplomaten in Dannenberg und war wie diese im Begriff, sich nach der Gohrde zu begeben, um sich der großen Jagdgesellschaft Georgs I. anzuschließen. Er weiß, dort wird ihm ein Zimmer im Schlosse des Königs eingeräumt werden, ein Vorzug, der den anderen Diplomaten nicht zuteil wird. Würden sie dies übelnehmen, so lautete die von Georg I. ausgegebene Anweisung, so sollte man ihnen antworten, sie müßten diese Bevorzugung verstehen, denn Wallenrodt sei ein „Minister von der königlichen Familie“, seine Stellung sei daher ähnlich derjenigen, wie sie vormalig der spanische Minister am Wiener Hofe besessen. Gleichwohl sind die Kollegen empört, besonders der kaiserliche und der spanische Gesandte, „so etwas hochtrabend gehen“¹⁾.

In solchen kleinen Vorfällen spiegelt sich die politische Lage. Die Bedeutung des Charlottenburger Bündnisses ward in den Kreisen der hohen Politik lebhaft empfunden. Starhemberg

¹⁾ Wallenrodt, Dannenberg, 27. Okt. 1723. G. St. A.

war von Hannover mißvergnügt abgereist. Morville wagt nicht, die Unterhandlungen mit Moskau fortzusetzen¹⁾. Der Zar, so hat sein Gesandter Kurakin auf der Durchreise nach Paris in Cambrai ausgeplaudert²⁾, fühlt sich „schwer betroffen“ durch die Erneuerung der Verträge zwischen England und Preußen. Auch in Cambrai hat das Ereignis ein für England günstiges Echo geweckt. „Ihr habt ein gutes Stück Arbeit vollbracht“, schreibt Lord Whitworth bewundernd seinem Freunde Tilson. „Die Folgen werden sich in ganz Europa offenbaren.“³⁾

Die Franzosen wußten ihre Enttäuschung zu verbergen. „Sie scheinen nicht im mindesten eifersüchtig zu sein“, schreibt Tilson⁴⁾, „sondern fast erfreut darüber, daß der König von Preußen uns, und nicht dem Kaiser in die Hände gefallen ist“. Aber nun war es auch ein Gebot der internationalen Höflichkeit, daß England dem verbündeten Frankreich den Vertragsschluß mit Preußen offiziell anzeigte. Es geschah im Dezember 1723. Lukas Schaub, der einstweilen noch den Posten des englischen Botschafters in Paris bekleidete, Horace Walpole, der ihn bald verdrängen sollte, und der Sekretär Crawford erschienen bei Morville, um ihm die Tatsache und den Wortlaut des Vertrages mitzuteilen. Der preußische Gesandte Chambrier war als Zeuge dabei. Was sollte der Franzose antworten? Man kennt die kluge Selbstbeherrschung der zünftigen Diplomaten. Sie sagen nur, was der Augenblick zu gebieten scheint, und erwarten nicht immer, daß der Zuhörer ihre Worte ernst nimmt. Morville zeigt sich über den Vertragsschluß höchlichst erfreut und sagt mit kühner Stirne, der Krone Frankreich konnte nichts Angenehmeres widerfahren, als die Bande zwischen England und Preußen noch enger geknüpft zu sehen als bisher. Denn wie sehr habe Frankreich selbst sich bemüht, zwischen diesen beiden Fürsten das gute Einvernehmen wiederherzustellen⁵⁾.

Aber die Bedeutung des Charlottenburger Vertrages liegt nicht allein in der momentanen Stärkung der europäischen

¹⁾ Chambrier an Friedrich Wilhelm I. — Paris, 6. Nov. 1723. G. St. A.

²⁾ Whitworth an Tilson, 8./19. Jan. 1724. R. O.

³⁾ Whitworth an Tilson, 13./24. Nov. 1723. Private. R. O.

⁴⁾ Tilson an Delafaye, Gohrde, 30. Oct./10. Nov. 1723. R. O.

⁵⁾ Chambrier an Friedrich Wilhelm, Paris, 7. Dec. 1723. G. St. A.

Stellung Georgs I. Er wurde zur Basis für den weiteren Ausbau dieser Stellung. Wir haben jetzt den Ereignissen näher zu treten, die in den nächsten Zeiten zu europäischen Konflikten geführt, und deren Fernwirkung schon in dem Scheitern des Kongresses von Cambrai erkennbar wurde. Und wir beginnen mit der Geschichte der Kompagnie von Ostende.

* * *

Neuntes Kapitel.

Die Kompagnie von Ostende¹⁾.

Die südlichen Niederlande, oder, wie wir sie mit einem kleinen Anachronismus wohl nennen dürfen, die belgischen Provinzen, waren in handelspolitischer Beziehung von jeher die Stiefkinder ihrer spanischen Landesväter gewesen. Überseeische Expeditionen auszurüsten, die Ozeane zu befahren, war ihnen verboten²⁾. Der Verkehr mit den beiden Indien sollte das Vorrecht der spanischen und portugiesischen Unterthanen Philipps II. bleiben. Und als hernach durch die siegreichen Kämpfe der Engländer und Holländer das Weltmonopol der südwestlichen Nationen zerstört worden, da kam die Wandlung keineswegs den Südniederlanden zugute. Denn nun waren es die neuemporgekommenen Handelsmächte, es waren besonders die in England und Holland gegründeten ostindischen Kompagnien, die eifersüchtig darüber wachten, daß nicht auch die Kaufleute aus den spanischen Niederlanden den Ozean zu befahren begännen. Und leicht wäre es diesen ja auch sonst nicht gefallen: die Schelde verschlossen, die Häfen an der flandrischen Küste kaum imstande, Fahrzeuge von größerem Tiefgang aufzunehmen, dazu die Verbindungen von der Küste ins Innere noch höchst mangelhaft.

An ihrer Lage ward auch nichts geändert, als der Friede von Münster 1648 das staatsrechtliche Band zwischen Spanien und den nördlichen, den protestantischen Niederlanden endgültig zerschnitt. Durch Artikel 5 und 6 des Friedensvertrages bewilligte Philipp IV. den Holländern neben ihrer politischen Unabhängigkeit auch das ihnen bisher hartnäckig versagte

¹⁾ Das Hauptwerk darüber ist: M. Huisman, *La Belgique Commerciale sous l'Empereur Charles VI. La Compagnie d'Ostende*. 1902. Über die Haltung Englands unterrichtet: G. B. Hertz, *England and the Ostend Company*. E. H. R. 1907. Über die Haltung Hollands: A. Goslinga, *Slingelandt's Efforts towards European Peace*. 1915. Besonders Appendix, p. I—XXIV.

²⁾ Vgl. M. Huisman, a. a. O., 4 ff.

Recht der Schifffahrt und des Handels nach Ost- und Westindien. Von den belgischen Provinzen aber war nicht die Rede. Und den Juristen der Seemächte war es eine ausgemachte Sache, daß dieses Schweigen nur den Sinn haben konnte, daß die belgischen Provinzen nun auch für alle Zukunft vom überseeischen Handel ausgeschlossen bleiben sollten.

So war denn unter der Hoheit Spaniens für diese Lande auf handelspolitischem Gebiete nicht viel zu hoffen. Sie standen eben in der Mitte zwischen der alten Eifersucht der Kastilianer und dem jungen Handelsneide der nordischen Seemächte. Hätte dies anders werden sollen, so brauchten sie eine Regierung, die den Willen und die Macht besaß, der Schifffahrt des Landes wieder den Ozean zu eröffnen und ihm den Anteil am Welthandel zu sichern, zu dem es durch seine geographische Lage berufen schien. Es mußte sich nun zeigen, ob das Österreich Karls VI., dem die Siege des spanischen Erbfolgekrieges die Herrschaft über die belgischen Provinzen in die Hände gespielt, willens und stark genug war, um diese Aufgabe zu lösen.

Karl VI. hatte die Landeshoheit in den neuerworbenen Gebieten noch nicht einmal angetreten, als schon die Versuchung an ihn herantrat, den Bewohnern seiner Niederlande den Weg auf den Ozean frei zu machen. Es war ein schottischer Edelmann John Ker von Kersland, der in Wien zuerst mit Leibniz, sodann mit dem Kabinettssekretär des Kaisers über die Gründung einer ostindischen Kompagnie in Flandern verhandelte¹⁾. Dem Kaiser sollte die Kompagnie aus den ihr zufließenden Kapitalien und Geschäftsgewinnen finanzielle Unterstützung gewähren, sollte ihm zu dem in jener Zeit noch mäßig erscheinenden Zinsfuß von 8% bedeutende Summen vorstrecken, damit er eine den Holländern gemachte, viel drückendere Schuldverschreibung ablösen könne. Ganz abgesehen von den Vorteilen, die für Flandern aus diesem Vorschlage entspringen konnten, würde die Sache für Karl VI., den ewig in Geldverlegenheiten befindlichen Fürsten, also noch besonders wertvoll werden. Die zu gründende Gesellschaft sollte ihm eine finanzielle Stütze werden, ähnlich wie es einst seinen Vorgängern die Geldmacht der Fugger gewesen war, oder wie in England

¹⁾ An Account of the Emperor's East India Company, in The Memoirs of John Ker of Kersland. I, 1727, 149 ff.

neuerdings die Ostindische Kompagnie, die Bank, die Südsee-Kompagnie die Regierung durch ihre großen Darlehen zu unterstützen pflegten.

Wir brauchen auch Kers Erzählung gegenüber nicht allzu mißtrauisch zu sein. Selbst wenn wir das von ihm angegebene Motiv, er habe sich als eifriger Anhänger des Hauses Hannover vor der Gefahr einer neuen Stuartischen Restauration in die Niederlande retten wollen, nicht ernst nehmen, so verstehen wir doch das praktische Interesse, das ein geschäftskundiger und weitblickender Mann an der Eröffnung solcher Handelsbeziehungen nehmen mußte. Für die Gründung einer Kompagnie waren nun zwar die Wiener Staatsmänner nicht gleich zu haben. Immerhin wurde ein vorbereitender Schritt getan, indem man sich entschloß, zunächst einzelnen Kaufleuten Freibriefe für den Handel nach Ostindien zu erteilen.

* * *

Es war ein hoffnungsvoller Anfang, und hier wirkte alles zusammen, die Befreiung vom spanischen Joche und von der hergebrachten wirtschaftlichen Bevormundung und Aussperrung von den Straßen des Welthandels, die Erinnerung an eine große Vergangenheit und der Wunsch und die Hoffnung, unter der Herrschaft des mächtigen Österreich das blühende Flandern der vorspanischen Jahrhunderte neu erstehen zu sehen. Und auch die Handelseifersucht der Seemächte glaubte man nicht mehr fürchten zu müssen.

Ker selbst meinte dieser Gefahr auf eigene Art begegnen zu können. Er hat, wenn wir ihm glauben dürfen, den überraschend einfachen Vorschlag gemacht, das neu zu gründende belgische Unternehmen mit dem alten englischen zu einem einzigen zu verschmelzen. Es ist in kleinerem Maßstabe ein Wiedererwachen der alten Koalescenzzidee, wie sie um die Mitte des 17. Jahrhunderts, vor dem Beginn der englisch-holländischen Seekriege, gefaßt worden. Wie damals der gesamte Handel der beiden Mächte England und Holland zu einem großen Gesamtunternehmen vereinigt werden sollte, so jetzt der englische und der ins Leben zu rufende belgische Ostindienhandel. Ja, die eigene Geschichte der englischen ostindischen Kompagnie

bot eine Analogie. Denn sie selbst hatte ja die gefährliche Konkurrenz der 1697 gegründeten nicht anders zu beseitigen vermocht, als indem beide 1702 miteinander verschmolzen wurden.

Die Holländer hätten, wenn dies verwirklicht wurde, das Nachsehen gehabt. Ja, Ker meinte gerade durch seinen Plan dem alten Konkurrenten den schwersten Schlag zu versetzen. Man wird sie, meint er, eines großen Marktes berauben, man wird sie hindern, den englischen Handel aus diesen Absatzgebieten ganz zu verdrängen, und für dieses Streben allein gebührt ihnen ein Amboina. Der Kaiser „würde sie als Herr von Flandern zu Lande im Zaume halten, wir aber zur See“.

Die auf dieses besondere Ziel gerichteten Verhandlungen, die Ker einerseits mit Karl VI., anderseits mit der englisch-ostindischen Kompagnie geführt, blieben jedoch erfolglos, schon aus dem Grunde, weil es zu einer Kompagniegründung in Belgien vorläufig überhaupt nicht kam.

In der Geschichte des von Ostende aus betriebenen ostindischen Handels kann man deutlich drei Perioden unterscheiden. In der ersten werden zwanglos freie Expeditionen ausgeführt. Man hört von einzelnen Unternehmern, von einzelnen Schiffen, die hinausgesandt werden. Wer daran teilnimmt, betreibt die Sache auf eigenes Risiko, oft mit großem Gewinn, gelegentlich aber auch mit Gefahr und mit Verlust. Der Staat, d. h. der Kaiser, die belgische Verwaltung, steht wohlwollend, abwartend dahinter, kann nach Belieben schützen, helfen oder verleugnen. Die zweite Periode beginnt mit der Konstituierung der Kompagnie und endet mit ihrer Aufhebung. Der Staat steht offiziell dahinter. Die österreichische Großmacht ist als solche engagiert, ihr Interesse, ihr Prestige stehen auf dem Spiele und werden durch das Scheitern der Sache schwer geschädigt. Der dritte Abschnitt, die Zeit von 1731 bis 34 umfassend, enthält nur schwache Nachspiele, die enttäuschten Unternehmer versuchen von anderen Erdräumen aus das verlorene Geschäft noch fortzusetzen, der Kaiser kann nicht viel für die Leute von Ostende tun und sie erliegen. In allen drei Perioden wird gekämpft. Zwar nicht mit den Waffen von Stahl. Aber auch die Diplomatie hat es zuwege gebracht, daß auf der ganzen Linie die Seemächte gesiegt haben und Österreich unterlegen ist. Und wenn wir die Seemächte nennen,

so mag auch gleich gesagt sein, daß dabei England vorangeht, nicht weil sein Interesse am ostindischen Handel schon größer gewesen wäre als dasjenige Hollands, sondern weil seine Machtstellung diejenige der Generalstaaten so weit überflügelt hat.

Dabei wird der Wechsel dieser Phasen nur verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der politischen Geschichte betrachtet. Die englische Regierung wird von seiten ihrer ostindischen Kompagnie zwar immer dazu gedrängt, gegen Österreich einzuschreiten, aber nicht immer gibt sie dem Drängen nach. Wirtschaft und große Politik sind nicht leicht zu vereinen, und man meint den Charakter der englisch-österreichischen Beziehungen in dieser Epoche geradezu aus den wechselnden Schicksalen der Unternehmung von Ostende ablesen zu können.

Wer behaupten wollte, daß die Sache von allem Anfang an zum Scheitern verurteilt war, der müßte auch auf die Unzulänglichkeit der auf österreichischer Seite führenden Persönlichkeiten hinweisen. Prinz Eugen wurde Generalstatthalter der österreichischen Niederlande, hat aber das Amt nicht ausgeübt und ist der Bevölkerung immer fremd geblieben. Von den Zeitgenossen wie von den Historikern wird er bald als Freund und Förderer, bald als warnender Staatsmann gegenüber der Sache des belgischen überseeischen Handels bezeichnet. Er hat keine Neigung, viel dafür aufs Spiel zu setzen. Er fürchtet die Feindschaft der Seemächte. Er erkennt die schwere Lage Belgiens zwischen einem offenen Gegner und einem übelwollenden Nachbar. In seiner belgischen Politik ist er der Mann der Vorsicht, stets besonnen, nie hingerissen von scheinbar glänzenden Projekten. So fehlt seinem Handeln der Schwung, die große Initiative. Der an seiner Stelle waltende Marquis Prié aber ist gewandt, doch skrupellos und gewinnsüchtig. Es heißt, er habe sich die Erteilung von Pässen für einzelne Schiffe so hoch bezahlen lassen, daß er kein Interesse hatte an der Gründung einer Kompagnie. Und Kaiser Kari VI. selbst war zwar nicht ohne Sinn für große Handels- und Finanzpläne¹⁾, aber doch

¹⁾ Vgl. J. Dullinger, Die Handelskompagnien Österreichs nach dem Oriente und nach Ostindien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Ztschr. f. Soc. u. Wirtschaftsgesch. 7).

ein unselbständiger Geist, manchmal stolz und beharrlich, aber doch ohne scharfes Urteil.

* * *

Der Gedanke, von den Küsten Belgiens aus einen überseeischen Handel ins Leben zu rufen, ist übrigens älter als die Okkupation des Landes durch Österreich¹⁾. Kurfürst Max Emanuel hatte bereits 1698 als Statthalter der spanischen Niederlande das Statut für eine Kompagnie erlassen, welche nach Ostindien und Guinea Handel treiben sollte²⁾. Und wenn auch diese Kompagnie nicht ins Leben getreten ist, so erkennt man schon, woher der Anstoß zu einer solchen Unternehmung kam, nämlich nicht aus der Initiative der von einer fernen Hauptstadt aus waltenden Regierung des Landes, sondern aus dem Geist der Bevölkerung selbst. Dieser Umstand wird freilich verdunkelt durch die Tatsache, daß seit 1714, seit dem Anfall des Landes an Österreich ganz andere Kräfte auf den Plan treten und der Sache ein neues Gesicht geben. Wenn nämlich seit 1714, seit der Thronbesteigung des Hauses Hannover, zahlreiche Jakobiten nach Belgien hereinströmten, und wenn die Zahl derselben sich nach dem gescheiterten Aufstand von 1715/16 noch vermehrte, so war es nicht allein die Hoffnung auf eine neue Invasion Englands, die von der belgischen Küste aus leichter erschien als von irgendeiner anderen Gegend des Festlandes — es war zugleich ein materielles, ein geschäftliches Interesse, was die Leute anlockte. Denn sie, die flandrischen Jakobiten, sind es, die nun in den Vordergrund treten. Und was ferner dabei beachtenswert erscheint, ist der Umstand, daß hier das Interlopertum, die alte Plage der ostindischen Kompagnie, sich in neuer Gestalt auftat.

Denn hier erscheint auch der Jakobitismus, der uns so viel beschäftigt hat, noch in einem neuen Lichte. Er steht hinter dem Interlopertum in Flandern. Ja, wir dürfen annehmen, daß es den nach Flandern hereinströmenden Jakobiten neben dem Wunsche, der britischen Küste nahe zu sein, rasch zur Hand bei einer in Großbritannien neu losbrechenden Erhebung,

¹⁾ Über ein früheres Projekt vgl. auch Dullinger, a. a. O., 50.

²⁾ Vgl. Huisman, a. a. O., 31/32.

daß es ihnen bald ebenso darum zu tun war, hier ein gewinnbringendes Geschäft zu eröffnen, nämlich teilzunehmen an dem von Ostende aus begonnenen und aufblühenden Handel nach Ostindien. Damals, als Flandern ein Zentrum des festländischen Jakobitismus war, wurde sogar der Plan erwogen, den Präzedenz unter seinen Getreuen in den österreichischen Niederlanden anzusiedeln¹⁾. Das hätte freilich die englische Regierung nicht zugelassen. Aber auch so achtete sie ängstlich auf das Treiben in Flandern. Darum ihre besorgten Weisungen an den britischen Residenten, der jene beobachten soll, der ihre Briefe abfangen, der berichten und Listen einsenden soll²⁾. Und nun kamen zu den stuartischen Tendenzen dieser Leute noch ihre für den englisch-ostindischen Handel so schädlichen Bestrebungen hinzu.

So sehen wir denn englische Unternehmer, englisches Kapital am Werke, um das Monopol der heimischen Kompagnie zu umgehen, und ihr auf fremdem Boden eine empfindliche Konkurrenz zu bereiten. Durch die gut österreichisch klingenden Namen der Schiffe darf man sich nicht täuschen lassen. Mögen sie „Karl VI.“ oder „Prinz Eugen“³⁾ heißen — die eigentlichen Namen waren „Griffin“ und „Camberwell Galley“⁴⁾ —, es sind doch nur von England, manchmal auch von Holland herübergeholte Fahrzeuge. Englisch oder holländisch war auch das Kapital, mit dem sie erworben waren. Und die Besatzung bestand fast durchweg aus englischen Matrosen.

In Indien werden die Leute von Ostende meist gut aufgenommen, sie kehren oft mit reicher Ladung heim und verteilen große Gewinne. Der Kapitän des „Prinz Eugen“ wird an der Malabar-Küste mit Pauken, Trompeten und Oboen empfangen. Die indischen Fürsten erklären schon, sie wollten mit den hochmütigen Holländern nichts mehr zu tun haben. Sie wollten den Untertanen des Kaisers Kontore einräumen, und wirklich werden auch ein paar Niederlassungen gegründet.

Nach⁴⁾ einer heute im *India Office* befindlichen Liste, welche die Jahre 1715—1720 umfaßt, sind in dieser Zeit etwa

¹⁾ Nach zahlreichen Korrespondenzen in den Stuart Papers.

²⁾ Nach den Akten Flanders 149. R. O. Vgl. Bd. 2, 298 ff.

³⁾ Nach Akten im *India Office*.

⁴⁾ Das folgende nach Akten im *India Office*.

20 Schiffe von Ostende nach Indien und China gegangen, meistens englische Schiffe mit neuen Namen. Beachten wir nun, denselben Akten folgend ¹⁾, daß unter den von der englischen Ostindischen Kompagnie ausgesandten Schiffen dieselben Namen nicht früher als etwa nach drei Jahren wiederkehren, so mögen wir, indem wir eine ähnliche Berechnung für die von Ostende ausfahrenden anstellen, wohl annehmen, daß es etwa 15 verschiedene Schiffe gewesen sind, die während der genannten fünf Jahre im Dienste der Unternehmer von Ostende verwendet wurden. Und wenn wir ferner, auf Grund der vorhandenen Listen, annehmen dürfen, daß die ostindische Kompagnie in dieser Zeit insgesamt etwa 50 große Kauffahrer für ihren Indienst verwendete, so verstehen wir den Schrecken, den sie über die so plötzlich aus dem Boden emporgeschossene Konkurrenz — 15 zu 50 — empfand.

So regte sich nun die Londoner Kompagnie. Als 1716 eines der Ostender Schiffe, von Indien kommend, die englische Insel St. Helena anließ, um Wasser einzunehmen, ward es mit Kanonenschüssen von der Küste empfangen. Als die Direktoren das vor St. Helena Geschehene erfuhren, brachten sie die Sache vor die Regierung von St. James's. Dem Könige ward eine Petition überreicht ²⁾, in der er mit Berufung auf das parlamentarische Recht ersucht wurde, diese verderbliche Praxis in ihrem Entstehen zu unterdrücken. Das Unerlaubte sahen die Bittsteller übrigens nur darin, daß es Untertanen Seiner Majestät waren, die die Sache betrieben, während das Recht des Kaisers, von Ostende aus Schiffe nach Ostindien fahren zu lassen, unerörtert blieb. Mit andern Worten: Die Kompagnie wendet sich nur gegen diese neueste Form des Interloperiums, nicht aber gegen die Hoheitsrechte Karls VI.

In demselben Sinne ward nun im Privy Council unter dem Vorsitz des Prinzen von Wales, der damals, im Oktober 1716, während der Abwesenheit des Königs, die Regentschaft führte, der Erlaß einer Proklamation beschlossen ³⁾, „um diejenigen

¹⁾ Home Series Misc. 74, India Office.

²⁾ Inhaltlich mitgeteilt: Townshend Mss. 133. Hertz, a. a. O., 257 spricht irrtümlich von zwei Petitionen.

³⁾ Hampton Court, 4. Oct. 1716. Minute of H. R. H.'s Order in Council. India Office Home Series. Misc. 74, India Office.

Untertanen Seiner Majestät zu warnen und zu strafen, welche auf den in der Petition der Kompagnie bezeichneten Schiffen Dienste nehmen würden“. Die Proklamation erklärt, daß die Schuldigen so streng bestraft werden sollen, wie das Gesetz es nur zuläßt ¹⁾.

Gestärkt durch die moralische Unterstützung der Regierung, sandte die Kompagnie schon am nächsten Tage die allerschärfsten Befehle an ihre Organe in Indien. Sie hat den Verdacht, daß das ganze Projekt, unter fremder Hoheit nach Indien Handel zu treiben, nur von Engländern ausgeht. Dem Präsidenten und dem Rate von Bengalen wird dargelegt ²⁾, was die Kompagnie für geeignet halte, um die Absichten „dieser neuen Sorte von Interlopern“ zu vereiteln und Ähnlichem für alle Zukunft vorzubeugen. So soll denn jede Person, die im Dienste der Kompagnie befindlich, derartige Bestrebungen direkt oder indirekt unterstützt, ergriffen und mit dem ersten nach England fahrenden Schiffe heimgesandt werden. „Auch wenn andere Untertanen Seiner Majestät, Engländer, Schotten oder Iren, freie Kaufleute oder andere, dabei behülflich sind, ergreift sie und schicket sie nach England. Und wenn solche Schiffe nach Indien kommen, tut euer Äußerstes, um ihrer und ihrer Effekten habhaft zu werden und schicket sie heim. . . . Wendet alle geeigneten Methoden an, um ihre Versuche, Waren zu bekommen zu vereiteln. Kein Pilot darf ihre Schiffe flüßaufwärts führen.“ Diese Befehle sollen auch an die anderen Zentren der englischen Niederlassungen, nach Bombay, nach Madras weitergegeben werden. Und endlich wurden auch die Behörden von St. Helena von neuem angewiesen, sich jenem unerlaubten Schiffsverkehr gegenüber so feindselig zu verhalten wie das erste Mal.

Aber man möchte auch Klarheit gewinnen über die Quelle dieses ganzen Treibens, über die Urheber, die Drahtzieher in dem Spiel von Ostende. Jener offiziellen Weisung an die englischen Behörden von Bengalen wird ein vertrauliches Schreiben an den Präsidenten hinzugefügt ³⁾, in dem es heißt: „Wir haben starken

¹⁾ „According to the utmost severities of law.“ Nach einem Druck im India Office.

²⁾ Die Direktoren to the President and Council of Bengall. London, 19. Oct. 1716. Letter Book 16. India Office.

³⁾ Die Direktoren an Rob. Hedges, den Präsidenten von Bengalen. London, 19. Oct. 1716. Home Series 74. India Office.

Verdacht, daß es englische und andere Unterthanen Seiner Majestät sind, die den Plan ausgeheckt haben, unter fremder Hoheit nach Indien Handel zu treiben, daß sie ein Interesse haben an den Ladungen und daß sie von unseren eigenen Leuten oder von den französischen Kaufleuten unterstützt werden.“ Darum möge man nach Papieren, nach Büchern und Schriften forschen und alles Verdächtige im Original oder in Abschriften auf sicherem Wege an den Sitz der Kompagnie nach London schicken. „Können Sie feststellen, welche Güter diesen Leuten gehören: bemächtigen Sie sich derselben, geben Sie uns Nachricht, denn uns sind sie verfallen, nach dem Wortlaut des Gesetzes.“

* * *

Aber der Ozean war weit und Indien war groß. An eine rasche Aufdeckung des ganzen Geheimnisses von Ostende war so wenig zu denken, wie an die gewaltsame Unterdrückung des neuen Schiffsverkehrs. Die Kompagnie konnte wohl ihre Organe beauftragen, wo es immer ging, die verhaßte Konkurrenz zu schädigen, hier und da konnte man ein Schiff wegfangen; aber das Hauptziel war damit nicht erreicht. Nicht die Selbsthilfe der Kompagnien, der englischen so wenig wie der holländischen, konnte es machen. Nur von Regierung zu Regierung konnte der Streit entschieden werden, und die Größe des Objekts ließ es der Mühe wert erscheinen, die Angelegenheit zu einem Thema der hohen Politik zu erheben.

Immerhin vergeht noch ein längerer Zeitraum, fast zwei Jahre, während welcher man von offiziellen Schritten der englischen Regierung nichts vernimmt. Der Grund der Zurückhaltung ist unschwer zu erkennen. Das große südeuropäische Drama, das durch die von Kardinal Alberoni geführte Politik Spaniens in Szene gesetzt worden, nahm die Staatsmänner Europas voll in Anspruch. Die neu aufsteigende spanische Seemacht, das Eindringen der Bourbonen in die Sphäre Italiens, die Besinnung der Vertragskontrahenten auf die Verträge von 1713 und 1714, hinter diesen großen Fragen trat Ostende zurück. Es folgten die Verhandlungen der Mächte, die in der Quadrupel-Allianz vom 2. August 1718 ihren Abschluß fanden. Österreich war Mitglied des Bundes, der geschlossen war, um Spanien in

seine Schranken zurückzuweisen. Unterdessen waren die Klagen über das belgische Wesen nicht opportun. Und von Ostende ward es stille.

Erst im September 1718, als die Quadrupel-Allianz unter Dach und Fach gebracht, als die spanische Flotte am Kap Passaro vernichtet, und als Österreich für die Durchführung seiner südeuropäischen Pläne ganz auf die Hilfe Englands, vorzüglich der englischen Flotte im Mittelmeer angewiesen ist, erwacht der Streit von neuem. Denn man braucht den Wiener Hof jetzt nicht mehr so ängstlich zu schonen.

Nun darf auch die englische ostindische Kompagnie wieder ihre Stimme erheben. Sie klagt — vielleicht ermutigt durch die Regierung selbst — in einer Eingabe an den König ¹⁾ darüber, daß trotz der Proklamation von 1716, welche allen Engländern die Teilnahme an ausländischen Unternehmungen nach Ostindien unter fremder Flagge verbot, doch immer wieder Unterthanen des Königs in Ostende und anderen flandrischen Häfen erscheinen, um von da aus nach Ostindien zu fahren. Auch in Holland seien die gleichen Verbote, sogar mit Androhung der Todesstrafe, wirkungslos geblieben. Erst kürzlich ist daselbst eine Subskription veranstaltet worden, um einen Fonds von einigen hunderttausend Pfund zusammenzubringen, angeblich im Namen von Flamländern, in Wahrheit jedoch für die Rechnung englischer, holländischer und französischer Kaufleute.

Der Staatssekretär Craggs, dem diese Klage übermittelt wurde, tat, was er mußte. Er richtet ein Schreiben an den österreichischen Gesandten Pendtenriedter ²⁾ und setzt ihm, etwas umständlich, die Lage auseinander. Er vergißt auch nicht, das Verdienst zu erwähnen, welches die Kompagnie sich durch Darreichung der Mittel während des Krieges, selbst um das Haus Österreich erworben habe. Er spricht von Schiffen, die auf der Themse ausgerüstet werden und sich in Ostende die nötigen Pässe nach Indien geben lassen. Aus Indien zurückgekehrt, laufen sie wieder in Ostende ein, löschen aber nicht dort, sondern bringen ihre Ladungen nach Cadix, nach Livorno und in andere Mittelmeerhäfen. Denn die belgische Bevölkerung

¹⁾ Requête de la Compagnie des Indes Orientales. Au Roi, H. A. Ähnlich eine Denkschrift von Craggs vom 5. Sept. 1718. H. A.

²⁾ Vom 9. Sept. 1718. H. A.

selbst fürchtet die Konkurrenz der indischen Seiden- und Leinwandwaren mit ihren eigenen Manufakturen.

Aber die eigentliche Verhandlung findet in Wien statt. Der eifrige Saint-Saphorin trägt dem Marquis Rialp, dem Staatssekretär Karls VI für die spanischen Gebiete, die Sache vor¹⁾. Rialp fragt naiv: „Was gehen denn den Kaiser die Rechte der englischen und holländischen Kompagnien an, wenn er seinen Untertanen Handelsprivilegien erteilen möchte.“ „Davon ist ja auch nicht die Rede“, erwidert Saint Saphorin, aber die Flamländer können diesen Handel ja gar nicht selbst betreiben, und die Patente sind an Fremde erteilt, an Engländer und Iren und dazu noch an Rebellen. Und nun wird er leidenschaftlich. Er droht mit Gewalt. In Zukunft wird man die Schiffe auf den Grund des Meeres versenken. Und kein Mann wird davonkommen um Klage zu führen. Im Grunde konnte aber diesen in Wien geführten Erörterungen kein rechter Erfolg beschieden sein. Denn wo war die Instanz, die in jedem Falle entscheiden konnte, wer von den Paßempfängern ein Fremder war, und wer ein Untertan Karls VI.?

Saint Saphorin meinte seiner Regierung auch einen originellen Vorschlag zu einer friedlichen Lösung unterbreiten zu können. Der Kaiser, sagt er²⁾, ist der einzige Fürst in Europa, der bedeutende Quecksilberminen besitzt. So möge denn die englische ostindische Kompagnie, die ihr Quecksilber bisher aus China geholt hat, es fortan vom Kaiser beziehen. Dieser pflegte auf seine Quecksilberminen Anleihen in Holland aufzunehmen³⁾ und — sagt Saint Saphorin — dabei von den Holländern arg übervorteilt zu werden. Der Vorschlag geht also dahin, daß die Kompagnie das ganze Quecksilber empfangen und den Kaiser dafür finanziell unterstütze. Sie möge auch ihre eigenen Leute in die Minen von Steiermark und Siebenbürgen entsenden und eine Art von Monopol für die in kaiserlichen Landen betriebene Quecksilberproduktion erhalten. Karl VI. aber wird dafür gewiß gern die Verpflichtung übernehmen, keinerlei Patente mehr für die Fahrt nach Indien auszustellen.

¹⁾ Saint Saphorin an Craggs, 12. Oct. 1718. H. A.

²⁾ An Craggs, 12. Oct. 1718. H. A.

³⁾ Vgl. darüber H. v. Srbik, der staatl. Exporthandel Österreichs von Leop. I. bis Maria Theresia (1907), 238 ff.

Der hier gemachte Vorschlag — man ist ihm nicht nähergetreten — erinnert wohl ein wenig an die Zeiten Karls V. und Philipps II., da das Haus Fugger die Quecksilberminen der Habsburger auszubeuten pflegte. Denken wir andererseits daran, welche finanziellen Hilfen die großen Kompagnien, die ostindische, die Bank von England, die Südsee-Kompagnie im letzten Menschenalter dem englischen Staate geleistet hatten, so paßte der Vorschlag Saint Saphorins zwar vortrefflich in die Denkweise und die Gepflogenheiten der Epoche, aber eine brauchbare Lösung der Streitfrage war damit nicht gefunden.

Saint Saphorin wurde noch weiter von London aus angefeuert. „Täglich“, so schrieb ihm Lord Stanhope¹⁾, „rechnet uns die Kompagnie die Schiffe vor, die auf allen Seiten für diese Indienfahrten ausgerüstet werden. Die Klagen sind voll berechtigt. ... Wenn man so fortfährt, diesen widerspenstigen Untertanen des Königs Vorschub zu leisten, so müssen die Herren in Wien darauf gefaßt sein, daß die Kompagnie diese Leute als Piraten behandelt und daß der König, das Parlament und die Nation hinter ihr stehen werden.“

Auch in der Öffentlichkeit wurde das Thema schon eifrig erörtert. Im Parlament war es freilich, wohl um Österreich nicht allzu sehr zu reizen, bisher nicht zur Sprache gebracht worden. Es war die Zeit, da Robert Walpole und die „renitenten“ Whigs sich noch in der Opposition befanden. Da geschah es im Dezember 1718, daß ein übereifriger Regierungsanhänger im Unterhause von einem englischen Schiffe erzählte, daß unter kaiserlicher Flagge in Ostindien Handel getrieben habe, und dann in den Hafen von Livorno eingelaufen sei. In der Themse, behauptete er, liegen noch acht weitere Schiffe derselben Art. Sogleich erhob sich Walpole, stimmte eifrig zu und lobte den kühnen Redner, der sich getraue, in dieser Zeit, da alles so kaisertreu tue, ein freies Wort zu sprechen²⁾. An der Behauptung von den acht Schiffen war nun wirklich kein wahres Wort. Der kaiserliche Gesandte Penttenriedter dementierte sie ausdrücklich in einer schriftlichen Erklärung, und datierte dieselbe auf den Wunsch der englischen Minister so weit zurück, daß auch niemand

¹⁾ 31. Oct. 1718. H. A.

²⁾ Hoffmann, 23. Dec. 1718. W. St. A. In der Parl. Hist. wird der Vorfall nicht erwähnt.

sagen konnte, ohne Walpoles Eingreifen hätte die englische Regierung dem Unwesen der in Ostende ausgegebenen Pässe untätig zugesehen¹⁾.

* * *

So war das Jahr 1718 dahingegangen, ohne daß diese Frage entschieden worden. Neben den großen Weltereignissen, neben dem Kriege der Quadrupel-Allianz gegen Spanien, neben der Sorge um den kommenden Friedensschluß im Norden, hält von nun an auch Ostende die leitenden Männer in Atem. Auch neben den inneren englischen Fragen, wie der *Peerage Bill*, verlieren die Minister Ostende nicht aus den Augen, und es kehrt immer wieder in den diplomatischen Korrespondenzen. Noch wird die Sache nicht im Stile eines drohenden internationalen Konflikts behandelt. England und Österreich sind politisch noch zu sehr aufeinander angewiesen, als daß man es zum äußersten kommen lassen möchte. Man täuscht sich gegenseitig noch ein wenig, und vielleicht täuscht man auch sich selbst, oder man verschließt die Augen vor dem Ernst der Lage. In Wien und in London erfährt man auch nicht alles, was in Ostende vorgeht. Pendtenriedter in London und Prinz Eugen in Wien versichern treuherzig und ehrlich, es sollen keine Patente an britische Untertanen ausgegeben werden. Aber trotzdem geht das Spiel in Belgien ruhig weiter. Von der Hand Karls VI. gehen Blanko-Vollmachten nach Ostende, Marquis Prié füllt sie aus und gewinnt große Summen, und selbst der Kaiser, heißt es, hat seinen Vorteil dabei²⁾. Es war die Zeit, da die österreichische Regierung den Fragen des überseeischen Handels ihre besondere Aufmerksamkeit schenkte. 1719 ist auch das Jahr, wo Triest und Fiume zu Freihäfen gemacht wurden.

Saint Saphorin hatte im Januar des Jahres schon eine ausführliche diplomatische Note entworfen, um sie dem Wiener Hofe zu überreichen. Auf Grund beruhigender Erklärungen, die man ihm gegeben, hat er sie jedoch noch zurückgehalten. Da empfängt er ein Schreiben Lord Stanhopes aus London³⁾,

¹⁾ Schaub an Saint Saphorin, 27. Dec. 1718. H. A.

²⁾ Nach der Korrespondenz Saint Saphorins. H. A.

³⁾ Whitehall, 6. Jan. 1719. H. A.

aus dem er erfährt, daß in Ostende abermals vier Schiffe zur Ausfahrt nach Indien bereit liegen. Nun meint er den beabsichtigten Schritt nicht länger verschieben zu sollen. Zwar sucht ihn Prinz Eugen in einer sehr „lebhaften Unterhaltung“ wieder zu beruhigen¹⁾. „Ich habe Befehle gegeben“, sagt der Prinz, „daß man kein Patent für diese Fahrten irgend einem Engländer erteilt; aber Sie müssen nicht glauben, daß wir deshalb, da alle Nationen das gleiche Recht haben, Handel zu treiben, unsere Untertanen in den Niederlanden dieses Rechtes berauben werden.“ Saint Saphorin antwortet kühl: natürlich denkt Seine Majestät auch nicht daran, so etwas vom Kaiser zu fordern.

Zwei Tage später läßt er seine Note doch noch an ihre Adresse gelangen. Der ganze Streitfall wird noch einmal ausführlich dargelegt, aber noch nicht in drohender Sprache, sondern versöhnlich, freundschaftlich, vertrauensvoll²⁾. Der König von Großbritannien erwartet alles von der Freundschaft des Kaisers, von seiner Zuneigung für die englische Nation. Er erwartet, daß die schon erteilten Patente widerrufen, und neue nicht erteilt werden, damit der Handel der englischen ostindischen Kompagnie keine Störung erleide.

Diese Note, am 10. Februar 1719 dem Wiener Hofe überreicht, sie stellt mit ihrer eindringlichen, aber milden Redeweise den letzten Versuch der englischen Regierung dar, den Streitfall in Güte beizulegen. Saint Saphorin dachte die Wirkung noch zu steigern, indem er den Wunsch äußerte, sein Schriftstück möge der Konferenz vorgelegt werden und diese dem Kaiser ein Referat darüber erstatten.

Aber der Zweck ward nicht erreicht. Und nun wird, sagen wir im Laufe des Jahres 1719, der Charakter des Konflikts auch ein wenig verschoben. Bisher war eigentlich nur davon die Rede gewesen, und auch die Seemächte hatten nichts anderes gefordert, als daß der Kaiser als Herr Belgiens die Pässe für den Handel nach Ostindien nur an seine Landeskinder vergebe, nicht aber an Nichtbelgier, d. h. nicht an Holländer, Franzosen, Briten und beileibe nicht an britische Jakobiten. Aber wie, wenn man

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 8. Febr. 1719. H. A.

²⁾ Pro Memoria, am 10. Febr. 1719 von Saint Saphorin überreicht. H. A.
Vgl. Huisman a. a. O. 21—3.

nun diese landfremden Elemente durch Naturalisation zu Belgiern machte? Das war in der Tat der Ausweg, auf den man in Wien verfiel. Aber sofort meldete sich auch gegen diese Umgehung jenes Versprechens der Widerspruch Englands. Und nun folgte, indem diese neueste Form des Interloperiums von englischer Seite für unstatthaft erklärt wurde, die Darlegung eines Rechtsstandpunktes, dem zufolge überhaupt die gesamten österreichischen Niederlande von jeglichem Handel mit Ost- und Westindien ausgeschlossen bleiben müßten. „Es ist nicht weniger klar“, schreibt Saint Saphorin¹⁾, „wenn auch ein Teil der hiesigen Minister anderer Meinung ist, daß der Kaiser hinsichtlich seiner Niederlande zur Beobachtung jenes Artikels des Vertrages von Münster verpflichtet ist.“ Damit hatte man also von englischer Seite zu der allerschärfsten Formulierung gegriffen. Gänzlicher Ausschluß Belgiens vom transozeanischen Handel, so lautete nun die Forderung der Seemächte. Kein Wunder, wenn der Gegensatz sich immer mehr verschärfte und in einer Katastrophe endigte.

* * *

Seit den ersten Anfängen des von Ostende aus betriebenen Geschäfts war schon die Frage erörtert worden, ob man bei der Praxis der von Fall zu Fall ausgegebenen Pässe stehen bleiben, oder aber, den westmächtlichen Vorbildern folgend, zur Gründung einer Kompagnie schreiten sollte. Eine solche würde, mit Freibrief ausgestattet, fest organisiert, mit dem Schutze des Kaisers hinter sich, in der Lage sein, das ihr zu erteilende Monopol weit gründlicher auszunutzen, eigene Anlagen, Befestigungen und Faktoreien zu errichten, sie würde auch zur Abwehr fremder Angriffe ganz anders gerüstet sein, als die einzelnen auf eigene Gefahr ausfahrenden Schiffsinhaber.

Aber sofort wurden auch Bedenken geäußert. Strömungen und Intriguen spielten am Wiener Hofe wie in Belgien. Auch der Gang der großen Politik, die Rücksicht auf England, auf Südeuropa, auf die Verhandlungen in Cambrai wirkten mit. Wir dürfen nicht vergessen, daß durch die Tripel-Allianz vom 13. Juni 1721, die England, Frankreich und Spanien fester

¹⁾ An Stanhope, 22. Nov. 1719. H. A.

verband, Österreich sich beiseite geschoben, vielleicht gar isoliert fand und wenig Neigung zeigte allzuviel Rücksicht auf die Westmächte zu nehmen. Als im Mai 1721 im englischen Unterhause ein Einfuhrverbot gegen belgische Waren, besonders Spitzen und Leinen, gefordert wurde¹⁾, erklärte der Österreicher Hoffmann drohend, eine solche Maßregel würde vom Wiener Hofe wahrscheinlich mit der Errichtung einer „ordentlichen ostindischen Kompagnie“ beantwortet werden. Längst sei der Kaiser dazu gedrängt worden, und nur aus Rücksicht auf England habe er bisher davon abgesehen²⁾. Und wirklich schien es jetzt Ernst damit zu werden. Im Juni trat in Antwerpen eine Kommission zusammen, um Vorschläge zu machen³⁾. Aber erst im Dezember 1722 wurde die Gründung der neuen ostindischen Kompagnie vollzogen. Man hatte das englische und holländische Beispiel befolgt. Die Kompagnie erhält auf dreißig Jahre das ausschließliche Recht, nach Ost- und Westindien sowie nach den afrikanischen Küsten Handel zu treiben. Sie wird Wappen und Flagge des Kaisers führen. Ihr Stammkapital, 6 000 000 Gulden, wird in Aktien zu je 1000 Gulden zum Verkauf ausgelegt werden. Die Fremden dürfen Aktien kaufen, nicht aber teilnehmen an den Versammlungen der Aktionäre. Die Kompagnie darf Verträge schließen mit den Fürsten, in deren Landen sie Handel treiben wird. Der Kaiser wird an den Gewinnen der von ihr verkauften Waren seinen wohlbemessenen Anteil erhalten, und dazu, als Zeichen des Dankes für die Erteilung des Privilegs, einen goldenen Löwen, zwanzig Mark schwer. Feste und feierliche Formen, der Würde des kaiserlichen Landesherrn angemessen. Umso schlimmer, wenn sie an eine auf die Dauer unhaltbare Gründung verschwendet waren.

* * *

Im Lager der Westmächte ward die Nachricht von der vollzogenen Gründung mit dumpfem Entsetzen vernommen. Wir brauchen, um die Stimmung deutlich zu machen, nur einige Äußerungen wiederzugeben, wie sie in den diplomatischen Akten

¹⁾ Parl. Hist. 7, 796.

²⁾ Hoffmann, 20. Mai 1721. W. St. A.

³⁾ Huysman a. a. O. 200.

des Jahres 1723 verstreut sind. Im Januar spricht der preußische Gesandte ¹⁾ von der Empörung der englischen Kaufleute über die Bildung der Kompagnie von Ostende. Sicherlich wird ein Streit zwischen England und dem Kaiser daraus entstehen. Im April wird ¹⁾ im Unterhause inmitten der aufgeregten Debatten über das entdeckte jakobitische Komplott, die Vorlage eines Gesetzes gefordert, welches schwere Strafen verhängt über jeden, der die Kompagnie von Ostende mit Geldmitteln unterstützen würde ²⁾. Das Gesetz wird im Juni tatsächlich beschlossen ³⁾. Unterdessen haben die Generalstaaten in Brüssel und in Wien auf diplomatischem Wege die österreichische Regierung zu beeinflussen gesucht, um die letzten Schritte zur Bildung der Kompagnie von Ostende noch zu verhindern. Sie beriefen sich jetzt besonders auf den 5. Artikel des zwischen Spanien und Holland im Januar 1648 geschlossenen Friedens zu Münster. Im Mai 1723 überreicht auch Saint Saphorin in Wien eine diplomatische Note, in der, ebenfalls mit dem Hinweis auf den Frieden von Münster, an den auch England durch seine Garantie des Barriere-Vertrages von 1715 gebunden sei, der österreichischen Regierung das Recht zur Kompagniegründung bestritten wird ⁴⁾. Übrigens fühlte die englische Regierung schon, daß sie in dem kommenden Streit gegen Österreich die Führung übernehmen müsse. Die Holländer würden sich bei ihrer Schwäche zu energischen Schritten kaum aufraffen. „Ich bin überzeugt“, schrieb Townshend ⁵⁾, daß sie, wenn gemeinsames Handeln in Betracht kommt, für mehr als bloße Vorstellungen nicht zu haben sein werden“. Auch findet er die Konkurrenz der Holländer im ostindischen Handel kaum weniger schlimm, als die der Kompagnie von Ostende. Und er bittet Walpole, sich einmal zu überlegen, ob es nicht besser wäre, die Zölle auf ostindische Waren zu ermäßigen und sie durch eine Akzise, d. h. eine Verbrauchssteuer in gleicher Höhe zu ersetzen. Ein Vorschlag, der dieses Mal wirkungslos verhallte, der aber ein Jahr-

¹⁾ Wallenrodt, 18./29. Jan. 1723. G. St. A.

²⁾ Wallenrodt, 16./27. Apr. 1723. G. St. A. In der Parl. Hist. nicht erwähnt.

³⁾ Huisman a. a. O. 230.

⁴⁾ Huisman 230—1.

⁵⁾ An Walpole, Pyrmont, 20. Juli a. St. 1723. Regencies 4, R. O.

zehnt später von Walpole aufgegriffen wurde und eine der schwersten Krisen in der ganzen Geschichte seiner Verwaltung herbeiführte.

Im August sollten, nachdem alles vorbereitet war, die Aktien der neuen Kompagnie zum Verkaufe aufgelegt werden. In den vorhergehenden Wochen verdoppelte sich die Agitation in England wie in Holland. Die holländische Kompagnie bat in einem an die Generalstaaten gerichteten Memorial um die Erlaubnis, zu Wasser und zu Lande dem Unternehmen von Ostende mit offener Gewalt entgegenzutreten zu dürfen ¹⁾. Wenn es mit solchen Drohungen, wie manche meinten, nur darauf abgesehen war, den kommenden Subscriptionen zu schaden, so wurde dieser Zweck freilich nicht erreicht; denn die Aktien gingen reißend ab, und auch die in Holland aufgelegten waren schon nach zwei Tagen vergriffen. Ein solcher Erfolg wurde von der unbeteiligten Kaufmannswelt in England und Holland mit Zorn und Entsetzen hingenommen. Man will Kaper ausrüsten ²⁾. Man will die auf den Ostender Schiffen eingebrachten Waren aufkaufen, will sie zu niedrigen Preisen verschleudern und damit das Geschäft von Ostende ruinieren. „Wir werden gezwungen sein“, sagt Townshend zu Wallenrodt ³⁾, „die auslaufenden ostendischen Schiffe wegzunehmen“.

Auch Frankreich, das gleichfalls am ostindischen Handel interessierte, teilt die Entrüstung der Seemächte und ist zu gemeinsamem Handeln bereit. Mit dem Franzosen Chavigny und dem Holländer Pestors werden in London Erwägungen angestellt, „wie die besagte Ostendische Kompagnie zu ruinieren, es koste auch, was es wolle“. Und dem Österreicher Starhemberg sagt Townshend ins Gesicht, daß „wenn Europa dadurch in Feuer und Flamme würde gesetzt werden, daran nicht England schuld wäre, sondern diejenigen, so Ursach dazu gegeben“ ⁴⁾.

Man versteht diese hitzigen Reden, denen übrigens die Taten nicht so rasch gefolgt sind, doch vollkommen, wenn man nämlich hört, daß „der Geist der Kompagnie durch das Ostender Projekt so völlig gebrochen ist, daß sie weder daran

¹⁾ Hoffmann, 13. Aug. 1723. W. St. A.

²⁾ Hoffmann, 20. Aug. 1723. W. St. A.

³⁾ Wallenrodt, Hannover, 9. Sept. 1723. G. St. A.

⁴⁾ Wallenrodt, Hannover, 25. Aug. 1723. G. St. A.

denken, ihren Tee auf den Markt zu bringen, noch irgend etwas in der nächsten Saison zu exportieren“¹⁾. Und ferner erschien die Konkurrenz der belgischen Gesellschaft umso bedrohlicher, da die englische Kompagnie die von ihr nach Europa importierten indischen Manufakturen vorzüglich in Deutschland abzusetzen pflegte²⁾. Es handelte sich wohl besonders um die in England verbotenen Baumwollfabrikate. Da würde also, wenn man den Dingen ihren Lauf ließ, die deutsche Kundschaft die Waren wahrscheinlich lieber von den Untertanen des Kaisers beziehen als von den Kaufleuten aus Britannien.

Und endlich, um die Gefahr völlig zu verstehen, die den alten westeuropäischen Kompagnien drohte, so ist auch noch ein Wort zu sagen über die Zollpolitik, die bei der neuen Gründung gewählt wurde. Man hatte sich nach einigem Schwanken dahin entschieden³⁾, von den aus Indien kommenden Waren einen Zoll von 6 % des Verkaufswertes zu erheben, aber nur bei der Einfuhr, und dabei keinen Unterschied zu machen zwischen den im Lande selbst konsumierten und den nachträglich wieder ausgeführten, also zollfrei ausgeführten, vielleicht sogar von vornherein für die Wiederausfuhr bestimmten Waren. Das erwies sich bald als ein für die Kaufleute weit angenehmerer Modus als die in England und Holland befolgten Methoden. Die Folge war denn auch, wie wir einer Robert Walpole überreichten Denkschrift⁴⁾ entnehmen, daß auch viele englische und holländische Kaufleute ihren Bedarf an Kaffee, Tee, Arrak und anderen Kolonialwaren gern in Ostende bezogen, um dieselben sofort von da wieder auszuführen und sie in anderen Ländern zum Verkauf zu bringen. Natürlich bedeutete diese Praxis eine schwere Schädigung nicht nur der alten ostindischen Kompagnien, sondern, durch den Verlust an Zolleinnahmen, auch des Fiskus ihrer Regierungen.

* * *

¹⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 8. Sept. 1723. Private. Cose, R. Walpole 2, 266.

²⁾ Hoffmann, 6. Aug. 1723. W. St. A.

³⁾ Vgl. Huisman a. a. O. 207 ff.

⁴⁾ Pro Memoria. Sur les moyens d'augmenter le Commerce des Manufactures et du Produit des Colonies anglaises. Handschriftlich in den Houghton Mss. wahrscheinlich 1724 verfaßt.

Hier ist auch der Ort, einmal der rechtlichen Seite der Sache näherzutreten. Es handelt sich um die Frage, ob die den internationalen Verträgen entlehnten Formulierungen ernst zu nehmen waren oder ob sie nur dazu dienen sollten, die zuletzt durch das Gebot der Macht herbeizuführende Entscheidung mit einem juristischen Kleide zu umhüllen.

An und für sich durfte Karl VI. natürlich das volle Recht eines jeden Herrschers für sich in Anspruch nehmen, den auswärtigen Handel seiner neuen Untertanen zu fördern und zu unterstützen, wie er wollte. „Der Kaiser kann sich“, sagt Prinz Eugen¹⁾, „ebensogut wie andere Fürsten in seiner Eigenschaft als Landesherr aller Leute bedienen, die sich ihm anbieten, um den Handel in seinen Staaten aufzurichten, seien es Eingesessene oder Fremde“. Dieses Recht des Kaisers bestand auch für sich allein und erforderte nicht etwa die Naturalisierung der Leute, wovon ja gelegentlich die Rede ist. Und es war nur ein aus politischen Gründen gebotenes Entgegenkommen, wenn seine Minister anfangs erklärten, die Patente sollten nicht gerade an Engländer, die noch dazu jakobitische Rebellen seien, vergeben werden.

Insofern nun aber von Beschränkungen die Rede sein konnte, welchen die Befugnisse des neuen Herrn der belgischen Niederlande unterlagen, so mag zunächst erwähnt werden, daß von österreichischer Seite gelegentlich²⁾ daran erinnert wird, daß ja diese Lande dem Hause Österreich schon gehört hatten, ehe sie in irgend einer Beziehung zu Spanien standen, und daß durch alles, was in dieser spanischen Periode über sie verfügt wurde, das ältere Recht Österreichs nicht berührt werden konnte.

Aber gegen diese Auffassung hätte man sofort einwenden können, daß die Besitzergreifung durch Spanien ohne Vorbehalt erfolgt und alle Rechte des früheren Landesherrn dadurch erloschen waren.

Während der spanischen Periode war nun eine besondere Rechtsstellung der belgischen Niederlande innerhalb der Gesamtmonarchie dadurch begründet worden, daß Philipp II. im Jahre 1598 die Verwaltung der Niederlande an seine Tochter Isabella und ihren Gatten, den Erzherzog Albrecht, mit der Beschränkung

¹⁾ Saint Saphorin an Stanhope, Wien, 8. Febr. 1719. W. St. A.

²⁾ Hist. Mss. Comm. Rep. 15. App. 1. 2. p. 151.

übergab, daß von diesen Niederlanden aus jederlei Schiffahrt oder Handel nach Ost- oder Westindien strengstens verboten sein solle¹⁾.

Nun aber war die Herrschaft über das Land nach dem spanischen Erbfolgekriege wiederum an das Haus Österreich gekommen, und zwar mit keiner anderen Einschränkung, als derjenigen, die durch den Barrière Vertrag von 1715 gegeben war, in dem allerdings der schon erwähnte Vertrag von Münster, sei es ganz, sei es teilweise, gerantiert wurde. Nach Artikel 1 des Barrière-Vertrages²⁾ sollte der neue Landesherr die Herrschaft über die niederländischen Provinzen in derselben Weise ausüben, wie seine spanischen Vorgänger. Und was die eben erwähnte Verfügung von 1598 betrifft, so waren ja durch dieselbe zwar die beherrschten Niederlande gebunden, nicht aber ihr Landesherr, der König von Spanien. Diese Verfügung von 1598 war also durch den Übergang der Herrschaft an Österreich gegenstandslos geworden.

Anders der Vertrag von Münster, geschlossen 1648 zwischen Spanien und Holland. In Artikel 5 dieses Vertrages heißt es — wir geben den französischen Wortlaut wieder —: „En outre a été conditionné, et stipulé, que les Espagnols retiendront leur navigation en telle manière qu'ils la tiennent pour le présent ès Indes Orientales, sans se pouvoir étendre plus avant, comme aussi les habitants de ce Pays bas s'abstiendront de la fréquentation des places que les Castillans ont ès Indes Orientales.“ Hier werden die Spanier in ihrem ostindischen Schiffahrts- und Handelsverkehr auf die bisher von ihnen innegehabten Grenzen beschränkt, in die auch die Holländer nicht eindringen dürfen. Von den Bewohnern der belgischen Provinzen aber ist nicht ausdrücklich die Rede. Sie brauchten auch nicht besonders erwähnt zu werden, weil sie in der spanischen Zeit einen überseeischen Handel überhaupt nicht besaßen. Das hier den Spaniern (Espagnols) auferlegte Verbot schließt sie, die Belgier als Untertanen des spanischen Königs ohne weiteres mit ein. Tatsächlich ist es auch so aufgefaßt worden. Wir hören

¹⁾ Huisman a. a. O. 382, 385, 388. Auch in den Streitschriften erwähnt. An Enquiry into the Reasons of the Conduct of Great Britain (Hoadley) 1727. p. 64. — Untersuchung der Ursachen etc. 1727, S. 40.

²⁾ Bei Pribram, Staatsverträge. England. 1, 299 ff.

von einem Bewohner der belgischen Provinzen, Bastian Brouwer genannt¹⁾, der 1653, fünf Jahre nach dem Vertrage von Münster, zwar zunächst vom Könige von Spanien die Erlaubnis erhielt, an den Küsten Chinas Handel zu treiben, der aber trotzdem vor dem zornigen Einspruch der Leute von der holländisch-ostindischen Kompagnie weichen mußte, ohne von der Krone Spaniens geschützt zu werden.

Die Bestätigung der den Handel betreffenden Teile des Vertrages von Münster ist enthalten in Artikel 26 des Barrièrevertrages.

Hier ist nun freilich von einer Meinungsverschiedenheit zu berichten, die seit dem Erscheinen der Streitschriften für und wider die Kompagnie von Ostende sich fortgepflanzt hat bis in die modernen historischen Darstellungen hinein. Die englisch-holländische Auslegung behauptet schlechthin, daß der Vertrag von Münster durch den Barrièrevertrag garantiert sei. Positiv gesprochen müßte das bedeuten, daß Artikel 26 des Barrièrevertrages nicht nur die direkten Handelsbeziehungen zwischen Belgien und Holland betreffe, sondern auch auf den transozeanischen Handel (Art. 5 u. 6 des Vertrages von Münster) bezogen werden müsse. Und diese Beweisführung führt sie zur Behauptung der Rechtswidrigkeit des Handels von Ostende. „Der Handel von Ostende“, erklärte Townshend 1723²⁾, „ist offenbar den Verträgen von Münster zuwider, die der König unter dem Einverständnis des Kaisers durch den Barrièrevertrag garantiert hat“.

Die belgisch-österreichische Auffassung aber geht dahin³⁾, daß dieser Artikel 26 lediglich den direkten belgisch-holländischen Handelsverkehr regle, den transozeanischen Handel also nicht berühre⁴⁾.

¹⁾ Vgl. An Enquiry ... 65. Huisman a. a. O. 385, 392.

²⁾ Townshend an Starhemberg, Hannover, 24. Sept. 1723. Y 44. vol. III. H. A

³⁾ Huisman a. a. O. 387.

⁴⁾ Der nicht eindeutig abgefaßte Passus des Art. 26 lautet: *demeurant au reste le commerce et tout ce qui en dépend entre les sujets de Sa M^{te} Imp^{le} et catholique dans les Pays Bas Antrichiens et ceux des Provinces Unies en tout et en partie sur le pied établi et de la manière portée par les articles du traité fait a Munster lesquels articles viennent d'être Confirmés par le présent article.* Pribram 1, 319.

Hier endigt unsere Darlegung der Rechtsfrage; denn eine sichere Entscheidung zwischen den beiden Auffassungen läßt sich aus der Abfassung des Artikels 26 des Barrière-Vertrages kaum gewinnen. Es mag hinzugefügt werden, daß bei der Entstehung des Barrière-Vertrages, so wenig wie beim Abschluß des holländisch-spanischen Vertrages von 1648 eine überseeische Betätigung Belgiens, wie es in dem Unternehmen von Ostende geschah, vorauszusehen gewesen war. So war die Hoffnung eitel, auf diesem Wege eine Einigung zu erzielen. Mit anderen Worten: hier konnte nur die Macht entscheiden, nicht das Recht.

* * *

Man stritt um eine der wichtigsten Fragen des internationalen Handels. Die vier bedeutendsten unter den großen Mächten der Zeit, England, Frankreich, Holland und Österreich, waren aufs stärkste betroffen. Dabei standen die drei ersten geschlossen der vierten gegenüber. Die deutschen Staaten aber beobachteten das Schauspiel von ferne, doch nicht ohne den Wunsch, Frieden zu stiften¹⁾. Der ehrgeizige Graf Flemming, Feldmarschall und Minister des König-Kurfürsten von Polen-Sachsen, trat mit einem groß angelegten Plane hervor, um alle Gegensätze zu versöhnen. Er wäre auch gar zu gerne am Hoflager Georgs I. in der Gohrde erschienen. Aber die englischen Minister, welche fürchteten, „daß er sie mit seinem *vastan plans* inkommodieren werde“, wählten die bequeme Ausrede, es sei im Schlosse zu eng, da man den König von Preußen erwarte.

Friedrich Wilhelm hingegen hielt sich vorsichtig zurück. Er wünschte nur, über den Fortgang der Sache unterrichtet zu werden. Er will zunächst wissen²⁾, wie weit das gute Verhältnis zwischen England und dem Kaiser dadurch gestört werde, und im September, als die Ostender Aktien so rasch ihre Käufer gefunden haben, soll Wallenrodt die wahren Absichten Englands zu erforschen suchen, „und ob der Königlich englische Hof deshalb etwas mit dem Kaiser riskieren wolle“³⁾.

* * *

¹⁾ Das Folgende nach den Berichten Hoffmanns u. Wallenrodts.

²⁾ Weisungen vom 4. u. 11. Mai 1723. G. St. A.

³⁾ Weisungen vom 4. u. 7. Sept. 1723. G. St. A.

Bei aller Entschlossenheit trat doch auf englischer Seite ein retardierendes Moment ein durch die Rücksicht auf Holland. Denn man will nur gemeinsam handeln. So sagt man den Holländern, sie seien noch mehr als England an der Sache interessiert und sollten einen Aktionsplan entwerfen. Damit meinte man, sie an sich zu ketten, zugleich aber auch Zeit zu gewinnen, um nötigenfalls die Parlamentssession abwarten zu können¹⁾.

Ebensowenig beeilte man sich auf österreichischer Seite, um den Konflikt beizulegen. Ein holländischer Staatsmann hat damals den stolzen Sinn des Wiener Hofes mit harten Worten geschildert²⁾. Der Hochmut des Kaisers hat den höchsten Grad erreicht. Er glaubt, keinen Gegner fürchten zu müssen. Frankreich ist zum Handeln unfähig, England durch die jakobitische Gefahr gelähmt, Holland innerlich gespalten und erschöpft. In Deutschland gibt es keine Gefahren mehr und auch nicht im Auslande. Den Türken sind durch die Eroberungen des Prinzen Eugen die Flügel beschnitten, sie müßten mit der Belagerung von Belgrad und Temesvar beginnen, ehe sie Österreich etwas anhaben könnten. Der russische Zar aber sei durch Persien beschäftigt.

So schien den Wiener Staatsmännern der richtige Sinn für die Realitäten des politischen Lebens zu fehlen. Und wenn Robert Walpole dem Vertreter Österreichs warnend erklärte³⁾, der Kaiser sollte das Unternehmen von Ostende fallen lassen, da es doch mit zwei so mächtigen alten Gesellschaften, wie die englische und die holländische es seien, nicht konkurrieren könne, so mag Hoffmann, der alte Kenner Englands, wohl innerlich zugestimmt haben. Aber, seinen Befehlen folgend, mußte er natürlich einer solchen Auffassung widersprechen.

* * *

Auch noch im Laufe des Jahres 1724 kamen die Parteien einander nicht näher. Man stritt mit Worten und mit der Feder. Hatten die Holländer in ihren Deduktionen den Beweis führen wollen, daß die Gründung in Ostende mit den Verträgen im

¹⁾ Wallenrodt, Hannover, 12. Sept. 1723. G. St. A.

²⁾ Wallenrodt, Hannover, 23. Sept. 1723. G. St. A.

³⁾ Hoffmann, 28. Sept. 1723. W. St. A.

Widerspruch stehe, so ward auf des Prinzen Eugen Veranlassung¹⁾ der Fiscal Mac Many beauftragt, in einer Gegenschrift den österreichischen Standpunkt darzulegen. Die Arbeit war in französischer Sprache verfaßt, wurde aber zugleich, um ihr eine möglichst weite Verbreitung zu sichern, auch noch ins Lateinische und Vlämische übersetzt. In England war Hoffmann um die Verbreitung besorgt, ja, er ließ eine englische Übersetzung verfassen und sandte sie an alle Mitglieder des Parlaments²⁾. „Haben Sie die Manysche Widerlegung der holländischen Präensionen nicht gelesen?“ fragte Hoffmann im Januar 1724 den Staatssekretär Townshend. „Freilich habe ich sie gelesen“, war die Antwort. Aber eben diese Widerlegung sei es ja, durch welche die Holländer sich am schwersten beleidigt fühlen. Denn da sollte der Kaiser als Nachfolger Spaniens nicht einmal an die Beobachtung des Vertrages von Münster gebunden sein, nämlich in dem Sinne, als ob Spanien sich zum Schaden seines Rechtsnachfolgers nicht eines Teils seiner Souveränität in den Niederlanden habe begeben können. „Das ist“, erwiderte Hoffmann grob, „eine so ungereimte, so an den Haaren herbeigezogene Auslegung, daß sie sich nur derjenige beifallen lassen würde, der damit des Kaisers klares Recht auf den ostindischen Handel vernichten will“. „Und doch ist dies die Auffassung der Holländer“, erwiderte Townshend sarkastisch. In diesem Sinne beabsichtigten sie ja auch eine Truppenvermehrung um 10 000 Mann. „Dazu werden sie von hier aus angefrischt“, erklärte Hoffmann. „Das hätten sie nicht nötig“, antwortete Townshend ruhig. Übrigens sei man in England ebenso entschlossen wie in Holland, „diese Ostendische Handlung“ nicht zuzulassen.

Es gehört auch in diesen Zusammenhang, daß damals, im Januar 1724, der König in seiner Thronrede³⁾ mit besonderem Nachdruck auf eine soeben erfolgte Vermehrung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande hinwies, die ihm auch in seine Verhandlungen mit dem Auslande so sehr zu statten komme. Und

¹⁾ Vgl. Araeth, Prinz Eugen 3, 135.

²⁾ Hoffmanns Berichte vom 14. Jan. 15. Febr. 1724. W. St. A. Als Titel gibt er (in deutscher Übersetzung): Das freie Commercium der Untertanen von den österreichischen Niederlanden asseriret u. vindiciret.

³⁾ Parl. Hist. 8, 372.

dabei war die bekanntlich immer so niedrige Ziffer der Landarmee auch dieses Mal um nicht mehr als 4000 Mann erhöht worden.

In dem allen lag noch keine Herausforderung, und man war in England auch keineswegs entschlossen, die Sache bis zum Äußersten zu treiben. Vielmehr wurde zunächst sogar der Versuch gemacht, der von Townshend gegebenen Anregung folgend, durch Tarifreform die eigene ostindische Kompagnie der belgischen Gründung gegenüber wieder konkurrenzfähiger zu machen. So wurden denn die Zölle auf Kaffee, Kakao und andere Artikel so weit herabgesetzt, daß man diese Waren ebenso wohlfeil anbieten konnte wie die Ostender es taten, und man hoffte, damit diese vom heimischen englischen Markte ausgeschlossen zu haben¹⁾. Auch im Parlament wurde das Thema vorläufig nicht berührt. Dafür sei die Zeit noch nicht gekommen, sagte Townshend, und das Parlament würde die Sache vielleicht weiter treiben als es nötig sei. Auf die Dauer aber wäre das freilich kaum zu vermeiden, da des Kaisers „Freundschaft mit den Seemächten und das *Commercium*“ nicht nebeneinander bestehen könnten²⁾.

* * *

Aber wie? War nicht gerade im Januar des Jahres 1724 der Kongreß zu Cambrai feierlich eröffnet worden? Und schien es nicht die natürlichste Lösung des Streites zu sein, wenn die große Diplomatenversammlung auch über die Kompagnie von Ostende eine Entscheidung fällte? Davon ist allerdings oft genug die Rede gewesen und wir haben in wenigen Sätzen die Gründe darzulegen, warum die auf den Kongreß gesetzten Hoffnungen in diesem Punkte ebenso vergeblich gewesen sind wie in allen andern Fragen, die ihn beschäftigt haben.

Von vornherein war der Standpunkt der Parteien hierin sehr verschieden. England hätte gar zu gern die Sache in Cambrai zur Entscheidung gebracht. Österreich dagegen suchte es auf alle Weise zu verhindern. Und da ja die Vermittlermächte

¹⁾ Hoffmann, 15. Febr. 1724; Starhemberg an Sinzendorff, London, 14. April 1724. W. St. A.

²⁾ Hoffmann, 21. Jan. 1724; Starhemberg, 9. Mai 1724. W. St. A.

nichts davon hören wollten, daß die Pragmatische Sanktion den Kongreß beschäftigte, und zwar mit der Begründung, daß sie nichts mit der Quadrupel-Allianz, dem eigentlichen Thema des Kongresses zu tun habe, so konnte Österreich mit derselben Logik erklären, die Kompagnie von Ostende gehöre nicht hierher. Und was England betrifft, so spielten auch in dieser Frage die früher geschilderten Meinungsverschiedenheiten zwischen der Londoner Regierung und ihren Vertretern in Cambrai eine Rolle. Wie wir wissen, war schon im Sommer 1724 häufig von dem Abbruch der Verhandlungen die Rede. Wenn es dazu kommen sollte, meinten die Lords Polwarth und Whitworth¹⁾, so würde es besser sein, daß es wegen einer Frage geschähe, welche die Mächte Großbritannien, Spanien, Holland und auch Frankreich angehe, als wegen der Launen und des Eigensinns der Parteien. Newcastle war anderer Meinung²⁾ und scheint uns wenigstens in diesem Falle wohl das bessere Urteil gehabt zu haben. Er fand, der drohende Abbruch sollte lieber um der Interessen der anderen Mächte willen erfolgen, als wegen einer Sache, die den König von England und sein Reich angehe. Nun ward Spanien in Bewegung gesetzt, und erklärte, ganz im Sinne Englands, die Kompagnie von Ostende müsse aufgehoben sein, ehe der Kongreß auseinandergehe³⁾. Als nun aber Frankreich und England, gleichsam im Auftrage Spaniens, die Sache in Wien vorbrachten, lehnte der Kaiserhof prompt ab⁴⁾. Zwar erklärte England auch jetzt noch, Ostende sollte in Cambrai entschieden werden, aber seine Bevollmächtigten sollen nicht zu stürmisch dabei verfahren, damit nicht Frankreich beunruhigt werde oder gar die Kaiserlichen den Kongreß abbrechen möchten⁵⁾.

So ist denn auch das traurige Schicksal der Gründung von Ostende eng verwoben mit der kläglichen Geschichte des Kongresses von Cambrai. Polwarth und Whitworth haben in jener Denkschrift⁶⁾, in der sie einer größeren Freiheit Englands, einem Los von Frankreich, das Wort redeten, besonders noch

¹⁾ Polwarth an Newcastle, 10. Juni 1724. Very private. R. O.

²⁾ Newcastle an Polwarth, 4. Juni a. St. 1724. Private. R. O.

³⁾ Polwarth an Newcastle, 29. Juni 1724. R. O.

⁴⁾ Ders. an dens. 6. Juli 1724. R. O.

⁵⁾ Newcastle an Polwarth u. Whitworth, 27. Juli 1724. R. O.

⁶⁾ Oben S. 267 ff.

vor der Politik Frankreichs gewarnt, das den Holländern Versprechungen mache, nur um die Kluft zwischen ihnen und dem Wiener Hofe zu erweitern. England würde, wenn es ihm folgte, ganz von Frankreich abhängig werden. Aber freilich war diese Warnung, kaum niedergeschrieben, schon überholt, da die Bevollmächtigten in einer Nachschrift noch mitteilen mußten, daß die spanische Regierung in der Sache von Ostende nur im Verein mit Frankreich handeln wolle. Damit war denn allen Wünschen, in Cambrai etwas für oder gegen die Kompagnie von Ostende zu tun, ein Ziel gesetzt, und auch alle weisen Reden Newcastles haben daran nichts mehr ändern können. Ja, diese Frage war es vornehmlich, die die Schuld trug an dem Schiffbruch von Cambrai.

* * *

Zehntes Kapitel.

Die Allianzen von Wien und Hannover¹⁾.

Schon ehe man am französischen Hofe den Entschluß gefaßt hatte, die kleine Infantin heimzusenden in ihr Elternhaus, war in Spanien jener Umschwung erfolgt, der die Hauptursache wurde zum Scheitern des Kongresses von Cambrai. Philipp und Elisabeth hatten zwar zunächst, im Jahre 1724, noch einmal den Versuch gemacht, mit Hilfe der Westmächte den Krieg gegen Österreich neu zu beginnen. Das war der Sinn der Mission des Marquis von Monteleone²⁾. Er sollte die Machthaber in Paris und London aufsuchen und sie für den Plan gewinnen, die oft geforderten Schweizer Truppen als Garnisonen in die Plätze der künftigen Herrschaft des Don Carlos zu entsenden. Frankreich und England sollten auch die Durchführung mit eigenen Truppen und Schiffen unterstützen. Die Mission Monteleones war gescheitert. Frankreich und England hatten es ernst genommen mit ihrer Aufgabe als Vermittler, sie wollten den Frieden herbeiführen, nicht aber einen neuen Krieg.

Da faßte Elisabeth Farnese, enttäuscht und empört, wie sie war, den Entschluß, einen ganz neuen Weg einzuschlagen, eine Politik zu wählen, die das Gegenteil war von der zuletzt befolgten. Man kennt die temperamentvolle, jäh dreinfahrende Art dieser Fürstin. Sie überrascht die Welt mit ihren Taten. Man erinnert sich der brutalen Behandlung, die sie, kaum hat sie den Fuß auf spanischen Boden gesetzt, der eben noch allmächtigen Fürstin Orsini widerfahren ließ. Europa, die Politik, die historischen Traditionen sind ihr nichts, wenn es sich um ihre persönlichen Interessen handelt, um ihre Familie, um ihre Kinder. Philipp, der Gatte, der sich Tag und Nacht nicht von ihr trennt, ist ihr

¹⁾ Im allgemeinen und im besonderen ist für den hier behandelten Stoff zu vergleichen: J. F. Chance, *The Alliance of Hanover* 1923.

²⁾ Vgl. Syveton, *Une cour et un aventurier au XVIIIe siècle. Le Baron de Ripperda* (1896) 32 ff.; Dureng, *Le Duc de Bourbon et l'Angleterre* (1911) 205.

Werkzeug, sie überwacht ihn, sie beherrscht sein Tun. Und kann sie das Ziel, ihre Söhne in Italien zu etablieren, im Bunde mit den Westmächten nicht erreichen, so will sie es jetzt einmal mit dem alten Gegner versuchen. Philipp V. und Karl VI., die so lange um den Boden Spaniens miteinander gerungen haben, sie sollen sich versöhnen, sollen ihre Interessen vereinen, ja selbst ihre Familien miteinander verschmelzen. Das war der Ursprung der berühmten Sendung Ripperdas nach Wien¹⁾.

Johann Wilhelm, Baron von Ripperda gehört zu jener Gruppe internationaler Abenteurer, die im 17. und 18. Jahrhundert an den Höfen Europas gelegentlich eine merkwürdige Rolle gespielt haben. Der Schotte John Law, der in Frankreich emporkommt, der Italiener Alberoni und der Holländer Ripperda, die beiden letzteren am Hofe von Spanien, sie gehören derselben Kategorie an. Was sie alle auszeichnet, ist eine starke Begabung, brennender Ehrgeiz, und die Geschicklichkeit, mit der sie bei den Mächtigen Eingang finden und ihr Vertrauen gewinnen, ein Vertrauen, das unbegrenzt erscheint, aber doch nur so lange währt, wie sie den Erfolg für sich haben. Denn von innerlicher Verbundenheit mit den Staatslenkern, denen sie ihr Glück verdanken, ist keine Rede. Sie sind wie plötzlich aufleuchtende Gestirne am politischen Himmel Europas. Aber der Glanz ist vergänglich. Sie versinken so rasch, so plötzlich, wie sie erschienen sind, und es ist, als ob sie nicht dagewesen wären. Ihre Wirkungen sind dahin und die Ereignisse gehen ihren Gang.

Ripperda war ein in Nord-Niederland begüterter Edelmann. Die Familie aber stammte aus Kastilien und soll sich erst in der Zeit der spanischen Herrschaft in jenen nordischen Gebieten niedergelassen haben. Er beginnt seine wunderbare Laufbahn als Botschafter der Generalstaaten in Madrid und beschließt sie, nach unerhörten Wechselfällen, als offener Feind Spaniens am Hofe von Marokko. Nachdem er 1715 als Vertreter Hollands an den Hof von Madrid gekommen war, schloß er sich eng an

¹⁾ Über diese sind besonders zu vergleichen die Arbeiten von Syveton, Arneth (Prinz Eugen, 3) Baudrillart; aber wegen ihrer ausgedehnten Quellenbenutzung, auch immer wieder die älteren Werke von W. Coxe: *Rob. Walpole*; *Memoirs of the Kings of Spain of the House of Bourbon*; *History of the House of Austria ... to the Death of Leopold II*; *Memoirs of Horatio Lord Walpole*.

Alberoni an und unterstützte nach Kräften die Großmachtspolitik des Kardinals. Am liebsten möchte er nun als echter Spanier erscheinen, er behauptete auch, im Herzen immer Katholik gewesen zu sein. Nach der Einnahme von Cagliari illuminiert er sein Haus, er allein unter allen Mitgliedern des diplomatischen Korps. Auch bei den Kollegen genießt er Vertrauen, vielleicht gar zu viel Vertrauen. Als 1715 die englisch-spanischen Handelsverträge geschlossen werden und die englische Regierung der Freundschaft Alberonis durch klingenden Lohn nachzuhelfen wünscht ¹⁾ — doch es muß in diskreter Form geschehen — da gibt der Gesandte Bubb, so erzählt Saint Simon, das Geld an Ripperda zur Weiterbeförderung. Der fernere Verlauf bleibt dunkel, aber Alberoni scheint die Gabe niemals empfangen zu haben ²⁾.

Dann erfolgte 1719 der Sturz Alberonis. Ripperda aber blieb ³⁾. Zwar nicht als Botschafter Hollands; denn seine Abberufung war längst erfolgt. Aber er scheint nun ganz zum Spanier geworden zu sein, ist auch in aller Form zum Katholizismus übergetreten. Und nun wird er, von Österreich über Parma der Königin Elisabeth empfohlen, zum Anwalt einer österreichfreundlichen Politik. Er strebt nach der Macht. Er möchte leitender Minister werden, wie Alberoni es gewesen, und würde vielleicht rascher emporgekommen sein, wäre nicht der König durch seinen Beichtvater vor dem Konvertiten gewarnt worden. Aber sein Einfluß steigt, obwohl er kein hohes Amt besitzt. Er verwendet diesen Einfluß zugunsten des Wiener Hofes.

¹⁾ Stanhope an Bubb, 30. Dec. 1715. R. O.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 707; Syveton, a. a. O., 63.

³⁾ Für das Emporkommen Ripperdas ist neben den Mitteilungen Syvetons ein interessantes Schriftstück aus den Houghton Mss. benutzt, eine für Robert Walpole 1727 verfaßte Darstellung. Die Überschrift lautet: A short and summary account, how the Baron, now Duke of Ripperda introduced himself into the Court of Spain; what motive he had use of to treat the Peace of Vienna; and of some interior matters of the Court of Spain, which have happened without ... their having been known in public till the end of the year 1726. Auf der Rückseite trägt es die Bezeichnung: Translation of the account given by the Sicilian abbots at Paris, 10th October 1727, to Mr. Walpole, of the Spanish Court. (Einige Mitteilungen daraus hat auch Coxe [vgl. Kings of Spain 1, XVII. 3, 97] gegeben.) Nach dieser Quelle zu urteilen, geht die Skepsis Syvetons 64—66 doch zu weit.

Oft wird er von der Königin in privater Audienz empfangen, oft erörtert er mit ihr die Interessen ihres Infanten Don Carlos. Er empfiehlt ihr, mit einer kühnen Schwenkung der Politik, Cambrai und Monteleone fallen zu lassen und direkt mit Wien anzuknüpfen. Er gewinnt sie für diesen Plan. Er bittet, persönlich nach Wien gehen zu dürfen, und man sendet ihn nach Wien.

* * *

Man fragt nach dem Inhalt seiner Aufträge. Er ist nicht leicht wiederzugeben. Schon die bekannt gewordene gedruckte Instruktion ¹⁾ enthält Widersprüche, die nur dadurch zu erklären sind, daß von verschiedenen Seiten, vom König, von der Königin, von den Ministern, immer neue Wünsche, wie sie jeder von seinem besonderen Standpunkte aus hegte, formuliert und dem Schriftstück einverleibt wurden. Aber noch wichtiger als diese Niederschrift war wohl die mündlich erteilte Belehrung, die der Mann von Elisabeth selbst empfing, damit er den Sinn seiner Sendung auch ganz richtig erfasse. Überhaupt, welch' ein merkwürdiges Bild: Die Mächte Europas sind gerade noch bei der Arbeit an dem allgemeinen Friedenswerke, dem der große Kongreß gewidmet ist. Unterdessen sind, unabhängig davon, auch noch die Unterhandlungen Monteleones im Gange. Und schon hat die phantasievolle Frau, die die Geschicke Spaniens lenkt, einen ganz neuen Weg eingeschlagen, hat ihren Vertrauten abgesandt und will ein Europa schaffen, wie es sich in ihrem Kopfe malt.

Friede, Bündnisvertrag und politische Heiraten, das sind die leitenden Gedanken. Aber im einzelnen ist alles unklar. Es heißt, Don Carlos und Don Philipp, die Söhne Elisabeths, sollen mit den beiden älteren, noch im Kindesalter stehenden Töchtern Karls VI. vermählt werden. Auf Grund dieser Verbindungen wird Don Carlos einmal des Kaisers Nachfolger werden, sowohl in den Erblanden wie auf dem Kaiserthron, sein Bruder Don Philipp aber wird die sämtlichen italienischen Besitzungen des Hauses Habsburg erhalten. Man beachte: Das Schema der Quadrupel-Allianz, die immer wieder proklamierte Grundlage für die Kongreßverhandlungen, sie ist aufgegeben. Und nicht genug mit dieser Verteilung des Habsburgergutes unter die Söhne

¹⁾ Inhaltlich wiedergegeben bei Syveton, a. a. O., 52 ff.

Elisabeths. Die hier noch nicht genannten Niederlande sollen in der einen oder andern Form zuletzt an Spanien zurückfallen.

Erhält man nun von diesen so formulierten Zukunftsplänen den Eindruck, als sollte das ganze Habsburgerreich so rasch wie möglich einer jungbourbonisch-spanischen Familie in die Hände gespielt werden, so hört man daneben ¹⁾ noch von einem andern Heirats- und Vererbungsplan, bei dem es sich aber nicht um die Söhne Elisabeths, sondern um Don Ferdinand, den Sohn aus Philipps erster Ehe handelt. Nach dem Tode seines Bruders Ludwig, der, wie wir wissen, kaum ein Jahr lang die Krone getragen hatte, war Ferdinand unter der zweiten Königsherrschaft seines Vaters Prinz von Asturien und Thronfolger von Spanien geworden. Nach dem erwähnten Plane würde er mit der zweiten Tochter Karls VI. vermählt werden, würde nach dem Tode des Kaisers die ehemaligen europäischen Nebenlande, Italien und Flandern, wieder mit der Krone Spaniens vereinen. Und wenn es ferner heißt, die Thronfolge in Toskana und Parma, solle gesichert sein, so ist dabei offenbar doch wieder an die wohlbekanntere Verfügung der Quadrupel-Allianz zu denken.

Man hört auch von Projekten und Versprechungen, die Ripperda vor seiner Abreise dem Könige Philipp in großer Aufmachung vorgelegt habe ²⁾. Er will als zukünftiger Premierminister dem Könige eine Flotte von 100 Kriegsschiffen und eine Armee von 100 000 Mann zu Fuß und 30 000 zu Pferde schaffen. Die Mittel dazu werden die Schätze Indiens liefern, d. h. jene Silberflotten aus dem Westen, deren Erträge fortan nicht mehr den Engländern und Franzosen und nicht mehr der Habgier spanischer Beamten überlassen bleiben, sondern millionenweise im spanischen Staatsschatz aufgehäuft werden sollen.

Mit so phantastischen Plänen und Aufträgen beladen, trat Ripperda die Reise an. Man möchte glauben, daß das Gewicht der überlieferten Machtverhältnisse Europas jene exzentrischen Vorstellungen hätte korrigieren müssen. Und sollten nicht auch die eigenen Wünsche der Völker im Habsburgerreiche, die doch

¹⁾ A short and summary account ... Houghton Mss.

²⁾ „in a large and bulky project.“ A short and summary account. — Houghton Mss.

Haus bringen würden. Und so tat auch sie das Ihrige, um der in der Geschichte der Pragmatischen Sanktion so stark mitgewirkt hatten, hier wieder zu Worte kommen?

* * *

Ripperda erscheint in Wien ¹⁾. Vorsichtig und leichtsinnig zugleich gibt er sich zuerst den Anschein, als sei er ein durchreisender diplomatischer Agent, der an den Hof des Zaren will, um dort zu verhandeln. Aber er geht nicht, er bleibt in Wien und rückt sehr rasch mit dem Inhalt seiner Aufträge heraus.

Man soll auch nicht glauben, daß die darin enthaltenen Gedanken den Wienern völlig neu und überraschend gewesen wären. So manches mal war in den vergangenen Jahren von derartigem die Rede gewesen. Die Westmächte fühlten sich wiederholt beunruhigt durch auftauchende Gerüchte von Plänen politischer Bündnisse und fürstlicher Heiraten zwischen Österreich und Spanien. Im Juli 1719 schreibt Saint Saphorin ²⁾, man fühle sich in England wie in Frankreich beunruhigt durch das Gerücht, daß der Kaiserhof *par des souterrains* mit Spanien verhandle. Im März 1721 übermittelt der spanisch orientierte Kardinal Aquaviva in Rom dem Österreicher Althan den Vorschlag, der Prinz von Asturien sollte mit der Erzherzogin Amalie vermählt werden. Und die Spanier am Hofe Karls VI. finden, man sollte einen solchen Vorschlag gewiß nicht schroff ablehnen, sollte wenigstens Nutzen daraus ziehen für die Kongreßverhandlungen in Cambrai ³⁾. Nun war zwar dieser Vorschlag jetzt längst durch die Ereignisse überholt. Der damalige Prinz von Asturien, Ludwig, hatte seither den Thron bestiegen und war frühzeitig ins Grab gesunken. Die Erzherzogin Amalie aber, die jüngere der josephinischen Töchter, war inzwischen mit dem Kurprinzen von Bayern vermählt worden. Die von Ripperda vorgebrachten Heiratspläne waren gleichwohl ganz im Geiste desjenigen von 1721 gedacht; denn auch dieses Mal handelte

¹⁾ Benutzt sind für das Folgende die wertvollen Mitteilungen und Aufschlüsse in den großen Denkschriften, die Saint Saphorin 1727 und 1728 für Georg II. und Königin Caroline verfaßt hat. H.A. Y 45.

²⁾ Saint Saphorin an Stanhope, 15. Juli 1719. H. A.

³⁾ Saint Saphorin an Townshend, Wien 19. März 1721. H.A. Y 42, XIX.

es sich von der Seite Spaniens doch weit weniger um das Glück um die erhoffte Wiedervereinigung alter Nebenlande mit der Monarchie.

Als nun aber die konkreten Vorschläge der Königin Elisabeth am Wiener Hofe zur Erörterung gelangten, da entstand hier ein Wirrwar, ein Kampf der Meinungen, ein Ringen der Parteien. Sinzendorff, der in nächtlichen Konferenzen mit Ripperda verhandelt, vertritt zuerst, heftig erregt, einen abweichenden österreichischen Standpunkt, so daß man vor dem Abbruch zu stehen meint. Aber dann läßt er sich doch überzeugen und empfiehlt dem Kaiser die Annahme. Und denselben Rat empfängt Karl natürlich auch von den Herren seines spanischen Hofes. Prinz Eugen und Starhemberg dagegen warnen, und der in Cambrai bevollmächtigte Windischgrätz schilt auf die Verräter, die ihrem Herrn so bedenkliche Ratschläge zu geben wagen. Auch die Kaiserin steht noch auf der Seite der Gegner. Sie, die sich sonst niemals in die Politik mischt, sie hat bereits den Wunsch, ihre Älteste, Maria Theresia, mit Franz von Lothringen vermählt zu sehen, und sieht diesen Plan durch die Verhandlung mit Ripperda gefährdet.

Und Karl VI. selbst? Er möchte nicht durch fremde Einflüsse beherrscht scheinen, er glaubt wohl wirklich, stets nur seinem eigenen Sinne zu folgen, und ist doch der unselbstständigste aller Menschen¹⁾. So schwankt er hin und her zwischen den Parteien, neigt aber zuletzt zur Annahme der Vorschläge Ripperdas. Er ist geblendet durch die Vorteile der spanischen Verbindung und meint damit der künftigen Größe seines Hauses in Deutschland und der Welt zu dienen. Der einflußreichste unter seinen spanischen Hofleuten, Marquis Rialy, hat ihm gesagt, wenn seine Töchter die Gattinnen der spanischen Infanten würden, *il dirigerait toute l'Europe*. Und dann scheint auch die Kaiserin sich zu dieser Auffassung bekehrt zu haben. Man hat ihr von der Möglichkeit gesprochen, daß abgesehen vom Reiche, von den Erbländen und Italien, jene spanischen Schwiegersöhne vielleicht noch die Kronen von Frankreich und Spanien in ihr von Prinzen und Prinzessinnen, als um politische Ziele, nämlich

¹⁾ So urteilt nicht nur der sarkastische Saint Saphorin. Selbst bei Arneth (z. B. Prinz Eugen 3, 173) klingt es nicht anders.

Verhandlung Sinzendorffs mit Ripperda den Erfolg zu sichern¹⁾. Und was für Karl VI. neben diesen Erwägungen noch ferner ins Gewicht fiel, das war die Hoffnung, durch die großen Summen, die Ripperda versprach, endlich einmal herauszukommen aus seinen ewigen Finanznöten.

So stand man bereits vor dem Abschluß, als jenes Ereignis eintrat, welches dem Kongreß in Cambrai den Todesstoß versetzte und Elisabeth Farnese vollends den Österreichern in die Arme trieb: Die mehrfach erwähnte Zerreißung des Eheplanes zwischen Ludwig XV. und der Infantin, und die Rücksendung der fürstlichen Braut. Wir haben früher von der zornigen Erregung der spanischen Bevollmächtigten in Cambrai berichtet. Aber was war dieses gegen den Wutausbruch der leidenschaftlichen Königin, als sie die ihr und ihrem Kinde angetane Schmach erfuhr. Sie ergriff ein kleines Emaillebildnis des allerchristlichsten Königs, das sie am Armband trug, warf es zu Boden, zertrampelte es mit den Füßen und schrie: „Alle Bourbonen sind ein Teufelspack“. Und erst, als sie den gekränkten Ausdruck auf dem Antlitz ihres Gatten erblickte, setzt sie begütigend hinzu: „Ew. Majestät natürlich ausgenommen“. Die Hofdame aber trug das beschädigte Bildchen hinaus²⁾.

Die Szene kündigte den Bruch mit Frankreich an. Der französische Gesandte mußte Madrid binnen 24 Stunden verlassen, und alle Konsuln Frankreichs waren des Landes verwiesen. „Die Ehe ist nicht im Himmel geschlossen worden“, sagt der sarkastische Saint Simon.

* * *

Unterdessen hatte die heimlich begonnene Verhandlung in Wien ihren Fortgang genommen. Sie wurde wesentlich dadurch erleichtert, daß Ripperda sich bereit fand, die Frage der Prinzenheiraten einstweilen aus dem Vertragsschlusse fernzuhalten und sie einer späteren Entscheidung zu überlassen. Über alles andere war die Verständigung nicht allzu schwer zu erreichen. Der ursprüngliche, nach Madrid gesandte Vertragsentwurf, hatte

¹⁾ Nach der großen Denkschrift Saint Saphorins für Georg II. vom 5./16. Sept. 1727. H. A. Y. 45.

²⁾ A short and summary account ... Houghton Mss.

noch die Unterzeichnung in Cambrai zur Voraussetzung. Davon konnte aber nach der Heimsendung der Infantin nicht mehr die Rede sein. Der Bruch mit Frankreich war tatsächlich erfolgt, und England hatte es abgelehnt die Vermittlung allein zu übernehmen. So wurde Ripperda beauftragt, das Vertragswerk in Wien zum Abschluß zu bringen.

Es waren drei Verträge die hier unterzeichnet wurden, ein Friedensschluß, ein Defensivbündnis, ein Handelsvertrag¹⁾. Die beiden ersten sind vom 30. April, der dritte vom 1. Mai 1725 datiert. Liest man den Wortlaut, so ist man zunächst erstaunt, innerhalb von zwei Zeilen zwei „katholischen Majestäten“, einer kaiserlichen und einer königlichen zu begegnen. So war es vereinbart. Man hatte sich über die Schwierigkeit der Titulatur mit einer eleganten Geste hinweggesetzt. Mochte fortan jeder für seine eigene Lebenszeit den bisher geführten Titel auch ferner beibehalten.

Der materielle Inhalt der beiden ersten, der politischen Vertragsschlüsse, ist überraschend maßvoll gehalten. Von den großen Worten, mit denen Ripperda die österreichischen Minister unterhalten, von den weitausgreifenden Plänen, die er vorgetragen hatte, sei es im Sinne seiner Instruktionen, sei es seiner lebhaften Phantasie folgend²⁾, ist nicht viel übrig geblieben. Der Gedanke, daß auch Ferdinand, der körperlich und geistig schwache Thronfolger von Spanien, eine Erzherzogin zur Gattin erhalten müsse, war um so rascher fallen gelassen worden, als es sich dabei nur um einen Wunsch Philipps, nicht Elisabeths handelte. Aber auch die anderen Heiratspläne sind einstweilen zurückgestellt. Und gar von Krieg und Kriegsgeschrei, Krieg gegen Frankreich zu Lande, Krieg gegen England zur See, mit Eroberungen und Länderzerstückelungen, von all diesen wirklichkeitsfremden Deklamationen Ripperdas liest man hier nichts. Dagegen ist gerade so, als ob es in Cambrai beschlossen wäre, die Quadrupel-Allianz wieder zur Grundlage genommen. Auch von den viel erörterten Sicherungen der Nachfolge des Don Carlos in den italienischen Fürstentümern ist nicht die Rede, nicht von fremden Garnisonen, nicht von seiner Übersiedelung, und auch nicht von

¹⁾ Schmaus, Corpus juris gentium 2, 1981 ff., 1997 ff., 2000 ff.

²⁾ Vgl. Syveton, a. a. O., 100¹.

der Lösung aus dem Lehensverbande des Reiches — lauter Motive, die in einen mit dem Kaiser selbst geschlossenen Vertrag nicht hineinpaßten, aber nun auch unnötig geworden waren.

Die am meisten interessierenden Vertragspunkte betreffen Gibraltar, die Kompagnie von Ostende und die Pragmatische Sanktion. Natürlich wäre es den Spaniern erwünscht gewesen, wenn Österreich sich in aller Form verpflichtet hätte, die Rückgabe Gibaltars zu erzwingen. Das hätte aber Krieg gegen England bedeutet, und so weit wollten die Wiener Staatsmänner nicht gehen. Der Vertrag spricht also nur von den guten Diensten, die Österreich leisten will, und darüber hinaus von Vermittlung und auch das nur, wenn die Parteien es wünschen sollten¹⁾.

Anders steht es mit der Kompagnie von Ostende²⁾. Ihren Schiffen sollen nicht nur die spanischen Häfen offen stehen. Die beiden vertragschließenden Majestäten wollen auch gemeinsam Rache nehmen und sich Genugtuung verschaffen für das den Schiffen ihrer Untertanen angetane Unrecht. So wenig das für Spanien bedeutete, so wichtig war es für Österreich, denn hier war Spanien zur Verteidigung der Kompagnie und ihres Handelsbetriebes rechtlich verpflichtet worden.

Mit großer Schärfe ist endlich in Artikel 12 des Friedensvertrages die Garantie der Pragmatischen Sanktion durch Spanien verkündigt. In der Geschichte Österreichs und Europas ist es die erste in der langen Reihe von Garantien seitens fremder Mächte, mit denen das Hausgesetz Karls VI. umgeben wurde. Wir erinnern uns, wie schon vor dem Rundgang durch die Landtage ein Anlauf genommen worden, um eine solche Garantie, diejenige Englands, zu erhalten, und wie damals der Versuch an der Gegenforderung der Regierung Georgs I. gescheitert war. Gescheitert war auch der so ungeschickt eingeleitete Versuch die Garantie durch den Kongreß von Cambrai beschließen zu lassen. Und natürlich trug gerade diese Erfahrung dazu bei, den Kaiser einem Sonderabkommen mit Spanien geneigter zu machen³⁾.

¹⁾ Gibraltar und Minorka werden zusammen genannt in Artikel 2 des Bündnisvertrages.

²⁾ Art. 3 und 4 des Bündnisvertrages. Art. 36 des Handelsvertrages.

³⁾ Beiläufig mag hier noch erwähnt werden, daß am 7. Juni 1725 in Wien auch der Friede zwischen dem Reiche und Spanien geschlossen wurde. Vgl. Bittner, Chronologisches Verzeichnis 754.

Überblickt man den Gesamtcharakter dieser in Wien geschlossenen Verträge, so ist es völlig zutreffend, wenn gesagt ist: den Hauptvorteil davon hatte der Kaiser. Er hat in der Gibraltarfrage gleichsam nur moralischen Beistand versprochen, Spanien aber hat sich zu positiven Leistungen verpflichtet. Aber richtig ist es auch, auf den für Spanien so günstigen Umstand hinzuweisen, daß die Quadrupel-Allianz, der es sich hatte beugen müssen, durch die Wiener Verträge gesprengt, daß Österreich aus der Verbindung mit den Westmächten gelöst und daß es auch ohne die vielerörterten Prinzenheiraten, sagen wir einmal: auf Gedeih und Verderb an das Schicksal Spaniens gekettet war. Wünsche und Forderungen werden gebieterisch der Welt gemeldet. Schon spricht man von einem neuen europäischen Kriege, und am politischen Himmel stehen Gibraltar und Ostende als die Unheil kündenden Gestirne.

* * *

Und doch sind mit dem Gesagten die letzten Absichten der Wiener Alliierten noch nicht enthüllt. Sie haben mehr gewollt, sie waren in noch höherem Sinne darauf bedacht, Schicksale von Staaten und Völkern nach ihrem Herzen zu formen. Wir wollen versuchen, auch diese, noch im Halbdunkel verborgenen Pläne, ein wenig zu erhellen.

Als Horace Walpole, der britische Gesandte in Paris, im Mai 1725 die soeben bekannt gewordenen Verträge zwischen Karl VI. und Philipp V. zu Gesicht bekam, machte er sofort die Bemerkung, daß die Abmachung für Spanien so wenig ehrenvoll und in jeder Beziehung so ungünstig sei, daß jedermann zu dem Schluß kommen müsse: da existiert noch ein geheimer Vertrag, oder doch gewisse geheime Artikel, welche geeignet sind, die Eitelkeit und den Ehrgeiz der spanischen Königin zu befriedigen, und ihre Wünsche für Don Carlos zu erfüllen¹⁾.

Einige Monate später, im August 1725, übermittelt Townshend von Hannover aus seinem Schwager Robert Walpole eine aus Wien erhaltene handschriftliche Aufzeichnung, die geheimen Absichten des Wiener Hofes enthaltend. Darin ist die Rede von zwei Standespersonen, welche „mit eigenen Augen“ den geheimen

¹⁾ Vgl. Chance, a. a. O., 38.

Artikel gesehen haben wollen, in dem der Kaiser verspricht, dem Prätendenten behilflich zu sein zur Erringung des Throns von Großbritannien. Townshend nennt in tiefstem Vertrauen auch die Namen der beiden Männer. Es ist Garelli, der berühmte Leibarzt Karls VI., und ein Herzog von Württemberg, dessen Bruder bei Belgrad kommandiert hat¹⁾. Und ferner: im Oktober desselben Jahres glaubt Townshend so fest an das Vorhandensein eines solchen Artikels, als ob er ihn selbst gesehen hätte²⁾.

Worauf gründet sich nun wohl dieser Glaube, und wieviel Wahres mag daran sein? Wir treten der Frage näher, ob wohl außer den bekannt gewordenen Urkunden noch eine geheime Abmachung zwischen Wien und Madrid getroffen worden sei, eine Abmachung, in der die letzten Ziele der Alliierten festgelegt und ihre Erreichung durch einen europäischen Krieg in Aussicht genommen worden sei.

Nun wissen wir zwar genau, daß ein förmliches Vertragsinstrument dieser Art heute in keinem der in Frage kommenden Archive erhalten ist, weder in Wien, noch in Madrid oder Simuncas³⁾. Immerhin besitzen wir, wenn auch nicht eine feierliche Urkunde, so doch eine Reihe von Angaben, die umso mehr Beachtung verdienen, da sie sich aus verschiedenen, wenn ich nicht irre, aus drei verschiedenen, und zwar von einander unabhängigen Quellen herleiten lassen.

Unser Hauptzeuge ist Ripperda selbst. Als, im Mai 1726, der mächtige Minister, seiner Ämter entsetzt, für sein Leben fürchtete, suchte er Zuflucht im Hause des englischen Gesandten William Stanhope in Madrid. Diesem fällt es nicht schwer, aus dem erregten Manne alle seine Geheimnisse herauszulocken, und die letzten Pläne zu erfahren, die in Wien geschmiedet worden. Ripperda ist seelisch zusammengebrochen, er weint wie ein Kind, und so erzählt er alles. Er teilt dem britischen Diplomaten Artikel für Artikel, den Inhalt eines allerheimlichsten Vertrages mit, von dem niemand außer dem Kaiser, dem spa-

¹⁾ Townshend an R. Walpole, Hannover 24. Juli/4. Aug. 1725, mit Beilage: Advices from Vienna. Regencies 19. R. O.

²⁾ Vgl. Chance, a. a. O., 141.

³⁾ Ich bin den Direktionen dieser Archive für ihre ausführlichen Mitteilungen zu großem Dank verpflichtet.

nischen Königspaar und den Ministern, die ihn unterzeichnet haben, ein Sterbenswörtchen erfahren hat. Stanhope schreibt alles nieder, und um die wichtige Neuigkeit auf sicherstem Wege nach St. James's gelangen zu lassen, weiht er den britischen Generalkonsul Keene in das Geheimnis ein und schickt ihn in Person mit der genommenen Niederschrift nach England. Keene erstattet den Ministern seinen Bericht und, um den ganzen Hergang auch aktenmäßig festzuhalten, schreibt er auf Befehl des Königs einen Brief an den Herzog von Newcastle, in dem er alles noch einmal wiederholt. In diesem längst durch den Druck bekannten Briefe¹⁾ sind also die Vertragsartikel, fünf allgemeine und drei separate, enthalten, auf deren Inhalt wir sogleich kommen werden.

Mir ist ferner im Nachlasse Robert Walpoles in Houghton Hall eine schriftlich aufgezeichnete Artikelfolge in die Hände gefallen — wiederum fünf allgemeine und drei Separatartikel —, die mit der in Keenes Briefe enthaltenen inhaltlich genau übereinstimmt²⁾. Sie mag ebenfalls auf die Mitteilungen Keenes zurückgehen, jedoch eher auf seine mündlich gegebenen Aussagen als auf seinen oben erwähnten Brief an Newcastle. Denn zunächst zeigt sich eine kleine Abweichung darin, daß der zweite Separatartikel bei Keene hier als der dritte erscheint, und umgekehrt. Aber der Hauptunterschied liegt in der Sprache:

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 606 ff.

²⁾ Ich teile sie im Anhang mit. Sie trägt die Bezeichnung „Duplicate“. Merkwürdig ist die auf der Rückseite des Schriftstücks gegebene Umschreibung desselben: *Traité secret entre S. M. J. et le Roy d'Espagne, of 19./30. July 1726*. Diese englisch gegebene Datierung (im Gegensatz zu der französischen Inhaltsbezeichnung) ist offenbar nicht als Datum des Vertragsschlusses zu verstehen, sondern auf den Zeitpunkt zu beziehen, da das Schriftstück in die Hände Robert Walpoles gelangte. Denn der Vertragsschluß, wenn anders von einem solchen die Rede sein kann, fällt natürlich in das Jahr 1725, nämlich in die Zeit, als Ripperda in Wien weilte. In Stanhopes Hause weilte er hilfessuchend im Mai 1726 und machte diesem die hier wiedergegebenen Mitteilungen. Der Brief Keenes ist vom 15. Juni 1726. Daß die Version von Houghton Hall den Mitteilungen Keenes entstammt, dafür spricht auch der Umstand, daß ein Auszug aus Keenes Brief sich in nächster Nähe der Artikelfolge auch in Houghton Hall fand. — Endlich sei noch erwähnt, daß der dritte Separatartikel, der vom Prätendenten handelnde, für sich allein aufgezeichnet, sich noch einmal in Houghton Hall gefunden hat.

Keenes Brief ist englisch geschrieben; die Artikelfolge von Houghton Hall französisch. Ich vermute, daß es sich bei der letzteren um die ursprüngliche Version handelt, die auch Walpole mitgeteilt erhielt. Aber wie dem auch sei, beide Versionen, materiell einander gleich, geben unzweifelhaft die Vertragsartikel so wieder, wie Stanhope sie nach dem Diktat Ripperdas in Madrid niedergeschrieben.

Eine andere, mit dieser stark verwandte, jedoch nicht völlig übereinstimmende Wiedergabe rührt von Horace Walpole, dem Gesandten in Paris, her. Seine Kenntnis stammt aus den Mitteilungen zweier italienischer Priester, der viel genannten sizilianischen Äbte Platania und Caraccioli. Diese beiden Männer waren längere Zeit die vertrauten Berater Philipps V. gewesen, wurden sodann aber auf Betreiben der Königin vom Hofe entfernt und gingen ins Ausland¹⁾. Sie erschienen bei Horace Walpole und waren nun, ähnlich wie Ripperda, die in allen Geheimnissen der spanischen Politik Bewanderten, die, auch darin Ripperda ähnlich, enttäuscht und zornig und bereit waren, all ihr Wissen den Feinden Spaniens preiszugeben. Auch sie zählen nun Punkt für Punkt den Inhalt der zwischen Karl VI. und Philipp V. getroffenen geheimen Abmachungen auf, und ihre fünf Artikel²⁾ stimmen größtenteils überein mit den von Stanhope nach dem Diktat Ripperdas aufgezeichneten, wie wir sie in dem Briefe Keenes finden.

Die so überlieferten Einzelheiten, nämlich sowohl die von Ripperda, wie, unabhängig davon, die von den sizilianischen Äbten herrührende Artikelfolge — sie entstammen sämtlich den spanischen Quellen, sie geben die den Eingeweihten des Madrider Hofes bekannt gewordene Version wieder. Um so wertvoller muß es sein, wenn wir dem gegenüber auch eine Stimme aus Wien vernehmen dürfen. Hier sind es nun die Mitteilungen des vielwissenden Saint Saphorin, die in der Tat eine willkommene Ergänzung der aus Spanien stammenden Erzählungen liefern. Saint Saphorin ist über ein Jahrzehnt in Wien beglaubigt gewesen, er hat mit den österreichischen Ministern wie ihresgleichen verkehrt und ihre Geheimnisse mühelos erfahren.

¹⁾ Vgl. Coxe, *Kings of Spain* (1815). 3, 159*.

²⁾ Mitgeteilt: Townshend Mss. 119. Vgl. daselbst auch 113. Vgl. Coxe, *Lord Walpole* (1808), 1, 250*.

Im Jahre 1727 aber ist er, aus Wien verwiesen, nach England zurückgekehrt.

Auch er ist im Zorn davongegangen, auch er fühlt sich von aller Rücksicht entbunden. Er braucht kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen. Dem eben auf den Thron gekommenen Georg II. hat er, zuerst mündlich, sodann schriftlich in einer langen *Relation*¹⁾ die Verhältnisse des Wiener Hofes eingehend geschildert. Hören wir nur, wie stolz bescheiden er selbst seine intime Vertrautheit mit den Dingen und Ereignissen betont: „Dankbar erkenne ich das Walten der göttlichen Vorsehung an, welche mich in so schwieriger Lage bei der Hand nahm und mir die Möglichkeit gab, mit größerer Genauigkeit, als ich je hoffen konnte, alles, was sich vorbereitete, zu entdecken, trotz aller Mühen der Höfe von Wien und Madrid, es geheim zu halten, trotz ihrer Anstrengungen, ihre Manöver vor mir zu verbergen und mich auf eine falsche Fährte zu locken.“

Saint Saphorin weiß zwar nicht wie die anderen, die Artikel eines Vertrages aufzuzählen. Aber auch so umschreibt er die Absichten Karls VI. in einer Form, die inhaltlich jenen Artikelfolgen so nahe steht, daß sie wie eine Bestätigung derselben erscheinen könnte. Und in der wichtigen Frage der Religion — wir kommen gleich darauf — sagt er geradezu, er sei überzeugt von der Existenz eines geheimen Abkommens zwischen den beiden Fürsten.

So sind wir denn durch vier verschiedene Aussagen über die geheimen spanisch-österreichischen Abmachungen von 1725 nicht schlecht unterrichtet. Was wir in der Hand haben, ist freilich nicht der in aller Form verfaßte und niedergeschriebene Text eines Staatsvertrages, und ich zweifle, ob ein solcher überhaupt existiert hat, obwohl Ripperda auch etwas von ministerieller Unterzeichnung gesagt zu haben scheint²⁾. Eher möchte ich das Geschehene vergleichen mit jenen ehemals zwischen Kaiser Ferdinand und seinem Feldherrn Wallenstein getroffenen

¹⁾ Relation de la Cour de Vienne donnée à S. M. le Roy de la Grande Bretagne par Mons. le Général de Saint Saphorin. A. Londres, 5./16. Sept. 1727. Y. 45. H. A.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 607.

Abkommen, dem sogenannten Göllersdorfer Verträge von 1632¹⁾, der nur eine Skizze der wichtigsten Bedingungen gab, an die beide Teile gebunden sein wollten. Was dieses Mal, 1725, vielleicht mehr in Aussicht genommen als fest ausbedungen war, erscheint uns aber in der Ungeheuerlichkeit seiner Ziele wie ein gewaltiges Komplott, dazu bestimmt, die Staaten und die Völker Europas aus der durch Jahrhunderte geschaffenen Ordnung herauszureißen und einen ganz neuen Zustand zu begründen. Wir werden sehen, wie tief auch das unter seinem hannövrischen Könige stehende protestantische England davon berührt wurde. Hören wir also, welches die erkennbaren Ziele dieses Komplotts gewesen sind.

* * *

Keiner der eben genannten Zeugen hat seine Aussagen vor 1726 erstattet. So sei denn zunächst darauf hingewiesen, daß wir noch aus dem Jahre 1725, nämlich vom 5. November des Jahres, den gesicherten Wortlaut eines geheimen, wie die früheren, in Wien von Ripperda und einigen Österreichern geschlossenen und unterzeichneten Vertrages besitzen²⁾. Er ist im Inhalt sehr weitgehend, setzt unzweifelhaft einen kriegerischen Zusammenstoß mit den Westmächten voraus und zeichnet die Kriegsziele. Tief einschneidende Veränderungen der Staatenverhältnisse und der Karte Europas sind hier vorgesehen. Wir dürften uns, um den Umfang der spanisch-österreichischen Pläne zu verstehen, wohl damit begnügen, den Inhalt dieses Vertrages wiederzugeben, wenn wir nicht aus den vorher beschriebenen Quellen eine noch weitergehende Kenntnis zu schöpfen vermöchten. Es muß bereits eine Summe von Abmachungen vorausgegangen sein, die den Eingeweihten bekannt, aber doch nicht sämtlich in den Vertrag vom 5. November aufgenommen worden sind, offenbar wegen ihres allzu verfänglichen Inhalts. Als aber nach Monaten der gefallene Ripperda und die aus Spanien geflohenen sizilianischen Priester ihren Mund öffneten und den eigentlichen

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung in Hist. Zeitschr. 88. Eine ähnliche Auffassung ist gegeben in Armstrongs Besprechung des Buches von Syveton (E. H. R. 1897, 800.) Doch kennt Armstrong noch nicht das ganze uns vorliegende Material.

²⁾ Gedruckt bei Syveton, a. a. O., 283—94.

Sinn jenes Vertrages ausplauderten, und als ein Jahr später auch der mit der Politik des Wiener Hofes so wohl vertraute Saint Saphorin seine Kenntnis vor dem englischen Könige ausbreitete, und da vollends alle diese Mitteilungen zu dem erst 1896 bekannt gewordenen Vertrage vom 5. November 1725 so gut passen, in diesem also ihre Bestätigung finden, nur daß sie noch mehr besagen als dieser, — so meine ich, daß wir dem Kern der Dinge näherkommen, wenn wir uns nicht mit dem Wortlaut jenes *foedus secretissimum* vom 5. November 1725 begnügen, sondern auf Grund der anderen uns vorliegenden Quellen auch die letzten Gedanken der spanisch-österreichischen Politik zu zeichnen versuchen.

Betrachten wir also das Weltbild, wie es sich aus diesen Abmachungen ergeben würde, so sollten zunächst die bestehenden Verträge, sämtlich bestätigt und ratifiziert werden. Und man wird dabei auch an die Quadrupel-Allianz zu denken haben, die im Geheimvertrage vom 5. November noch ausdrücklich genannt wird. Aber viel wichtiger ist die in Aussicht genommene enge Familienverbindung zwischen Österreich und Spanien, oder, da es sich eigentlich nur um die Söhne Elisabeths handelt, zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon-Farnese. Die beiden ältesten Töchter Karls VI. werden mit Don Carlos und Don Philipp vermählt werden ¹⁾. Sollte dann Karl VI. ohne männliche Nachkommen bleiben, so würde Don Carlos das ganze Erbe Karls VI. erhalten, nämlich als Gemahl der Maria Theresia und im Sinne der Pragmatischen Sanktion, die auch ausdrücklich garantiert wird. Die dauernde Trennung der Monarchien von Spanien und Österreich wird zwar vorausgesetzt, aber ebenso gewiß ist die Gemeinsamkeit ihrer Politik. Da kommt es nun vor allem auf das Verhältnis zu Frankreich an. Gegen die Macht des französischen Hauses Bourbon will man gesichert sein. Keine Tochter der herrschenden Familien Österreichs oder Spaniens darf jemals mit dem Hause Frankreich vermählt werden, sei es mit dem Könige selbst, sei es mit einem der Prinzen von Geblüt. Sollte Ludwig XV., der schwächliche Jüngling, vor der Zeit kinderlos sterben, so wird Österreich sich für das Recht Philipps V. einsetzen, und Don Philipp wird König von Frank-

¹⁾ Etwas anders im Vertrage vom 5. Nov. Art. 2—6.

reich. Das wird nun wohl schwerlich auf friedlichem Wege zu erreichen sein. Man macht sich überhaupt gefaßt auf einen Krieg gegen Frankreich und nimmt bereits eine völlige Zerschlagung der Monarchie Ludwigs XIV. in Aussicht. Übereinstimmend sagen die erhaltenen Artikelfolgen und der Geheimvertrag vom 5. November, daß alle jene Erwerbungen, die seit der Mitte des 16. Jahrhunderts gemacht wurden, aus dem Körper des französischen Staates wieder herausgeschnitten werden sollen. Die den Niederlanden entrissene Gebiete, die Franche Comté und Burgund fallen an den Kaiser. Lothringen erhält das Verlorene zurück. Das Elsaß kommt wieder an Deutschland. Alle einst im Bereich der Pyrenäen gewonnenen Landschaften fallen an Spanien zurück, und man wird die Waffen nicht niederlegen, ehe dieses Ziel erreicht ist ¹⁾.

Was nun England betrifft, so soll es Gibraltar und Port Mahon herausgeben. Der Kaiser wird dem spanischen Könige bei der Eroberung behilflich sein, bietet aber zunächst seine guten Dienste an, um das Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen. Wie aber dieses wohl kaum zu erwarten, so ist es nicht anders mit der Kompagnie von Ostende, zu deren Behauptung und Verteidigung auch Spanien mit allen Kräften beitragen wird.

Man wird diese auf England bezüglichen Kriegsziele kaum mit Überraschung vernehmen; denn sie betreffen die aller Welt bekannten Streitpunkte. Anders ist es mit zwei Artikeln, die wir dem allergeheimsten Vertragschlusse, jener von Ripperda mitgeteilten Artikelfolge, entnehmen. Der eine bezweckt die Erhebung des Prätendenten auf den englischen Thron. Der andere, noch radikalere, verkündigt die volle Unterdrückung des Protestantismus.

So waren die Pläne, die im Laufe des Sommers 1725 in Wien geschmiedet wurden, und so hat noch zwei Jahre später, als der Konflikt seinen Höhepunkt erreichte, Saint Saphorin den tieferen Sinn der Politik Karls VI. seinem Könige Georg II. umschrieben. Es soll sich handeln, sagt Saint Saphorin, um eine ungeheure Steigerung der Stellung des Kaisers in der Welt. Wie hatte er in den Zeiten, da man über die Quadrupel-Allianz

¹⁾ ... *que les armes ne seront pas mis bas, jusqu'à ce que tout soit effectué.* Houghton Mss.; ... *neque, nisi obtenta omni praefata recuperatione, arma deponantur,* Syveton 291.

verhandelte und noch da die große Diplomatenversammlung in Cambrai tagte, sich gesträubt gegen das Eindringen der Bourbonen in Italien, die im Besitze von Parma und Toskana sich wie ein Keil einschieben würden zwischen Mailand und Neapel, wie würde dadurch der Zusammenhang der habsburgischen Herrschaftsbereiche auf der Appenninenhalbinsel zerrissen werden. Doch wie anders wäre das Bild, wenn alles in der Hand der Schwiegersöhne Karls vereinigt wäre, Österreich und das Reich, die Niederlande und Italien!

Frankreich aber, der alte Rivale Österreichs im Abendlande, soll heruntergedrückt werden auf die Position, die es vor dem Frieden von Cateau Cambrésis, d. h. vor fast zwei Jahrhunderten gehabt hat. Saint Saphorin spricht von einem neuen neuburgundischen Reiche, das errichtet werden und das für Frankreich bedrohlicher sein soll, als das Reich Karls des Kühnen je gewesen. Das Werk Ludwigs XIV. wird ausgelöscht sein. Die österreichischen Niederlande werden tief hineinragen in das jetzige Frankreich. Lille und Valenciennes und so mancher andere wertvolle Platz wird aufhören, französisch zu sein.

Fast noch gewaltsamer als diese Erhöhung der habsburgischen Macht in Europa erscheint die Erhöhung, welche die Stellung des Kaisers im Reiche erfahren soll. Er will den stolzen Sinn der evangelischen Fürsten nicht länger ertragen, er will sie herabdrücken zu voller Abhängigkeit. Mit der Geistesfreiheit der Völker soll es zu Ende sein. „*achever avec la Religion Protestante*“, so heißt es im zweiten Separatartikel des nach dem Diktat Ripperdas von Stanhope aufgezeichneten Vertrages,¹⁾ „*utterly to extirpate the protestant religion*“, so sagt die englische Übersetzung in dem Briefe Keenes²⁾. Und auch Saint Saphorin erklärt, es könne kein Zweifel darüber herrschen, daß der Kaiser mit dem Könige von Spanien ein Abkommen (*un concert*) getroffen habe „*pour la destruction de la Religion Protestante*“. So sollte das Schicksal sein, das man dem Werke Luthers und der Reformation bereiten wollte. Und man gewinnt eine Vorstellung von der durch die Schmeichelreden seiner Umgebung maßlos gesteigerten Überhebung Karls VI.,

¹⁾ Houghton Mss.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 659.

sowie der Absichten seiner Mitspielerin auf dem Felde der großen Politik, der Königin Elisabeth von Spanien, die ihre Söhne auf den Thronen Europas erblicken will. — Europäische Phantasien oder, wie Friedrich der Große gesagt haben würde: „*Réveries politiques*“.

* * *

Einen Augenblick schien es so, als sollten diese drei Menschen: Elisabeth Farnese, Ripperda und Karl VI., Europa das Gesetz geben. „Man horcht auf die Gespräche in Wien“, sagt Towshend¹⁾, „wie ehemals auf die Worte des Sonnenkönigs“. Aber nun besinnt man sich auch auf der andern Seite, man sammelt Kräfte, schließt politische Verbindungen und tritt mit nicht geringerer Festigkeit auf. Stärke und Entschlossenheit auf beiden Seiten. Man hätte damals glauben können, an der Schwelle eines neuen Weltkrieges zu stehen, so wie der um die spanische Erbschaft durchgefochtene es gewesen. Waren aber die Streitpunkte, die Gegensätze schwer genug, um solches zu rechtfertigen? Und war nicht die Meinung der Welt noch immer zu sehr erfüllt von dem Abscheu vor der Wiederholung eines so blutigen Schauspiels?

Was zunächst den Kaiserhof betrifft, so beeilte man sich hier keineswegs mit feindseligen Handlungen gegen die Westmächte, und die Sprache, die man führte, war gemäßigt. Wie anders gab sich Spanien. Ripperda, berauscht von dem Gefühl seiner Macht und mit der ganzen Überhebung des Emporkömmlings, der die Geschicke der Welt in seiner Hand zu halten meint, prahlt und droht, das Glück der Westmächte vernichten zu wollen. In England will er den Prätendenten zum König machen, Spanien soll Gibraltar bekommen, Frankreich, das von ihm am meisten gehaßt, wird ruiniert werden.

Aber auch die Haltung der Regierung in Madrid nahm einen drohenden Charakter an.

„Sie reden hier“, schrieb Oberst Stanhope²⁾, „als hätten sie Gibraltar schon in der Tasche“. Er hat auch erfahren, daß Ripperda seinem Könige einen Plan zur Eroberung Jamaikas überreicht habe. 4000 Spanier sollen dort gelandet werden.

¹⁾ An Robinson, 10./21. Juli 1725. R. O.

²⁾ Stanhope an Newcastle, Madrid, 22. Juni 1725. Brit. Mus. Stowe Coll. 256.

Sie werden die Negersklaven, 8000 an der Zahl, für frei erklären und mit ihrer Hilfe die Engländer von der Insel verjagen. Am 11. Juli erhält Stanhope eine Audienz, in der das Herrscherpaar immerhin noch große Zurückhaltung bewahrt. Stanhope fragt, was denn von den herausfordernden Reden Ripperdas in Wien zu halten sei, der gesagt habe, wenn nicht Gibraltar sofort zurückgegeben wird, so werde sein Herr alle Verpflichtungen gegen England für nichtig erachten, besonders die den Handel betreffenden. Philipp antwortet ausweichend. Gibraltar in englischen Händen sei allerdings wie ein Dorn in seiner Seite. Doch rechne er auf die Freundschaft Georgs I. auch in diesem Punkte, Gibraltar sei ja für England nur eine Last, und mit den Handelsprivilegien habe das nichts zu tun. Auch Elisabeth sprach milde und freundlich.

Doch kaum hat Stanhope seinen Bericht über diese Vorgänge abgeschlossen ¹⁾, als um 2 Uhr in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli ein Kurier bei ihm erscheint mit einem Schreiben des Ministers Grimaldo aus San Ildefonso, das in ganz anderm Tone gehalten ist ²⁾, schroff und drohend, genau ebenso, wie Ripperda in Wien gesprochen hat. Philipp läßt sagen, die von ihm in der Audienz gegebene Versicherung, er wolle festhalten an dem Bündnisse und dem Handelsverkehr mit England, diese Versicherung sei nur unter der Voraussetzung erfolgt, daß Seine Britannische Majestät sofort die Stadt Gibraltar ausliefere. Der merkwürdige Umschwung war auch nicht schwer zu erklären. Denn am Abend dieses 13. Juli war am spanischen Hofe die kaiserliche Ratifikation der Wiener Verträge eingelaufen.

Nun konnte man sich auch in England und in Hannover, wo eben der König mit Townshend weilte, über den Ernst der Lage nicht täuschen. Die Kaiserlichen, so etwa schrieb der Minister an Stanhope ³⁾, wissen nur zu gut, daß unsere Gesetze und unsere Verfassung es der Krone nicht gestatten, irgendein Stück unserer Besitzungen ohne Einwilligung des Parlaments an eine fremde Macht zu veräußern. Gibraltar, das durch den

¹⁾ Stanhope an Townshend, Segovia, 14. Juli 1725. Brit. Mus. Stowe 256.

²⁾ Grimaldo an Stanhope, San Ildefonso, 13. Juli 1725. B. M. Stowe 256.

³⁾ Townshend an Stanhope, Pyrmont, 28. Juni/9. Juli 1725. Regencies 19. R. O.

Utrechter Vertrag abgetretene, ist Besitz der Krone nicht anders als Irland oder ein Stück von England. Wollte man jetzt neben allen England angetanen Kränkungen, neben Ostende, neben dem österreichisch-spanischen Handelsvertrage, auch noch von Gibraltar reden, „es würde eine Flamme in der Nation entfachen, welche alles verzehren würde“. Spanien, sagt Townshend, muß vor dem Ehrgeiz der Kaiserlichen gewarnt werden. Diese sind es, die aller Welt Gesetze geben wollen. Sie allein haben den Gewinn bei den Verträgen mit Spanien. Sie werden es völlig in ihrer Macht haben, Spanien zu unterdrücken. „Italien wird dem Kaiser geopfert, die Holländer sind empört über den Handelsvertrag, und wenn sie jetzt noch Gibraltar fordern, so verlieren sie auch die Freundschaft Englands.“ Das alles soll Stanhope dem Könige von Spanien vortragen, er möge streng oder milde reden, gleichviel aber keinen Zweifel darüber lassen, daß König Georg jegliche Vermittlung in der Gibraltarfrage unbedingt ablehnen, daß er niemandem sein Ohr leihen werde, der ihm von Abtretung reden will.

Stanhope tat, wie ihm befohlen, die neue Audienz beim spanischen Königspaar nahm einen höchst dramatischen Verlauf. Der Gesandte beklagt sich über den eben erwähnten Brief des Ministers Grimaldo, der in Ausdrücken gehalten sei, wie sie zwischen befreundeten Monarchen unerhört seien. Philipp V. antwortet, Georg I. habe ehemals in viel stärkeren Ausdrücken zu ihm geredet. Die Könige seien eben alle gleich. Stanhope fragt, was denn eigentlich der Sinn des Wortes *presto* sei. Grimaldo hatte in seinem italienisch geschriebenen Briefe gesagt, Gibraltar muß *presto* ausgeliefert werden. Als Philipp nicht sogleich antwortet, kommt die Königin ihm zuvor mit den Worten: „*presto veut dire: vite bientôt, bien vite*“. Und als der König noch immer schweigt, fährt sie fort, „so sagen Sie es doch, Sire, ist das nicht der Sinn, Sie sind Franzose, Sie müssen Ihre Muttersprache besser kennen als ich, antworten Sie doch.“ Darauf der König, etwas verlegen: „Gewiß, so heißt es.“ Stanhope erklärt, die sofortige Rückgabe von Gibraltar wäre eine bare Unmöglichkeit, denn sie könne ja nur mit Zustimmung des Parlaments geschehen, das zur Zeit nicht versammelt sei, und vor der Rückkehr des Königs im Frühjahr nicht versammelt werden könne. „Nein“, kreischt Elisabeth dazwischen, „der König, Ihr Herr, soll sofort

nach England zurückkehren und soll das Parlament ausdrücklich zu diesem Zwecke berufen. Das müssen wir von seiner Freundschaft erwarten. Ich weiß auch sicher, daß die Sache, richtig vorgebracht, in beiden Häusern einstimmig angenommen werden wird. Man braucht ja nur die Alternative zu stellen: entweder Ihr gebt Gibraltar auf oder Euern ganzen Handel nach Indien und Spanien. Dann wird, ich stehe dafür ein, nicht einen Augenblick darüber debattiert werden.“ Stanhope erwidert kühl, da sei sie über die Stimmung im englischen Volke doch sehr schlecht unterrichtet. Ein solcher Vorschlag würde vom Parlamente mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Und was den Handel betreffe, so belehrt er die fürstliche Frau, daß dieser für Spanien viel wichtiger sei als für England. Denn von den Produkten Spaniens, vom Wein, vom Öl, von den Früchten Spaniens nimmt England allein im Austausch gegen seine eigenen Waren mehr auf als alle übrigen Nationen zusammen.

Aber wer konnte eine solche Szene anders verstehen, als wie das Vorspiel zu einem Kriege? „Ich würde“, schreibt Stanhope, „meiner Pflicht nicht genügen, wenn ich Ew. Lordschaft nicht offen erklären würde: es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ein schleuniger Bruch mit Spanien jetzt noch zu vermeiden sein sollte.“

* * *

Unterdessen hatte man sich in England bereits eifrig mit dem Studium der Wiener Verträge beschäftigt, ganz besonders aber mit dem Handelsvertrage vom 1. Mai. Er war schon im Sommer 1725 in Wien gedruckt erschienen. Townshend bekam ihn zu Gesicht, als er auf der Sommerreise mit dem Könige zur Brunnenkur in Pyrmont weilte. Da pflegte man ja freilich an politischen Geschäften nur das Allerdringlichste zu erledigen. „Hier sind wir sparsam mit unserer Tinte“, schreibt Tilson. „Wir gießen sie fröhlich in den Brunnen. Aber wenn Kuriere kommen, kann My Lord freilich nicht umhin, zu antworten“¹⁾. So schickte denn Townshend den gedruckten Vertrag von Pyrmont nach London und beauftragte seinen Kollegen Newcastle, ihn an das Handelsamt weiterzugeben. Da sollte er gründlich geprüft werden.

¹⁾ Tilson an De la Faye, Pyrmont, 23. Juni/4. Juli 1725. R. O.

Im besonderen sollten die Lords vom *Board of Trade* feststellen, „ob die Kompagnie von Ostende auch nicht irgendwelche Privilegien erhalten habe, die über das hinausgehen, was von der Seite Spaniens uns zusteht.“ Sie sollten nicht sparen mit ihren Bemerkungen über den Vertrag, sollten alles in einem Bericht zusammenfassen und diesen nach Hannover an den König schicken¹⁾. Das geschah. Ein erster, dem Herzog von Newcastle vorgelegter Bericht, ward von diesem ungenügend befunden. Ein zweiter, ausführlicherer folgte. Beide gingen am 30. Juli mit einem Schreiben Newcastles nach Hannover²⁾. Nach der Meinung Newcastles ergab sich daraus mit aller Klarheit nicht nur, wie ungünstig der Handelsvertrag war sowohl für die holländische, wie die englische ostindische Kompagnie, nicht nur, daß er mit früheren Verträgen, besonders demjenigen von Münster, in Widerspruch stehe, sondern auch, daß er selbst dem Könige und dem Königreich Spanien sehr zur Unehre gereiche.

Diese Berichte des Handelsamts waren freilich weder originell noch zeugten sie von tieferer Einsicht auf kommerziellem Gebiete. Sie bewegten sich fast durchweg in den Gedankengängen, die der Welt aus den Kampfschriften für und gegen die Kompagnie von Ostende sowie aus den gewechselten diplomatischen Noten längst bekannt waren, jedoch mit dem Unterschiede, daß die bisher nur gegen Österreich gerichteten Anklagen jetzt auch gegen Spanien geschleudert wurden. Und welch' ein krasser Widerspruch lag allerdings darin, wenn dasselbe Spanien, welches noch vor einem Jahre in Cambrai so energisch gegen die Errichtung der Kompagnie von Ostende protestiert hatte, sich jetzt vertragsmäßig für dieselbe einsetzte. Man wies hin auf eine Note des Gesandten Pozzobueno vom 5. April 1724, die er Newcastle überreicht, eine Note, in der er „alle die gerechten und soliden Einwände“ vorgetragen hatte, die sein König gegen dieselbe Kompagnie erhoben, deren Rechtmäßigkeit er jetzt mit den Waffen zu verteidigen entschlossen war.

Der zweite Bericht der Lords verweilte auch besonders bei der Schädigung, die den eigenen Untertanen Philipps V., den „*Castilians*“ durch den Handelsvertrag mit Österreich zugefügt

¹⁾ Townshend an Newcastle, Pyrmont, 29. Juni/10. Juli 1725. R. O.

²⁾ Newcastle an Townshend, Whitehall, 30. Juli 1725. R. O.

werde. Da wird die Urkunde von 1598, d. h. die Form der Übertragung der Niederlande an Isabella und Albrecht, da wird der Fall Brouwer aus dem Jahre 1653 aufgeführt, um zu zeigen, wie die von Philipp II. und seinen Nachfolgern geschützten Privilegien der Castilianer von Philipp V. preisgegeben würden.

Neben diesen seit mehr als einem Lustrum so oft wiederholten Argumenten enthält nun aber der zweite Bericht des Handelsamts noch ein paar Erwägungen von allgemeinerem Charakter. Indem die Lords besonders auf die Schädigung hinweisen, welche von Ostende aus der englischen ostindischen Kompagnie bereitet werde, stellen sie echt merkantilistisch den Gesichtspunkt von der Handelsbilanz in den Vordergrund, wenn sie schreiben: „Es ist eine melancholische Erwägung, daß ein Handelsverkehr, der ohne die Ausfuhr großer Mengen von Edelmetallen nicht betrieben werden kann, in so kurzer Zeit der Möglichkeit beraubt werden sollte, dieses wieder einzubringen.“ Und ferner bringen sie das Thema von Ostende mit der britischen Flottenpolitik überraschend in Beziehung. Der Kaiser, heißt es, habe lange nach der Errichtung einer Seemacht gestrebt. In Italien ist es mißlungen, weil es hier an der dafür notwendigen Voraussetzung eines überseeischen Handels fehle. Sollte aber die Kompagnie von Ostende von dauerndem Erfolge begleitet sein, so würde Karl VI. nach dem natürlichen Lauf der Dinge in absehbarer Zeit an der Küste Flanderns eine Seemacht besitzen, die für uns weit unbequemer wäre als eine Flotte im Mittelmeer. Und diese Seemacht wäre dazu noch in der Hand eines papistischen Fürsten. „Die Herrschaft über die Meere“, so fahren sie fort, „ist oft genug von einer Nation auf die andere übergegangen, und wenn Großbritannien länger als irgend eine Nation vor ihm im Besitze dieser Überlegenheit gewesen ist, so sind doch alle menschlichen Verhältnisse dem Wechsel unterworfen. Wir haben eine bedeutende Seemacht im Norden entstehen sehen. Spanien war im Begriffe, denselben Weg zu gehen und wird vielleicht damit fortfahren.“ Und nun folgt überraschend noch eine andere Erwägung. Das protestantische Interesse ist zur See im Schwinden begriffen: Der Däne und der Schwede bedeuten nichts mehr in der Ostsee, und es ist zu fürchten, daß es auch mit der Seemacht der Holländer nicht mehr gut bestellt ist.“ So wird die große kommerzielle Streitfrage mit den religiösen Gegensätzen

des Weltteils in Beziehung gesetzt. Wir werden sehen, wie dieser Gegensatz den aus ganz andern Quellen fließenden Konflikt der großen Mächte noch ferner begleitet, und dürfen nicht vergessen, daß auch im 18. Jahrhundert die konfessionellen Streitigkeiten — denken wir nur an die Ereignisse von 1719—20 — so manches Mal den Ausbruch eines neuen Religionskrieges befürchten ließen.

* * *

Fragt man nach den Voraussetzungen für eine Gegenkoalition, so konnte ja freilich von der Quadrupel-Allianz von 1718, die sieben Jahre lang dem politischen Antlitz Europas seinen Charakter aufgeprägt, und an dessen Heiligkeit noch bis vor kurzem die Diplomaten in Cambrai nicht zu zweifeln gewagt hatten, von der Quadrupel-Allianz jetzt nicht mehr die Rede sein. Sie war ja auch immer unfertig geblieben, denn Holland, das die Vierzahl voll machen sollte, war nicht beigetreten.

Die Isolierung der Generalstaaten hatte sich bereits bei dem Kampfe der Westmächte gegen die Kompagnie von Ostende unangenehm geltend gemacht. „Wären sie der Quadrupel-Allianz beigetreten“, sagte ein französischer Diplomat im Mai 1724¹⁾, „so hätten sie in der Sache des ostindischen Handels einen Vorstoß machen und dabei auf die Hilfe ihrer Freunde rechnen können.“ Jetzt kam dieser Beitritt nicht mehr in Frage, denn Österreich hatte sich getrennt, und die Quadrupel-Allianz bestand nicht mehr. Geblieben war nur der Bund zwischen England und Frankreich, die nun noch enger als vorher zusammerrückten.

Aber England befand sich auch im Bunde mit Preußen. Wie nahe lag es da, Frankreich und Holland diesem Bunde beitreten zu lassen und gleichsam eine neue Quadrupel-Allianz zu formieren. Frankreich war bereit, sogar noch vor dem Bekanntwerden der Wiener Verträge. Holland zögerte abermals. Und als gar ein Gesandter Rußlands, Prinz Kurakin, nach Amsterdam kam, um den Generalstaaten den Beitritt zu dem englisch-preußischen Bündnis, das dem Zaren so ärgerlich war, zu widerraten, da lehnten sie den Beitritt schroff ab mit der Erklärung,

¹⁾ Polwarth und Whitworth an Newcastle. 11. Mai 1724. Very private. R. O.

eine solche vertragliche Bindung würde sie zu weit führen¹⁾. Das machte freilich bei Frankreich und England einen üblen Eindruck. Sie wollen, sagte man, zwar für ihre Privatinteressen gern Nutzen davon ziehen, aber nicht ein eigenes Risiko auf sich nehmen²⁾.

So mußten die Westmächte allein vorgehen. Karl VI., sagte Saint Saphorin, zwingt England, das Bündnis mit Frankreich immer fester zu knüpfen und im ganzen Weltteil die Sturmglocke zu läuten gegen den Kaiserhof. Im Grunde waren England und Frankreich allein schon stark genug, um der spanisch-österreichischen Gruppe Widerpart zu halten. Man bedenke nur, schreibt Townshend einmal³⁾, welche Figur England und Frankreich in den beiden letzten Kriegen gemacht haben, da sie einander als Feinde gegenüberstanden. Jetzt, da sie verbunden sind, kann man sich nur darüber wundern, daß die Welt so viel Aufhebens macht von allem, was zwischen dem Kaiser und jenem Ripperda vorgeht.

Wir haben nunmehr die große Gegenaktion von 1725 zu schildern. Der entscheidende Vertragsschluß fiel wieder, wie vor zwei Jahren, in die Zeit, da der König in seinem Stammlande weilte. Auch äußerlich verlief dieser Aufenthalt nicht anders als 1723. Die Reise über Holland, das rasende Tempo der Fahrt durch Norddeutschland, die Ankunft in Hannover und, rasch anschließend, der Badeaufenthalt in Pyrmont — wir erkennen in allem das Schema von 1723. Und wir mögen die kleine Notiz noch hinzufügen, daß die Heilquellen von Pyrmont inzwischen auch in England populär geworden waren. Der Brunnenmeister erzählt, er habe in diesem Jahre 40 000 Flaschen Pyrmont Wasser nach England gesandt⁴⁾. Seit der Rückkehr nach Hannover tritt die Politik wieder mehr in den Vordergrund. Auch die Besuche Friedrich Wilhelms I., des königlichen Schwiegersohnes, der Vertragsschluß selbst, endlich die Verlegung des Hoflagers nach der Göhrde und die großen Jagden daselbst — alles verlief wie 1723.

* * *

¹⁾ Whitworth an Tilson, 8./19. Jan. 1724. R. O.

²⁾ Polwarth und Whitworth an Newcastle, 11. Mai 1724. Very private. R. O.

³⁾ An Robinson (in Paris), Pyrmont, 10./21. Juli 1725. R. O.

⁴⁾ Tilson an Dela Faye, 23. Juli/3. Aug. 1725. R. O.

Doch ehe wir davon reden, haben wir einer Episode zu gedenken, die, genau wie damals, das Stilleben in Pyrmont jäh unterbrach. Und wieder handelte es sich um eine alarmierende Nachricht aus Nordeuropa. „Ich schrieb gestern ruhig an meinem Briefchen“, sagt Tilson, „und dachte an nichts anderes, als in aller Seelenruhe die Brunnenkur zu beenden. Da kam ein Kurier aus Stockholm mit einer Nachricht, die uns alle in die fürchterlichste Aufregung versetzte.“

Peter der Große war im Februar 1725 gestorben, aber seine Gattin und Nachfolgerin, die Zarin Katharina, schien seine großen Pläne, insbesondere die gegen Schweden und Dänemark gerichteten, wieder aufnehmen zu wollen. Es handelte sich dieses Mal eigentlich nicht, wie 1723, um einen gegen Schweden gerichteten Invasionsplan. Der Angriff sollte Dänemark gelten, sollte aber erst im nächsten Jahre zur Ausführung gelangen. Schweden selbst sollte diesem Plane nur Vorschub leisten. Aber eben darin lag die nächste, dringende Gefahr. Da Riga und Reval, die im Besitze Rußlands befindlichen Häfen, allzuweit von Dänemark, dem Operationsgebiet, entfernt lagen, so sollte Schweden einen seiner Häfen, etwa Norkörping, der russischen Flotte öffnen, damit sie dort überwintern und im kommenden Jahre den Streich gegen Dänemark ausführen könne. Bei der bekannten „freien“ Verfassung Schwedens hing die Antwort, die auf diese Forderung zu erfolgen hatte, von der Haltung des schwedischen Senats ab, und man weiß, welche Rolle hier, bei dem Gegensatz der Parteien, das fremde Geld zu spielen pflegte.

Für Katharina selbst stand freilich der dynastische Gesichtspunkt im Vordergrund. Sie will eintreten für das vielerörterte Recht des Herzogs von Holstein-Gottorp, ihres Schwiegersohnes, auf Schleswig. Dieser Anspruch mußte gegen Dänemark durchgefochten werden, und dafür forderte sie die Hilfe Schwedens. Aber es war jedermann klar, was ein solches Entgegenkommen Schwedens zu bedeuten hatte. Nicht mehr und nicht weniger, als die Festsetzung der Moskowitermacht am Westufer des Baltischen Meeres, und, wenn Dänemark bezwungen ist, die volle Herrschaft Rußlands über die Ostsee. Der Herzog und die Herzogin von Holstein werden auf der russischen Flotte hinüberziehen nach Schweden, und die Zarin wird sie auf ihrer Yacht begleiten. Der englische Gesandte Poyntz, der dieses meldete,

wußte freilich beruhigend hinzuzufügen, daß die schwedischen Häfen stark genug befestigt seien, um nicht einer russischen Flotte kampflos ausgeliefert werden zu müssen. Er meint auch, daß im Senate eine Mehrheit von 9 Stimmen gegen 5 der russischen Forderung ablehnend gegenüber stehe. Da aber russisches Geld reichlich in Schweden arbeitete, so galt es, mit noch reicheren Bestechungen die Bemühungen Rußlands zu überbieten. So etwa klang der Hilferuf des englischen Gesandten in seinem Berichte aus Stockholm vom 30. Juni 1725 ¹⁾.

Die Ähnlichkeit mit der Situation von 1723 ist also augenfällig genug. Auch dieses Mal war die Jahreszeit zu weit vorgerückt für die Sendung eines britischen Geschwaders in die Ostsee. Aber mit englischem Gelde den Kampf aufzunehmen, dazu war es noch nicht zu spät. Die Höhe der flüssig zu machenden Summe durfte sogar geringer sein als damals. Und mit der finanzpolitischen Seite der Sache stand es anders. Was bisher gegeben worden ist — Poyntz hatte schon hier und dort gespendet — war aus dem Fonds der Zivilliste des Königs geflossen. Die jetzt benötigten Summen aber, so belehrte ihn Townshend, übersteigen das Vermögen der Zivilliste und müssen vom Parlamente bewilligt werden. Dem Parlamente gegenüber läßt sich die Forderung auch recht gut mit dem Hinweise auf die bestehenden Verträge begründen. So gingen denn unter dem 9./20. Juli zwei Briefe an den Gesandten in Stockholm ²⁾, der eine, um ihm seine Handlungsweise genau vorzuschreiben — er darf mit seinen Bestechungsgeldern bis zu 100 000 Pfund gehen — der andere, in einer Form verfaßt, die geeignet war, dem britischen Parlamente vorgelegt zu werden.

Auch die Haltung des verbündeten Frankreich gemahnt an das Jahr 1723. Es wandelt nicht gerade die gleichen Pfade wie England. Die Aktion Englands war zugleich darauf berechnet, das in seinen schwedisch-dänischen Plänen enttäuschte Rußland zum Anschluß an das englisch-französische Bündnis zu bewegen. Wenn die Franzosen loyal mit uns umgingen, meint Townshend, „so stehe ich mit meinem Kopfe und allem,

¹⁾ Poyntz an Townshend, Stockholm, 30. Juni 1725. R. O.

²⁾ Townshend an Poyntz, Pymont, 9./20. Juli 1725. — Ders. an dens. Private. R. O.

was ich bin, dafür ein, daß das Bündnis mit Rußland längst geschlossen wäre.“ Aber „sie unterscheiden zwischen ihren Interessen und denen Englands“, „sie intrigieren mit unseren Feinden“, „sie verraten uns“ ¹⁾.

Gleichviel, das englische Geld übte seine Wirkung. Schon im Juli ist die Gefahr vorüber. Die für die Bemannung der Galeeren bestimmten russischen Truppen werden verwendet, um in der Nachbarschaft von Reval einen harmlosen Kanal zu bauen. Die schwedische Antwort war ablehnend gewesen, „Unser Freund“, Townshend meint wohl ²⁾ den schwedischen Grafen Horn, den Unbestechlichen, „hat gute Arbeit geleistet“. Aber noch besser war die Arbeit gewesen, welche das unter den Mitgliedern des schwedischen Senats ausgestreute englische Geld getan hatte.

* * *

So konnte man denn beruhigt zu dem beabsichtigten Vertragswerke schreiten.

Für die Engländer kam es nun vor allem darauf an, Frankreich ganz sicher zu sein, sicher besonders in dem Sinne, daß dieser Verbündete auch unbedingt eintreten würde für Gibraltar und gegen Ostende. Horace Walpole, der Gesandte in Paris, hatte den Verdacht geäußert, daß doch ein geheimes Abkommen zwischen Spanien und Frankreich bestehe, in dem auch von Gibraltar die Rede sei, und Ripperda sollte in Wien behauptet haben, daß ein solcher Artikel seinerzeit zusammen mit dem Vertrage über die Doppelheirat vereinbart worden sei ³⁾.

Der Artikel, wir wissen es ⁴⁾, existierte wirklich, was aber in England unbekannt geblieben. So sollte denn Horace Walpole den Minister Morville und dem in die Geheimnisse der Politik schon völlig eingeweihten Fleury ⁵⁾ mit aller Bestimmtheit zu erklären, Georg I. sei zwar entschlossen, „in engster Verbindung mit Frankreich zu leben und die Sache Frankreichs

¹⁾ An Robinson, 10./21. Juli 1725. R. O. Vgl. Chance, a. a. O., 80.

²⁾ An Newcastle, Hannover, 13./24. Juli 1725. R. O.

³⁾ Townshend an Horace Walpole, Hannover, 16./27. Aug. 1725. R. O.

⁴⁾ Vgl. oben S. 226.

⁵⁾ Die in der Korrespondenz mehrfach sich findende unaufgelöste Chiffre 672 kann nur Fleury bedeuten.

zu seiner eigenen zu machen“, er erwarte aber auch von Frankreich dasselbe, er erwarte, daß es für seine Ehre und sein Interesse eintrete, daß es ihn unterstütze in der Behauptung Gibraltars und der Rechte und Privilegien des britischen Handels ¹⁾. Mit andern Worten: Frankreich sollte sich offen erklären für das englische Gibraltar und gegen die Kompagnie von Ostende.

Es wurde Horace Walpole nicht leicht, diesen Auftrag zu erfüllen. Man versuchte in Paris, ihn mit einer mündlichen Erklärung abzuspeisen. Dann gab man ihm etwas Schriftliches, aber gerade das Wort Gibraltar stand nicht darin. Und erst, als der Gesandte dringlich wurde, und als er Fleury davon überzeugt hatte, daß er nur eine unzweideutige schriftliche Erklärung annehmen könne, gab man ihm eine solche. So war jener geheime Artikel von 1721 gefallen. Frankreich hatte seinem Verbündeten in aller Form Gibraltar und den Handel mit Indien garantiert. Horace Walpole aber unterzeichnete eine Deklaration, derzufolge jeder Angriff gegen Frankreich als *casus foederis* für England bezeichnet wurde ²⁾.

Die englische Regierung war beruhigt. Von der Erklärung, die Horace Walpole sich von den Franzosen verschafft hat, heißt es ³⁾, sie „ist genau das, was Seine Majestät gewünscht hat“. Auch mit Walpoles Gegenerklärung war man in Hannover einverstanden. „Und nun, da diese heikle Angelegenheit glücklich erledigt ist, hoffen wir, daß sie Hand in Hand mit uns gehen werden, um die Gefahr abzuwenden, die uns beiden droht von den ausschweifenden Plänen der Königin von Spanien und von der hitzigen Art, mit der der Kaiserhof sie antreibt in ihren ehrgeizigen und rachsüchtigen Gelüsten.“

Nun erst konnte die mit Preußen schon begonnene Verhandlung ohne Bedenken zum Abschluß gebracht werden.

* * *

Mit einem hochpolitischen Briefwechsel, den die beiden Könige von England und Preußen, der Schwiegervater mit dem

¹⁾ Townshend an Horace Walpole, Hannover, 24. Juli/4. Aug. 1725. R. O.

²⁾ Vgl. British Dipl. Instructions. France 1721—27. Ed. Wickham Legg. XXVI.

³⁾ Townshend an Horace Walpole, Hannover, 16./27. Aug. 1725. R. O.

Schwiegersohn, führten, nahm die Sache ihren Anfang. Georg I. fragte, ob er im Falle eines feindlichen Angriffs auf die militärische Hilfe Preußens im Sinne des Charlottenburger Vertrages von 1723 rechnen dürfe. Friedrich Wilhelm antwortete ¹⁾, er werde seinen Verpflichtungen prompt nachkommen. Auf diese Antwort folgt einige Tage später, am 7. Juli 1725, ein zweiter Brief Friedrich Wilhelms ²⁾, welcher mitteilt, er sei vom Kaiser aufgefordert worden, dem Bunde mit Spanien beizutreten, und zwar mit allen seinen deutschen und außerdeutschen Besitzungen. Er möchte aber, ehe er sich entscheide, die Meinung Georgs I. hören. Denn was ihm da zugemutet werde, sei doch eine sehr delikate Sache, die er sich mehr als einmal überlegen müsse, die ihn in alle Streitigkeiten verwickeln könnte, ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten, die ihm aus der Garantierung der Pragmatischen Sanktion eines Tages entstehen könnten. Sehr bundesfreundlich und verwandtschaftlich schließt er mit den Worten: „Ich habe mir vorgenommen, in Übereinstimmung mit Ew. Majestät in dieser Angelegenheit zu handeln, damit wir um so besser alle die Schritte erwägen können, die unsere gemeinsamen Bedürfnisse und Interessen bei dieser Gelegenheit erfordern.“ Man sieht schon, es kostete nicht mehr viel, Friedrich Wilhelm ganz auf die Seite der Westmächte zu ziehen.

Die Antwort Georgs I. ist in derselben Tonart gehalten. Auch an ihn ist die Aufforderung gerichtet worden, dem Wiener Bündnisse beizutreten. Er hat den Österreichern keine Hoffnung gemacht, daß es geschehen werde. Seine Gründe sind dieselben wie diejenigen Friedrich Wilhelms. „Ich bin entzückt, die Gefühle Ew. Majestät so glücklich mit den meinigen übereinstimmend zu finden, in einer Angelegenheit, die so gefährliche Folgen für das Reich, ja für ganz Europa nach sich ziehen kann. Ich bin entschlossen, dem fraglichen Verträge unter keinen Umständen beizutreten; und ich werde keinen Schritt in der Sache tun, ohne Ew. Majestät Mitteilung davon zu machen, ebenso wie Sie mir versprechen, hierin nur in Übereinstimmung mit mir für unser gemeinsames Interesse handeln zu wollen ³⁾.“

¹⁾ An Georg I., 2. Juli 1725. R. O.

²⁾ An Georg I., 7. Juli 1725. R. O.

³⁾ Georg I. an Friedrich Wilhelm I., Pymont, 1./12. Juli 1725. R. O.

Von der gemeinsamen Ablehnung der österreichischen Anerbietungen war es für Preußen kein weiter Schritt mehr zum engeren Anschlusse an die Westmächte. Gewonnen war es freilich noch nicht. Der König von Preußen „is at his old shuffling“, schreibt der Sekretär Townshends. 14 Tage später klingt es wieder hoffnungsvoller. Der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Rabutin, „predigt tauben Ohren“¹⁾. Und ferner hört man, daß Friedrich Wilhelm so sehr darauf brennt, seinem Schwiegervater, der eben in Deutschland weilt, zu sehen, daß er ihn in Hannover aufsuchen möchte, sobald Georg von seiner Badekur in Pyrmont zurückgekehrt sei. Und man muß Friedrich Wilhelm nahelegen, dem ruhebedürftigen alten Herrn zunächst noch einige Tage der Erholung zu gönnen²⁾. Kaum eine Woche später trifft der König von Preußen in Herrnhäusen ein, wo ihm ein glänzender Empfang bereitet wird. Sein eigener Geburtstag fällt in die Tage dieses Verwandtenbesuches. Ihm zu Ehren findet am hannövrischen Hofe ein großer Ball statt, was Friedrich Wilhelm freilich gar nicht schätzt. Seine eigenen Untertanen pflegen nämlich, seinem Wunsche gemäß, von diesem Tage keinerlei Notiz zu nehmen³⁾.

Das große Ereignis während dieser Fürstenbegegnung aber ist die Verständigung über das Bündnis Preußens mit den Westmächten. Es gelingt Townshend, der auf Befehl seines Herrschers beim Könige von Preußen am Tage nach seiner Ankunft eine Audienz erbittet — wenn wir seinem eigenen Berichte glauben dürfen, und einen anderen besitzen wir nicht — überraschend leicht zum Ziele zu kommen. „Ich glaube ihm gute Grundsätze eingeflößt zu haben“, sagt Townshend. Er warnt ihn vor dem Ehrgeiz des Wiener Hofes, vor der daraus auch für Preußen entspringenden Gefahr, und legt dann ohne viele Umstände einen Bündnisentwurf — England, Frankreich, Preußen — in die Hände des Monarchen. Friedrich Wilhelm bittet, denselben 2 oder 3 Tage behalten zu dürfen, gibt ihn dann ohne wesentliche Änderung zurück und erklärt sowohl dem französischen Gesandten wie Townshend, er stimme zu.

¹⁾ Tilson an Dela Faye, 16./27. Juli 1725. R. O.

²⁾ Tilson an Dela Faye, Pyrmont, 9/20. Juli 1725. R. O.

³⁾ Ders. an dens. 23. Juli/3. Aug. 1725. R. O.

Wir werden an dieser persönlichen, ohne ministerielle Hilfe gefaßten Entschliebung Friedrich Wilhelms nichts Auffallendes finden. Der König von Preußen war absolut in seinem Staate. Die Engländer aber trauten der Sache nicht so recht, und Georg I. sprach den Wunsch aus, Ilgen, der in auswärtigen Fragen am meisten von Friedrich Wilhelm beschäftigte Minister, möge nach Hannover kommen. Friedrich Wilhelm hat nichts dagegen, erklärt aber im voraus, daß Ilgen kein Wort an dem Vertrage ändern solle.

Was den preußischen König so rasch für das zu schließende Bündnis gewann, war der in demselben stehende Geheimartikel, durch den ihm seine Ansprüche auf Jülich und Berg seitens der Westmächte garantiert wurden. Das war der Hauptköder, schreibt Townshend an Horace Walpole in Paris, der nun den Entwurf dem französischen Hofe vorzulegen hatte. Er möge nur Sorge tragen, daß man an diesem Artikel in Frankreich nichts ändere.

Nachdem in Hannover alles so glücklich eingeleitet worden, brachten die weiteren Stadien der Verhandlungen keine Überraschungen mehr.

Friedrich Wilhelm entbot Ilgen nach Hannover durch ein persönliches Schreiben, das in seinem barocken Deutsch am besten zeigt, wie der preußische König die Sache auffaßte. Er sagt, Georg I. habe ihm einen neuen Traktat vorgelegt, „mit England, Frankreich und ich“. „Ich habe ihn examinieret und ist mir expliciert worden und habe ihn in eins und andern verändert, daß alles richtig ist.“ Nun solle Ilgen sich sofort auf den Weg machen und Sonntag Abend unfehlbar hier sein, ist meine Ordre, der ich stets sein Freund sein und bleiben werde. Friedrich Wilhelm“¹⁾.

Ilgen kam und hat an dem Vertrage wirklich nichts mehr geändert. Mit den kleinen Modifikationen, die Friedrich Wilhelm selbst darin angebracht, ging das Schriftstück nach Paris, ward dort den entscheidenden Persönlichkeiten, darunter auch Fleury, vorgelegt. In Paris ward der Entwurf abermals mit kleinen Änderungen versehen. Sie waren zum Teil rein stilistischer Art, wie sie dem französischen Ohre besser klangen. Oder es wurde

¹⁾ Friedrich Wilhelm an Ilgen. Herrenhausen, 2. Aug. 1725. Geh. St.A.

(in Artikel 5) auch einmal ein Wort vom europäischen Gleichgewicht eingefügt — eine bloße Redensart, meint Townshend. Die einzige belangreiche, aber auch nur formale Änderung, die die Pariser angebracht hatten, bezog sich auf die polnischen Vorgänge, wo auf die gegen die Protestanten verübten Härten und Grausamkeiten (das sogenannte Thorner Bluturteil) hingewiesen war und nun Bestimmungen des Westfälischen Friedens und des Vertrages von Oliva von neuem zur Geltung gebracht werden sollten.

Hier hatten nun die Franzosen, um nicht öffentlich als Verteidiger des Protestantismus zu erscheinen, jede Erwähnung der Religion so vollkommen ausgemerzt, daß der ununterrichtete Leser des zuletzt geschlossenen Vertrages überhaupt nicht erraten würde, um was es sich hier eigentlich handelt. Auch eine der von Friedrich Wilhelm persönlich hinzugefügte Erwähnung der den Protestanten genommenen Kirchen mußte fallen. Den raschen Abschluß haben aber diese kleinen Formalien, auf deren Harmlosigkeit Townshend in einem gemütlichen Briefe an Ilgen¹⁾ noch besonders hinwies, nicht verhindert.

Am Sonnabend, 1. September, traf der Kurier in Hannover ein, der die Zustimmung des Berliner Hofes zu den Pariser Änderungen des Vertrages mitbrachte. Auch am folgenden Tage war man noch eifrig beschäftigt mit der Fertigstellung der Urkunden. „Den ganzen Sonntag“, schreibt Tilson²⁾, „Gott sei uns gnädig, haben wir wie die Bienen gearbeitet — kein Gedanke an Kirchgang —, um an diesem Tage mit dem gesegneten Werke fertig zu werden.“ Aber erst am Montag wurde man fertig. Endlich ist alles unterzeichnet und gesiegelt, und die Diplomaten können einander mündlich und schriftlich in der üblichen Weise beglückwünschen. „Ein mächtiges Geschäft ist beendet“, schreibt, erleichtert aufatmend, der Sekretär Townshends.

* * *

So war die berühmte Allianz von Hannover³⁾ geschaffen worden als ein Gegengewicht gegenüber dem Werke der Wiener

¹⁾ Regencies 19. R. O.

²⁾ An Dela Faye, 24. Aug./4. Sept. 1725. Regencies 20. R. O.

³⁾ Löwe, Preußens Staatsverträge aus der Regierungszeit König Friedrich Wilhelm I. (Publ. a. preuß. Staatsarch. 87) 285.

Verbündeten. Aber anders als dieses zeigt sie den Charakter der Abwehr, der Defensive. Die Westmächte haben sich enger als bisher zusammengeschlossen und haben Preußen hinzugewonnen. Übrigens merkt man es schon der Präambel an, daß der erste Entwurf nur ein Bündnis der Westmächte vorgesehen hatte. Sie spricht von der engen Verbindung, welche zwischen den drei Königen bestand und die nun erweitert werden solle, eine Formel, die zwar auf die zwischen England und Preußen, sowie die zwischen England und Frankreich, nicht aber auf die zwischen Frankreich und Preußen bisher herrschenden Beziehungen paßte, da ja in diesem Falle das Bündnisverhältnis erst jetzt geschaffen wurde. Und wenn in Artikel 1 und 2 neben der Verkündung von Frieden und Freundschaft auch die gegenseitige Garantie der Besitzungen, und zwar ebenso in Europa wie außerhalb Europas, ausbedungen war, so lag darin eine für Preußen untragbare Verpflichtung, und eine von englischer Seite ausgestellte „*Déclaration*“ mußte den preußischen König darüber beruhigen, daß er in diesem Punkte niemals beim Wort genommen werden solle, daß vielmehr die von ihm versprochenen Hilfen nicht außerhalb Europas, ja auch nicht einmal in Italien und Spanien zu leisten seien.

Übrigens waren die für den Kriegsfall ausbedungenen Leistungen so niedrig, daß sie im Ernstfalle, nach der Meinung der Vertragschließenden, wohl ohne weiteres erhöht werden sollten. Die eigentlichen, von den Westmächten verfolgten Zwecke des Vertrages waren kaum angedeutet. Natürlich kein Wort von Gibraltar. Und daß man die Kompagnie von Ostende nicht länger dulden wollte, konnte nur aus der Wendung des Artikels 2 erraten werden, in dem nicht nur die Besitzungen der Kontrahenten, sondern auch ihre Rechte und Vorteile garantiert wurden, „insbesondere diejenigen, die den Handel betreffen“. Nicht ganz so verhüllt war das zum Schutze der Protestanten Vereinbarte. Artikel 5 sprach von dem Zwist und der Kriegsfahr, die durch die Verletzung des Westphälischen Friedens in Deutschland entstehen könnten, während der erste Separatartikel auch die Vorgänge erwähnte, die sich in Thorn abgepielt hatten, und die drohende Verletzung des Friedens von Oliva, der durch die drei Mächte garantiert worden. Am deutlichsten ist aber die Sprache des geheimen Artikels, der Preußens

Rechte auf Jülich und Berg sichern sollte. Hier war schon in den Verhandlungen zwischen Townshend und Friedrich Wilhelm die von diesem gewünschte Formulierung festgelegt worden, und Frankreich hatte, wie wir gehört haben, nichts mehr daran ändern dürfen.

In Artikel 7 wird der Beitritt anderer Fürsten und Staaten in Aussicht genommen, und die Generalstaaten werden ausdrücklich genannt. Sie sollen sofort zum Beitritt eingeladen werden. Hier möge man nun den Unterschied beachten gegenüber der bei der Quadrupel-Allianz von 1718 gewählten Form. In dieser hatte man frischweg das unentbehrlich scheinende Holland wie einen schon zur Allianz gehörenden Staat behandelt, während es doch in Wahrheit weder sofort, noch auch später beigetreten ist. Die Quadrupel-Allianz ist diese auf ihr lastende Lüge niemals losgeworden. Der Vierbund war, solange er bestand, stets nur ein Dreibund geblieben. Vielleicht wollte man sich einer solchen Blamage dieses Mal nicht aussetzen und wählte deshalb die unverfänglichere Form, nur von der Einladung der Generalstaaten zum Beitritt zu reden. Und dieser Beitritt ist, wie wir hören werden, im nächsten Jahre auch wirklich erfolgt.

Noch ein Wort über Preußen. Der Vertrag von Hannover bezeichnet den Höhepunkt in dem Zusammengehen Friedrich Wilhelms mit der englisch-hannövrischen Politik seines Schwiegervaters Georgs I. 1719, 1723, 1725 sind die Etappen auf diesem Wege. Von englisch-hannövrischer Seite hatte man den Gewinn des preußischen Militärstaates jedes Mal sehr hoch eingeschlagen. Aber dieses Mal war er doch allzuweit in das Fahrwasser der Westmächte geraten. Nicht eine Militärkonvention zur Bereitstellung preußischer Truppen für die Zwecke der Anderen war geschlossen worden, sondern ein Bündnis zwischen drei gleichberechtigten Kontrahenten. Was ging aber Preußen Gibraltar an? Und was kümmerte Friedrich Wilhelm die Kompagnie von Ostende? Er hatte sich durch den Eifer Townshends in den Vertragsschluß hineinschmeicheln lassen. Vielleicht hat ihn auch die Aussicht auf die daneben immer wieder erörterte und erhoffte Doppelheirat seiner Kinder mit den Enkeln Georgs I. bestochen. So hatte der zur Unterzeichnung nach Hannover befohlene Ilgen an dem Vertragswerke nichts mehr ändern dürfen. Aber derselbe Ilgen hat das Geschehene nach

mals mit den resignierten Worten umschrieben¹⁾: „Ein Diener muß es über sich ergehen lassen, wenn sein Herr sich übereilt und es ihn hernach gereut.“

* * *

Von nun an sah die Welt zwei Mächtegruppen, die Verbündeten von Wien und die von Hannover, die in drohender Phalanx einander gegenüberstanden. Beide bereiten sich auf den Krieg vor, beide rüsten, beide suchen durch Gewinnung von Bundesgenossen ihre Stellung in Europa zu verbessern. Zuerst soll Bayern gewonnen werden, meint Townshend²⁾, dann Holland, dann Schweden. Ist Schweden gewonnen, so wird sich auch die Zarin und die Partei Holstein gezwungen sehen, sich den beiden Kronen (England und Frankreich) in die Arme zu werfen. Schweden kann zwar auf eigene Kosten nicht viel unternehmen, aber es könnte doch wohl eine Truppenmacht von 8 bis 10 000 Mann bereitstellen, die natürlich von den Westmächten zu bezahlen wären. Und eine weitere Erwägung: Der Weg nach Schweden führt über Hessen-Cassel. Der Landgraf ist ja der Vater des schwedischen Königs. Er möchte ihm aus finanzieller Not helfen, und kann er es nicht, „so müssen wir es tun, denn sonst werden die Moskowiter dort die Herren spielen“³⁾. Gewiß wird auch das Parlament bereit sein, 25 oder 30 000 £ zu bewilligen „für ein altes protestantisches Haus, damit es uns Truppen stelle zur Verteidigung der Sache des Protestantismus in dieser Zeit“⁴⁾. Das Echo aus London war günstig. Robert Walpole ließ versichern⁵⁾, für Hessen-Cassel werden, wenn der König es wünscht, 50 000 £ zur Verfügung stehen.

Dasselbe Hessen-Cassel kann auch nützlich werden, wenn es sich darum handelt, Holland zu gewinnen. Denn drei von den sieben Provinzen stehen unter dem Einfluß der Prinzessin von Friesland, der Tochter des Landgrafen. Die Verhandlung mit Holland wird freilich nicht leicht sein, im Hinblick auf Preußen.

¹⁾ Droysen, Friedrich Wilhelm I., 1, 382.

²⁾ An Horace Walpole, 23. Aug./3. Sept. 1725. R. O.

³⁾ Townshend an Newcastle, 3./14. Sept. 1725. Private. R. O.

⁴⁾ Ders. an dens., 21. Sept./2. Oct. 1725. R. O.

⁵⁾ Newcastle an Townshend, 14. Sept. 1725. Regencies 85. R. O.

Denn den Holländern ist es ja nur um Ostende zu tun. „Wie ich sie kenne“, sagt Townshend ¹⁾, „so würden sie uns in den größten Schwierigkeiten stecken lassen, ohne einen Finger zu rühren ²⁾. . . . Wenn sie aber wegen Ostende etwas erreichen wollen, so müssen sie unserm Verträge beitreten, so wie er ist, und dann müssen sie auch Jülich und Berg schlucken.“ So der Meinungs austausch zwischen Hannover und London.

Von spanisch-österreichischer Seite aber begann man unterdessen die Waffe des Jakobitismus zu schmieden. Im Juli 1725 erschien plötzlich der Herzog von Wharton in Wien. Wharton war der exzentrische junge Adlige, der sich vor zwei Jahren im Oberhause so lebhaft für Atterbury eingesetzt hatte. Jetzt kam es unzweifelhaft im Einvernehmen mit den Jakobiten, die ihm, dem durch ungeordnetes Leben tief verschuldeten Edelmann, einen Kredit von 1000 £ in Amsterdam eröffnet haben sollen. In Wien sucht er zwar zuerst eine Aussprache mit Saint Saphorin, der ihn anfangs noch zu ernst nimmt und von Townshend über den wahren Charakter des Mannes aufgeklärt werden muß ³⁾. Bald fällt er auf, ebenso durch sein liederliches Leben wie durch seine Propaganda für die Sache des Prätendenten ⁴⁾. England wird, sagt er, ein neues Parlament bekommen, ein neues Ministerium, vielleicht eine ganz neue Regierung. Er macht Eindruck mit seinen Reden. „Sinendorff ist schon ein ganzer Jakobit“ ⁵⁾.

Auch einen ausgearbeiteten Plan zur Errichtung des Stuartischen Königtums scheint Wharton vorgelegt zu haben ⁶⁾. Der Prätendent sollte diesem Plan zufolge unerkannt von Rom nach Wien reisen, dort einen geheimen Vertrag mit Österreich und Spanien schließen, darin dem letzteren — allerdings erst für den Fall seiner Thronbesteigung — Gibraltar und Minorka versprechen, dem ersteren nicht nur die Garantie der Kompagnie von Ostende, sondern auch den freien Handelsverkehr mit den englischen Kolonien in Ost- und Westindien. Von Wien geht

¹⁾ Townshend an Horace Walpole, 8./19. Oct. 1725. R. O.

²⁾ Saint Saphorin an Townshend, Wien 25. Juli 1725. R. O.

³⁾ Townshend an Saint Saphorin, Hannover, 23. Juli/3. Aug. 1725. R. O.

⁴⁾ Tilson an Dela Faye, Hannover, 6./17. Aug. 1725. R. O.

⁵⁾ Ders. an dens. 17./28. Aug. 1725. R. O.

⁶⁾ Wiedergegeben: Townshend Mss. 197.

es weiter nach Petersburg. Die Zarin Katharina ist auf seiner Seite. Sie wird ihn auf dem Wege über Archangel mit einer Truppenmacht von 10 bis 12 000 Mann in sein britisches Königreich entsenden, während von einer andern Seite spanische Truppen gelandet werden. Natürlich folgt ein allgemeiner Aufstand in England wie in Schottland, und man wird nur darauf achten müssen, daß nicht hier oder dort die Landungspläne durch das Dazwischentreten britischer Kriegsgeschwader verhindert werden.

Es ist einer jener zahlreichen phantastischen Pläne, die man geneigt wäre, scherzhaft zu behandeln, wenn man nicht durch den Ausblick auf das Jahr 1745 daran gemahnt würde, wie ernst sie gelegentlich werden konnten. Aber die englische Regierung war wachsam. Und da sie, selbst auf die Gefahr hin, gelegentlich mit wertlosen oder falschen Nachrichten bedient zu werden, das Geld nicht sparte, so fanden sich auch immer wieder Verräter im Lager der Jakobiten. Tatsächlich sind ja in der ganzen Regierungszeit des ersten Welfenkönigs alle bedeutenderen Pläne zur Erhebung des Prätendenten — und es waren ihrer nicht wenige — der britischen Regierung meist mit allen Einzelheiten schon bekannt geworden, ehe noch ihre Ausführung versucht war.

So geschah es auch dieses Mal. Ein ungetreuer Bote, dem wichtige Briefe anvertraut sind, die er von Petersburg nach Madrid zu bringen hat, läßt sie von Amsterdam aus in die Hände der englischen Regierung gelangen. Er erhält den klingenden Lohn, auf den er gerechnet hat, dazu Pardon, und die Aussicht auf weitere prompte Bezahlung, wenn es ihm gelingt, mehr dergleichen Material zu liefern, wenn er z. B. die interzipierten Briefe, nun, da man ihren Inhalt kennt, ruhig an ihre Adresse befördert, um dann auch die Antworten der englischen Regierung in die Hände zu spielen. Was man auf diesem Wege erfuhr, stimmt so ziemlich zu dem eben mitgeteilten Projekt Whartons ¹⁾. Die Zarin Katharina ist bereit, für den Prätendenten einzutreten. Es soll zwar erst im kommenden Frühjahr geschehen. Sie will darum die Verhandlung mit England und Frankreich inzwischen nicht abrechnen, sondern will, sagt

¹⁾ Townshend an Newcastle, 4. Oct. 1725. Very private. R. O.

Townshend, uns vielmehr mit der Hoffnung auf ein Abkommen amüsieren, um Zeit zu gewinnen für die Ausführung ihrer Pläne. Man hört auch von drei Schiffen, die auf der Hebrideninsel Lewis einen Teil ihrer Ladung, bestehend aus Kriegsmaterial, gelassen haben. Mit dem übrigen sind sie weitergefahren, sie liegen zur Zeit im Hafen von Cadix, und ihre Vorräte sollen durch zwei weitere von Rußland kommende Schiffe ergänzt werden. An der Richtigkeit dieser Nachrichten scheint kein Zweifel möglich. Townshend gibt sogar den Wortlaut von ein paar Briefen wieder, die von jakobitischer Hand aus Rußland nach Spanien gegangen sind ¹⁾. Doch der Minister fürchtet nichts. „Noch haben wir sechs Monate Zeit, um alle schlimmen Pläne unserer Feinde zu vereiteln.“

Aber die Nachrichten werden ernster. Townshend überlegt ²⁾, in welchem der Reiche Georgs I. wohl am meisten Gefahr drohe. Nicht in England, „denn da sind wir vor jedem Anschlag sicher.“ Nicht in Schottland; denn es wäre doch merkwürdig, wenn die Häupter der Hochlande in so großer Zahl ihre Unterwerfung angeboten und um Pardon gebeten haben sollten, wenn sie daneben noch die leiseste Hoffnung oder Aussicht hätten auf eine Erhebung daselbst zugunsten des Prätendenten. „Irland aber ist, fürchte ich, die Stelle, wo der König von Spanien, wenn er festhält an seinem jakobitischen Plan, den Anfang machen könnte mit einem Anschlag auf uns.“ Ein solcher Anschlag, mit Geist und mit Nachdruck in Irland unternommen, würde in England großen Schrecken verbreiten, wenn auch die Gefahr viel geringer wäre als im Jahre 1690, als die Papisten in Irland fast die Herrschaft besaßen und dazu die Macht Frankreichs hinter sich hatten.

So die sorgenvollen Ergüsse des in Hannover weilenden Ministers. Niemand außer Newcastle, dem Kollegen, und Robert Walpole, dem Schwager Townshends, darf von diesen Dingen etwas erfahren. Aber Abhilfe tut not. „Ich bin entsetzt, wenn ich sehe, wie ganz unvorbereitet wir sind, wie wir keinerlei maritime Kräfte bereit haben, die wir einer solchen Invasion

¹⁾ In dem Briefe eines gewissen Henry Stirling aus Petersburg vom 25. Juli 1725 heißt es: *I have already assured you of the unalterable good wishes of this factory (i. e. the Court of Petersburg).* Regencies 20. R. O.

²⁾ An Newcastle, Hannover, 16./27. Nov. 1725. R. O.

auf die erste Nachricht entgegenwerfen könnten. So drängt er auf möglichst geräuschlose Vorbereitungen für das kommende Frühjahr. Der Ruf des Ministers hat in England ein Echo gefunden. Als das Frühjahr kam, waren zum Staunen der Welt drei große Flottenexpeditionen ausgerüstet, um alle feindlichen Unternehmungen zu vereiteln. Wir werden davon hören, wie sie entscheidend eingriffen, in der Ostsee gegen Rußland, in Westindien an der Schwelle der Reichtümer Spaniens, im Mittelmeer zur Unterbindung jeglicher gemeinsamer Unternehmung der Wiener Alliierten.

* * *

Aber nicht allein auf die militärische Rüstung kam es an. Auch im Parlamente mußte die Regierung sich stark zeigen, wenn es galt, ihre Politik zu rechtfertigen. Auch hier waren Schwierigkeiten zu überwinden, auch hier standen Kämpfe bevor. In Wien rühmte sich schon der bizarre Herzog von Wharton, er werde den Vertrag von Hannover unter dem Gesichtspunkte bekämpfen, Georg I. hätte einen solchen Vertrag überhaupt nur als Kurfürst schließen dürfen, aber nicht als König. Und ferner zeigte er eine Abschrift des Briefes herum, in dem Georg I. dem Könige Philipp von Spanien Gibraltar versprochen hatte (das Original hatte Ripperda aus Spanien mitgebracht) ¹⁾. Dazu bemerkte Townshend zutreffend ²⁾, der König habe ja in seinem Briefe die Abtretung von der Zustimmung des Parlaments abhängig gemacht, was jeder vernünftige Mensch in dem Sinne verstehen müsse: sie werden Gibraltar niemals erhalten.

Gleichviel, Townshend war der Meinung, der Vertrag von Hannover müsse gleich am Anfang der Session dem Parlamente vorgelegt werden. „Ich betrachte“ sagt er ³⁾; „die Zustimmung des Parlaments und die Ausrüstung einer tüchtigen Flotte als das Leben und die Seele dieses Vertrages und als das einzige Mittel, Frieden und Ruhe zu Hause zu erhalten.“ Townshend sandte auch schon einen ersten, und bald einen zweiten Entwurf nach England für die Thronrede, die der König bei der Eröffnung

¹⁾ Carrard an Townshend, Wien, 27. Oct. 1725. R. O.

²⁾ Townshend an Newcastle, Göhrde, 28. Oct./8. Nov. 1725. R. O.

³⁾ An Newcastle, Hannover, 16./27. Nov. 1725. R. O.

des Parlaments sprechen möge¹⁾, Townshend ahnte nicht, daß sein Schwager Walpole die gesamte Lage der Dinge ganz anders ansah als er, und er ahnte nichts von dem Konflikte, in den er bald mit dem Schwager geraten würde. Townshend sieht nur diese beiden Punkte: „Ein kraftvolles Auftreten bei der Eröffnung des Parlaments und zum Frühjahr eine gute Flotte, und alles wird gut ausgehen für die Ehre des Königs und für das Heil der Nation.“

So war der Sommeraufenthalt in Hannover zu Ende gegangen, und man rüstete sich zur Heimfahrt. Auf der Rückreise schwerer Sturm. Das Schiff mit dem Monarchen und Gefolge wird in den kleinen Hafen von Rye verschlagen. Mehrere Tage muß man dort warten, bis die nun hierher beorderten Reisewagen zur Stelle sind, und ihr Eintreffen wird noch durch einen starken Schneefall verzögert. So ist das alte Jahr vorübergegangen, und es ist Januar geworden, bevor Georg I. endlich in seine Hauptstadt zurückkehrt.

¹⁾ An Newcastle, 30. Nov./11. Dec. 1725. R. O.

Elftes Kapitel.

Englands Machtentfaltung zur See, die Belagerung Gibraltars und die Friedenspräliminarien.

Der Premierminister hatte in diesem Jahre das schöne Herbstwetter genießen wollen. Er hat seinen gewohnten Landaufenthalt in Norfolk länger ausgedehnt als gewöhnlich. Von den Vorgängen in Hannover hat er nicht viel vernommen. Es ist Dezember geworden, bevor Walpole in die Stadt gekommen ist¹⁾, in das Zentrum der Geschäfte. Nun erst liest er die Depeschen, die sein Schwager Townshend im Laufe der letzten Wochen an Newcastle nach London gesandt. Er liest auch den Entwurf einer Thronrede, wie Townshend sie bei der kommenden Parlamentseröffnung dem Könige in den Mund legen möchte.

Walpole ist erschreckt und entsetzt. Alles, was er hört, und was er liest, klingt ihm wie Krieg und Kriegsgeschrei. „Wenn“, so schreibt er seinem Schwager nach Hannover, „wenn das Parlament in dieser Form eröffnet und wenn die Maßregeln durchgeführt werden, die Ihren Briefen an Newcastle zufolge — ich habe sie seit meiner Rückkehr sämtlich gelesen — beschlossen zu sein scheinen, so halte ich es für dringend notwendig, daß das Parlament schon Mitte Januar versammelt sei.“ Walpole warnt auch gerade im Hinblick auf die überall verbreiteten Kriegsgerüchte vor jeglicher Übereilung. Ein oder zwei Geschwader auszurüsten, ist es immer noch Zeit genug. Und er weist auch darauf hin, daß die Opposition, die beiden Pulteneys voran, auf Englands auswärtige Schwierigkeiten große Hoffnungen setzen, besonders auf die durch den Vertrag von Hannover geschaffenen Schwierigkeiten. „Ich habe mir den Spaß gemacht, einige ihrer Briefe zu öffnen. Sie reden sämtlich dieselbe Sprache“²⁾.

Townshend sucht sich zu rechtfertigen²⁾. „Ich war durchaus gefaßt auf Ihre Bedenken hinsichtlich meiner Skizze für

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 492.

²⁾ Ebd. 494.

die Thronrede. Sie mag im Ausdruck gemildert werden. Aber ich hoffe, wenn wir zusammenkommen, Sie bald davon überzeugen zu können, daß ein Krieg jetzt nur noch durch starke Beschlüsse unseres Parlaments verhindert werden kann.“ Und er weist hin auf die Pläne des Kaisers. „Sie sind so umfassend und so gefährlich für ganz Europa und für uns, wie nur je diejenigen Ludwigs XIV. gewesen.“ Townshend ist damals, vor der Rückkehr nach England, offenbar in einer Stimmung, so erregt und so entschlossen, daß ihm der Gedanke an einen baldigen Ausbruch des Krieges bereits geläufig ist und nichts Schreckliches für ihn hat. Ja, er soll einen Brief an Horace Walpole geschrieben haben¹⁾, in dem er schon von der Eroberung und Aufteilung der österreichischen Niederlande sprach. Mit dergleichen hätte er seinem Schwager, dem Premier, nicht kommen dürfen.

Der Schreckschuß des Hannover-Vertrages hat Walpole gleichsam aus beschaulicher Ruhe aufgerüttelt, hat ihn, für den der Friede die Voraussetzung seiner ganzen Politik bildete, gezwungen, von nun an auch den auswärtigen Fragen, die ihn bisher so wenig interessiert haben, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Er hat sie fortan nie mehr aus den Augen gelassen, und es ist gewiß kein Zufall, daß in seinem handschriftlichen Nachlaß, den der Verfasser im Schlosse Houghton Hall fand, die Akten über die auswärtige Politik erst vom Jahre 1725 an in steigender Menge vorliegen. Er wollte sich in Zukunft nicht wieder in gleicher Weise überraschen lassen, und es ist, wenn wir seine weitere Laufbahn überblicken, auch wirklich nicht geschehen. Wie er in den dreißiger Jahren mit unvergleichlichem Geschick und entgegen den Wünschen des tatendurstigen Königs sein England den Kriegswirren fernzuhalten verstand, davon wird noch zu reden sein. In den spanischen Krieg aber ist er hineingerissen worden gegen eigenen Wunsch und Willen, und nicht, ohne daß er das Kommende voraussah. So ist ihm das Ereignis von 1725 zu einer eindringlichen Lehre geworden, und zu einem Wendepunkt in seiner Laufbahn.

Walpole soll damals, 1725, Rücktrittsabsichten geäußert haben. „Unser großer Mann“, heißt es im Dezember²⁾ — Georg I.

und Townshend sind noch nicht zurückgekehrt — „unser großer Mann soll gesagt haben, wir werden keinen Krieg bekommen, und wenn es doch geschehen sollte, so werde er seine Ämter niederlegen.“ Wir dürfen also annehmen, daß es, als Townshend kam, peinliche Auftritte zwischen den beiden Schwägern gegeben haben mag.

In Diplomatenskreisen¹⁾ erzählte man sich, Walpole habe Townshends „allzu hitzige Veranstaltungen“ mißbilligt. Er habe ihm zu verstehen gegeben, man dürfe England nicht so leichtsinnig in einen Krieg verwickeln, denn der Nation und den Ministern könnte großes Unheil daraus erwachsen. Und Walpoles Biograph Coxe, der noch im 18. Jahrhundert schrieb und uns viele Einzelheiten überliefert hat, die er aus dem Munde Horace Walpoles, des jüngeren Sohnes des Ministers, vernommen, schildert eine Szene, wie die beiden Schwäger einmal in einen heftigen Streit geraten seien über eine Frage der auswärtigen Politik. Kränkende Worte sind gefallen, und es kommt zu Tätlichkeiten. Die beiden Minister packen einander beim Kragen, die Degen fahren aus der Scheide, und es wäre sofort ein Duell gefolgt, hätte nicht die anwesende Gesellschaft sich dazwischen geworfen und das schlimmste verhütet. Coxe weiß allerdings das Thema, um das gestritten worden, nicht mehr zu nennen, und wahrscheinlich hat Horace Walpole selbst es nicht gekannt. Da nun Townshend im Jahre 1730 aus dem Amte schied, so meint unser Autor, den von ihm geschilderten Auftritt nahe an diesen Zeitpunkt heranrücken zu müssen, und versetzt ihn aufs Geratewohl ins Jahr 1729. Eine genaue Datierung wird vollends heute nicht mehr möglich sein. Doch wäre ich geneigt, den Vorfall in die Zeit zu verlegen, da die beiden Staatsmänner in ihrer Auffassung des Vertrages von Hannover so weit auseinander gingen. So könnte sich das Beschriebene wohl im Januar 1726 abgespielt haben. Für diese frühere Datierung spricht auch der Umstand, daß Townshend hier noch in voller Macht erscheint, während er gegen das Jahr 1730 hin an Ansehen und Entscheidungskraft bereits viel eingebüßt hat und gegenüber Walpole stark ins Hintertreffen geraten ist. Man hat es ja gern so ausgedrückt: war die Firma früher Townshend

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) I, 246.

²⁾ Portland Mss. 7, 411.

¹⁾ Bericht des österreichischen Residenten Palm vom 19. Februar 1726. W. St. A.

und Walpole gewesen, so war zuletzt die Formel Walpole und Townshend besser am Platze ¹⁾).

Genug, wir sehen, welch' eine starke Meinungsverschiedenheit innerhalb des englischen Kabinetts vorhanden war. Der vorstürmende Townshend auf der einen Seite, der besonnene, ruhig urteilende Walpole auf der anderen.

Allein man mußte praktische Politik treiben und die neue Session des Parlaments sollte beginnen.

Hier ist es notwendig, einige Worte über die bei der Eröffnung gehaltene Thronrede zu sagen. Sie ist in dreierlei Gestalt auf uns gekommen. Jener Entwurf, den Townshend nach Lonson gesandt, damit er Walpole zur Prüfung vorgelegt werde, stellte nicht einmal die erste, von ihm herrührende Niederschrift dar. Es existiert noch eine allererste Fassung. Da hat Townshend eine Ausdrucksweise gewählt, so scharf, so herausfordernd, daß jeder, der dieses las oder hörte, überzeugt sein mußte, England will den Krieg. Er zählt die vom Auslande drohenden Gefahren auf, die bedrängte Lage des Protestantismus, die Absicht fremder Mächte, „meine Untertanen wichtiger Zweige ihres Handels zu berauben, unter offener Verhöhnung der durch feierliche Verträge erworbenen Rechte und Privilegien“. Er spricht von den Anschlägen des Prätendenten, der immer bereit ist, die teuersten Interessen Englands zu opfern, und der jetzt auf die Hilfe einiger jener Mächte rechnen darf, „welche die Nation so schändlich und ungerecht behandeln wollen“. In solcher Lage hat er, der Herrscher, es für seine Pflicht gehalten, ohne Zeitverlust sich mit seinen Nachbarmächten ins Einvernehmen zu setzen. Er hat eine Defensivallianz geschlossen, welche, wenn nur das Parlament seine Unterstützung gewährt, „diese

¹⁾ Noch ein weiterer Umstand ließe sich für die frühere Datierung des in Handgreiflichkeiten ausgearteten Streites zwischen Walpole und Townshend anführen. In der 1727 von John Gay verfaßten *Beggar's Opera* findet sich die lustige Szene, wo die beiden Biedermänner Peachum und Lockit einander beim Kragen packen und sich wieder versöhnen, „weil das Interesse der Welt es fordert“. Die Anspielung auf den Streit zwischen Townshend und Walpole ist kaum von der Hand zu weisen, wäre aber nicht denkbar, wenn diese Szene erst 1729 gespielt hätte. Auch in der Ausgabe der Werke Swifts von Walter Scott (Brief Swifts an Gay vom 27. Nov. 1727) 17, 192* scheint die Szene der *Beggar's Opera* als eine Parodie auf den Streit zwischen Walpole und Townshend verstanden zu sein.

gefährlichen Pläne im Keime ersticken wird“ (Crush these dangerous projects in their infancy ¹⁾).

So redet eine Regierung, die zum Kriege entschlossen ist und ihn vorbereitet, und so hatte Townshend es in der Tat gemeint. Allein, er hat wohl selbst gefunden, daß diese Formulierung allzu schroff klinge. Er macht einen neuen Entwurf, und die Sprache ist ein wenig gemildert. Aber auch dieser zweite Entwurf ist noch drohend genug. Wer den ersten nicht kennt, wird auch diesen kriegerisch finden. Nur diesen hat Walpole gesehen und hat ihn mißbilligt. Die dritte Form aber, die wirklich gehaltene Thronrede, stimmt mit keinem der früheren Entwürfe überein. Sie hat denselben Inhalt, aber der Klang ist ein anderer geworden ²⁾. Hier will der König nicht mehr im Keime ersticken, er ist vielmehr zuversichtlich, daß die angelegte diplomatische Rüstung genügen werde, um den Frieden zu erhalten, und das europäische Gleichgewicht zu sichern, „das einzige Ziel aller meiner Bemühungen“.

Prägnanter als in dem Nacheinander dieser drei Fassungen könnte uns der Kampf der Geister gar nicht vor Augen gestellt werden. Der friedliche Walpole ist dem kriegslüsternden Townshend, hinter dem sogar der Monarch stand, in den Arm gefallen. Und zum Überfluß erzählt uns noch ein zeitgenössischer Brief ³⁾ mit dürren Worten, was vorgegangen ist. „Ich erfahre“, heißt es, „daß die Deutschen sämtlich für den Krieg waren, daß die Thronrede tatsächlich den kommenden Krieg ankündigen sollte, und daß nur Walpole es verhindert hat. Denn er wollte noch einmal den Weg der Verhandlungen beschreiten.“ Mit andern Worten, es ging um Krieg oder Frieden, und die Entscheidung lag in der Fassung der Thronrede.

* * *

Am 20. Januar 1726 a. St. wurde das Parlament eröffnet. Der König war in Person erschienen und in seinem Namen

¹⁾ Die Entwürfe finden sich als Beilagen zu den Briefen Townshends an Newcastle vom 16./27. Nov. u. 30. Nov./11. Dez. 1725. Regencies 20, R.O. Der erste Entwurf wird im Anhang mitgeteilt. Der zweite ist, wenig verändert, gedruckt bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 491 ff.

²⁾ Der Österreicher Palm hat freilich auch diese noch kriegerisch gefunden. Bericht vom 5. Febr. 1726. W. St. A.

³⁾ Portland Mss. 7, 418.

sprach der Lord Chancellor die Thronrede. Sie gab, wie wir eben gehört haben, nur noch einen schwachen Nachklang der Fanfaren Townshends, und der Grundton war friedlich. So ward sie mit Ruhe aufgenommen, und auch ihre Beantwortung durch die Dankadresse der beiden Häuser brachte keine Überraschung. Ebenso hatte es keine Schwierigkeit mit den vom Parlament votierten Bewilligungen, und da der König schon in der Thronrede erklärt hatte, die Armee über den Bestand des Vorjahres hinaus nicht vermehren zu wollen, so ward die bescheidene Ziffer von etwas über 18 000 Mann glatt bewilligt. William Shippen, der Jakobit, hielt zwar gewohnheitsmäßig seine Rede gegen die stehende Armee, doch wußte er nicht viel vorzubringen. Ein paar kleine Bosheiten über den gescheiterten Kongreß von Cambrai oder darüber, daß der König bald in London, bald in Hannover residire, das war so ziemlich alles. Und um noch etwas recht Unfreundliches über die Position des Königs als Deutscher Kurfürst hinzuzufügen, erklärte Shippen, es sei eben das Unglück Englands, daß es jetzt gerade von demjenigen Fürsten bedroht werde, dessen Vasall Georg I. sei. Ein kleiner Tumult erhob sich im Hause. Walpole und andere riefen: „Hört, Hört!“ Man meinte, der Redner lasse sich wohl zu einem noch keckeren Worte hinreißen, und man könne ihn dafür, wie schon einmal¹⁾, in den Tower sperren. Aber Shippen war auf seiner Hut; er vermied es, weiteren Anstoß zu erregen, und was er soeben gesagt hatte, war ja nur Wahrheit, wenn auch eine für englische Ohren peinlich klingende Wahrheit²⁾.

Wie in der Thronrede angekündigt, wurde der Wortlaut der Verträge von Wien und Hannover beiden Häusern vorgelegt. Bei den Commons gab Horace Walpole eine ausführliche Geschichtserzählung europäischer Diplomatie, mit dem Utrechter Frieden beginnend und mit dem Hannover-Vertrage schließend. Er verweilte ausführlich bei den gefährlichen Plänen von Karl VI. und Philipp V., nicht ohne in einer etwas künstlichen Konstruktion das Bild ein wenig zu dunkel zu malen. Nicht nur daß der Kaiser meint, der Verpflichtung ledig zu sein, die er mit der Garantie der protestantischen Succession für die Krone

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 746.

²⁾ Portland Mss. 7, 419.

Großbritanniens übernommen, sondern es ergeben sich daraus auch Folgen, d. h. Gefahren für die deutschen Besitzungen des Königs. Im Oberhause war es der Urheber des Hannover-Vertrages in eigener Person, der ihn verteidigte. Auch Lord Townshend wies hin auf die Gefahren für den deutschen Staat Georgs I.

Dies war aber auch der Punkt, wo der Angriff der Opposition in beiden Häusern einsetzte. Es war ihr leicht gemacht, auf den berühmten Artikel der *Act of Settlement* hinzuweisen, demzufolge England ohne Zustimmung des Parlaments niemals in einen Krieg verwickelt werden sollte zur Verteidigung der außerenglischen Besitzungen seines Königs. Shippen erhob sofort den Einwand, der Vertrag von Hannover verstoße gegen diesen Artikel. Henry Pelham erwiderte, der Artikel könne doch nicht den Sinn haben, daß die deutschen Besitzungen des Königs ein für allemal jeder englischen Unterstützung beraubt sein müßten. Noch peinlicher war die Aktion im Oberhause. Lord Lechmere beantragte, man solle in der vorgeschlagenen Adresse ausdrücklich fordern, daß der König die *Act of Settlement* nicht verletze. Lechmeres Antrag, kränkend für Georg I., wie er war, wurde mit 94 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Die Mitteilung der Verträge aber wurde von beiden Häusern mit Dankadressen beantwortet, in denen Lords wie Commons den Entschluß aussprachen, den König gegen alle Kränkungen und Angriffe seitens fremder Mächte unterstützen zu wollen, auch wenn diese Angriffe gerichtet sein sollten gegen „Herrschaften oder Gebiete, die nicht zur Krone Großbritanniens gehören“.

Die historische Bedeutung dieser Kundgebungen liegt darin, daß jetzt zum erstenmal jene Klausel der *Act of Settlement* ihre Kraft beweisen sollte. Zum erstenmal war der Kurstaat durch einen Angriff bedroht und England vor die Frage gestellt, ob es ruhig zusehen oder Hilfe leisten solle. Noch ist es nicht Ernst damit geworden. Das geschah erst in den vierziger Jahren, und wie heftig hat man damals wieder im Parlament und in der Literatur um die Frage gestritten. Immerhin war jetzt auch für kommende Zeiten der Grundsatz ausgesprochen, daß das in Personalunion mit der Krone Großbritanniens vereinigte deutsche Kurfürstentum auch von der Seite Großbritanniens nicht schutzlos gelassen werden dürfe.

Aber eben diese Seite der Sache war es auch, um deren willen sich Walpole mit dem Vertrage von Hannover nicht befreunden konnte. Die Sorge vor einer Gefahr für Hannover hat ihn ebenso, wie die Sorge vor der stuartischen Gefahr niemals verlassen. Und es liegt eine leise Tragik darin, daß von nun an gerade er immer wieder, und bis an das Ende seiner Laufbahn, den Vorwurf zu hören bekam, er habe durch die Allianz von Hannover die Politik Englands auf ein falsches Geleise geschoben, er, der in Wahrheit an diesem Werke völlig unschuldig war, der das nicht von ihm geschaffene nur halb widerwillig übernommen hatte und es nun trotzdem von hoher Stelle aus immer wieder rechtfertigen mußte.

* * *

In diesem Augenblicke aber, und da die Entwicklung nicht aufzuhalten war, ist auch Walpole sogleich vollkommen bei der Sache. Ohne ihn gab es keine Entscheidung. Parlamentarische Bewilligungen, von denen alle weiteren Schritte der Regierung abhängen, können nur durch ihn herbeigeführt werden. Freilich sind die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, mit dem Gesagten noch nicht einmal erschöpft. Wir verweilen noch einen Augenblick bei der inneren Lage Englands.

In den Berichten des kaiserlichen Residenten Palm in London ¹⁾ finden sich in diesen Monaten hin und wieder eingestreute Bemerkungen in chiffrierter Form. Es hätte darnach ein gewisser Gegensatz bestanden zwischen den Ministern und dem Könige selbst. Baron Bothmer, der Chef der deutschen Kanzlei Georgs I., und als solcher gleichsam der persönliche Anwalt des Monarchen gegenüber seiner englischen Umgebung, Bothmer bedauert die „Hitzigkeit“, mit der verfahren werde. Hätte man nur, meint er, auf die vermittelnden Vorschläge des Kaisers gehört, ehe die Sache ans Parlament kam, so hätte sich wohl alles beilegen lassen. Dem Könige, meint Palm, mag bei diesem herausfordernden Auftreten seiner Regierung „nicht gar wohl zu Mute sein“. Doch er ist in ihren Händen und würde es gewiß mit Freuden begrüßen, wenn der Gang der Ereignisse ihn von diesem Zwange erlösen würde.

¹⁾ Im Wiener Staatsarchiv. Wir kommen auf die Person Palms noch zurück.

Nicht genug damit, man hört ¹⁾ von einer Korrespondenz zwischen der Herzogin von Kendal und der Kaiserin. Denn auf diesem Umwege sei Karl VI. von dem Wunsche Georgs I. unterrichtet worden, den Streit der Mächte auf gütliche Weise beigelegt zu sehen. Der Entsendung des Kuriers aber sei eine erregte Szene vorangegangen, eine Konferenz des Königs und der Kendal mit Walpole und Townshend. Die Geister sind heftig aufeinander geplatzt. Der hitzige Townshend hat es durchgesetzt, daß diesem Schreiben zufolge von Versöhnung nicht anders die Rede sein durfte, als wenn zuvor über Ostende volle Klarheit herrsche.

Man sieht, Walpole ist auf die scharfe Tonart eingegangen, die Townshend angeschlagen hat. Dieser spielt mit dem Feuer, er scheut nicht zurück vor einem kriegerischen Zusammenstoß. Walpole aber ist ihm gefolgt und hat auch den zögernden König dafür gewonnen. Aber nun ist er es, der die Kräfte des Landes in Bewegung setzt, um diese Politik mit allem Nachdruck durchführen zu können. In dieser Haltung ist er bewundernswürdig. Seine Ministerlaufbahn hat wohl nicht viele größere Momente aufzuweisen als diesen, da er gegenüber einer gehässigen Opposition im Parlament und, nur gestützt auf eine gekaufte Majorität, den widerstrebenden König zur Seite und nach außen mit unsicheren Bundesgenossen (wir werden hören, wie bald Preußen abgeschwenkt ist) gegenüber einer gefährlichen Koalition, wie also Walpole als der eigentlich Leitende und Verantwortliche die Ehre und das Interesse Großbritanniens vertritt, ja, wie er in solcher Lage es noch wagen darf, dem eigenen Staate die schwersten Lasten aufzubürden. Dafür sichert er dem englischen Staate aber auch die Führung unter den auf gleicher Seite streitenden Genossen. Und kein Zweifel, es ist wahrhaft nationale englische Politik, für die er eintritt.

Schon hatte Walpole das Seinige getan, um das Gewicht Englands voll in die Waagschale der Entscheidungen werfen zu können. England sollte stark zur See erscheinen. In einer Botschaft an das Unterhaus läßt er den König eine Erhöhung der Seestreitkräfte fordern, insbesondere eine Vermehrung der Zahl der Matrosen. In der Debatte, die sich entspinnt, ist es wieder

¹⁾ Palm, 14. Mai 1726. W. St. A.

der ewig tadelnde Shippen, der mit der unbequemen Bemerkung auftritt, die Regierung habe noch nicht einmal über die Verwendung einer 1717 bewilligten Summe von einer Viertel-million £ dem Hause Rechenschaft abgelegt. Er beantrage darum, ehe man weitergehe, in einer Adresse an den König diese Rechenschaft zu fordern. Der Antrag wurde abgelehnt. Am nächsten Tage aber wurde das Thema in sechsstündiger Debatte von neuem erörtert. Robert Walpole, wohl präpariert, hielt eine große Lobrede auf den König und veranlaßte seinerseits eine Adresse, in der der Monarch gebeten wurde, jede ihm notwendig erscheinende Vermehrung der Seestreitkräfte herbeizuführen. Das Unterhaus werde es an den nötigen Bewilligungen nicht fehlen lassen. Und trotz einiger spitziger Reden des Oppositionsmannes William Pulteney wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen. „Man weiß sich keiner so hitzigen Debatte zu erinnern“, schreibt Palm ¹⁾. Denkwürdig ist sie aber aus dem Grunde, weil durch dieses parlamentarische Gefecht die Haltung Englands auch in dem kommenden Spiel der Kräfte draußen in der Welt festgelegt wurde.

* * *

Unterdessen waren an den Höfen Europas die Bemühungen zur Erweiterung der Allianzen in vollem Gange. Hie Wien, hie Hannover! Mit leidenschaftlichem Eifer arbeitete man auf beiden Seiten daran, neue Bundesgenossen zu gewinnen. Zwei Jahre lang bildet dies den Hauptinhalt der diplomatischen Geschichte Europas. Die politische Rüstung sollte mit der militärischen Schritt halten.

Daß Rußland unter der Zarin Katharina, die sich die politischen Gedanken ihres verstorbenen Gemahls so völlig zu eigen gemacht, für die Allianz von Hannover nicht zu haben sei, hatte sich bald genug herausgestellt. England richtete sich darauf ein, gegen dieses Rußland mit bewaffneter Macht vorzugehen, wie einst gegen Peter den Großen. Ein englisches Geschwader lag schon in der Ostsee, als die Nachricht eintraf, Katharina sei der Wiener Allianz beigetreten. „Jetzt kann

¹⁾ Bericht vom 16. April 1726 (W. St. A.). Die dürftigen Angaben der Parl. Hist. 8, 516—17 werden erst durch diesen Bericht verständlich.

allerdings“, schrieb der befehlige Admiral ¹⁾, „von Verhandlungen mit ihr nicht mehr die Rede sein.“ Er war herzlich froh, daß ihm dies erspart blieb. Denn er verstand keine Sprache außer seinem Englisch. „Und ich weiß wohl, welch eine armselige Figur so ein Mensch an einem Hofe macht.“

Das österreichisch-russische Bündnis zeigte sich der Welt in doppelter Form. Zuerst trat Karl VI. einem 1724 geschlossenen russisch-schwedischen Bündnisse bei; dann erst folgte am 6. August 1726 der eigentliche Anschluß Rußlands an die Wiener Allianz. Da nun aber auch der alte Gegensatz Rußlands gegen die skandinavische Gruppe wieder lebendig wurde, so ward andererseits Schweden durch die Gewalt der Umstände den Alliierten von Hannover in die Arme getrieben. Auch mit Dänemark ging es ähnlich. Der formelle Beitritt dieser beiden ist freilich erst im März und April 1727 erfolgt.

Eine merkwürdige Schwenkung hatte sich in der Haltung Preußens vollzogen ²⁾. Der von Friedrich Wilhelm allzu hastig und ohne Befragen des Ministers geschlossene Vertrag vom 3. September schien ihm bald seinen Interessen nicht mehr zu entsprechen. Er hört von dem phantastischen Plane Townshends, die ganzen österreichischen Niederlande zu erobern und sie zwischen England, Frankreich und Holland aufzuteilen. Das wäre ja freilich die einfachste Lösung der Angelegenheit von Ostende gewesen. Aber Friedrich Wilhelm fühlt sich sofort in seinem reichspatriotischen Empfinden berührt, da die österreichischen Niederlande zum Reiche gehören. Er hat ja auch kein eigenes Interesse an Ostende. Warum soll er um Ostendes Willen den Degen ziehen? Die Westmächte, findet er, wollen ihn zu ihrem Laufburschen, ihrem *gallopin* herabwürdigen. Er stellt 18 Punkte auf, über die er eine befriedigende Auskunft haben müsse, sonst könne er nicht weiter mitgehen. Auch seine Familienverhältnisse spielen eine Rolle. Wenn er von dem Heiratsplan der englischen und preußischen Kinder spricht, so erhält er ausweichende Antworten. „Man will mich“, sagt er, „mit der Hoffnung zur Heirat nur so lange flattieren und hinhalten, bis man meiner nicht mehr nötig hat.“

¹⁾ Wager an Tilson, 28. Aug. 1726. R. O.

²⁾ Vgl. Droysen, Friedrich Wilhelm I. 1, 389.

Die Westmächte wurden mit Recht besorgt. Der Franzose Rottembourg sagte bedenklich, Preußen werde doch nicht die Allianz verlassen wollen, ehe sie warm geworden, und Frankreich machte den Vorschlag¹⁾, wenn Holland beitrete (noch war es nicht geschehen), so möge Preußen den von Ostende handelnden Artikel nicht mit unterzeichnen. Dafür möge Holland sich auch Preußen gegenüber nicht so weit verpflichten, wie England und Frankreich es getan haben.

Nun waren aber schon gleich nach dem Tode Peters des Großen auch zwischen Preußen und Rußland Verhandlungen eingeleitet worden, um das gute Einvernehmen auch nach dem Thronwechsel zu erhalten. Da mußte es auf Friedrich Wilhelm tiefen Eindruck machen, als er sah, wie Katharina sich auf die Seite Karls VI. wendete. Und sein Verweilen in der Allianz von Hannover schien um so unvereinbarer mit dem geplanten russischen Bündnisse, als sich England durch seine Ostsee Expedition bereits als offener Gegner Rußlands gezeigt hatte.

Genug, Friedrich Wilhelm gab das Bündnis mit den Westmächten preis und schwenkte hinüber auf die Seite Rußlands. Am 6. August 1726 war in Wien die russisch-österreichische Defensiv-Allianz geschlossen worden, am 10. ward in Petersburg das Bündnis Friedrich Wilhelms mit Katharina unterzeichnet. Die logische Folge dieser Politik war aber auch der Anschluß an Österreich. Nicht an die Wiener Allianz, denn das hätte ebenso ein Verwickeln in weltweite, dem Preußenstaate fremde Interessen bedeutet, wie die nun fallen gelassene Verbindung mit den Westmächten. Für ein Bündnis mit Österreich allein lagen jedoch klare, durchsichtigere Verhältnisse vor. Die Garantie der Pragmatischen Sanktion auf der einen Seite, Jülich und Berg auf der andern, um diese Fragen drehte sich die Verhandlung. Sie wurde durch Graf Seckendorff, den alten Freund Friedrich Wilhelms, vertraulich und amtlich zugleich, geführt²⁾. Man einigte sich unschwer über die Hauptpunkte. Friedrich Wilhelm bat, ihm die Successionsordnung von 1713 „in authentischer Copia“ mitzuteilen. Ich zweifle nicht, daß es geschehen

ist¹⁾. Nur über die Jülichische Erbschaft ward keine volle Klarheit erzielt, da der Kaiserhof sich eben auch durch ein Abkommen mit Kurpfalz gebunden hatte²⁾. So geschah es, daß der am 12. Oktober im Schlosse Wusterhausen unterzeichnete Vertrag vom König vorläufig nicht ratifiziert wurde. In aller Form ward das preußisch-österreichische Bündnis erst zwei Jahre später geschlossen durch den Berliner Vertrag vom 23. Dezember 1728.

Die Wendung der preußischen Politik von der Seite der Westmächte hinüber zum Hause Österreich hatte noch eine besondere Bedeutung für die innerdeutschen Verhältnisse. Ein Religionskrieg im Reiche war nun nicht mehr zu befürchten. Gewissermaßen war diese 1719 aufgetauchte Gefahr erst jetzt beseitigt, da der stärkste unter den protestantischen Reichständen dem Kaiser politisch an die Seite getreten war.

Aber auch für Preußen und für die Politik Friedrich Wilhelms brachte die eben geschilderte Schwenkung ein neues Programm seiner Politik. Werfen wir einmal einen Rückblick auf die englisch-preußischen Beziehungen seit der Thronbesteigung Georgs I. Wir wissen, daß Friedrich Wilhelm in einer Reihe von Verträgen sich zunächst nur mit Hannover, dann aber auch mit England zu gemeinsamer Politik verbunden hatte. Anfangs, im Kampfe gegen Karl XII., war die Eroberung deutsch-schwedischer Lande das Ziel gewesen. Durch die Verträge von 1719, 1723, 1725 war Preußen gleichsam zu einem Gliede in der englisch-europäischen Politik geworden. Die Allianz von Hannover bezeichnet den Höhepunkt dieses Systems. Die Rolle, die Preußen dabei spielte, ist nicht gerade imponierend. Es handelt sich für die englischen Staatsmänner in erster Linie darum, bei der Kleinheit ihrer eigenen Landmacht, über die preußischen Bataillone für ihre politischen Zwecke verfügen zu können. Die eben aufgezählten Verträge haben doch eine verzweifelte Ähnlichkeit mit jenen häßlichen Militärkonventionen, durch

¹⁾ Vermutlich handelt es sich hier um die im Geh. Staats-Archiv unter Akten aus dem Jahre 1713 aufbewahrte Abschrift. Vgl. meine Abhandlung: Das Original der Pragmatischen Sanktion Karls VI. (Abhandlungen der Preuß. Akademie der Wiss. 1929, Phil.-hist. Kl. Nr. 1), S. 29, 37. Ich gedenke, auf die Sache an anderer Stelle zurückzukommen.

²⁾ Vgl. Löwe, Preußens Staatsverträge. 311 ff.

¹⁾ Ebd. 391.

²⁾ Vgl. das Material bei Förster, Friedrich Wilhelm I. 1.

welche deutsche Landesfürsten damals und später ihre Armeen gegen hohe Subsidienszahlung an auswärtige Staaten, besonders gerade an England, zu vermieten pflegten. Es ist der übel berüchtigte Soldatenhandel deutscher Fürsten im 18. Jahrhundert. Für Preußen ist mit der Allianz von Hannover der Höhepunkt erreicht, nicht nur in seiner Annäherung an England, sondern auch in der eben angedeuteten Abhängigkeit von der Politik von St. James's. Dann aber hat Friedrich Wilhelm, der in seiner auswärtigen Politik ewig schwankende, das Steuer seines Schiffeleins entschlossen herumgeworfen und einen neuen Kurs eingeschlagen. Er hat sich losgesagt von der nur halb selbständigen Politik seiner jungen Jahre, die auch die Politik seines Vaters war. Aus dem Kreise jener deutschen Mittelstaaten, mit denen England Verträge schließt, um ihre Soldaten für seine eigenen Interessen marschieren, um durch sie seine Schlachten schlagen zu lassen, aus diesem Kreise ist Preußen ausgeschieden, nicht erst durch die geniale Politik Friedrichs des Großen, sondern nach allem Schwankem schon durch das gesunde politische Empfinden Friedrich Wilhelms I.

* * *

Die Abkehr Preußens von der Allianz von Hannover war schon bevorstehend, als nach langem Zögern die Generalstaaten dem Bunde der Westmächte beitraten. Holland und Preußen, diese beiden nebeneinander in der Koalition unterzubringen, schien in der Tat unmöglich. Holland hatte nichts gemein mit der Frage der Jülichischen Erbschaft. Ja, es fürchtete sich vor einer Stärkung der preußischen Militärmacht in seiner nächsten Nachbarschaft. Andererseits hatte, wie gesagt, Preußen kein Interesse an Ostende. Und um Ostende war es ja den Holländern ganz vornehmlich zu tun.

Aber auch davon abgesehen, waren der Gründe genug, um den Beitritt Hollands zur Allianz von Hannover, den in Artikel 7 wie etwas Selbstverständliches vorweggenommenen Beitritt, zu verzögern. Gelegentlich verlangen die Generalstaaten die Unterstützung Englands und Frankreichs in ihrem Kriege gegen Algier. Gelegentlich ist auch die Rede von einem Gewaltstreich gegen Ostende. Man will ein paar englische Kriegsschiffe vor Ostende kreuzen lassen, und sollte die Kompagnie es wagen — aber sie

wird es wohl nicht wagen — ihre Ostindienfahrer hinauszusenden, so wird man sie ergreifen. Ein Hin und Her von Streitfragen und Bedenken. Fast ein Jahr war vergangen seit dem Abschluß in Hannover, als endlich am 15. August 1726 Holland dem Bunde beitrug.

Aber nicht nur die großen Mächte wurden in den Streit hineingerissen, auch die deutschen Mittelstaaten sollten Partei ergreifen. Immer mannigfaltiger, immer verwickelter wurden die Motive, die hier hereinspielten. Neben den politischen Gesichtspunkten wirkt auch der immer lebendige Gegensatz der Konfessionen. Und was bei diesem Wettlauf um den Anschluß der wichtigeren deutschen Mittelstaaten noch ein besonderes Interesse weckt, das ist die Beobachtung, wie hier auch das Staatsrecht zu Worte kam. Die Freunde der Wiener Allianz beriefen sich auf die Würde und Autorität des Kaisers. Sie waren geneigt, das Tun der Alliierten von Hannover als einen Akt der Empörung gegen das Reichsoberhaupt zu brandmarken. Der berühmte Rechtslehrer Johann Jakob Schmauß hat, man weiß nicht mehr, in wessen Auftrage¹⁾, ein Gutachten verfaßt über die Allianz von Hannover „und wie sich desfalls zu benehmen sein möchte“.

Er geht zwar aus von dem Bündnisrecht, das den Reichsständen durch den westfälischen Frieden verliehen sei, und von der Garantierung dieses Friedensschlusses durch Frankreich. Doch meint er, diese Garantie könne sich nicht auf die inneren deutschen Verhältnisse beziehen. Denn für diese seien der Kaiser, die Reichsgerichte, der Reichstag und die Kreistage da. Erst wenn diese, die zuständigen Instanzen, versagten, dürfte von der Anrufung des Auslands die Rede sein. Darum sei es nicht abzusehen, wie die beiden Kurfürsten (Georg I. und Friedrich Wilhelm) „Anlaß nehmen mögen, die Garantie von Frankreich herein zu vermengen, und eine Krone, welche Teutschland jederzeit und noch *dato* in die äußerste Gefahr gebracht ... unter dem Prätext einer Garantie des Westfälischen Friedens zum Protectore der Reichsfreiheit zu machen“. Und ferner, wie die Alliierten von Hannover für den Fall eines Reichskrieges gegen Frankreich

¹⁾ Nach einer gütigen Mitteilung der Direktion des General-Landesarchivs Karlsruhe, wo sich das Gutachten handschriftlich heute befindet.

zwischen Offensiv- und Defensivkrieg unterscheiden, und wie sie die Erfüllung ihrer durch die Reichsverfassung gebotenen Pflicht, nämlich die Gestellung ihrer Kontingente, davon abhängig machen wollen, ob es sich um Angriff oder Verteidigung handle, das geschehe nur, „um ihre schlimmen Intentionen zu bemänteln“.

In seiner Verurteilung der Allianz von Hannover versteigt sich Schmauß zu der grotesken Formulierung: „so lang das teutsche Reich steht, ist dergleichen Unternehmen von keinem Reichsstand erhört worden.“ Er findet, daß alle früheren, gegen Kaiser und Reich gerichteten Verbindungen deutscher Fürsten, der Schmalkaldische Bund, die protestantische Union, die Haltung von Kurköln, Münster und Schweden im Kriege von 1672, von Bayern und Köln im spanischen Erbfolgekriege, alle diese Erhebungen, sie sind in seinen Augen Empörungsversuche; er findet sie dennoch harmlos und entschuldbar, wenn er sie mit der Allianz von Hannover vergleicht. Und als die eigentliche Quelle für eine solche Handlungsweise betrachtet er die berühmten, von ihm selbst aber scharf verurteilten Werke von Hippolytus a Lapide und Severinus de Monzambano. Hatte der erstere den Kaiser nur noch als einen *primus inter pares* unter den Gliedern des Reiches gelten lassen wollen, hatte der zweite vom Deutschen Reiche als einem irregulären, einem Monstrum gleichenden Gebilde gesprochen, so meint Schmauß, in dem Tun der Alliierten von Hannover deutlich die Früchte solcher Lehren erkennen zu sollen. Man sieht, zwei grundverschiedene Auffassungen des deutschen Staatsrechts standen hier einander gegenüber. Wollte man das schwankende Verhalten der deutschen Staaten, soweit sie überhaupt politisch hervortraten, auf eine verfassungsgeschichtliche Formel bringen, so möchte man von zwei Gruppen reden. Die einen sind kaisertreu und konservativ, sie halten es mit der Wiener Allianz, und ihr Theoretiker ist Johann Jakob Schmauß. Die anderen stellen sich auf den Boden des freien Bündnisrechts, sie berufen sich auf Artikel 8 des westfälischen Friedens, sie neigen zum Anschluß an die Verbündeten von Hannover und stehen auf dem Rechtsstandpunkt der großen Schriftsteller des 17. Jahrhunderts, sie berufen sich auf Hippolytus a Lapide und auf Severinus von Monzambano.

* * *

Da der Konflikt ja nicht zu einem allgemeinen Kriege geführt hat, so sind auch die hier zu nennenden deutschen Mittelstaaten nicht ins Treffen gekommen, und die Frage ihres Anschlusses an die eine oder andere Gruppe blieb ohne allzu große praktische Bedeutung. So seien sie nur in Kürze genannt. Das Schweden nahestehende Hessen-Cassel schloß am 12. März 1726 ein Bündnis mit England.

Sachsen schwankte lange. Seitdem aber Preußen sich auf die Seite Österreichs gestellt hatte und Seckendorffs Bemühungen nun auch in Dresden einsetzten, näherte auch Sachsen sich sowohl dem Kaiser wie Preußen und schloß in diesem Sinne einige Verträge¹⁾. Der von England mit Braunschweig-Wolfenbüttel getroffene, geschlossene Vertrag vom 25. November 1727 wird uns noch in anderem Zusammenhange beschäftigen. Etwas mehr ist über die Gruppe der Wittelsbacher, Bayern, Köln und Pfalz, zu sagen.

Bayern ward von beiden Seiten stark umworben. Die Familie des Kurfürsten war freilich seit zwei Generationen mit den Habsburgern verschwägert. Aber gerade dies wurde die Quelle eines gewissen Gegensatzes. In Bayern fand man, daß durch die Pragmatische Sanktion das Recht Bayerns gekränkt sei. Und dabei berief man sich nicht allein, ja nicht einmal in erster Linie auf die 1722 geschlossene eheliche Verbindung des Kurprinzen mit der jüngeren der beiden josephinischen Erzherzoginnen. Denn hier war ohnedies durch die Heirat mit der älteren der Anspruch Sachsens noch besser begründet. Man ging vielmehr zurück auf das 16. Jahrhundert, auf die Heirat Albrechts V. mit der Habsburgerin Anna, der Tochter Ferdinands I. Genug, einer engen politischen Verbindung der Häuser Habsburg und Wittelsbach schien das durch die Pragmatische Sanktion geschaffene Recht Maria Theresias im Wege zu stehen.

So meinten denn die Alliierten von Hannover auf den Anschluß Bayerns mit Sicherheit zählen zu dürfen. Aber auch von österreichischer Seite suchte man Bayern zu gewinnen. Der Kurfürst war also in der angenehmen Lage, mit der einen wie der andern Seite über die politischen Vorteile, die man ihm bot, verhandeln zu können. Dann kam er mit dem Vorschlage

¹⁾ Vgl. Löwe, a. a. O., 340.

einer französisch-bayrischen Separatallianz, worauf aber England und selbst Frankreich nicht eingehen konnten. Im Auftrage Englands war wiederholt Saint Saphorin von Wien nach München herübergekommen, und empfahl die Allianz von Hannover; aber dann erschien auch Sinzendorff und arbeitete für die Wiener Allianz. Der alte Kurfürst Max Emanuel war zuletzt, ohne sich entschieden zu haben, darüber gestorben (26. Februar 1726). Aber auch unter dem Nachfolger ging der Wettlauf um das bayrische Bündnis noch weiter.

In diesem Zusammenhange muß auch wieder einmal von John Law, dem berühmten Finanzpolitiker aus der Zeit des Regenten in Frankreich, die Rede sein ¹⁾. Seit 1723 lebte er in England. Er erfreute sich der Gunst Walpoles, der auch sein Interesse am französischen Hofe, zuerst beim Herzog von Bourbon, dann bei Cardinal Fleury vertrat. Law hat im Grunde nur ein einziges Ziel: die Rückkehr nach Frankreich. Er hat es nicht erreicht; er ist wohl nie mehr dahin gekommen. Statt dessen tritt er nun in den Dienst der englischen Regierung, doch nicht in amtlichem Charakter. Er ist vielmehr einer der zahlreichen politischen Agenten, die Walpole im Auslande beschäftigte. Im Juni 1725 ist er im Begriff im Interesse der englischen Regierung nach Bayern zu gehen. Newcastle fragt bei seinem in Hannover weilenden Kollegen Townshend an, ob er Law eine besondere Instruktion in die Hand geben solle, etwa in dem Sinne, daß er die Stimmung in München erforschen und insbesondere feststellen möge, wie der kürzlich geschlossene Wiener Vertrag dort aufgenommen worden sei. Aus Hannover kommt die Antwort, Law soll als einfacher Reisender gehen. Law macht sich auf den Weg. Aber in Aachen erhält er die Weisung, weitere Befehle abzuwarten, ehe er nach München gehe. Und um wenigstens eine halboffizielle Eigenschaft zu besitzen, empfängt er ein Empfehlungsschreiben Georgs I. an die Republik Venedig.

Law ist wirklich in München gewesen, hat auch 1725 und 26 Berichte von dort gesandt. Sein Erscheinen muß ein gewisses Aufsehen erregt haben. Denn er schreibt im Mai 1726 an Robert Walpole, er werde sich wundern, seinen Namen so oft in den Zeitungen zu finden. Man behauptete, er wolle sich in die An-

gelegenheiten Bayerns mischen, was ihm doch nicht in den Sinn komme. Der Kurfürst selbst nimmt eines Tages die Gelegenheit wahr, öffentlich ein paar freundliche Worte über John Law zu sagen, den er schätze, und den er darum nicht durch die Zeitungsschreiber verunglimpft zu sehen wünsche. Nur in aller Stille arbeitet Law in München für die Sache Englands. Er hat mehrere Gespräche mit dem gerade anwesenden österreichischen Minister Sinzendorff, dem er klar zu machen sucht, wie wenig Vorteil der Kaiser im Grunde von dem Bündnis mit Spanien zu erwarten habe. Er bildet sich sogar ein, den Österreicher für seinen Standpunkt gewonnen zu haben. Das war natürlich eine Täuschung. In Wahrheit hat Bayern überhaupt nicht entscheidend Partei ergriffen. Es hat, so zu sagen, beide Teile oder keinen von beiden befriedigt. Es ist am 1. September 1726 der Wiener Allianz beigetreten, hat auch die Pragmatische Sanktion garantiert, aber ein Jahr später hat es auch noch sein Bündnis mit Frankreich geschlossen. Politisch wie militärisch ist daher die Haltung Bayerns in dem europäischen Konflikt ohne alle Bedeutung geblieben ¹⁾. Und nicht anders war es mit Pfalz und Köln. Beide schlossen sich Österreich an. Aber die Kräfte, die sie in die Wagschale zu legen vermochten, waren gering und haben, da sie nicht zur Aktion aufgerufen wurden, in dem Gange der Ereignisse keine Rolle gespielt.

* * *

Nicht in großen Schlägen entlud sich das am politischen Himmel stehende Ungewitter. Es war ein Zustand in Europa, den man nicht als Krieg und nicht als Frieden bezeichnen konnte. Bundesgenossen suchen, Kräfte sammeln, Rüstungen veranstalten zu Lande und zu Wasser, so war allerseits das Bild, das sich bot. Man sucht den Gegner zu umklammern, ihn zu lähmen, so daß er nicht losschlagen kann. Ein beherrschender Kriegswille ist aber auf keiner Seite vorhanden. So geht es zwei Jahre lang, bis man sich entschließt, der allgemeinen Unsicherheit dadurch ein Ende zu bereiten, daß man Präliminarien vereinbart und damit den normalen Weg zur Herstellung eines ernststen Friedens beschreitet.

¹⁾ Das folgende nach Briefen von Law in den Houghton Mss.

¹⁾ Vgl. S. Riezler, Gesch. Baierns, 8 (1914), 376 ff.

So war der Charakter der Ereignisse, die wir jetzt zu behandeln haben. England wirft seine besten Kräfte in die Wagschale: seine Flotte und seinen Reichtum. Es arbeitet mit Geschwadern und mit Subsidien. Es hat unter allen an der Handlung beteiligten Staaten die größte Machtentfaltung aufgebracht. Es gab der Welt, sagt Coxe, „ein glänzendes Beispiel von Kraft und Mäßigung“. Durch diese Haltung hat es, als das Facit gezogen wurde, auch unter allen seine Ziele am besten erreicht.

* * *

Eine starke Flotte im Frühjahr! — so klang der Ruf aus dem letzten Briefe, den Townshend von Hannover geschrieben, und so hatte es die Thronrede Georgs I. im Januar 1726 wiederholt. Der Ruf hat bei der englischen Nation ein gutes Echo gefunden. Es ist die große Leistung dieses Jahres gewesen, daß gleichzeitig drei britische Geschwader hinausfuhren in die Welt, um in Nord- und Südeuropa und im fernen Westindien die Ziele der englischen Politik zu verfolgen, und auf das Drohen der Gegner mit einem Quos ego zu antworten.

Franz Hosier, Vizeadmiral des blauen Geschwaders, führte die Expedition, die in die spanischen Bereiche jenseits des atlantischen Ozeans entsandt wurde. Seine Instruktionen¹⁾ tragen das Datum des 28. März (a. St.) 1726. In Spanien befand sich der Herzog von Ripperda noch im Vollbesitz der Macht. Von einem Bruche war man noch weit entfernt. Die letzten Briefe Stanhopes²⁾ erzählten sogar von den guten Versicherungen, die er von Ripperda empfangen und von den Erklärungen Philipps V., daß er zwar den Verpflichtungen gegenüber dem Kaiser nachkommen, aber gleichwohl an der Freundschaft Englands festhalten werde. Doch was war auf diese Erklärungen zu geben? Denn noch kurz zuvor hatte Stanhope die offenerzigen Mitteilungen Ripperdas wiedergegeben, in denen ihm dieser Kenntnis gegeben hatte von dem geheimen Vertrage, den er im Namen Spaniens mit dem Kaiser geschlossen bald nach den bereits bekannt gewordenen anderen Verträgen. Spanien habe sich zur Behauptung der Kompagnie von Ostende, der Kaiser habe

¹⁾ Home Off. Admiralty 60. R. O.

²⁾ Vgl. die Briefe bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 584 ff.

seine Hilfe versprochen zur Wiedererlangung Gibaltars, sei es auf gütlichem, sei es auf kriegerischem Wege. Karl VI. habe sich verpflichtet, 30 000 Mann nach Spanien zu schicken, Philipp V. eine Summe Geldes versprochen zur Bezahlung der gleichen Truppenmenge.

Diese bedenklichen Nachrichten aus Spanien und die aus andern Lagern stammenden Meldungen lieferten die Farben zu dem Gemälde, das in der Einleitung der Instruktion entworfen war, um dem Admiral die politische Lage verständlich zu machen. Sein Auftrag aber ging dahin, sich über den Stand der *flota* oder der Galeonen zu informieren, welche bestimmt waren, die letztjährigen Erträge an Gold und Silber und Warenmengen aus der neuen Welt nach Spanien zu führen. Da aber mit demselben Geschwader auch Waren und Effekten europäischer Kaufleute, insbesondere der englischen Südsee-Kompagnie befördert werden sollten, so mußte der Admiral auch darauf bedacht sein, daß diese in der gegenwärtigen Zeit vor dem Zugriff der Spanier bewahrt blieben. Die Gouverneure und Befehlshaber in Westindien soll er wissen lassen, daß er nicht den Auftrag habe, Feindseligkeiten zu beginnen, da ja der Krieg nicht erklärt sei. Doch soll er die *flota*, wo er sie findet, sei es in Cartagena oder in Portobello blockieren und festhalten, oder, wenn sie doch entkommt, sie verfolgen; er möge ihr vor dem portugiesischen Kap St. Vincent auflauern und sie, wenn möglich, in einen englischen Hafen bringen.

So erschien Hosier mit seiner Flotte in den Gewässern Westindiens. Auf der Höhe von Cartagena angelangt, findet er die *flota* nicht vor. Er verzichtet darauf, den spanischen Behörden die ihm sonst aufgetragene Erklärung abzugeben. Er findet die *flota* im Hafen von Portobello, aber man ist bereits von seinem Kommen unterrichtet. Der Schatz ist nach Panama verbracht und die Schiffe sind abgetakelt worden. Und die Erklärung gibt er zwar noch ab, aber erst nachdem er die Effekten der Südsee in Sicherheit gebracht hatte.

In London fand man übrigens, er hätte, da die *flota* nicht mehr zur Stelle war, auch seine Erklärung unterlassen sollen; doch gibt man ihm immer wieder zu verstehen, daß „*the stopping of the money*“ der Hauptzweck seiner Sendung sei¹⁾.

¹⁾ Newcastle an Hosier, 29. Sept. 1726. R. O.

Während des Jahres 1726 ist allerdings das Ausbleiben der Schätze aus Amerika in Spanien schwer genug empfunden worden. Die Staatsfinanzen gerieten so sehr in Unordnung, daß die öffentlichen Zahlungen gänzlich ausgesetzt wurden. („Das Nämliche wie bei uns das ‚*shutting up the exchequer*‘“, schreibt Stanhope, indem er auf das Ereignis von 1673 anspielt ¹⁾. Und der österreichische Gesandte in Madrid klagt, der Wiener Hof sei betrogen worden, da man ihm die versprochenen Gelder nicht zahle.

Früh im nächsten Jahre 1727 gelang es den Spaniern dennoch, die *flota* und ihre Schätze glücklich nach Spanien hinüberzuschaffen. Am 25. Januar war Admiral Castañeta von Havanna mit zehn Kriegsschiffen und zwölf Kauffahrern ausgefahren. Durch einen Sturm bei den Bermudas ward ein Teil seines Geschwaders verschlagen. Doch im März erreichten die sämtlichen dazu gehörigen Schiffe die Heimat und liefen in Cadix, in Santander, in Corunna ein ²⁾.

Unterdessen hatte Spanien mit der Belagerung Gibaltars begonnen; man befand sich im Kriegszustand. Hosier wurde beauftragt, auch seinerseits die Spanier, wo er sie finde, als Feinde zu behandeln. Aber seine Flotte, die so hoffnungsvoll hinausgefahren und im ersten Jahre ihres westindischen Aufenthaltes ihren Zweck gut erfüllt hatte, ward nun vom Mißgeschick heimgesucht. Während des langen Aufenthaltes vor Portobello war auf den Schiffen eine Seuche ausgebrochen. Um seiner Mannschaft Erholung zu gönnen, um die Verluste zu ersetzen und um neue Vorräte aufzunehmen, ging Hosier mit der Flotte nach Jamaika, brachte die Mannschaften an Land und ließ die Schäden an den Schiffen ausbessern. Aber die Krankheit wütete fort, und der Admiral selbst fiel ihr zum Opfer.

Schon waren — wir werden noch davon hören — in Paris die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Aber obwohl auch in Westindien Waffenstillstand verkündet wurde, nahmen die Feindseligkeiten daselbst ihren Fortgang. Man hört noch von zahlreichen Piraterien und von der Wegnahme englischer Handelsschiffe durch die Spanier. Und auch das Wüten der Seuche hörte nicht auf. Zwei Nachfolger Hosiers fielen als Opfer der tückischen

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 589.

²⁾ Vgl. Cance, a. a. O., 640.

Krankheit. Und mehr als 4000 Offiziere und Matrosen sanken ins Grab.

Die Nachwelt hat nur noch den traurigen Schluß des westindischen Dramas in der Erinnerung festgehalten. Sie hat das Schicksal des unglücklichen Admirals Hosier in eine menschliche Tragödie umgedichtet, in der die wahre Begebenheit nicht mehr zu erkennen ist ¹⁾.

* * *

Die britische Ostsee-Expedition von 1726 stand in diesem Jahre nicht unter dem Befehl des altbewährten Sir John Norris. Kann sein, daß die 1725 umlaufenden verleumderischen Gerüchte seine Ernennung verhindert haben. Ein anderer, Admiral Jannings, hatte „mit guter Manier“ abgelehnt. Den Auftrag erhielt Sir Charles Wager, von dem Palm sagt ²⁾, er sei ein ergebener Diener der Regierung und in enger Vertrautheit mit den Brüdern Walpole. Sinn und Zweck der Expedition werden in den ihm erteilten Instruktionen vom 11. April 1726 ausführlich dargelegt ³⁾. Die politische Lage, wie sie hier geschildert wird, ist noch dieselbe wie im Vorjahre. Rußland plant ein Unternehmen zunächst gegen Schweden und sodann gegen Dänemark. Schweden soll ihm seine Häfen öffnen, um sodann zusammen mit den Russen einen Schlag gegen Dänemark zu führen. Das muß verhindert werden, und dazu wird die in den letzten Jahren des nordischen Krieges so regelmäßig befolgte Praxis der Ostsee-Expeditionen auch dieses Mal wieder dienen. Mit andern Worten, man versperrt wieder einmal die russischen Häfen und hindert die Flotte am Auslaufen.

Aber noch ein anderer Zweck kommt dieses Mal hinzu: Die Erweiterung der Allianz von Hannover. Norris soll dem Könige von Schweden oder einem seiner Minister erklären, der große Aufwand dieser Flottenrüstung sei unter der Voraussetzung eines schleunigen Beitritts von Schweden zur Allianz von Hannover getroffen worden. „Sagen Sie“, so heißt es, „wenn der Beitritt nicht erfolgt, so würden Sie nicht imstande sein, mit demselben Nachdruck zu handeln, wie Sie es sonst

¹⁾ Vgl. J. K. Laughton, Hosier. D. N. B.

²⁾ 30. April 1726. W. St. A.

³⁾ Home Office, Admiralty 57. R. O.

tun würden.“ Er soll im übrigen im engen Einvernehmen mit Stephen Poyntz, dem englischen Gesandten in Stockholm, handeln. Er soll insbesondere mit ihm Rat pflegen, ob es am Platze sei, einen Brief Georgs I. an die Zarin Katharina, den er mit sich führen wird, abzuschicken oder nicht.

Dieses von dem einen fürstlichen Haupte an das andere gerichtete Schreiben ist höchst merkwürdig. Es hat etwas von dem pompösen Stil an sich, in dem die Souveräne Europas mit orientalischen Fürsten zu korrespondieren pflegten. Es ist offenerzig, drohend und freundschaftlich zugleich. Es umschreibt die politische Lage fast mit denselben Worten, die wir in den Instruktionen des Admirals gelesen haben. Die große Rüstung, die kriegerischen Vorbereitungen, welche die Zarin zu Wasser und zu Lande getroffen hat, und zwar mitten im Frieden, werden von Georg I. und seinen Verbündeten als eine schwere Bedrohung angesehen und haben die Entsendung der Flotte veranlaßt. „Eure Kaiserliche Majestät“ — sie wird durchweg mit diesem Titel angedredet, obwohl derselbe damals noch nicht einmal allgemein anerkannt war — „Eure Kaiserliche Majestät weiß, wie sehr wir allezeit gewünscht haben, nicht nur die Ruhe Europas zu erhalten, sondern auch eine feste und dauernde Freundschaft zwischen Unserer Kaiserlichen Krone“ — die auch sonst übliche Bezeichnung ist hier offenbar sehr absichtlich gewählt, um die britische Krone im Range nicht geringer erscheinen zu lassen als die russische — „zwischen Unserer Kaiserlichen Krone und derjenigen Rußlands immer enger zu knüpfen.“ Der königliche Briefschreiber fährt fort mit reichlichen schmeichelhaften Hinweisen auf „Seine weiland Kaiserliche Majestät, Ihren großen Herrn und Gemahl“, von der zur Zeit Peters bestehenden Absicht der Westmächte, ein Bündnis mit Rußland zu schließen, das nur durch seinen unerwarteten Tod verhindert worden sei. Und da sie, Katharina, zum Schaden ihres russischen Reiches auf diesen Plan nicht eingegangen sei, und da sie sogar, wie man sicher vernommen hat, Maßregeln getroffen hat zugunsten des Prätendenten und zur Unterstützung seiner Anhänger, so hat Georg I. es für nötig befunden, eine starke Kriegsflotte in das Baltische Meer zu beordern und seinem Admiral zu befehlen, „zur Erhaltung der Ruhe im Norden die Ausfahrt der Flotte Eurer Majestät mit Gewalt zu ver-

hindern“. Aber vielleicht besinnt Katharina sich noch eines Besseren. Der Schluß des Briefes lautet: „Und so, großmächtige und höchst erlauchte Fürstin, empfehlen Wir Dich dem heiligen Schutze Gottes.“

* * *

Das von Wager befehligte Geschwader war stärker als die Flotten, mit denen sonst Norris in die Ostsee zu segeln pflegte. Es bestand aus 24 großen Kriegsschiffen mit einer Bestückung bis zu 80 Kanonen, und die Gesamtstärke betrug 1334 Kanonen und 8259 Mann an Bord. In Rußland wurde das Erscheinen der Engländer in der Ostsee mit begreiflicher Sorge betrachtet. Als die Flotte auf der Reede von Kopenhagen lag, der Admiral hatte sich mit einigen seiner Offiziere in die Stadt, an den Hof des Königs begeben, da hatte einer der englischen Kapitäne ein sonderbares Gespräch mit dem dort beglaubigten russischen Residenten Bestuscheff¹⁾. Sie versuchen in aller Freundschaft, mit lächelndem Gesicht, einander recht gründlich auszuhorchen und anzulügen. Der Russe wünsche Genaueres über die Stärke der britischen Streitkräfte zu erfahren. Der Engländer möchte die letzten Absichten der Russen erforschen. Und wenn der Kapitän in seinem Berichte treuherzig erklärt, er habe dem Russen natürlich nicht die Wahrheit gesagt, so dürfen wir hinzufügen, daß auch dieser gewiß nicht ehrlicher gewesen sein wird. Als das Gespräch auf das Thema des Friedens im Norden kommt, sagt der englische Kapitän unschuldig: „Ich glaube, deswegen sind wir hier.“ Darauf der Russe lächelnd: „Ich denke, wir und alle Staaten ringsum leben in vollem Frieden.“ Der Engländer antwortet, vor einem Jahre habe ihm ein russischer Geheimrat gesagt: „Wir haben mit England weder Frieden noch Krieg.“ Als er dann über den Sinn der russischen Rüstungen etwas hören möchte, erklärte ihm Bestuscheff beruhigend, das sei nichts anderes, als was der große Zar Peter auf dem Sterbette gewünscht habe, daß nämlich seine Nachfolger jedes Jahr 12 Linienschiffe und 2 oder 3 Fregatten bauen möchten zur Ausbildung der Mannschaften zur See.

* * *

¹⁾ John Deane an Lord (Townshend?), Torbay in Copenhagen Road, 26. April 1726. R. O.

Politisch wie militärisch betrachtet, war die Situation ganz anders als in den letzten Jahren des nordischen Krieges: Von einem Schließen des Fensters an der Ostsee, von der Verjagung der Russen in ihre mäotischen Sümpfe ist nicht mehr die Rede. Im Gegenteil, England hat sich in die Lage gefunden; es läßt der Zarin Katharina entbieten¹⁾, nachdem ihr Herr und Gatte mit so ungeheuren Kosten Häfen an den Gestaden der Ostsee errichtet hat, um Schifffahrt und Handel seines Volkes zu beleben, so möge sie doch ihre Untertanen nicht in neue gefährliche Unternehmungen stürzen und damit das Erreichte in Frage stellen. Mit anderen Worten, England denkt nicht daran, den Frieden von Nystad umzustoßen. Es will nur ein noch weiteres Ausgreifen der russischen Macht verhindern, will verhindern, daß auch noch Schweden oder Dänemark von ihr überrannt werden, oder daß der Herzog von Holstein durch militärische Gewalt auf den schwedischen Thron gesetzt werde, sei es, daß man ihn zur See, durch das Schärenmeer zwischen Finnland und Schweden oder zu Lande durch preußisches Gebiet und von der Nordspitze Jütlands aus hinüberführen werde. Auch der Wechsel der handelnden Figuren spielt hier auf englischer Seite eine Rolle. An die Stelle von Lord Stanhope, der bis zuletzt die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, Rußland von den Gestaden der Ostsee zu verdrängen, ist der in seiner nordischen Politik an keine Tradition gebundene Lord Townshend getreten.

Aber auch Rußland stand anders da als ehemals. Der Angriff auf Schweden, der 1719 noch als normale Kriegshandlung gelten konnte, wäre jetzt ein flagranter Bruch des Nystader Friedens gewesen.

So war denn bei aller Ähnlichkeit des äußeren Bildes die Stellung der Engländer und der Russen in der Ostsee dieses Mal sehr verschieden von den Zeiten, da Sir John Morris die Geschwader Englands in die Ostsee geführt hatte.

* * *

Nach dem gewohnten Schema zeigte sich der Admiral mit seiner Flotte nicht nur vor Kopenhagen sondern auch vor

¹⁾ Townshend an Wager, 17. Juni 1726. R. O.

Stockholm. Er ward von den Königen von Dänemark und Schweden auch persönlich empfangen. Dieses Mal sollte sich die Flotte Dänemarks, des am meisten bedrohten Staates, an den Operationen der Engländer beteiligen. Man verabredet, die Dänen sollen nach der Insel Bornholm fahren und Wager daselbst erwarten. Sie erklären, in einer Woche dort sein zu können. Wager glaubt¹⁾: noch nicht in zwei Wochen. Aber wie dem auch sei, „ich werde mich nicht auf sie verlassen ... doch wenn sie sich uns anschließen wollen, so werde ich ihnen unbedenklich den zweiten Posten geben, wenn sie es wünschen, und sie zu einer der drei Divisionen machen, so wie die Holländer es mit uns zu machen pflegten, wenn sie sich unseren Flotten im Kanal anschlossen.“

Dem Könige von Schweden überreicht er nicht nur einen Brief Georgs I., er hält ihm auch eine feierliche Ansprache. Sein Herr, sagt Wager, habe ihn in diese Gewässer gesandt, nicht um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu erhalten. Von Stockholm fährt er hinüber nach Reval, um sich dort vor Anker zu legen. Vor ihm im Hafen liegt der Hauptteil der russischen Flotte; ein anderes Geschwader weiter aufwärts im finnischen Meerbusen vor Kronstadt. Wager hat den Eindruck, daß die Russen ein Unternehmen geplant, es nun aber, angesichts der englischen Flotte aufgegeben haben. „Sie können sich kaum vorstellen“, schreibt er später, „was für eine Angst die Russen in Reval wie in Kronstadt bei unserem Erscheinen gehabt haben.“ Er hatte auch erwogen, ob es möglich sei, mit einem Teil seines Geschwaders weiter hinauf gegen Kronstadt zu fahren, doch scheint es ihm nicht ratsam, ein ganzes Geschwader zwischen Felsen und Untiefen hindurchzuziehen, da er doch das Gewässer nicht kennt und ein zuverlässiger Lotse nicht zu haben ist²⁾. Vor Kronstadt liegen auch die russischen Galeeren, und 26 000 Mann sollen als Besatzung bereit sein. Vielleicht wollen sie von der finnischen Seite aus etwas, d. h. einen Streich gegen Schweden, unternehmen. Da könnte ihnen Wager zwar durch das Schärenmeer nicht folgen. Er hat sich

¹⁾ Wager an Townshend, Torbay, in der Reede von Kopenhagen, 26. April 1726. R. O.

²⁾ Wager an Townshend, Torbay, Eisenab, 21. Mai 1726. R. O.

zwar vor Stockholm auch mit Rudern versehen — das hatte Norris wohl nie getan —, aber wie dem auch sei, er hofft, doch sie irgendwo noch fassen zu können¹⁾.

So lagen die Flotten kampfbereit monatelang einander gegenüber. Die kriegerischen Pläne Katharinas, wenn sie bestanden haben, sind aufgegeben. Wagers Auftrag hatte ursprünglich dahin gelautet, er solle beim Beginn der kalten Jahreszeit, etwa am 1. September, die Heimfahrt antreten. Aber am 1. September schien eine wichtige Entscheidung in Schweden bevorzustehen: Der Anschluß an die Allianz von Hannover. Da durfte man die englandfreundliche Partei nicht der moralischen Stütze berauben, die ihr die Anwesenheit der englischen Seemacht in den baltischen Gewässern gewährte. Wager blieb also einige Wochen länger, obwohl seine Leute für die strengere Jahreszeit nicht mit dem Nötigen versehen waren.

Daraus ergaben sich Schwierigkeiten, an denen freilich die Russen unschuldig und die nur durch Klima, Jahreszeit und die Natur des Nordens verursacht waren. Der Ernährung seiner Leute konnte der Admiral wohl nachhelfen, indem er für Vorräte von frischem Fleisch sorgte — schon im August hat er 2000 £ dafür ausgegeben —, aber es fehlt an warmer Kleidung. Viele seiner Mannschaften waren von heimkehrenden Handelsschiffen heruntergeholt und für den Dienst auf der Kriegsflotte gepreßt worden (der berühmte Schönheitsfehler in dem Bilde der Freiheit der Briten im 18. Jahrhundert), viele aus heißen Gegenden kommend. Krankheiten brechen aus, und schon im August hat Wager 800 Kranke auf seinen Schiffen²⁾.

So war der Sommer vergangen. Wager rührt sich nicht vom Fleck. Das dänische Geschwader ist zu ihm gestoßen und hat ihn wieder verlassen.

In Europa wird der Verlauf aus der Ferne beobachtet und mit Spannung verfolgt. Ein förmliches Rätselraten hebt an über das Spiel in der Ostsee, und ob die Zarin wohl ein Unternehmen beabsichtigt, ob sie daran festhält, ob sie es endgültig aufgegeben hat. Von Stockholm, von Kopenhagen, von Amsterdam aus wird Wager vor den Plänen Katharinas gewarnt. Er

nimmt alles mit Gemütsruhe entgegen und achtet auf jede Bewegung der Russen. Gewißheit tritt erst ein, als die vorgerückte Jahreszeit jedes Unternehmen großen Stils in der Ostsee unmöglich macht.

Wager hat sich auch seinerseits vor jeglicher Feindseligkeit wohl gehütet. Denn wie in früheren Fällen, hat seine Expedition auch den Zweck gehabt, den englischen Handel in der Ostsee zu beschützen. 70 Kauffahrer liegen in den russischen Häfen, sie löschen und laden im Laufe der Sommermonate. Sie wären, wenn der Bruch erfolgte, dem Zugriff der Russen verfallen.

Auch auf russischer Seite wird, während die Flotten kampfbereit einander gegenüber liegen, der Schein des Friedens nicht gestört. Katharina entsendet ein Kriegsschiff von 56 Kanonen nur, um dem englischen Admiral ihre Antwort auf den Brief Georgs I. einhändigen zu lassen. Ihr Brief ist in deutscher Sprache verfaßt, die Wager nicht beherrscht. Doch hat er sich die Gewißheit verschafft, daß die darin sich findenden Ausdrücke nicht so stark sind, daß er die Annahme verweigern müßte. Die Zarin beklagt sich darin, daß man ihr den Brief des englischen Königs erst gesandt habe, als die Flotte schon vor Reval lag, statt zuvor ihre Antwort abzuwarten. Sie hegt keinen Zweifel an den feindlichen Absichten Englands. Georg I. selbst sei es, der neue Unruhen im Norden stifte. Und den Vorwurf, sie unterstütze die Sache des Prätendenten, weist sie mit ätzendem Spotte, doch wenig überzeugend, zurück: „Da Ihre Minister“, ruft sie dem Könige Georg zu, „keine andere Rechtfertigung für ihr gewalttames Tun gefunden haben, so muß dieser alte ‚Laderhüter‘, diese falsche Beschuldigung wieder herhalten.“ Aber sie will ein Übriges tun und feierlich versichern, daß ihre Freundschaft für den König und die britische Nation zu groß ist, um „dem Prätendenten gegenüber irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen.“ Und stolz fährt sie fort, sie werde sich nicht abhalten lassen, ihre Flotte hinauszuschicken, sobald es ihr notwendig erscheine. Sie werde „als Souverän und als Kaiserin“ und nur Gott verantwortlich, von keinem andern Gesetze empfangen. Ihre Rüstungen aber dienen nur den Zwecken des Friedens. „Und so wünschen Wir, daß der allmächtige Gott Eurer Majestät volle Gesundheit und stets eine glückliche Regierung verleihen möge.“

¹⁾ Privatbrief Wagers vom 12. Juni. 1726 R. O.

²⁾ Wager (an Tilson?), 24. Aug. 1726. R. O.

Diese pomphaften Briefe ¹⁾ der beiden Souveräne waren an sich nichts weiter als harmlose Stilübungen der Kanzleien. Politisch betrachtet hatten sie jedoch den Sinn, daß jeder von beiden, falls es zum offenen Kriege kommen sollte, den andern als den Friedensstörer brandmarken könne.

Eines Tages ist auch Menschikoff, der mächtige Staatsmann, persönlich in Reval erschienen. Wager benutzt die Gelegenheit zu einem schriftlichen Anstausch. Menschikoff empfängt einige englische und dänische Offiziere gastlich an seiner Tafel. Der Verlauf des Gastmahls ist typisch. Humpenweise wird der Tokayerwein vertilgt, und man hört damit nicht auf, bis die ganze Gesellschaft betrunken ist. „Doch ich glaube“, schreibt Wager befriedigt, „es ist nichts Schlimmes passiert“, er will sagen, daß seinen Leuten keine Indiskretionen und keine Geheimnisse entschlüpft sind.

So ist die Zeit der Abfahrt herangekommen. Am 20. September verläßt das britische Geschwader die Stellung vor Reval. Wager durfte in gemächlicher Fahrt den Heimweg antreten. Er wußte, die Ostsee würde in diesem Jahre keine Überraschung mehr bringen. Er durfte dem englischen Gesandten in Stockholm beruhigt schreiben ²⁾, er werde den Angstruf, „Philister über Euch“, jetzt nicht mehr zu hören bekommen. Militärisch war alles erreicht. Schweden wie Dänemark waren vor einem russischen Angriff, wenn anders ein solcher gedroht hatte, bewahrt geblieben. Der Herzog von Holstein, Katharinas Schützling, hatte weder Schleswig erhalten, noch war er auf den schwedischen Thron erhoben worden. Zwar war der Beitritt Schwedens zur Allianz von Hannover noch immer nicht erfolgt, und es lag wohl Wahrheit in dem Worte: Wenn Katharina schon ihre Schiffe nicht schicken konnte, so sind doch ihre Rubel nach Schweden gekommen. Trotzdem schien der Beitritt Schwedens sicher zu sein. Rußland aber hatte sich soeben der Wiener Allianz angeschlossen.

In der Ostsee herrschte der nordische Winter. Erst das neue Jahr konnte neue Entscheidungen bringen.

* * *

¹⁾ Beide sind erhalten: King's Letters Russia 57. R. O.

²⁾ Wager an Tilson, near the coast of Livonia, 20. Sept. 1726. R. O.

Noch ein Wort über die Leistung des Admirals Wager. Er ward fast überschwenglich gefeiert. Einer seiner Kapitäne schreibt ¹⁾ nach London: „Wir bewundern unsern Admiral, ebenso wie Ihr.“ Die englische Regierung war in heller Begeisterung. „Nie habe ich“, schrieb ihm Townshend, „Seine Majestät so hochbefriedigt gesehen mit dem Verhalten irgendeines Mannes, der ein Unternehmen im Ausland zu führen gehabt, wie mit dem Ihrigen.“

Man mag diese Anerkennung berechtigt finden. Liest man Wagers Briefe mit ihrer klaren Bestimmtheit, und vergleicht man sie mit der oft unsicheren und so gar nicht selbstgewissen Art der Berichte, die ehemals Sir John Norris erstattet hatte, so empfindet man deutlich, daß man es mit zwei ganz verschiedenen Persönlichkeiten zu tun hat. Durch die Geschichte der ganzen Expedition Wagers geht ein frischer, schneidiger Zug hindurch, wie man ihn bei dem Andern vermißt. Hat aber Norris den Tadel, den viele auf ihn gehäuft, wirklich verdient? Ist er durch die Taten Wagers wirklich beschämt worden? Man erhält hier ja gleichsam die Probe auf das Exempel. Im Grunde hat ja auch Wager nicht mehr erreicht als sein Vorgänger. Rußland blieb Rußland, der an der Ostsee etablierte Staat. Nur seinem weiteren Vordringen nach dem Westen war durch die englische Seemacht eine Schranke gezogen worden. Norris wie Wager haben gleich erfolgreich einer großen Idee gedient.

* * *

Und doch ist die Geschichte der mehr als ein Jahrzehnt füllenden englisch-baltischen Expeditionen damit noch nicht zu Ende. Auch im nächsten Jahre, 1727, schien die Lage der Welt ein neues Ostsee-Unternehmen zu fordern. Wir dürfen die Geschichte dieser kurzen, harmlos verlaufenden Expedition mit wenigen Bemerkungen abmachen. Als sie beschlossen worden und die Instruktion für den Admiral — es war dieses Mal wieder Sir John Norris — ausgefertigt wurde, schien der allgemeine Friedenszustand nicht mehr fern zu sein. In Paris wurde über Friedenspräliminarien verhandelt, und die von den Spaniern begonnene Belagerung Gibaltars hatte kaum Aussicht auf

¹⁾ John Deane an (Tilson?), 20. Juli 1726. R. O.

Erfolg. Die Lage im Norden war insofern geklärt, als zwar Katharina sich der Wiener Allianz angeschlossen hatte, Schweden aber hatte soeben seinen Beitritt zur Allianz von Hannover vollzogen. Schweden vor einem etwaigen Angriff seitens Rußlands zu schützen, galt darum jetzt vollends als eine Ehrenpflicht Englands. Mit Dänemark war von England und Frankreich eine Konvention geschlossen worden, derzufolge dieser Staat reichliche Subsidien von den Westmächten empfangen und seinerseits eine Armee für den Kriegsfall zur Verfügung stellen und sie sofort an die Elbe marschieren lassen sollte. Das englische Geschwader aber würde den Schutz der dänischen Küsten übernehmen. Wie nun zum Besten Schwedens wie Dänemarks die Flotte operieren solle — und die beiden Staaten werden ja nicht gleichzeitig einen Angriff zu erleiden haben — das zu entscheiden, bleibe dem Admiral selbst überlassen ¹⁾.

In Kopenhagen angekommen, ist Norris entsetzt über die Säumigkeit der Dänen. Weder die Armee ist bereit noch die Flotte, denn es fehlt am Gelde. Norris berichtet seiner Regierung, und schon läuft eine flammende Beschwerde Townshends ein, der den Dänen vorhalten läßt ²⁾, der König von England habe doch nicht so ängstlich die Kostenfrage bedacht, als er, treu der Konvention, seine Flotte pünktlich in die Ostsee sandte. Aber schon sind Nachrichten eingetroffen, die das Bild der Lage völlig verändern. Zuerst die Kunde vom Tode der Zarin Katharina, und bald hört man, daß von der Seite Rußlands eine kriegerische Aktion nicht mehr zu befürchten ist. Sofort werden von dänischer Seite alle militärischen Vorbereitungen aufgehoben und Armee wie Flotte abgerüstet ³⁾.

Und dann folgt die zweite Todesnachricht: Georg I. ist auf der Reise nach Hannover plötzlich verschieden. Das Ereignis wird auf der Flotte durch eine würdige Feier begangen ⁴⁾. Von Sonnenaufgang bis zum Mittag donnert der Trauersalut der Kanonen, zweimal in jeder Minute, und die Flaggen wehen auf Halbmast. Dann aber werden sie auf die volle Höhe empor-

¹⁾ Private additional Instructions, 4. April 1727. Home Office, Admiralty 43. R. O.

²⁾ Townshend an Glenouchy, 30. Mai 1727. Denmark 54. R. O.

³⁾ Norris an Townshend, Copenhagen, 24. Mai 1727. R. O.

⁴⁾ Ders. an dens. 19. Juni 1727. R. O.

gezogen, während alle Feuerwaffen an Bord des ganzen Geschwaders, die großen Geschütze wie die kleinen Musketen, brüllend und knatternd die Thronbesteigung eines neuen Königs von Großbritannien der Welt verkünden.

* * *

Die Geschichte der baltischen Expedition von 1727 ist damit zu Ende. Denn die Gründe, die zu ihrer Entsendung geführt, bestanden nicht mehr. Mit dem Tode Katharinas war Skandinavien von der russischen Gefahr befreit. Von Osnabrück aus hatte Townshend, ohne die Absichten seines neuen Königs zu kennen, dem Admiral noch geschrieben, er solle nach den ihm erteilten Befehlen handeln wie bisher ¹⁾. In Whitehall angekommen, erklärte er jedoch, da Dänemark abrüstet, und wenn anders auch Schweden der englischen Hilfe nicht mehr bedarf, so möge Norris mit dem ersten günstigen Winde zurückkehren ²⁾. Noch hatte der Admiral Kopenhagen nicht verlassen. Bald genug traf der erwartete Bescheid aus Schweden ein. Der dänische König aber erklärte ihm in der Audienz, er wolle die Güte Georgs II. nicht mißbrauchen und die englische Flotte nicht länger zurückhalten ³⁾. Am 6. August lag sie wieder an der heimischen Küste.

Mit dem vorzeitigen Ende dieser baltischen Expedition hat auch ein eigener Abschnitt der englischen Marinegeschichte seinen Abschluß gefunden. Die Periode der baltischen Geschwader ist vorüber. Unter Karl XII. waren sie gegen Schweden, nach seinem Tode gegen Rußland gerichtet. Jetzt folgt, verglichen mit der vorangegangenen Unruhe gleichsam ein nordisches Stillleben in der Ostsee, in das England jahrzehntelang nicht eingreift. Merkwürdig, wie schon Admiral Norris, klug und weitblickend, in seinem letzten Bericht aus der Ostsee gleichsam ein Finale anstimmt zu dem bis zu Ende gespielten Instrumentalstück der baltischen Expeditionen. Norris schreibt: „Ich hoffe, die Wahrscheinlichkeit, die Ruhe der Welt noch einmal durch die Fürsten des Nordens gestört zu sehen, ist jetzt so gering geworden, daß wohl längere Zeit vergehen dürfte, bis Seine Majestät wieder

¹⁾ 13./24. Juni 1727. R. O.

²⁾ 30. Juni (a. St.) 1727. R. O.

³⁾ Norris an Townshend, 22. Juli 1727. R. O.

genötigt sein wird, ein Geschwader in diesen Teil der Welt zu entsenden.“

Man hat im Kreise der englischen Regierung trotz aller errungenen Erfolge den baltischen Expeditionen keine sympathische Erinnerung bewahrt. Wie diese Erinnerung nachgewirkt hat bis hinein in die Zeiten des siebenjährigen Krieges, wie insbesondere die nautischen Verhältnisse der Ostsee es gewesen sind, denen die englische Marine sich nicht gewachsen fühlte, und wie darin der wahre Grund dafür lag, daß die Hilferufe Friedrichs des Großen bei den englischen Staatsmännern kein Echo fanden, davon wird in einem späteren Teil dieses Werkes noch zu reden sein.

* * *

Weniger als die beiden anderen wurde die dritte der 1726 unternommenen Flottenexpeditionen von der politischen Welt beachtet ¹⁾. Admiral Jennings, der die Ostsee abgelehnt hatte, übernahm das Kommando. Ein ansehnliches Geschwader mit einem Landungskorps an Bord ward ihm anvertraut. Aber der Zweck des Unternehmens war in keiner Phase seines Verlaufs völlig klar. Der österreichische Resident in London vermutete, die Flotte solle zunächst Gibraltar und Port Mahon mit Munition versehen, dann aber die aus Westindien kommende Silberflotte abfangen ²⁾. Saint Saphorin in Wien empfahl, einige der Schiffe ins Mittelmeer segeln und vor Neapel erscheinen zu lassen, um den Kaiserhof einzuschüchtern und ihn von Feindseligkeiten in Deutschland oder anderswo abzuhalten. Der Rat Saint Saphorins fand Beifall in London; der König, heißt es, verspricht sich die beste Wirkung davon. Die Rücksicht auf die Wünsche des verbündeten Frankreich trat hinzu. Oder es hieß einfach, die Flotte möge vor Cadix erscheinen, Schrecken verbreiten, aber nicht angreifen; oder es galt, eine drohende jakobitische Gefahr, spanische Invasionspläne gegen England, zu beseitigen. So gab es vielerlei Zwecke, aber keinen einzigen beherrschenden Gedanken. Die Instruktion des Admirals ward verfaßt, ward wieder umgestoßen, ward neu entworfen und wieder geändert. Und da endlich die Ausfahrt noch durch schlechtes Wetter verzögert

¹⁾ Vgl. Chance, a. a. O., 459 ff.

²⁾ Palm, 19. Febr. 1726. W. St. A.

worden, so war der 31. Juli herangekommen, bevor Jennings mit seiner Flotte den Hafen verließ.

Uneinheitlich wie der Plan war auch der Verlauf der Expedition. Jennings erscheint an der Nordküste Spaniens vor Santander. Seine Botschaften an die militärischen Befehlshaber der Gegend werden unfreundlich und mit Ausdrücken des Mißtrauens beantwortet. In Coruña wird ihm der Einlaß in den Hafen verweigert. Da es aber nach den empfangenen Nachrichten ebenso unwahrscheinlich war, daß von Nordspanien aus eine Invasion der britischen Küsten geplant sein sollte, daß die über den Ozean kommende *flota* gerade die unbequemen Häfen dieser Gegend aufsuchen würde, so verließ Jennings diese Küste, vor der er nur einige Schiffe unter seinem Unterdamiral Hopson zurückließ. Mit der Hauptmacht fuhr Jennings nach Lissabon, wo er vom Könige gnädig empfangen wurde, der ihm auch für seine Schiffe alles bereitwillig zur Verfügung stellte, was Spanien versagt hatte. Gewiß war sein Bestreben auch darauf gerichtet, den in England gefürchteten Beitritt Portugals zur Wiener Allianz zu verhindern. Von Lissabon setzt er die Fahrt fort nach Cadix. Auch dort wird ihm die Einfahrt in die Bai verweigert. Nun empfängt er von seiner Regierung den Befehl, mit dem Hauptteil seiner Flotte zurückzukehren, da von Spanien keine Gefahr mehr drohe. Admiral Hopson wird beauftragt, mit seinem Geschwader vor dem Kap St. Vincent zu kreuzen und auf die Silberflotte, falls sie in dieser Gegend erscheinen sollte, Jagd zu machen. Sodann sollte er vor Gibraltar überwintern. Ende Oktober lief Jennings Flotte wieder in den Hafen von Portsmouth ein. Das gegen Spanien gerichtete Unternehmen war eine leere Demonstration geblieben ohne alle militärische Bedeutung.

* * *

Nun sollte es auch Ernst werden mit dem längst geplanten Streich der Spanier gegen Gibraltar ¹⁾. Die englische Regierung

¹⁾ Für die Geschichte der Belagerung Gibralters sind hauptsächlich benutzt die Akten: Colonial Office, Gibraltar 1. im Record Office; dazu die bald nachher veröffentlichte Darstellung: An impartial Account of the late famous Siege of Gibraltar, London 1728. Brit. Mus. 114, h. 53. Ferner: The ancient and modern History of Gibraltar and the sieges and attacks

war ja nicht unvorbereitet. Durch die Berichte William Stanhopes war sie immer wieder gewarnt worden, und wenn auch Ripperda im Dezember 1725 dem Gesandten in tiefstem Vertrauen gesagt hatte, Philipp V. werde um Gibraltors willen niemals mit Georg I. brechen¹⁾, so wußte sie doch, wie wenig auf solche Mitteilungen zu geben war. Dann hatte Stanhope mit seinem Briefe vom 19./30. Juli 1726 sogar den ausgearbeiteten Plan einer Eroberung Gibraltors eingesandt, den Walpole gesehen hat, und der verfaßt ist von einem spanischen Offizier, der 25 Jahre lang gedient hatte *dans les armées d'Espagne et d'Afrique*²⁾.

Die Regierung hatte auch Sorge getragen, die Wichtigkeit der bedrohten Festung dem Publikum immer wieder vor Augen zu stellen. Schon 1725, nach dem Abschluß der Allianz von Hannover, erschien das von einem Flottenoffizier verfaßte Pamphlet: „Gibraltar, ein Bollwerk für Großbritannien.“³⁾ Man sieht hier deutlich wie die Anschauungen sich gewandelt haben. Der Wert der Felsenfestung wird stärker und treffender hervorgehoben, als es noch vor wenigen Jahren zu geschehen pflegte⁴⁾. Es ist der Schlüssel zum Mittelmeer, sagt unser Verfasser. Wenn ein britischer Geschwader davorliegt, kann ohne unsere Erlaubnis kein Schiff die Meerenge passieren. Und die englische Flotte, auf die alles ankommt, ist in glänzendem Zustande, während bei unsern Nachbarn, und das gilt besonders von Frankreich, die Schiffe in den Häfen faulen. Selbst in ihrer besten Zeit konnten die Franzosen uns im Mittelmeer nichts anhaben, außer wenn sie die Flotten von Brest und Toulon vereinigen. Diese Vereinigung kann England aber von Gibraltar aus jederzeit verhindern. So groß wie der Nutzen Gibraltors für England wäre der Schaden, wenn es in fremde Hände geriete. Denn unser Mittelmeerhandel wäre bedroht, der Handel mit

is has sustained. With an accurate Journal of the siege . . . 1727. Translated from the original Spanish. By J. S. Dodd. London 1781. Brit. Mus. 9180, bbb. 16.

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798), 2, 580.

²⁾ Er befindet sich in Walpoles Nachlaß, Houghton Mss.

³⁾ Gibraltar, a bulwark of Great Britain. By a gentleman of the Navy. 2d ed. London 1725. Brit. Mus. 1141 43.

⁴⁾ Vgl. Bd. 2, 263, 267, 632. Vgl. auch die Darlegungen bei Burrows, Foreign Policy, 60 ff.

den Barbaresken, mit Italien, mit der Levante. — Wir haben auch ein Zeugnis dafür, daß die Schrift starken Eindruck gemacht¹⁾, wissen also, wie man damals in England über den Wert Gibraltors gedacht hat.

Gouverneur von Gibraltar war Lord Portmore, ein rüstiger Greis von 80 Jahren, der allerdings in ruhigen Zeiten sich nicht in Gibraltar, sondern in England aufzuhalten pflegte. Seit der Thronbesteigung Georgs I. war er erst ein einziges Mal, 1720, für kurze Zeit in Gibraltar gewesen²⁾. Als nun die alarmierenden Nachrichten von Stanhope aus Spanien einliefen, gab Townshend — es war im Sommer 1725 — von Hannover aus den Befehl³⁾, daß Oberst Kane, „ein fähiger, redlicher und erfahrener Offizier“, sich von Port Mahon hinüber nach Gibraltar begeben, wo er schon früher den Gouverneur vertreten hatte⁴⁾, um dort abermals den Befehl zu übernehmen und über den Zustand der Festung zu berichten. Er soll auch nötigenfalls ein paar Regimenter, die soeben in Irland eingeschifft werden, um die in Port Mahon garnisonierenden Truppen abzulösen, in Gibraltar, wohin sie zunächst beordert sind, festhalten. Durch derartige Vorbereitungen wird vielleicht der König von Spanien gewarnt werden, wird vielleicht davon abstehen, die Auslieferung des Platzes peremptorisch zu verlangen oder gar, schlecht vorbereitet, wie er ist, einen Angriff zu unternehmen. Vorbereitungen dieser Art könnten auch dazu dienen, die City von London zu überzeugen, daß der König niemals ernstlich an eine Abtretung Gibraltors gedacht hat. (Was übrigens, genau genommen, ja nicht einmal richtig war.)

Seitdem war die Lage nur noch kritischer geworden. Die peremptorische Forderung war erfolgt, sowohl in der Form des in so starken Ausdrücken gehaltenen Briefes von Grimaldo, wie in den Worten der Königin Elisabeth während der berühmten Audienz Stanhopes am 3. August 1725. Von da an läßt man Gibraltar nicht mehr aus den Augen, man nimmt die Gefahr ernst, und welche Rolle es in den Aufträgen Hosiers

¹⁾ Vgl. Portland Mss. 7, 414.

²⁾ Newcastle an Townshend, 30. Juni 1725. R. O.

³⁾ Townshend an Newcastle, Pyrmont 6./17. Juli 1725. R. O.

⁴⁾ Vgl. Berichte Kane's vom 21. Okt., 1., 8., 10. Nov. 1720; 18. August 1725. R. O.

spielt, ist uns schon bekannt. Und Hosier war es ja auch, der seinen Unteradmiral Hopson vor Gibraltar zurückließ, als er selbst mit dem Hauptteil der Flotte heimwärts fuhr.

Auf spanischer Seite hatte König Philipp zuerst dem Marquis von Villadarias, der schon 1704 die Rückeroberung Gibraltars versucht, allerdings vergeblich versucht hatte, wieder die Leitung des Angriffs übertragen wollen. Villadarias aber erklärte, ein Angriff zu Lande wäre erfolglos, wenn man ihm nicht auch eine genügende Flotte zur Verfügung stelle. Da dies nicht geschah, lehnte er ab¹⁾. Statt seiner übernahm Graf Las Torres, ein weniger gewissenhafter, aber um so großsprecherischer Offizier, den Oberbefehl. Bis zum Ende des Jahres 1726 geschah noch keinerlei Feindseligkeit. Spanische Offiziere kamen sogar häufig in die Stadt, um Einkäufe zu machen, was man ihnen nicht verbieten konnte, obwohl es den Herren wohl mehr auf Spionage ankam als auf harmlose Einkäufe. Und dabei war es ein offenes Geheimnis, daß ein Angriff bevorstehe. Von Cadix bis hinüber nach Malaga arbeite man an den Vorbereitungen und — so schreibt Kane am 27. Dezember 1726 — und vor dem nächsten Mondwechsel soll ein in großem Stil unternommener Vorstoß erfolgen. Am 12. Januar sind die Zufuhren vom Lande abgeschnitten, „so daß wir uns hier wie in einer blockierten Garnison befinden“. Zum Glück für die Besatzung war am 1. Januar Admiral Hopson mit seinem Geschwader vor Gibraltar erschienen. So konnte von einem kombinierten Angriff zu Wasser und zu Lande vollends nicht mehr die Rede sein. Es konnte sich also nur um eine regelmäßige Belagerung von der Landseite aus handeln. Die Spanier benötigten dafür schweres Geschütz. Auf dem Seewege hätten sie es aus etlichen Hafensplätzen, von Cadix, von Malaga, von Valencia, von Barcelona, leicht und rasch herbeischaffen können. Da aber die Engländer das Meer beherrschten, so waren sie auf den langsameren Transport zu Lande angewiesen. Es mußte also schon ein gewisser Zeitraum vergehen, ehe der Kampf um den Besitz der Felsenfestung beginnen konnte.

* * *

¹⁾ Vgl. Mahon, History (Tauchnitz 2, 110).

Man kennt die Lage Gibraltars. Auf einer 4½ km südlich ins Meer hinausragenden Landzunge ist der mächtige Felsen gelegen, der nur durch einen schmalen, flachen und sandigen Isthmus mit dem Festlande verbunden ist und gerade auf dieser Seite in einer schroffen, steilen Wand jäh abstürzt. Daher denn der Eindruck der Uneinnehmbarkeit, uneinnehmbar wenigstens von der Landseite her. Und daher das erste Gebot für den Besitzer der Festung, Herr auf dem Meere zu sein. Diese Bedingung aber war nun auf englischer Seite bereits erfüllt, da, genau seit dem 1. Januar 1727, Admiral Hopson mit seinem Geschwader zur Stelle war. Mit andern Worten: nur über den Isthmus hin, vor sich die gewaltige Felswand, konnten die Spanier ihren Angriff vortragen, wollten sie das „Bollwerk Großbritanniens“ gewinnen.

An Stelle des von Port Mahon gekommenen Kane übernahm jetzt der inzwischen eingetroffene und zum stellvertretenden Kommandanten bestimmte Offizier, ein gewisser Clayton, den Oberbefehl. Am 11. Februar a. St. bemerkt er, daß die Spanier mit der Anlage von Laufgräben beginnen. Sogleich fordert er durch eine hinübersandte Botschaft den spanischen Befehlshaber auf, sein den Verträgen zuwiderlaufendes Vorhaben aufzugeben, weil er sich sonst gezwungen sehen würde, geeignete Maßregeln zu ergreifen. Der Spanier antwortet, er könne auf dem eigenen Grunde tun, was ihm beliebt, und droht auch seinerseits mit Feindseligkeiten. Der Engländer eröffnet das Feuer, und als nach einer Stunde die Schanzarbeiten nicht abgebrochen sind, läßt er alle auf die spanischen Batterien gerichteten Kanonen in Tätigkeit setzen. Der Spanier feuert auf das nächste englische Schiff, doch ohne viel Schaden zu tun. So hat der Kampf begonnen. Den ganzen 12. hindurch wird von englischer Seite zu Lande und zu Wasser das Feuer fortgesetzt, während 300 Mann tätig sind, um die Verteidigungsanlagen zu verstärken. Wochenlang währt nun der Artilleriekampf ununterbrochen, ohne daß die Lage sich ändert. Am 23. März sind die spanischen Laufgräben noch nicht weiter vorgerückt als im Anfang. Ähnlich lautet eine Meldung vom 7. April. Ende April sind die spanischen Batterien den englischen Stellungen etwas näher gerückt. Aber inzwischen haben die Engländer Verstärkungen erhalten. Außer den beiden irischen

Regimentern sind noch weitere Truppen gekommen, und die Zahl der englischen Streiter zu Lande wird auf 6090 Mann beziffert. Townshend hatte schon am 15. April sehr zuversichtlich geschrieben¹⁾: „Wir fürchten nicht mehr, daß die Spanier Gibraltar nehmen. Der Platz ist mit Mannschaften und allem Nötigen reichlich versehen, und zur See sind wir soviel stärker als sie.“

So ging es bis in den Mai hinein. Die Spanier vermochten zwar ihre Batterien abermals etwas näher an die englischen Stellungen heranzubringen, sie erhielten auch Verstärkung durch einige bisher in Ceuta festgehaltenen Truppen, das die Mauren belagert, nun aber aufgegeben hatten. Doch die Belagerung Gibraltors machte keine Fortschritte mehr. Gerade war der junge Herzog von Wharton, prahlerisch und trunksüchtig, wie wir ihn kennen, im Lager der Spanier erschienen. Stark bezechet, begibt er sich allen Warnungen zum Trotz zu einer Batterie, die soeben von den Engländern unter ihr Feuer genommen worden. Er zeigt seinen kürzlich von Jakob Eduard ihm verliehenen Hosenbandorden, schreit immer wieder: „Es lebe der Prätendent“ und würde, wer weiß, noch was für Torheiten begangen haben, wäre er jetzt nicht durch einen Granatsplitter am Fuß verletzt worden. Die Belagerer begannen den Mut zu verlieren. In einem aufgefangenen Briefe aus dem spanischen Lager las man die Worte: „Wenn die Engländer nicht Mitleid mit uns haben, werden wir alle graue Bärte bekommen, ehe Gibraltar genommen ist. Ich weiß wohl, viele stellen es anders dar, aber ich möchte lieber schweigen, als Falsches berichten“²⁾.

Der 28. Mai, der Geburtstag Georgs I., wurde von den Streitern auf englischer Seite damit begangen, daß ein wuchtigeres Artillerief Feuer einsetzte als bisher. Sie hatten das Glück, das Hauptpulvermagazin der Spanier zu treffen. „Es gab ein Getöse, wie 1000 Kanonen es nicht verursachen können.“ Auch wurde eine ganze Batterie durch das englische Feuer vernichtet. Man sagte, durch diesen Erfolg sei der für den nächsten Tag beschlossene allgemeine Sturm auf die Festung vereitelt worden.

Seitdem wurde das Feuer der Spanier täglich schwächer. Und dann kam die Nachricht von der Unterzeichnung der

¹⁾ Townshend Mss. 111.

²⁾ Ebd. 199.

Pariser Friedenspräliminarien. Sie bewirkte vor Gibraltar den Abschluß eines Waffenstillstandes. Das Feuern sollte aufhören auf beiden Seiten, und, so sagt eine Quelle, „die Belagerung Gibraltors verwandelte sich in eine Blockade“. Erst als man erfuhr, daß die Präliminarien von allen Mächten ratifiziert seien, hatte der Kampf um die Felsenfestung sein Ende erreicht.

Kurz vorher, ehe noch die Entscheidung gefallen, war in London ein kleines gereimtes Pamphlet erschienen mit einem Gedicht auf die Belagerung Gibraltors¹⁾. Es war dem würdigen Earl of Portmore gewidmet, dem alten Gouverneur, der gerade rechtzeitig erschienen war, um an der Leitung der Operationen noch einen bescheidenen Anteil nehmen zu können. Täglich sah man ihn zweimal im Feuer der Batterien stehen. Der Schluß des Poems aber brachte eine Verherrlichung Georgs I. Er wird angeredet als der Fürst, in dessen Adern das Blut alt-sächsischer Götter rollt. Ihm möge es zu hoher Genugtuung reichen, wenn der Anschlag auf Gibraltar mißlungen sein wird.

„Und von Hesperiens Herrschern sei's mit Neid erkannt,
Daß ihres Reiches Bollwerk fest in deiner Hand.“

* * *

Der internationale Streit war reif geworden für eine friedliche Beilegung. Die Kräfte hatten sich gemessen. Auf der Seite der Alliierten von Hannover lag die stärkere Machtentfaltung, besonders auf der Seite Englands, das mit seinen drei Flottenexpeditionen die Pläne der Gegner durchkreuzt und, indem es den Angriff auf Gibraltar abgeschlagen, den Beweis geliefert hatte, daß der Platz mit Gewalt nicht zu nehmen war.

Und schon war auf der andern Seite das Gefüge der Wiener Allianz brüchig geworden. Karl VI. war enttäuscht, da die großen Geldhilfen, die Spanien ihm versprochen, ausblieben. England hatte es verhindert. Auch Rußland hat ihm wenig Hilfe geleistet, denn auch Rußlands Aktionsfähigkeit war gelähmt durch die englische Seemacht. Aus Frankreich aber kam die Nachricht, daß es an seiner Ostgrenze Truppen zusammenziehe. Was hatte der Kaiser noch zu hoffen? Von welcher

¹⁾ (Calpe or) Gibraltar. A Poem. London 1727. Brit. Mus. 643. K. 3.

Seite konnte Unterstützung kommen für seine umfassenden Pläne, für die Behauptung der Kompagnie von Ostende, für die Erhöhung seiner Stellung in Deutschland, für die Demütigung des Protestantismus und nicht zuletzt für die Sicherstellung seiner Pragmatischen Sanktion? Zwar war Preußen 1726 zu ihm übergetreten, aber der Vertrag von Wusterhausen war nicht ratifiziert und Preußen blieb unsicher. Andere Glieder des Reiches aber hatten sich offen auf die Seite seiner Gegner geschlagen. Die Allianz von Hannover aber hatte sich im Schmelzfeuer der Kämpfe von 1726 nur mehr gehärtet.

Unterdessen waren in Spanien wie in Frankreich entscheidende Wandlungen eingetreten in der Besetzung der höchsten Stellen im Staate. Von dem Sturze Ripperdas ist schon berichtet worden. In Frankreich erfolgte nicht minder plötzlich die Entfernung des Herzogs von Bourbon aus dem Amte. Nicht durch hohe Begabung, nur durch Geburt, als der erste unter den Prinzen von Geblüt war Bourbon-Condé nach dem Tode des Herzog-Regenten in das Amt gekommen, das er mit wenig Glück verwaltet hat. Schon damals, beim Tode Orleans', hätte der Bischof von Fréjus, den noch Ludwig XIV. zum Erzieher des künftigen Königs bestimmt hatte, in die leitende Stellung einrücken können. Er hat sich diskret zurückgehalten, hat aber bereits den Charakter der Regierung, zumal in der auswärtigen Politik entscheidend beeinflußt. Er hat später sich selbst als den Urheber und Hauptförderer der Allianz von Hannover bezeichnet¹⁾. Das hat man auch in England gewußt. Die diplomatischen Depeschen dieser Jahre lassen es erkennen. Townshend übermittelt etwa an Horace Walpole in Paris eine wichtige Nachricht²⁾, die er an Morville, den auswärtigen Minister, und an einen andern, dessen Name nur in einer Chiffre gegeben wird, weiterleiten möge. Unter dieser unaufgelösten Chiffre aber verbirgt sich unzweifelhaft der Name des Bischofs von Fréjus, der nun bald als Kardinal Fleury berühmt wurde.

Das Amt des Premierministers, das Bourbon innegehabt, wurde gänzlich aufgehoben. Der junge König, hieß es, werde die Leitung der Geschäfte selbst in die Hand nehmen. Darin

liegt eine Analogie zu der Art, wie der Herzog von Orleans nach dem Tode Dubois' das Amt des Premiers unter dem minderjährigen Könige nicht wieder vergeben und es während der wenigen Monate, die seinem Leben noch beschieden waren, in Person verwaltet hatte.

Dieses Mal war die Aufhebung des Amtes vielleicht nur erfolgt, um für die Entlassung Bourbons eine schonende Form zu finden. Man soll glauben, Ludwig XV. werde persönlich regieren, eines Premierministers bedürfe es nicht. Der König wird sich beraten lassen, von wem er will, vielleicht von seinem alten Erzieher, dem ehrwürdigen Fréjus. Horace Walpole äußert sofort den Zweifel, ob denn der junge König auch die Fähigkeit dazu besitze, es müsse doch ein wirklicher Leiter der Geschäfte da sein, der das allgemeine Vertrauen besitze. Fleury stimmt zu und deutet an, daß er selbst dieser Eine sein werde.

So war Fleury, der 73 jährige Kleriker, in sein hohes Amt gekommen, das er bis an das Ende seines Lebens — er ist mit 90 Jahren gestorben — verwaltet hat. Man darf Fleury nicht mit Richelieu vergleichen. Das Bild, das man erhält, ist anderer Art. Er ist nicht wie dieser Mächtige stolz und unnahbar, sondern milde und liebenswürdig, aber darum nicht minder klar und fest in seinem Wollen und Tun. Er ist auch nicht ein überragender Genius, der ganz neue Wege eingeschlagen hätte, um sein Land groß zu machen. Er ist der kluge Kenner Frankreichs und Europas, ein weiser Staatsmann, der das weite Gebiet der inneren und äußeren Politik durchschaut und beherrscht. Seine Klugheit besteht darin, alte Wunden zu heilen, Finanzen zu verbessern, Wirtschaft zu heben. Dazu braucht er den Frieden, und seine Friedensliebe wird sprichwörtlich. „Am Frieden hängt mein Herz“, dichtete Pope, „nicht Fleury kann ihn heißer lieben.“ Freilich hatte er nichts von der Art des Friedensapostels Saint-Pierre. Für diesen hat Fleury nur Hohn und Spott gehabt¹⁾. Er hat nicht den Krieg als solchen verabscheut, hat ihn nicht aus Grundsatz vermieden, und an den ewigen Frieden hat er nie geglaubt.

Diejenigen, die in Fleury nur den Friedensfreund sahen, der niemals zum Kriege schreiten würde, müssen nachmals arg

¹⁾ Vgl. Coxe, Lord Walpole I, 228.

²⁾ Hannover, 24. Juli/4. Aug. 1725. R. O.

¹⁾ Vgl. meine Ausgabe: Der Traktat vom ewigen Frieden, 1713 (Klass. der Politik, 4). 1922. Einleitung 36 ff.

enttäuscht gewesen sein, als gerade er es war, der in den dreißiger Jahren anlässlich des Streites um die polnische Thronfolge sein Frankreich wieder in einen europäischen Krieg hineingeführt hat. Im Anfang seiner großen Laufbahn aber war sein Bemühen ernst und ehrlich auf den Frieden gerichtet. Wie er dabei von dem Lenker der Geschicke Britanniens unterstützt wurde, so erscheinen nun, auf Jahre hinaus Fleury und Walpole als die beiden Eckpfeiler des europäischen Friedens. Dem entspricht es auch, daß Fleury sofort mit dem englischen Gesandten am Pariser Hofe, mit Horace Walpole, dem Bruder des Ministers, in einen vertrauten Austausch eintrat und ihm sogar einen gewissen Einfluß auf sein Tun einräumte. Nicht, daß Horace, wie einst der große Lord Stanhope, auf die Regierungsform in Frankreich entscheidend einzuwirken versuchte. Er möchte sich in den langen Konferenzen ¹⁾ mit Fleury nur die Gewißheit verschaffen, daß nicht gerade englandfeindliche Persönlichkeiten in hohe Stellungen kommen. Er ist einverstanden mit der Ernennung von d'Huxelles und Berwick, will aber auch sicher sein, daß nicht auch Torcy, der alte Feind Englands aus der Zeit Ludwigs XIV., in die Regierung komme. Er hat auch nichts dagegen, daß Morville, der bisherige auswärtige Minister, in seiner Stellung verbleibe. Denn Morville findet er, sei ein guter Subalterner, ohne Genie und ohne höheren Ehrgeiz, zufrieden, dem in der Macht Befindlichen dienen zu dürfen. Fleury hört auf Horace Walpole, weil er in seinen Reden die Ideen und die Politik des Bruders, des britischen *Prime Minister*, wiederfindet.

* * *

Gleich nachdem er die Macht übernommen, hatte Fleury in dem allerersten, dem englischen Gesandten noch in der Nacht zugestellten Schreiben die Versicherung abgegeben, daß der erfolgte Umschwung an der Bundestreue Frankreichs nichts ändern werde. Er ist entschlossen, an der Allianz von Hannover festzuhalten. Aber nun ist er es auch, der vom ersten Tage seines Waltens an zielbewußt auf die Versöhnung der feindlichen Gruppen in Europa hinarbeitet.

¹⁾ Vgl. Die Briefe bei Coxe, Lord Walpole 1, ch. XII.

Um den bedrohten Frieden zu retten, denkt Fleury zunächst an Spanien ¹⁾. Er versucht mit Spanien allein ohne Hinzuziehung von Österreich zu verhandeln. Madrid lehnt ab. Auf seine dahin gerichteten Briefe erhält er nur allgemeine Antworten. Oder man wirft ihm das Bündnis mit den Protestanten vor. Spanien erklärt schroff, mit Frankreich nicht verhandeln zu können, so lange dieses mit den Feinden Gottes und der Religion im Bunde sei. Oder seine Briefe werden ihm gar uneröffnet zurückgeschickt.

So hat sich dieser Weg als ungangbar erwiesen. Nun folgt ein erster Schritt von Seiten Österreichs. Sein Pariser Gesandter Fonseca schlägt vor, Frankreich, Österreich und Spanien sollten versprechen, einander gegenseitig nicht anzugreifen und sich gemeinsam gegen jede vierte angreifende Macht zu wenden. Das lehnt Frankreich ab. Denn das sei bereits durch die Quadrupel-Allianz gewährleistet. Seinerseits fragt jetzt Fleury, ob der Kaiser bereit sei, den Handel von Ostende zu suspendieren. Darauf trifft am 1. November 1726 ein Gegenvorschlag von Wien ein. Der Kaiser, heißt es darin, sei einer Verhandlung über Ostende nicht abgeneigt. Sie möge etwa auf der Grundlage erfolgen, daß die Kompagnie nur eine fest begrenzte Anzahl von Schiffen fahren lassen und nur einige genau bezeichnete asiatische Häfen anlaufen dürfe. Die Antwort lautet, die Westmächte könnten sich auf nichts anderes einlassen als auf die völlige Aufhebung der Kompagnie.

So wenig aussichtsreich waren die Verhandlungen, als man im Dezember 1726 bedenkliche Nachrichten empfing über die in verschiedenen Teilen der Welt bevorstehenden oder schon eröffneten Feindseligkeiten. Man hörte von dem Vorrücken spanischer Truppen gegen Gibraltar, von dem Einlaufen des Admirals Castañeta in den Hafen der Havana um die *flota* nach Europa zu befördern, man hört, daß der „Prinz Frederick“ das reichbeladene Schiff der Südseekompagnie, in Vera Cruz von den spanischen Behörden festgehalten worden sei.

¹⁾ Über den Gang der Verhandlungen unterrichtet gut eine im Record Office (France 380) erhaltene Übersicht unter dem Titel: A short narrative of the reconciliation between France and Spain and of the Preliminaries during the Cardinal de Fleury's Ministry. Vgl. allgemein: Bandrillart, a. a. O. 3, 255 ff. Pribram, Staatsverträge 1, 442 ff.

Nun legte sich eine unbeteiligte Macht ins Mittel: die Kurie. Von dem Nuntius in Wien geht, vom Kaiser gebilligt, ein Vorschlag an den Nuntius in Paris, des Inhalts, die Kompagnie von Ostende möge zunächst suspendiert werden, nämlich so lange, bis ihre Legalität durch ein Schiedsgericht entschieden sei. Bis dahin sollen weitere Schiffe von Ostende nicht auslaufen, den draußen befindlichen aber wird freie Heimkehr zugesichert. Auch Hosier sei mit seiner Flotte zurückzubeordern und den Galeonen freie Fahrt nach Spanien zu gestatten. Derselbe Vorschlag wurde in Wien auch den Gesandten von Frankreich und Holland unterbreitet, nicht aber auch Saint Saphorin, dem Vertreter Großbritanniens. Die ungleiche Behandlung hatte ihren Grund in gewissen Mißhelligkeiten zwischen den Vertretern von Frankreich und England in Wien, wie denn Saint Saphorin gelegentlich über die Unaufrichtigkeit oder gar die Intriguen klagt, die ihm von seiten des Franzosen Richelieu begegnen¹⁾.

Doch die Verhandlungen nehmen ihren Fortgang. Im Februar 1727 überreicht der Nuntius in Paris der französischen Regierung einen neuen Vorschlag des Kaisers. Derselbe lautet bereits auf Suspension der Kompagnie auf zwei Jahre und Einberufung eines Kongresses, der die Gesetzlichkeit der Kompagnie zu prüfen haben wird. Vor dieser Entscheidung aber würden Präliminarien in Paris zu vereinbaren und in Wien zu unterzeichnen sein. Inzwischen werden alle Feindseligkeiten abgebrochen, die englischen Flotten von den Küsten Spaniens und Amerikas, die spanischen Truppen von Gibraltar zurückgerufen. Der Kongreß aber wird in Nancy, in Basel oder in Aachen abgehalten werden.

Damit war eine brauchbare Grundlage gefunden, auf der nun tatsächlich weiter verhandelt wurde. Österreich selbst hatte den ersten Schritt getan, um Ostende fallen zu lassen. Man erkennt deutlich die in Wien herrschende pessimistische Stimmung. Die leitenden Männer, Prinz Eugen und Starhemberg, denen auch Sinzendorff sich zögernd angeschlossen, haben den Kaiser davor gewarnt, es zum Äußersten zu treiben. Sie sehen Feinde ringsum, Belgien durch England und Holland bedroht, die italienischen Besitzungen durch Frankreich und England.

¹⁾ Vgl. Pribram, a. a. O., 452⁴⁾.

Und nun ist man bald soweit, in der Hauptsache nur noch über die Dauer der von Österreich schon zugestandenen Suspendierung der Kompagnie zu streiten. Fonseca darf sagen: 3 Jahre, Fleury sagt: nicht unter 10, Holland sagt: 25 Jahre. Die Vorschläge werden auch in Spanien nicht abgelehnt. Nur möchten die Spanier Gibraltar, falls es inzwischen genommen sein sollte, nicht bedingungslos herausgeben. So wandern die Entwürfe von Paris nach London, nach Madrid, nach dem Haag, nach Wien. Am 14. April hat Richelieu den österreichischen Ministern gerade einen soeben von Paris gekommenen Entwurf mitgeteilt, in der Meinung, daß auf dieser Grundlage vielleicht ein Abkommen zwischen allen Beteiligten getroffen werden könnte. Da erfährt er, daß Österreich sich weigere, mit Saint Saphorin und seinem Sekretär Woodward länger zu verhandeln. Damit war der glatten Erledigung der Angelegenheit ein neues Hindernis entstanden. Es war ein neuer englisch-österreichischer Konflikt, mit dessen sensationellem Verlauf auch wir uns zu beschäftigen haben. Er gibt uns auch die Gelegenheit, wieder auf die inneren englischen Verhältnisse einen Blick zu werfen.

* * *

Im Februar 1726 war als Nachfolger des vor zwei Jahren verstorbenen österreichischen Residenten Johann Philipp Hoffmann ein jüngerer Mann, Karl Joseph von Palm, nach London gekommen. Er sollte, wie Hoffmann es durch lange Jahrzehnte geübt, die dauernde Vertretung des Kaisers am Hofe von St. James's übernehmen. Er würde auch, ebenso wie sein Vorgänger, Diplomat und Berichterstatter in einer Person sein, bald mehr mit politischen Verhandlungen befaßt werden, bald nur als fleißiger Beobachter des englischen Lebens seine Berichte nach Wien senden. Palm war durch Graf Starhemberg, der selbst so lange in London geweilt hatte, für diesen Posten empfohlen, er war auch schon zu Lebzeiten Hoffmanns dorthin gesandt worden und daher mit den englischen Verhältnissen wohl vertraut. Im Jahre 1722 hatte ihm Saint Saphorin ein Empfehlungsschreiben an Townshend mit auf den Weg gegeben¹⁾. Er habe dies, sagt er, um so unbedenklicher getan, weil man oft

¹⁾ Vom 24. Juni 1722. H. A.

durch einen Subalternen, wenn er anders Verstand hat, an den oberen Stellen mehr erreicht als sonst. Und Saint Saphorin kennt den Mann und seine Familie. Der Vater hat, ehe er starb, ihm, dem englischen Gesandten, das Vermögen seines Sohnes anvertraut. Und mit dem Sohne hat Saint Saphorin die schwebenden politischen Fragen wie z. B. die Frage der vielberufenen Investituren für Bremen und Verden bereits gründlich durchgesprochen.

Palm hätte sich in gewöhnlichen Zeiten in die ihm zugedachte Rolle gewiß gut gefunden. Nun waren aber, als er kam, die politischen Verhältnisse in so abnormer Weise verschoben; das Allianzsystem zwischen Österreich und England, das noch Wilhelm III. geschaffen, und das nachmals unter dem Namen des alten Systems Jahrzehntlang als ein Angelpunkt europäischer Politik galt, es schien zur Zeit aufgehoben zu sein. Österreich und England gehörten verschiedenen Mächtegruppen an und betrachteten einander mißtrauisch und mit feindseligen Blicken.

So hätte denn Palm, auch wenn er mit mehr Klugheit und Takt begabt gewesen wäre, in London doch einen schweren Stand gehabt. Er wurde auch nicht gerade mit offenen Armen empfangen¹⁾. Er war über Hannover gereist, um dem noch dort befindlichen Georg I. aufzuwarten. Am 24. Dezember 1725 trifft er in Hannover ein, wird aber vom Könige, der gleichwohl erst am 29. abreist, nicht mehr empfangen. So folgt er ihm nach England. Hier fühlt er sich wie in einem feindlichen Lande. Die Beziehungen sind so schlecht, als ob jeden Tag der Krieg ausbrechen könnte. Palm macht auch keinerlei Versuche, das Verhältnis zu bessern. Seine Gespräche mit den englischen Ministern sind unerquicklich und unfruchtbar. Er macht ihnen den Vorwurf, England habe alte Grundsätze verleugnet, es versuche, „das so teuer erworbene *systema* in Europa über'n Haufen zu werfen“²⁾. Townshend zählt ihm dagegen in langer Rede alle Wohltaten auf, die England dem Kaiser seit dem Beginn des spanischen Erbfolgekrieges erwiesen habe.

¹⁾ Das folgende nach den Berichten Palms im W. St. A. Zu vergleichen sind auch seine gedruckten Briefe bei Förster, Die Höfe u. Cabinette Europas, I (1836) Urkundenbuch 19 ff.

²⁾ Palm an Karl VI., 8. Febr. 1726. W. St. A.

Den König bekommt Palm vorläufig überhaupt nicht zu sehen. Die bereits im Februar angesetzte Privataudienz — Georg I. erteilt nur Privataudienzen — wird lange verschoben, weil Palm nur ein Kreditiv, nicht aber auch ein Handschreiben seines Herrn mitgebracht hat. Erst im April, als das Handschreiben glücklich eingetroffen ist, wird er empfangen, gibt die ihm anbefohlenen üblichen Freundschaftsversicherungen ab und empfängt eine wahrscheinlich in ähnlichem Sinne gehaltene Antwort, die aber so leise und undeutlich gesprochen wird, daß Palm nur aus den Mienen und Gebärden des Monarchen den Sinn der Äußerung erschließen kann¹⁾.

Die Hoffnung, den englischen König persönlich, etwa im Falle eines Ministerwechsels, wieder für den Kaiser gewinnen zu können, hat Palm zunächst aufgegeben²⁾. Im Mai erhält er auf seinen Wunsch eine neue Audienz. Als er seinen österreichischen Standpunkt darzulegen versucht, erhebt der König mit gereizten Worten drei Einwände. Wozu, fragt er, war es notwendig, in einem einfachen Freundschaftsvertrage zwischen dem Kaiser und Spanien die Restitution von Gibraltar und Port Mahon zu erwähnen? Und sein eigener, immer wieder herangezogener Brief an Philipp V. habe nichts damit zu tun, habe auch nicht den Sinn gehabt, den man ihm unterlegte. Man sei in Wien eben schlecht informiert. Endlich seien die den Wiener Alliierten zugeschriebenen bösen Absichten (er meint die Thronerhebung des Prätendenten) ja von Ripperda selbst bestätigt worden.

Boshaft fügt Palm seinem Bericht hinzu, dies alles sei dem Könige natürlich nur von den Ministern suggeriert worden. Er selbst (Palm) habe es aber in aller Bescheidenheit zu widerlegen versucht³⁾.

So unbefriedigend wie diese Erörterungen sind überhaupt die politischen Gespräche, die Palm mit den Leuten von der englischen Regierung führt. Wenn diese auf die bösen Absichten der Wiener Allianz schelten, so tadelt Palm mit demselben Eifer die Allianz von Hannover. Man streitet mit den gewohnten

¹⁾ Palm an Karl VI., 16. April 1726. W. St. A.

²⁾ Privatbrief Palms vom 1. März 1726. W. St. A.

³⁾ Palm an Karl VI., 10. Mai 1726. W. St. A.

Argumenten: Verletzung der Reichspflichten sagt Palm; Bündnisrecht der Reichsstände auf Grund des Westfälischen Friedens und der Wahlkapitulation sagen die Engländer ¹⁾. Die Kompagnie von Ostende nennt Townshend den wahren Stein des Anstoßes, deutet aber an, daß eine Verlegung nach Triest oder einem anderen Mittelmeerhafen in Frage kommen könnte. Doch Palm nimmt auch das nicht ernst. Sie meinen wohl, sagt er ²⁾, von Triest aus könne man überhaupt keinen Handel mit Ostindien treiben. Und wollten wir es selbst versuchen, so kämen sie sicher sofort mit neuen Einwänden dagegen.

So bleibt sein Verkehr mit den Häuptern der Regierung unerfreulich und kühl. Jeder Teil sagt sein Sprüchlein, ohne den andern zu überzeugen. Dafür verkehrt Palm nun aber auch eifrig mit den Männern der Opposition, und von ihnen wird er in seinen Auffassungen bestärkt. Sein spanischer Kollege Pozzobuono treibt es ebenso. Die Führer der Gegenpartei sind gemeint, wenn Palm von „unparteiischen Gemütern“ redet, die ihn versichert haben, daß es sich bei der Allianz von Hannover tatsächlich um eine mächtige „Gegenverfassung“ gegen die Wiener Allianz handle ³⁾.

Er nähert sich ihnen im Laufe seines einjährigen Aufenthaltes immer mehr und hat die englischen Verhältnisse zuletzt nur noch durch ihre Brille gesehen. In ein paar Briefen vom Dezember 1726, die zu seinem Unglück interzipiert und Walpole vorgelegt wurden ⁴⁾, gibt er ein Bild der politischen Lage, aber es ist ein merkwürdig verzeichnetes Bild. Solange die jetzt leitenden Persönlichkeiten an der Spitze bleiben, ist für ein besseres Verhältnis nichts zu hoffen. Er findet, das *primum mobile* in der großen Politik sei nicht Walpole, dessen Macht und Ansehen ja sonst viel größer ist, sondern Lord Townshend. Dieser aber war und ist ein Gegner des Kaisers. Er hat sogar erklärt, er würde die Quadrupel-Allianz, so wie sie ist, nicht geschlossen haben. Der Kaiser hätte die ihm darin zugebilligten Vorteile höher bezahlen müssen. Palm hält aber — und das ist der

springende Punkt — die Stellung der Minister nicht für unerschütterlich. Das Parlament zwar steht auf ihrer Seite. Aber ist es eine Kunst, das Parlament zu beherrschen, da die Korruption einen Umfang angenommen hat wie nie zuvor?

Nun haben die „Wohlgesinnten“ ihm gesagt, es komme nur darauf an, dem Könige das richtige Verständnis für die Lage der Dinge beizubringen. Das müßte durch vertrauliche Mitteilungen zu erreichen sein. Und was die Nation betrifft, so sollte sie durch eine energisch einsetzende Aufklärungsarbeit, nämlich ebenso durch mündliche Agitation wie durch die Verbreitung von Druckschriften, politisch belehrt werden. Mit andern Worten, was Palm bezweckt, ist nichts anderes, als ein Versuch, das Ministerium Walpole-Townshend zu stürzen und die Führer der Opposition an ihre Stelle zu setzen. Er sollte bald erfahren, wie eitel dieses Vorhaben war.

* * *

Diese drei, Pozzobuono, Palm und Pulteney, sie sind wie ein Verschwörer-Trio emsig darauf bedacht, wie man der herrschenden Gruppe Walpole-Townshend beikommen könne. Es gilt, den König und das Volk gegen sie aufzubringen. Dazu hält Palm nun im Anfang des Jahres 1727 die Gelegenheit für günstig. Die Spannung zwischen den Mächten war soeben noch gewaltig gesteigert worden, durch einen Schritt der englischen Regierung, der wie eine Kriegserklärung der Alliierten von Hannover gegen die Wiener Alliierten wirkte. Georg I. eröffnete am 17. Januar a. St. 1727 die neue Session des Parlaments mit einer Thronrede, in der er die schwersten Vorwürfe gegen Spanien und Österreich schleuderte. Es ist insbesondere die Behauptung darin enthalten, daß jene beiden Mächte in einem Artikel ihrer geheimen Abmachungen übereingekommen seien, den Prätendenten auf den Thron Großbritanniens zu erheben. Er habe dies, sagt der König, „durch absolut zuverlässige Informationen von verschiedenen Seiten“ erfahren. „Welche Empörung“, ruft er aus, „muß dies in der Brust jedes protestantischen Briten entflammen.“

Wir wissen ja nun ziemlich genau — und ich darf an das früher Gesagte erinnern — wie hier der Fall lag. Die nach allen Regeln internationaler Abmachungen geschlossenen Verträge, d. h. die offiziellen Urkunden enthalten allerdings keinen auf die

¹⁾ Palm an Karl VI., 15. Febr. 1726. W. St. A.

²⁾ Privatschreiben vom 29. April 1726. W. St. A.

³⁾ Palm an Karl VI., 15. Februar 1726. W. St. A.

⁴⁾ In englischer Übersetzung gedruckt bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 504—10.

Thronerhebung des Prätendenten bezüglich Artikel. Aber wenn auch nicht in dieser feierlichen Form, so sind doch in loserer Gestalt Verabredungen getroffen, durch die beide Teile kaum weniger gebunden erscheinen. Es handelt sich um jenen Artikel, dessen Existenz uns von Ripperda bezeugt ist, der sogar von formeller Unterzeichnung redet. Und wenn wir auch ihm, der gestürzten Größe, nicht allzuviel Glauben schenken möchten, so haben wir auch noch das Zeugnis jener sizilianischen Geistlichen, die als die Vertrauten Philipps V. in die Geheimnisse der Madrider Verhandlungen eingeweiht waren, und die dasselbe besagen. So war die englische Regierung doch nicht gerade falsch unterrichtet, und selbst die in der Thronrede gebrauchte Wendung von „einem der Artikel der geheimen Abmachungen“ trifft den Sachverhalt noch ziemlich genau.

An der Wahrheit der vom Throne herab gesprochenen Worte durfte ohnedies niemand zweifeln. In ihren Dankadressen haben Lords wie Commons nur Ausdrücke des Abscheus für das törichte Schreckbild der Thronerhebung eines papistischen Prätendenten. Und wenn auch ein Unterhausredner etwas verächtlich von der beliebten Praxis auswärtiger Fürsten sprach, den Popanz des Prätendenten auf der Bildfläche erscheinen zu lassen, um das Volk von England einzuschüchtern, so wollte doch Walpole in seiner Erwiderung an dem Ernst der Sache keinen Zweifel aufkommen lassen. Man erhielt den Eindruck: alles scharte sich um den Thron Georgs I., und die Stellung Walpoles war so fest wie je.

* * *

Und die Wiener Alliierten? Sollten sie die in der Thronrede des englischen Königs gegen sie erhobene Anklage ruhig hinnehmen? Wir fragen nach der Haltung Spaniens und Österreichs. Spaniens Haltung war eindeutig. Es griff zu den Waffen. Seine Antwort war die Belagerung Gibraltors. Und der Kaiserhof? Konnte er den Vorwurf ertragen, er habe sich vertraglich verpflichtet, den Thron eines mit ihm in Frieden und Freundschaft lebenden Fürsten zu stürzen? Man stelle sich die Person Karls VI. vor, der noch in der Auffassung lebte, der erste an Rang unter den Fürsten Europas zu sein, und daß es ihm obliege, Europa

zu leiten¹⁾. So hat denn der beleidigende Wortlaut jener Thronrede am Wiener Hofe begreiflicherweise Zorn und Empörung hervorgerufen. Man beschloß, einen Streich zu führen gegen die englische Regierung, d. h. gegen das Ministerium Walpole-Townshend. Es galt, dem Könige und dem Volke die Augen zu öffnen über das verderbliche Treiben der Minister. Palm hatte ja selbst gesagt, wie das zu machen sei. Das von ihm empfohlene Rezept, durch Wort und Schrift den Monarchen und die Nation aufzuklären — der Wiener Hof selbst machte es sich nun zu eigen. Das gewählte Verfahren war wie folgt.

Graf Sinzendorff, der Hofkanzler, erteilte dem Residenten Palm den Befehl, beim Könige Georg um eine Audienz nachzusuchen und ihm bei dieser Gelegenheit eine Denkschrift zu überreichen — der lateinische Text wurde ihm von Wien aus geliefert. Er sollte ferner sogleich eine englische Übersetzung der Denkschrift anfertigen und dieselbe in zahlreichen Exemplaren verbreiten lassen, damit, wie Palm es auffaßt, „die ganze Welt und vorderst das jetzt sitzende Parlament mit der gesamten Nation daraus ersehe, wie vermessen das königliche Ministerium den König durch den Aufsatz dieser Anrede hintergangen“ und wie hinterlistig es auf diesem Wege zu parlamentarischen Bewilligungen habe gelangen wollen. — Wir verstehen, die Absicht der Wiener Regierung war es, zugleich auf das Parlament zu wirken, damit es der Regierung die Bewilligungen versage und ihr die Führung des Krieges unmöglich mache.

Palm tat, wie ihm befohlen²⁾, doch die Ausführung war nicht leicht. Die Druckereien standen unter strengster Kontrolle, auch vom Ausland hereingebrachte Drucksachen wurden scharf überwacht. Trotzdem gelang es, nächtlicherweile den Druck einer tadellosen englischen Übersetzung zu bewerkstelligen. Unterdessen meldet sich Palm zu einer Audienz beim Könige, doch ohne zu sagen, was er vorhabe. Er wird empfangen und überreicht sein lateinisches Schriftstück. Der König liest es natürlich nicht sofort, und die Audienz verläuft normal.

¹⁾ Man sagt ihm und er glaubt, *il doit avoir une prééminence sur tous les autres Monarques qui tous doivent suivre son influence, et que c'est lui qui doit diriger toute l'Europe.* Saint Saphorin's Relation de la Cour de Vienne. A Londres, 5./16. Sept. 1727. H. A.

²⁾ Der Text bei Tindal u. P. H. 8, 555 ff.

Nun aber läßt Palm den englischen Text ¹⁾ „in ganz Großbritannien“ verbreiten, und die Wirkung war ungeheuer. Sie war allerdings völlig entgegengesetzt dem, was der Kaiserhof sich davon versprochen hatte. Dabei war die Sprache der Denkschrift kaum verletzend als die Worte der Thronrede. Die in dieser enthaltenen Anschuldigungen wurden einfach aufs schärfste zurückgewiesen. Nicht ein Tütelchen von der den Prätendenten betreffenden Behauptung ist wahr. Auf sein kaiserliches Wort versichert Karl VI., daß kein Vertragsartikel und keine Konvention dergleichen enthalte, — wie auch formell wahr — und er fordert gebieterisch Genugtuung für die empfangene Beleidigung. Und man beachte die Tatsache, daß es sich hier nicht um einen beliebigen Notenwechsel zweier Staaten handelt. Die vom Throne herabgesprochene Rede des Königs war vom Kaiser vor dem ganzen britischen Volke als Lug und Trug bezeichnet worden. Darin lag die Herausforderung. Und es machte dabei keinen Unterschied, ob die erwähnten Tatsachen objektiv richtig waren oder nicht. Die Wogen der Erregung gingen hoch. Der König, hieß es, sei als ein Dummkopf, die Minister als Verräter bezeichnet, nie zuvor sei einem Monarchen vor seinem Hofe ein solcher Schimpf angetan worden. Darum müsse man ein Exempel statuieren. Das *Privy Council* tritt zusammen, und am nächsten Tage erscheint bei Palm ein Untergebener des Zeremonienmeisters mit einem Schreiben Townshends in der Hand, der ihm mitteilt, der König betrachte ihn nicht mehr als einen öffentlichen Minister, und er habe unverzüglich das Königreich zu verlassen. Als Palm auf Aufschub bitten läßt, wird ihm erwidert, man könne ihn vor Wutausbrüchen des Volkes nicht mehr schützen. Und wenn er in einer Woche nicht fort sei, so werde man ihn mit Gewalt außer Landes schaffen lassen. Palm schiffte sich ein, hat dabei das merkwürdige Mißgeschick, daß ein schwerer Sturm das Fahrzeug an die englische Küste zurückwirft. Er besteigt ein anderes Schiff, kommt hinüber an die belgische Küste, und nun erst ist er glücklich geborgen in kaiserlichen Landen. Von Ostende aus schickt er unter dem 1. April 1727 seinen langen Bericht an seinen kaiserlichen Herrn.

¹⁾ Das Folgende nach Palms Bericht. Ostende, 1. April 1727. W. St. A.

Wir haben noch ein Wort hinzuzufügen über das, was ferner in England geschah.

Walpole machte noch den Versuch, die ganze Aktion Palms als einen Streich hinzustellen, den die Opposition der Regierung habe spielen wollen. Jedenfalls sei der Plan im Kreise der Jakobiten ausgeheckt worden. Man sehe es ja dem Schriftstück an. Man möge doch nur den lateinischen Text mit dem englischen vergleichen. Das sei ein schlechtes Latein, dessen Verfasser sich schämen sollte, es niedergeschrieben zu haben. Die Kenner hätten festgestellt, daß es eine bloße Übersetzung aus dem Englischen, sogar aus einem sehr guten Englisch sei. Und er, Walpole, sei zuverlässig unterrichtet, daß das Memoire nirgends anders als in London entstanden sei, englisch niedergeschrieben, von etlichen Jakobiten gemeinsam mit dem Residenten Palm entworfen. Dann erst sei es nach Wien gesandt, um, vom Kaiser gebilligt, nach England zurückzuwandern und daselbst seinem Zwecke zu dienen.

Allein dieses Mal hatte Walpole sich auf eine falsche Fährte locken lassen. Wir wissen ja aus Palms Berichte genau, wie alles zugegangen war. Als in beiden Häusern des Parlaments die Palm'sche Denkschrift vorgelegt worden, erhoben sich die Redner aus allen Lagern, um ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben, und durch gemeinsamen Beschluß beider Häuser wurde dem Könige eine Adresse überreicht, als ein Ausdruck der allgemeinen Stimmung. Man hatte nicht gespart mit starken Worten. Man sprach von „der schändlichen Beleidigung Ew. Geheiligten Majestät“, von der „Frechheit“ Palms, seine Denkschrift gedruckt im Königreiche zu verbreiten, von seiner „Dreistigkeit, an das Volk gegen Ew. Majestät zu appellieren“, von dem „eitlen und anmaßenden Unterfangen, den Gemüthern des Volkes das geringste Mißtrauen einflößen zu wollen gegen Euer Majestät geheiligtes Wort“.

Wohl mag manchem der Parlamentarier ein Zweifel aufgestiegen sein, ob denn der von dem Prätendenten handelnde Passus der Thronrede nicht doch auf einem Irrtum beruhe. Aber diese Auffassung durfte, nachdem der König gesprochen, nicht laut werden. Der berühmte Satz „*the King can do no wrong*“, hier scheint er den Sinn zu bekommen: der König kann auch keine Unwahrheit sprechen.

* * *

Nun gab es auch für den Wiener Hof keine Wahl. Er tat, was er mußte, was er seiner Ehre schuldig war. Der Ausweisung Palms folgte automatisch diejenige Saint Saphorins. Nur, daß dieser von dem Schlage viel härter getroffen wurde als jener. Einer langen diplomatischen Laufbahn war ein klägliches Ende bereitet worden. Zornig verließ er die Stätte seines Wirkens, durchaus bereit, dem Hofe, von dem er einst mit so viel Vertrauen geehrt worden, und der ihm nun schnöde die Türe gewiesen, zu schaden, wie er könne. Er geht nach Regensburg an den Sitz des Reichstages, geht nach München, unbedenklich plaudert er so manches aus von den intimen Mitteilungen, die man ihm am Kaiserhofe in Tagen der Freundschaft arglos anvertraut hat ¹⁾, Geheimnisse über das Habsburger-Haus, über die Pragmatische Sanktion, über die hochfliegenden Pläne Karls VI. Er kommt nach England und gilt dort mit vollem Rechte als einer der gewiegtesten Kenner europäischer Politik.

Er entschwindet auch noch nicht völlig unseren Blicken. Wir werden ihm noch einmal als Berater des neuen britischen Herrscherpaares begegnen, dem er in ausführlichen Denkschriften seine Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung gestellt hat.

Immerhin, die merkwürdige Laufbahn eines der bedeutendsten und geistreichsten Diplomaten aus dem frühen 18. Jahrhundert war zu Ende, der, französischer Schweizer von Geburt, als General und Diplomat in mehrerer Herren Dienste gestanden, klug und gewissenhaft seine Ämter verwaltet hatte. Durch lange Jahre hatte sich die englische Regierung durch ihn, den Fremden, am Kaiserhofe vertreten lassen und hatte ihn gegen alle Anfechtungen der Opposition in seiner widerspruchsvollen Position als den pseudobritischen Diplomaten, der nicht einmal die englische Sprache kannte, gehalten. So war Saint Saphorin überall an den Höfen Europas bekannt und geachtet, doch überall blieb er ein Fremder.

* * *

Abbruch diplomatischer Beziehungen bedeutet nicht immer den baldigen Beginn der Feindseligkeiten. Ein ernster Kriegs-

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung über die Pragmatische Sanktion, S. 9 ff.

wille war auf keiner Seite vorhanden. So nahmen die Verhandlungen ihren ungestörten Fortgang, und bald ward ein Abschluß erreicht.

Ehe wir zu diesem gelangen, möge noch ein Wort über Preußen gesagt werden. Wir wissen, Friedrich Wilhelm hatte den Vertrag von Wusterhausen nicht ratifiziert. Seine Politik war seit dem Abschluß desselben schwankender als je. Noch einmal wird er von beiden Mächtegruppen eifrig umworben. Der englische Gesandte versucht, die Ausweisung Palms als notwendig hinzustellen, denn der Kaiser wolle es zum Kriege treiben, um dann die deutschen Provinzen Georgs I. angreifen zu können. Friedrich Wilhelm mißbilligt zwar das Verfahren gegen Palm, erklärt aber zugleich, wenn Hannover angegriffen werden sollte, so müßten die Protestanten an weitergehende Absichten des Kaisers glauben „und sich darwider setzen“. Aber dann sucht ihn Graf Seckendorf, der kluge Vertreter Österreichs, mit der Erklärung zu beruhigen, die Sache habe mit der Religion nichts zu tun. Und bald gibt sich Friedrich Wilhelm wieder als guten kaisertreuen Patrioten. Würde die Acht gegen Hannover ausgesprochen, so würde er der erste sein, der die Exekution reichskonstitutionsmäßig vollziehen würde. Kurz, als Reichsfürst fürchtet er für die Sache des Protestantismus. Aber die Allianz von Hannover, obwohl er sie nicht förmlich aufgegeben hat, ist ihm schon so „odieux“, daß er sie nicht gern mehr nennen hört.

Während dieses Hin und Her um die Haltung Preußens spielte, näherten sich die Verhandlungen der großen Höfe ihrem Abschluß. Kardinal Fleury erscheint als der geistige Führer. Schon ist der Kaiserhof bereit, einer Suspendierung der Kompagnie von Ostende auf 7 Jahre zuzustimmen. Er versucht nur noch, andere kleine Vorteile dafür einzutauschen. Er wünscht, daß der Kompagnie wenigstens der Handel mit China erhalten bleibe, oder daß die für die Unterhaltung der Barriere-Festungen jährlich zu zahlenden Summen während der Zeit der Suspendierung in Wegfall kommen mögen. Er erreicht lediglich, daß derartige Fragen dem kommenden Kongresse zugeschoben werden. Als ein vom 2. Mai 1727 datiertes Ultimatum in Wien überreicht wird, mit dem Bemerken, der König von Frankreich sei entschlossen,

die Sache innerhalb eines Monats beendet zu sehen¹⁾, da meint Karl VI., wohl oder übel sich fügen zu müssen. Noch ehe die Frist verflossen war, am 31. Mai 1727, wurden die Friedenspräliminarien zu Paris unterzeichnet. Die Kompagnie von Ostende wurde für die Dauer von sieben Jahren suspendiert, doch dürfen ihre im Auslande befindlichen Schiffe unangefochten zurückkehren. Die Feindseligkeiten in aller Welt hören auf, die Kriegsfлотten werden zurückgerufen. Gibraltar bleibt unerwähnt.

In England hatte man seit Wochen an der friedlichen Lösung des europäischen Konflikts nicht mehr gezweifelt. Gerade war der König im Begriff, wieder einmal die deutsche Heimat aufzusuchen. Er durfte sein Königreich beruhigt verlassen. Im Parlamente war ihm soeben mit großen Majoritäten ein *vote of Credit*, die freie Verfügung über alle ihm nötig erscheinenden Geldmittel bewilligt worden. Die finanzielle Rüstung war so stark wie die militärische. Hoffnungsvoll klangen auch die Sätze, mit denen der Herrscher vor dem Abschied sein Parlament begrüßte. Er habe, hieß es, im Verein mit dem Allerchristlichsten Könige und den Generalstaaten solche Anerbietungen zur Beilegung des Streites gemacht, daß alle Welt von der Aufrichtigkeit seines Wunsches nach dem Frieden überzeugt sein müsse. Es sollte die letzte Ansprache sein, die Georg I. an sein Parlament gerichtet hat. Noch vor seiner Abreise aber waren die Präliminarien unterzeichnet. Der Kriegslärm war verstummt, und man sah friedlichen Tagen entgegen.

* * *

¹⁾ *That the French King is determined to see an end of this affaire in a month.* A short narrative. R. O.

Zwölftes Kapitel.

Der Thronwechsel.

Das früher gezeichnete Bild Georgs I., der fremd nach England kommt und als Fremder unter seinen neuen Untertanen lebt, es ist kein angenehmes Bild. Es bleibt gleichwohl bestehen, ja, es erscheint fast noch unfreundlicher, wenn man auf die erste Hälfte seiner Regierung blickt. Es ist die Zeit, wo er auch alles Englische nur mit hannövrischen Augen sehen will, wo er sich auch über Englisches am liebsten von seinen deutschen Ministern unterrichten läßt, wo Baron Bernstorff, sein hannövrischer Premier, als der weise Mentor umherwandelt¹⁾, der alles weiß, der das Ohr des Königs hat und mit großer Geste erklärt: „Wir haben den Fehler begangen, den Staatssekretär zum Herren werden, statt ihn den Diener sein zu lassen“²⁾, die Zeit, wo die Gesandten fremder Mächte klagen, sie wüßten nicht, mit wem sie eigentlich verhandeln sollen, ob mit Bernstorff und Bothmer, oder mit Stanhope und Townshend. Wir wissen auch, welche Wirkung das gehabt hat, besonders in der nordischen Politik, die in jenen Jahren mehr hannövrisch als englisch gerichtet war.

Allein, diese Zeit ist vorübergegangen, und das Bild hat sich gewandelt. Der 1720 gefaßte Entschluß des Königs, daß die Hannoveraner sich nicht mehr in die englischen Fragen mischen sollen, wirkt epochemachend. Bernstorff geht in diesem Jahre mit Georg I. nach Hannover, kehrt aber nicht mit ihm zurück. Er wird zwar, als der König drei Jahre später wieder in Deutschland weilt, in den Korrespondenzen noch oft genannt, er sucht auch den verlorenen Einfluß wiederzugewinnen, er kämpft noch einmal um die Macht, und möchte gar zu gern auch wieder ein wenig englische Politik treiben³⁾. Aber Georg I.

¹⁾ *Il passe parmi les Anglais pour un Mentor en sagesse et en politique.* Bonet, 8./19. Febr. 1715. G.-St. A.

²⁾ *Diary of Lady Cowper*, 169.

³⁾ Brief aus Hannover, 3./14. Sept. 1723. R. O.

selbst ist es, der dies nicht duldet ¹⁾, und als der Hof in der Gohrde weilt, wagt Bernstorff nicht mehr, vor dem Antlitz des Monarchen zu erscheinen.

Überhaupt sind nun die Kämpfe zwischen Engländern und Hannoveranern harmloser geworden, sie spielen sich nur noch in Hannover ab und drehen sich etwa besonders um ein so unschuldiges Thema wie den Termin der Rückkehr des Hofes nach England, die jene zu beschleunigen, diese aber hinauszuschieben suchen.

So wird Georg I. erst seit 1720 ein richtiger englischer König. Das boshafte Wort Chesterfields: „Sein Gesichtskreis, seine Neigungen waren beschränkt auf den kleinen Bezirk seines Kurfürstentums, England war für ihn zu groß“ — es ist, wenn man auf die zweite Hälfte der Regierung blickt, zum mindesten ungerecht. Denn inzwischen ist ihm das Verständnis aufgegangen für die Pflichten und den Sinn seiner Stellung. Er lebt mit den Engländern, er beginnt, sich als einer der Ihrigen zu fühlen. Und wenn er auch nicht mehr dazu gelangt ist, ihre Sprache zu erlernen, so hat er doch von dem Geiste ihrer Verfassung einen Hauch verspürt. Freilich ist er nicht eine Kampfnatur wie Wilhelm III. Er hat nicht mit dem Parlament gerungen. Er hat nicht gekämpft um die Rechte der Praesogative, er hat nicht den Versuch gemacht, das schon verblaßte Vetorecht der Krone neu zu beleben. Er hat die Verhältnisse genommen, wie er sie gefunden. Die *Peerage Bill* hat er, als sie nicht durchzuführen war, gleichmütig fallen gelassen. Zusammenstöße hat er vermieden, in der ersten Hälfte seiner Regierung, weil ihm alles noch zu fremd war, in der zweiten, weil er die Entwicklung der Verfassung erkannt hatte und nicht daran rühren wollte. Gelegentlich ist es ihm sogar zum Verdienst angerechnet worden, daß er nicht den Versuch gemacht habe, die Verfassung zu stürzen ²⁾. In Wahrheit ist ihm ein solcher Gedanke entfernt nicht gekommen, wie es ihm denn auch gewiß keine Überwindung gekostet hat, dem Kabinett allmählich fernzubleiben und die Minister unter sich tagen zu lassen.

¹⁾ Townshend an Walpole, 6. Aug. 1723. N. S. R. O. Vgl. Coxe, Rob. Walpole, 2, 258—61.

²⁾ Vgl. auch Imbert-Terry, A constitutional King. George the First. 384; L. Melville, The first George. 1908. 2, 121.

Die Würde seiner Stellung hat er gleichwohl zu bewahren verstanden. Er ist hoheitsvoll, ohne unzugänglich zu sein und von vornehmer Liebenswürdigkeit im geschäftlichen Verkehr, ohne allzu vertraulich zu werden. Es ist auch gewiß mehr als die konventionelle Redeweise des Hofmannes, wenn Townshend einmal von ihm spricht als von dem besten aller Könige.

* * *

Diese allgemeinen Bemerkungen bedürfen der Illustrierung durch Einzelheiten.

Zunächst ein Wort über die Sprache. Georg I. hat das Englische niemals erlernt. Mit dem Manne auf der Gasse zu reden, ist ihm nicht gegeben, was denn auch eine wirkliche Vertraulichkeit zwischen Herrscher und Volk nicht aufkommen ließ. Die kleine Erzählung von dem königstreuen Kleriker Peeploe, der zum Bischof erhoben wird, da der König gesagt habe, er sollte ein Peep-high sein, ist nur Legende ²⁾. Bei Hofe und auch im Kreise der königlichen Familie wird Französisch gesprochen. „Votre conduite, votre conduite“, so lauten die abgerissenen Worte, die Georg I. bei der Versöhnungsszene von 1720 an den Prinzen richtet. Werden Engländer, die der französischen Sprache nicht mächtig sind, in Audienz empfangen, so ist ein Dolmetscher zur Stelle. In den ersten Jahren war Robethon dieser Dolmetscher ³⁾. Die Minister, die als Männer von Stande wohl in jungen Jahren im Auslande gereist sind, besitzen meist eine Kenntnis des Französischen. Von Lord Cowper ist uns durch seine Gattin als etwas Ungewöhnliches die Tatsache überliefert, daß er nicht französisch sprechen konnte. Aber auch der größte unter den Staatsmännern der Epoche, Robert Walpole, sprach nur unvollkommen französisch. Da bot sich denn keine andere Möglichkeit der Verständigung, als zu dem alten in der Schule gelernten Latein zu greifen. „Mein Vater“, erzählt der jüngere Horace Walpole ¹⁾, „hat sein altes Latein aufgebürstet, um mit dem ersten hannövrischen Souverän reden zu können“. Bequem war diese Form der Verständigung gewiß für keinen der

¹⁾ Vgl. E. H. R. 1929.

²⁾ Dubois Denkschrift für Senneterre. Aff. étr.

³⁾ Walpoliana 59. Ähnlich Coxe, Rob. Walpole 1, 266—67.

beiden, umso weniger, wenn erzählt wird, daß Walpole sein Latein *à l'anglaise* gesprochen habe. Und der König? Auch er sprach wohl das klassische Idiom, beantwortete aber Walpoles lateinische Sentenzen meistens in französischer Sprache. „Diese Konversationen“, so erzählt uns 1717 der wohlunterrichtete Bonet, „dauerten oft anderthalb Stunden, was für seine Majestät sehr angreifend war“¹⁾. Also eine Art von Erlösung für den König, als Walpole ging und Stanhope kam. Mit dieser Schwierigkeit der Verständigung mag es auch wohl zusammenhängen, daß die beiden sich so spät gefunden haben. Der Bund Georgs I. mit Robert Walpole ist eigentlich erst 1721 geschlossen worden.

Auch mit Lord Cowper hat der König Lateinisch gesprochen. Bei einem andern der Minister, bei Carteret, spielte aber neben seiner hohen Begabung auch der Umstand eine Rolle, daß Georg I. mit ihm deutsch reden konnte. Mit den aus Deutschland stammenden Diplomaten redet Georg I. natürlich oft deutsch. Als der österreichische Resident Palm im Mai 1726 in Gegenwart des Herzogs von Newcastle eine Audienz erhält, beginnt der König eine hochpolitische Auseinandersetzung in deutscher Sprache. Newcatsle hört nervös zu, versteht aber kein Wort. Der König, dies bemerkend, geht taktvoll zum Französischen über. Nun reißt Newcastle die Unterhaltung an sich, und der vorher so gesprächige König steht schweigend daneben²⁾.

* * *

Durch die Unkenntnis der Sprache war dem Könige auch jeglicher Einblick in das englische Geistesleben verschlossen. Die gesamte englische Literatur blieb ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Aber dabei soll man auch nicht verschweigen, daß

¹⁾ Bonet, 16./27. April 1717. G. St. A. *Le roi aura un autre agrément qui est celui de pouvoir s'entretenir avec son premier commissaire de la Trésorerie, ce que S. M. ne faisait pas d'une manière fort commode avec M. Walpole; puisque celui-ci lui parlait en latin prononcé à l'anglaise, à quoi le Roy répondait en français, et ces conversations duraient souvent une heure et demie, pendant lesquelles S. M. souffrait. M. de Stanhope au contraire est maître de la langue française.*

²⁾ Palm, 10. Mai 1726. W. St. A.

diesem Fürsten der Sinn für die Poesie und ebenso für die Wissenschaft überhaupt völlig fehlte. Auch die bildende Kunst fand an ihm keinen Verehrer und keinen Gönner. Man pflegte wohl spottend zu sagen, dieser König habe nichts übrig für „*bainting*“ und „*boetry*“.

Eine Kunst aber gab es, die Georg I. über alles liebte: die Musik. Die frühhannövrise Epoche ist auch die Epoche Händels.

* * *

War auch die Landessprache ihm fremd geblieben: Vom Geiste der Verfassung hat Georg I. doch einen Hauch verspürt. Er ist tief erfüllt von der Macht und der Bedeutung des Parlaments. Er hat gewiß niemals, wie sein Sohn es später so oft getan, mit Walpole gehadert, wenn der Minister ihm erklärte, diese oder jene Sache vor dem Parlamente nicht vertreten, gewisse Forderungen nicht stellen zu können. Eines Tages tritt Lady Bolingbroke vor ihn hin und beklagt sich, daß die Restituierung der Güter ihres Gatten nur unvollständig sei. Der König hört sie geduldig an und sagt: „Madame, ich bin immer zufrieden mit dem, was das Parlament mir zu geben für gut hält. Ich würde Ihnen raten, dasselbe zu tun. Sonst bekommen Sie gar nichts“¹⁾. Als 1723 zur Unterstützung Schwedens Geldmittel bereitgestellt werden sollen, erklärt Georg I., kein Farthing davon darf ausgegeben werden, es sei denn auf Grund geschlossener Verträge. Und er läßt Walpole persönlich die Versicherung geben, daß auch von einer kürzlich geforderten Summe kein Farthing angerührt werden darf, soweit es sich nicht mit dem Hinweis auf eine dringende Gefahr dem Parlamente gegenüber rechtfertigen läßt²⁾. Gewissenhaft gibt er in Hannover keine auf englische Verhältnisse bezügliche Unterschrift, es sei denn in Gegenwart des Staatssekretärs Lord Townshend³⁾. Aber das sympathischste Bild erhält man von Georg I., wenn man die zarte Rücksicht beobachtet, mit der er seine Minister zu schonen sucht⁴⁾. Er weiß, ihre Zeit ist kostbarer als die seine. Im Oktober

¹⁾ Hist. Mss. Comm. Rep. 14. App. 9—10.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 259. 260.

³⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 256 ff.

⁴⁾ Carlisle Mss. 36.

1721 weilt er in Kensington. Er liebt den Aufenthalt sehr, er verzichtet ungern auf die Spaziergänge in den schönen Gärten des Schlosses. Da geschieht es, daß eine wichtige Beratung mit den Ministern bevorsteht. Es handelt sich vermutlich um eine Kabinettsitzung und um die Abfassung der Thronrede, mit der das Parlament demnächst eröffnet werden soll — die epochemachende Thronrede vom 19. Oktober 1721. Die Minister sind bereit, zum Könige nach Kensington zu kommen. Doch er ist mehr um sie besorgt, als um sich selbst. Er will ihnen die Mühe ersparen. Und so gern er noch acht oder zehn Tage länger in Kensington geblieben wäre — er geht nach London.

* * *

Irre ich nicht, so mehren sich mit dem Fortgang seiner Regierung auch die Mitteilungen über das steigende Interesse des Königs an den Vorgängen in England und über sein Eingreifen in rein englischen Fragen. Er zeigt sich jetzt häufiger dem Volke. Im September 1722 unternimmt er eine fünftägige Reise in den südlichen Grafschaften. Man ist überall erfreut, ihn zu sehen, sogar in Salisbury, obwohl die dortige Bevölkerung meist aus Tories und Jakobiten besteht. Das Volk ist entzückt, als man ihn, den alten Lutheraner, dem anglikanischen Gottesdienst beiwohnen sieht. Schuldgefängnisse werden geöffnet, und der König zahlt die Schulden der Insassen. Auch eine militärische Revue wird abgehalten. Sie verläuft angeblich glänzend, wenn auch der preußische Resident, so wie sein König es zu hören wünscht, wenigstens an der Haltung der britischen Infanterie allerlei auszusetzen findet. Der Gesamteindruck der Fahrt aber ist so vorzüglich, daß der Österreicher Hoffmann seinen Bericht in die Worte ausklingen läßt, der König sollte nur mehr solcher Reisen machen¹⁾.

Im Sommer 1725 beschäftigt er sich eifrig mit der Frage des großen Brauerstreikes in Schottland. Als ihm Townshend in Hannover den Bericht Newcastles vorliest, schlägt der König selbst einen Modus vor, wie der Konflikt beizulegen wäre. So läßt er auch in Hannover die Interessen Großbritanniens nicht

¹⁾ Hoffmann, 15. Sept. 1722. W. St. A. Wallenrodt, 4./15. Sept. 1722. G. St. A.

aus den Augen. Er denkt daran, in hannövrischen Landen, in der Nähe der Elbmündung, einen neuen Hafen anlegen zu lassen, der vorzüglich dem britischen Schiffsverkehr dienen soll. Walpole soll mit Berkeley, dem Chef des Flottenamtes, über die Sache reden, und Oberst Armstrong, der so oft die Arbeiten in Dünkirchen kontrolliert hat, soll herbeikommen, um festzustellen, ob der Platz für den britischen Handelsverkehr günstig gelegen sei¹⁾ oder nicht. Und daß er ein Herz hatte für das Wohlergehen seiner englischen Untertanen, dafür kann es wohl keinen stärkeren Ausdruck geben, als wenn Townshend in Privatbriefen an seinen Schwager Walpole wiederholt erklärt, durch nichts könne man sein Herz mehr erfreuen, als wenn man sich einen guten Plan ausdenkt für das Wohl der Nation und für das Gedeihen von Handel und Kredit. „Dadurch steigen wir unfehlbar mächtig in seiner Achtung“²⁾.

* * *

Selbst in den Fragen der auswärtigen Politik hat Georg I. im Laufe der Jahre mehr und mehr englisch fühlen gelernt. Der oft gehörte Vorwurf, den Shippen mit dem Hinweis auf einen Passus der Thronrede einmal in die Worte gekleidet hatte, er passe besser auf den Meridian von Deutschland als auf den von England, ein solcher Vorwurf kann gegen Georg I. in der zweiten Hälfte seiner Regierung nicht mehr erhoben werden.

Er war von Hause aus kaisertreu. Die Engländer, sagt Saint Simon, haben ihn nie geliebt, denn er sei dem Kaiser ergeben, sie aber denken nur an ihr Handelsinteresse. „Er ist durch das stärkste Interesse gezwungen, den Kaiser zu schonen“, schreibt Dubois in der für den Grafen Senneterre 1719 verfaßten Denkschrift³⁾. Er habe, hatte Bernstorff einmal erklärt, das Bündnis mit Frankreich erst auf Drängen, ja fast durch die Drohungen der englischen Minister angenommen⁴⁾. Innerhalb des Systems der Quadrupelallianz war ja nun der Gegensatz Habsburg—Bourbon tatsächlich aufgehoben. In voller Schärfe trat er jedoch wieder hervor in dem Gegensatz der Allianzen

¹⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 3./14. Sept. 1723. R. O.

²⁾ Ders. an dens., 28. Juli/8. Sept. 1723. Private. R. O.

³⁾ Vgl. Bd. 2. Anhang Nr. 7.

⁴⁾ Pendtenriedter, Hannover, 24. Dez. 1716. W. St. A.

von Wien und Hannover. Dann aber hat Georg I. gerade noch den Beginn der friedlichen Lösung des Konflikts erlebt. Alle diese Vorgänge bedeuten Wandlungen der englischen Politik, von England aus und nur durch England diktiert.

Unterdessen hatte freilich zwischen Georg I. und Karl VI. als ein trennendes Moment auch die Religion eine Rolle gespielt. Der 1719 ausbrechende Streit stellte den um seines Protestantismus willen auf den Thron Großbritanniens Gerufenen mit Notwendigkeit auf die Seite seiner deutschen Glaubensbrüder. Der Kaiser aber war das natürliche Haupt der katholischen Partei Deutschlands. Und wenn es eine politische Frage gab, die Georg I. mit vollem Herzen ergriff, so war es die religiöse Frage. Wir erinnern uns der fast in leidenschaftlichem Tone gehaltenen deutschen Briefe, die er an Saint Saphorin gerichtet hat. Er, und nicht der König von Preußen war der geistige Führer des deutschen Protestantismus. Aber auch hier gingen Geist und Politik Großbritanniens mit denen Hannovers Hand in Hand.

* * *

Am 13. November 1726, wenige Monate vor der letzten Fahrt Georgs I. nach Hannover, war Sophie Dorothea, einst seine Gattin, still aus dem Leben gegangen. Die Schuld ihrer jungen Jahre verbüßend¹⁾, war sie nur über 32 Jahre lang auf dem einsamen Schlosse von Ahlden gefangen gehalten worden. Ihre Bitten um Befreiung hatten bei dem unversöhnlichen Gatten ebenso wenig Widerhall gefunden wie bei ihrem eigenen Vater, dem Herzog Georg Wilhelm von Celle. Nicht als Kurfürstin und nicht als Königin hatte sie an der Seite Georgs I. an dem Aufsteigen des Welfenhauses zu europäischer Größe teilnehmen dürfen. Ein kleiner Hofhalt war ihr zugeteilt worden, aber die Mitglieder desselben waren nur die Wächter ihrer Gefangenschaft. Die kleinen Spaziergänge im Schloßgarten, die Ausfahrten bis zu einer eng gezogenen Grenzlinie waren das bescheidene Maß von Bewegungsfreiheit, das man ihr gestattete. Ihre französische

¹⁾ Für das folgende vgl. besonders: Doran, *Lives of the Queens of England of the House of Hannover I*, 1875; W. H. Wilkins, *The Love of an uncrowned Queen*, 1900; ferner bei A. W. Ward, *The Electress Sophia*, 2d ed. 1909. App. B.; Greenhill, *The Queens of the House of Hanover*; Köcher i. d. Preuß. Jahrb. 64.

Mutter, deren unebenbürtige Herkunft sich noch an dem Schicksal der Tochter rächte, hatte die Gefangene noch fleißig besucht. Seit ihrem Tode, 1722, kam niemand mehr von ihrer Verwandtschaft. Ihr Sohn Georg August, jetzt Prinz von Wales, hat den einst in seinen Knabenjahren gemachten Versuch, zur Mutter zu gelangen, niemals wiederholt. Die Tochter Sophie Dorothea, Gemahlin Friedrich Wilhelms I. von Preußen, hat wenigstens einen fleißigen Briefwechsel mit der Mutter unterhalten, und sie an den Sorgen um das Wohl der heranwachsenden preußischen Königskinder, ihrer Enkel, redlich teilnehmen lassen. Noch viele andere Briefe soll sie geschrieben, Memoiren und Poesien verfaßt haben, nichts von allem ist erhalten. Aber auch wenn wir diese Schriften kennen würden: wir erhielten nicht das Bild einer Fürstin, die wie einst Maria Stuart, sich als die Märtyrerin einer großen Idee betrachtend, durch ihre emsigen Intriguen sowohl die persönliche Freiheit wie den Sieg ihrer Sache zu gewinnen hoffte. Der Prinzessin Sophie Dorothea gaben die Tröstungen der Religion und milde Werke für die Dorfbewohner von Ahlden den inneren Halt und die Festigkeit, um ihr hartes Los zu ertragen.

Ihr Tod ist von der großen Welt kaum bemerkt worden. Eine einfache Notiz der *London Gazette* besagte, daß die Herzogin von Ahlden in ihrer gleichnamigen Residenz gestorben sei. Keine feierliche Bekanntmachung sagte dem Volke, wer die Verstorbene gewesen. Keine Notifizierung des Todesfalles an die fremden Höfe fand statt, und der Hof von St. James's legte nicht die Trauer an. Der Beamtschaft von Hannover, die im Sinne ihres Herrn zu handeln meinte, indem sie die Landestrauer anordnete, ward von London aus schleunigst ein Gegenbefehl erteilt, und Georg I. empfand es wie eine persönliche Kränkung, als der Berliner Hof es sich nicht nehmen ließ, für die Mutter der preußischen Königin die Trauer anzulegen. Auch der Prinz von Wales, der gehofft hatte, dereinst seine Mutter befreien und ihr einen ruhigen Lebensabend verschaffen zu können, durfte, da der Vater noch lebte, keine Kundgebung der Trauer wagen. Nicht anders wie vor acht Jahren, als man beim Hinscheiden der Witwe Jakobs II. die Beileidsbezeugungen Frankreichs höflich abgelehnt hatte, wollte der Hof auch dieses Mal nichts davon wissen, daß das Herrscherhaus von einem Trauer-

fall betroffen sei. Im Publikum aber dachte man anders. „Von der Art, mit welcher man diesen Fall dissimuliret“, schreibt der österreichische Gesandte ¹⁾, „wird unter dem Volk wunderlich gesprochen, und sind die Reden, so man darüber führet, garnicht vorteilhaftig für des Königes zukünftige Succession.“

* * *

Für die Zeit der Abwesenheit des Königs waren alle Anordnungen getroffen, das Kabinett in gewohnter Weise mit der Regentschaft betraut worden.

Zwei Tage vor dem Aufbruch von St. James's hatte noch der *Prime Minister* seinen kleinen Sohn, den später so berühmt gewordenen Schriftsteller Horace Walpole zum Könige gebracht. Staunend blickte das Kind auf den merkwürdigen Mann, der den Bildern und Münzen, die jeder kennt, so ähnlich war. Horace sah einen Mann in höheren Jahren, nicht sehr groß, der Ausdruck mehr gutmütig als hoheitsvoll, die Kleidung einfach und dunkel, ganz in braun, und nur das blaue Band des Hosenbandordens darüber. Der König nimmt den Kleinen auf den Arm, und sagt ihm freundliche Worte. Zwei Wochen später hat man in England vernommen, daß Georg I. gestorben sei, und der Knabe Horace schreitet, pflichtgemäß einige Tränen vergießend, mit anderen Schülern der Anstalt von Eton im Zuge zur Proklamation des Nachfolgers ²⁾.

* * *

Der Tod Georgs I. ist nicht minder plötzlich und unerwartet eingetreten, als ehemals das Ableben seiner Mutter, der Kurfürstin Sophie. Man hatte kaum vernommen, daß der König die Reise nach seinem vielgeliebten Hannoverlande angetreten habe, und mochte sich ihn dort vorstellen, wie er, freier als in seinem Königreiche, sich inmitten seines hannöverschen Adels bewegte. Die englischen Sorgen hat er jenseits des Kanals zurückgelassen. Die innere Politik des Inselreiches beschäftigt ihn hier kaum. Das Parlament ist in die Ferien gegangen. Von den Ministern ist nur einer der Staatssekretäre in seiner Be-

¹⁾ Palm, 6. Dec. 1726. W. St. A.

²⁾ Reminiscences, Hor. Walpole, ed. Cunningham I, XCIV.

gleitung. Mehr als die britischen Angelegenheiten interessieren ihn die des Kurstaats, und dazu noch die hier aus der Nähe zu beobachtende Reichspolitik. Auch ein menschlich-sympathischer Zug fehlt nicht, wenn es zu freundlicher Begrüßung und Austausch von Visiten mit dem benachbarten und verwandten Hofe von Berlin kommt, wenn der Vater mit der Tochter von Preußen zusammentrifft und mit ihrer hoffnungsvollen Jugend. Und was ihm vollends ein frohes Daseinempfinden zu geben vermag, das ist die ihm hier winkende sommerliche Erholung und das Jagdvergnügen in der Góhrde. Da ist man gewohnt, den Sechziger noch als stürmischen und ausdauernden Reiter zu erblicken, mit dem die Jüngeren, und selbst der preußische Schwiegersohn nicht leicht Schritt zu halten vermögen ¹⁾. — So war das Bild, wie man sich den Aufenthalt des englischen Königs in seinem Kurstaate zu denken pflegte.

Am 3. Juni a. St. war Georg I. mit seinem Gefolge an Bord gegangen, bei vollem körperlichen Wohlbefinden und gewiß auch in jener frohen Stimmung, die ihn immer beseelte, wenn er seine Schritte nach der deutschen Heimat lenkte. Am Abend des 9. Juni begab er sich in dem holländischen Städtchen Delden zur Ruhe, nach einem Besuche, den er auf dem nahen Schlosse eines Edelmannes abgestattet hatte. In der Nacht fühlte der König sich unwohl. Dennoch brach er in aller Frühe wieder auf, um sein nächstes Ziel Osnabrück, die Residenz seines Bruders des Bischofs, noch am selben Tage zu erreichen. Die gerade Entfernung von Delden nach Osnabrück beträgt nicht weniger als 90 Kilometer. Und selbst bei dem rasenden Tempo, in dem Georg I. durch die Lande zu jagen pflegte, hatte er einen langen Reisetag vor sich. Die Kendal war in Delden zurückgeblieben, Townshend reiste allein; denn wer von des Königs Gefolge nicht gezwungen war, ihn zu begleiten, der zog es vor, ihm in gemächlicher Fahrt zu folgen. Nach den erhaltenen Berichten, die freilich nicht ohne Widersprüche sind ²⁾, sehen wir den König in Bentheim

¹⁾ „Es ist zu beklagen, daß der König solche *efforts* tut und sich noch so fortigieren will, als er im vierzigsten Jahr gethan.“ Wallenrod, Dannenberg, 27. Oct. 1723. G. St. A.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole, 1798, I, 265/66; Marchmont Papers. Suppl. Brief von George Baillie Esq. vom 15. Juni 1727 a. St. Vgl. ferner Belsham, Denkwürdigkeiten der Könige von Großbritannien aus d. Hause Braun-

eintreffen, wo sein Zustand so bedenklich wurde, daß seine Begleiter die Weiterreise dringend, wenn auch vergeblich, widerrieten. Bevor er nach Ibbenbüren kam, hatte ihn ein schwerer Schlaganfall getroffen. Man bemüht sich um ihn, man wünscht die Reise abubrechen, man will nach Ärzten schicken. Aber die Ärzte sind nicht zur Stelle. Die Fahrt geht weiter, aber man fährt einen Sterbenden.

Als man spät am Abend Osnabrück erreicht hatte — der Bruder war durch einen vorausseilenden Boten über den Zustand des Königs verständigt worden —, da war das Bewußtsein des Kranken völlig geschwunden. Eine Stunde nach Mitternacht, am 11./22. Juni 1727, war das Leben des ersten britischen Königs aus dem Hause Hannover erloschen.

Georg I. hatte ein Alter von 67 Jahren erreicht. Sein Tod war, ebenso wie einst derjenige seiner Mutter, durch einen apoplektischen Schlag herbeigeführt worden. Denkt man ferner an den Zufall von 1723, an die Strapazen der Reise, an das vorgerückte Alter des Königs, an seine starke Beleidigung, so hat dieses Sterben nichts Ungewöhnliches, nichts, was einer besonderen Erklärung bedurfte. Ich möchte deshalb die kühn erfundenen Erzählungen ruhig ablehnen, welche besagen wollen, Georg I. habe seit dem Tode Sophie Dorotheas keine ruhige Stunde mehr gehabt: wegen einer eitlen Prophezeiung, er werde seine ehemalige Gattin nicht länger als ein Jahr überleben ¹⁾; oder gar die grausenerregende Geschichte, wie ihm am frühen Morgen, bei der Abfahrt von Delden, ein Brief in die Hände gespielt wird, den Sophie Dorothea auf dem Sterbebette geschrieben hat, um den schuldbeladenen Gatten binnen Jahr und Tag vor den Richterstuhl Gottes zu fordern. Der Schrecken über diesen Brief, die Angst des schlechten Gewissens hätten ihn getötet. So stellte man sich in katholischen und jacobitischen Kreisen das Ende des ersten hannövrerischen

schweig-Lüneburg. Aus d. Engl. I, 1795, S. 392; E. Vehse, Gesch. der Höfe des Hauses Braunschweig in Deutschland u. England, I, 1853, 216 ff.; Winter, die Todesfahrt Georgs I. (Mitteil. d. Vereins f. Gesch. v. Osnabrück, 28, 1904); W. Havemann, Gesch. der Lande Braunsch. u. Lün., III, 1857, 512 ff.; dazu Townshend an Newcastle, Bentheim, 11./22. Juni 1727. Regencies 9. R. O.

¹⁾ Hor. Walpole, Reminiscences George I. and II. Letters ed. Cunningham, I, S. CIII.

Königs vor ¹⁾). Die Getreuen in Hannover aber wußten sich zu erzählen, in der Nacht, da der König verschied, habe man auch zum letztenmal in diesem Jahre den Gesang der Nachtigallen im Park von Herrenhausen vernommen ²⁾).

* * *

Le roi est mort, vive le roi. Die auf dem Wege nach Hannover befindliche Reisegesellschaft stob auseinander. Den Staatssekretär Lord Townshend, der in gemächlicher Fahrt dem Zuge des Königs gefolgt war, erreichte die Todesnachricht noch in Bentheim. Er benachrichtigte seinen Kollegen im Staatssekretariat, den Herzog von Newcastle und fügte die Bitte hinzu, ihn der neuen Majestät zu Füßen zu legen ³⁾. Er fuhr noch bis Osnabrück, um dem toten Herrscher die letzte Ehre zu erweisen, und richtete auch von da noch ein Beileidschreiben an Georg II. ⁴⁾, dann trat er unverzüglich die Rückreise nach England an.

Auch die deutsche Hofgesellschaft Georgs I. zerstreute sich rasch. Die Herzogin von Kendal, deren Schmerz uns drastisch geschildert wird, ging nach Braunschweig. Ihre späteren Jahre — sie ist erst 1743 gestorben — hat sie in der stillen Zurückgezogenheit von Kendal House an der Themse verbracht.

Die Leiche ihres Herrn aber war zunächst im Gewölbe des Schlosses von Osnabrück niedergelegt worden, um bis zum Eintreffen der Befehle des neuen Königs dort zu verbleiben ⁵⁾. Nach der Anordnung desselben ward sie endlich in Hannover beigesetzt. So hat Georg I., der in England nie heimisch Gewordene, auch nicht in britischer Erde, sondern bei seinen Ahnen in der deutschen Heimat die letzte Ruhestatt gefunden.

* * *

In England war Robert Walpole der erste, der — es war am 14. Juni a. St. — die Todesnachricht empfing. Er tat, was die Stunde von ihm forderte. Von seinem Hause in Chelsea aus fährt er in größter Eile, sechsspännig, nach Richmond, wo der

¹⁾ Lockhart Papers, II, 352/53.

²⁾ Vgl. Carlyle, History of Friedrich II. of Prussia, 1888, II, 139.

³⁾ Bentheim, 11./22. Juni 1727. Regencies 9. R. O.

⁴⁾ Coxe, Rob. Walpole 2 (1798), 516.

⁵⁾ Tilson an Delafaye. Osnabrück, 13./24. Juni 1727. Regencies 9. R. O.

Prinz wohnt. Daß dieser, nunmehr König Georg II., den Minister, den er nicht liebte, als er in der Nachmittagsruhe von ihm gestört wurde, nicht freundlich begrüßte, wird man glauben dürfen¹⁾. Daß er jedoch sich geweigert habe, ihn zu empfangen oder gar ihm die Türe weisen wollte, und durch die Prinzessin begütigt werden mußte, wie ein vielwissender französischer Reisender erzählt²⁾, klingt ebenso unwahrscheinlich wie die weitere Erzählung des Mannes, Georg und Karoline seien, nachdem sie das Geschehene erfahren und sich zurückgezogen haben, in Tränen gebadet, wieder erschienen. Ich denke mir, der neue König wird die Huldigung des vor ihm knieenden Staatsmannes gelassen hingenommen haben. Als aber Walpole um die Befehle des Königs bat, als er im besonderen die Frage stellte, wer die nun notwendige Berufung des Privy Council bewirken, wer die von dem Könige daselbst zu haltende Rede entwerfen solle, nannte ihm Georg II. immer nur den einen Namen: Sir Spencer Compton.

Was diese Benennung bedeutete, war nicht zweifelhaft. Offenbar war dieser Mann, bisher Sprecher des Unterhauses und als Schatzmeister des Prinzen dessen Vertrauter, nun ausersehen, die höchste Stelle im Staate, die Stelle, die bisher Robert Walpole innegehabt, einzunehmen. Walpole selbst wird nicht allzu überrascht gewesen sein, denn er wußte, wie oft der Prinz mit Schimpf und Spott über ihn zu reden pflegte, und daß Compton sein Vertrauen besaß. Gleichviel, er faßte sich, begab sich zu Compton und teilte ihm den Auftrag des Königs mit. Man hört auch bereits, wie die Hofgesellschaft sich von dem Gefallenen abwendet und der neuen Größe huldigt³⁾.

Jedoch das Bild ändert sich schnell. Es soll auf den König starken Eindruck gemacht haben, daß der von ihm zum Staatslenker ausersehene Compton nicht einmal die Form zu finden wußte, in der die Ansprache des Königs an das *Privy Council* abgefaßt werden sollte, und daß Compton nichts besseres zu tun wußte, als gerade Walpole zu bitten, statt seiner die Rede zu entwerfen. Wichtiger erscheint es, wenn wir in einem Briefe

¹⁾ So auch Hervey (Sedgwick) 1, 22.

²⁾ Saussure, *Lettres et Voyages*. 1903. 233.

³⁾ Hervey (Sedgwick) 1, 22 ff. H. Walpole, *Reminiscences* (Letters, ed. Cunningham) 1, CXVI ff.

des Herzogs von Newcastle vom folgenden Tage, dem 15. Juni¹⁾, zwar noch die Auffassung finden, daß voraussichtlich Compton „*the chief man*“ sein werde, aber zugleich die Mitteilung vernehmen, daß der König bereits mit Sir Robert lange über die Zivilliste gesprochen habe. Auch der Einfluß der Königin hat gewiß mitgespielt. Und als dann dieses wichtige Geschäft über Erwarten günstig zu verlaufen schien, als Walpole dem neuen Herrscher eine Erhöhung der Zivilliste von 700 000 auf 800 000 £ in Aussicht stellte, da war Georg II. bereits gewonnen und entschlossen, sich von Walpole nicht zu trennen. Er nahm ihn bei der Hand und sagte: „Sehen Sie, Sir Robert, was mich dabei so sehr beruhigt, das wird auch für Ihre Ruhe dienlich sein. Denn wie dies nun für meine Lebenszeit geregelt ist, so ist damit auch für Ihr Leben die Entscheidung getroffen“²⁾.

* * *

Wenn Walpole blieb, so blieben auf der Bühne des politischen Lebens mit ihm auch die anderen der bedeutendsten Mitwirkenden. So fand denn auch in der Führung der auswärtigen Geschäfte ein Wechsel nicht statt. Die beiden uns wohlbekannten Figuren der Staatssekretäre, der oft so stürmische Lord Townshend und der schier überall in England begüterte, arbeitsfreudige Herzog von Newcastle, sie blieben in ihren Ämtern.

Wie aber verhielt sich das Ausland, und was taten die in britischen Landen und die auf dem Kontinente lebenden Jakobiten?

* * *

Die politische Bedeutung eines Thronwechsels ist auch in den Tagen des Absolutismus oft überschätzt worden. Die gegnerischen Kräfte brauchen Zeit, um sich zu sammeln, und so bleibt zunächst alles im alten Geleise. Auch wenn der Todesfall vorauszusehen gewesen, ist es meist nicht anders. Mit der Sache der Jakobiten stand es 1714 bei dem lange erwarteten Ableben der Königin Anna nicht besser als 1727 bei dem jähen Hinscheiden Georgs I. Eine gewisse Unruhe unter den Partei-

¹⁾ Newcastle an Townshend, Whitehall, 15. Juni 1727. Add. Mss. 32687. Brit. Mus.

²⁾ Hervey (Sedgwick) 1, 34.

gängern im Lande und draußen, leere Proklamationen des „rechtmäßigen Königs“, das ist alles. Auf die Nachricht vom Tode Georgs I. sieht man den Prätendenten planlos durch Europa fahren von Boulogne in Nordfrankreich nach Tirol, von Tirol nach Augsburg, nach Straßburg, nach Lothringen und endlich nach Avignon¹⁾. Aber auch dort ist seines Bleibens nicht. Denn das mit England verbündete Frankreich kann ihn in seiner Nachbarschaft jetzt ebenso wenig dulden wie 1716, als der Stuart, dem Geheiß Georgs I. entsprechend, über die Alpen gesandt werden mußte.

Unterdessen war auch seinen Anhängern jegliche Hoffnung geschwunden. Bei der überraschenden Nachricht vom Tode des englischen Königs hatten die Jakobiten in Frankreich, vor allem Atterbury, sich freudig erhoben und glaubten, der Moment sei gekommen für eine neue stuartische Restauration. Sie glaubten, das im Streite mit England liegende Spanien werde die Sache des Prätendenten zu der seinigen machen; sie wurden in dieser Hoffnung bestärkt durch die Versicherungen Montgons, des Vertrauten Philipps V.; sie rechneten auf eine nahe Versöhnung der Bourbonen in Frankreich mit den Bourbonen in Spanien, und sie hatten gehört, daß selbst in England Veränderungen kommen müßten, daß schon der sicher erwartete Ministerwechsel einen völligen Umschwung herbeiführen werde²⁾.

Aber wie bitter wurden sie enttäuscht, ihre Hoffnungen zerflossen in nichts, und ein großer Augenblick schien ungenutzt vorübergegangen zu sein. Der Schlüssel der Situation lag in Frankreich, und es war Fleury, der leitende Minister, der keinen Augenblick schwankte in seiner Englandtreue. „Als Bischof und als Kardinal“, sagte er treuherzig zu Montgon³⁾, „würde ich natürlich wünschen, den Prätendenten auf den Thron erhoben zu sehen. Aber das kann nur die Vorsehung bewirken, und es wäre sinnlos, ihr vorgreifen zu wollen.“ Fleury war es auch, der Montgon hinderte, einen Brief abzusenden, den er schon an den Beichtvater der Königin Elisabeth geschrieben hatte, einen Brief, in dem er kommende Unruhen beim Thron-

¹⁾ Mémoires de Villars (Petitot) 3e partie. 311, 320.

²⁾ Vgl. Coxe, Lord Walpole (1808) 1, 270.

³⁾ Mémoires de Montgon 5, 8.

wechsel in England vorausgesagt und den Hof von Madrid hatte drängen wollen, etwas für den Prätendenten zu tun¹⁾).

* * *

Als Horace Walpole, der Gesandte in Paris, die Todesnachricht erhielt, suchte er sogleich die leitende Persönlichkeit in Frankreich für seine und seines Bruders Sache zu interessieren. Der Kardinal weilte eben beim Könige im Schlosse Rambouillet. Er fuhr sofort nach Versailles, wohin auch Horace Walpole sich begab. Eine denkwürdige Unterredung findet statt, Fleury spricht herzlich und rückhaltlos und läßt bei dem Engländer keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Frankreich an dem Bündnisse festhalten werde und auch nicht daran denke, sich einzumischen in die inneren Angelegenheiten des Hofes von St. James's. Befriedigt kehrte Walpole nach Paris zurück. Er war im Begriff, einen Kurier nach London abzufertigen, als er ein Schreiben des Kardinals empfing, in dem dieser ihm, anschließend an die stattgehabte Unterredung und nach nochmaliger Überlegung, dringend empfahl, sofort selbst nach London zu fahren und persönlich dem neuen Könige die Versicherung zu geben, daß man in Frankreich an einen Systemwechsel nicht denke²⁾.

Georg II. zeigt sich zwar, als der Gesandte vor ihm steht, zuerst in der ganzen Schroffheit seines Wesens. Er schilt und fragt, wie er es habe wagen dürfen, seinen Posten ohne Urlaub zu verlassen. Doch läßt er sich bald begütigen, als er die Botschaft vernimmt, die Horace überbringt und vollends, als dieser ihm den Brief vorlegt, den Fleury ihm geschrieben. Er ist zu-

¹⁾ Vgl. Coxe, Lord Walpole 1 (1808), 271*.

²⁾ Montgon 4, 402ff. u. Hervey (Sedgwick 1, 31), beide sonst wohl unterrichtet, sprechen von einem Briefe, den Fleury an Georg II. selbst geschrieben habe. Coxe (Lord Walpole) 272 teilt jedoch nach den Walpoles Papers den aus dem Französischen übersetzten Wortlaut des Briefes an Horace Walpole mit. So beruhen die Angaben jener beiden Memoirenwerke offenbar auf einem Irrtum. Auch daß Fleury zwei Briefe geschrieben habe, einen an Georg II. und einen an Horace Walpole, scheint ausgeschlossen nach dem Briefe von Newcastle an Robinson, der bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 517 mitgeteilt ist. Und vollends müßte in dem Briefe, den nun Georg II. an Fleury schrieb (Coxe, Lord Walpole, 1, 274 ff.) eine Bezugnahme zu finden sein auf ein vorangegangenes Schreiben Fleurys an ihn, den König.

frieden und belohnt die bundesfreundliche Haltung Frankreichs mit einem eigenhändigen huldvollen Schreiben an den Kardinal.

Wie hätte der neue König jetzt noch daran denken können, das überlieferte System zu ändern und die herrschenden Männer zu entfernen? Hatte er doch unmittelbar nach seiner Thronbesteigung in seiner Ansprache an das Privy-Council seinen Entschluß kundgegeben, festzuhalten an der Bündnispolitik seines Vaters, durch welche die Ruhe und das Gleichgewicht Europas gewährleistet seien.

Vielleicht hat er sich auch der Zeiten erinnert, da, drei Jahre lang, von 1717 bis 1720, die Walpoles in der Opposition gestanden, da sie manchmal „wie zwei Rasende gewettert“ und den Ministern Georgs I. das Regieren so sauer gemacht hatten. So traf jetzt alles zusammen, Menschliches und Politisches, die Genugtuung des Herrschers über die finanzielle Sicherung, die Robert Walpole ihm mit der Neugestaltung der Zivilliste für seine Lebenszeit geboten, die Rücksicht auf die auswärtige Politik und dazu vielleicht die Stimme der Königin, die von nun an, solange sie lebte, milde und klug, ihren Gatten, ohne daß er sich dessen recht bewußt wurde, so oft entscheidend beeinflußt hat.

* * *

Zu dem Thema des Thronwechsels von 1727 gehört auch die Geschichte von dem berühmten, aber höchst geheimnisvollen Testament Georgs I. und von seinem rätselhaften Verschwinden¹⁾.

Horace Walpole hat in einem 1778 geschriebenen Briefe, sowie in seinen 60 Jahre später niedergeschriebenen *Reminiscences* über die Geschichte des Testaments und über seinen Inhalt einiges mitgeteilt. Was man durch ihn erfährt, ist etwa das Folgende:

Als nach dem Tode Georgs I. das Privy Council sich zum ersten Male unter dem Vorsitz des neuen Königs versammelte, zog Dr. Wake, der Erzbischof von Canterbury, ein verschlossenes Dokument hervor. Mit der Erklärung, es sei als das Testament des verstorbenen Souveräns bei ihm niedergelegt worden, überreichte er es dem Monarchen. Georg II. nimmt dasselbe zur allgemeinen Überraschung der Anwesenden sofort an sich, steckt

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung: die Personalunion von England und Hannover und das Testament Georgs I. (Archiv f. Urkundenforschung, 6, 1918).

es in die Tasche und geht mit großen Schritten wortlos aus dem Zimmer. Der unglückliche Prälat sitzt da wie vom Donner gerührt, da er die Eröffnung und Verlesung des Schriftstückes vor versammeltem Rate hatte herbeiführen wollen. Doch findet er nicht den Mut, den König daran zu mahnen, und auch keiner der übrigen Anwesenden wagt, ihm entgegenzutreten. Von dem Testament hört man nichts mehr. Der König hat es verbrannt, sagen die meisten. Auch erfährt niemand etwas von der Vollstreckung der von dem Verstorbenen darin getroffenen Anordnungen. Man behauptet aber, das Testament habe große Legate enthalten, das eine zugunsten der Herzogin von Kendal, der Mätresse Georgs I. oder auch ihrer Tochter, der späteren Lady Chesterfield, das andere zugunsten der preußischen Königin Sophie Dorothea, der Tochter des Verstorbenen. Das Unrecht, das Georg II. seinem Vater gegenüber mit der Unterdrückung seines letzten Willens beging, könne übrigens, wird noch hinzugefügt, als eine Art Vergeltung erscheinen, denn Georg I. habe selbst zwei Testamente vernichtet, die zugunsten seines Sohnes gelautet hätten, wahrscheinlich diejenigen des Herzogs und der Herzogin von Celle, seiner (Georgs I.) Schwiegereltern, oder auch das der Kurfürstin Sophie, seiner Mutter. In bezug auf das Testament Georgs I. heißt es noch, daß Lord Chesterfield eines Tages die Einsicht in das Testament verlangt, mit einem Prozesse gedroht habe und mit einer Summe von 20 000 £ abgefunden worden sei; und auch mit Friedrich dem Großen habe es Auseinandersetzungen gegeben. Endlich hat Horace Walpole noch gehört, daß das Testament in drei Niederschriften existiert habe. Außer der vom Erzbischof von Canterbury vorgelegten Ausfertigung habe wahrscheinlich auch der Herzog von Wolfenbüttel eine solche besessen, und noch bei einer dritten Person, vielleicht war es ein anderer deutscher Fürst — Walpole erinnert sich des Namens nicht mehr — sei ein Exemplar deponiert worden.

Diese späten Erzählungen sind gewiß nicht völlig zu verwerfen. Horace Walpole pflegte solche Dinge von seinem Vater, dem Minister, zu erfahren. Er beruft sich ferner auf die Aussage von Lady Suffolk, der Mätresse Georgs II.¹⁾ Und wenn auch

¹⁾ Lady Suffolk lebte in späteren Jahren in einem Landhause in unmittelbarer Nachbarschaft Horace Walpoles. Mahon, History (Tauchnitz), II, 117.

die erwähnten Einzelheiten nicht mehr zu kontrollieren sind, so war doch das Vorhandensein des Testaments unzweifelhaft einer größeren Anzahl von Menschen längst bekannt gewesen, ehe Horace Walpole schrieb. Ein venezianischer Resident berichtete 1728 über jakobitische Pamphlete, welche den Vorgang bei Beseitigung des letzten Willens Georgs I. ins Publikum brachten¹⁾. Lord Hervey erwähnt die Unterdrückung des Testaments in seinen bis 1737 reichenden Memoiren²⁾. Vor allem ist hier auf die Tatsache hinzuweisen, daß der preußische Hof ein starkes Interesse an der Angelegenheit nahm. Er ging — niemand weiß, mit welchem Rechte³⁾ — von der Annahme aus, das Testament enthalte ein Legat, durch welches der Königin Sophie Dorothea, der Gattin Friedrich Wilhelms I., eine bedeutende Summe von dem Erblasser, ihrem Vater, vermacht worden sei. Man hat preußischerseits um die Mitteilung des Testaments, doch ohne Erfolg⁴⁾. Dann hatte die Sache wohl geruht bis zur Thronbesteigung Friedrichs II. Nun aber ward dem Grafen Truchseß, der als Gesandter zu Georg II. geschickt wurde, der Auftrag erteilt, neben den politischen Zwecken seiner Mission unter der Hand, aber mit aller Vorsicht und mit allem Takt, auch Erkundigungen einzuziehen nach dem Verbleib und dem Inhalt jenes Testaments. Die Königin Mutter Sophie Dorothea scheint die Sache angeregt zu haben, der Kabinettsminister Podewils berichtete dem jungen Könige und dieser erwähnt die Angelegenheit mehrfach in seinen Weisungen an Truchseß. Aber während in allen anderen Stücken die Mission zur vollen Befriedigung des Königs verlief, so waren alle Mühen des Gesandten in dem einen Punkt völlig umsonst⁵⁾. Eine offizielle

¹⁾ Brosch, Lord Bolingbroke, 1883, 167¹.

²⁾ Memoirs, II (1848), 467.

³⁾ Was bei Droysen, Preuß. Politik, V, 1, S. 79—80, über den Inhalt und die verschiedenen Ausfertigungen des Testaments mitgeteilt wird, stimmt ungefähr mit den Angaben Horace Walpoles überein und ist, obwohl aus den preußischen Akten stammend, natürlich noch weniger zuverlässig als jene. In den Preuß. Staatsschriften aus der Regierungszeit König Friedrichs II., I, 620, werden Droysens Mitteilungen lediglich wiedergegeben, sogar auch mit Wiederholung des fehlerhaften Namens Sophie Charlotte statt Sophie Dorothea.

⁴⁾ Droysen, a. a. O., 79.

⁵⁾ Pol. Corr. Friedrichs d. Gr., I, S. 37, 38, 50, 53—54.

Mitteilung war gar nicht zu erreichen. „Die Minister“, so meldete Truchseß, „sind sehr zurückhaltend in dieser Sache“¹⁾. Als man ihm aber von anderer Seite versichern wollte, die Königin Mutter von Preußen sei für das ihr in dem Testamente Georgs I. ausgesetzte Legat durch eine sehr beträchtliche Geldzahlung entschädigt worden, ward seine Meldung vom König Friedrich mit der Randbemerkung abgetan: „Es ist nichts davon wahr“²⁾.

Eines möge aber am Schlusse dieser Darlegung noch besonders hervorgehoben werden. Horace Walpole und Lady Suffolk, Lord Hervey und Sophie Dorothea, Friedrich der Große und Graf Truchseß, in einem Punkte stimmen sie alle überein. An etwas anderes als an Geld und Geldeswert, nämlich an Legate, die dieser oder jener Person durch die Unterdrückung des Testaments verloren gegangen seien, hat keiner jener Zeugen gedacht, deren Stimmen bisher aus dem 18. Jahrhundert zu uns herübergedrungen sind.

* * *

Unter den Newcastle Papers im Britischen Museum ist, zwischen anderen Korrespondenzen, eine Anzahl von Briefen aus dem Jahre 1727 erhalten, welche der Herzog von Newcastle, damals einer der Staatssekretäre, mit dem älteren Horace Walpole, dem britischen Gesandten am französischen Hofe, gewechselt hat³⁾. Sie tragen sämtlich den Vermerk „*very private*“ oder „*secret*“, sind sicher nicht, wie es sonst oft mit den diplomatischen Korrespondenzen geschah, im Kabinett vorgelegt worden, sind nicht unter die Akten gekommen, daher denn wohl auch im Record Office nicht befindlich. Ich glaube auch, daß zu ihrer Zeit niemand außer den beiden Genannten und dem Könige Georg II. in diese Briefe Einsicht genommen hat. Sie handeln sämtlich von dem Testament Georg I. Freilich wird der Charakter und der Inhalt desselben an keiner Stelle in deutlichen Worten geschildert. Das hat einen äußeren Grund. Horace Walpole war ja kurze Zeit vorher auf Anregung des Kardinals Fleury nach London gereist, um dem eben zur Krone gelangten Georg II.

¹⁾ Droysen, a. a. O., 80.

²⁾ Pol. Corr., I, 411.

³⁾ Add. Mss. 32 751 und Add. Mss. 32 753. Ein kurzer Hinweis auf diese Briefe findet sich in einem Briefe an die „Times“ vom 21. Jan. 1909.

von der Bündnistreue Frankreichs und der persönlichen Gesinnung des Kardinals als des Leiters der französischen Politik die richtige Vorstellung zu geben. Die Reise nach London war also durch Fleury veranlaßt. Dort angekommen, ward der Gesandte aber offenbar auch von der Existenz und dem Inhalt des Testaments unterrichtet, gewiß schon mit der Absicht, daß er in der Lage sei, mit dem französischen Hofe darüber in Verhandlung treten zu können. Nach wenigen Tagen kehrt er nach Paris zurück, und nun entspinnt sich jener Briefwechsel, in dem alles auf das Testament Bezügliche als bekannt vorausgesetzt wird. „Ew. Exzellenz“, heißt es z. B. in dem ersten Briefe Newcastle's, „ist mit allen Einzelheiten des Falles so genau vertraut, daß ich nur zu bemerken brauche. . . .“ Den Inhalt des Testaments können wir daher auch mit diesen Briefen in der Hand nur erraten und kombinieren. Wir vernehmen die folgenden Tatsachen:

Der König hat sein Ministerium in Hannover zu einer Äußerung über die Gültigkeit des Testaments aufgefordert. Die Herren in Hannover haben dasselbe für gesetzwidrig und ungültig erklärt (*illegal and invalid*). Der König hofft, daß Frankreich zu ihm halten und ihn unterstützen werde gegen jeden Versuch, die Vollstreckung des Testaments mit Gewalt zu erzwingen. Besonders gilt das für den Fall, daß der Kaiser, gegen den England und Frankreich miteinander im Bündnisse sind, irgendwelche Vorteile aus der Sache zu gewinnen suchen sollte. Ein anderes Mal wird ein Brief aus Wolfenbüttel erwähnt, aus dem zwar die gegen Georg II. günstige Gesinnung des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel zu erkennen ist, aber auch die Tatsache, daß der Kaiser voraussichtlich, wenn die Sache zu einem Streite führen sollte, die Ansprüche der Familie von Wolfenbüttel unterstützen werde. Aber man hofft, Frankreich werde das seinige tun, „um S. M. in seinem Recht und seiner Prärogative zu unterstützen“. Die hannöverschen Minister haben „die Frage so gründlich erwogen und sind so genau über die Gesetze und die Verfassung des Reiches informiert, daß kein Zweifel darüber herrschen kann, daß dasjenige, was auf den ersten Blick an sich unvernünftig erschien, auch keinerlei gesetzliche Begründung haben kann“. Walpole kommt zu Fleury. Sie lesen das Testament miteinander durch. Walpole teilt dem Franzosen auch die Meinung der Hannoveraner mit. Der Kardinal, tief durchdrungen von der

Bedeutung des Vertrauens, das in ihn gesetzt wird, äußert sich mit Abscheu und Erstaunen über die üble Absicht derjenigen, die dem verstorbenen König einen so unglückseligen Rat geben konnten, und die damit bei der Ungesetzlichkeit der Sache gewiß nur Streit und Verwirrung in der eigenen Familie erwecken wollten, zumal, wenn man bedenkt, in wessen Hände das Testament, außerhalb Englands, niedergelegt worden ist. Gewiß, meint Fleury, wird der Kaiserhof durch Drohungen oder Anerbietungen, wie es ihm am zweckmäßigsten scheinen wird, Vorteil davon zu ziehen suchen. Aber Frankreich steht treu zum Könige von England und wird ihm aus jeder Verlegenheit, die daraus entstehen kann, zu helfen suchen. Walpole faßt den Kardinal bei der Hand und bittet ihn, er möge das doch in ein paar Zeilen auch schriftlich niederlegen, was dem Könige zu besonderer Befriedigung gereichen werde. Fleury tut es, und das Billett ist noch vorhanden. Im Laufe des Gespräches ist auch von der Antwort die Rede, welche das hannöversche Ministerium auf ein Schreiben des Herzogs von Wolfenbüttel zu erstatten hat. Fleury findet in dem Entwurf dazu, den Walpole ihm vorlegt, daß es in bezug auf eine etwaige Veröffentlichung des Testaments nicht heißen sollte, ein Aufschub von einigen Monaten könnte keinen Nachteil bringen, sondern daß auf die Worte — und nun folgt die wichtigste Stelle des ganzen Briefwechsels — „da ich der einzige Erbe der Krone und des Kurfürstentums bin“ (*étant l'unique successeur à la Couronne et à l'Electorat*), daß auf diese Worte nur folgen sollte: „S. M. sieht keinen Grund, diese Publikation selber zu bewirken, noch auch daß Seine Durchlauchtige Hoheit sie mache“.

Alle diese Briefe sind aus dem Juli und August des Jahres 1727. Als letzter folgt noch ein Brief Newcastle's vom 5. Dezember desselben Jahres, der von dem glücklichen Abschluß der ganzen Angelegenheit spricht. Der Vertrag mit Wolfenbüttel ist am letzten Freitag unterzeichnet. „Die Sache von des Königs Testament ist, wie Sie sehen werden, in dem Vertrag ganz unerwähnt geblieben. Doch hat der König gleichzeitig an den Herzog von Wolfenbüttel geschrieben und Seiner Hoheit zu verstehen gegeben, daß der Vertrag erst ratifiziert werden wird, wenn das Testament, der Verabredung gemäß, ausgeliefert sein wird.“ Auch Walpole soll nunmehr die Abschrift des Testaments nebst Kodizill, die in seinen Händen waren, zurückschicken, damit

alle vorhandenen Exemplare in die Hände des Königs zurückgelangen.

Faßt man das in allen diesen Briefstellen Gesagte zusammen, so wird man, glaube ich, auch die ihnen zugrunde liegenden Tatsachen unschwer kombinieren können. Der verstorbene König hat ein Exemplar seines Testaments in die Hände des Herzogs von Wolfenbüttel gelegt. Dieser ist in der Lage, Ansprüche darauf begründen zu können. Das hannöversische Ministerium erklärt das Testament für ungesetzlich und ungültig; denn Georg II. ist der einzige Erbe der Krone und des Kurfürstentums. Immerhin kann der Kaiser sich einmischen, aber für diesen Fall wird der französische Bundesgenosse England zur Seite stehen. Ein Vertrag mit Wolfenbüttel wird geschlossen, der sich zwar auf andere Dinge bezieht, aber seinen formellen Abschluß doch erst durch die Auslieferung des Testaments erhält.

Georg I., dürfen wir nun behaupten, hat ein Testament gemacht, durch das er das Haus Wolfenbüttel zum Erben von Hannover einsetzt. Er hat die Auflösung der Personalunion, die er 1719 auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung nicht erreicht hatte, durch ein Testament herbeiführen wollen. Aber seine Absicht wird vereitelt. Wolfenbüttel wird zur Auslieferung des Testaments bewogen. Und ein besonders interessantes Moment kommt noch in die Angelegenheit herein durch die Rolle, die Kardinal Fleury dabei spielt. Frankreich ist es, das dem Könige Georg II. den Besitz seines deutschen Stammlandes sichert.

Noch ein paar Fragen haben wir kurz zu erörtern. Zunächst die vom hannöversischen Ministerium verkündete Ungesetzlichkeit des Testaments. Sie beruht schon auf dem Charakter Hannovers als Kurstaat, denn damit gebührt auch ihm die durch die Goldene Bulle ausgesprochene Erbfolge nach dem Rechte der Primogenitur. Aber will man auch absehen von der Goldenen Bulle, zu deren Zeit ja von einem Kurfürstentum Hannover noch nicht die Rede war, so ist dasselbe Recht der Vererbung nach der Erstgeburt für Hannover noch ausdrücklich ausbedungen in dem zwischen den welfischen Brüdern und Leopold I. geschlossenen Kurtraktat ¹⁾, der die Grundlage aller weiteren auf die neue Kur

¹⁾ Lünig, Reichsarchiv. Pars spec., 167.

bezüglichen Anordnungen bildete. Der Kaiser will nach Artikel I bewirken, daß Ernst August für sich und seine männlichen Nachkommen die Kurwürde erlangen *juxta ordinem primogeniturae*. So war die durch Testament versuchte Ausschließung des Erstgeborenen vom Throne Hannovers in der Tat rechtswidrig.

Sodann die andere Frage. Was hat Georg I. zu jener Änderung seines Standpunktes bewogen, die darin liegt, daß er nach dem früheren Plane die Trennung der beiden Staaten erst in die Zeit der noch ungeborenen Generationen verlegen, jetzt aber schon seinem Sohne — denn so scheint es doch gemeint zu sein — den Besitz Hannovers absprechen will. Ich gestehe, daß ich eine durchaus befriedigende Erklärung nicht zu geben vermag. Die Tatsache des tiefen Zerwürfnisses zwischen Vater und Sohn würde zur Erklärung genügen, wenn nicht diese Tatsache auch 1719 schon existiert hätte. Vielleicht ist die Überzeugung, daß die Personalunion aufgelöst werden müsse, in ihm so stark geworden, daß er nicht länger damit zu zögern, vielmehr die Entscheidung gleich nach seinem eigenen Eintritt herbeizuführen wünschte. Vielleicht hatte sich aber auch die Abneigung, der Haß gegen seinen Sohn mit den Jahren gesteigert und hat ihm die Feder geführt. England mag der Prinz erben, sein geliebtes Hannover soll der Verhaßte nicht besitzen. Nur wer heute noch in der Seele Georgs I. zu lesen vermöchte, kann hier entscheiden.

Und endlich noch einige Bemerkungen über den zwischen Georg II. und dem Herzoge von Wolfenbüttel zu Westmünster geschlossenen Vertrag vom 25. November 1727 ²⁾. Etwas ganz Ungewöhnliches ist an diesem Vertrage wohl kaum zu bemerken. Er gehört zu dem Typus jener Militärkonventionen, wie sie England während des 18. Jahrhunderts mit deutschen Landesfürsten zahlreich geschlossen hat. Noch im Vorjahre war ein ähnlicher Vertrag mit Hessen-Cassel vereinbart worden, durch welchen der Landgraf sich zur Aufbringung einer Truppenmacht

²⁾ Gedruckt bei Schmaus, Corpus juris gentium academicum, II, 2093. Das Original befindet sich im Herzoglichen Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel. Der auf meinen Wunsch von der Archivverwaltung gütigst vorgenommene Vergleich des Druckes mit dem Original ergab keinerlei sachliche Abweichungen von Bedeutung. Die Berichte des wolfenbüttelschen Unterhändlers Graf Dehn haben sich in Wolfenbüttel leider nicht mehr gefunden.

von 12 000 Mann verpflichtete, und zwar gegen eine Zahlung von 125 000 £, und wobei die Verwendung der Truppen völlig in das Belieben des Königs von England gestellt wurde. Es handelt sich eben, wie schon wiederholt gesagt, um jene Gattung von Verträgen, die vom deutschen Standpunkte aus stets und mit Recht als schmählicher Soldatenhandel gekennzeichnet worden sind. Was dagegen ihre Bedeutung für England angeht, so sind sie zu erklären aus der eigentümlichen Wehrverfassung jener Zeit, sowie aus dem Abscheu des Volkes vor einer großen stehenden Armee im eigenen Lande, die, wie man immer noch argwöhnte, zu leicht ein Werkzeug zur Herstellung eines monarchischen Absolutismus werden könnte. Darum mietet man für Kriegszwecke lieber fremde Truppen und führt lieber holländische, hannöversische, hessische, braunschweigische Untertanen auf die Schlachtfelder der großen Kriege der Zeit, als die eigenen Landeskinder.

Die mit Wolfenbüttel 1727 geschlossene Konvention gibt sich etwas wichtig als ein Bündnisvertrag des Königs von Großbritannien mit dem ihm verwandten Herzoge. Die Einleitung redet von der hergebrachten Freundschaft der beiden Linien des Hauses Braunschweig, von ihren gemeinsamen Bestrebungen zugunsten des Protestantismus und verkündet die Absicht beider, die alte Verbindung durch ein neues Band zu befestigen, „allein in der Absicht“, wie es heißt, „sich gegenseitig ihre Länder zu garantieren und niemandem zum Schaden“. Daß dementsprechend nicht nur der König dem kleinen deutschen Verwandten den Besitz seines Ländchens gewährleistet, sondern daß auch der Herzog von Braunschweig Wolfenbüttel sich zur Verteidigung von Großbritannien und Irland, ebenso wie der deutschen Staaten Georgs I. verpflichtet, klingt zwar ein wenig komisch, mag aber doch als die Einkleidung des positiven Inhalts hingenommen werden. Dieser besteht nun in der von Wolfenbüttelscher Seite übernommenen Verpflichtung, sich bereit zu halten, wenn der König von England es fordern sollte, ihm eine Truppenmacht von mindestens 5000 Mann zur Verfügung zu stellen. Die fernere, hierauf begründete Abmachung der Zahlung einer Summe von englischer Seite ist ganz in herkömmlicher Form gehalten und stimmt auch fast wörtlich mit dem entsprechenden Artikel des hessischen Vertrages von 1726 überein. Und doch besteht ein

Unterschied. Die von englischer Seite zu zahlende Summe erscheint dieses Mal merkwürdig hoch.

Hier mag es wohl gestattet sein, auf dem Wege eines Vergleichs der beiden Konventionen von 1726 und 1727 eine kleine Rechnung aufzustellen. Der Landgraf von Hessen erhielt für die Werbung und den Unterhalt von 12 000 Mann eine englische Subsidienzahlung, in zwei Raten zu erlegen, in der Gesamthöhe von 125 000 £, der Herzog von Wolfenbüttel dagegen soll für seine 5000 Mann, in vier aufeinander folgenden Jahren je 25 000 £, insgesamt also 100 000 £ erhalten. Im ersten Falle wäre der einzelne Mann mit 10 £ 8 sh 4 d bezahlt, im zweiten mit rund 20 £. Es ergibt sich also, daß die wolfenbüttelschen Truppen fast doppelt so hoch bezahlt werden wie die hessischen. Niemand wird glauben, daß der wolfenbüttelsche Untertan als Soldat zweimal so wertvoll gewesen sei wie der Hesse. Statt dessen ist unter den geschilderten Verhältnissen eine andere Erklärung nicht von der Hand zu weisen. Wie wir hörten, sollte der Vertrag nicht ratifiziert werden, bevor der Herzog von Wolfenbüttel das in seiner Hand befindliche Testament ausgeliefert hatte. Kein Zweifel, hier liegt die Erklärung für die Höhe jener Summe. Nehmen wir nur die Differenz der in den beiden Fällen angenommenen Sätze, berechnen wir, daß Wolfenbüttel etwa 50 000 £ mehr erhielt, als Hessen für die gleiche Leistung erhalten haben würde, so haben wir, wenn nicht vielleicht den ganzen Vertrag, so doch dieses Mehr von 50 000 £ als den Preis zu betrachten, der von England für die Auslieferung des Testaments gezahlt wurde. Der Soldatenhandel erscheint dieses Mal in doppelt häßlicher Gestalt.

So war denn der Versuch, durch testamentarische Verfügung des Souveräns die Personalunion zu zerreißen, ebenso gescheitert wie der frühere Plan, sie durch Parlamentsbeschluß aus der Welt zu schaffen. Wohl ist auch unter Georg II. noch ein paarmal von der Trennung der beiden Staaten die Rede gewesen, und in England zumal sehnte man sie herbei. Das Thema „*disjunction*“ hat noch mehrfach zur Erörterung gestanden. Robert Walpole hat selbst einmal dem Sprecher des Unterhauses eine königliche Botschaft in Aussicht gestellt, welche eine parlamentarische Bill zur Lösung der verhaßten Verbindung anregen sollte. „Sir“, erwiderte ihm der Sprecher, „das wird sein wie eine Botschaft

vom Himmel“¹⁾. Aber die Botschaft kam nicht. Die Personalunion hat trotz aller Abneigung der widerwillig aneinander gefesselten Völker so lange fortbestanden, bis die Verschiedenheit des Staatsrechts der beiden Länder ihr bei der Thronbesteigung Viktorias ein natürliches Ende bereitete.

* * *

Am 11. Oktober 1727 fand die Krönung des Königspaares statt. Wir besitzen die anmutige Schilderung eines französischen Schweizers²⁾, der alles mit angesehen. Er nennt sie die erhebenste, prächtigste und glänzendste Zeremonie, die man sich denken kann. Aber auch von anderer Seite hören wir, daß der dieses Mal entfaltete Aufwand alle Krönungsfeste seit der Restauration in den Schatten stellte. Mehrere Tage lang hatte man an einer Brücke gebaut, die von Westminster Hall nach der Westseite der Abbey hinüber führte. Für alle Teilnehmer ist der Tag ermüdend. „Sie werden mir die Schilderung erlassen“, schreibt Graf Oxford an Swift³⁾, und er wünscht, nur um dergleichen nicht noch einmal mitmachen zu müssen, dem Könige ein recht langes Leben. Der gewaltige Festzug wird uns geschildert, der sich in 72 Gruppen bewegt. In der 23. Gruppe marschiert Robert Walpole, festlich angetan als Ritter des Hosenbandordens, und als das einzige nicht adlige Mitglied des Ordens. Die Volksmassen auf den Straßen lassen alles an sich vorüberziehen und sehen schadenfroh, wie im Zuge der Herzoginnen die Witwe des großen Marlborough, von der Strapaze ermüdet, sich auf der Trommel eines Tambours ausruhen muß und wie dadurch der ganze Zug ins Stocken gerät. Die Königin erscheint in unerhörter Pracht, ihre Kleidung mit Juwelen übersät, von denen freilich jedermann weiß, daß die meisten nur für den Tag geliehen sind. Auch die Peeresses tragen viel geliehenen Schmuck, es heißt, alle Juweliere von London hätten den Bedarf nicht zu decken vermocht, und man habe deshalb Juwelen aus Frankreich und Holland in Menge verschrieben.

In der Kirche nahm alles seinen gewohnten Verlauf. Was aber dieser Krönungsfeier auch in der Geschichte der Musik

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798), 2, 571—572.

²⁾ De Saussure, Lettres et Voyages (1903), 246 ff.

³⁾ Swift, Correspondence, 3 (1912), 424.

eine besondere Bedeutung verlieh, das waren die vier Krönungsantheims, die kein Geringerer als Händel für die Gelegenheit komponiert hatte und die er persönlich dirigierte. Auch die Texte hat er selbst gewählt, genauer gesprochen, er hatte, unter den lithurgisch feststehenden Gesangstexten die für den Ausdruck seiner musikalischen Gedanken geeignetsten herausgefunden¹⁾. Man weiß, diese Anthems sind von gewaltiger Schönheit, am mächtigsten vielleicht das nach der Eidesleistung des eben gekrönten Königs gesungene:

Zadok, der Priester, und Nathan, der Prophet,
Salbten Salomo zum Könige.
Und alles Volk frohlockte und rief:
Lang lebe der König!

Auch das festliche Mahl in Westminster Hall wird beschrieben, wobei auch die hohen Adligen und ihre Gattinnen in ihren Roben und mit den Krönchen auf dem Haupte ihren Platz einnahmen. Bis zum Erscheinen des Königspaares blieb der Saal verdunkelt, dann aber wurden durch eine neue und sinnreiche Methode die Tausende von Kerzen mit einem Schlage entflammt. Natürlich durfte auch die berühmte Figur des auf stolzem Rosse in den Saal reitenden Kämpen nicht fehlen, der durch den Herold jeden zum Zweikampf fordern läßt, der bestreiten will, daß Georg II. rechtmäßiger Erbe der kaiserlichen Krone Großbritanniens sei. Der König trinkt ihm aus goldenem Becher lächelnd zu und schenkt ihm das kostbare Trinkgefäß.

Für die Zuschauer auf den Galerien aber war es der lustigste Abschluß des Festes, als die hohe Gesellschaft den Saal verlassen hat, wie nun die Türen weit geöffnet werden, und die hereinströmende Menge, unter Schreien und Balgen über Speisen und Getränke herfällt, und binnen einer halben Stunde ist alles verschwunden.

* * *

Wir müssen uns nun auch mit dem neuen Königspaares etwas genauer bekannt machen. Georg II. war verschieden von seinem

¹⁾ Chrysander, G. F. Händel, 2, 173. Über die irrtümliche, durch die Krönungsantheims entstandene Auffassung, daß Händel auch der Komponist der Königshymne „God save the King“ sei, vgl. Chrysander in den Jahrbüchern der musikal. Wissenschaft, 1865.

Vater. Von Statur ist er klein und unansehnlich. Er ist immer erfreut, wenn Herren bei Hofe erscheinen, die noch kleiner sind als er. Seine Züge sind nicht unedel. Wir kennen sie aus verschiedenen Bildnissen in jüngeren, mittleren und höheren Jahren¹⁾. Darunter freilich keines von einem Künstler ersten Ranges, keines, welches das Antlitz etwa bedeutender erscheinen ließe, als es wohl in Wirklichkeit war. Am ausdrucksvollsten ist wohl die Büste, in der Roubilliae den alternden König dargestellt hat. Eine hohe Stirn, blaue, ein wenig hervortretende Augen, die Nase lang und leichtgebogen, Mund und Kinn wohlgeformt. Aber die ganze Erscheinung ohne Würde, ohne Ruhe, ohne Majestät. Der Vater war doch in Haltung und Erscheinung weit königlicher gewesen als Georg II. mit seiner Nervosität, seinen hastigen, zappeligen Bewegungen.

Wie das Äußere, so war auch das Wesen dieses Fürsten. Er ist lebhaft und leidenschaftlich, aufbrausend und cholerisch. Er tritt seinen Untergebenen, selbst hohen Staatsbeamten, auch den Ministern, oft sogar den Vertretern fremder Mächte, mit einer rücksichtslosen Derbheit entgegen, die sich bis zu heftiger Grobheit steigern kann. Er schilt und poltert. Will man ihn mit andern Fürsten seiner Zeit vergleichen, so darf man nicht an Karl VI. denken, der so oft die fremden Diplomaten zur Verzweiflung bringt mit seiner feierlichen Art, mit seinen leise gemurmelten Antworten, mit seinen eingelernten Phrasen. Viel eher gleicht er dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm. Die Art, wie dieser mit seinen Ministern umspringt, wie er ihre Eingaben verächtlich abfertigen kann mit der Randbemerkung „Possen, Possen“, so hätte auch Georg II. dergleichen fertig gebracht, obwohl ja sonst die Stellung englischer Minister von derjenigen der preußischen so grundverschieden war.

Wie er als Prinz von Wales gewesen, so war er auch als König. So heftig, so beleidigend, wie er einst bei der Taufe eines Prinzen dem Herzog von Newcastle entgegengetreten war, so hätte er

¹⁾ Bei den Reproduktionen sind manchmal Irrtümer unterlaufen. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte 1648—1740, 2, 423 gibt ein angebliches Bildnis Georgs II. Es ist aber ein Bildnis Georgs I., und zwar, nur etwas vergrößert, dasselbe, welches (in derselben Sammlung) bei Oncken, Zeitalter Friedrichs des Großen, 1, 104 als Georg I. gegeben wird. Auch das bei Saussure, a. a. O., 252 gezeigte Porträt Georgs II. halte ich für verdächtig.

ähnliche Szenen auch noch als gekrönter Monarch aufführen können. Er spricht von diesem als einem Narren, von jenem als einem Schurken. Man gewöhnt sich daran, ihn nicht immer ganz ernst zu nehmen. Der ihm geistig so hoch überlegene Robert Walpole streicht so manche ihm entgegengeschleuderte Grobheit kaltblütig ein. Auch die Diplomaten gewöhnen sich an seine Art, wie etwa der Österreicher Graf Kinsky an dem Erfolge seiner Politik verzweifelt, weil „nach dem mir bekannten genio des Königs“ doch alles umsonst sein würde¹⁾.

Dabei bemüht sich Georg II. in seiner Weise eifrigst, ein volkstümlicher König zu sein. Er möchte insbesondere alles vermeiden, was die Stellung seines Vaters erschwert hat. Er zeigt sich oft dem Volke. Wenige Wochen nach dem Thronwechsel sieht der Schweizer Haller²⁾ den König, die Königin und die Prinzessinnen von einer Revue im Hyde-Park zurückkommen, umgeben von der Leibgarde mit gezogenem Degen. Der König ist zu Pferde, die Damen in Wagen, eine Menge Volkes rundum, freudige Zurufe „*God bless the King*“ erschallen, die Hüte werden geschwenkt und in die Luft geworfen.

Im Leben des Hofes aber brachte der Thronwechsel insofern einen völligen Umschwung hervor, als jetzt die Landessprache wieder zu Ehren kam. „*Il parle la langue du pays*“, hatte schon 1717 der preußische Resident von dem Prinzen von Wales berichtet³⁾, er spricht sie „*bien et correctement*“ heißt es ein Jahr später⁴⁾. So geschah es nun bei Hofe. Bei der Tafel, im Drawingroom, beim Spiel herrschte wieder die englische Konversation. Der König hatte es ausdrücklich anbefohlen, und im Volke vernahm man es mit Genugtuung⁵⁾. Genau genommen war übrigens der Gebrauch der Sprachen etwa wie folgt⁶⁾: Unter den Mitgliedern der königlichen Familie ward meist Französisch gesprochen, in der Hofgesellschaft Englisch, und nur wenn der König, sei es der eigenen Gattin, sei es den Kindern gegenüber, in seinen polternden Ton ver-

¹⁾ Kinsky an Karl VI., London, 5. Oct. 1733. W. St. A.

²⁾ Albrecht Haller, Tagebücher (1883), 133—34.

³⁾ Bonet, 5./16. Juli 1717. G. St. A.

⁴⁾ Bonet, 4./15. März 1718. G. St. A.

⁵⁾ Haller, a. a. O., 135.

⁶⁾ Hervey, Memoirs, passim.

fiel, wenn er so recht sein Herz auszuschütten wünschte, so wählte er die kräftigsten Laute der deutschen Muttersprache.

Georg II. hat das Englische auch im schriftlichen Ausdruck vollkommen beherrscht. Wir kennen etliche Briefe von ihm ¹⁾. Sie sind in Billettform leicht hingeworfen, mit aller Natürlichkeit des Ausdrucks, kaum hie und da kleine Wendungen, wie sie einem Engländer so nicht aus der Feder geflossen wären, und man muß schon sorgfältig prüfen, um sie zu bemerken ²⁾. Kein Zweifel: als Engländer zu fühlen, hat der zweite Georg so wenig vermocht wie der erste, aber wenigstens die Sprache seiner britischen Untertanen hat er sicher und leicht beherrscht.

* * *

Unter Georg I. hatte Walpole einmal gesagt, die Herzogin von Kendal sei Königin so sehr, wie es nur je eine in England gewesen, und er erreiche alles durch sie. Auch am Hofe Georgs II. spielten Mätressen eine Rolle, aber niemals eine politische Rolle. Die einzige Frau, die den König wahrhaft beherrschte, war Königin Karoline ³⁾. Das hat auch Walpole, der große Menschenkenner, bald erfaßt, und solange Karoline lebte, war sie, die auch geistig die Kendal soweit überragte, die stärkste Helferin der Politik des Ministers.

Die keineswegs reiche Memoirenliteratur dieser Zeit hat sich gerade ihr mit besonderer Liebe zugewandt. So sind denn unter den fürstlichen Frauen der neueren Geschichte nicht viele den Nachlebenden so wohlbekannt wie sie. Die Hofdame Lady Cowper hat, ohne ein Charakterbild zeichnen zu wollen, in ihren Tagebuchblättern so zahlreiche Züge von Karoline als Prinzessin von Wales überliefert, daß wir schon einen persönlichen Eindruck erhalten. Lord Hervey aber hat, in seinem umfangreichen Memoirenwerk ⁴⁾, das die Regierung Georgs II. bis zum Tode der Königin behandelt, ihr Bild mit so viel Liebe und Lebendigkeit uns vor Augen gestellt, daß man mit ein wenig Übertreibung sein ganzes Werk als einen Hymnus auf Karoline bezeichnen möchte. Wir meinen sie zu kennen und zu erblicken

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole, 2, 520—41.

²⁾ So ist es mir von einem englischen Schriftsteller bestätigt worden.

³⁾ Vgl. auch W. H. Wilkins, Caroline the Illustrious. 2 vols 1901.

⁴⁾ Neu und vollständig herausgegeben von R. Sedgwick. 1931.

inmitten ihres Hofes, als die große Dame, die zum Herrschen weit mehr berufen scheint als ihr eigenwilliger und doch kurz-sichtiger Gatte, sie, die den größten englischen Politiker ihrer Tage so gut versteht und ihm seine Arbeit erleichtert, wo sie kann, die als Königin ihre Würde wahrt, als Frau ihre menschlichen Tugenden, und auch ihren Geist bewährt, sie, die in der Politik, wenn auch nur als die verständnisvolle Helferin Walpoles, so stark hervortritt, daß man sie aus der Geschichte der Zeit nicht fortdenken könnte.

Hervey steht neben Königin Karoline wie der treue Kavalier, der ihre Wünsche errät und ihr in allen Lagen zu Hilfe kommt, der die durch die Härte und Lieblosigkeit des Gatten Gekränkte durch ein tröstendes Wort aufheitert. Und wenn der König in Hannover ist, und Karoline als Regentin waltet, so folgt sie zwar dem Rate Walpoles, hört aber auch auf Hevey, und er ist es, der in ihrem Sommeraufenthalt in Richmond stets um sie ist und sie durch seine Unterhaltung erfreut. Sie erwidert dem viel Jüngeren seine ritterliche Art durch Dankbarkeit, durch eine gewisse mütterliche Zärtlichkeit, sie ist ihm von Herzen ergeben und sagt scherzend: „Wie wir miteinander stehen, und wenn nicht der Unterschied des Alters wäre, ich würde noch mit ihm ins Gerede kommen.“

Karoline gab sich nicht mit jener herablassenden Würde, wie einst Königin Anna, dafür besaß sie mehr Gewandtheit, mehr Herzlichkeit, mehr Geist, auch leichtere, liebenswürdigere Formen als die letzte Stuart. Wer von ihr ging, war froher, als er gekommen war. Wie der sie so sehr verehrende Gatte von ihr sagte, sie wahre die Würde ihrer Stellung *avec grace, avec politesse, avec douceur*. Aber Karoline war ein starker Charakter, stärker als der König. Es war ja der Stolz ihres Lebens, daß sie, die protestantische Prinzessin, einst die Hand des Habsburger Karl ausgeschlagen, daß sie dadurch, um ihres Glaubens willen, eine Kaiserkrone verschmäht hatte. Aber die Königskrone, die sie dafür eingetauscht, hatte freilich auch ihre Dornen und Stacheln. Ihr Verhältnis zum Könige ist so merkwürdig, wie dergleichen wohl nicht oft vorgekommen ist. Georg II. liebte und verehrte seine Gattin. Sie ist ihm im Laufe der Jahre gleichsam eine mütterliche Freundin geworden. Er schüttet ihr sein Herz aus, er darf ihr die intimsten Dinge er-

zählen, durch die jede andere Frau beleidigt würde. Sie hört alles geduldig an und liest seine 60 Seiten langen Briefe aus Hannover. Es wäre nicht richtig, zu sagen: sie verzeiht alles — nein, sie tut so, als ob das alles selbstverständlich und nichts zu verzeihen wäre und gibt ihm noch ihren Rat dazu. Sie tritt ihm nicht in den Weg, und da die häufigen und nach dem Vorbild des Vaters lang ausgedehnten Sommerreisen Georgs II. dem Könige vor allem Vergnügen bereiten sollten, Liebeleien und französisches Theater, Jagd und Maskeraden, so war es für ihn bequemer, wenn die Königin ihn nicht begleitete. Und dabei ist sie doch auch eine Deutsche, hängt wohl auch an der Heimat, aber niemals wird sie vom König mit nach Hannover genommen. Sie hat, wenn ich nicht irre, seit 1714 den deutschen Boden nicht mehr betreten. Sie darf als *Guardian of the Realm* an der Spitze der Londoner Regierung erscheinen, wenn der königliche Strohvitwer sich in der deutschen Heimat amüsiert. So ist sie die liebevolle, nachsichtige Gattin, die ihn von allen am besten versteht, die seine Schwächen kennt, seine Launen erträgt und die ihn unvermerkt leitet.

So hat auch Walpole ihre Stellung verstanden, als er sich, klug und taktvoll, auf die Zusammenarbeit mit der Königin einrichtete. Er macht sie zur Vertrauten seiner politischen Ideen, mehr als den König. Sie versteht ihn oft nicht ganz, sie durchschaut nicht immer seine Motive, und seine letzten Gedanken verbirgt er auch vor ihr. Aber sie läßt sich von ihm unterrichten, läßt sich an der Hand schriftlicher Darlegungen, wenn sie anderer Meinung ist, oft belehren. Dann läßt sie wohl ihren Widerspruch fallen, unterwirft sich der besseren Einsicht des Ministers und führt nun seine Sache bei dem Gemahl. Sie trägt dem Könige alles so vor, als sei es im Grunde nichts anderes, als was er selbst immer gedacht und gewollt habe. So führt Walpole seine Politik, so regiert er den König durch die Königin. „Sie wissen, Madame“, sagt er, „ich vermag nichts ohne Sie.“ „Wenn ich je den König gut beraten habe, Ihr Verdienst ist es, wenn er meinen Rat annahm“¹⁾.

Bei Hofe und in der Gesellschaft aber war es bald kein Geheimnis mehr, wie sehr der König, der so ganz Herr seiner

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 375.

Entschlüsse zu sein glaubte, dem Einfluß der Gattin unterlag. Unter den kleinen Spottschriften, die zwar nicht im Druck verbreitet wurden, aber handschriftlich von Hand zu Hand wanderten, befanden sich auch ein paar Verschen, welche lauteten¹⁾:

„Prah! nur, kleiner George, 's ist alles umsonst,
Uns regiert Karoline, Dein Ehegspont.
Willst Du, daß wir knien und Dich beten an,
Sperr' sie zuerst ein, wie's Papa hat getan.

* * *

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 69.

Dreizehntes Kapitel.

Der König und der Premierminister.

Die staatsmännische Größe Robert Walpoles ist nicht von der Art, die geeignet ist, die Herzen zu erwärmen, den mitlebenden Volksgenossen Liebe und Bewunderung abzuwingen. Er ist viel angegriffen und gescholten, aber auch in Schutz genommen und gerühmt worden. Freilich haben selbst seine intimsten Verehrer sich in ihren Lobpreisungen Walpoles stets eine gewisse Reserve auferlegt. Sie haben allenfalls seine glänzenden, aber einseitig entwickelten Fähigkeiten und seine eminent nützlichen Leistungen für den Staat und für die Gesellschaft anerkannt, aber wohl niemals so volle Töne angeschlagen, wie der Engländer sie etwa bei der Beurteilung der beiden Pitts zu finden pflegt.

Die historische Beurteilung darf sich jedoch nicht durch die mancherlei weniger erfreulichen Züge bestimmen lassen, die man in seinem Wesen und in seinem Tun bemerkt. Sie muß auch nicht nur die materielle Leistung, sondern ebenso die Verhältnisse würdigen, unter denen sie geschaffen, gleichsam den Boden kennen lernen, auf dem sie erwachsen. Walpoles historischer Charakter kann bei solcher Betrachtungsweise nur gewinnen. „Wenn jemals“, schrieb Horace Walpole 1778¹⁾, „die historische Wahrheit ans Licht kommt, so wird dem Andenken meines Vaters die ihm gebührende Ehre zuteil werden“.

In den folgenden Abschnitten soll darum weniger von dem die Rede sein, was er für die Größe Englands getan, als wie er es vollbracht hat. Nicht Wirtschaft und Handel und Kolonialpolitik und nicht Finanzen bilden jetzt unser Thema, sondern nur die Stellung Walpoles als Premierminister, oder nennen wir es einmal sein Regierungssystem. Vielleicht wird aber selbst eine derartige, mehr der Form als der Sache geltende, Betrachtung auch dazu beitragen können, zu einer gerechten Würdigung des Mannes und seines Werkes zu gelangen. Wir wollen uns auch

¹⁾ Letters ed. Toynbee 10, 337.

nicht auf den bisher behandelten Zeitraum beschränken. Denn einerseits werden wir auch frühere Erscheinungen des Verfassungslebens, andererseits die gesamte Laufbahn Walpoles in diese Betrachtung einbeziehen. Es muß sich zeigen, ob durch eine solche Zusammenfassung großer Zeiträume die im Zeitalter Walpoles neu auftretenden, von nun an bleibenden Erscheinungen der englischen Verfassungsgeschichte klar genug hervortreten werden.

* * *

Robert Walpole ist oft als der erste englische Premierminister bezeichnet worden. Wie ist das nun zu verstehen?

Der Name stammt aus Frankreich. Das englische *Prime Minister* ist nur die wörtliche Übersetzung des französischen *premier ministre*, und selbst in England wird der aus Frankreich stammende Titel noch lange und oft unverändert neben der englischen Form angewendet¹⁾.

In England sah man in dem Begriffe des *Prime Minister* lange Zeit nur etwas Böses. Man blickte auf Frankreich und betrachtete das Amt als ein Werkzeug des Absolutismus. Es wird in der Literatur oft gehässig, manchmal auch spöttisch angewendet. Swift bezeichnet einmal im Scherz seine alte Haushälterin als seinen *Prime Minister*. Da ist es nun bemerkenswert, daß Daniel Defoe, der berühmte Verfasser des Robinson, seinem Gönner Robert Harley, als dieser im Jahre 1704 Staatssekretär geworden ist, erklärt, er sollte jetzt unbedingt *Prime Minister* werden, wie Richelieu und Mazarin es gewesen. „Sie müssen“, so erklärt er ihm in einer ausführlichen Denkschrift²⁾, „entweder ein erfolgreicher *Prime Minister* sein, oder Sie sind ein schlechter Sekretär.“ Was ist denn so Schlimmes, fragt Defoe, an der Stellung eines *Prime Minister*? Was hat die Nation gegen das Amt? Die Eifersucht hat wohl nur darin ihren Grund, weil die *Prime Ministers* (er wendet geflissentlich die englische Form an) in neueren Zeiten stets zu sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht waren. Sie wollten Ehren und Reichtümer gewinnen, und das hatte Unterdrückung, Bestechung und

¹⁾ Vgl. auch Trevelyan, Blenheim 188*.

²⁾ G. F. Warner, An Unpublished Political Paper by Daniel De Foe. E. H. R. 22, 1907, 130 ff.

andere schlimme Dinge im Gefolge. Harley aber wird solcher Versuchung nicht ausgesetzt sein. Und wenn er mit seiner Stellung auch noch das Amt des Großschatzmeisters verbindet, so wird er als *Prime Minister* wahrhaft herrschen, „und die Königin wird Herrin sein über alle wichtigen Geschäfte, ehe sie vor den Rat kommen“. So hätte man, ruft er begeistert aus, das Amt des Premierministers ohne seine Schattenseiten, das Volk wäre beglückt, die Regierung gut bedient, die Neider beschämt, alle Intriguen umsonst, alle Unternehmungen erfolgreich und alle unsere Maßregeln besser geleitet und besser durchgeführt.

Hört man diese Gedanken des geistvollen Schriftstellers, so wird man etwa sagen dürfen: die so angedeutete Zusammenballung der exekutiven Gewalten in der Hand eines Einzigen lag in der Luft, war vielleicht in der Verfassungsentwicklung vorgezeichnet. Unter Wilhelm III., dem kraftvollen Herrscher, wäre solches nicht leicht zu denken; denn er würde die Summe der Gewalt kaum so, wie Defoe es meint, aus der Hand gegeben haben. Anders unter Königin Anna. Wir hören denn auch, daß in ihrer Zeit das Wort *Prime Minister* auf einen oder den andern ihrer Minister wirklich angewendet wird. Wohlverstanden: es handelt sich aber in diesen Fällen niemals um ein Amt, sondern nur um einen Namen. Man ist, französischen Vorbildern folgend, bereit, ihn anzuwenden, sobald man eine starke Machtfülle in der Hand eines Einzigen erblickt. Robert Harley (später Graf Oxford) wird schon häufig als *Prime Minister* bezeichnet¹⁾, und von Godolphin wird gesagt, unter ihm seien bereits die wichtigsten Merkmale des nachmaligen Systems vorhanden gewesen. Denn er habe bereits seine Kollegen selbst wählen können, und das Ministerium sei abhängig gewesen von der Unterhausmajorität²⁾.

Immerhin tritt solches hier nur episodisch auf.

Blicken wir sodann auf die Zeiten seit der Thronbesteigung Georgs I., so begegnen wir dem Namen Premierminister oder *Prime Minister* bald häufiger. Als im Mai 1715 Graf Halifax, der erste Lord des Schatzamts, gestorben ist, weiß der Öster-

¹⁾ z. B. in der Schrift: *The Characters of two independent Whigs*. 1720, p. 4.

²⁾ Vgl. Morley, Walpole, 143.

reicher Hoffmann von ihm zu berichten¹⁾, er habe gewünscht, „Großschatzmeister und damit Premierminister zu werden“. Er würde sich auch, fügt Hoffmann hinzu, noch mehr bewährt haben, wenn er nicht „nach dem Namen des *Primi Ministri* gestrebt“ und sich dadurch alle Welt zu Feinden gemacht hätte. Bei der Debatte über die *Peerage Bill* im Jahre 1719 ist es Robert Walpole selbst, der von Graf Oxford als dem *first minister* unter Königin Anna spricht²⁾. Zwei Jahre später — Walpole ist wieder Mitglied der Regierung und Sunderland hat ihm das Amt des ersten Schatzlords überlassen müssen — da berichtet Hoffmann gleichwohl über Lord Sunderland: „Er wird noch vor *Primum Ministrum* angesehen, wie er denn annoch den größten Credit beim Könige haben soll“. Als im nächsten Jahre Sunderland gestorben ist, heißt es, er sei, obwohl nur Erster Kammerherr, bis an sein Ende „vor *Primum Ministrum* angesehen gewesen“³⁾. Und derselbe Gewährsmann ist es, der im Juli 1723 von Walpole erklärt, daß nunmehr dieser „vor das *Primum Mobile* und fürnehmsten *Ministrum* angesehen“ und sich voraussichtlich lange in dieser Stellung behaupten wird⁴⁾.

Zusammenfassend dürfen wir sagen, daß Walpole schon im Anfang der zwanziger Jahre von der öffentlichen Meinung als *Prime Minister* angesehen und bezeichnet wurde. Offiziell oder inoffiziell, gleichviel, im Publikum macht man diesen Unterschied nicht. In seinem Nachlasse in Houghton Hall finden sich etwa seit 1725 vollkommen ernstgemeinte Briefe, Ratschläge oder Bitten enthaltend, mit der Aufschrift: *The Right Honourable Robert Walpole, Prime Minister*. Der Name bleibt, wird aber nie zu einer amtlichen Bezeichnung und ist ja später, als der Minister in den letzten Jahren seiner Laufbahn um seine Stellung zu kämpfen hatte, als der schwerste Vorwurf formuliert worden, den man gegen ihn erheben konnte, und er selbst hat den Namen wie die Sache alle Zeit entrüstet von sich gewiesen.

Lassen auch wir einmal den Namen beiseite, so muß hier freilich das eine mit aller Schärfe hervorgehoben werden: was den Minister zu dieser Machtfülle erhob, es war allein der Wille

¹⁾ Hoffmann, 31. Mai 1715. W. St. A.

²⁾ Parl. Hist. 7, 622.

³⁾ Hoffmann, 1. Mai 1722. W. St. A.

⁴⁾ Hoffmann, 23. Juli 1723. W. St. A.

des Monarchen. Wir mögen noch einmal zurückkommen auf die Geschichte des Thronwechsels von 1727. Walpole hat sich dem neuen Könige zu Füßen geworfen, er hat seine Befehle erfragt, in dem Sinne erfragt, wer unter der neuen Regierung die leitende Stellung besitzen solle. Georg II. hat sich zunächst für Spencer Compton entschieden, hat aber nach ein paar Tagen sich anders besonnen und ist nun entschlossen, den Minister seines Vaters in seiner Stellung zu belassen.

Der Moment ist in zweierlei Hinsicht bedeutungsvoll. Zunächst durch die Beobachtung, daß die Engländer von 1727 in der Erwartung übereinstimmen, daß wieder ein einziger das Staatsruder in der Hand halten werde, und daß sie nur fragen, wer wohl dieser Eine sei. „Wahrscheinlich wird der Sprecher der führende Mann“, schreibt Newcastle. „Es wird wohl im wesentlichen so bleiben wie es ist“, heißt es in einem anderen zeitgenössischen Briefe. „Wie sollte man es auch anders erwarten, wenn man bedenkt, wer *Premier* sein wird.“ Also wieder ein *Premier*; nur über die Person herrschen noch Zweifel, nicht über die Sache. Der leitende Minister ist den damals Lebenden eine ebenso vertraute Erscheinung, wie ihnen der Name *Premier* für denselben bereits geläufig ist.

Aber dann fällt es uns auch auf, daß der König allein entscheidet, wer dieser Eine sein soll. Keine Partei, kein Parlament, keine Volksversammlung hat ihm dreinzureden. Der König hat es mit sich selbst abzumachen und in freier Erwägung zu entscheiden, ob ein Compton oder ein Walpole der richtige Mann sei, um seine Geschäfte zu führen. Praktische Rücksichten und Ratschläge, welche von dieser oder jener Seite gegeben werden, wirken ein, bestimmen vielleicht seinen Entschluß, nicht aber etwas, das wir als konstitutionelle Beeinflussung des Souveräns zu bezeichnen hätten. So angesehen, wählt vielmehr Georg II. seinen ersten Ratgeber fast mit derselben naiven Selbstherrlichkeit, wie nur ein Heinrich VIII. es hatte tun können.

* * *

So manche Ereignisse der Zeit werden erst bei solcher Betrachtungsweise in die richtige Beleuchtung gerückt. Man beachte, wie die Minister den König nicht gern aus den Augen lassen, wie sie sich an seine Fersen heften. 1716 war für Townshend

der Umstand verhängnisvoll, daß er nicht mit Georg I. nach Hannover gegangen war. Sunderland ist bei Zeiten noch nachgereist und beherrscht zusammen mit Stanhope die Situation. 1723 erwartet man mit Spannung, wer von den beiden aufeinander eifersüchtigen Staatssekretären, ob Townshend oder Carteret, den Monarchen nach Hannover begleiten werde. Denn dem Zurückbleibenden droht vielleicht das Schicksal Townshends von 1716. Die Lösung wird gefunden, indem beide Staatssekretäre mit dem Könige nach Hannover ziehen, während der in England zurückbleibende Robert Walpole neben seinen anderen Ämtern auch noch mit einem interimistischen Staatssekretariat belastet wird, obwohl ihm die Materie so fern liegt.

Und wenn anders der Begriff und der Name eines *Prime Minister* jener Zeit bereits geläufig ist, so ist es doch nicht anders gemeint, als daß der Inhaber dieser Stellung der erste ist in der Gunst des Königs. Sunderland hat seit 1720, d. h. seit der Südseekatastrophe, zwar beim Parlament gründlich abgewirtschaftet. Dennoch gilt er bis zu seinem Tode (1722) als der *Prime Minister*. Walpole kommt trotz seines großen Ansehens im Parlamente lange nicht in die leitende Stellung, steht sogar einige Jahre lang der Regierung als Oppositionsmann gegenüber, weil es ihm nicht gelungen ist — sagen wir einmal wegen der Schwierigkeit der Sprache — in ein rechtes Vertrauensverhältnis zum Könige zu kommen. Der deutschsprechende Carteret hat es so viel leichter.

So muß denn immer wieder gesagt werden, daß der König noch herrscht, daß er noch nicht emporgehoben ist in jene luftige Sphäre, aus der er nur noch auf Momente herniedersteigt, etwa im Falle eines Kabinettswechsels, oder wenn er sich als repräsentative Figur dem Volke zu zeigen hat. Man redet zwar auch im Zeitalter Walpoles von konstitutioneller Monarchie — die Zeitgenossen sagen: *limited monarchy* — aber noch betrachtet sich der Souverän als den Leiter des Staates, und er ist es wirklich. Es ist wie ein Überbleibsel der alten Theorie von dem göttlichen Recht der Könige¹⁾. Der König allein ist es auch, der politische Entschlüsse faßt. Den Ministern bleibt die Ausführung und wohlverstanden: die Verantwortung vor dem Parlamente. *The king can do no wrong.*

¹⁾ Vgl. Figgis, *The Divine Right of Kings*. 2^d ed. 1914, p. 263.

So ist noch der Geist dieser Zeit. So spiegelt er sich in den unbefangenen Aussagen unserer Quellen. Man kann den Wechsel der Zeiten kaum besser erkennen, als wenn man fragt, wo jeweils das Schwergewicht der Macht gelegen habe. Im 19. Jahrhundert sind die Theoretiker der englischen Verfassung einig in der Behauptung, daß im Unterhause alles entschieden werde. Man nennt es das Reservoir der Autorität, das lebenspendende Element, oder, wie Gladstone sagt: Die Sonnenkugel, um welche die andern Körper sich drehen¹⁾. Das frühe 18. Jahrhundert denkt anders. Nur der Krone schreibt man um diese Zeit eine solche Bedeutung zu. So war es ausgesprochen in jener Denkschrift über die englische Verfassung, welche 1703 für die Kurfürstin Sophie entworfen wurde²⁾. „Das ganze Gewicht der Verwaltung im Innern und der Entscheidung über Krieg und Frieden ruht bei ihr.“ Die Ernennung der hohen Beamten in Staat und Kirche, in Armee und Marine erfolgt durch sie. Sie ist auch der wesentlichste Faktor in der Gesetzgebung³⁾.

So durfte man 1703 schreiben. Und auch sieben Jahre später, als Robert Harley der Königin Anna die leitenden Gesichtspunkte der ihm notwendig erscheinenden Politik mündlich und schriftlich darlegte⁴⁾, lesen wir die Worte: „Die Königin ist das Zentrum der Macht und der Einheit.“ Auch die Ereignisse zeigen dasselbe Bild. Man kann die Art, wie die Parteien unter Königin Anna einander in der Herrschaft ablösen, nur verstehen, wenn man beachtet, wie jedesmal die Königin selbst zuerst die Farbe wechselt, wie sie, wenn auch unter dem Einfluß der Volksstimmung, aber doch kraft eigener Entscheidung, das Signal gibt zuerst zur Umbildung des Ministeriums, sodann zur Gestaltung des Wahlergebnisses, wie sie es also ist, die

¹⁾ Vgl. S. Low, Die Regierung Englands. Deutsch. 1908, 54.

²⁾ Vgl. Clarke and Foxcroft, Life of Burnet 1907, 556.

³⁾ Nach der Ausgabe von 1815.

⁴⁾ Stowe Mss. 248. Mr. Harley's Plan for conducting the Business of the Public as proposed to the Queen in a Conference with Her Majesty. October 30. 1710. — Der Druck in den Hardwick State Papers 2, 485—88 bezeichnet das Stück als *Cabinet Minute*. Das ist unrichtig. Es handelt sich um eine Konferenz unter vier Augen. Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß der Titel dort unvollständig wiedergegeben ist. So auch bei Anson, Law and Custom. Crown 1, 40.

über die Parteifarbe des zu wählenden Unterhauses gleichsam im Voraus entscheidet.

Wie es unter Königin Anna gewesen, so blieb es unter Georg I. Das Bild der Parlamentswahl von 1715 war, wenn ich so sagen darf, mit anderen Vorzeichen, dasselbe wie das Bild von 1710. Es entspricht auch der damals geltenden Theorie. Der Verfasser der Denkschrift für Georg I., Lord Cowper, in seiner „Unparteiischen Geschichte der Parteien“, Rapin Thoyras in seiner „*Dissertation sur les Whigs et les Torys*“, sie stimmen alle überein. „Ist das Ministerium Whig“, sagt Rapin, „so gibt es auch ein Whigparlament, ist es Tory, so gibt es ein Toryparlament“¹⁾. Was ist aber dieses Bild anderes, als das Hinüberwirken der Macht der Krone bis hinein in die Bänke des Hauses von Westminster.

Unter solchen Eindrücken ist Walpole groß geworden, eine solche Vorstellung von der Macht der Krone liegt seiner Staatsauffassung zugrunde. Das ist seine Staatsräson²⁾.

In seinen Reden sowie in den nicht gerade zahlreichen politischen Schriften, immer spricht Walpole wie von etwas Selbstverständlichem von der Krone als dem wirklichen Machtfaktor an der Spitze des Staates. So steht es in seiner „Kurzen Geschichte des letzten Parlaments“ von 1713. Nicht anders auch in der früher behandelten Schrift gegen die *Peerage Bill*, wo er das notwendige Gleichgewicht zwischen den drei gesetzgebenden Gewalten fordert.

Wie ihn der Gedanke von der Allmacht der Krone durch seine ganze Laufbahn hindurch begleitet hat, so hält er auch daran fest bis an das Ende seiner Tage. Aus dieser späten Periode, nämlich nach seiner Entlassung, ist, von ihm verfaßt und eigenhändig niedergeschrieben, eine an den König gerichtete Denkschrift erhalten³⁾, in der er die Beziehung des Souveräns zu seinem Minister umständlich erörtert. Die Denkschrift gehört zu den interessantesten Stücken unter den *Houghton Papers*. Sie stammt vermutlich aus dem Jahre 1744, das heißt aus dem letzten Lebensjahre des Ministers. Ja, die Vermutung liegt nahe, daß in Georg II., als er diese gedankenvolle Schrift las,

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 34.

²⁾ Vgl. F. Meinecke, Die Idee der Staatsräson, S. 2.

³⁾ Sie ist im Anhang mitgeteilt.

der Wunsch rege geworden sei, seinen alten Berater noch einmal in einer persönlichen Unterredung bei sich zu sehen. Und dann macht Walpole, der kürzlich zum Earl of Orford Erhobene, sich auf, unternimmt als Schwerkranker unter unsäglichen Schmerzen die Fahrt von seinem Norfolk-Schlosse nach London und erteilt seinem Gebieter zum letzten Male seinen Rat.

Wie dem auch sei, die Bedeutung der Denkschrift liegt darin, daß der Verfasser, nachdem er durch Jahrzehnte als der erste neben dem Träger der Krone gestanden, am Ende seines Lebens noch einmal seine Gedanken niederlegt über die Stellung des Herrschers zu seinem Minister. Und auch hier ist es die unausgesprochene Voraussetzung, daß der König die höchste Entscheidung noch frei in Händen hält, daß er noch, wie um dieselbe Zeit Friedrich der Große schrieb, selbst das Herz und die Seele des Staates sei, und nicht etwa nur der Form nach der Repräsentant der Staatsgewalt. Der König hat noch seine eigene Politik. Der Minister, der sie ausführt, ist nicht etwa nur der Träger eines bestimmten Systems und als solcher dem Könige aufgezwungen. Und es liegt noch eine Wahrheit in der Formel, in der er bezeichnet wird, als „*One of His Majesty's Servants*“. Sieht man es so an, so findet man, daß eigentlich der Unterschied noch gar nicht so groß ist zwischen der Stellung des englischen Königs und den Monarchen des Festlandes.

* * *

In ihrer eindringlichen Sprache liest sich die Denkschrift wie ein Vermächtnis, das Walpole seinem Könige hinterließ. Er hatte ja seinen Fürsten stets die Wahrheit gesagt, und die George hatten sich gewöhnt, auch unliebsame Wahrheiten aus seinem Munde anzuhören. Denn auch den Weg zur Lösung aller Schwierigkeiten pflegte ihnen der Minister zu weisen. „Könige und Fürsten“, heißt es in der Denkschrift, „erfahren allzu selten die Wahrheit, und die ihnen dienen, haben ein zu starkes Interesse daran, sie im Dunkel zu halten“. Am verderblichsten aber ist es, wenn die Fürsten die Wahrheit nicht ertragen können und wenn sie auf die Schmeichelworte ehrgeiziger Minister horchen. Wolpole will zeigen, wie die Schmeichler zu Werke gehen. Sie erforschen die Lieblingswünsche der Fürsten und zeigen sich eifrig, sie zu erfüllen. Haben sie aber die Undurch-

föhrbarkeit selbst erkannt, so rechnen sie auf die Opposition, die den verfehlten Plan schon zum Scheitern bringen wird. Dann muß es der böse Wille der anderen gewesen sein, an dem er gescheitert ist. Sie selbst aber behalten den Ruhm, dem Lieblingsgedanken des Herrn ihre beste Kraft geliehen zu haben.

Was aber gebeut auf der anderen Seite die Pflicht dem Fürsten? Er soll sich nicht hineintreiben lassen in die planlose Verfolgung seiner eigenen Ideen, ob sie gut seien oder schlecht. Er soll die Menschen prüfen, deren Rat er folgt, und soll nicht dem eigenen Urteil zu sehr vertrauen. Wen die Welt für gut oder schlecht hält, den möge auch er für gut oder schlecht halten.

Und dann kommt der entlassene Minister auf die konkrete Politik der Zeit der vierziger Jahre, die er mit bitterer Genugtuung sehr pessimistisch beurteilt. Dabei geheimnisvolle Andeutungen — England, Hannover, Jakobitismus, kommende Gefahren — wie brauchen auf diese Dinge umso weniger einzugehen, als Walpole selbst sie nur leise andeutet.

Der eigentliche Zweck der Denkschrift ist es, nicht nur die Pflicht des Ministers gegenüber dem Herrscher zu betonen. Der Verfasser will auch gleichsam das Gewissen des Königs schärfen, will ihn zur Selbstkontrolle anfeuern, will ihn ermahnen, dem freien Wort sein Ohr zu öffnen. Der Minister, der für alles Verantwortliche, er, der diese Verantwortung gegenüber Parlament und Volk lebhaft empfindet, er soll auch den Souverän an dieser Verantwortung gleichsam teilnehmen lassen, indem er ihm die Dinge sagt, wie sie sind. Nur so ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich. Nur so — das Folgende bleibt unausgesprochen, schwebt aber dem Autor als Notwendigkeit vor — nur so kann der Souverän der wahre Herrscher bleiben. Das ist es also, was Walpole sagen will. Er ist strenger Monarchist, aber er tritt auch dafür ein, daß der König von seiner hohen Warte aus auch fähig bleibe, die Regierung zu führen.

* * *

Vierzehntes Kapitel.

Das Kabinett.

Walpoles Verhältnis zu den beiden Königen, unter denen er sein hohes Amt verwaltet, ist aus den zeitgenössischen Quellen, gedruckten wie ungedruckten, noch ziemlich klar zu erkennen. Viel schwieriger ist es, seine Stellung im Kabinett zu schildern, oder das Bild zu zeichnen, wie er neben, vielleicht über seinen Kollegen im Ministerium den entscheidenden Einfluß geübt hat, den er doch bekanntlich besaß.

Die Geschichte des britischen Kabinetts umfaßt heute bereits einen Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrtausend. Während es aber heute deutlich vor aller Augen steht, sind seine Anfänge nicht ebenso klar. Und da nun vieles in seinem Wesen geblieben, wichtige Züge sich unverändert gehalten haben, so kann das in der Gegenwart sich zeigende Bild wohl dazu dienen, auch auf die in früher Vergangenheit liegenden Anfänge einiges Licht fallen zu lassen. Darum mag es gestattet sein, zunächst einmal einen Blick auf die heutige Gestalt des Kabinetts zu werfen¹⁾, und von der Gegenwart aus zurückzugreifen auf die Geschichte der Institution und der uns beschäftigenden Periode. Dann werden wir sehen, daß es an übereinstimmenden Zügen nicht fehlt.

* * *

Die Mitglieder des britischen Kabinetts werden noch heute als „*His Majesty's Servants*“ zu den Sitzungen geladen. Der Name weckt die Erinnerung an den Ursprung der Behörde. Der Souverän, nicht das Parlament, hat das Kabinett ins Leben gerufen, und er allein, nicht die Volksvertretung, hat ein Recht darauf, über die Beratungen des Kabinetts unterrichtet zu werden.

¹⁾ Die folgenden Angaben verdanke ich besonders den Mitteilungen meines Freundes Dr. Thomas Jones, des langjährigen deputy secretary to the British Cabinet.

Doch wollen wir nur von dem Geschäftsgang im Kabinette reden, nicht von seiner politischen Bedeutung und nicht von seiner Stellung zum Parlament.

Noch heute ist das Kabinett ebenso wie der *Prime Minister* der Verfassung unbekannt¹⁾, und dabei ist doch jedermann über ihr Walten unterrichtet.

Wenn heute, durch den Auftrag des Souveräns berufen, einer der Großen aus der herrschenden Partei die Bildung des Kabinetts übernommen hat, so ist es ihm, dem nunmehrigen *Prime Minister*, überlassen, die Auswahl derjenigen, die mit ihm das Kabinett bilden sollen, nach eigenem Ermessen zu treffen. Die so Berufenen rücken damit zugleich ein in die wichtigsten Ministerposten, über deren Besetzung also der Eine, wohlverstanden der *Prime Minister*, nicht der König, entscheidet. Die Zahl der Kabinettsmitglieder schwankt, sie ist durch keinerlei Vorschrift oder Anordnung beschränkt. In der Zeit des Weltkrieges und des Koalitionsministeriums wurde die Organisation kompliziert. Man hatte zeitweilig das merkwürdige Bild von vier verschiedenen Ministerkollegien²⁾, die nebeneinander arbeiten.

Doch bleiben wir bei dem regelmäßig tagenden Kabinett von heute. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt etwa 20³⁾. Die Inhaber der wichtigsten Ämter, der Lord-Kanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen, der Finanzminister (*Chancellor of the Exchequer*), der Minister des Innern (*Home Secretary*) sind neben dem *Prime Minister* regelmäßig dabei. In bezug auf die Inhaber der weniger wichtigen Ministerien mag es, ob sie dem Kabinette angehören sollen oder nicht, manchmal von dem persönlichen Einfluß abhängen, über den sie im Parlament verfügen oder in der Partei. Politisch unbedeutende Ämter, wie das des Generalpostmeisters oder des Kanzlers des Herzogtums Lancaster, wird man nur ausnahmsweise im Kabinett vertreten finden.

¹⁾ Vgl. darüber im einzelnen Asquith, *Fifty years of Parliament*. 2, 183.

²⁾ Nach ihren englischen Benennungen

1. The Cabinet;
2. The War Cabinet;
3. The Imperial Cabinet;
4. The Imperial Conferences.

³⁾ „To day we are a score“, sagte Lord Morley 1913. Vgl. Asquith, *50 years*. 2, 190.

Auch für den Geschäftskreis des Kabinetts existiert keine feste Regel. Keine noch so unbedeutende Angelegenheit ist grundsätzlich ausgeschlossen. Hört man jedoch andererseits, daß die höchste regierende Behörde gewöhnlich nur einmal wöchentlich (zur Zeit an jedem Mittwoch) und nur für wenige Stunden zusammenkommt, so erscheint es selbstverständlich, daß sie sich nur mit Fragen von allergrößter Bedeutung befassen kann.

Der regelmäßige Ort der Versammlung ist seit bald 200 Jahren Nr. 10, Downing Street, das Haus des *Prime Minister*. Doch nicht selten finden Kabinettsitzungen auch im Zimmer des Premiers, im House of Commons, statt.

Und in der Zeit der Verhandlungen mit Irland, als Lloyd George, das Haupt des Kabinetts, in Schottland weilte, hat er die Kollegen sogar einmal zur Sitzung nach dem entfernten Inverness geladen.

Den Vorsitz führt heute der Premier oder in seiner Abwesenheit der von ihm dazu beauftragte Minister. Das Programm des Tages wird den Mitgliedern in der „*Agenda*“ bekanntgegeben. Eine Geschäftsordnung aber ist nicht vorhanden. Man meldet sich nicht zum Wort, und das Wort wird niemanden förmlich erteilt. Der Vorsitzende ist nur besorgt, daß jeweils der Fachmann gehört wird. Es herrscht im Kabinett, wie Lord Salisbury gesagt hat, noch die ererbte Tradition einer Freiheit und Zwanglosigkeit, wie sie für praktische Arbeit unentbehrlich ist. Man erörtert die schwebenden Fragen, rund um einen Tisch sitzend, in freundlicher Unterhaltung. Lange Reden werden vermieden, weil sie dem Charakter der Versammlung widersprechen würden, und es liegt schon eine leise Ironie darin, wenn Lord Derby in seinem Tagebuch einmal von einer Kabinettsitzung sagt ¹⁾: „Lord Beaconsfield hielt uns eine wohlgesetzte Rede.“ Man wünscht nur die Meinungen, die Argumente derjenigen zu hören, die etwas zu sagen haben, man wünscht die freie Aussprache ²⁾. Man will sich nicht „behindert fühlen durch die Rücksicht auf Vergangenes oder durch die ängstliche Sorge vor der Verantwortung in der Zukunft“. Mit anderen Worten: man will praktische Arbeit leisten, wie der Augenblick sie fordert.

¹⁾ Monypenny-Buckle, Disraeli. 6, 266.

²⁾ Über den Hergang im Kabinett vgl. auch M. Boveri, Sir Edw. Grey und das Foreign Office. 1933, 41.

In erheblicher Menge werden heute bei der Fülle der Geschäfte die Beschlüsse des Kabinetts durch die von ihm eingesetzten Ausschüsse (*Committees*) vorbereitet, sei es, daß diese für besondere Zwecke (*Ad hoc Committees*) berufen und wieder aufgelöst werden, sei es, daß sie in ihrer Unentbehrlichkeit zu ständigen Ausschüssen geworden sind, wie der Ausschuß für innere Angelegenheiten (*Committee of Home Affairs*) und neuerdings auch der Ausschuß für Arbeitslosigkeit (*Committee on Unemployment*). In jedem Falle sind sie nur Werkzeuge des Kabinetts, sind von ihm geschaffen und ihm allein erstatten sie ihre Berichte.

Endlich bleibt noch die Frage zu erörtern, in welcher Gestalt denn eigentlich die Beschlüsse des heutigen Kabinetts festgehalten, wie sie aufgezeichnet, wo sie niedergelegt worden und wie ihre getreue Durchführung sichergestellt wird. Vor dem Weltkriege war man in diesem Punkte sehr streng geworden. Noch 1877 hatte der eben genannte Lord Derby dem Premier geschrieben, gegen Privatnotizen des einzelnen Kabinettsmitglieds zu persönlichem Gebrauch sei doch nichts einzuwenden, wenn sie nur später wieder vernichtet würden ¹⁾. Aber wenig später galt es bereits als feste Regel, daß niemand außer dem *Prime Minister* sich Notizen machen dürfe über den Gang der Verhandlung; und als Asquith einmal bemerkte, daß ein Minister persönliche Aufzeichnungen machte, fühlte er sich verpflichtet, unter der Zustimmung aller übrigen, dem schuldigen Kollegen eine strenge Rüge zu erteilen. Nach dem von ihm selbst, dem *Prime Minister*, niedergeschriebenen Notizen aber pflegte er dem Könige brieflich Bericht zu erstatten über den Gang und das Ergebnis der Beratungen ²⁾. Eduard VII. wünschte, daß diese Berichte nicht zu kurz sein, daß sie nicht weniger als vier Quartseiten umfassen sollten ³⁾.

Galt es also nach dem Gesagten schon als ungehörig, oder, nach dem Wort von Asquith, als ein Verstoß gegen die Etikette,

¹⁾ Monypenny-Buckle, Life of Disraeli 6, 264¹.

²⁾ Vgl. A. B. Keith, The Constitution, Administration and Laws of the Empire (1924), p. 158. Asquith, Fifty years 2, 196—97. Gelegentlich erstattete auch der Lord Chancellor den Bericht. Monypenny-Buckle, Disraeli. 6, 150.

³⁾ S. Lee, King Edward VII. 2, 47.

wenn ein Mitglied des Kabinetts während der Sitzung Notizen niederschrieb, um wieviel mehr versteht man die Empörung, der Lord Beaconsfield Ausdruck gab, als sein alter Freund und früherer Kollege im Kabinett, Lord Derby, sich 1878 im Hause der Lords ganz unverhüllt über die im Kabinett geäußerten Meinungsverschiedenheiten ausließ. Und selbst die Königin Viktoria hielt es für notwendig, aus eigenem Antriebe in einem scharfen Briefe an Derby diesem ihre Mißbilligung auszudrücken; denn er habe gegen alles Herkommen und gegen allen konstitutionellen Brauch verstoßen, indem er ausplauderte, was in dem Kabinett geschehen, dem er selber vor drei Monaten noch angehörte¹⁾.

Genug, der Schleier des Geheimnisses, der die Arbeit der Minister im Kabinette umgab, sollte niemals gelüftet werden; und wenn es nur dem *Prime Minister* allein gestattet war, das Geschehene schriftlich festzuhalten, so kann man auch darin wieder die dominierende Stellung des Einen erkennen. Aber in den schweren Zeiten des Weltkrieges kam man mit diesen notizenhaften Aufzeichnungen nicht mehr aus. Als Lloyd George im Dezember 1916 Premier wurde, schuf er, kühn und aller Tradition zuwider, etwas ganz Neues. Er öffnete die Türen des Kabinetts und führte in Gestalt eines Kabinetts-Sekretariats eine Behörde ein, deren Mitgliedern es oblag, die Beratungen und die Beschlüsse des Ministerkollegiums protokollarisch festzuhalten. Und was durch die Bedürfnisse der Kriegszeit ins Leben gerufen war, blieb auch im Frieden erhalten. Als eine von allen Strömungen der Politik unberührte Behörde besteht das Sekretariat des Kabinetts noch heute, und seine Aufzeichnungen werden dem kommenden Historiker ein Material liefern, wie keine frühere Epoche es ihm zu bieten vermochte.

* * *

Haben wir also ein Bild erhalten von der heutigen Gestalt der höchsten regierenden Behörde des britischen Reiches, so dürfen wir nunmehr zurückkehren zu jenem frühen Stadium der Entwicklung im Zeitalter Walpoles. Und am Ende werden wir finden, daß bei allem Wandel, wie die Jahrhunderte ihn

¹⁾ Monypenny-Buckle, Life of Disraeli 6, 272, 277.

mit sich gebracht, der Charakter der Behörde derselbe geblieben ist. Praktischer Sinn, Kenntniss und Urteil haben sich damals wie heute bei den leitenden Personen in ähnlichen Formen betätigt. Und von einer festen Rechtsgrundlage oder auch nur von einer irgendwo aufgezeichneten Geschäftsordnung kann heute so wenig wie damals die Rede sein. Walpoles Kabinett und das Kabinett eines Ramsay Macdonald stehen einander also nicht so fern, wie die trennende Kluft der Jahrhunderte es erwarten ließe.

* * *

Das Kabinett, die höchste regierende Behörde des Britischen Reiches, ist nicht eines Tages durch einen Akt der Gesetzgebung ins Leben getreten. Es hat sich, halb verborgen, im Königspalaste unter den Augen des Monarchen entwickelt und ist von der Öffentlichkeit noch lange wie ein ärgerlicher Mißbrauch, der sich eingeschlichen und beseitigt werden müsse, empfunden worden. Unvermerkt hat sich jedoch das Verhältnis geändert. Das Mißtrauen gegen die unkontrollierte Willkür des Kabinetts hat zwar nicht zu einer gesetzlichen Festlegung des Umfangs seiner Rechte und Pflichten geführt, wohl aber dahin, daß es ganz allmählich aus einem Organ des Monarchen zum Vollstrecker des Parlamentswillens geworden ist¹⁾.

Soweit haben wir aber diese Entwicklung hier nicht zu verfolgen; denn ihr Abschluß weist auf eine viel spätere Periode. Andererseits würde die wichtige, in Walpoles Zeit eingetretene Wandlung unverstänlich bleiben, wenn wir nicht auch auf die Anfänge der Institution unsere Aufmerksamkeit lenken wollten.

* * *

¹⁾ Über die allgemeine Geschichte des britischen Kabinetts ist im Laufe der letzten Jahrzehnte viel gearbeitet worden. Am ausführlichsten wird das Thema behandelt in dem zuletzt erschienenen zweibändigen Werke von E. R. Turner, *The Cabinet Council of England in the seventeenth and eighteenth centuries*. 1930. 1932. Statt weiterer Literaturangaben verweise ich auf die vortreffliche Übersicht, die E. R. Adair dem zweiten Bande des Turnerschen Werkes vorangestellt hat, wo ebenso die älteren (Torrens, Blauvelt), wie die wichtigsten neueren Arbeiten (Winstanley, Temperley, Anson) eingehend gewürdigt sind. Zu der im Text gegebenen Darstellung vgl. auch meine frühere Untersuchung in der Zeitschr. f. Pol. 6, 1913.

Auch ehe das Kabinett die regierende Behörde in England wurde, hatte es an einer Zentralinstanz für die gesamte Exkutive keineswegs gefehlt. Doch war diese gesetzlich anerkannt. Schon unter den Tudors stand das *Privy Council*¹⁾ als beratende Körperschaft dem Könige zur Seite, was freilich dem rein persönlichen Charakter der Regierung unter den Herrschern aus dieser Dynastie keinen Abbruch tat. Nicht die konstitutionelle Verpflichtung des Souveräns zur Befolgung der Ratschläge des *Council* ist dieses Mal das Entscheidende, sondern vielmehr die Tatsache einer Zusammenfassung der Regierungsgewalten an einer einzigen Stelle. Gegen das Ende der Epoche, unter Elisabeth, waren alle Ressorts, Inneres, Krieg, Finanzen, hier vereinigt und empfangen ihre Direktiven von dieser Zentrale aus²⁾. Wer sich eine Fortentwicklung dieses Systems bis zur konstitutionellen Bindung des monarchischen Willens vorstellen wollte, würde an ein *Privy Council* zu denken haben, dem es gelungen wäre, den König zur Befolgung seines Rates zu zwingen, und dafür die volle Verantwortung für alle Regierungshandlungen zu übernehmen. Und dann könnte dieses *Privy Council* in seiner ferneren Geschichte vielleicht seinerseits in die Abhängigkeit des Parlaments geraten, oder in irgend einer anderen Form zur Dienerin des Volkswillens geworden sein.

Diese Entwicklung ist zwar nicht eingetreten, aber sie hat doch, was die Abhängigkeit des Königs vom *Privy Council* betrifft, den Politikern des 17. Jahrhunderts als das Ideal vorgeschwebt³⁾. Daß das *Privy Council* diese Rolle nicht gespielt hat, ergab sich aus seiner Zusammensetzung wie aus der großen Zahl seiner Mitglieder. Zur wahren Leitung der Verwaltung, zur Verfolgung einer bestimmten Politik war es eigentlich nie zu brauchen. Für die zu leistende praktische Arbeit tritt frühzeitig die Regierung durch Ausschüsse auf, die sich aus dem Gesamtkörper des Geheimen Rates loslösen. Es sind entweder ständige oder vorübergehend ernannte Ausschüsse, die sich in die Geschäfte teilen. Das mochte so gehen, solange die

¹⁾ Vgl. allgemein: E. R. Turner, *The Privy Council 1603—1784*. 1927/28.

²⁾ Vgl. K. Hornemann, *Das Privy Council von England zur Zeit der Königin Elisabeth*. Hannover 1912.

³⁾ Vgl. E. I. Carlyle, *Clarendon and the Privy Council, 1660—1667*. Engl. Hist. Rev. XXVII (1912), 251 ff.

Autorität des Monarchen noch das gesamte Getriebe beherrschte. Aber was sollte geschehen, seitdem einmal die überragende Stellung, die das Königtum der Tudors besessen hatte, unter den Stuarts verloren gegangen war?

Da ist nun als ein Kreis vertrauter Ratgeber des Monarchen, die nach gemeinsamen Grundsätzen handelten, das Kabinett entstanden. Der König hat das Bedürfnis, mit einer kleinen Zahl von Staatsmännern in beständigem Einvernehmen zu sein, ihre Meinungen zu hören und auf Grund ihrer Ratschläge seine politischen Entschlüsse zu fassen. Er flüchtet sich vor der beschränkten und widerspruchsvollen Beamtenweisheit seines *Privy Council* in einen vertrauten Kreis praktischer Politiker. Denn, wohlverstanden, der Souverän ist es, der das Kabinett ins Leben gerufen hat, der gemeinsam mit ihm im 17. Jahrhundert die Arbeit leistet, und der sich im 18., wie wir sehen werden, aus dem Kabinett zurückzieht, um ihm die Last der Geschäfte allein zu überlassen.

* * *

Die Geschichte des Kabinetts kann man erst mit dem Zeitpunkt beginnen, wo diese Behörde zu einer regelmäßigen, kontinuierlichen wird, die zwar in der Art ihrer Zusammensetzung wie in ihrem Personenstande oft wechselt, aber grundsätzlich keine Unterbrechung mehr erfährt. Dieser Zustand tritt nach der Restauration der Stuarts, unter Karl II., ein¹⁾. Neben dem Namen *Cabinet Council* erscheint nunmehr ein neuer, die Kabale. Er bezeichnet einige Jahre lang dieselbe Sache, nämlich diejenigen hohen Staatsbeamten, in deren Kreis der König die wichtigsten Entscheidungen zu treffen pflegt. Der Name, dessen gehässiger Sinn nicht zweifelhaft ist, bezeichnet auch zunächst gar nicht bestimmte Männer, sondern eben nur die Gesamtheit derjenigen, die vom Könige zu seinen intimen Beratungen berufen zu werden pflegten. Erst nach einigen Jahren ist man darauf verfallen, in dem Namen „*Cabal*“ die zu einem Worte zusammengeführten Anfangsbuchstaben der fünf einflußreichsten Minister (Clifford, Arlington, Buckingham, Ashley, Lauderdale) zu sehen.

¹⁾ Über den eigentümlichen Irrtum bei Hatschek, Engl. Staatsrecht 2, 25f. und Engl. Verfassungsgesch. 453 ff. vgl. meine Abhandlung: Die Entstehung der Kabinettsregierung in England (Zeitschr. f. Pol. 6, 553¹⁾).

Daß man aber nun auch, sozusagen im hellen Lichte der Zeitgeschichte, hierin den Ursprung des Namens erblicken wollte, zeigt nur, wie rasch die Entstehung der historischen Legende dem Ereignis zu folgen vermag.

Genug, auch Karl II. fand es ebenso untunlich, mit dem schwerfälligen Apparat des *Privy Council* auszukommen, wie es schon den Königen vor der Revolutionsepoche erschienen sein mag; und der 1679 unternommene Versuch, das *Privy Council* wieder zum Sitz der Exekutive zu machen, endete mit einem Triumph des Kabinettsystems.

* * *

Aus der Zeit Wilhelms III. ist uns von 1694 bis 1697 eine größere Zahl von Kabinettsprotokollen erhalten, die mehr den Eindruck eines stark persönlichen Regiments von seiten des Königs als den der fortschreitenden Macht der neuen Behörde gewähren. Überhaupt hat das Kabinett seinen Platz im englischen Verfassungsleben noch nicht so sicher eingenommen, daß er ihm nicht noch streitig gemacht werden konnte. Das Vorhandensein eines regierenden Kollegiums ohne gesetzliche Anerkennung blieb noch für einige Jahre eine schwache Stelle in der Staatsverwaltung. 1692 werden die Angriffe, welche eigentlich der Politik des Königs gelten, an die Adresse des daran in der Tat unschuldigen Kabinetts gerichtet. Man erschrickt förmlich, als im Unterhause das Wort gefallen ist. „Kabinettsrat“, sagt ein Redner, „ist ein Wort, das in unsern Gesetzbüchern nicht vorkommt.“ Nichts schlimmeres könnte geschehen, als wenn man einen Unterschied machen sollte zwischen Kabinett und *Privy Council*.

Doch allzu ernst waren diese Bedenken, soweit sie sich gegen die neue Behörde wendeten, wohl gar nicht gemeint. Und selbst der stärkste, scheinbar siegreiche Angriff, der gegen das Kabinett geführt wurde, war nicht allzu tragisch gedacht. Die *Act of Settlement* von 1701 verfügte, daß unter der neuen Dynastie die Regierungsgeschäfte im *Privy Council* entschieden werden, und daß die gefaßten Beschlüsse durch die Unterschrift der Mitglieder erhärtet werden sollten. Aber im Oberhause fand man schon damals, daß man wohl noch die Gelegenheit finden werde, sich gewisse Punkte in dem jetzt beschlossenen Gesetze

besser zu überlegen. Die Gelegenheit kam 1706 bei dem Beschlusse des Regentschaftsgesetzes. Es erklärte die 1701 beschlossene Klausel vom *Privy Council* für null und nichtig. Mit der Aufhebung dieser Klausel aber war der letzte Angriff auf das Kabinett als Behörde siegreich abgewehrt. Ja, die Entfernung der Klausel wirkte wie eine gesetzliche Sanktionierung des Kabinetts, und Angriffe auf seinen Bestand sind meines Wissens seit dem Jahre 1706 nicht mehr erfolgt. Das *Privy Council* aber sank herab zur Rolle einer die wichtigsten Regierungshandlungen nur formell sanktionierenden Behörde, und nur noch ein einziges Mal, beim Sterben der Königin Anna, ist es gleichsam aus der Versenkung emporgestiegen und hat in der Thronfolgefrage eine entscheidende Rolle gespielt¹⁾.

* * *

Halten wir einen Augenblick inne, um über den Stand der Entwicklung unter Königin Anna zu möglichster Klarheit zu kommen. Das Fortbestehen des Kabinetts erscheint, wie wir gehört haben, dadurch gesichert, daß man von seiner Beseitigung auf gesetzgeberischem Wege abgesehen hat. Wir finden denn auch in den Korrespondenzen der Zeit eine Fülle von Notizen über die Abhaltung von Kabinettsitzungen. *Cowper's Diary*²⁾ erwähnt sie zahlreich besonders in den Jahren 1705 und 1706, in den Briefen Bolingbroke's³⁾ begegnen wir ihnen immer wieder, und sie scheinen erst seltener zu werden, als im letzten Jahr seiner Amtsführung der Gesundheitszustand der Königin ihr die Teilnahme an den Sitzungen verbietet.

Unzweifelhaft ist also das um die Herrscherin versammelte Kabinett die höchste Stelle, von der aus das Land regiert wird. Königin Anna legt Wert darauf, alle wichtigen Entscheidungen persönlich zu treffen. Sie scheint einmal geglaubt zu haben, daß Bolingbroke zu selbständig verfahren sei; denn wir lesen seine

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 364ff. Ztschr. f. Pol. 6, 562. Temperley in der E.H.R. 27, 686. Eine erregte Debatte hat auch noch am 11. Jan. a. St. 1715 in Gegenwart Georgs I. im *Privy Council* stattgefunden, als Lord Strafford zitiert und seine Papiere ihm abgefordert wurden. Bericht Bonet's vom 14./25. Jan. 1715. G. St. A.

²⁾ Her. in den Veröffentlichungen des Roxburghe Club, Bd. 49. Eton 1833.

³⁾ Bolingbroke, Letters and Correspondence. 4 vols. Lond. 1798.

Entschuldigung¹⁾: „Gott soll mich davor bewahren, an einem Befehl Ew. Majestät ein Wörtchen zu ändern ohne Ihre besondere Erlaubnis. Ich bitte um Vergebung, wenn ein irrtümlicher Ausdruck in meinem Briefe einen solchen Verdacht wecken konnte.“ Sie kann sich im Kabinette auch eigenwillig zeigen. Macht sie eine gewisse Bewegung mit dem Fächer, so weiß Bolingbroke, daß sie keinen Widerspruch mehr duldet²⁾. Sie versammelt die Minister regelmäßig um sich; eine Zeitlang ist der Sonntag für die Sitzungen bestimmt³⁾. Der Charakter dieser Sitzungen ist darnach völlig klar. Sie finden im Palaste der Königin statt, und ohne ihre Anwesenheit würde es wohl auch niemandem eingefallen sein, von einer Sitzung des Kabinetts zu reden.

Aber damit kommt man nicht mehr aus. Der kränkelnde Zustand der Königin, die man nicht zu oft mit Kabinettsitzungen belästigen darf, machen eine freie Verständigung der Minister unter sich zu einer regelmäßig eintretenden Notwendigkeit. Auch wurde, bei der mittelmäßigen Begabung der Fürstin, ihre leitende Hand wohl nicht allzu schmerzlich vermißt. Wir lesen denn auch in der Tat von sehr häufigen Versammlungen der entscheidenden Persönlichkeiten außerhalb des Palastes. „*Committee of Council*“ ist dafür der gewöhnliche, bei Bolingbroke wie bei Cowper, gebrauchte Ausdruck. Auch wenn Bolingbroke von den „*Lords of the Committee*“ oder den „*Lords of the Council*“ spricht, handelt es sich offenbar um denselben Kreis hoher Würdenträger. Wie aber verhält sich nun dieses „*Committee of Council*“ zum Kabinette? Man könnte daran denken, daß es sich um einen Ausschuß des *Privy Council* handle. Dennoch ist solches unmöglich. Das bedeutungslos gewordene *Privy Council* konnte nicht mehr aus seinem eigenen Kreise die zu so hoher Aufgabe berufene Körperschaft entsenden. Der Auftrag muß von der Krone ausgegangen sein. Offenbar handelt es sich eben um dieselben Männer, welche sich sonst unter den Augen der Königin im Kabinette zu versammeln pflegten. Mit anderen Worten: das *Committee of Council* ist, wie eine spätere Zeit gesagt hätte, das Kabinett ohne den Souverän. Es ist recht eigentlich die Körperschaft, in der die Politik gemacht, das Für und Wider

¹⁾ Bol. Letters I, 372.

²⁾ Hardwicke Papers 2, 482.

³⁾ Bol. Letters 4, 294, 302.

der Beschlüsse erwogen wird, die man der Königin im Kabinette zu unterbreiten beabsichtigt. Noch von anderer Seite hören wir, daß die Mitglieder des Kabinettsrats sich auch außerhalb des Kabinetts, nämlich im Amtszimmer des ältesten Staatssekretärs, zu versammeln und die Geschäfte für die Arbeit im Kabinett vorzubereiten pflegen¹⁾, eine Notiz, die uns noch zum Überfluß die volle Sicherheit gibt, daß es sich bei dem *Committee of Council* einfach um das ohne den Souverän versammelte Kabinett handelt. Denn wenn es anders wäre, ständen wir vor der auffallenden Tatsache, daß Bolingbroke diese Versammlungen niemals erwähnt, dagegen regelmäßig das *Committee of Council* als die den Kabinettsitzungen vorarbeitende Körperschaft²⁾.

Man rechnet auch gewöhnlich im voraus mit der Zustimmung

¹⁾ Relation sur la Cour d'Angleterre et l'état du Conseil de la Reine. Par le Duc d'Aumont. „*Les membres de ce Conseil s'assemblent dans le bureau du plus ancien secretaire d'Estat, et là ils preparent ce qu'ils ont à rapporter devant la Reyne.*“ Abgedruckt bei F. Salomon, Gesch. des letzten Ministeriums Königin Annas von England. — Ich teile noch eine Stelle aus Bonets Bericht vom 3./14. Aug. 1714 (Geh. St.-Arch.) mit. Sie liefert eine fernere Bestätigung der Tatsache, daß die Mitglieder des Kabinettsrats sich auch ohne den Souverän versammelten. Zugleich sieht man, wie diesem Kenner des englischen Staats auch für eine solche Rumpfversammlung schon einmal das Wort „Kabinettsrat“ in die Feder kommt. Vielleicht ist es die erste Anwendung des Namens in dem späteren Sinne. Bonet erzählt, das *Privy Council* habe den vom Tode der Königin Anna bis zur Ankunft Georgs I. an der Spitze des Staates stehenden Regenten dieselbe Ehre erwiesen, wie sonst dem Könige, „*je veux dire qu'ils se levoient quand ils opinoient, ce qui ne se pratique pas dans le Conseil privé ou du Cabinet, le Souverain absent.*“

²⁾ Morley, Walpole 144 ff. hat die Ausdrücke mißverstanden. Als ein fernerer Beweis dafür, daß man sich unter dem *Committee of Council* unter Anna einfach das Kabinett ohne die Königin zu denken hat, mag gelten, daß dieselbe Ausdrucksweise in diesem Sinne auch unter Georg I. noch gebraucht wird. So ist z. B. in einem Briefe Townshends an den König vom November 1716 an einer Stelle (Coxe, R. Walpole 2, 130) vom „*Committee of Council*“, an einer andern (ib., p. 133) von den „*Lords of the Committee*“ die Rede. In beiden Fällen handelt es sich um das Kabinett ohne den König. Die für den König bestimmte französische Übersetzung sagt beide Male „*Les seigneurs du conseil.*“ Und der Brief stammt aus einer Zeit, wo der König (oder in seiner Abwesenheit der Prinz von Wales) noch, wie wir sehen werden, persönlich an den Kabinettsitzungen teilzunehmen pflegten. Man hat sich eben noch nicht daran gewöhnt, den ohne den König versammelten Ministerrat als Kabinett zu bezeichnen und wählt dafür lieber noch die aus der Zeit der Vorgängerin geläufigen Namen.

der Königin, obwohl es ihr ja frei steht, sich im Kabinette noch einmal die Gründe und Gegengründe vortragen zu lassen, um sich von der Berechtigung der vom *Committee of Council* gemachten Vorschläge zu überzeugen. „Kein Zweifel“, schreibt Bolingbroke einmal ¹⁾, „die Königin wird dem Protokoll des *Committee of Council* zustimmen“. Vier Tage später hören wir, daß diese Zustimmung erfolgt ist ²⁾. Aber auch im Kabinett ist — besonders wohl in den ersten Jahren der Regierung Annas — oft noch ernst gearbeitet worden. Cowper notiert eine Kabinettssitzung im Dezember 1705, zu der die Admiralität zugezogen wurde, um über den Zustand der Flotte zu berichten. Als man dann zur auswärtigen Politik übergang, ward ein wichtiger Brief aus Kopenhagen vom Staatssekretär mit leiser Stimme verlesen, weil der noch am Tische sitzende Prinz Georg von Dänemark, der Gemahl der Königin und Leiter der Flottenverwaltung, ihn nicht hören sollte ³⁾.

* * *

Mit dem Thronwechsel von 1714 lassen die neueren Verfassungshistoriker meistens einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Kabinetts beginnen, ja sie finden, dieser Zeitpunkt bedeute die Entstehung des Kabinetts in seiner modernen Gestalt. „Die Thronbesteigung Georgs I.“, sagt Anson ⁴⁾, „bezeichnet den Beginn der Kabinettsregierung, wie wir heute den Ausdruck verstehen.“ Diese Anschauung wird mit der Tatsache begründet, daß der neue König nicht mehr im Kabinette erschien. Er überläßt diese Behörde sich selbst. Aber sie kann die leitende Persönlichkeit nicht entbehren. Den Platz, der durch das Ausscheiden des Souveräns frei geworden ist, nimmt fortan der Premierminister ein. Dieser aber gelangt in seine Stellung als der Vertrauensmann des Parlaments, oder genauer derjenigen Partei, die eben die Majorität im Unterhause besitzt. „Die Parteiregierung“, sagt Lord Acton ⁵⁾, „ward im Jahre 1714 errichtet, d. h. das System einer jeweils durch das Kabinett regierenden Partei.“

Die hier angedeutete Auffassung preßt nun in Wahrheit eine

¹⁾ Bolingbroke, Letters 2, 8.

²⁾ *ibid.* 2, 16.

³⁾ Cowper' Diary. Roxburghe Club 49, p. 23.

⁴⁾ Crown, 1, 97.

⁵⁾ Zitiert bei Anson II, 1, p. 97.

Entwicklung, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, in einen einzigen Moment zusammen. Um bei unserem Thema zu bleiben, so haben wir es vor allem mit dem Ausscheiden des Souveräns aus dem Kabinett zu tun. In dieser Frage ist nun der Thronwechsel von 1714 überhaupt nicht epochemachend gewesen. Das Bild, das sich aus einer großen Reihe von Notizen in den Gesandtschaftsberichten, aus handschriftlich erhaltenen Protokollen und anderem archivalischen Material gewinnen läßt, ist vielmehr das folgende.

Der König aus deutschem Geschlecht hat die ehrliche Absicht gehabt, ganz nach der Weise seiner Vorgängerin zu regieren.

Sein Gesandter in London, Graf Bothmer, hat ihm vor seiner Überfahrt nach England durch seine Berichte und Ratschläge — immer im Einvernehmen mit den Häuptern der Whigpartei — die Richtlinien vorgezeichnet, in denen der mit englischen Dingen völlig unbekannt Monarch sich bei der Bildung seiner Regierung halten möge. Vom Kabinett ist in einem Gutachten einmal die Rede, wobei Bothmer nach der hier gewählten Ausdrucksweise unzweifelhaft der Meinung ist, Georg I. werde den Kabinettsrat in Person abhalten. Er rät ihm nur, es nicht sogleich zu tun. „Einen Cabinet Rath zu halten, würde S. M. zu vermeiden haben, solange das alte Ministerium noch besteht.“ Dagegen sei die Neuernennung der höchsten Hof- und Staatsbeamten allerdings das erste und wichtigste Geschäft, das dem Monarchen nach seiner Ankunft in England obliege, „weil aus denenselben der Cabinet Rath formiret wird, auf welchen die Führung des Regiments vornehmlich ankommt“ ¹⁾.

Der König hat den Rat befolgt. Die sämtlichen Ministerposten sind neu besetzt worden. Und am 8. Oktober 1714, neun Tage nach der Ankunft des Herrschers auf englischem Boden, hat Bothmer in sein Tagebuch geschrieben: „Heute haben I. Maj. zum ersten Male Cabinet Rat gehalten“ ²⁾.

* * *

¹⁾ „Des Grafen von Botmar Gutachten, wie Seine Königl. Maj. Georg bei dero Ankunft in Engelland dero Hofstaat und Ministerium würden einrichten können.“ Pauli, Aktenstücke zur Thronbesteigung des Welfenhauses in England. (Zeitschr. des hist. Vereins f. Niedersachs. 1883, S. 84 ff.)

²⁾ Bothmer's Diarium, 8. Oct. 1714. Staatsarchiv Hannover.

Es ist auch nicht das letzte Mal gewesen.

So erwächst uns die Aufgabe, die hier beginnende Übergangsperiode etwas genauer zu betrachten, nämlich die Zeit des Übergangs aus der alten Praxis in die neue. Wir fragen, wie ist es gekommen, daß das Ministerkollegium zwar anfangs noch vom Monarchen in sein Kabinett berufen wird, um daselbst unter seinem Vorsitz zu tagen, daß es aber später sich löst und vom Monarchen sich selbst überlassen bleibt? Was bisher Ausnahme war, wird zur Regel. Die Bedeutung des Umschwungs wird leicht durch die Tatsache verdunkelt, daß die außerhalb des Palastes versammelten Minister fortfahren sich „das Kabinett“ zu nennen, gerade als ob der Souverän noch unter ihnen weilte. Er aber läßt sich nur nachträglich über das in seiner Abwesenheit Geschehene unterrichten.

Der Verlauf ist nicht ganz einfach, und mit dem bloßen Hinweis auf die Unkenntnis der Sprache ist es nicht getan. Auch erstreckt sich die Entwicklung über einen längeren Zeitraum, nämlich über den größeren Teil der Regierung Georgs I., und vielleicht war sie sogar damit noch nicht einmal abgeschlossen.

* * *

So spärlich die Notizen sind, die aus der Zeit Georgs I. von der Anwesenheit des Königs im Kabinette Kunde geben, so genügen sie doch, um von einem regelmäßigen Brauch zu reden. Kenner englischer Verhältnisse, wie der preußische Resident Friedrich Bonet, wundern sich nicht etwa darüber, daß der König noch fortfährt, Kabinettsitzungen abzuhalten, sondern daß er es überhaupt duldet, daß die Mitglieder des Kabinetts sich so oft auch ohne ihn versammeln. Bonet spricht von dem Kabinettsausschusse (*Comité du Conseil du Cabinet*), der als eine mißbräuchliche Einrichtung schon unter der Königin Anna bestand, und den zu beseitigen Georg I. bisher nicht vermocht hat. „Die Unkenntnis der Sprache und der Geschäfte hat es ihm nicht gestattet.“ So geschieht es denn, daß die Minister in diesen Ausschußsitzungen alles entwerfen, und dem Könige im Kabinette nur das Ergebnis ihrer Beratungen mitteilen. Ihm aber, findet Bonet, entgeht dadurch die Gelegenheit zu viel-

seitiger Orientierung, er sieht nur die Schale, nicht den Kern der Dinge und die Minister steigen in ihrer Macht ¹⁾).

Wir sehen hier eine Praxis, die von derjenigen der Vorgängerin gar nicht verschieden ist. Die Minister finden sich entweder unter den Augen des Königs im Kabinett zusammen — und die Quellen der Zeit reden auch nur in diesem Sinne vom *Cabinet Council* — oder der König bleibt ihrem Kreise fern, und alsdann hat man es mit dem von Bonet sogenannten *Comité du Conseil du Cabinet* zu tun, das wir nun auch unbedenklich mit dem von Bolingbroke so oft genannten *Committee of Council* identifizieren dürfen. Mit anderen Worten: die politischen Entscheidungen werden in den ersten Zeiten Georgs I. zwar nach wie vor durch den König im Kabinette gefaßt. Aber die Hauptarbeit wird allmählich immer mehr durch die in Abwesenheit des Monarchen sich versammelnden Mitglieder seines Kabinettsrats geleistet.

Natürlich besteht daneben auch das *Privy Council* in seiner alten Wesenheit fort. An die Stelle der etwa 80 Mitglieder aus der Zeit der Königin Anna trat das neuformierte *Privy Council* mit 38 Mitgliedern, deren Zahl bald auf 50 erhöht wurde ²⁾. An der politischen Bedeutungslosigkeit dieser Körperschaft hat sich nichts geändert. Hier werden nicht politische Beschlüsse gefaßt, sondern nur zu formellem Ausdruck gebracht. Im *Privy Council* gelegentlich zu erscheinen, war eine Pflicht, der der Monarch sich am wenigsten entziehen konnte. Wir hören denn auch ³⁾, wie er wenige Tage nach seiner Ankunft die Versammlung daselbst abgehalten, wie er, der Landessprache unkundig, seine englisch aufgesetzte Rede „aus dem Sack ge-

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 440 ¹⁾. Ich teile den bedeutsamen Wortlaut hier noch einmal mit: „*Cette ignorance de la langue et des affaires ... n'a pas permis au Roi d'abolir un conseil que l'ignorance des affaires dans le chef a introduit sous le règne précédent. Je veux parler du Comité du Conseil du Cabinet, composé des principaux officiers, qui s'assemblent en l'absence du Roi, et qui minuent toutes choses, pour rendre compte ensuite du résultat à S. M. en Conseil. Cette nécessité où S. M. est de continuer ce Conseil le prive d'une infinité de lumières, ne lui fait voir que l'écorce de plusieurs affaires et confère un grand pouvoir à ses ministres.*“

²⁾ Ein Verzeichnis derselben gibt R. Pauli (Ztschr. des hist. Vereins f. Niedersachs. 1883, S. 79, 80).

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 5. Okt. 1714. Wiener Staatsarchiv.

zogen“, und sie dem Lord-Kanzler überreicht hat, der sie statt seiner verlas.

Wenn wir also an der Regelmäßigkeit der von Georg I. persönlich abgehaltenen Kabinettsitzungen für die ersten Jahre seiner Regierung nicht zu zweifeln brauchen, so sind es freilich bis in das Jahr 1716 hinein nur vereinzelt Notizen, die als direkte Zeugnisse gelten können. Aber man wird auch nicht viel anderes zu erwarten haben. Die fortlaufende intime Korrespondenz eines der großen Mithandelnden, wie vordem diejenige Bolingbrokes, liegt aus diesen Jahren nicht vor und offizielle Protokolle werden nicht geführt. Man versammelt sich im „Kabinette“, d. h. im Palaste des Königs. Niemand findet etwas Bemerkenswertes darin, die Minister beim Monarchen ein- und ausgehen zu sehen. Die Öffentlichkeit nimmt keine Notiz davon, und selbst die Diplomaten reden in ihren Berichten so wenig davon, wie von anderen täglichen Gepflogenheiten des Hofes. Nur gelegentlich geschieht es einmal, daß über eine besonders dramatische Szene, die sich hier abspielt, auch über den engsten Kreis der Teilnehmenden hinaus etwas bekannt wird, oder daß eine mündlich fortgepflanzte Erzählung zufällig schriftlich fixiert wird. Es handelt sich etwa um die folgenden Fälle.

Im März 1715 verhandelte Spanien mit den Westmächten um die Wiedererwerbung der Inseln Majorka und Jviza ¹⁾. Der Utrechter Friede hatte sie den Spaniern zugesprochen, aber noch hofften die Inseln auf österreichische, vielleicht auch auf englische Hilfe. Karl VI. war bereit, England aber wollte einen neuen Waffengang vermeiden. Da wird statt dessen ein schleuniges diplomatisches Eingreifen beschlossen. Der Österreicher Hoffmann hat es vorgeschlagen und der Staatssekretär Stanhope ist freudig darauf eingegangen. Am nächsten Tage bringt Stanhope im Kabinettsrat (Hoffmann gebraucht diesen Ausdruck) den Entschluß zustande, sofort einen Kurier nach Paris zu senden, um die beabsichtigte Aktion in die Wege zu leiten. Kein Zweifel, der König war bei der Sitzung anwesend. Denn dafür spricht ebenso der von Hoffmann gewählte Ausdruck „Kabinettsrat“, wie die Tatsache, daß alles sofort erledigt und Hoffmann in der

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 690 ff.

Lage ist, seinem vom nächsten Tage datierten Bericht schon den Wortlaut des nach Paris gesandten Reskripts hinzuzufügen ¹⁾. An einen vom Könige außerhalb des Kabinetts gefaßten Beschluß ist hier nicht zu denken. Und ebenso unmöglich wäre es gewesen, daß die Minister eine so wichtige Aktion eingeleitet hätten, ohne die Zustimmung des Souveräns. —

Ähnlich Schlag auf Schlag verlief das Ereignis vom 20./31. Juli 1715 ²⁾. Am Morgen dieses Tages, es ist ein Mittwoch, sind aus Paris, von dem Gesandten Lord Stair übermittelt, alarmierende Nachrichten eingetroffen über eine geplante jakobitische Invasion, mit Unterstützung Frankreichs. Sofort wird ein Kabinettsrat abgehalten, in dem der Beschluß gefaßt wird, die Sache dem Parlamente vorzutragen, und zwar in der feierlichen Form einer dem Könige in den Mund gelegten Thronrede. Auch der Wortlaut der Thronrede wird entworfen und ebenso schon die Dankadressen der beiden Häuser. Um 3 Uhr nachmittags desselben Tages begibt sich Georg I. ins Oberhaus, und alles verläuft programmäßig. — Auch hier, bei dieser in wenigen Stunden durch alle Phasen hindurchgetriebenen Aktion, wird man nicht umhin können, sich den König in der Sitzung des Kabinetts anwesend zu denken. Sonst würde auch unser Berichterstatter ³⁾ die Sitzung gewiß nicht als einen Kabinettsrat bezeichnet haben.

In demselben Jahre 1715, in der Zeit des jakobitischen Aufstandes, geschah es auch, daß in einer Kabinettsitzung die Verhaftung Wyndhams beschlossen wurde, obwohl sein Schwiegervater, der Herzog von Smerset, der selbst Mitglied des Kabinetts war, sich für ihn verbürgt hatte. Dem Staatssekretär Townshend, der den peinlichen Beschluß herbeigeführt hatte, drückte, als man auseinanderging, der König die Hand mit den Worten: „Sie haben mir heute einen großen Dienst geleistet.“

Wir hören ferner von einer Sitzung, die im Januar 1716, als der Prätendent in Schottland gelandet war, stattgefunden haben muß, bei der die Minister dem Könige einstimmig im

¹⁾ Hoffmann, 15. März 1715, nebst Beilagen. W. St. A.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 507.

³⁾ Bonet, 22. Juli/2. Aug. 1715. G. St. A.

Kabinette den Rat erteilten, auswärtige Truppen in seine Dienste zu nehmen, um der drohenden Gefahr zu begegnen¹⁾.

In den Berichten des österreichischen Residenten in London²⁾ wird ein weiterer Fall erwähnt, der sich einige Wochen später zutrug, als der Aufstand bewältigt, über sechs Lords, die daran beteiligt waren, das Todesurteil gefällt und vom Könige unterzeichnet war. Da hat sich wenige Tage vor dem Termin der Hinrichtung die unglückliche Gattin des einen der Verurteilten, die jugendliche Gräfin Derwentwater, auf offener Straße dem Monarchen zu Füßen geworfen, um seine Gnade anzuflehen. Georg I., tief erschüttert, brachte nur ein paar höfliche Worte des Bedauerns hervor. Auf den Abend aber beruft er die Minister zu einem Kabinettsrat. Sie sollen ihm raten, ob er Gnade üben könne oder nicht. Wir erfahren noch, daß die Sitzung zwei Stunden dauerte, und daß alle Mitglieder des Kabinetts, mit der einzigen Ausnahme des Grafen Nottingham, die Begnadigung widerrieten.

Es ist leicht einzusehen, wieso gerade dieser Fall überliefert ist. Die Szene auf der Straße ist von Vielen gesehen worden. Das Schicksal des jungen Grafen Derwentwater erregte allgemeine Teilnahme. Nottingham hat noch an anderer Stelle, nämlich im Oberhause, einen Versuch zur Rettung des Verurteilten gemacht. So waren diese Vorgänge in aller Munde, und wenigstens den Diplomaten entschleiert sich auch einmal das Geheimnis einer dramatisch bewegten, entscheidungsvollen Kabinettsitzung.

* * *

Haben wir es bisher nur mit vereinzelt Nachrichten aus der Regierungszeit Georgs I. über die Teilnahme des Königs an den Kabinettsitzungen zu tun gehabt, so kommen wir mit dem Juli 1716 plötzlich in eine viel günstigere Lage. Jetzt handelt es sich freilich nicht um den König selbst, sondern um den Prinzen von Wales, seinen Sohn, der, während der Vater in Hannover war, die Regierung des Landes als Statthalter führte. Hier besitzen wir nun in den Briefen, welche der

¹⁾ Coxe, Walpole I 71, II 116. Diese beiden Fälle sind schon bei Blauvelt, a. a. O., p. 177 ff. hervorgehoben.

²⁾ Hoffmann, 3. März 1716. W. St. A.

in England verbleibende Staatssekretär Methuen an seinen Kollegen Stanhope in Hannover gerichtet hat, ein klassisches Material¹⁾ für unsere Frage, eine solche Fülle von Angaben über das Kabinett und die Stellung des Prinzen Statthalters, daß plötzlich das Dunkel aufgehellt erscheint und wir beinahe alles erfahren, was wir zu wissen wünschen.

Wir hören, daß nach dem Eintreffen der Nachricht, daß der König in Holland gelandet sei — solange er auf dem Meere war, galt noch die Fiktion, daß er sein Reich nicht verlassen habe —, daß aber nunmehr das Patent des Prinzen im *Privy Council* verlesen wurde. Alsdann hat er eine fast dreistündige Sitzung im Kabinettsrat abgehalten. Und nun häufen sich die Stellen in den Briefen, die alle dasselbe besagen, nämlich, daß der Prinz persönlich den Kabinettsrat abhält. „Wir gaben seiner Königlichen Hoheit im Kabinettsrat einen Bericht von dem, was gestern geschehen ist, und er geruhte unser Verhalten zu billigen.“ „Die Schriftstücke wurden Seiner Königlichen Hoheit vorgestern im Kabinettsrate vorgelegt.“ „Die Sache ist gestern im Kabinettsrate vor seine Königliche Hoheit gekommen.“ Alle diese Meldungen reden eine deutliche Sprache. Auch in seinem Sommeraufenthalt in Hampton Court, und hier vorzüglich, versammelt der Prinz Statthalter die Minister um sich. „Der Kourier“, heißt es einmal²⁾, „soll fortan am Freitag abgehen, weil der für den Kabinettsrat bestimmte Tag, solange Seine Königliche Hoheit in Hampton Court weilt, der Donnerstag ist.“ In der Tat hören wir von einer ganzen Reihe solcher Donnerstagskabinettsitzungen. Der Prinz ist immer dabei. Oder sagen wir lieber, der Ausdruck „*Cabinet Council*“ wird auch noch jetzt nur dann angewendet, wenn er zugegen ist.

Andererseits bestätigt uns auch diese Korrespondenz wieder die Tatsache, daß die zum Kabinett gehörigen Minister sich nach wie vor auch ohne den Souverän — an dessen Stelle wir hier den Prinzen Statthalter erblicken — zu versammeln pflegen. Sie arbeiten die zu entscheidenden Fragen vorläufig durch, einigen sich wohl meistens auch schon über den Beschluß, den sie unverbindlich fassen, um ihn dem Prinzen zur Bestätigung

¹⁾ State Papers, Domestic Entry Books 267. R. O.

²⁾ Methuen an Stanhope. London, 7. Aug. 1716. St. P. Dom. Entry Books 267. R. O.

im Kabinette vorzulegen. In manchen Fällen verweist der Prinz eine Frage ausdrücklich zur Erwägung an die „*Lords of the Committee*“ — denn dies ist immer noch die (uns aus Bolingbrokes Korrespondenz geläufige) Bezeichnung des Ministerkollegiums ohne den König. Dann pflegen sie wohl das Resultat ihrer Beratung in ein Protokoll zusammenzufassen, das sie dem Prinzen im Kabinette vorlegen und das durch seine Bestätigung den Charakter eines Regierungsbeschlusses erhält. Auch ein solches Protokoll ist überliefert ¹⁾, es betrifft die Behandlung gefangener Rebellen. Die *Lords of the Committee* empfehlen, drei derselben hinrichten zu lassen, und der Prinz macht aus ihrem Protokoll einen Befehl.

Auch eine Verhandlung, die mit dem französischen Gesandten D'Iberville wegen der Hafengebungen von Mardyck geführt wird, gewährt einen interessanten Einblick in die Arbeitsweise des Prinzen Statthalters und des Kabinetts. Die Verhandlung zieht sich durch etwa drei Wochen hin, sie wird zuerst mündlich, dann schriftlich geführt. An drei Donnerstagen wird dem Prinzen im Kabinett der jeweilige Stand der Sache vorgetragen. Am ersten Donnerstage spricht er seine Billigung der von den beiden Staatssekretären dem Franzosen gegenüber beobachteten Haltung aus. Am zweiten Donnerstage gibt er seine Zustimmung zu einer Note, welche die *Lords of the Committee* als Antwort auf ein von D'Iberville überreichtes Schriftstück entworfen haben. Mit anderen Worten: zwischen die Aktion der Staatssekretäre und der Entscheidung im Kabinett ist dieses Mal noch eine Verweisung an die *Lords of the Committee* eingeschoben worden. Wegen einer neuen Antwort D'Ibervilles findet eine abermalige Sitzung des *Committee* statt, wobei noch einige maritime und technische Fachleute hinzugezogen werden. In der nächsten, am dritten Donnerstage, stattfindenden Kabinettsitzung sind der Prinz und die Minister der Meinung, daß D'Iberville seinen letzten, nur mündlich gemachten Vorschlag, auch noch schriftlich geben sollte. Der Staatssekretär Methuen verläßt auf Befehl des Prinzen die Sitzung, begibt sich zu

¹⁾ Datiert Whitehall, Nov. 17, 1716. Als Anwesende werden genannt: Lord Chancellor, Lord Chamberlain, Lord Townshend, Mr. P. Methuen, Lord Steward, Duke of Roxburghe, Lord Parker. — State Papers Dom. Entry Books 267. R. O.

D'Iberville, den wir uns gleichfalls in Hampton Court vorzustellen haben, kehrt mit dem unterzeichneten Schriftstück in die noch andauernde Sitzung zurück, und nunmehr „war es die Meinung Seiner Königlichen Hoheit und die der übrigen Lords, daß in der jetzt aufgestellten Alternative S. Maj. selbst entscheiden möge“. In diesem Sinne wird also an den König nach Hannover berichtet. Trotz der damit drohenden Verzögerung gelingt es, durch weitere Verhandlung nach wenigen Tagen einen Abschluß zu erreichen. Die Staatssekretäre berichten dem Prinzen, und er gibt ihnen, ohne die Sache noch einmal vor das Kabinett zu bringen, den Auftrag zur Unterzeichnung eines dem Resultate der Verhandlung entsprechenden Vertragsartikels. In der nach weiteren 14 Tagen stattfindenden Donnerstagssitzung des Kabinetts nimmt man mit Genugtuung von der Tatsache Kenntnis, daß der König seine Billigung des Geschehenen ausgesprochen hat.

Fragen wir noch einmal, was wir aus diesen Briefen erfahren, so ist es die nun unzweifelhafte Tatsache, daß der den König vertretende Prinz von Wales während des Halbjahres vom Juli 1716 bis in den Januar 1717 hinein ganz regelmäßig die Minister im Kabinette um sich versammelt hat. Er hält also den Brauch aufrecht, wie Karl II. und Jakob II., Wilhelm III. und Anna ihn geübt haben. Wohl, wird man einwenden, der Prinz, aber nicht der König. Aber hätte der Prinz Statthalter es wohl so treiben dürfen, wenn nicht der König, an dessen Stelle er stand, ähnliches tat? Bei der, zwischen Vater und Sohn bestehenden Eifersucht waren ohnehin die Befugnisse des Statthalters an allen Ecken und Enden beschnitten worden. Wie hätte er es wagen sollen, in so persönlicher Form an der Regierung teilzunehmen, wie hätten die Minister solches zugelassen, wie hätte man so in aller Unschuld nach Hannover berichtet, wenn hier nicht alles der herrschenden Regel entsprach?

* * *

Die eben erzählten Vorgänge haben die ohnedies unfreundlichen Beziehungen zwischen Vater und Sohn noch erheblich verschlechtert. Man fand in Hannover, der Prinz habe zu sehr den König gespielt. Und so oft Georg I. wieder nach Hannover zog, niemals ist wieder der Prinz als Regent eingesetzt worden, auch nicht nachdem der 1717 ausgebrochene Konflikt äußerlich

beigelegt worden. Hören wir aber, wie Georg I. es ferner mit dem Kabinette hielt.

Etwa eine Woche nach seiner Rückkehr findet wieder eine Kabinettsitzung statt. „Gestern hat sich, das dem äußerlichen Schein nach wieder vereinigte Ministerium zum ersten Mal in einer Konferenz versammelt, auf welche der König anheut Cabinetrat gehalten“¹⁾.

Aber nun lassen uns die Gesandtschaftsberichte auch bald erkennen, wie der König den guten alten Brauch, die Minister in seinem Kabinette um sich zu versammeln, allmählich fallen läßt. Im Sommer 1717, als Georg I. in Hampton Court residirt, weiß der preußische Resident Bonet noch zu berichten, jetzt solle daselbst regelmäßig, und zwar an jedem Donnerstag um die Mittagszeit, Kabinettsrat gehalten werden. „Während es“, fügt er hinzu, „in London fast nie mehr geschah, geschweige denn daß man einen festen Tag dafür bestimmt gehabt hätte“²⁾. Der Donnerstag ist wohl wieder im Hinblick auf die am Freitag übliche Abfertigung der Kuriere gewählt. Statt der Mittagsstunde scheint man aber die Sitzungen häufiger auf die Abendzeit verlegt zu haben. Von anderer Seite hören wir, daß der Kanzler „diese abendlichen Kabinettsitzungen nicht liebte“; denn es ist nicht dafür gesorgt, daß er im Palaste übernachten kann. Und so ganz regelmäßig wurden sie wohl auch nicht lange abgehalten. Zehn Tage nach seiner früheren Mitteilung berichtet Bonet, der König werde nunmehr 14 Tage lang Egerer (d. h. wohl Karlsbader) Wasser trinken und während dieser Zeit weder Audienzen erteilen noch öffentlich erscheinen, keinen Kabinettsrat abhalten und niemanden zur Tafel ziehen. Auch nach der Beendigung dieser Brunnenkur führt der König „ein sehr ruhiges Leben in Hampton Court“³⁾.

Ich glaube, mit der Annahme nicht fehl zu gehen, daß jene Sommerwochen des Jahres 1717 in Hampton Court den Zeitraum darstellen, innerhalb dessen Georg I. zum letzten Male seine Minister regelmäßig im Kabinette um sich versammelt hat.

¹⁾ Hoffmann, 9. Febr. 1717. W. St. A.

²⁾ Bonet, 30. Juli/10. Aug. 1717. G. St. A. Hoffmann berichtet schon am 6. Aug. n. St. über einen in Hampton Court abgehaltenen Kabinettsrat. W. St. A.

³⁾ Bonet, 9./20. Aug., 30. Aug./10. Sept. 1717. G. St. A.

Denn wenn uns auch noch fernerhin ein paar Notizen begegnen — wir werden sie gleich mitteilen — die den König im Kabinette zeigen, so treten sie doch in einer Form auf, die deutlich beweist, daß von einem festen Brauch nicht mehr die Rede sein kann, daß es sich vielmehr um Ausnahmen handelt.

Im Dezember 1717, als der Konflikt zwischen Georg I. und dem Prinzen entstanden ist¹⁾, hat der König zweimal den Kabinettsrat berufen. Man erkennt aber auch das Ungewöhnliche der Maßregel — und nur darauf kommt es hier an — wenn es in einem zeitgenössischen Briefe heißt²⁾, der König solle im Kabinett gesagt haben: „Wenn ich in Hannover gewesen wäre, so hätte ich gewußt, was ich zu tun habe. Da ich aber hierher gekommen bin, um nach den Gesetzen dieses Landes zu regieren, so bitte ich um Ihren Rat in dieser wichtigen Sache.“

Nicht minder bedeutsam ist ein weiterer Fall. Es war im März 1718, als der österreichische Gesandte in London, Freiherr von Pendtenriedter, von dem Verbündeten England die Entsendung einer starken Flotte ins Mittelmeer forderte, um den Spaniern daselbst entgegenzutreten. Pendtenriedter führt starke Reden gegenüber dem Minister Stanhope, gegenüber dem Könige selbst, der unvorbereitet und verlegen ist, und auch gegenüber dem hannövrischen Minister Bernstorff. Bei dem letzten macht er am meisten Eindruck. „Er wollte sich bewerben“, berichtet Pendtenriedter, „daß der König seine englischen Räte zusammenberufen und in Sr. Majestät Gegenwart das Werk wohl überlegen müßte.“ So muß es wohl geschehen sein. Das Ergebnis der Sitzung war eine Botschaft an das Parlament und eine loyale Adresse des Unterhauses. Die nach dem Süden segelnde Flotte aber vernichtete die Spanier in der Seeschlacht am Cap Passaro.

So bekommen die geschilderten Vorgänge ihre historische Bedeutung durch die großen Weltereignisse des Jahres 1718. Und selbst zu ihrer verfassungsgeschichtlichen Erklärung muß man die politische Lage der Zeit noch im Auge behalten. Die Erzählung Pendtenriedters scheint sagen zu sollen, das zur Erreichung eines großen Zweckes ein ungewöhnlicher Schritt getan wurde. Die Kabinettsitzung mit dem Souverän an der

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 52 ff.

²⁾ Calendar of the Stuart Papers V, 275. Vgl. ebendort p. 274. 281.

Spitze ist schon ungewöhnlich, ist des alltäglichen Charakters bereits entkleidet.

Noch einen Fall, vielleicht ist es der letzte aus der Zeit Georgs I., wüßten wir zu nennen, wenn wir anders jene kurzen Zeilen, die Lady Lechmere 1721 an ihren Vater Lord Carlisle schrieb¹⁾, richtig verstehen. Der König, sagt sie, hat seinen Aufenthalt in Kensington früher abgebrochen, und hat sich nach London begeben. Die Minister bedürfen seiner, und er will ihnen die Mühe ersparen, zu ihm hinauszufahren. Wir erraten, was geschehen soll. Die Parlamentseröffnung stand bevor, und sie brachte die berühmte Thronrede, jene programmatische Kundgebung, durch welche Walpoles Wirtschaftspolitik der Welt mitgeteilt wurde. In diesem Augenblick versammelt der König noch einmal seine Minister um sich. Mit anderen Worten: noch einmal findet eine Kabinettsitzung statt unter dem Vorsitz des Monarchen. Es mag die letzte gewesen sein in der Regierung Georgs I. Ist dies der Fall, so wäre der Moment nicht minder denkwürdig in der Geschichte der Verfassung, wie in der Geschichte der Politik.

* * *

Von nun an schweigen die Quellen aus der Zeit Georgs I. von ferneren Kabinettsitzungen, die der König abgehalten hätte. Man ist versucht, jenes Oktober-Ereignis von 1721 als den Zeitpunkt zu bezeichnen, da der Monarch zum letzten Male mit dem Ministerkollegium zu Rate saß, um fortan diesem Kreise fern zu bleiben, und dem außerhalb des Palastes tagenden Kollegium die Geschäfte wie den Namen des Kabinetts allein zu überlassen.

Wohl werden uns noch einzelne Notizen begegnen, die von dem gelegentlichen Erscheinen des Monarchen im Kabinett erzählen. Ja, wir werden von aufgeregten Zeitläuften hören, wo der temperamentvollere Nachfolger Georgs I. in häufigen Sitzungen mit den Ministern Rat pflegt. Und doch wird dadurch an dem Bilde, das die hier mitgeteilten Tatsachen bieten, nichts mehr geändert. Ein so aufmerksamer und wohlunterrichteter Beobachter, wie der oft genannte preußische Resident Friedrich Bonet, hat die Sache richtig erkannt. Wie er es gewesen, der

¹⁾ Carlisle Mss. 36.

Georg I. am Anfang seiner Regierung getadelt hatte, weil er den unter der Vorgängerin eingeschlichenen Mißbrauch, die Minister so oft sich selbst zu überlassen, mehr und mehr einreißen lasse, so klingt das, was er einige Jahre später, 1718, schreibt, wie die Feststellung eines neuen, nun dauernd werden den Zustandes. „Ich habe“, schreibt Bonet¹⁾, „unter den beiden letzten Regierungen gesehen, wie man ernste Fragen im Kabinettsrat erörterte. Unter der jetzigen Regierung wird der Kabinettsrat nur sehr selten gehalten, die Staatsminister entwerfen alles und lassen sich von dem Könige nur zum Handeln ermächtigen. Er aber erfährt auf diese Weise wohl die Beschlüsse und auch Gründe dafür, aber doch nicht die besonderen Gesichtspunkte, welche für die Haltung dieser oder jener Persönlichkeit unter den leitenden Staatsmännern maßgebend gewesen ist.“

* * *

Doch so wichtig die eingetretene Veränderung uns erscheinen mag, das große Publikum erfuhr davon nichts. 1726 erschienen „Gullivers Reisen“. Der Kaiser von Lilliput, in dessen Staatswesen Jonathan Swift ein Abbild der Regierungsweise Englands zu geben wünscht, bringt eine wichtige Entscheidung zuerst im Kabinette zur Sprache, dann in der vollständigen Ratsversammlung, woselbst der gefaßte Beschluß in die Form eines feierlichen Vertrages gebracht wird. Wir sollen uns also einen Monarchen vorstellen, der im Kabinette wie im *Privy Council* persönlich den Vorsitz führt. Auf den König von Großbritannien, an den wir dabei denken sollen, paßt diese Beschreibung aber schon nicht mehr.

* * *

Was aber hat denn nun eigentlich den König aus dem Kabinette getrieben? Die hergebrachte Anschauung sagt: seine Unkenntnis der englischen Sprache²⁾. Er fand es unerträglich, in einem Kollegium den Vorsitz zu führen, dessen Verhandlungen er nicht zu folgen vermochte. Ein geringfügiger Um-

¹⁾ 14./25. Jan. 1718. G. St. A.

²⁾ „Der Brauch trat außer Kraft, weil Georg I. kein Englisch verstand. S. Low, Die Regierung Englands. Übers. v. J. Hoops. Tüb. 1908. Ähnlich Anson, Crown, 1, 40. 97 und alle neueren Schriftsteller.

stand hätte also eine bedeutsame Wandlung im englischen Verfassungsleben herbeigeführt ¹⁾).

Aber schon nach den vorangegangenen Ausführungen erscheint diese Auffassung unhaltbar. Denn wie? Hat nicht Georg I. durch eine Reihe von Jahren wirklich die Minister im Kabinett bei sich empfangen, und hat er nicht, auch ohne Englisch zu verstehen oder zu sprechen, die Verhandlungen zu leiten vermocht?

Da hat sich nun als des Rätsels Lösung eine merkwürdige Briefstelle in den Akten des Wiener Staatsarchivs gefunden. Der österreichische Resident in London, Johann Philipp Hoffmann ist es, der über die Einsetzung der Regentschaft des Prinzen von Wales im Jahre 1716 seinen Bericht erstattet. Er schreibt wörtlich:

„
Nachdem vorgestern die Nachricht von des Königs anlandung in Holland durch eine fregate gebracht worden, alß hat gestern der Printz die Regierung angetreten. Erstlich den Großen Geheimen Rath gehalten, worinnen die Königl: Patent, Crafft welcher Er *Custos Regni et locum Tenens Regis* constituiret ist, abgeleßen worden, und worauf jeder Geheimber Rath Ihme die Hand kniend geküsset, und so dan in den Cabinet Rath getreten ist, welcher zwey Stunden lang gewehret hat, und in welchem, weylen der Printz die Engländische Sprach wohl verstehet, auch redet, anyetzo alle geschäfte in dießer sprach tractiret werden. —“

Der Sinn dieser Sätze ist klar. Man hat in Gegenwart Georgs I. im Kabinette nicht Englisch gesprochen, sondern eine Sprache, die der König beherrschte.

Welche mag es wohl gewesen sein? Wir werden, ohne zu zögern, sagen dürfen: die französische. Denn wir wissen, daß Georg I. mit seinen Ministern französisch sprach, ja, daß er sich überhaupt nur mit denjenigen unter ihnen, die dieser Sprache mächtig waren, persönlich beraten konnte ²⁾. Wir wissen ferner, daß die Depeschen der englischen Diplomaten für das Ver-

¹⁾ Auch ich selbst habe früher die Sache so zu erklären versucht. Vgl. Bd. I, 439. Zweite Titelausgabe, 860 ¹⁾.

²⁾ „Il ne peut conférer qu'avec ceux qui parlent français.“ Bericht Bonets vom 24. Dez. 1714/4. Jan. 1715. G. St. A.

ständnis des Königs mit einer französischen Übersetzung versehen oder sogleich französisch abgefaßt wurden ¹⁾. Mit andern Worten, im schriftlichen und mündlichen Verkehr der hohen Beamten mit dem Könige war das Französische zur zweiten Amtssprache geworden. Das wichtigste Thema im Kabinett war ja ohnedies die auswärtige Politik. Eine klare Situation. Man liest dem Monarchen die eingelaufenen Depeschen in französischer Sprache vor, ebenso die gleichfalls französischen Entwürfe für die Weisungen an die Gesandten. Natürlich wird man dann auch die Erörterungen, die hieran angeknüpft wurden, überhaupt die Verhandlungen vor dem Könige, französisch geführt haben.

Genug, man sprach im Kabinett, solange Georg I. darin den Vorsitz führte, nicht Englisch, sondern höchstwahrscheinlich Französisch. Mit der lächerlichen Figur des verständnislos und stumm unter seinen Ministern dasitzenden Königs ist es also nichts. In der Tat hätten ja die beschriebenen Vorgänge, z. B. wie Georg I. Townshend die Hand drückt mit den Worten: „Sie haben mir heute einen großen Dienst erwiesen“, oder die Berufung des Kabinettsrats nach dem Fußfall der Gräfin Derwentwater, keinen Sinn, wenn der König nicht genau wußte, was vorging.

Der wahre Grund für den Rückzug des Königs aus dem Kabinett liegt auch tiefer, er liegt in der gesamten Verfassungsentwicklung seit der „glorreichen Revolution“. Die Minister haben das starke Bestreben, in ihrer Amtsführung sich der Kontrolle des Souveräns nach Möglichkeit zu entziehen. Die Krone ist zwar noch frei in der Wahl ihrer Ratgeber. Aber diese sind für ihre Handlungen nicht nur dem Monarchen verantwortlich, der sie schlimmstenfalls entlassen kann, sondern auch dem Parlamente, das mit Anklage und Hinrichtung droht. Aber auch abgesehen von solchen Gefahren ist die Rücksicht auf das Parlament für die leitenden Politiker das oberste Gesetz. Sie können nur regieren, wenn sie mit dem Parlament im Einvernehmen leben, d. h. wenn sie eine Majorität im Unterhause besitzen. Die Kontrolle der Legislative über die Exekutive fängt an, zu einer dauernden Abhängigkeit der letzteren von

¹⁾ Vgl. Bd. I, 452.

der ersteren zu führen. Die Sicherheitsakte von 1706¹⁾ hatte jene verfängliche Klausel der *Act of Settlement*, welche den Inhabern von Ämtern die Wählbarkeit zum Unterhause versagte, wieder aufgehoben, sie hatte damit den Zusammenhang zwischen Parlament und Regierung gestärkt, aber auch den Ministern die Pflicht, dem Parlamente Rede zu stehen, noch fühlbarer gemacht. Das Parlament im Zeitalter der George hätte sich eine Behandlung, wie es sie noch unter Wilhelm III. erfuhr, nicht mehr gefallen lassen. Georg I. selbst pflegte fremden Diplomaten gegenüber die Wendung zu gebrauchen, seine Minister seien der Nation verantwortlich und er könne sie nicht schützen²⁾.

Wie sehr hätte er dieses auf die Dauer bei einer fortgesetzten Teilnahme an den Kabinettsitzungen empfinden müssen. Er zieht es vor, die Minister unter sich beraten zu lassen und von ihnen durch persönliche Mitteilungen zu erfahren, welche Politik ihnen richtig und durchführbar, besonders im Hinblick auf die parlamentarische Genehmigung durchführbar erscheint. Bei aller Macht, die dem Könige noch geblieben ist und die er geltend zu machen weiß, muß er sich doch von jenen belehren lassen, wie weit seine persönlichen Wünsche erfüllbar sind. Die Minister sind nicht mehr allein die Vollstrecker des königlichen Willens, sie sind die Mitarbeiter, allenfalls die Leiter des Parlaments. Das Königtum wird mehr und mehr eine von fernher wirkende Kraft. Das Kabinett, d. h. die Ressortchefs, die hohen Würdenträger, die parlamentarischen Größen entscheiden in letzter Linie über die Politik, nicht mehr die Krone. Der König zieht sich aus dem Kabinette zurück, weil seine Rolle hier ausgespielt ist.

* * *

Vielleicht läßt sich nun auch noch die Frage entscheiden: woher stammt denn eigentlich die Legende? Wer hat zuerst die Behauptung aufgestellt, Georg I. sei wegen seiner Unkenntnis des Englischen dem Kabinett ferngeblieben und habe mit dieser Entsagung zugleich das Beispiel gegeben, dem seine sämtlichen Nachfolger sich angeschlossen haben? Und so sei das ohne den Souverän tagende Kabinett entstanden?

¹⁾ 4 Anne c. 8, § 25.

²⁾ Bericht Pendtenriedters vom 27. März 1718. W. St. A.

Hier ist mit der Feststellung zu beginnen, daß aus dem ganzen 18. Jahrhundert keine Äußerung auf uns gekommen ist, in der solches behauptet würde. Oder, anders gesprochen, ein Jahrhundert seit der Thronbesteigung Georgs I. ist verflossen, ohne daß jemand auf eine solche Erklärung des Vorganges verfallen wäre. Dieser Umstand allein, das Schweigen der Zeitgenossen Georgs I. und der folgenden Generationen, muß schon bedenklich stimmen. Man sucht vergebens bei Blackstone. Und im besonderen hätte man erwarten sollen, bei William Coxe in seiner auf so ausgedehnter Quellenbenutzung beruhenden Walpole-Biographie etwas derartiges zu finden. Was Coxe angibt, ist nichts anderes, als was wir auch von Horace Walpole, dem Sohne Roberts, wissen, nämlich die Tatsache, daß Georg I. mit seinem Minister lateinisch redete¹⁾. Und er fügt hinzu, daß schon die große Gewandtheit Walpoles dazu gehörte, um dem Könige eine solche Geschäftserledigung nicht völlig zu verleiden. Vom Kabinett aber steht in diesem Zusammenhange bei Coxe kein Wort.

Coxes Werk erschien 1798. So muß man denn das 18. Jahrhundert hinter sich lassen und in den Schriften des 19. sich umsehen, um die bewußte Behauptung zu finden und um feststellen zu können, wo man ihr zuerst begegnet und wie sie sich anfangs gibt.

Diese Betrachtung darf begonnen werden mit Henry Hallams berühmter Verfassungsgeschichte, die 1827, just 100 Jahre nach dem Tode Georgs I., erschienen ist. Indem Hallam die Ratsversammlung des Königs behandelt²⁾, spricht er davon, daß der Souverän dieser — und hier ist zunächst das *Privy Council* gemeint — auch persönlich beigewohnt, ja, daß er in demselben den Vorsitz geführt habe. „Als aber“, fährt Hallam fort, „das *Privy Council* durch eine Junta, auch Kabinett genannt, überholt wurde, hörte der König auf zu präsidieren und ließ sich stattdessen fortan von den Mitgliedern einzeln, wie eben das Amt eines jeden es mit sich brachte, beraten, oder aber er empfing den Rat des gesamten Kabinetts durch ein leitendes

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 266 ff. Coxe hat diese wie andere Einzelheiten auch aus dem Munde von Horace Walpole (dem späteren Lord Orford) selbst vernommen. Vgl. Preface, p. XVI.

²⁾ Ausgabe von 1841. 3, 211 ff.

Mitglied desselben. Zwar erfolgte dieser Wandel nur allmählich; denn unter Wilhelm und Anna versammelte sich das Kabinett noch zuweilen in Gegenwart des Souveräns.

Mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover aber mußte diese persönliche Leitung des Souveräns notwendigerweise ihr Ende erreichen.“ Und nun fährt Hallam fort, von der „kaum glaublichen“ Tatsache zu reden, daß Georg I. und Walpole, um sich zu verständigen, lateinisch reden mußten. „Es ist unmöglich, daß durch eine so kümmerliche Form der Mitteilung Georg vertraut werden konnte mit den inneren Angelegenheiten oder mit dem Charakter seiner Untertanen.“ So habe er beides aufgegeben und die Leitung des Königreichs den Ministern überlassen.

Soweit Hallam. Man braucht den Gedanken seiner Ausführungen nicht viel weiter zu denken, um die Vorstellung zu gewinnen: So wird es denn wohl auch die Unkenntnis des Englischen gewesen sein, die den König bewogen hat, dem Kabinett fernzubleiben. Aber wohlverstanden: nicht Hallam ist es, der dieses deutlich ausspricht. Er teilt nur die zwei sicheren Tatsachen mit, daß nämlich der König aus dem Kabinett verschwand, und daß Georg I. und Walpole zum Latein greifen mußten, um sich zu verständigen. Nun aber haben andere aus Hallams Worten mehr herausgelesen, als darin stand. Und von der so wiedergegebenen Form der überlieferten Wahrheit bis zur Legende war nur ein Schritt. Und es würde nicht leicht sein und kaum von hohem Interesse, festzustellen, wer diesen Schritt zuerst getan hat ¹⁾. Genug, die Legende hat ihren Weg gemacht, und bald ist es der ganze Chor der in den verfassungsgeschichtlichen wie in den historischen Werken zu Worte kommenden Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts, die übereinstimmend erklären, die Unkenntnis der englischen Sprache hat den König aus dem Kabinett getrieben. Und auch die Bedeutung der Tatsache pflegt stark genug hervorgehoben zu werden. „Dem zufälligen Ereignis“, so sagt Sidney Low, „daß der Thron in einer kritischen Periode unserer Geschichte

¹⁾ A. Todd beruft sich in seinem 1869 erschienenen zweiten Bande: *On Parliamentary Government in England*, p. 147, für die neue Auffassung ausdrücklich auf Hallam.

von deutschen Prinzen besetzt war, verdanken wir die eigenartige Verfassung der höchsten Exekutivgewalt“.

* * *

Kehren wir nun noch einmal zu der Regentschaft des Prinzen von Wales im Jahre 1716 zurück. Durch die Seltenheit der Kabinettsitzungen, sagt Bonet ¹⁾, ist der König über die Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern nicht mehr unterrichtet. Der Prinz, dieses Manöver durchschauend, hat die Pflicht gegen seinen Vater nicht zu verletzen gemeint, wenn er das Bedürfnis fühlte, sich bei den Entscheidungen der Minister nicht zu beruhigen, wenn er selbst dabei sein und das Für und Wider selbst prüfen wollte.

So sehen wir den Prinzen einen Brauch aufrecht erhalten, den der König selbst schon aufzugeben im Begriffe war. Der Thronfolger erscheint wie der letzte Verteidiger einer Position, aus der die Monarchie eben damals, während der Regierung Georgs I., sachte verdrängt wurde. Und dann entbehrt es auch nicht einer gewissen Tragik, daß der König gleichwohl nur den Stolz des Prinzen in seinem Tun erkennen wollte, und daß eben hier die tiefere Ursache des berühmten Konflikts zwischen Vater und Sohn gelegen hat.

* * *

Der eben genannte Prinz von Wales ist der spätere Georg II. Ob nun die Erinnerung an die Rolle, die er einst als Prinz-Statthalter gespielt, nachgewirkt, ob er, dem inneren Drange nach Betätigung folgend, gehandelt hat, wer vermag es zu sagen? Genug, Georg II. ist es, der in einer kritischen Periode seiner Regierung zurückgriff auf den Brauch von ehedem.

Es war in der Zeit des polnischen Thronfolgekrieges. England beobachtet eine neutrale Haltung, die von Seiten Österreichs, seines bedrängten Bundesgenossen, als Treulosigkeit gebrandmarkt wird. Der König selbst ist bereit, loszuschlagen, die Minister aber, besonders Robert Walpole, sind auf die Erhaltung des Friedens bedacht. So steht Georg II. in der

¹⁾ 14./25. Jan. 1718. G. St. A.

Mitte zwischen dem Hilfe begehrenden Österreich und seinem Minister. Walpole spricht niemals ein entscheidendes Nein, aber er versteht es, durch Zögern und Lavieren die letzte Entscheidung immer wieder hinauszuschieben. Und zuletzt, als die Krisis überwunden, ist der Staat Großbritannien allen Kriegswirren ferngeblieben.

Wir haben mit dem Gesagten freilich der Erzählung des nächsten Bandes bewußt vorgegriffen, doch nur, um auch hier wieder von König und Kabinett zu reden. Graf Kinsky, der österreichische Gesandte, ist es, der in seinen Berichten an Karl VI., seinen kaiserlichen Herrn, das folgende erzählt: Georg II. hält sich im Oktober 1733 außerhalb Londons, in seinem Schlosse zu Hampton Court, auf. Die Minister sind um ihn versammelt, um die auswärtige Lage mit dem Souverän zu erörtern. Sitzungen finden statt. Kinsky nennt sie Konferenzen, und bei dieser von ihm angewendeten Benennung, scheint ihm die Analogie mit den am österreichischen Hofe üblichen kleinen Versammlungen der wichtigsten Ratgeber der Krone vorzuschweben.

Kinsky berichtet ¹⁾ von einer zweistündigen Konferenz. Und in demselben Schriftstück heißt es an einer andern Stelle wörtlich: „Seit drei Tagen hält man immerfort Konferenzen, welchen der König selbst beiwohnet. Wohin solche eigentlich abzielen, was vor *resolutions* man ergreifen dürfte und ob man das Parlament allsogleich zusammenrufen werde, stehet zu erwarten...“ Wir dürfen Kinsky vollen Glauben schenken; denn er berichtet zwar aus London, ist aber in den entscheidenden Tagen selbst in Hampton Court gewesen. Er ist zusammen mit dem Staatssekretär Lord Harrington hinausgefahren, der ihn unterwegs in die politische Lage eingeweiht hat. In Hampton Court angekommen, ist Kinsky in Harringtons Zimmer geblieben; dieser aber hat sich „in die Versammlung derer sämtlichen *Ministrorum*“ begeben. So ist Kinsky in der Lage, das von ihm Erzählte aus nächster Nähe zu beobachten. In einem eigenhändigen Handschreiben an den Kaiser vom selben Tage ²⁾ wird er noch deutlicher. Der König hat „vor wenigen Tagen, da an

¹⁾ London, 23. Okt. 1723. W. St. A.

²⁾ Kinsky an Karl VI., 23. Okt. 1733. Handschreiben. W. St. A.

den französischen feindlichen Unternehmungen schon nicht mehr zu zweifeln war, eine Konferenz gehalten, in welcher der Walpole wie gewöhnlich *primiret*“. Und nun schildert er anschaulich, wie die Geister aufeinander geplatzt sind, wie der König zur Unterstützung des Kaisers drängt, Walpole aber den Moment noch nicht für gekommen erachtet und selbst das Parlament erst im Januar berufen möchte, wie der König ungeduldig wird, wie aber auch Walpole nicht nachgibt, und wie die Konferenz ohne Ergebnis abgebrochen wird.

Kurz, Georg II. hielt im Oktober 1733 in Hampton Court noch eine Reihe von Kabinettsitzungen ab. Und alles war wieder wie 1716—7, und es geschah in demselben Schlosse von Hampton Court, wo er ehemals auch als Prinz in seinem Kabinette mit den Ministern getagt hatte.

Es war auch nicht das letztemal. Fünf Vierteljahre später lesen wir wiederum in einem Handschreiben Kinskys ¹⁾, daß vor drei Tagen ein Kurier von Horace Walpole, der damals Gesandter im Haag war, angekommen sei, „über wessen Depeschen in Gegenwart des Königs eine lange Konferenz gehalten worden“. Also abermals eine vom Könige abgehaltene Kabinettsitzung.

Haben wir nun Georg II. als denjenigen Souverän kennengelernt, der die von seinem Vater fallengelassene Praxis zu Zeiten neu belebt hat, so sind wir auch nicht allzu sehr überrascht, wenn wir unter den im Public Record Office in London erhaltenen *Cabinet Minutes* noch aus dem Jahre 1745 — Walpole weilte nicht mehr unter den Lebenden — ein Protokoll finden, welches über der gewöhnlichen Anwesenheitsliste in großer Schrift die Worte enthält:

The King present.

Das Schriftstück stammt aus der Zeit des jakobitischen Aufstandes von 1745. Man erörtert die zur Bekämpfung der Rebellion notwendigen Maßregeln. Wir sehen, es ist eine große nationale Gefahr, die noch einmal das Ungewöhnliche gezeitigt hat: der König ist im Kabinette erschienen.

* * *

¹⁾ London, 21. Jan. 1735. W. St. A.

Wir haben mit dem zuletzt Gesagten den Zeitpunkt schon weit überschritten, wo der König — nämlich Georg I. — darauf verzichtet hat, den Ministerrat um sich zu versammeln, und wo das verwaiste Kabinettt die Staatsgeschäfte unter sich abmacht. Wir müssen nunmehr über den Charakter des vom Könige losgelösten Kabinettt, nennen wir es: das Walpole'sche Kabinettt, einiges erfahren. Dabei wird freilich ebenso viel über die Natur des Quellenmaterials, dem wir folgen, wie über die Sache selbst, mitzuteilen sein.

Jetzt so wenig wie früher wurden offizielle Protokolle geführt. Eine volle Geschichte der Kabinetttssitzungen oder gar der hier vertretenen politischen Gedanken zu schreiben, würde schon aus diesem Grunde nicht möglich sein. Immerhin hat sich eine nicht geringe Anzahl von Niederschriften, es sind wohl einige hundert, gefunden, welche die Namen der Anwesenden, sowie einige Mitteilungen über die zur Behandlung kommenden Fragen und endlich die gefaßten Beschlüsse enthalten. Im britischen Staatsarchiv (Public Record Office) werden mehrere Bände solcher privater Aufzeichnungen, „Minutes“ genannt, aufbewahrt ¹⁾. Hier und da begegnet man auch an anderen Stellen vereinzelt Protokollen, die sich irgendwie unter Akten verschiedenen Ursprungs verloren haben ²⁾. Und endlich sind solche gelegentlich auch unter den handschriftlichen Sammlungen des Britischen Museums erhalten ³⁾. So läßt sich über das Kabinettt unter Walpole immerhin einiges sagen.

Zunächst muß das Eine bemerkt werden: Wir wissen genug von der Geschichte der Zeit, um sagen zu können, daß Walpole als der wahre Leiter dieser Versammlungen zu denken ist. Aber die Protokolle lassen es nicht erkennen. Sie weisen einfach die Namen der Teilnehmer auf, einen Vorsitzenden gibt es nicht. Auch von einer Geschäftsordnung bemerkt man nichts. Von

¹⁾ State Papers. Domestic. Various, vol 1—5, die Zeit von 1729 bis 1752 umfassend.

²⁾ So State Papers. Domestic, George II. Bundle 7, enthaltend Protokolle vom 21. und 28. Juni 1728; Bundle 12, enthaltend ein Protokoll vom 5. Juni 1729; Bundle 23, enthaltend ein Protokoll vom 30. Juni 1731. (Das-selbe ist in sauberer Abschrift, wahrscheinlich für den König bestimmt, auch State Papers Dom. Var. 1, überliefert.)

³⁾ So in den Newcastle Papers. Add. 32993—99.

Abstimmungen keine Spur. Man einigt sich über einen Schluß oder ein solcher kommt überhaupt nicht zustande. Auch wer das Kabinettt beruft, wird nicht ersichtlich, und wahrscheinlich hat auch eine feste Regel dafür nicht existiert, ebenso wenig wie für den Ort der Versammlung. Daß Walpole in vielen Fällen als der Berufende zu denken ist, mag daraus geschlossen werden, daß die Protokolle oft, in den letzten Jahren gewöhnlich, „At Sir Robert Walpole's“ oder vollständiger „At Sir Robert Walpole's House at Chelsea“, datiert sind ¹⁾. Aber auch andere Datierungen wie „Whitehall“ oder „Claremont“ (der Wohnsitz des Herzogs von Newcastle) oder „At Lord Harrington's“ kommen vor. Die Zahl der Anwesenden ist sehr schwankend. Im Durchschnitt sind es etwa 6, gelegentlich aber nur 4 Mitglieder, oft aber auch mehr, 10, 12 ja 14 Anwesende. Robert Walpole ist wohl immer dabei

Die erwähnten Protokolle haben, wie gesagt, keinen offiziellen Charakter. Sie sind nicht systematisch angelegt. Es ist nicht, wie im *Privy Council*, ein besonderer Beamter, ein *Clerk*, vorhanden, der sie führt. Sie sind von einem der Teilnehmer — es ist meistens, vielleicht durchweg der Herzog von Newcastle ²⁾ — im Augenblick niedergeschrieben, meist abgerissen und skizzenhaft. Aber außer diesen, oft schwer leserlichen Originalen liegen sie häufig noch in sauberen Abschriften, manche dieser Abschriften sogar in 3 oder 4 Exemplaren, vor. Man wird nicht fehlgehen mit der Annahme, daß diese Abschriften oder doch wenigstens eine von ihnen für den König bestimmt war. Denn der König muß doch über den Verlauf, besonders über das Ergebnis der Kabinetttssitzungen unterrichtet worden sein. Er hat, wie wir gesehen haben, dieses Recht noch heute, hat es also sicherlich von der Zeit an besessen, seitdem er durch die Entwicklung der Verfassung aus dem Kabinettt hatte weichen müssen. Zu formeller Erledigung kamen die Regierungsbeschlüsse immer

¹⁾ Das heutige Haus des Premierministers kam 1735 in Walpoles Besitz. Vgl. C. E. Pascoe, Nr. 10, Downing Street. 1908, p. 217.

²⁾ Sie sind oft in seiner Handschrift. Sein Name erscheint in der Präsenzliste meist an letzter Stelle. Besonders tritt es in dem Protokoll vom 30. Juni 1731 (S. P. Dom., G. II., Bundle 23) hervor, wo Newcastles Namen vor „Mr. Secretary at War“ stand, aber nachträglich durchstrichen ist, um an die letzte Stelle gesetzt zu werden. Newcastle war seit 1724 Staatssekretär.

noch durch ihn, dann nämlich, wenn ihm die einzelnen Minister Vortrag hielten, wenn man ihm die zu erteilenden Befehle zur Unterschrift vorlegte. Der Vollzug, der Abschluß der Handlung mußte durch den Monarchen in Person, wir würden sagen: in seinem Kabinette, erfolgen, wenn nicht der Ausdruck Kabinett eben um diese Zeit schon einen andern Sinn angenommen hätte. Kurz, der König empfängt Mitteilungen seiner Minister, und man wird bei den in sauberer Abschrift vorliegenden Protokollen zunächst an die Pflicht der Minister zu denken haben, die bei aller Freiheit ihres Schaltens doch immer noch die Majestät über sich hatten.

* * *

Haben nun die erwähnten Protokolle, auch die in Abschrift dem Könige vorgelegten, durchaus keinen offiziellen Charakter, was schon aus ihrer äußeren Form, vielleicht sogar aus der Art der Aufbewahrung hervorgeht — es sind noch heute lose Blätter, nur zu Aktenbündeln zusammengelegt und niemals geheftet — so sind unter den beiden ersten Georgen allerdings zu Zeiten auch Sitzungen abgehalten worden, deren Ergebnisse wir nun doch in hochoffiziellen Protokollen verzeichnet finden. Hören wir, um was es sich dabei handelt.

Wir haben auch in diesem Zusammenhange wieder einmal von den Deutschlandreisen der beiden Monarchen zu reden. Für die Zeit ihrer Abwesenheit mußte für eine Stellvertretung gesorgt sein. Sie wurde entweder einem Mitgliede des königlichen Hauses mit dem Titel *Guardian of the Realm* oder aber einem Kollegium von hohen Beamten übertragen, die als Regentschaft, oder, wie man damals sagte, als *Lords Justices* ihres Amtes zu walten hatten. Für beide Formen gab es Präcedenzfälle aus der Zeit Wilhelms III., beide Formen sind auch unter Georg I. und II. wiederholt gewählt worden. Als Georg I. 1716 nach Hannover ging, wurde der Prinz von Wales mit der Statthalterschaft als *Guardian of the Realm* betraut — es ist jene oben behandelte Periode, die uns durch die Teilnahme des Prinzen an den Kabinett-sitzungen interessant war. Als Georg I. zum zweiten Male, 1719, England verließ, stand, wie wir wissen, der Konflikt zwischen ihm und dem Prinzen noch auf der Höhe, und so wurde dem letzteren der Schmerz angetan, daß nicht er, wie drei Jahre

zuvor, mit der Statthalterschaft betraut wurde. Statt dessen ward nach dem von Wilhelm III. geschaffenen Beispiel dem gesamten Kabinett die Regentschaft übergeben¹⁾. Noch bitterer war es aber für den Prinzen, als er auch im nächsten Jahre, obgleich die Versöhnung inzwischen erfolgt war, von jener Ehrenstellung abermals entfernt gehalten wurde. „Sie versprechen uns zwar die Regentschaft“, hatte die Prinzessin gesagt, „aber ich glaube nicht daran“²⁾. Als die Regentschaft ihr Amt angetreten hatte, machte Marlborough seine Aufwartung beim Prinzen in Richmond. Er schäme sich, sagte er, Seine Königliche Hoheit hier in einem einfachen Landsitz wie einen gewöhnlichen Edelmann hausen zu sehen, derweil eine so geringe Kreatur wie der Herzog von Marlborough den König spiele. Er, Marlborough, sei auch nur anstandshalber der Einladung zur ersten Sitzung gefolgt, doch er werde nicht wieder hingehen³⁾.

Auch in allen weiteren Fällen, so oft Georg I. noch außer Landes ging, nämlich 1723, 1725, 1727, ward dieselbe Methode befolgt. Georg II. dagegen pflegte der Königin Karoline die Statthalterschaft ebenso als *Guardian of the Realm* zu übertragen, wie er selbst sie als Prinz von Wales 1716 inne gehabt. Nach dem Tode der Königin aber (sie starb 1737) ging auch Georg II. zu dem System der Regentschaften über.

Diese Regentschaften sind es nun, die uns ein interessantes Material, auch für die Geschichte des Kabinetts, liefern. Regenten waren, wie gesagt, stets die sämtlichen Mitglieder des Kabinetts. Es ist ein verfassungsgeschichtliches Kuriosum, wenn man so dieselben Männer, die vordem miteinander das nach dem Gesetze gar nicht existierende Kabinett gebildet haben, jetzt als verfassungsmäßig anerkannte, höchste Regierungsstelle sich versammeln sieht. Nun erhält ihr ganzes Tun einen offiziellen Charakter, und amtliche Protokolle belehren uns über ihre Tätigkeit. Dem Namen nach sind ihre Befugnisse erweitert.

¹⁾ ... *the Regency is to consist of all the members of the Cabinet Council.* Craggs an Stair, 7. Mai 1719. R. O. — Bonet zählt alle 13 Mitglieder auf. „Man kann keinen ausschließen“, sagt er. „Aber es werden doch nur zwei sein, nämlich Sunderland und Craggs, die das Geheimnis der auswärtigen Politik erfahren. Die anderen gehören nur ihrer Ämter wegen dazu, sie sind nur Ziffern.“

²⁾ Lady Cowper, Diary. 175.

³⁾ Coxe, Rob. Walpole, 2, 289.

Statt wie sonst „demütig der Meinung“ zu sein, daß der König diese oder jene Anordnung treffe, geben sie diese Anordnung selbst; denn sie sind jetzt im Besitz der monarchischen Gewalt. In der Sache ist aber der Unterschied nicht groß. Sie sind heute als Regenten, mit dem Titel *Lords Justices*, derselbe Kreis von Männern, die sie gestern als Kabinett gewesen, und ihre heute befolgte Politik ist nur die Fortsetzung der gestrigen.

So ergänzen denn die amtlichen Sitzungsprotokolle ¹⁾ der *Lords Justices* auch in erwünschter Weise jene skizzenhaften Notizen über die Versammlungen des Kabinetts. Wir werden gewiß manches von der hier befolgten Praxis auch ohne weiteres auf das Kabinett beziehen dürfen. Wenn wir im Jahre 1720 in dem Protokoll der konstituierenden Sitzung von dem Beschluß der Regentschaft lesen, sich zweimal wöchentlich, nämlich jeweils am Dienstag und Donnerstag um 10 Uhr morgens pünktlich zu versammeln, wenn wir hören, daß sie mit der Verhandlung nicht beginnen wollen, bis wenigstens vier von ihnen anwesend sind, so haben wir darin wahrscheinlich nichts anderes als die in eine feste Geschäftsordnung verwandelte regelmäßige Praxis des Kabinetts vor uns. Denn auch die Kabinettsprotokolle geben uns die 4 als die geringste vorkommende Anzahl der Teilnehmer. Überhaupt scheint die Frequenz sich in beiden Fällen auf derselben Höhe zu halten, oder, genauer gesprochen, hier wie dort fehlt gewöhnlich die größere Hälfte der Mitglieder. Im Jahre 1720 sind von 15 Regenten niemals mehr als 12 anwesend, und auch diese Zahl wird nur ein einziges Mal erreicht. Sonst sind stets weniger zur Stelle, und im Laufe des Augustmonats, wo gewiß die meisten lieber außerhalb Londons auf ihren Landgütern weilten, zeigt die Präsenzliste einige Male nur vier Teilnehmer, d. h. die kleinste beschlußfähige Anzahl.

Die gefaßten Beschlüsse selbst beziehen sich, ganz wie in den Kabinettsitzungen, auf Heer und Flotte, Kolonien, auch auf innere Verwaltung. In bezug auf die auswärtige Politik machen wir freilich die Beobachtung, daß die Regentschaft nicht nur keine größeren Machtbefugnisse besitzt als das Kabinett, sondern beinahe überhaupt auf diesem Gebiete nichts entscheidet. Die Instruktion für die Regenten besagt im Jahre

¹⁾ Früher S. P. Dom. Entry Books, Regencies. R. O.

1723 ¹⁾ einfach, daß sie kein Bündnis und keinen Vertrag mit einem auswärtigen Fürsten oder Staate verhandeln oder abschließen sollen, es sei denn auf die ausdrückliche Weisung des Königs. Praktisch hat dies den Sinn, wie wir aus den Protokollen ersehen, daß die auswärtige Politik in dieser Zeit einfach in Hannover gemacht wird, nicht in London. Wir sehen, und das ist bedeutungsvoll für den ganzen Charakter der Regierung, für die Stellung des Königs, für die Macht des Kabinetts, wie das gesamte Getriebe der Diplomatie in Hannover seinen Mittelpunkt hat. Dorthin schicken die englischen Gesandten im Auslande ihre Berichte, von dort her empfangen sie ihre Weisungen. Man erhält hier die aktenmäßige Bestätigung der Tatsache, daß die beiden ersten George, wenigstens auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, noch stark persönlich regierten. Der in Hannover weilende König hat ja regelmäßig einen der Staatssekretäre bei sich. Dieser korrespondiert mit dem andern in London zurückgebliebenen Kollegen und teilt ihm mit, zu welcher Politik man sich in Hannover entschlossen habe. Meistens, aber keineswegs immer, werden die Regenten durch Abschriften der diplomatischen Korrespondenzen auf dem Laufenden erhalten. Im allgemeinen wurden ihnen die sogenannten „*public letters*“, d. h. die offizielle Korrespondenz, vorgelesen. Aber jeder mit diplomatischen Akten des 18. Jahrhunderts Vertraute weiß auch, wie oft die entscheidenden Motive erst in den nebenher gesandten Privatbriefen, den mit Vermerken wie „*private*“, „*very private*“, „*secret and confidential*“ bezeichneten Depeschen enthalten waren. Diese intime Korrespondenz blieb gewöhnlich das Geheimnis des Königs und der Staatssekretäre. Ja, auch die öffentlichen Briefe wurden dem Kabinett oder der Regentschaft wohl nicht ausnahmslos unterbreitet ²⁾.

* * *

So wertvoll alle diese Angaben für uns sind, so besitzen doch beide Gruppen von Protokollen in ihrer knappen Fassung

¹⁾ Regencies 66. R. O.

²⁾ Walpole an Newcastle, Houghton, 24. Okt. 1723. Add. 32 686. — „*I don't see why y. Grace should decline laying L^d Townshend's public letter before the Lords Justices.*“ Man kann dieselbe Praxis schon in den Bolingbroke, Letters 2, 131 beobachten.

so wenig Leben und Farbe, daß wir uns kaum eine Vorstellung davon machen können, wie man in diesen Sitzungen geredet, debattiert, Beschluß gefaßt hat, welche Intriguen gespielt, wie gelegentlich die Geister aufeinander geplatzt sind, und, was wir am meisten vermissen, wie sich Robert Walpole, der wahre Herrscher in England, hier in dem intimen Kreise der Genossen seiner Amtsführung gegeben hat. Denn daß er als *Prime Minister* so gar nicht hervortritt, fällt doch auf. Da müssen wir uns denn nach anderen Nachrichten umsehen, die uns die Situation lebendiger zu machen geeignet sind. Horace Walpole und Lord Hervey geben uns in ihren Memoiren einen so deutlichen Begriff von der überragenden Stellung Walpoles, daß uns sein Bild auch vorschwebt, wenn wir uns den Verlauf der Kabinettsitzungen zu denken versuchen. Hervey hat aber auch, als er 1740 ins Kabinett eintrat, ein paar Sitzungen, leider nur wenige, die er selbst erlebt hat, beschrieben¹⁾. Es sind lebendige Schilderungen, pikant, wie von einem Franzosen, voll feiner Beobachtung, voll überlegenem Spott. Die bedeutendsten Handelnden, Walpole, Newcastle, treten uns in plastischer Anschaulichkeit entgegen. Mag es richtig sein oder nicht, wer diese Blätter gelesen hat, wird sich von Newcastle nicht so bald eine andere Vorstellung machen, als die er hier gewonnen hat. Wie er, eitel und selbstgefällig, die bewundernden Blicke des Kollegiums auf sich zu ziehen sucht, wie er, von seinem eigenen Stil entzückt, seine politischen Depeschen den versammelten Lords immer wieder vorliest, wie er mit rückschauender Weisheit die Anordnungen und Taten anderer kritisiert und ärgerlich verstummt, als ihm Walpole ins Wort fällt und energisch mahnt, lieber für die Zukunft zu sorgen. Denn Walpole erscheint unzweifelhaft als der überlegene Geist in dem ganzen Kreise, in dem er mit seiner harten Sachlichkeit gewöhnlich durchdringt, und zu dem die anderen, sei es mit Freude oder Widerwillen, bewundernd aufblicken. Hervey hat einmal vorgeschlagen, in einem zu schließenden Verträge zu größerer Deutlichkeit noch ein kräftiges Wort hinzuzufügen. Die meisten der Lords blicken erstaunt und unwillig. Als aber Sir Robert dem Redner beipflichtet, klingt es gleich von allen Seiten:

¹⁾ Hervey, *Memoirs of the Reign of George the Second.* ed. Sedgwick, 927.

„Gewiß, gewiß, solche Dinge können gar nicht klar genug ausgesprochen werden.“

Auch wie der *Prime Minister* als Vermittler zwischen König und Kabinett steht, wird deutlich: Er ist es, der den König bewegt, in der Thronrede lieber nichts von seiner beabsichtigten Reise nach Hannover zu sagen. Als Georg II., in ähnlichem Konflikt mit seinem Sohne, wie er ihn in jüngeren Jahren mit seinem Vater gehabt, dem Prinzen eine Botschaft zugehen lassen will, die als ein Akt des Kabinetts erscheinen soll, beginnen die Mitglieder die Richtigkeit einer solchen Maßregel zu diskutieren. Walpole aber entgegnete ihnen mit schneidender Schärfe, das Kabinett sei berufen worden, weil der König seinen Rat wünsche über die Art und Weise der Ausführung, nicht aber darüber, ob die Sache gemacht werden solle oder nicht. Ein anderes Mal, als es sich um die Verheiratung einer Prinzessin, insbesondere um die Frage handelt, ob die wirkliche Trauung in England oder im Auslande erfolgen solle, wiederholt er vor den *Lords of the Cabinet Council* auch schonungslos die schmähenden Worte, mit denen der Monarch ihre Bedenken wegen der Formalien der Trauung aufgenommen hat: „Ich will von Eurem Unsinn über Kirche und Gesetz nichts mehr hören, ich will meine Tochter verheiratet sehen, und zwar mit voller Rechtskraft.“ Aber dann ist es auch wieder Walpole, der den König zuletzt dahin bringt, sich den Gründen des Kabinetts zu fügen.

* * *

Wenn wir erfahren haben, daß die Geheimnisse der auswärtigen Politik den meisten Mitgliedern des Kabinetts oder der Regentschaft tatsächlich nicht enthüllt wurden, so mag wohl auch auf anderen Gebieten eine ähnliche Praxis geherrscht haben. Ja, schon aus den Teilnehmerlisten erhält man den Eindruck, daß niemals das ganze Kabinett mitwirkt, sondern nur ein Teil desselben. Wir haben bei dieser Gelegenheit über die Ungleichheit der Frequenz noch einige Worte zu sagen. Sie ist in gewissem Sinne schon dadurch zu erklären, daß es zu jener Zeit eine kollektive Verantwortlichkeit des Kabinetts noch nicht gibt. Walpole hatte allerdings 1725 das Prinzip einmal verkündigt, aber die Praxis stimmt nicht damit überein. Jeder Minister ist nur für sich selbst verantwortlich. So fällt denn

für die Gesamtheit auch das Bedürfnis fort, auf jeden einzelnen ein wachsames Auge zu haben, denn die Furcht, daß das Kabinett als solches durch die Fehler eines seiner Mitglieder zu Falle kommen könnte, besteht noch nicht. Daraus ergibt sich weiter, daß man in aller Ruhe dem Kabinette fernbleiben konnte, wenn man nicht gerade durch Angelegenheiten des eigenen Ressorts oder andere Gründe zur Teilnahme an den Sitzungen gezwungen war. So angesehen, bedarf es für die meistens so geringe Frequenz der Kabinettsitzungen keiner andern Erklärung, als man sie etwa für den oft schwachen Besuch des *Privy Council* oder auch der beiden Häuser des Parlaments, zumal des Hauses der Lords, zu geben haben würde.

Blickt man ferner auf die Zusammensetzung des Kabinetts jener Tage, so findet man hier einen weiteren Grund für etliche Mitglieder desselben, nicht allzu häufig zu erscheinen. Neben den hohen Staatsbeamten, den Ressortchefs, sieht man eine ganze Gruppe von Hofbeamten, den *Lord Steward*, den *Lord Chamberlain*, den *Master of the Horse*, den *Groom of the Stole*, als Kabinettsmitglieder figurieren. Sie haben in Wahrheit wenig darin zu tun gehabt und werden wohl, wie man gelegentlich zu erkennen vermag, meistens nur dann erschienen sein, wenn persönliche Angelegenheiten des Königs, seiner Familie, oder des Hofhalts in Frage kamen. Sie kommen also für die Mehrzahl aller Geschäfte, mit denen sich das Kabinett zu befassen hatte, nicht in Betracht. Man braucht auch nicht etwa ihre Stimmen, denn man stimmt ja nicht ab. So bleiben sie eben meistens fort.

Nicht viel anders mag es mit den gelegentlich ernannten Kabinettsmitgliedern gewesen sein, die ohne Amt (Minister ohne Ressort) waren, die nur ehrenhalber ins Kabinett oder, wie 1720 die Herzöge von Devonshire und Bolton ¹⁾, zur Regentschaft gezogen wurden.

¹⁾ Hoffmann, 25. Juni 1720, berichtet, der König habe die sämtlichen 13 Mitglieder des Kabinetts zu Regenten erhoben, und jene beiden, die kein Amt hätten, noch hinzugefügt, so daß die Regentschaft nunmehr 15 Mitglieder umfasse. W. St. A. — Vor den Protokollen von 1720 (S.P. Domestic Entry Books 283. R. O.) findet sich dementsprechend das folgende Verzeichnis:

So ist es denn von vornherein einer Anzahl der Kabinettsmitglieder nahegelegt, nur bei bedeutenderen Anlässen zu erscheinen. Und daß auch von den übrigen besonders fleißig nur diejenigen kommen, die durch ihren Einfluß beim Könige, durch ihre Macht im Parlament oder jeweils durch die Bedürfnisse ihres Ressorts dazu getrieben werden, ist ebenso einleuchtend. Man fühlt sich entbehrlich, man ist „*out of town*“, man ist durch Krankheit oder anderweitig verhindert, man wird nicht mehr regelmäßig geladen, und man bleibt fort. Der kleine Kreis der wirklich Regierenden bleibt übrig. Man erblickt darin den ersten Schatzlord (der zum *Prime Minister* wird), die beiden Staatssekretäre, den Lordkanzler, als diejenigen vier hohen Staatsbeamten, die schon aus dem Grunde, den Kern des Kabinetts zu bilden, berufen erscheinen, weil sie die Geschäfte, um die es sich meistens handelt, schon von Amts wegen praktisch zu bearbeiten haben. Der Präsident des *Privy Council*, der erste Lord der Admiralität, vielleicht noch einige andere Mitglieder des Kabinetts treten hinzu. Die Zusammensetzung des Kreises ändert sich rasch und oft. Er ist niemals scharf umgrenzt. Das Unbestimmte, Fluktuierende gehört zu seinem Wesen. Er hat auch nicht jene Notorietät, nicht jene durch die Aufhebung des legislativen Verbots (1706) geschaffene, quasi gesetzliche Existenz, wie sie dem Kabinett eignet. Er

Lords Justices
Declared in Council June 11th 1720. Appointed by Commission dated 14th
opened 18th

Lord Archbishop of Canterbury,
Lord Chancellor,
Lord President,
Lord Privy Seal,
Lord Steward,
Lord Chamberlain,
Duke of Grafton (Hofbeamter, vielleicht Master of the Horse),
Duke of Bolton (ohne Amt),
Duke of Devonshire (ohne Amt),
Duke of Marlborough (Captain General),
Duke of Roxburghe (Staatssekretär für Schottland),
Earl of Sunderland (Erster Schatzlord),
Earl of Berkeley (Erster Admiralitätslord),
Earl of Stanhope (Staatssekretär),
Mr. Secretary Craggs (Staatssekretär).

entscheidet wohl über die Politik seiner Tage, aber er bleibt auch selbst ein Produkt der Tagespolitik. Vom Standpunkt des Verfassungshistorikers aus ist er doch nicht allzu ernst zu nehmen. Man sollte in ihm eigentlich, so wie auch seine Mitglieder es getan haben, nichts anderes als ein zwar schwach besuchtes Kabinett, aber doch das Kabinett schlechthin, erblicken wollen.

Und dann sieht man auch immer wieder, wie von Fall zu Fall der engere Kreis sich zu dem größeren erweitern kann, wie je nach Bedarf, durch zufällige Umstände, gelegentlich vielleicht auf den Wunsch des Königs, die anderen, die scheinbar zur Seite geschobenen Mitglieder, wieder erscheinen; man sieht, wie statt eines Konventikels von 4—6 Mitgliedern gelegentlich ein volleres Kabinett von 8—12 oder 14 Teilnehmenden sich versammelt.

Vergleicht man übrigens die meist so dürftigen „minutes“ der Kabinettsitzungen mit den auch nicht gerade ausgiebigen Regentschaftsprotokollen, so kann man schon aus der Form beider leicht den verschiedenen Charakter dieser Versammlungen erkennen. Für die *minutes* ist feststehend nur die Datierung und die Anwesenheitsliste. Dann folgen abgerissene Notizen über den Gegenstand der Verhandlung und als Ergebnis Wendungen wie: „*Their Lordships are humbly of opinion*“, womit sie dem Könige den ihnen geeignet erscheinenden Beschluß vorgeschlagen haben wollen. Denn die Entscheidung liegt bei ihm.

Die Regentschaftsprotokolle hingegen zeugen von einer förmlichen Geschäftsordnung. Auf die Anwesenheitsliste folgt die Bemerkung, daß das Protokoll der letzten Sitzung verlesen wird. Die Mitglieder, als „*Their Excellencies*“ bezeichnet, unterbreiten nicht dem Könige einen Vorschlag, sie fassen selbst Beschlüsse, deren Vollstreckung mit dem Worte „*Ordered*“ („Befohlen“) eingeleitet wird. Und dann folgt die Vertagung auf einen neuen Termin.

Ist aber der König wieder im Lande, so erfolgt automatisch die Rückverwandlung der *Lords Justices* in Mitglieder des Kabinetts. „*Their Excellencies*“ sind wieder „*Their Lordships*“ geworden; die Geschäftsordnung ist verschwunden; an die Stelle der Protokolle sind wieder die notizenhaften Aufzeichnungen

getreten, diese allenfalls auch in sauberer Form, wie sie geeignet sind, dem Könige vorgelegt zu werden.

* * *

Für die Zeit Walpoles ist auch noch eine andere Erscheinung zu beobachten. Wir haben gehört, daß auch in den Sitzungen der Regentschaft die Frequenz schwankend sein kann. Aber sie schwankt wohl nicht so stark wie im Kabinett. Wie ist das zu erklären? Soll man sagen, daß die Minister, wenn sie die Metamorphose aus Kabinettsmitgliedern zu *Lords Justices* durchmachen, gewissenhafter und darum fleißiger im Besuch der Sitzungen geworden seien? Oder haben sie vielleicht ein höheres Gefühl von der Würde ihrer Stellung erhalten, da doch jeder von ihnen ein kleiner König geworden ist? Ist es der Zwang der Geschäftsordnung? Ist es der Wunsch, in der aktenmäßigen festgehaltenen Anwesenheitsliste nicht zu fehlen? Genug, wir beobachten die stärkere Frequenz. Für einen Walpole, den Herrscher in seinem Kreise, ergibt sich daraus eine gewisse Schwierigkeit. Es geht wohl nicht an, unter den *Lords Justices* eine Auswahl zu treffen und etwa nur die wichtigsten Männer zur Sitzung einzuladen. Und doch hat man um des Geheimnisses willen nicht immer gern alle dabei. So sehen wir denn, wie Walpole sich damit hilft, daß er zwischen die Sitzungen der Regentschaft noch Kabinettsitzungen einschleibt, die offenbar intimer sind, von weniger Teilnehmenden besucht, oft auch von vorbereitendem Charakter für die Sitzungen der *Lords Justices*. Aber dieses Bild zeigen die Akten auch nur in dem Zeitraum, da Walpole an der Herrschaft ist ¹⁾. Der eminent praktische Geist des alten Politikers hat auch immer wieder die äußere Form, den Rahmen gefunden, in dem er die dem Wohle seines Volkes dienende Arbeit am wirksamsten zu vollbringen vermochte.

So ist das Bild der Kabinettsitzungen und der Versammlungen der Regentschaften im Zeitalter Walpoles. In beiden Fällen derselbe Kreis von Männern, aber in beiden Fällen auch unter diesen ein engerer, in seiner Zusammensetzung freilich

¹⁾ Es läßt sich besonders feststellen für die Zeit von 1737—42, d. h. vom Tode der Königin bis zum Sturze Walpoles.

stets wechselnder Zirkel von Teilnehmenden. Mag man von einem „*inner and outer Cabinet*“ reden, mag man die meist Fernbleibenden mit dem nicht gerade zartfühlenden Ausdruck Lady Cowpers als den Pöbel im Kabinett (*the Mob of the Cabinet*) bezeichnen: worauf es ankommt, daß ist die Tatsache, daß auch im Kabinette, ähnlich wie zuvor im *Privy Council*, die Zahl der Mitglieder schon zu groß geworden ist, als daß sie regelmäßig miteinander Politik hätten machen können, und daß daher, wie von selbst, es jeweils nur eine kleinere Gruppe ist, von der in jedem besonderen Falle die praktische Arbeit geleistet wird.

* * *

Wir haben versucht, die in unserer Periode zu historischer Größe emporgehobene Stellung des Premierministers zu beschreiben. Aber noch fehlen in dem Bilde die wichtigsten Farben. Wir haben es bisher nur von der Seite der Monarchie aus betrachtet, und die volle Kraft, aber auch die Schranken seiner Größe, sie fließen aus einer anderen Quelle.

Wir haben nunmehr auch dem Parlament eine eingehende Betrachtung zu widmen — sie wird im nächsten Bande enthalten sein. Es ist das Wesen konstitutioneller Ordnungen, daß in ihnen monarchische und demokratische Tendenzen miteinander ringen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts verblaßt in England der monarchische Gedanke mehr und mehr, und die im Parlament lebendige Idee der Volksrechte drängt zur Herrschaft. Georg II. selbst hat noch das Wort gesprochen: „Die Minister sind der König in diesem Lande.“ Der Name des Premierministers aber hatte gleichwohl immer noch etwas an sich von der Vorstellung eines königlichen Günstlings, d. h. eines Beamten, der mehr auf das Interesse des Fürsten bedacht ist, als auf das Wohl des Volkes. Auf Walpole aber paßt diese Vorstellung längst nicht mehr, und darum versteht man es, wenn er am Ende seiner Laufbahn die Behauptung der Gegner, er habe als ein *Prime Minister* über England geherrscht, wie eine schändliche Verleumdung von sich wies.

* * *

Anhang.

Nr. 1.

Vergleich des Mississippi mit der Südsee.

(Houghton Mss. Vgl. S. 116.)

Im folgenden sind einige Abweichungen von dem durch F. K. Mann (Rev. d'hist. écon. et sociale) mitgeteilten französischen Text verzeichnet, die einerseits die Absicht Laws erkennen lassen, die Sache in Frankreich in anderm Lichte erscheinen zu lassen als in England. Und ferner wird es wahrscheinlich, daß der englische Text der ursprüngliche ist.

Mr. Law,

Vindication of his Mississippi and attempt to prove the difference between that and the South Sea Scheme.

It is judged that France has 700 £ millions at 28 Livres the mark, but allowing only 630 millions, that is 45 millions sterling, and England is reckoned to have between 12 and 14 millions, I will suppose 15 millions.

Die nebenstehenden Zahlen stimmen nicht ganz überein mit den bei Mann, *Justification* (Revue d'histoire économique et sociale 6, 1913, p. 65) gegebenen.

I will reduce the number of inhabitants in France to 12 millions, or will increase their number in England to 9 millions.

fehlt bei Mann

I will reduce the amount of specie in France to 420 millions, which make 30 millions sterling, or I will increase the amount of specie in England to 22 millions and 500 000 £ sterling.

Die Zahlen abweichend bei Mann, *Justification*, p. 66

fehlt bei Mann

The amount of the companies in England was as 30 to 1 compared with the coyned specie estimated at 15 millions.

etwas abweichend (38 statt 30) und die letzte Zeile fehlt bei Mann p. 67

The amount of the company in France was as 4 to 1 compared to its coyned specie estimated at 15 millions.

etwas abweichend bei Mann, p. 67

The Foreigners are computed to have $\frac{1}{16}$ th part of the funds in England, but for fear I should mistake, I will suppose them only to have $\frac{1}{15}$ th part, and that is twice¹⁾ the amount of the specie in England.

¹⁾ Mann 67 deux fois et demi.

The foreigners are computed to have $\frac{1}{40}$ th part of the funds in France or a capital of 3 millions sterling making the tenth part of specie.

Mann 67: la huitième partie.

Some lands which had lain waste for a long time were cultivated, people came to France from all parts of Europe, all hands were at work, the poor were taken out of the hospitals to be employed. The people were fed and clothed, the general consumption increased so much, that the general farms (including the four pence and livre) which had been formed at 56 millions, produced 90 millions charges deducted; this was an increase of 34 millions.

Mann 70:
que les fermes générales produisaient considérablement plus qu'elles n'avaient fait jusqu' alors (also mit Weglassung der Zahlen, was wohl auch dafür spricht, daß der Urtext englisch, also der nebenstehende).

* * *

Nr. 2.

Persönliches Eingreifen Georgs I. in die Politik. (Vgl. S. 172ff.)

P. S. eines Briefes von Stanhope an Cadogan und Saint Saphorin, Pyrmont, 15./26. Juli 1720.

S. P. Dom. Entry Books 270. R. O.

Ayant lu cette dépêche au Roi qu'il a approuvé d'un bout à l'autre S. M. m'a d'Elle-même ordonné de vous toucher trois autres points.

1. Pour engager l'empereur d'autant plus volontiers à faire agir un corps considérable de troupes contre le Czar, vous devrez représenter à Sa Majesté Impériale ou à ses Ministres que le dit Corps, quelque grand qu'il soit subsisterait dans la Pologne et engagerait Sa Majesté Impériale à très peu de frais.

2. S. M. m'a ordonné d'écrire une lettre à M. Stanyan que je vous envoie ci-jointe et que vous aurez la bonté de lui faire tenir, pour lui ordonner d'être fort attentif aux démarches que fait à Constantinople l'Ambassadeur de France pour former une liaison entre les Turcs et le Czar et vous verrez que S. M. autorise M. Stanyan de faire une dépense considérable, si besoin était, pour engager plutôt les Turcs de rompre avec le Czar.

3. S. M. ayant eu des avis non seulement de France mais, aussi de quelques autres endroits, qu'il doit se négocier actuellement quelque chose entre Sa Majesté Impériale et la Cour d'Espagne et que même il pourrait y être question de quelque mariage, vous devrez, vous informer si ses avis ont quelque fondement et faire rapport de ce que vous apprendrez à S. M., qui vous donnera là-dessus des ordres ultérieurs et tels qu'ils ne pourraient qu'être agréables à l'Empereur.

* * *

Nr. 3.

Die spanisch-österreichischen Geheimen Artikel von 1725.

(Houghton Mss. vgl. S. 410—419.)

Traité secret entre S. M. I. et le Roy d'Esp. Duplicate.

Art. 1. On confirme les traités faits.

Art. 2. On donnera en mariage l'archiduchesse aînée à l'Infant Don Carlos.

Art. 3. La seconde archiduchesse à Don Philippe.

Art. 4. On est convenu de faire la conquête sur la France pour faire passer à l'Emp. tous les Pays Bas qui ont jamais été à la Couronne d'Esp. avec la Bourgogne et la Franche Comté, d'ôter à la France tout ce qui a été jamais à la Maison de Lorraine la Cerdeigne de France et la sera pour la Couronne d'Esp. que les armes ne seront pas mis bas jusqu'à ce que tout soit effectué.

Art. 5. De ne pas donner en mariage jamais une fille d'Autriche ou d'Esp. à la Maison de France ni au Roy ni à aucun Prince du Sang.

Art. séparé 1. En cas que le Roy de France vint à mourir sans enfans la France viendra à l'Infant Don Philippe.

Art. 2 d. Qu'alors la France, l'Esp. et l'Emp. s'uniront pour achever avec la Religion Protestante.

Art. 3. De remettre le Prét. sur le trône d'Angleterre, ce qu'on est convenu de faire avant de commencer la guerre.

* * *

Nr. 4.

Townshends erster Entwurf der Thronrede. — Beilage zum Brief vom 16./27. November 1725. (Vgl. S. 447.)

(Regencies 8, R. O.)

Though the State of my Dominions abroad made it necessary for me to pass some months in those parts, yet I hope you will find that I have not been less attentive to every thing that may tend towards supporting the Honour and Interest and securing the peace and tranquillity of my Kingdom.

The distressed condition to which some of our protestant brethren abroad are reduced, the engagements entered into by some powers with a view to deprive my subjects of very considerable branches of their trade in direct defiance of the rights and privileges long since acquired to them by the most solemn treaties, and the attempts the Pretender who is ever ready to sacrifice all the most valuable interests of this Kingdom has with some success made upon this occasion to engage the assistance of some of those very powers who treat this nation in so dishonourable and unjustifiable a manner these considerations I say, made me think it a duty incumbent upon me to lose no time in concerting proper measures with some neighbouring powers; and I have accordingly made a defensive alliance which I hope will, with your support and assistance, crush the dangerous projects in their infancy. The necessary orders are already given for laying this treaty before you.

It is the farthest from my intentions to put the nation to any unnecessary charge upon this occasion; I rely entirely upon the affection of my people, and the number of forces now on foot will be sufficient to repel any troops our enemies can land upon us. I have therefore at present nothing in particular to recommend to you but the enabling me to have a strong fleet at sea early next Spring. This, you must all be sensible, will not only

be necessary towards preventing or defeating any attempts from abroad but will be the most probable means of obtaining justice with respect to the several encroachments that are made upon our trade, by giving me a proper strength and weight in all foreign negotiations.

* * *

Nr. 5.

Robert Walpoles Gedanken über das Verhältnis des Königs zum Prime Minister. (Houghton Mss. Vgl. S. 543 ff.)

Die folgende Denkschrift, von Anfang bis zu Ende in Walpoles Hand, fand ich unter den Manuskripten von Houghton Hall. Sie ist unzweifelhaft an König Georg II. gerichtet, ist ohne Aufschrift, trägt aber außen den folgenden Vermerk (vielleicht von W. Coxe): „Manuscript in Lord Orford's hand, seems to have been written after the battle of Dettingen, but whether it was a private letter to the King or part of a publication I am at a loss to determine“.

Der Inhalt deutet auf eine Abfassung im Jahre 1744. Schon ist seit der Schlacht bei Dettingen (27. Juni 1743) ein längerer Zeitraum verflossen, die der Regierung nach diesem Ereignis günstige Stimmung ist in das Gegenteil umgeschlagen. Im Parlament haben heftige Kämpfe stattgefunden um die hannövrischen Truppen und um das Verhältnis Englands zu Hannover. So sind wohl die ersten Monate des Jahres 1744 bereits vorübergegangen, als die Denkschrift verfaßt wurde. Sie mag in Georg II. den Wunsch, Walpole persönlich zu sehen und zu sprechen, hervorgerufen haben. Im Sommer desselben Jahres ist Walpoles Gesundheit schwer erschüttert, und er vermutlich nicht reisefähig. Im November fühlt er sich besser und hat bald darauf die Reise wirklich unternommen. So mag die Denkschrift etwa in den Herbstmonaten des Jahres 1744 entstanden sein.

There is nothing more commonly said and believed, than that Kings and Princes are seldom informed of the Truth. It is so much the Interest of those that attend their Persons, to keep them in the dark and to misguide them in many affairs, that most nearly concern their Government that they live in a constant deception, are persnaded that things go well, when the contrary is most notorious, and can by these means insensibly [be] betrayed and flattered into their own destruction. This arises from Princes not enduring to hear the truth when disagreeable and from ministers studying to render themselves at all evento acceptable to their masters. But faithful servants will manage this with art and delicacy, and carry it no further than is necessary for the real service and benefitt of their masters, in order to secure such an easy access and so much credit and influence in the Closett, as is necessary to procure a favourable hearing: and a just and proper regard to their advice when it is given with ability and integrity. But more ambitions and selfminded men think and act in quite another manner to gain Power, they lay down no rule of conduct but to flatter, cajole and captivate the good will and favour of their masters, at any hazard and expense, they study their Passions, not to moderate and allay, but to influence and indulge them, they watch their prejudices and partialities, not to divert, covet and shreen them, but by gratifying their weaknesses, expose them to the publick view, and draw down all the ill consequences, that disgust, resentment, discontent and disaffection can create and disperse throughout a kingdom. And altho Princes are at all times more or less liable to these fatal inconveniencies, these are certain conjunctures which afford better opportunities and give great advantages to those who are determined at all events to carry on and obtain their own wicked

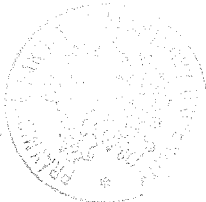
purposes, and this is chiefly seen and felt, when upon the change of an administration, a new sett of Ministers is taken into the Councils of a Prince who not content with a proper share of power, resolve to ingresse the whole, and to purchase it at any rate. This begetts such contests at Court as render all business uneasy and almost impracticable, and tho your majesty is the best judge whether at this hour, the most of yr valuable time is not taken up in hearing the complaints, grievances and disputes of yr principall Servants, strugling fer power and endeavouring by such marks and indications of yr favour as can be shown from day to day ¹⁾ on one side or the other without the least regard to your honvur and Interest. But among such different representations of facts, how is yr Majesty to determine on wch side the truth lies? This will certainly depend upon the better or worse opinion you entertain of the One or of the Other, wch opinion is the basis and only foundation of Credit, properly so called, in the Closett. But yett it has been often observed, that the greatest influence has not always followed the best opinion, and a particular biasse often inclines the Prince to follow the dictations of the minister, of whom, it is impossible, He should in generall have the best opinion, with regard to his ability, honesty and integrity, all which are necessary ingredients in the character of a man upon whom a Prince should place his chief couffidence. Great abilities are often seen in the worst of man, wch are frequently sett of and shown to great advantage by being free from all restraint with regard to right or wrong, whilst lesse shining parts and capacities by being confined within the bounds of virtue and integrity, are greatly eclipsed and suffer much by the comparison and one generall rule of judging upon such occasions will be, to have recess to the received and prevailing opinion of mankind, of the characters of the Parties concerned; for altho Party, Prejudice, and affection have a great share in the advancing and depressing the characters of men, yett no man is generally esteemed a Good man without some foundation of real meritt, and certain it is, no man is universally reputed a Bad man, without having given abundant Cause for the character he bears. In this light a wise Prince must be very cautions in giving himself up blindly to the advice of one, that bears a bad name, how alluring and ingaging soever the temptations may be, that he lays before him, and in this cousists the great danger.

All men are by nature too susceptible of flattery and what pleases most generally prevails the most, and artfull men here place their chief engines to ensnare and captivate the affections of princes, they carefully watch the biasse of their inclination and this they do not only assiduously follow, but study to invent and suggest what will best humour the prevailing temper of the Prince and in this practice they secure a double advantage of meritt to themselves and demeritt to others; they propose and promise when they themselves foresee no probability of success and often venture, when they would not dare to engage, but from a dependance upon the opposition, which they are sure their schemes must encounter, but then the disappointment is imputed to the want of concurrence in others and they have still the glory and secrett meritt of an uncommon zeal for the service and darling passions of the Prince. If these suppositions are founded upon reason, and justified by practice, the conclusion will be, that Princes should most suspect and be most cautious, where they are most strongly besett by daily servile flattery and will duely consider, what may be the consequences, of being led into a wild pursuit of their own partial views and favourite Projects in case they either do, or do not succeed, especially if they are founded or thought to be founded in direct opposition to their reall, solid and essential Interests; If they do not succeed, how fatal and unfortunate must it be for a Prince, to incur the odium that will arise from being thought, to have wished and designed, what was too stroug for the most daring and enterprising Genius to render practicable; If they do succeed, and by surprise or a temporary and occasional compliance

¹⁾ undeutlich.

and not without regrett are carried into practice, how dear bought, does experience convince us, the success of those measure to be, which being exposed to publick view, being seen and felt, recoil with sorrow and grief upon the minds of all honest men and afford to the Enemies of the Government handles and pretences to sow sedition, impower disaffection, and establish distinctions which strike at the root and very foundation of the Government. But that I may not be too tedious by general propositions, I will descend into a cursorary view of the present circumstances of this nation, that when the general distresse difficulties and distraction which covers the face of the earth are seen, it may be considered, how great the change is, of what duration and from what cause and what cases alone, this great alteration is made in your present posture of affairs, foreign and domestick. It must then be admitted as a melancholy truth, that the King is no longer popular, and what is surprising to think of, is, that immediately after the Battle of Dettingen, the King was become the very Idol of the People, His enemies were covered with shame and confusion and the Voice of the nation sang the praises and glory of the British Arms, under the conduct and command of our British Sovereign. But this the Enemies of the Government could no longer bear, all manner of artifices were to be used to sully the glory of that renowned day the most honourable Party of the Action were at first to be extenuated and afterwards denied and when the minds of the People were thus prepared to doubt and become indifferent, odions Clamours were raised and propagated, which being infamously connived at and not discountenanced, the tide was turned, the enemies of the King grew insolent. The warm affections of great numbers grew cool, some were alienated, and the hearts of honest men were staggered and allmost induced to beleive the Honour of the Brittish Nation was concerned ou the other side of the question. And now I am come to the most nice and delicate part in accounting for what is past or in pointing out the measures that are proper and necessary to redress and remedy the like mischief for the future. And here I must take it for granted that whatever rational partialities there really are at this time, they are not new, but being directed by discretion, never appeared in that glaring light as to give any publick umbrage, and to be made a pretence for national jealousies and from the first accession of this Royall Family to the Throne of these Realms to this day, whatever little oblique insinuation may have been thrown ont from time to time, inseparable from a foreign Prince's reigning in this Kingdom, wittnesse the whole Reign of King William, there never was a time before when it was publickly, avowedly, and expressedly maintained that the Interests of England and Hanover are incompatible. The consequence of this distinction, if it is suffered to prevail, can be but one, that the same Person cannot be King of England and Elector of Hanover, who is Elector of Hanover they are unconcerned about, who is or shall be King of England is their only point in view, and that they have made great advances upon this head I call God to wittnesse I believe and fear.

* * *



UNIVERSITY OF TORONTO